



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



3 2044 103 194 411



HARVARD LAW LIBRARY.

Received *Sept, 13, 1905.*

Protokolle

der

[Gedruckt nach dem Original in der
C

Commission zur Berathung

eines

allgemeinen

deutschen Handelsgesetz-Buches.

Protokoll DXLVIII — DLXXXIX.

Mürnberg, 1861.

Druck der B. Zümmel'schen Officin.

Digitized by Google

G. 212
b29
E57

Rec. Sept. 13, 1905.

DXLVIII. Sitzung.

Nürnberg, am 19. November 1860.

Nachdem in Gemäßheit eines Rundschreibens des Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule vom 11. Oktober d. J., der durch Beschluß vom 22. August d. J. auf Montag den 29. Oktober angesetzte Wiederbeginn der Konferenzberathungen auf Montag den 19. November 1860 verlegt worden war, fanden sich heute in dem der Konferenz zur Verfügung gestellten Lokal ein:

Se. Excellenz der königl. bayerische Staatsminister der Justiz, Freiherr von Mulzer aus München, sodann

A. von Seiten der k. k. österr. Regierung:

Herr Dr. Ritter von Raule, Präsident des k. k. österr. Handelsgerichts zu Wien, und Präsident der Konferenz;

Herr Dr. Schindler, k. k. österr. Sektionsrath;

B. von Seiten der königl. preussischen Regierung:

Herr Dr. H. Heimsöth, königl. preuß. Geheimer Oberjustizrath und Senatspräsident am Appellationsgerichte zu Köln;

Herr Pape, königl. preuß. Geheimer Justizrath und vortragender Rath im Justizministerium in Berlin;

C. von Seiten der königl. bayerischen Regierung:

Herr Dr. Seuffert, erster Direktor am Appellationsgerichte in Passau;

D. von Seiten der königl. sächsischen Regierung:

Herr Dr. Tauchnitz, Appellationsgerichtsrath aus Leipzig;

E. von Seiten der königl. hannover'schen Regierung:

Herr Dr. Thöl, Hofrath und Professor aus Göttingen;

F. von Seiten der königl. württemberg'schen Regierung:

Herr Dr. von Gerber, königl. württemb. Universitäts-Kanzler und Professor aus Tübingen;

G. von Seiten der großherzoglich badischen Regierung:

Herr Ammann, Ministerialrath aus Karlsruhe;

H. von Seiten der kurfürstlich hessischen Regierung:

Herr Gleim, Oberappellationsgerichtsrath aus Kassel;

I. von Seiten der großherzoglich heffischen Regierung:

Herr Geheimer Rath Grand aus Darmstadt;

K. von Seiten der Regierungen des Großherzogthums Sachsen-Weimar und der Herzogthümer Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg und Gotha sowie des Herzogthums Anhalt-Deffau:

Herr Dr. von Hahn, Hofrath und Professor aus Jena;

L. von Seiten der großherzogl. Mecklenburg-Schwerin'schen Regierung:

Herr Dr. Mann, Syndikus aus Rostock;

M. von Seiten der freien Stadt Lübeck:

Herr Dr. Ed. Haltermann, Richter aus Lübeck;

N. von Seiten der freien Stadt Bremen:

Herr Senator Dr. Heineken aus Bremen;

O. von Seiten der freien Stadt Hamburg:

Herr Dr. Triepß, Obergerichtsrath aus Hamburg.

Als Sekretäre waren anwesend der königl. bayer. Bezirksgerichtsrath Herr Joh. Luz und der königl. bayer. Sekretär des Handelsgerichts Nürnberg Herr Gustav Steinbrüchel.

Zunächst ergriff Se. Excell. der Herr Staatsminister Freiherr von Mulzer das Wort und trug vor: Zum zweiten Male habe die große Aufgabe, welche den Conferenzmitgliedern gestellt sei, die Letzteren in dieser altherwürdigen Stadt des Bayernlandes zusammengeführt. Seine Majestät der König von Bayern, welcher der Thätigkeit der deutschen Handelsgesetzgebungs-Conferenz unausgesetzt die lebhafteste Theilnahme zuwende, habe von der Wiedereröffnung der Berathungen in Nürnberg mit Befriedigung Kenntniß genommen und ihm den ehrenvollen Auftrag ertheilt, die hohe Versammlung zu begrüßen und sie der vollsten Bereitwilligkeit der bayerischen Regierung zur Unterstützung und Förderung des gemeinschaftlichen Werkes auf's Neue zu versichern. Indem er sich dieses allerhöchsten Auftrages hiemit entledige, werde es ihm gestattet sein, den Gefühlen Ausdruck zu geben, welche der Wiederzusammentritt der hohen Kommission in Nürnberg hervorzurufen geeignet sei.

Als am 3. März 1858 die Schlußsitzung der Conferenz in Nürnberg stattgefunden habe, sei wohl mit Recht hervorgehoben worden, daß wie groß auch die bis dahin überwundenen Schwierigkeiten gewesen seien, gleichwohl die schwierigere Aufgabe noch bevorstehe. Und doch habe man damals nicht vorherzusehen vermocht, daß sich zu den inneren Schwierigkeiten der Sache auch noch äußere gesellen würden. Die Zeit, während welcher die Versammlung in Hamburg getagt,

sei durch den Eintritt politischer Ereignisse der ernstesten Art bezeichnet worden. Aber wie hoch auch die Fluth der politischen Strömung gegangen — unbeirrt und unentmuthigt habe die hohe Kommission die mit Eifer und Hingebung betretene Bahn verfolgt und — nur das große Ziel im Auge — der Vollendung des gemeinsamen Werkes alle Kräfte zugewendet. Gewiß, damals habe Mancher, dem das Herz warm schlage für das Wohl des großen Vaterlandes, die Blicke nach den Ufern der Elbe gerichtet und es habe ihn mit Vertrauen und Beruhigung erfüllt, daß das Werk der Einigung in dieser hohen Versammlung auch nicht einen Augenblick unterbrochen, daß das Band der Eintracht auch nicht einen Augenblick gelockert worden. Darum werde auch das neue Resultat, welches aus den Beratungen der Konferenz in Hamburg hervorgegangen sei, mit doppelter Freude, mit doppelter Anerkennung begrüßt. Aber wie das Verlangen nach einem Gut um so größer und dringender zu werden pflege, je näher die Hoffnung auf dessen Besitz gerückt sei, so sei es auch jetzt nicht mehr das Zustandekommen des Werkes allein, welches den Gegenstand der allgemeinen Wünsche bilde, sondern es müsse auch die baldige Erreichung des Zieles als ein unabweisbares Bedürfniß betrachtet werden. Von dieser Ueberzeugung ausgehend, seien die hohen Regierungen von Oesterreich und Preußen in dankenswerther Weise bedacht gewesen, die Mittel aufzufinden, welche geeignet sein könnten, die beschleunigte Vollendung des gemeinsamen Werkes herbeizuführen und die bayerische Regierung habe sich den ihr in dieser Beziehung kundgegebenen Ansichten um so freudiger angeschlossen, als auch sie darin die einzige Bürgschaft dafür erblicken zu können glaube, daß nicht durch abermaliges Zurückkommen auf abgeschlossene Fragen das bereits Gewonnene wieder in Zweifel gestellt und der endliche Abschluß des Werkes, dem die Nation mit so gerechter und gespannter Erwartung entgegensiehe, nicht abermals in ungewisse Ferne gerückt werde. Der gegenwärtige Zusammentritt der Konferenz werde, wie man mit vollem Vertrauen aussprechen dürfe, den nationalen Wünschen und Erwartungen in jeder Beziehung Rechnung tragen. Und so möge das gemeinsame Werk, wie es mit Liebe und Hingebung begonnen, mit Eifer und Ausdauer weiter geführt, mit Eintracht und hochherziger Opferwilligkeit zur baldigen Vollendung gebracht und damit eine neue Grundlage der Einigung gewonnen werden, wohl geeignet, einen festen Aufbau zu tragen, da sie auf dem unerschütterlichen Boden des Rechtes und der sittlichen Wahrheit beruhe.

Hierauf bemerkte der Herr Präsident Dr. Ritter von Raule: Er spreche der königl. bayerischen Regierung Namens der Versammlung den innigsten Dank aus für die Aufnahme, welche dieselbe neuerdings in Bayern gefunden habe, und gebe sich, gleich Sr. Excellenz dem Herrn Staatsminister, der Hoffnung hin, daß derselbe Geist der Eintracht, welcher bisher der Versammlung inne gewohnt habe, auch fortan zum Gelingen des Gesetzbuches mitwirken werde. Sodann glaube er der Zustimmung der Versammlung gewiß zu sein, wenn er den Vorschlag mache, Se. Excellenz den Herrn Staatsminister um Uebernahme des Ehrenpräsidiums der Konferenz zu ersuchen.

Nachdem die Herren Abgeordneten ihre Zustimmung zu diesem Vorschlage durch Erhebung von ihren Sitzen zu erkennen gegeben hatten, erklärte Se. Excellenz der Herr Staatsminister, daß er das ihm angetragene Ehrenpräsidium dankend annehme, und seine Aufgabe gleich seinem Vorgänger im Amte, dem die Konferenzmitglieder wegen seiner warmen Theilnahme an ihren Bestrebungen gewiß ein freundliches Andenken bewahrt haben würden, nach Kräften zu lösen versuchen werde.

Ferner theilte der Herr Präsident der Versammlung mit, daß Herr Geheimer Justizrath Pape, welcher bisher für die Verhandlungen über das Seerecht bevollmächtigt worden, von der königl. preussischen Regierung auch zu den bevorstehenden Berathungen der Konferenz abgeordnet worden sei, ferner daß statt des durch Krankheit zu Hause zurückgehaltenen Herrn Oberappellationsgerichtsrathes Schuppius Herr Oberappellationsgerichtsrath Gleim von Kassel, als kurfürstlich hessischer Abgeordneter bevollmächtigt worden und in die Konferenz eingetreten sei, und daß der Herr Abgeordnete und dormalige ältere regierende Bürgermeister der freien Stadt Frankfurt, Senator Dr. Müller, vorerst noch von der Theilnahme an den Konferenzverhandlungen abgehalten sei.

Herr Obergerichtsrath Dr. Trieps brachte hierauf zur Anzeige, daß er aus Braunschweig'schen Diensten in Hamburgische übergetreten sei, daß er sonach für Braunschweig aus der Konferenz ausscheide, dagegen fortan die freie Stadt Hamburg vertreten werde. Zugleich überreichte derselbe eine vom hohen Senate der freien Stadt Hamburg für ihn ausgestellte Vollmacht.

Zu den vier ersten Büchern des Handelsgesetzbuches waren im Hinblick auf die Beschlüsse der Versammlung vom 26. Juni 1857 (vgl. Prot. Seite 859, 867, 868) und 24. Oktober 1859 (vgl. Prot. Seite 3691, 3692) von Seiten der höchsten und hohen deutschen Regierungen, diejenigen Erinnerungen eingebracht wor-

den, welche in der als Beilage zu den Protokollen der dritten Lesung abgedruckten Zusammenstellung aufgeführt werden. Die k. k. österreichische, die königl. preussische und die königl. bayerische Regierung hatten jedoch inzwischen die zu diesem Protokoll in der Beilage abgedruckten Noten vom 12., 18. und 23. October 1860 den sämtlichen höchsten und hohen deutschen Regierungen mitgetheilt, um dadurch eine entsprechende Abkürzung der dritten Lesung der vier ersten Bücher des Handelsgesetzbuches zu erzielen und einen baldigen Abschluß derselben herbeizuführen.

Nachdem der Herr Referent Geheimer Oberjustizrath Dr. Heimsöth diesen Sachverhalt nochmals dargelegt hatte, stellte derselbe an Se. Excellenz, den der heutigen Verhandlung präsidirenden Herrn Staatsminister den Antrag, nunmehr die Berathung über die nicht ausgeschiedenen Erinnerungen in dem Sinne der eben erwähnten Noten zu eröffnen.

Der Herr Abgeordnete von Hannover ersuchte sodann den Herrn Referenten unter der Bemerkung, daß bisher alle umfangreicheren Anträge den Mitgliedern der Kommission vor der Berathung schriftlich mitgetheilt worden seien, und daß man bei der ganz allgemeinen Bezugnahme auf den Inhalt der Noten nicht wisse, wie viel von diesem Inhalt der Kommission gegenüber geltend gemacht werde, seinen Antrag zuvor schriftlich mitzutheilen.

Der Herr Referent erwiderte darauf: Es handle sich hier nicht von einem gewöhnlichen Antrag, den er an die Konferenz als Mitglied derselben stelle, sondern von der Vollziehung einer Uebereinkunft der Regierungen von Oesterreich, Preußen und Bayern und derjenigen Regierungen, welche ihnen beigetreten seien, worüber eine Beschlußfassung von der Versammlung und also auch ein Antrag an solche nicht stattfinden könne. Er stelle daher als königl. preuß. Bevollmächtigter den Antrag an den Herrn Ehrenpräsidenten auf Eröffnung der Berathung in Gemäßheit dieses Verfahrens.

Der Statthastigkeit dieses Verfahrens wurde jedoch von mehreren Seiten widersprochen und insbesondere von Seiten der Herren Abgeordneten von Hannover und von Hamburg gegen denselben bemerkt: Der Antrag sei mit der rechtlich bestehenden Geschäftsordnung nicht vereinbar. Die Vertreter der Regierungen seien berechtigt, mit ihren Erklärungen zu allen von den Letzteren erhobenen Erinnerungen gehört zu werden; eine Verwerfung dieser Monita ohne Gehör des betreffenden Herrn Abgeordneten erscheine dagegen nicht statthast, und könne auch nicht, wie in den mehrerwähnten Noten versucht worden, durch eine Verweisung auf die früheren

Beschlüsse der Versammlung gerechtfertigt werden, indem nicht beschlossen worden sei, daß bei der dritten Lesung kein Antrag gestellt werden dürfe, der in den Zusammenhang des Entwurfes eingreife, und dessen Annahme die Umarbeitung des einen oder anderen Abschnittes nothwendig machen würde, oder der als Reproduktion bereits früher besprochener Vorschläge erscheine. Eine solche Beschlußfassung würde auch um so weniger gerechtfertigt gewesen sein, als die Herren Abgeordneten, den unter den sämtlichen deutschen Regierungen getroffenen Vereinbarungen gemäß, bei den früheren Verhandlungen ohne Instruktion über die zur Abstimmung gelangenden Rechtsfragen erschienen seien, und somit die höchsten und hohen Regierungen bis jetzt noch keine Gelegenheit gehabt hätten, ihre Ansichten bezüglich der einzelnen Bestimmungen des Gesetzbuches zu erkennen zu geben. Wenn man auch zugeben müsse, daß die Abkürzung der dritten Lesung ein Bedürfnis sei, so lasse sich dieselbe doch auch auf anderem Wege erreichen, wie z. B. durch allseitige Vereinbarung über Sichtung des Materials und durch Feststellung einer entsprechenden Geschäftsordnung u. dergl. Von Seiten des Herrn Abgeordneten für Hamburg wurde insbesondere noch hervorgehoben: Die Unterscheidung des Herrn Referenten zwischen der Qualität eines Kommissionsmitgliedes und der eines Bevollmächtigten der betreffenden Regierung könne hier in der Mitte der Konferenz nicht als statthaft anerkannt werden, indem die vom Senate Hamburgs und wahrscheinlich auch die von den übrigen Regierungen ausgestellten Vollmachten nur zu Berathungen mit Konferenzmitgliedern, nicht aber zu sonstigen Verhandlungen mit anderweit autorisirten Personen ermächtigten. Wollte man sodann in der Sache selbst auch zugeben, daß es gerathen sei, in dritter Lesung die in den Noten aufgestellten Prinzipien zur Anwendung zu bringen, so beständen doch rücksichtlich der Anwendung dieser Prinzipien wesentliche Bedenken gegen die aufgestellten Verzeichnisse, indem unter die ausgeschiedenen Erinnerungen auch solche aufgenommen worden seien, die früher nicht erschöpfend besprochen worden und gleichwohl von großer Bedeutung seien.

Mit Rücksicht auf diese Ausführungen stellte der Herr Abgeordnete für Hannover den Antrag:

daß die Verhandlungen, um sie möglichst abzukürzen, da, wo es irgend angehe, auf die Abstimmung nach Anhörung des Antragstellers beschränkt würden.

Sodann erklärte der Herr Abgeordnete für Bremen Er könne nicht zugeben, daß die Feststellung der vier

ersten Bücher, um welche es sich jetzt allein handle, so viel Zeit erfordert habe, daß deshalb den Regierungen die Befugniß entzogen werden dürfe, ihre Bedenken gegen einzelne Entwurfsbestimmungen vorbringen und motiviren zu lassen und sie zur Abstimmung zu bringen, zumal ihnen jetzt zum ersten Male Gelegenheit gegeben werde, und sie ausdrücklich aufgefordert seien, ihre Bedenken vorzubringen. Auch halte er dafür, daß eine Prüfung der Bedenken durch die hohe Versammlung nach vorgängigem Gehör des Antragstellers zur Begründung einer wirklichen Rechtseinheit durchaus nothwendig sei, indem sonst bei deren Verwerfung oder Nichtbeachtung eine Regierung an die betreffenden Bestimmungen des Entwurfs sich nicht gebunden erachten könne. Trotz dem sei er bereit, alle auf eine zweckmäßige Abkürzung der Berathungen gerichteten Anträge zu unterstützen, soferne die Sache selbst darunter nicht leide, auch wolle er mehrere von Bremen aufgestellten Erinnerungen zurücknehmen, müsse aber solchen Bedenken inhäriren, welche entweder in einem unabweisbaren Bedürfnisse des Handels oder in solchen Bestimmungen des Entwurfs ihren Grund hätten, deren Einführung in dem von ihm vertretenen Staate kaum thunlich sein würde. Demgemäß nehme er die gegen Art. 151 (die Verbindung von Abs. 2 und 3 mit Art. 155 betr.) Art. 227 (die Haftung der Vorstandsmitglieder betr.) und Art. 318 (den Kauf zur Probe betr.) gestellten Anträge zurück, müsse aber bei folgenden Erinnerungen und Anträgen beharren: Zu Art. 72 den Abs. 2 und 3 zu streichen oder einen Vorbehalt aufzunehmen; in Art. 95 zu streichen: „in dem Handelszweige der Gesellschaft“ und „gleichartigen“; zu Art. 110. 154 einen Vorbehalt der Landesgesetze wegen Erwerbs von Grundstücken durch eine Handelsgesellschaft aufzunehmen; zu Art. 254. 255 das Handelsgeschäft betr., sofern deren Nichtberücksichtigung beabsichtigt sein sollte; zu Art. 337. 355. 356. 365, den nämlichen Gegenstand, resp. Streichen betr.; zu Art. 353 die Namhaftmachung des Käufers Seitens des Kommissionärs betr. Sollten diese Erinnerungen, ohne daß ihm deren Motivirung gestattet worden, und ohne spezielle Abstimmung verworfen werden oder unberücksichtigt bleiben, so müsse er seiner Regierung das Weitere, namentlich in der Hinsicht vorbehalten, daß Bestimmungen nicht unbedingt maßgebend sein könnten, bei welchen die Anträge auf deren Beseitigung oder Abänderung ohne vorhergängiges Gehör des Antragstellers ausgeschlossen seien. Dem Antrage auf Verweisung aller sogen. Fassungs-Erinnerungen an eine Kommission zur definitiven Erledigung könne er

nur in so weit zustimmen, als über den Sinn und die Tragweite derselben kein Zweifel bestehe.

Der Herr Abgeordnete für Baden machte hierauf, indem er sich den Ausführungen der Vorredner im Ganzen angeschlossen, den in der Anlage abgedruckten Vermittlungsvorschlag und bemerkte zu dessen Begründung: Der Wunsch, daß für die dritte Lesung vorliegende Material möglichst zu vermindern und durch zweckmäßige Geschäftsformen die Berathung abzukürzen, werde von allen Seiten getheilt, und es verdiene Anerkennung, daß die hohen Regierungen von Oesterreich, Preußen und Bayern die Auffindung der hierzu geeigneten Mittel sich zur Aufgabe gesetzt hätten. Dagegen habe die Form des von denselben eingeschlagenen Verfahrens in so fern Anstoß erregt, als es die freie Entschließung der übrigen Regierungen zu beeinträchtigen scheine. Es sei wünschenswerth, eine rücksichtsvollere, die Selbstständigkeit aller Regierungen mehr entsprechende, Form zu wählen, welche dieselben Zwecke erreichen lasse. Wenn früher die Kürze der Zeit vielleicht nicht gestattet habe, auf dem Korrespondenzwege die sämmtlichen hohen Regierungen zu einer angemessenen Verminderung der eingereichten Erinnerungen zu vermögen, so biete jetzt das Beisammensein der Bevollmächtigten ein leichtes Mittel, in kürzester Zeit ein Einverständniß zu erzielen. Es sei mit Zuversicht zu erwarten, daß die Bevollmächtigten, dem Beispiel der genannten drei Regierungen folgend, durch freiwillige Zurückziehung des größten Theils der Erinnerungen dem gemeinsamen Zwecke alle mit ihrer Ueberzeugung und dem Interesse ihrer Staaten irgend vereinbaren Opfer bringen würden; bei den vorbehaltenen Erinnerungen würden sie sich, wenn ihnen nur eine kurze Begründung gestattet werde, dem Beschlusse der Versammlung bereitwillig unterwerfen. Jedenfalls sei zur Erhaltung der bisherigen Eintracht und freundlichen Stimmung in der Versammlung wünschenswerth, wenigstens den Versuch einer Verständigung zu machen; der Erfolg müsse sich in der kurzen Frist von anderthalb Tagen herausstellen, und wenn er gerechten Erwartungen nicht entsprechen sollte, sei es vorbehalten, auf den Vorschlag der drei Regierungen zurückzukommen.

Diesem Antrage schloß sich der Herr Abgeordnete für Hannover an und erklärte, daß, wenn gleich die königl. hannoversche Regierung dem in den Noten bezeichneten Verfahren nicht beitrete, weil durch dasselbe andere Regierungen zum unfreiwilligen Aufgeben ihrer Erinnerungen genöthiget würden, sie doch bereit sei, um den Entwurf zum raschen Abschlusse zu bringen, auf die ihrerseits erhobenen Erinnerungen zu verzichten,

mit Ausnahme von vier, vielleicht nur drei Erinnerungen, welche er angeben werde, sobald der Antrag des Herrn Abgeordneten für Baden angenommen worden sei.

Sodann gab der Herr Abgeordnete für Hamburg mit Rücksicht auf diesen Antrag, dem er sich ebenfalls angeschlossen, die Erklärung, daß die von ihm vertretene Regierung nur etwa fünf Erinnerungen beibehalten werde.

Der Herr Abgeordnete für das Kurfürstenthum Hessen schloß sich dem Antrage des Herrn Abgeordneten für Baden gleichfalls an und bemerkte dabei, daß seine Regierung bereit sei, alle minder erheblichen Erinnerungen zurück zu ziehen, daß dieselbe aber hinsichtlich einiger weniger von ihr für besonders bedeutend erachteter Ausstellungen das Begehren der Berathung und Beschlußfassung durch die Versammlung nicht aufgebe.

Hierauf bemerkte der Herr Abgeordnete für das Königreich Sachsen: Es sei nur dankbar anzuerkennen, daß die hohen Regierungen von Oesterreich, Preußen und Bayern ein Verfahren vereinbart hätten, welches die von allen Seiten gewünschte Beendigung der der Konferenz übertragenen Arbeiten in nahe Aussicht stelle. Auf der andern Seite würde es aber auch lebhaft zu beklagen sein, wenn das seitherige einmüthige Zusammenwirken, ohne welches ein einheitliches deutsches Handelsrecht nicht erreicht werden könne, durch dieses Verfahren in irgend einer Weise gestört werden sollte. Mehrere der Herrn Abgeordneten solcher Staaten, welche mit dem von den drei hohen Regierungen vereinbarten Verfahren nicht einverstanden seien, hätten sich bereit erklärt, einen großen Theil der von ihren hohen Regierungen eingereichten Erinnerungen gegen den Entwurf 2. Lesung fallen zu lassen und auf diese Weise könne vielleicht das von den drei hohen Regierungen angestrebte Ziel im Einverständnisse aller hier vertretenen Regierungen erreicht werden. Nach den von mehreren Seiten gethanen Äußerungen sei es sogar sehr wahrscheinlich, daß sich auf diesem Wege die Zahl der zu berathenden Erinnerungen noch mehr vermindere, als durch das von den drei hohen Regierungen vereinbarte Verfahren. Er schlage daher im Anschluß an den von dem Herrn Abgeordneten für Baden unter Nr. 1 und 5 gestellten Antrag vor, den einzelnen Herrn Abgeordneten anheim zu geben, bis zur nächsten Sitzung diejenigen Erinnerungen zu bezeichnen, welche sie zurück zu ziehen bereit seien, und erst dann, wenn hiedurch das gewünschte Resultat nicht erreicht werden sollte, auf das von den drei hohen Regierungen vereinbarte Verfahren zurückzugehen.

Mehrere Mitglieder beantragten sodann, über die gestellten Anträge abstimmen zu lassen.

Giegegen wurde jedoch von Seiten des Herrn Abgeordneten für Württemberg hervorgehoben, der von den drei hohen Regierungen beschlossene und von andern hohen Regierungen gut geheiene Ausscheidungsplan könne gar nicht Gegenstand der Verhandlung und Abstimmung dieser Konferenz sein. Denn nachdem die letztere in ihrer zweiten Lesung alles geleistet zu haben erklärt hätte, was sie von sich aus zu leisten vermöge, habe sie zugleich ausgesprochen, daß sie das Material zur dritten Lesung lediglich aus den Händen der hohen Regierungen in der Form von Erinnerungen erwarten wolle. Ueber eine Abkürzung der letzteren siehe zwar wohl diesen, nicht aber auch der Konferenz ein Dispositionsrecht zu. Dieser Grund sei auch entscheidend gegen den von dem Herrn badischen Abgeordneten eingebrachten Antrag. Da schon der bisher gelieferte Entwurf in Württemberg sich eine vielfältige Anerkennung erworben und sich die Ueberzeugung gebildet habe, daß die baldige Abschließung des Werks für den ganzen Handelsstand ein dringendes Bedrfnis sei, so hoffe er zuversichtlich, daß der von den hohen Regierungen betretene Weg festgehalten werde.

Der Herr Abgeordnete für das Großherzogthum Hessen erklärte insbesondere: Eine Berathung und Beschlufsfassung über den gestellten Antrag könne nicht wohl stattfinden, indem dieser Antrag eine Folge der Vereinbarung der Regierungen von Oesterreich, Preußen, Bayern und derjenigen Regierungen sei, welche den Ersteren beigetreten seien und ihre Bevollmächtigten hierauf instruiert hätten. Den gestellten Gegenanträgen vermöge er nicht beizutreten, da diese der Natur der Sache nach als eine Ablehnung des Oesterreichisch-Preussisch-Bayerischen Antrags zu betrachten seien, denen zuzustimmen natürlich ein Vertreter einer Regierung, welche jenem Antrag zugestimmt habe, Anstand nehmen müsse, weil er hierdurch seiner Instruktion entgegenhandle. Wolle man aber über diese Gegenvorschläge neue Instruktionen einholen, so gehe nicht nur viel Zeit verloren, sondern es sei der Sache nach eigentlich eine neue Vereinbarung abzuschließen. Es könne daher gegenwärtig nur davon die Rede sein, daß Se. Excellenz durch Umfrage konstatire, ob die Majorität der anwesenden Bevollmächtigten von ihren Regierungen instruiert sei, der Uebereinkunft der genannten drei Regierungen beizutreten. Sei dies der Fall, so müsse darnach verfahren werden, indem dann eine Majorität dafür vorhanden sei. Sei die Majorität nicht dafür, so bleibe weitere

Erwägung vorbehalten. Er bitte übrigens die Versammlung, über der Form die Sache selbst nicht zu vergessen, da ja die drei Regierungen von Oesterreich, Preußen und Bayern ihr Verfahren mit guten Gründen gerechtfertigt hätten.

Demnächst erklärte der Herr Bevollmächtigte der großherzoglich und herzoglich sächsischen Regierungen, sowie der herzoglich Anhalt-Deßauischen Regierung, daß er zwar dahin instruiert sei, unter Zurückziehung der von seinen hohen Kommittenten zu Art. 272 und 283 gestellten Erinnerungen den von dem königl. preussischen Bevollmächtigten in Uebereinstimmung mit dem k. k. österreichischen und dem königl. bayerischen Bevollmächtigten hinsichtlich des bei der dritten Lesung einzuhaltenden Verfahrens zu stellenden Anträgen beizutreten, daß aber dadurch seine Befugniß, auf die Berathung geeigneter Vermittlungsvorschläge sich einzulassen, nicht ausgeschlossen sei. Nun sei aber der Antrag des großherzoglich badischen Herrn Bevollmächtigten der Art, daß durch Annahme desselben der von den drei genannten Regierungen verfolgte Zweck voraussichtlich ebenfalls erreicht werden würde. Zugleich aber würde hierdurch der Uebelstand vermieden, daß man von dem bisher bei den Berathungen der Konferenz üblichen Verfahren abweiche und dadurch den Ansichten mancher Regierungen direkt entgegen trete. Sollte aber auch, was bei dem von allen Regierungen erklärten Wunsche, die endgültige Feststellung des Entwurfes möglichst zu beschleunigen, kaum zu erwarten stehe, in Folge der Annahme des Antrags der beabsichtigte Zweck nicht erreicht werden, so werde daraus nicht der geringste Nachtheil entspringen, da der Antrag sich selbst nur als eine provisorische Maßregel bezeichne und in Nr. 5 desselben ausdrücklich vorbehalten werde, schon in der nächsten Sitzung auf den Antrag der drei Regierungen zurückzukommen. Er hoffe daher, daß die Herren Bevollmächtigten der genannten drei Regierungen sich der Annahme des von dem Herrn badischen Bevollmächtigten gestellten Vermittlungsantrags nicht widersetzen würden.

Der Herr Abgeordnete für Lübeck ferner sprach sich dahin aus: zwar sei auch er instruiert worden, im Anschlusse an das von der k. k. österr., königl. preuß. und königl. bayer. Regierung beabsichtigte Verfahren, die Lübeckischen Erinnerungen zunächst auf sich beruhen zu lassen, wiewohl mit dem Vorbehalte, daß er, falls im Fortgange der Berathungen eine Verhandlung über die eine oder andere bisher ausgeschiedene Erinnerung anderer Regierungen zugelassen werden sollte, auf solche Verhandlung einzugehen und sodann auch auf die we-

sentlicheren Erinnerungen seiner Regierung zurückzukommen habe; nach der Absicht seiner Kommittenten, denen vor Allem an Förderung des gemeinsam begonnenen Werkes gelegen sei, und nach dem Sinne der erhaltenen Instruction achte er sich aber für vollkommen befugt und veranlaßt, auf Vermittelungsvorschläge einzutreten, durch welche diese Förderung bezweckt werde, wie das seines Erachtens insbesondere von dem Vorschlage des Herrn Abgeordneten für Baden gelte; und erklärte er demnach, indem er sich weiterhin der Motivirung des großherzoglich sächsischen Herrn Abgeordneten im Wesentlichen angeschlossen, eintretendenfalls dem entsprechend seine Stimme abgeben zu müssen.

Hierauf ward unter wiederholter Darlegung der in den mehrerwähnten Noten geltend gemachten Erwägungen entgegnet: der baldige Abschluß des Handelsgesetzbuches sei ein dringendes Bedürfniß, welches sich namentlich in den Ländern der von ihnen vertretenen Regierungen sehr fühlbar gemacht habe. Um diesem Bedürfnisse abzuhelpen, sei eine Verminderung der eingebrachten Erinnerungen unerläßlich geboten gewesen. Ein anderes Verfahren als das in den Noten eingehaltene habe sich aber zu diesem Zwecke, namentlich bei dem Umstande, daß die Erinnerungen mehrerer hohen Regierungen erst spät nach dem im Beschlusse vom 24. October 1859 festgesetzten Termin eingereicht worden seien, und deshalb die Zusammenstellung der Erinnerungen erst beim Schlusse der zweiten Lesung des Seerechts habe vollendet werden können, nicht dargeboten, zumal Aenderungen der Geschäftsordnung im Sinne der oben erwähnten Anträge sich bisher nicht als erfolgreich bewährt hätten. Die k. k. österreichische, die königl. preussische und königl. bayerische Regierung hätten sich deshalb für dieses Verfahren in der wohlmeinendsten Absicht entschieden. Für Letzteres spreche auch die Billigkeit. Die genannten Regierungen hätten, obgleich die Gesetzgebung ihrer Länder und ihre Interessen nicht weniger, ja vielleicht mehr noch als die anderer deutschen Staaten durch das Handelsgesetzbuch betroffen würden, theils von allen Erinnerungen gegen den Entwurf Umgang genommen, theils auf wenige Anträge sich beschränkt, in dem Vertrauen, daß allseitig ein ähnliches Verfahren werde eingehalten werden. Sie hätten selbst solche Aenderungsvorschläge unterdrückt, von denen die betreffenden zum Gutachten aufgeforderten Kaufmannschaften erklärt hätten, daß ohne deren Annahme das Handelsgesetzbuch störend in den Verkehr eingreifen werde, in der Ueberzeugung, daß die Gemeinsamkeit des Rechtes nicht ohne Opfer erlangt werden könne; sie würden es sich aber

nicht versagt haben, dergleichen Anträge zu stellen, wenn sie hätten vorhersehen können, daß andere Regierungen lange nach Ablauf des festgesetzten Termins mit einer großen Anzahl von Anträgen von weit minderer Erheblichkeit hervortreten würden. Es erscheine empfehlenswerther, das leidlich Gute anzunehmen, als sich in die Gefahr zu setzen, daß durch das Bestreben nach Verbesserung selbst dieses verloren werde.

Gegen die vorstehende, auf die verspätete Mittheilung der Erinnerungen bezügliche Aeußerung wurde noch bemerkt, daß dieser Umstand überall nicht der entscheidende sein könne, wo es sich um wirkliche Verbesserungen des Entwurfs handle, er auch keinesfalls gegen Regierungen geltend gemacht werden könne, welche nicht einen Augenblick mit der Mittheilung im Rückstande gewesen seien.

Hierauf constatirte Se. Excellenz der Herr Staatsminister, welcher sich Namens der königl. bayerischen Regierung den eben angeführten Darlegungen anschloß, durch Umfrage, daß dem in den mehrerwähnten Noten der k. k. österreichischen, der kgl. preussischen und kgl. bayerischen Regierung dargelegten Verfahren außer den Regierungen von Oesterreich, Preußen und Bayern die höchsten und hohen Regierungen des Königreichs Sachsen, des Königreichs Württemberg, des Großherzogthums Hessen, des Großherzogthums Sachsen-Weimar, der Herzogthümer Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg und Gotha, des Herzogthums Anhalt-Deffau und der freien Stadt Lübeck beigetreten seien und ihre bei der Konferenz anwesenden Bevollmächtigten hierauf instruiert hätten, daß sonach acht von den vierzehn Stimmen, welche gegenwärtig bei der Konferenz geführt würden, für den Vorschlag seien, und daß außerdem noch die Regierungen von Braunschweig, Nassau und Frankfurt, welche augenblicklich in der Konferenz ohne Vertreter seien, so wie die Regierungen von Mecklenburg-Strelitz, Hessen-Homburg, Schwarzburg-Sondershausen, Meuß-Plauen und Schaumburg-Lippe, welche an der Konferenz noch keinen Theil genommen, zugestimmt hätten, und fügte hinzu, daß nunmehr in Gemäßheit dieses Verfahrens die Berathung der nicht ausgeschiedenen Erinnerungen zu beginnen habe.

Der Herr Abgeordnete für Hannover bemerkte sodann: er könne nicht anerkennen, daß das Verfahren, welches nun eingeschlagen werden solle, auf einem Beschluß der Kommission beruhe, und daß die Versammlung, welche es einschlage, die Kommission sei, da das Präsidium die sämtlichen von den Kommissionsmitgliedern gestellten Anträge unberücksichtigt gelassen habe und dem-

zufolge die Kommission zu keiner Abstimmung und keinem Beschluß gelangt sei.

Die Herren Abgeordneten von Hannover, Kurhessen, Mecklenburg-Schwerin, Bremen und Hamburg gaben sodann die Erklärung ab, daß sie, wenn ihres Einspruches ungeachtet dem Antrage des Herrn Referenten, beziehungsweise dem von dem Herrn Präsidenten so eben in Aussicht gestellten Verfahren Statt gegeben werden sollte, zwar vorerst an den weiteren Beratungen sich betheiligen würden, jedoch den von ihnen vertretenen höchsten und hohen Regierungen alle ihre Zuständigkeiten hiemit gewahrt haben wollten.

Hiernächst wurde von den nicht ausgeschiedenen Anträgen der Antrag (siehe Zusammenstellung der Erinnerungen S. 2) zu beschließen, daß bei der dritten Lesung des Entwurfs über alle Anträge eine namentliche Abstimmung stattfinde, von dem Herrn Ehrenpräsidenten der Diskussion unterstellt und nach stattgehabter Debatte mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Schließlich verabschiedete sich Se. Excellenz der Herr Staatsminister der Justiz, Freiherr von Mulzer bei der Konferenz, mit dem innigsten Bedauern, daß es ihm die Geschäfte des Ministeriums nicht länger gestatteten, an deren Beratungen Theil zu nehmen.

Anlage.

Antrag.

Die Mitglieder der Konferenz treffen zum Zweck möglichster Abkürzung und Beschleunigung der dritten Lesung folgende

Uebereinkunft:

1. Sie werden einen thunlichst großen Theil der im Namen ihrer hohen Regierungen eingereichten Erinnerungen zu dem Entwurfe zurückziehen.
2. Erinnerungen, welche ausschließlich oder vorzugsweise die Fassung betreffen, sollen zunächst an die Redaktionskommission zur Prüfung und Begutachtung gewiesen werden.
3. Bei den hiernach übrig bleibenden Erinnerungen soll nach einer kurzen Begründung des Antrag-

stellers und etwaiger Erwiderung des Referenten die Frage zur Abstimmung gebracht werden: ob die Konferenz auf eine nähere Berathung einzugehen wünsche?

4. Erinnerungen, welche zurückgezogen oder durch Verneinung der nach Ziffer 3 gestellten Frage beseitigt wurden, dürfen von keinem Abgeordneten wieder vorgebracht werden.
5. Verzeichnisse der Erinnerungen, welche zurückgezogen oder an die Redaktionskommission gewiesen werden sollen, werden spätestens morgen übergeben werden. Zeigt sich, daß hierdurch eine angemessene Verminderung des Materials nicht erreicht wird, so bleibt die Verabredung wirksamerer Mittel zu diesem Zwecke vorbehalten.

Nürnberg, den 19. November 1860.

Ammann.

DXLIX. Sitzung.

Nürnberg, am 20. November 1860.

In der heutigen, von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Maule geleiteten Sitzung, an welcher sämtliche in dem vorigen Protokolle aufgeführten Konferenzmitglieder Antheil nahmen, gab zunächst der Herr Abgeordnete für Hamburg die in der Anlage beigebrachte Erklärung ab.

Sodann bemerkte ein Mitglied, es behalte sich vor, zu Art. 1 den Antrag zu stellen, daß schon bei diesem Artikel, und nicht erst bei der Handelsgerichtsbarkeit, wie von anderer Seite beantragt worden, näher erläutert werde, was unter Handelsfachen zu verstehen sei.

Hierauf wurde der Antrag' unter Nr. 4 der Erinnerungen, die Streichung des

Art. 2

betreffend, in Betracht gezogen und gegen die Streichung dieses Artikels eingewendet, derselbe sei keineswegs so selbstverständlich und inhaltslos, wie bei Begründung des Antrags unterstellt worden sei, sondern enthalte die wesentliche Bestimmung, daß in Wechsel Sachen stets die Wechselordnung zur Anwendung komme, ohne Rücksicht darauf, ob das betreffende Wechselgeschäft zugleich die Eigenschaft eines Handelsgeschäfts habe und ob das Wechselrecht mit dem Handelsgesetzbuch in der vorliegenden Frage übereinstimme oder nicht.

Von einem anderen Herrn Abgeordneten wurde bemerkt, die Bestimmung des Art. 2 könne zu einer Kollision mit der Vorschrift des Art. 138 führen. Wenn beide Artikel unverändert beibehalten würden, so würde man aus Art. 2, der allerdings in dem eben dargelegten Sinne zu verstehen sein werde, folgern müssen, daß, wenn in einem konkreten Falle die Verjährung einer Wechselforderung gegen eine Gesellschaft in Frage stehe und der Wechsel wegen besonderer obwaltender Verhältnisse erst nach fünf Jahren verjähren würde, es dabei sein Bewenden habe, die Vorschrift des Art. 138 also nicht zur Anwendung komme, obschon nach Absicht der Versammlung die Verjährung des Art. 138 für Forderungen jeder Art, also auch für Wechselforderungen gelten solle. Es werde sich deshalb empfehlen, zwar den Art. 2 unverändert beizubehalten, aber zu Art. 138 die Worte „mit Einschluß der Wechselklagen“ beizufügen.

Es machte sich jedoch die Auffassung geltend, daß Art. 138 auch auf Wechselforderungen bezogen werden müsse, daß aber eine mit dem Zusatzantrage in Widerspruch stehende Auslegung um so weniger zu besorgen sei, als die Wechselordnung über die Verjährung von Klagen gegen Gesellschafter gar nichts bestimme, daß es übrigens rathlicher sei, die Entscheidung solcher Fragen, wie die hier angeregte, dem richterlichen Ermessen anheim zu geben, und wurde schließlich der Antrag auf Streichung des Art. 2 mit 11 gegen 3 Stimmen, und der Antrag auf Ergänzung des Art. 138 mit allen gegen eine Stimme abgelehnt.

Der Antrag unter Nr. 11 der Erinnerungen, die Streichung der Worte: „so ferne die Landesgesetze nicht ein anderes bestimmen“ aus

Art. 6

betreffend, wurde nach kurzer Berathung mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen.

Unter Nr. 17 war der Antrag gestellt, in

Art. 9

nach den Worten: „hinausgeht, keine Anwendung“ zu setzen: „den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, diese Ausnahmen zu vermehren, zu vermindern oder aufzuheben. Vereinigungen zum Betriebe“ etc., weil an vielen Orten und namentlich in großen Städten nicht einmal alle Handwerker und noch weniger alle Wirthe, so namentlich nicht die Besitzer großer Hotels unter den Ausnahmen belassen werden könnten, die in Art 9 aufgestellt seien, die Aufhebung von Ausnahmen aber und solche Bestimmungen der Landesgesetze, durch welche die Personen, die unter den Ausnahmen genannt werden, wieder der Regel unterworfen würden, gewiß unbedenklicher seien, als die den Landesgesetzen im Entwurfe ausdrücklich eingeräumte Befugniß zur Vermehrung der Ausnahmen. Nach kurzer Berathung wurde dieser Antrag vorbehaltlich der Redaktion mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Antrag unter Nr. 18 wurde nicht gestellt.

Im Hinblick auf die Abstimmung zu der Erinnerung Nr. 17 wurde hierauf der Vorschlag unter Nr. 20, in Abs. 1 des Art. 9 das Wort: „Wirthe“ zu streichen, ebenso wie der Antrag, statt: „Wirthe“ „Schenkwirthe“ zu setzen, mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Bei Besprechung der den

Art. 11

betreffenden Erinnerungen unter Nr. 6, 22 und 24 erklärte zunächst der Herr Abgeordnete für Hannover, der Antrag unter Nr. 22 sei ein zusammengehöriges Ganzes, und werde, da er theilweise ausgeschieden worden sei, nicht gestellt. Sodann wurde anerkannt, daß durch Annahme der Nr. 6 auch der Vorschlag unter Nr. 24 seine Erledigung finden würde, und schließlich mit allen gegen eine Stimme der Beschluß gefaßt, *salva redactione* dem Vorschlage unter Ziff. 6 entsprechend die Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, daß, wo das Gesetz von dem Handelsgerichte spreche, in Ermangelung eines besonderen Handelsgerichtes das in Handelsfachen zuständige Gericht des Ortes zu verstehen sei.

Bei Berathung der zu

Art. 13

eingebrachten Erinnerungen unter Nr. 27 und 28 wurde zu Gunsten des Vorschlags unter Nr. 27 angeführt: Wenn die Auswahl der Blätter, durch welche die Eintragungen ins Handelsregister veröffentlicht werden müßten, den Handelsgerichten überlassen bleibe, so stehe zu befürchten, daß die Wahl der verschiedenen Gerichte auch auf verschiedene Blätter fallen, daß also

ein Kaufmann, welcher sich stets über die vorkommenden Veränderungen im Firmen- und Prokurenwesen u. dergl. unterrichten wolle, eine ganze Reihe von Blättern werde halten und lesen müssen. Es thue demnach dringend Noth, dafür zu sorgen, daß wenigstens in jedem einzelnen Staate Einheit in dieser Beziehung hergestellt werde.

Ein anderes Mitglied schlug vor, den ersten Satz des Antrags unter Nr. 27 zu streichen, weil ein Centralblatt diese Eigenschaft doch nur durch eine Vereinbarung unter den deutschen Staaten, also durch staatliche Bestimmung erlangen könne; ebenso den zweiten Absatz zu tilgen, weil die Vorschrift desselben eine unnöthige Weiterung herbeiführe, indem es sich von selbst verstehe, daß eine Verfügung des Staates bezüglich der betreffenden Blätter so lange gelte, bis sie zurückgenommen werde; hienach aber den zweiten Satz des ersten Absatzes wie folgt zu fassen:

„Jeder Staat bestimmt diejenigen öffentlichen Blätter, in welchen die in Art. 12 vorgeschriebenen Bekanntmachungen erfolgen müssen.“

Diese Fassung wurde dahin erläutert, daß sie die Frage, ob die Gerichte oder die Verwaltungsbehörden die Verkündungsblätter zu bestimmen hätten, als eine nach der Verfassung und den inneren Einrichtungen der einzelnen Staaten zu entscheidende, offen lasse. Zu demselben Zwecke wurde eventuell von dieser Seite die Streichung des ganzen Artikels empfohlen.

Von einer andern Seite wurde der Antrag gestellt, den Art. 13 zwar in der Fassung des Entwurfes beizubehalten, aber den Zusatz beizufügen, es stehe den Regierungen der einzelnen Länder frei, zu bestimmen, daß die betreffenden Bekanntmachungen nicht bloß in den von den Handelsgerichten ausgewählten Blättern, sondern daneben noch in diesem oder jenem für alle Gerichte gemeinschaftlichen Blatte veröffentlicht werden müßten, indem man dadurch einerseits den Vortheil erlange, daß die Bekanntmachungen in den, den konkreten Verhältnissen des einzelnen Gerichtsbezirkes am meisten entsprechenden Blättern und thunlichst schnell in weiten Kreisen veröffentlicht würden, und andererseits des Vortheils der wünschenswerthen Einheit und eines die Bekanntmachungen aller Gerichte enthaltenden Blattes nicht entbehre.

Giegegen wurde jedoch eingewendet: Einmal seien die Gerichte, namentlich wenn sie auch technische Mitglieder hätten, allein die geeigneten Organe für Auswahl der entsprechenden Blätter und nicht die Administrativbehörden; sodann würde die beantragte Vorschrift

auch störend in das innere Staatsrecht einzelner Länder eingreifen.

Ein anderer Herr Abgeordneter beantragte aus dem für Streichung des Abs. 2 des Antrags unter Nr. 27 angeführten Grunde, aus dem Art. 13 Abs. 1 wenigstens die Worte: „alljährlich im Monat Dezember“ und „im Laufe des nächstfolgenden Jahres“ zu löschen.

Für die Erinnerung unter Nr. 28 endlich ward folgende Formulirung vorgeschlagen:

„In wie fern die Gerichte bei dieser Bestimmung an „die Genehmigung oder Anweisungen der Landesregierung gebunden sind, ist nach der Gesetzgebung des „einzelnen Landes zu entscheiden“, und als sich von selbst verstehend bemerkt, daß das Wort: „Gesetzgebung“ in dem Sinne gebraucht werde, wie dies bisher stets geschehen, daß unter diesem Ausdrucke alle in einem einzelnen Staate gültigen Gesetze, Verordnungen oder Vorschriften zu verstehen seien.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag, den Vorschlag unter Nr. 27 mit Hinweglassung des ersten Satzes und des Absatzes 2 anzunehmen, mit 9 gegen 5 Stimmen abgelehnt; sodann wurde der Antrag Nr. 27 unter Hinweglassung des zurückgezogenen ersten Satzes des Abs. 1, aber mit Beibehaltung des zweiten Absatzes und vorbehaltlich besonderer Entscheidung über den vierten Absatz der Abstimmung unterstellt und mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt, dagegen der zuletzt formulirte Zusatz zu Art. 13 mit 9 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Streichung des Art. 13 wurde mit 11 gegen 3 Stimmen und die Streichung der auf die jährliche Veröffentlichung der gewählten Blätter gerichteten Worte mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Der vierte Absatz des Antrags unter Nr. 27 wurde nach kurzer Berathung, in welcher namentlich geltend gemacht ward, es genüge, daß der betreffende Interessent die Anzeige in einer beliebig großen Anzahl von Blättern selbst publiciren könne, mit 10 gegen 4 Stimmen, und ein Antrag, diesen Absatz dahin zu erweitern, daß das Gericht in einzelnen Fällen auch von Amtswegen noch andere passende Blätter hinzufügen könne, mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die Erinnerung unter Nr. 30 erschien durch Annahme der Nr. 6. erledigt.

Zu

Art. 24

Abs. 3 war unter Nr. 41 beantragt worden, statt: „Annahme“ „Ueberzeugung“ zu setzen, um die Bestimmung wenigstens einigermaßen zu verschärfen und zu verhindern, daß die Veröffentlichung durch das San-

del'sregister Dritten gegenüber nicht ganz wirkungslos bleibe, weil der Ausdruck „Annahme“ die Deutung zulasse, als solle eine bloße Vermuthung genügen, um die Wirkung der Veröffentlichung auszuschließen, hie-
durch aber die größten Härten für denjenigen entstehen könnten, der hieran, wie z. B. an dem Bekanntwerden der Zurücknahme einer Procura, oder seines Austrittes aus einer Societät u. dgl. ein Interesse habe.

Nach längerer Discussion über Inhalt und Fassung des Art. 29 Abs. 3 und nach wiederholter Inbe-
trachtung der früher schon geltend gemachten Gründe und Gegengründe und nachdem mehrfach, wiewohl nicht ohne Widerspruch, gegen den Antrag bemerkt worden war, die Worte: „Ueberzeugung“ und „An-
nahme“ kämen auf dasselbe hinaus, wurde der in Rede stehende Antrag mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

U n l a g e .

In der gestrigen Sitzung wurde, zunächst auf den Antrag des Herrn Bevollmächtigten für das König-
reich Preußen von dem geehrten Präsidium der hohen Versammlung eröffnet, daß von den augenblicklich ver-
tretenen hohen Regierungen fünf den Oesterreich-Preußen-
Bayer'schen Vorschlägen beigetreten seien, während sich die übrigen sechs Regierungen nicht einverstanden erklärt hätten. Zugleich theilte das Präsidium seinen Ent-
schluß mit, nunmehr die nach dem bekannten Verzeich-
nisse zugelassenen Erinnerungen zur Berathung vor-
stellen zu wollen. Sämmtliche Anträge einzelner Mit-
glieder, auf Abkürzung der Verhandlung und geeignete
Sichtung des Materials gerichtet, blieben unberücksichtigt,
ja es wurde selbst jeder Antrag, über das weitere Ver-
fahren vor allen Dingen einen Beschluß der Conferenz
zu erwirken, nicht weiter beachtet. Daß diese Behand-
lung der Sache mit den Normen, welche bisher die
Conferenz leiteten und von dem Präsidium als Richt-
schnur befolgt wurden, im Widerspruch steht, leidet
keinen Zweifel. Auf den Grund der Bundesbeschlüsse,
durch welche die Conferenz in's Leben gerufen ist, hat
bis zu diesem Augenblicke das geehrte Präsidium sich
nur als Organ der Conferenz betrachtet und deren
Beschlüsse allein als maßgebend für das zu beobach-

tende Verfahren angesehen. Wäre dieser Weg ferner betreten, wäre also am gestrigen Tage nicht jede Vermittlung abgelehnt, sondern über den Gang des Verfahrens ein ordnungsmäßiger Beschluß erwirkt und die von allen Seiten als wünschenswerth und nothwendig anerkannte Sichtung des Materials durch die Konferenz erfolgt, so hätte man das von Jedem erstrebte Ziel wohl ohne alle Störung erreicht. Wie sich aber die Sachlage nun einmal gestaltet hat, so vermag der Unterzeichnete in dem gestern eröffneten Präsidial-Entschlusse im günstigsten Falle nur eine von dem geehrten Präsidium auf eigene Verantwortlichkeit getroffene Verfügung zu erblicken, wodurch bis auf Weiteres, also bis zu dem Augenblicke, wo in dieser Beziehung Beschlüsse der Konferenz wieder zulässig werden und wirklich erfolgen, der Gang des Verfahrens regulirt wird. Lediglich in diesem Sinne darf sich der Unterzeichnete laut der ihm ertheilten Vollmacht berechtigt ansehen, an den ferneren Berathungen Theil zu nehmen. Indesß kann er sich nicht verhehlen, daß möglicher Weise sein Kommittent, der hohe Senat der freien und Hansestadt Hamburg, die Sache nicht in diesem Sinne auffaßt. Was für den Einzelstaat erheblich ist oder nicht, darüber kann und muß begreiflich das freie Urtheil lediglich der Regierung dieses Staates zustehen; ob und wie weit die durch den individuellen Standpunkt gebotenen Erinnerungen bei der Aufnahme in das gemeinsame deutsche Handelsgesetzbuch Berücksichtigung finden können, darüber hat für jezt nur die Konferenz als Gesamtorgan zu beschließen. Es ist unbestreitbar, daß in diesem Augenblicke die Gegenstände der Berathung nicht, wie dies nach der rechtlichen Ansicht des Unterzeichneten geschehen müßte, durch Konferenzbeschlüsse, sondern faktisch durch die individuellen Ansichten und Vereinbarungen mehrerer Einzelregierungen bestimmt sind und es läßt sich kaum verkennen, daß, müßte es hierbei für immer bleiben, die Konferenz schon gegenwärtig ihre rechtliche Basis verloren hätte. Der hohe Kommittent des Unterzeichneten wäre daher vollkommen befugt, die bisherige Konferenz als erloschen oder quiescirt, und folgeweise den dem Unterzeichneten ertheilten Auftrag als beendet oder unausführbar zu betrachten. Ob der hohe Senat Hamburgs sich sofort für diese Ansicht erklären wird, kann der Unterzeichnete nicht wissen. Der Letztere wird, sobald er das Protokoll der gestrigen Sitzung erhalten hat, berichten und einstweilen an den Berathungen Theil nehmen. Wie er aber bereits gestern seinem hohen Kommittenten vollkommene Freiheit weiterer Entschließung reservirt hat, so sieht er

sich genöthigt, noch diese speziellere Reservation zu übergeben und sich ausdrücklich dagegen zu verwahren, daß wegen seiner ferneren vorläufigen Theilnahme dem hohen Senate Hamburgs die Befugniß entzogen werden könne, die ferneren Berathungen nicht weiter als Verhandlungen der bisherigen Conferenz anzuerkennen.

Nürnberg, den 20. November 1860.

Dr. C. Crips.

DL. Sitzung.

Nürnberg, am 21. November 1860.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Maule geleiteten Sitzung, an welcher die in der 548. Sitzung erwähnten Mitglieder Antheil nahmen, wurde der vom Großherzogthum Sachsen zu

Art. 46

gestellte Antrag Nr. 66, in Abs. 1 nach dem Wort: „bestellt“ einzuschalten: „und ankündigt“; nach kurzer Erörterung mit allen gegen eine Stimme abgelehnt.

Anlangend den Antrag Nr. 67 a, im dritten Absätze nach den Worten: „Vollmacht erstreckt“ einzuschalten: „insbesondere zur Führung von Rechtsstreitigkeiten über dieselben,“ so wurde zwar allseitig anerkannt, daß es wünschenswerth sei, die Frage, auf welche sich diese Worte bezögen, der Rechtsicherheit wegen im Gesetze ausdrücklich zu entscheiden, aber mehrfach geltend gemacht, daß es mit der allgemein gangbaren Auffassung des Verkehrs in Widerspruch stehen würde, dem Handlungsbevollmächtigten ohne Weiteres das Recht zur Prozeßführung zuzugestehen, und es an genügenden Gründen für eine desfallige Abweichung von den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechts fehle. Es wurde deshalb beantragt, die Einschaltung der eben aufgeführten Worte abzulehnen, und statt dessen zu Abs. 3 den Zusatz anzunehmen, daß dem Handlungsbevollmächtigten das Recht zur Prozeßführung nicht

zustehen, wenn ihm nicht eine besondere Vollmacht hierzu erteilt worden sei. Dieser Antrag wurde mit 13 gegen 1 Stimme zum Beschlusse erhoben.

Hierauf wurden die den letzten Absatz des Art. 46 betreffenden Erinnerungen unter Nr. 68, 69 a, 70 und 71 der Berathung unterstellt und zunächst für Streichung des letzten Absatzes angeführt: Die hauptsächlichste Bedeutung des Art. 46 scheine darin zu bestehen, daß denjenigen Personen, welche zu dem Handelsgewerbe eines Prinzipals gehörten und somit als Glied eines organischen Ganzen zu betrachten seien, wenn ihnen vom Prinzipal eine Vollmacht zur Vornahme von einem größeren oder kleineren Umfang von Rechtsgeschäften erteilt worden, auch ohne Aufzählung der ihnen zustehenden Befugnisse eine gewisse Summe von Machtvollkommenheiten zustehen, daß eine solche einer weiteren Interpretation fähige Handlungsvollmacht aber auch nur dann als vorhanden anzusehen sei, wenn sie mit Rücksicht auf ein Handelsgewerbe erteilt worden und wenn der Bevollmächtigte zu den im Handelsgewerbe angestellten Personen gehöre, während Aufträge an außerhalb des Handelsgewerbes stehende Personen nach den Bestimmungen über das Mandat zu beurtheilen sein würden. Hierauf schienen die im Eingange des Artikels sich findenden Worte: „Wenn ein Prinzipal Jemanden — in seinem Handelsgewerbe bestellt“ und der Umstand, daß Handlungsbevollmächtigte, die zu einzelnen Geschäften beauftragt worden, von den gewöhnlichen Mandataren (Art. 281) im Handelsgesetzbuche unterschieden seien, deutlich hinzuweisen. Daß unter diesen Umständen die Bestimmung des Artikels 46 auch auf Kassirer und auf solche Kommiss, welche der Prinzipal zu Reisen verwende, Anwendung leide, könne so wenig zweifelhaft sein, daß es nicht ausdrücklich hervorgehoben zu werden brauche. Wenn man dessenungeachtet der Reisenden ausdrücklich Erwähnung thue, so könne dies zu dem Mißverständnisse führen, als solle jeder Reisende ohne Unterschied, gleichviel ob er in Diensten des Prinzipals und in einem dauernden Verhältnisse zu seinem Handelsgewerbe stehe, oder nicht, schon wegen seiner Eigenschaft als Reisender zur Vornahme eines gewissen Umkreises von Rechtshandlungen für berechtigt erklärt werden, als sollten somit alle Reisenden, möchten es nun reisende Kommiss oder sogenannte Provisionsreisende oder Agenten sein, alle Rechtshandlungen vorzunehmen das Recht haben, welche das Reisen in Handelsangelegenheiten mit sich bringe. Dies sei durch Abs. 4 aber nicht beabsichtigt und könne auch aus dem Grunde gar nicht beabsichtigt sein, weil der Umfang dieser Rechtshandlungen

gen gar nicht feststehe, sondern je nach der in Rede stehenden Art von Reisenden verschieden sei.

Von einer anderen Seite wurde geltend gemacht: Die eben hervorgehobenen Erwägungen führten nicht dazu, den Abs. 4 zu streichen, sondern würden nur den Antrag auf eine andere, jeden Zweifel ausschließende Fassung rechtfertigen. Da nämlich Art. 46 von Handlungsbevollmächtigten im Sinne des Handelsgesetzbuches d. h. von solchen Bevollmächtigten handle, welche ein Prinzipal in seinem Handelsgewerbe bestelle, so sei die Konferenz davon ausgegangen, daß unter den im letzten Absätze des Artikels erwähnten Handlungsreisenden nur solche Handlungsreisende verstanden werden würden, welche als Handlungsbevollmächtigte in dem Handelsgewerbe des Prinzipals angestellt seien (reisende Kommiss). Ueber andere Handlungsreisende, insbesondere über die s. g. Provisionsreisenden und die Agenten, habe man deshalb keine Bestimmungen in das Gesetzbuch aufgenommen, weil deren Stellung und Rechtsverhältnisse so verschieden seien, daß sich allgemeine Grundsätze darüber nicht aufstellen ließen. Gleichwohl könne der letzte Absatz des Artikels 46 zu Zweifeln hierüber Veranlassung geben, da derselbe in der jetzigen Fassung als eine Vorschrift für alle Arten von Handlungsreisenden aufgefaßt werden könne. Um daher die Absicht der Versammlung deutlicher hervorzuheben, und da die Kassirer füglich zu übergehen sein möchten, wurde für Abs. 4 folgende Fassung empfohlen:

„Diese Bestimmungen gelten auch von den Handlungsbevollmächtigten, welche der Prinzipal als Handlungsreisende verwendet.“

Dieser Vorschlag wurde schließlich *salva redactione* mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen, und der Antrag auf Streichung des vierten Absatzes hierauf nicht weiter verfolgt.

Für die Zusatzanträge unter Nr. 69 a und 70 wurde im Allgemeinen geltend gemacht, daß über die in denselben besprochenen Fragen sehr viele Streitigkeiten vorkämen und es der Sicherheit der Betheiligten wegen wünschenswerth erscheine, im Gesetze eine feste Norm aufzustellen, wenn sie auch nicht für alle Fälle mit gleich starken inneren Gründen sollte gerechtfertigt werden können. Für den Antrag unter 69 a insbesondere wurde geltend gemacht, daß sein Inhalt der Uebung des Handelsverkehrs entspreche, wogegen jedoch wieder eingewendet wurde, Letzteres sei keineswegs ganz allgemein, sondern höchstens nur im Großhandel der Fall. Dieser komme indessen hier nicht in Betracht, da für ihn ein Bedürfnis, die Frage zu entscheiden, nicht be-

stehe, aber auch gleichgültig sei, wie dieselbe entschieden werde. Bei größeren Geschäften werde, wenn eine allgemeine Verabredung nicht bestehe, regelmäßig beim Abschlusse des Geschäfts eine Vereinbarung über die Zahlungsart getroffen, jedenfalls aber vor Eintritt des Zahlungstags die betreffende Anordnung von Seiten des Gläubigers erlassen. Nur die kleineren Geschäfte seien zu berücksichtigen und in Bezug auf diese sei die Uebung, daß der Reisende die Zahlung wenigstens für die von ihm selbst oder seinem Vorgänger abgeschlossenen Geschäfte einziehe, die verbreitetere. Mit Rücksicht hierauf verdiene die Bestimmung im ersten Absätze des Antrags unter Nr. 70 den Vorzug, und entspreche auch in so fern mehr als jede andere der Natur der Sache, als der Zahlende in der Folge nicht leicht einen Beweis darüber liefern könne, daß der Reisende eine besondere Vollmacht zum Einziehen von Zahlungen gehabt habe, wenn sie auch beim Zahlungsempfang wirklich vorhanden gewesen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Nr. 69 a mit 13 gegen 1 Stimme abgelehnt und der erste Absatz des Antrags unter Nr. 70 in dem Sinne, daß er nur auf reisende Handlungsbevollmächtigte der oben bezeichneten Art, also namentlich nicht auf selbstständige Mandatare, Agenten, s. g. Provisionsreisende, oder auf Solche, die das Geschäft betreiben, für verschiedene Häuser zu reisen, noch auf diejenigen Bevollmächtigten, welche zur Vornahme eines einzelnen Geschäftes ausgesendet worden, Anwendung leiden, und die Frage, welche anderen Reisenden etwa noch zum Geldeempfang etc. befugt seien, offen gelassen werden solle, mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen.

Der zweite Absatz des Antrags unter Nr. 70 blieb ohne Unterstützung und wurde darum nicht weiter verfolgt; der dritte Absatz wurde mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt, nachdem von mehreren Seiten angeführt worden war, sein Inhalt sei selbstverständlich, von anderen, es sei kein genügender Grund vorhanden, eine besondere Bestimmung über die in diesem Absatz entschiedene Frage aufzunehmen.

Der unter Nr. 69 zu Abs. 1 gestellte Zusatzantrag wurde mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt, nachdem dagegen geltend gemacht war, Beschränkungen solcher Vollmachten seien selbstverständlich nicht ausgeschlossen; es könne aber nicht in allen Fällen genügen, daß sie dem Publikum bekannt gemacht würden, vielmehr werde man regelmäßig darauf bestehen müssen, daß sie dem betreffenden Dritten bekannt gewesen seien.

Der zu

Art. 47

unter Nr. 73 gestellte Antrag wurde nach stattgehabter
Besprechung mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Die zu

Art. 52

unter Nr. 77 und 78 gestellten Anträge wurden nach
kurzer Diskussion zurückgezogen. Bei Berathung des

Art. 53

und beziehungsweise der Anträge unter Nr. 79, 80
und 81 wurde für Streichung des Artikels ange-
führt: Die in diesem Artikel enthaltene Bestimmung
sei aus dem französischen Rechte übertragen. In der
französischen Gesetzgebung finde sich der dem Art. 53
zum Grunde liegende Rechtsatz aber nicht allein im
Handelsrechte, sondern im bürgerlichen Rechte überhaupt
und sei daselbst, wenn auch noch strenger als Art. 53,
so doch auch bestimmter und deutlicher als dieser Ar-
tikel. In den übrigen in Deutschland geltenden Civil-
rechten finde sich ein ähnlicher Satz dagegen nicht.
Art. 53 würde somit diese Gesetzgebungen durchbrechen,
und dadurch Unzuträglichkeiten herbeiführen, die um so
fühlbarer sein würden, als es an allen Zweckmäßig-
keitsgründen dafür fehle, einen solchen Ausnahmsatz
für das Handelsrecht allein zu statuiren und denselben
noch dazu auf Verschuldungen der Procuristen und
Handlungsbevollmächtigten zu beschränken, bezüglich der
Verschuldungen von Handlungsgehilfen aber nicht an-
zuerkennen, obgleich er gerade rücksichtlich dieser weit
mehr als rücksichtlich der Procuristen und Handlungs-
bevollmächtigten praktisch erheblich sein würde, weil
es sich nicht um Verschuldungen bei Kontraktabs-
chlüssen, für welche der Prinzipal schon aus anderen
Gründen einstehen müsse, sondern um Schäden durch
faktische Verrichtungen handle. Dazu komme noch, daß
die Entscheidung der Frage, ob das Verschulden in
Ausübung des Geschäfts verübt worden sei, oder ob
das Geschäft nur die Gelegenheit geboten habe, in den
meisten Fällen mit großen Schwierigkeiten verbunden
sein würde, daß die Gerichte diese Frage voraussichtlich
in der verschiedensten Art beantworten würden, eine
Rechtseinheit somit doch nicht zu erwarten sei. Nur
der bis jetzt nur für Frachtgeschäfte angenommene Satz
scheine sich für das Handelsrecht zu empfehlen, daß näm-
lich, wer eine Obligation zu erfüllen habe, bei deren Nicht-
erfüllung sich nicht darauf berufen könne, daß er sich
bei der Erfüllung seiner Leute bedient habe, und die-
selbe durch deren Verschulden unterblieben oder mangel-
haft ausgefallen sei; dagegen gehe Art. 53 zu weit.

Von anderen Seiten wurde hiegegen, unter Hin-
weisung auf die bei der ersten Lesung für diesen Ar-
tikel geltend gemachten Gründe, hervorgehoben: In Be-

zug auf den Gegenstand des Art. 53 bestehe in dem gemeinen Rechte eine Lücke, welche mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Lebens der neueren Zeit einer Ausfüllung bedürfe; diese Lücke mache sich insbesondere auf dem Gebiete des Handels fühlbar, weil der Verkehr zwischen den Kaufleuten regelmäßig mittelst der von ihnen angestellten Leute Statt finde; das Prinzip des Art. 53 sei nun aber in vielen Fällen durchaus angemessen und dem Handelsstande nützlich, z. B. im Fall einer Kollision von zwei Flußschiffen, indem es dem Beschädigten wenig nütze, daß er wohl an den nachlässig gewesenen Schiffer, nicht aber an den Eigenthümer des Schiffs einen Anspruch habe, oder wenn ein Handlungsgehilfe beim Indossiren eines Wechsels ein anderes werthvolles Indosso austreibe u.; die Fassung des Artikels sei enge gehalten, eine bestimmtere Fassung sei weder möglich noch nöthig, für die Anwendung bleibe dem richterlichen Ermessen ein Spielraum, den das Gesetz nicht ausschließen könne und der hier weit weniger gefährlich sei als z. B. in Art. 24 Abs. 3.

Schließlich wurde die Streichung des Artikels mit 8 gegen 6 Stimmen genehmigt.

Der Antrag unter Nr. 86 zu

Art. 56

wurde nach kurzer Erörterung mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt, und ebenso der Antrag Nr. 89 zu

Art. 61.

Die Anträge unter Nr. 90 zu

Art. 63

und Nr. 94 zu

Art. 68

wurden nicht gestellt.

Der Antrag unter Nr. 100 zu

Art. 76

wurde nach wiederholter Besprechung der in den früheren Berathungen geltend gemachten Gründe und Gegenstände mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag unter Nr. 102, die Ergänzung des

Art. 78

betreffend, wurde mit 9 gegen 5 Stimmen angenommen.

Der Antrag unter Nr. 125 zu

Art. 96

wurde nicht gestellt, der Antrag Nr. 126 zu

Art. 100

mit 7 gegen 6 Stimmen, da sich ein Mitglied vorübergehend aus der Sitzung entfernt hatte, genehmigt.

DLI. Sitzung.

Nürnberg, den 23. November 1860.

In der heutigen, von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher die in dem Protokolle der 548. Sitzung aufgeführten Mitglieder Antheil nahmen, wurde der zu

Art. 105

gestellte Antrag (Nr. 128) auf Streichung der Worte: „und bilden eine Schuld der Gesellschaft“ nach kurzer Besprechung mit Stimmeneinhelligkeit angenommen, indem anerkannt wurde, daß diese Worte dahin mißverstanden werden könnten, als ob der Gesellschafter wegen der Zinsen einem dritten Gläubiger der Gesellschaft gleichstehe, während es sich nur darum handle, daß diese Zinsen im Verhältniß der Gesellschafter zu einander den Gewinn der Gesellschaft vermindern, oder den Verlust derselben vermehren, was mit Rücksicht auf den Art. 108 Bedeutung habe.

Der Antrag Nr. 131 zu

Art. 109

wurde nicht gestellt.

Der Antrag Nr. 134 zu

Art. 110

wurde nach kurzer Besprechung *salva redactione* mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Antrag Nr. 135 zu demselben Artikel galt als durch die Bemerkung zum Monitum Nr. 22. erledigt.

Hierauf wurden die unter Nr. 136 — 139 gestellten Anträge in Betracht gezogen, und hiebei auf die schon in den früheren Verhandlungen entwickelten Gründe und Gegengründe Bezug genommen und insbesondere gegen das den Art. 110 a—d (unter Nr. 136) zum Grunde liegende Prinzip angeführt: Durch diese Bestimmungen werde der Handelsgesellschaft der Charakter einer juristischen Person beigelegt, wenigstens kämen dieselben, abgesehen von einigen unbedeutenden und unpraktischen Unterscheidungspunkten, auf dasselbe hinaus, wie die Bestimmung, daß die Handelsgesellschaft die rechtliche Natur einer juristischen Person haben solle. Die in Rede stehenden Bestimmungen böten dem Kaufmann Gelegen-

heit dazu, eine Schuld, für welche er eben noch mit seinem ganzen Vermögen zu haften gehabt habe, ohne daß sie irgend einer anderen Schuld hätte nachstehen müssen, durch Annahme eines Socius in eine Privatschuld umzuwandeln, für deren Deckung nur wenig Aussicht mehr vorhanden sei, zumal das nicht in das Handelsgeschäft gesteckte Privatvermögen der Kaufleute, und namentlich der Insolventen, insbesondere an den größten Handels- und Seeplätzen regelmäßig in wenig mehr als dem Mobiliar bestehe. Dadurch müsse der Kredit der Kaufleute aber auf das Allerempfindlichste leiden, weil Niemand einem Einzelkaufmann mehr mit Sicherheit ein Kapital anvertrauen könne. Außerstenfalls werde man darauf Bedacht nehmen müssen, daß man dem Gläubiger die Möglichkeit gewähre, eine solche nachtheilige Association seines Schuldners zu verhindern oder unschädlich zu machen, etwa in der Weise, wie solches das gemeine Recht der Erbschaftsgläubiger gewähre. In der Möglichkeit, die Konkursöffnung gegen den Schuldner zu beantragen, liege kein geeignetes Mittel hiefür, weil die Konkursöffnung immer erst nach dem Eintritt der Association und, nachdem für die Gesellschaftsschulden schon das Vorrecht der Separation erworben sei, erfolgen würde. Die Artikel 110 a—d enthielten ein Privilegium für die Kaufleute und würden dasselbe an vielen Handelsplätzen erst neu begründen, obschon die ganze Richtung der Zeit gegen Standesprivilegien sei. Für die in den eben erwähnten Artikeln enthaltenen Sätze sei außerdem auch kein praktisches Bedürfnis vorhanden. Die Erfahrung lehre, daß die Konkursmassen an denjenigen Handelsplätzen, an welchen die fraglichen Sätze bisher keine Geltung gehabt hätten, kein größeres Mißverhältniß zwischen Aktiven und Passiven hätten, und nicht weniger Prozente für die Gläubigerschaft abzuwerfen pflegten, als an solchen Orten, an welchen der Inhalt der Art. 110 a—d schon jetzt praktische Geltung habe; im Gegentheil schienen sie an den letzterwähnten Orten mehrfach zur Plünderung der Konkursmassen und zu dem so bedenklichen Deckungssystem geführt zu haben. Daß das System, auf welchem die Art. 110 a—d beruhten, praktisch bedenklich sei, könne man schon daraus schließen, daß man es neuerdings in England zu modificiren bestrebt gewesen sei. Die Erwägung, daß die Gesellschafter solidarisch für die Schulden der Gesellschaft haften müßten, und somit hart betroffen würden, wenn das zunächst zur Bezahlung der Handlungsschulden bestimmte Vermögen der anderen Gesellschafter auch zur Deckung ihrer Privatschulden verwendet werde, und dadurch der zur Deckung der Hand-

lungsschulden bestimmte Handlungsfonds sich verringere, biete keinen Grund für Aufnahme der mehrerwähnten Artikel in das Gesetz. Denn die Solidarität komme den Gesellschaftern als Genossen des ganzen Handelsstandes ebenso sehr zu Gute, als sie ihnen beschwerlich sei. Diese Solidarität sei zu Gunsten des Handelsstandes und auf seinen eigenen Wunsch eingeführt worden, und nicht in odium der Privatgläubiger, er müsse deshalb auch deren Nachtheile tragen und könne sich über deren Folgen nicht beklagen. Ebenso wenig folge die Richtigkeit der fraglichen Rechtsätze aus dem Wesen und modernen Begriff der Handelsgesellschaft, und den schon gefaßten Beschlüssen der Konferenz, denn dieser Begriff stehe bis jetzt für das deutsche Handelsrecht in dem den beantragten Artikeln entsprechenden Sinne noch keineswegs fest, und die Versammlung habe ausdrücklich beschlossen, durch Entscheidung einzelner Fragen, namentlich durch Aufnahme von Art. 110 allem Uebrigen nicht präjudiziren zu wollen; es werde daher erst durch Annahme der beantragten Artikel über den Begriff entschieden, welchen die Versammlung mit der Handelsgesellschaft verbinde. Wolle man aber überhaupt Bestimmungen im Sinne der Anträge unter Art. 136 — 139 aufnehmen, so fehle es doch an genügenden Gründen dafür, dieselben auf Handelsgesellschaften zu beschränken, und bezüglich der allein stehenden Kaufleute etwas Anderes zu bestimmen, indem der Consocius nicht mehr Rücksicht als jeder andere Gläubiger verdiene. Eventuell werde folgender, auch in der Hamburger Fallitenordnung (Art. 64, 4) sich findender Zusatz zur Art. 110 d beantragt:

„dagegen steht den Privatgläubigern der Gesellschafter ein Vorzugsrecht an dem Privatvermögen vor den Handlungsgläubigern zu.“

Von anderen Seiten wurde hierauf entgegnet: Der Inhalt der Anträge unter den Nummern 136 — 139 entspreche der Auffassung, welche im Verkehre von der Handelsgesellschaft allgemein gangbar sei. Das Prinzip, auf welchem diese Anträge beruhten, erscheine nothwendig, um das Gedeihen der Handelsgesellschaften zu sichern, es sei in Deutschland weit verbreitet und namentlich in Oesterreich, in Preußen und am Rheine seit langer Zeit in Geltung und habe dort nie zu Unzuträglichkeiten geführt; ebenso habe es in Frankreich und seit undenklichen Zeiten in Schottland, und nach hundertjährigem Kampfe auch in England Anerkennung gefunden; endlich gelte es in Nordamerika in allen Staaten mit Ausnahme eines einzigen. Erhebliche Gefahren werde dieses Prinzip nicht zur Folge haben, und namentlich führe es nicht zu

einem größeren Mißverhältniß zwischen den Aktiven und Passiven der Konkursmassen und dem obenerwähnten Deckungssystem. Diese beiden, unter sich allerdings zusammenhängenden Erscheinungen hätten ihren Ursprung vielmehr in der Vorschrift, daß die Verfügungen des Gemeinschuldners bis zum Augenblick der Konkursöffnung anerkannt werden müßten, und kämen deshalb auch nicht bloß bei Gesellschaften, sondern auch beim Einzelkaufmann vor; den berechtigten und auf reellen Absichten beruhenden Kredit, der nicht in der Meinung erteilt werde, daß die von Verwandten und Freunden gemachten Vorschüsse wieder heimlich zurückgezogen werden sollten, wenn die Handlung schlechte Erfolge erziele, gefährde das Prinzip erfahrungsmäßig nicht, und ebenso wenig enthalte es ein Privilegium für den Handelsstand. Fast alle praktischen Resultate, zu denen das in Frage stehende Prinzip führe, entsprächen dem rechtlichen Wesen des Gesellschaftsverhältnisses und ergäben sich auch — vielleicht mit Ausnahme desjenigen, was bezüglich der Kompensation vorgeschlagen sei — aus dem gemeinen Rechte, nach welchem jedem Socius im Hinblick auf die Grundsätze über die *actio communi dividundo* das Recht zustehe, die Verwendung irgend eines Vermögensbestandtheils der Gesellschaft zur Bezahlung der Privatschulden eines Socius so lange zu verweigern, bis alle Gesellschaftsschulden bezahlt seien, wie denn auch nach dem allg. preuß. Landrecht bei jeder Gesellschaft kein Socius das Recht habe, über eine Quote eines Vermögensobjectes der Gesellschaft zu verfügen, sondern nur das Recht, die Auseinandersetzung zu beantragen und nach Bezahlung der Schulden die entsprechende Quote des reinen Aktivvermögens zu beanspruchen, woraus folge, daß auch kein Gläubiger ein anderes begehren könne. Die Annahme des den Anträgen unter Nr. 136—139 zum Grunde liegenden Prinzipes, für welches sich auch die höchsten Gerichtshöfe mehrerer Länder ausgesprochen hätten, sei unerläßlich, wenn nicht ganz unentwirrbare Verwickelungen entstehen sollten; man möge nur an den bei dem steten Wachsen der industriellen Beziehungen stets häufiger werdenden Fall denken, daß ein Kaufmann mehreren Handelsgesellschaften angehöre. Jedenfalls müsse sich die Versammlung klar darüber aussprechen, ob sie, wie aus der Aufnahme einer Reihe von Bestimmungen über die offene Gesellschaft in das Handelsgesetzbuch gefolgert werden zu können scheine, dem in dem Art. 110 a—d zur Geltung gebrachten Prinzip beitreten oder es im Wesentlichen bei dem System des römischen Rechts belassen wolle, in welchem Falle die meisten

Bestimmungen über die Handelsgesellschaft entbehrlich sein würden.

Hierauf wurde Art. 110 a mit der Modifikation, daß neben dem Arreste auch der Beschlagnahme Erwähnung zu thun sei, da beide Ausdrücke in den verschiedenen Staaten nicht gleichbedeutend gebraucht würden, *salva red.* mit 12 gegen 2 Stimmen angenommen.

Zu

Art. 110 b.

beantragte ein Mitglied, nicht Pfandrecht und Hypothek einander gegenüber zu stellen, weil die letztere auch ein Pfandrecht sei. Dieser Antrag wurde jedoch mit Rücksicht darauf, daß einzelne Gesetzgebungen die Hypothek dem Pfandrechte gegenüberstellen, mit 9 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Die Bemerkung eines Mitglieds, daß in einigen Ländern des Bundesgebietes das Wort: Hypothek den Gegenstand des auf Immobilien sich erstreckenden Pfandrechts, aber nicht das Hypothekarrecht bezeichne, wurde als unerheblich betrachtet. Die weitere Bemerkung desselben Mitglieds, die Worte: „jedoch werden die Rechte“ u. müßten deshalb wie folgt geändert werden: „jedoch werden die im ersten Absätze dieses Artikels bezeichneten Rechte (Hypothek, Pfandrecht)“, weil sonst der Nachsatz mit dem 1. Absätze des Artikels nicht übereinstimme, wurde ebenfalls aus gleichem Grunde nicht berücksichtigt und Art. 110 b angenommen, dabei jedoch anerkannt, daß es in denjenigen Ländern, in welchen das französische Recht gilt, Sache der Einführungs Gesetze sein werde, beizufügen, daselbe, was hier von Pfandrechten und Hypotheken bestimmt sei, gelte auch von den s. g. Privilegien.

Mehrere Herren Abgeordnete aus denjenigen Ländern, in welchen noch Generalhypotheken an dem gesamten Vermögen des Schuldners Geltung haben, jedoch nicht gegen den dritten Besitzer verfolgbar sind, behielten ihren hohen Regierungen das Recht vor, in einem Zusätze zu entscheiden, ob die Gesellschaft im Verhältniß zum bisherigen Eigenthümer der in die Gesellschaft eingeworfenen Sache als dritte Hand anzusehen sei.

Art. 110 c.

wurde angenommen, ohne daß es einer Abstimmung bedurfte, nachdem ein Vorschlag, die Fassung desselben zu ändern, nach kurzer Besprechung wieder zurückgezogen worden war.

Sodann wurde bei Berathung des

Art. 110 d

der oben formulirte Zusatz bezüglich eines Vorzugsrechtes der Privatgläubiger vor den Gesellschaftsgläubigern bei Vertheilung des Privatvermögens der Ge-

gesellschaftsgläubiger in Betracht gezogen und gegen diesen Zusatz geltend gemacht: Das wesentlichste Bedenken gegen diesen Zusatz bestehe darin, daß der Zweck, welchen man durch Einführung der Solidarität der Gesellschafter habe erreichen wollen, dadurch ganz vereitelt werde. Die solidarische Haftung der Gesellschafter verliere den größten Theil ihres Werthes für die Gesellschaftsgläubiger, wenn diese wegen des bei der Vertheilung des Gesellschaftsfonds ungedeckt gebliebenen Theils ihrer Forderung nicht eher eine Aussicht auf Befriedigung hätten, als bis die sämtlichen Privatgläubiger der Gesellschafter bezahlt seien. Man möge dabei nur des Falles gedenken, daß ein Gesellschafter nur einen verhältnismäßig kleinen Theil seines Vermögens in die Gesellschaft eingeschossen und den größeren Theil zurückbehalten habe, um damit für sich besonders Handel zu treiben. Während in einem solchen Fall die Gesellschaftsgläubiger vielleicht nur wenige Prozente ihrer Forderung aus dem Handlungsfonds erhielten, könnten die Privatgläubiger möglicher Weise den größten Theil ihrer Forderungen bezahlt erhalten, so daß auf diese Weise die Bestimmungen über einen separaten Handlungsfonds, mit denen man den Kredit der Gesellschaften und die Associationen habe befördern wollen, zu einem privilegium odiosum der Gesellschaftsgläubiger und damit des ganzen Handelsstandes werden würde. Auch werde durch die beantragte Vorschrift in das Konkursrecht den einzelnen Länder eingegriffen, welches werde geändert werden müssen, namentlich in Bezug auf das Affordrverfahren, wenn zwei Klassen von Gläubigern mit ganz verschiedenen Rechten zu berücksichtigen seien.

Von anderen Seiten wurde die Ansicht vertreten, daß die in dem eben besprochenen Zusatz behandelte Frage zu sehr mit der Konkursgesetzgebung der einzelnen Länder zusammenhänge, als daß sie füglich hier erledigt werden könnte, und deshalb statt dieses Zusatzes folgende Bestimmung empfohlen:

„Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, zu bestimmen, ob und in wie weit den Privatgläubigern der einzelnen Gesellschafter ein Absonderungsrecht in Bezug auf das Privatvermögen der Gesellschafter zustehe.“

Dieser Antrag wurde mit 11 gegen 3 Stimmen zum Beschlusse erhoben, die von einer Seite beantragte Streichung des Art. 110 d dagegen mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Ferner wurde auf den Antrag eines Herrn Abgeordneten mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen, ausdrücklich im Gesetze zu bestimmen, daß die Gesellschafts-

gläubiger in dem Konkurse der einzelnen Gesellschafter nicht den ganzen Betrag ihrer Forderungen, sondern nur den bei Vertheilung des Gesellschaftsfonds ungedeckt gebliebenen Theil derselben zu liquidiren das Recht haben sollten.

Bei Verathung des unter Nr. 139 vorgeschlagenen
Art. 126 c

wurde gegen denselben geltend gemacht: Die Rechte der Privatgläubiger seien dadurch hinreichend gewahrt, daß sie den jährlich auf ihren Schuldner fallenden Gewinnbetrag mit Beschlag belegen und einziehen und außerdemfalls die Eröffnung des Konkurses gegen ihren Schuldner beantragen könnten, wodurch es im Hinblick auf Art. 119 ja auch zur Auflösung der Gesellschaft komme. Der Art. 126 c gehe zu weit, indem er den Gläubigern eines Gesellschafters größere Rechte verleihe, als diesem selbst zuständen, indem er ferner nicht nur jedem Privatgläubiger das Recht, wegen einer Forderung von wenigen Thalern die Gesellschaft zu sprengen, sondern auch jedem einzelnen Socius die Möglichkeit, durch Kontrahiren und Nichtbezahlen einer kleinen Schuld dasselbe zu thun, und damit indirekt Ersatz für das versagte Kündigungsrecht geben würde.

Von anderen Seiten wurde eingewendet: Durch Verweisung an den jährlich zur Vertheilung kommenden Gewinn würden die Rechte der Privatgläubiger eines Gesellschafters wesentlich beeinträchtigt werden. Einmal weil oft Jahre lang kein Gewinn gemacht werde, sodann weil denselben die Möglichkeit gegeben werden müsse, das gesammte Handlungsvermögen ihres Schuldners in Anspruch zu nehmen, wenn dessen Privatvermögen zu ihrer Befriedigung nicht ausreiche. Die Konkursöffnung setze in mehreren Staaten das Vorhandensein einer Mehrheit von Gläubigern voraus, und es schütze daher die Bestimmung, daß die Konkursöffnung über das Vermögen eines Gesellschafters die Gesellschaft auflöse, einen einzelnen Gläubiger nicht. Uebereinstimmende Anwendungen des Art. 126 c. könne namentlich bei geringfügigen Forderungen die Gesellschaft durch Befriedigung des Gläubigers und Anrechnung des Gezahlten auf den Antheil des zahlungs säumigen Socius begegnen. Auch werde es genügen, in einem Zusatz zu bestimmen, daß der Privatgläubiger die Auflösung erst dann beantragen dürfe, wenn die Execution in das Privatvermögen des betreffenden Gesellschafters vergeblich gewesen sei.

Nachdem sich für diesen Zusatz eine Majorität von 12 gegen 2 Stimmen ergeben hatte, ward Art. 126 c mit diesem Zusatz mit 9 gegen 5 Stimmen angenom-

men, und dessen Streichung mit demselben Stimmenverhältnisse abgelehnt.

Der Antrag unter Nr. 137 den

Art. 154

betreffend, wurde mit 13 gegen 1 Stimme und der Antrag Nr. 138 zu

Art. 28

als Consequenz der eben gefaßten Beschlüsse mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Die Prüfung der Frage, ob die heute angenommenen Bestimmungen über den Handlungsfonds nach Art. 110 oder nach Art. 126 einzuschalten seien, ward zunächst der Redaktionskommission anheim gegeben.

DLII. Sitzung.

Nürnberg, den 26. November 1860.

In der heutigen, von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher sämtliche, in der 548. Sitzung aufgeführten Mitglieder Antheil nahmen, wurden zunächst die früheren Mitglieder der Redaktionskommission, die Herren Geheimer Oberjustizrath Dr. Heimsöth, Sektionsrath Dr. Schindler, Kanzler Dr. von Gerber und Ministerialrath Ammann ersucht, sich auch für die Folge den Geschäften der Redaktionskommission zu unterziehen, wozu sich dieselben bereit erklärten. Sodann wurde noch Herr Appellationsgerichtsrath Dr. Tauchnitz durch Stimmenmehrheit als Mitglied der Redaktionskommission erwählt. Ferner wurden durch Stimmenmehrheit die Herren Geheimrath Franck, Appellationsgerichtsdirektor Dr. Seuffert und Dr. Haltermann zu Mitgliedern der Kommission für Feststellung der Protokolle bestimmt.

Hierauf ward der zu

Art. 114

gestellte Antrag Nr. 131 deshalb für erledigt erklärt, weil der Antrag unter Nr. 131 nicht gestellt worden sei, und der zu

Art. 115

unter Nr. 191 a gestellte Antrag auf Streichung der Worte: „einen gewissen Geschäftszweig oder“ nach kurzer Berathung mit 8 gegen 6 Stimmen angenommen, nachdem dafür nach vorgängiger Hinweisung auf Art. 42 noch weiter angeführt worden war: Die jetzige Fassung des Artikels gebe zu der Auslegung Anlaß, daß, wenn eine Handelsgesellschaft mehrere Etablissements und für jedes Etablissement eine besondere Firma habe, der geschäftsführende Socius in seiner Befugniß, die Gesellschaft zu vertreten, auch nicht in der Weise beschränkt werden dürfe, daß ihm nur diese oder jene Firma zu zeichnen gestattet werde. Da dies jedoch nicht beabsichtigt sei, und dasjenige, was mit den fraglichen Worten ausgedrückt werden solle, schon in den Worten: „oder gewisse Arten von Geschäften“ liege, empfehle sich die beantragte Streichung.

Sodann wurde anerkannt, daß in Konsequenz dieses Beschlusses die Worte: „einen gewissen Geschäftszweig oder“ auch aus

Art. 216

zu streichen seien.

Zu

Art. 117

wurde bei Berathung der Erinnerungen Nr. 144 und 145 allseitig anerkannt, daß dieser Artikel in Konsequenz des zu Art. 53 gefaßten Beschlusses zu streichen sei.

Bei Besprechung des

Art. 127

und beziehungsweise des Antrags Nr. 153 wurde zunächst von Seiten des Herrn Abgeordneten für Sachsen die Erklärung abgegeben, er ziehe den vierten Absatz des Antrags zurück und schlage vor, statt dessen den 2. Absatz des Art. 127 des Entwurfs aus zweiter Lesung einzuschalten.

Sodann wurde nach kurzer Berathung der erste Absatz des eben erwähnten Antrags, nachdem geltend gemacht worden war, daß er weder zur Erläuterung noch zur Ergänzung des Entwurfs diene, dagegen mit dessen Anordnung nicht vereinbar sei, mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Zum zweiten Absätze desselben ward erläuternd bemerkt: Wenn sich die Gesellschaft in Folge des Todes eines Gesellschafters aufgelöst habe, so würden, falls nichts Anderes im Gesetze bestimmt sei, alle Erben des Verstorbenen an seine Stelle treten und als Liquidatoren zugelassen werden müssen, und wenigstens nach manchen Gesetzgebungen nicht einmal durch den Richter gezwungen werden können, einen gemeinschaft-

lichen Vertreter als Mitliquidator zu bestellen. Hierin liege ein Uebelstand, dem durch den in Rede stehenden Abs. 2 vorgebeugt werden solle. Mit Rücksicht hierauf ward nach stattgehabter Diskussion Abs. 2 mit 8 gegen 6 Stimmen angenommen, und zwar mit der Erweiterung, daß derselbe auch auf den Fall auszu- dehnen sei, wenn die Gesellschaft aus einem andern Grunde aufgelöst worden und noch vor beendigter Liquidation, sei es vor, oder nach der Auflösung, einer der Gesellschafter gestorben sei.

Der dritte Absatz wurde mehrfach mit der Bemerkung bekämpft, daß es bedenklich sei, gegenüber der allgemeinen Bestimmung des Art. 127 Abs. 1, einen oder den anderen Gesellschafter kraft des Gesetzes von der Befugniß, an der Liquidation Theil zu nehmen, auszuschließen, indem daraus gefolgert werden könnte, es wolle dem mit der Gesellschaft verkehrenden Dritten die Verpflichtung auferlegt werden, sich um die Gründe der Auflösung der Gesellschaft zu erkundigen und zu entscheiden, welche Gesellschafter die berechtigten Liquidatoren seien, was zu großen Unzuträglichkeiten führe, und daß andrerseits zum Schutze der Gesellschafter die Bestimmung des Art. 127 Abs. 2 genüge. Schließlich wurde dieser Absatz mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Der an Stelle des Abs. 4 des Antrags getretene Abs. 2 des Art. 127 blieb unbeanstandet, Abs. 5 aber wurde zurückgezogen, wodurch sich auch die Erinnerung Nr. 156 erledigte.

Anlangend den Antrag unter Nr. 154, so wurde von einer Seite geltend gemacht: Es bedürfe einerseits eines solchen Zusatzes nicht, andrerseits könne er zu der höchst bedenklichen Schlußfolgerung führen, als solle selbst dann, wenn der Gesellschaftsvertrag Bestimmungen über Abberufung der Gesellschafter, wie z. B. die Vorschrift enthalte, daß nur der Majorität das Recht zustehen solle, die Liquidatoren abzuberufen, dem einzelnen Socius ohne Weiteres das Recht zugestanden werden, die Abberufung eines Liquidators durch Anrufung des Richters zu erwirken.

Von anderen Seiten wurde geltend gemacht, das Gesetz erscheine darin unvollständig, daß es über die Abberufung der Liquidatoren schweige, die vorgeschlagene Bestimmung aber angemessen, weil sie einerseits mit dem 2. Abs. des Art. 127 harmonire, und anderentheils, sofern ein einstimmiger Beschluß der Gesellschafter nicht erreicht werde, die Entscheidung in die Hände des Richters lege, wodurch die Rechte aller Betheiligten hinlänglich gesichert würden; würde eine Bestimmung über den Gegenstand nicht aufgenommen, so

könnte insbesondere Art. 103 Abs. 2 zu irrigen Schlüssen führen. Uebrigens sei der beantragte Satz nicht dahin zu verstehen, daß auch ein Liquidator, welcher selbst Gesellschafter sei, durch Beschluß der übrigen Gesellschafter ohne seine eigene Zustimmung abberufen werden könne.

Nach Schluß der Diskussion wurde der in Rede stehende Antrag mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen.

Die Berathung des die

Art. 129, 130 und 131

betreffenden Antrags unter Nr. 157 wurde vorläufig vertagt.

Bei Diskussion des zu

Art. 130

gestellten Antrags Nr. 158 wurde für den Antrag geltend gemacht: Es sei dringend wünschenswerth, deutlich hervorzuheben, welche von den Bestimmungen dieses Artikels bloß für das Verhältniß der Liquidatoren zu der Gesellschaft und welche auch Dritten gegenüber in Anwendung kommen sollten. Vom ersten und dritten Absätze des Artikels könne es nicht zweifelhaft sein, daß sie nach beiden Richtungen hin Anwendung finden müßten; was dagegen den zweiten Absatz angehe, so werde die darin enthaltene Bestimmung anders zu normiren sein, je nachdem das eine oder andere Verhältniß in Frage stehe. Für die Beziehungen der Liquidatoren zu Dritten sei die jetzige Fassung des Abs. 2 zu streng. Dem Dritten könne man nicht füglich zumuthen, daß er sich darnach erkundige, ob die Liquidation nicht etwa noch in einer andern Weise erledigt werden könne, als durch Eingehung eines neuen Geschäftes. lege man dem Dritten aber eine solche Erkundigungspflicht auf und verlange man zur Gültigkeit des neuen Geschäftes, wie dies im Entwurfe geschehe, daß die Liquidation wirklich nicht in anderer Weise möglich gewesen, obschon der Dritte gar nicht in der Lage sei, sich dessen zu versichern, so werde Jedermann Bedenken tragen müssen, sich mit Liquidatoren in Geschäfte einzulassen, und die Liquidation dadurch in der bedenklichsten Weise erschwert; die Liquidatoren würden alsdann kaum noch in der Lage sein, einen Wechsel zur Einziehung einer ausstehenden Forderung zu ziehen u. dergl. Vertraue man den Liquidatoren einmal das gesammte Vermögen der Gesellschaft an, so könne man ihnen füglich auch vertrauen, daß sie keine unnöthigen neuen Geschäfte machten. Es empfehle sich deshalb, den Abs. 2 aus Art. 130 wegzulassen, und statt dessen in Abs. 1 einzuschalten, daß die Liquidatoren zum Zwecke der Liquidation auch neue Geschäfte machen könnten,

dagegen die strengere Bestimmung des Abs. 2 als eine, nur für das Verhältniß der Liquidatoren zu der Gesellschaft geltende Norm, nach Art. 132 folgen zu lassen. Diese Anordnung des Gesetzes stehe auch mit den Bestimmungen über die Vertretungsbefugnisse der Prokuristen und der geschäftsführenden Gesellschafter in Einklang. Abs. 4 könne endlich selbstverständlich Dritten gegenüber höchstens in dem Falle, wenn die Weisungen der Gesellschafter denselben bekannt gewesen, in Anwendung kommen.

Von anderen Seiten wurde hiegegen bemerkt: Es erscheine bedenklich, auch bei den Liquidatoren ähnlich wie bei den Prokuristen und geschäftsführenden Gesellschaftern zwischen dem Verhältnisse nach innen und nach außen zu unterscheiden. An und für sich entspreche es der Natur des Rechtes, daß sich beide Verhältnisse deckten und nur die dringendsten Gründe der Zweckmäßigkeit könnten zu einer Abweichung hievon berechtigen. Solche Gründe lägen aber bei der Liquidation nicht vor, im Gegentheile führe die Natur derselben als eines Verfahrens, durch welches nur noch die Aktiven einer aufgelösten Handlung flüssig gemacht, deren Schulden getilgt und eine Abrechnung herbeigeführt werden solle, sowie der Umstand, daß die Liquidatoren dies bei Zeichnung der Firma durch Beifügung der Worte: „in Liquidation“ (Art. 132) andeuten müßten, dahin, daß man dem Dritten mit voller Billigkeit zumuthen könne, sich darnach zu erkundigen, ob die entsprechenden Voraussetzungen für das einzugehende neue Geschäft vorhanden seien. Dabei bedürfe es allerdings einer gewissen Strenge, wenn nicht statt einer Abwicklung der Geschäfte, neue Verwicklungen durch Eingehung neuer, wie z. B. durch Zeichnung und Indossirung von Wechseln und daraus entspringende Regreßansprüche u. dergl. eintreten sollten. Jedenfalls führe der Antrag unter Nr. 158 zu weit, da er dem Dritten gar keine Erkundigungspflicht über die Angemessenheit des Geschäfts auferlegen, sondern diesem letzteren volle Gültigkeit beimessen würde, sobald es zum Zwecke der Liquidation, also wenn es unter Zeichnung der Liquidationsfirma eingegangen worden. Sei die Sachlage so, daß die Liquidatoren so weit gehender Befugnisse bedürften, so stehe zu erwarten, daß ihnen genügende Vollmachten ausgestellt würden.

Anderer von den Herren Abgeordneten, welche zwar damit einverstanden waren, daß das Verhältniß nach innen und außen gleich geregelt, dem Dritten also eine entsprechende Erkundigungspflicht auferlegt und dem neuen Geschäft nur dann der Gesellschaft gegenüber Gültigkeit beigemessen werden solle, wenn die für das

Verhältniß der Liquidatoren zu Dritten und zu den Gesellschaftern in gleicher Weise zu normirenden Voraussetzungen vorhanden gewesen, waren jedoch der Ansicht, daß Abs. 2 in seiner jetzigen Fassung zu streng sei, indem nicht einmal die höchste Zweckmäßigkeit, sondern nur die Unmöglichkeit, anders zu verfahren, die Liquidatoren zur Eingehung eines neuen Geschäfts berechtigen solle, der Inhalt dieses Absatzes somit den Gesellschaftern möglicherweise selbst zum größten Schaden gereichen könnte. Von dieser Seite wurde deshalb beantragt, den zweiten Absatz wie folgt zu fassen:

a. „die Liquidatoren sind auch berechtigt, neue Geschäfte zur Erledigung der schon schwebenden Geschäfte einzugehen,“

oder:

b. „die Liquidatoren sind auch berechtigt, neue Geschäfte einzugehen, um die schwebenden zu erledigen.“

Diesen Vorschlägen traten andere Mitglieder mit der Bemerkung entgegen, es sei auch hieraus nicht ersichtlich, daß dem Dritten eine Erkundigungspflicht darüber obliege, ob das neue Geschäft unter den obwaltenden Umständen erforderlich gewesen oder nicht, vielmehr könne auch aus diesen Vorschlägen gefolgert werden, daß es, soweit nicht böser Glaube erwiesen sei, genüge, wenn unter Zeichnung der Liquidationsfirma kontrahirt worden. Von dieser Seite wurde daher folgende Fassung des Abs. 2 vorgeschlagen:

„— — einzugehen, so weit es zur Erledigung der schwebenden Geschäfte erforderlich ist.“

Von anderer Seite aber war man aus den vorstehend entwickelten Gründen der Meinung, es sei bei dem Abs. 2 des Art. 130 zu belassen, oder, da die Liquidatoren eigentlich gar keine neuen Geschäfte eingehen dürften, noch besser den bezeichneten Abs. 2 zu streichen.

Schließlich wurde zunächst die Frage, ob die bezüglich der Eingehung neuer Geschäfte aufzustellende Bestimmung nur auf das Verhältniß der Liquidatoren zu den Gesellschaftern zu beziehen sei, der Abstimmung unterstellt und mit 11 gegen 2 Stimmen verneint, und hierauf mit 8 gegen 5 Stimmen entschieden, daß diese Bestimmung auch auf das Verhältniß zu Dritten zu beziehen sei. Hierbei enthielt sich ein Mitglied seiner Stimme, weil es der Ansicht war, daß die Bestimmung selbst zuvor festzustellen sei. Sodann wurde der Antrag unter Nr. 158, soweit er sich auf Streichung des zweiten Absatzes des Art. 130 und Ergänzung des ersten Absatzes mit den Worten: „auch zu diesem Zweck neue einzugehen“ bezieht, mit 13 gegen

1 Stimme abgelehnt, und mit 8 gegen 6 Stimmen beschlossen, diesen Absatz im Sinne der Anträge unter a und b zu modificiren. Der Antrag auf gänzliche Streichung des Abs. 2 wurde mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt, und der Antrag, entsprechend der Erinnerung unter Nr. 158 auch den jetzigen Absatz 2 nach Art. 132 folgen zu lassen, um die Bestimmung für das Verhältniß der Liquidatoren zu den Gesellschaftern noch zu verschärfen, mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt, da sich ein Mitglied seiner Stimme enthielt, weil es die Sache durch die zweite der eben aufgeführten Bestimmungen für erledigt hielt.

Dem Antrag unter Nr. 158, so weit er sich auf den vierten Absatz des Art. 130 bezieht, wurde mit 11 gegen 3 Stimmen stattgegeben.

Gegen den Antrag unter Nr. 164 zu den

Art. 138 — 141

wurde bemerkt, die Versammlung sei bisher über Anträge, welche sich auf eine interpretative protokollarische Erklärung des Gesetzestextes bezogen hätten, in der Regel zur Tagesordnung übergegangen und mit Rücksicht hierauf der Antrag, so weit er dahin gerichtet ist, daß zu Protokoll erklärt werde, durch die erwähnten Artikel habe nur die Verjährungszeit abgeändert werden sollen, mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Bezüglich des Antrags, zu erklären, daß die fernere Anwendbarkeit des bei Auflösung von Societäten zu erlassenden Proklams in denjenigen Gebieten, in denen dasselbe privatrechtlich bestche, nicht ausgeschlossen werden solle, bemerkte der Herr Referent: Wie sich aus den Motiven zum preussischen Entwurfe (S. 74 flg.) ergebe, sei es allerdings die Absicht des Entwurfes gewesen, das fragliche Proklam (Ediktalladung) für die Folge auszuschließen, und auch nur in diesem Sinne habe er für die Aufnahme der Art. 138 — 141 gestimmt, und nach seiner Ansicht habe auch die Versammlung in diesem Sinne beschlossen, indem sie das System des preussischen Entwurfs adoptirt habe. Diese Artikel ständen in einem inneren Widerspruche mit dem erwähnten Proklam und seien mit letzterem unvereinbar; es sei nicht abzusehen, welche Bedeutung Bestimmungen darüber, daß die Forderungen gegen die Gesellschafter in einer Reihe von Jahren verjähren sollten, noch haben könnten, wenn man den Vorbehalt mache, daß die Partikulargesetze daneben Institute aufrecht erhalten könnten, durch welche die Erlösung von solchen Forderungen in einer weit kürzeren Frist herbeigeführt werden könne. Behalte man in einzelnen Ländern das Proklam bei, so werde dadurch die Rechtseinheit durchbrochen. Man gerade dadurch auch in Widerspruch

mit dem vielen anderen Artikeln zu Grunde liegenden Prinzip des Art. 24, indem es unerfichtlich bleibe, wie die öffentliche Bekanntmachung für sich allein nicht geeignet sei, von der nach den obwaltenden Rechtsverhältnissen unbegründeten Haftung für neue Gesellschaftsschulden zu schätzen, wohl aber genügen solle, um von der wohl begründeten Haftung für bereits bestehende Gesellschaftsschulden befreit zu werden.

Der Herr Abgeordnete für Hamburg, dem sich in materieller Hinsicht der Herr Abgeordnete von Bremen anschloß, entgegnete hierauf: Die Beibehaltung des im Antrage besprochenen Proklams werde durch die Art. 138 — 141 so lange nicht ausgeschlossen, als dies nicht ausdrücklich ausgesprochen sei. Das in Rede stehende Proklam sei eine prozessrechtliche Institution, welche wesentlich dahin gehe, daß diejenigen Gläubiger, welche sich der ergangenen Aufforderung unerachtet nicht gemeldet hätten, und auch in die Handelsbücher nicht eingetragen oder sonst bekannt seien, mit ihren Ansprüchen gegen den ausgetretenen Gesellschafter präkludirt würden. In dieser Beschränkung sei es unter Umständen, z. B. bei der Auseinandersetzung mit Erben, ganz unentbehrlich, namentlich der solidarischen Haftung wegen. Wenn das Handelsgesetzbuch auch ohne jeden Vorbehalt publicirt werde, so könne es doch keinen Zweifel leiden, daß solche prozessualische Institutionen durch neue Vorschriften über Verjährung nicht ohne ausdrückliche Bestimmung hierüber beseitigt würden, vielmehr werde selbst die gewissenhafteste Interpretation des Gesetzes zur Anerkennung ihres Fortbestandes führen. Die Präklusion könne übrigens niemals bekannte Gläubiger treffen, und hieraus ergebe sich auch zur Genüge, daß das Institut der mehrbetheiligten Proklame keineswegs dieselben Zwecke verfolge, wie die Bestimmungen über die Verjährung, daß es mit letzteren sonach auch nicht im Widerspruch stehe. Auch andere Mitglieder, namentlich der Herr Abgeordnete von Lübeck sprachen sich in diesem Sinne aus.

Die weitere Verhandlung wurde jedoch abgebrochen, da der Herr Abgeordnete von Hamburg erklärte, daß bei der Abneigung der hohen Versammlung gegen interpretative Sätze im Protokolle weiter nichts übrig bleibe, als die Sache der Jurisprudenz zu überlassen, und er deshalb den Antrag Nr. 164, soweit er sich auf das besprochene Proklam beziehe, zurücknehmen wolle.

DLIII. Sitzung.

Nürnberg, den 28. November 1860.

In der heutigen, von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher die in der 548. Sitzung zugegen gewesenen Mitglieder Antheil nahmen, wurde der Versammlung zunächst kundgegeben, daß die herzogl. nassauische Regierung den königl. bayer. Appellationsgerichtsdirektor Herrn Dr. Seuffert auch als ihren Abgeordneten bei der Konferenz bevollmächtigt habe, und sodann von dem eben genannten Herrn Abgeordneten bemerkt, daß er beauftragt sei, den Beitritt der herzoglich nassauischen Regierung zu dem von der k. k. österreichischen, der königl. preussischen und der königl. bayerischen Regierung vereinbarten Verfahren bei der dritten Lesung der vier ersten Bücher des Handelsgesetzbuchs anzuzeigen.

Hierauf wurde der zu

Art. 140

gestellte Antrag Nr. 168 der Berathung unterzogen und nach kurzer Diskussion, bei welcher gegen denselben geltend gemacht wurde, hinsichtlich der zur Unterbrechung der Verjährung geeigneten Rechtshandlungen müßten die Grundsätze des bürgerlichen Rechts maßgebend bleiben, da es an genügenden Gründen fehle, in vorliegender Beziehung von jenen Grundsätzen abzuweichen oder gar die äußerst enge Vorschrift des Art. 80 der deutschen Wechselordnung hieher zu übertragen, mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag unter Nr. 171 a. zu

Art. 143

wurde zurückgezogen.

Demnächst wurden die zu den

Art. 144 und 146

gestellten Anträge Nr. 173, 174 und 175 der Berathung unterstellt, und hiebei von einem Herrn Abgeordneten vorgetragen: Die Art. 144 und 146 seien in ihrer jetzigen Fassung nicht hinreichend verständlich und bedürften höchst dringend einer Deklaration. Es genüge dem Bedürfnisse nicht, zu sagen, daß ungeachtet des Vorhandenseins eines auf Abschluß einer Kommanditgesellschaft gerichteten Vertrags und selbst ungeachtet des Beginns der Geschäfte noch keine Kommanditge-

fellschaft vorhanden sei, so lange die vorgeschriebene Eintragung in das Handelsregister nicht vorgenommen worden; wenn dem Bedürfnisse Genüge geschehen solle, müsse vielmehr auch positiv ausgesprochen werden, wie das Verhältniß der Gesellschafter unter sich und Dritten gegenüber vor der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister aufzufassen sei. Es erschiene dies insbesondere für den Fall ganz unerläßlich, daß schon vorher Geschäfte im gemeinschaftlichen Namen gemacht würden. Zu diesem Zwecke empfehle sich der Antrag unter Nr. 173 aber keineswegs, denn die Bestimmung, daß die Kommanditgesellschaft vor stattgehabter Eintragung in das Handelsregister als eine deutsche stille Gesellschaft anzusehen sei, würde nicht nur kein angemessenes Präjudiz enthalten, sondern auch dem Willen der Kontrahenten nicht entsprechen, vielmehr diesen etwas unterschieben, was sie offenbar nicht gewollt hätten. Die Absicht der Kontrahenten gehe bei Errichtung einer Kommanditgesellschaft auf Begründung eines gemeinschaftlichen Vermögens (des Handlungsfonds) unter einem gemeinschaftlichen Handlungsnamen (der Gesellschaftsfirma) und dahin, daß die Handels- und sonstigen Rechtsgeschäfte der Gesellschaft unter dieser Firma im Namen des Komplementars sowohl, als in dem des Kommanditisten abgeschlossen würden, beim Abschluß einer stillen Gesellschaft dagegen dahin, daß in ein fremdes Vermögen ein Kapital eingeschoffen werde, um an dem Gewinn und Verlust der in fremdem Namen abgeschlossenen Rechtsgeschäfte zu participiren. Beide Rechtsinstitute seien daher völlig verschieden von einander und es erschiene deshalb unthunlich, anzunehmen, daß das eine vorliege, so lange dem formalen Erforderniß der Eintragung nicht genügt sei, nach der Eintragung aber das andere entstehe. Das Richtige werde sich ergeben, wenn man das Verhältniß der Kommanditgesellschaft zur offenen in Betracht ziehe. Diese beiden Arten von Handelsgesellschaften hätten das mit einander gemein, daß ein gemeinschaftliches Handlungsvermögen unter einem gemeinschaftlichen Handelsnamen zu gründen beabsichtigt werde, und daß, da die Firma eben sowohl der Handelsname des Kommanditisten, wie des Komplementars sei, die Rechtsgeschäfte der Gesellschaft also nicht bloß für Rechnung des Ersteren, wie dies bei dem stillen Gesellschafter der Fall sei, sondern auch zugleich in dessen Namen mit abgeschlossen würden, jeder der Gesellschafter als Kontrahent erscheine. Nicht einmal die beschränkte Betheiligung des Kommanditisten gehöre der Kommanditgesellschaft ausschließend an, indem es dem Begriffe der offenen Gesellschaft nicht widerstreben und ein vollkommen gültiges Uebereinkommen sein

würde, wenn der eine Gesellschafter mit dem anderen dahin übereinkäme, daß er zwar nach außen gleichfalls solidarisch und mit seinem ganzen Vermögen für die Gesellschaftsschulden haften, für ihr gegenseitiges Rechnungsverhältniß aber an Gewinn und Verlust nur bis zu einem gewissen Betrage Theil nehmen wolle. Es ergebe sich also, daß die Kommanditgesellschaft sich von der offenen Gesellschaft nur dadurch unterscheide, daß bei der ersteren ein Verfahren gesetzlich festgestellt sei, durch welches der eine Socius seine beschränkte Haftbarkeit auch Dritten gegenüber zur Geltung bringen könne und doch zugleich das Publikum vor Nachtheil behütet werde. Hieraus folge mit Nothwendigkeit, daß so lange, als dieses im Gesetze legalisirte Verfahren nicht beobachtet worden, die Kontrahenten so anzusehen seien, als hätten sie eine offene Gesellschaft ohne weitere Modifikation verabredet. Zugleich ergebe sich auch, daß es an genügenden Motiven dafür fehle, die Anwendbarkeit der Bestimmung des Art. 109 Abs. 1 auf die Kommanditgesellschaft auszuschließen und deren Rechtsbestand erst nach erfolgter Eintragung ins Handelsregister anzuerkennen, während der Bestand der offenen Handelsgesellschaft von keiner Formerfüllung abhängig gemacht sei. Es werde deshalb statt des Art. 144 folgende Bestimmung empfohlen:

- a) „Die rechtliche Wirksamkeit der Kommanditgesellschaft tritt im Verhältniß zu dritten Personen mit dem Zeitpunkt ein, in welchem die Errichtung der Gesellschaft in das Handelsregister eingetragen ist, oder die Gesellschaft auch nur ihre Geschäfte begonnen hat. Es haftet jedoch der Kommanditist, wenn die Geschäfte vor der Eintragung begonnen wurden, für die bis zur Eintragung entstandenen Verbindlichkeiten der Gesellschaft solidarisch und mit seinem ganzen Vermögen.“

Von anderer Seite wurde die unbedingte Uebertragung des ersten Satzes aus Art. 109 wegen der Worte: „oder die Gesellschaft auch nur ihre Geschäfte begonnen hat“ für bedenklich erachtet, und deshalb folgende Bestimmung empfohlen:

- b) „Die rechtliche Wirksamkeit der Kommanditgesellschaft tritt im Verhältniß zu dritten Personen mit dem Zeitpunkt ein, in welchem die Errichtung der Gesellschaft in das Handelsregister eingetragen ist. Vor erfolgter Eintragung haften gegenüber dritten Personen sämtliche Gesellschafter als offene, wenn bereits unter gesellschaftlicher Firma Handelsgeschäfte betrieben worden sind.“

Giegegen wurde jedoch eingewendet: Der Vorschlag

unter b komme mit dem Antrag unter a zwar bezüglich der solidarischen Haftung auf dasselbe hinaus, führe aber dazu, daß vor der Eintragung in das Handelsregister das Vorhandensein eines Handlungsfonds nicht angenommen werden könne, die Gläubiger sonach die mit dessen Gründung verbundenen Rechte nicht erlangen könnten, die Vorschrift des Art. 154 und die sich daran knüpfenden wesentlichen Bestimmungen nicht gälten, endlich demzufolge auch das Verhältniß der Gesellschafter unter einander unaufgeklärt bleibe.

Anderer von den Herren Abgeordneten hielten dafür, daß zwar weder der Antrag unter a noch der unter b gerechtfertigt sei, andererseits aber allerdings auch der Antrag unter Nr. 173 die Genehmigung der Versammlung nicht finden könne, und daß es überhaupt nicht möglich sei, eine für alle Fälle passende und durchgreifende Bestimmung aufzustellen, sondern alles davon abhängen, wie die Gesellschafter im konkreten Falle kontrahirt hätten, ob ihre Verabredung sich auf Bildung eines gemeinschaftlichen Handlungsfonds unter einer gemeinschaftlichen Firma oder auf bloße Einlage eines Kapitals in ein anderes Handelsgeschäft beziehe und was hievon dem dritten Kontrahenten bekannt geworden sei. Die Anträge unter a und b würden nicht in jedem einzelnen Falle das thatsächlich vorhandene Verhältniß decken, sondern in denjenigen Fällen, in welchen die Verabredung der Parteien mehr der stillen Gesellschaft entspreche, eine Fiktion und zugleich eine Strafbestimmung für die unterlassene Eintragung enthalten, durch welche dem Kommanditisten seiner ganzen Verabredung entgegen eine solidarische Haftbarkeit auferlegt werde. Dadurch würden die Anträge aber zu empfindlichen Härten führen, die um so mehr im Auge behalten werden müßten, als der Kommanditist vielleicht nicht immer im Stande sein werde, den Komplementar zur rechtzeitigen Vornahme der Eintragung zu bewegen.

Es wurde jedoch hierauf entgegnet: Bei den Anträgen unter a und b sei — und dies mit vollem Rechte — vorausgesetzt, daß die Verabredung der Kontrahenten auf Gründung einer Kommanditgesellschaft gehe, also auf Gründung eines gemeinschaftlichen Gesellschaftsvermögens unter einem gemeinschaftlichen Handelsnamen und demzufolge auf Abschluß der Rechtsgeschäfte sowohl im Namen des Kommanditisten als des Komplementars. Auch verstehe es sich von selbst, daß hier wie an anderen entsprechenden Stellen des Gesetzbuchs vorausgesetzt werde, daß die Begründung eines Societätsverhältnisses in irgend einer Weise bekannt geworden sei, wenn dies auch nicht ausdrücklich gesagt worden. Die Erwägungen, welche darauf hingingen, daß in jedem ein-

zelnen Falle darauf geachtet werden müsse, welche Art von Societät die Betheiligten eigentlich verabredet hätten, gingen somit von einer anderen faktischen Grundlage aus, als die Anträge unter a und b. Bei den in diesen Anträgen angenommenen Voraussetzungen sei aber, wie schon bemerkt, die volle Haftbarkeit des Kommanditisten dadurch rechtlich begründet, daß nicht bloß für seine Rechnung, sondern in seinem Namen kontrahirt werde, daß ferner jeder Gesellschafter dem Dritten solidarisch hafte, wenn er diesen in Ungewißheit darüber lasse, welcher Art das bestehende Societätsverhältniß sei und ob es als ein solches anzusehen, welches gesetzlich nur eine beschränkte Haftung nach sich ziehe; es könne deshalb auch nicht maßgebend sein, ob das beantragte Präjudiz zu Härten führe oder nicht. Zur Milderung der letzteren werde übrigens folgender, dem Prinzipie des Antrags nicht widerstrebender Zusatz zum Antrage unter a empfohlen:

- c) „es sei denn, daß dem Dritten bekannt gewesen, „daß der Kommanditist nur beschränkt haften „wolle.“

Giegegen wurde noch bemerkt die ganze vorstehende Deduktion passe nur auf den Fall, wenn durch die Verbindung mit dem Kommanditisten eine neue Gesellschaft erst gegründet und dem entsprechend eine neue Firma angenommen werde, nicht aber auf den Fall, wenn Jemand einer bereits bestehenden Handelsocietät als Kommanditist hinzutrete, die Firma aber keine Veränderung erleide und dem Dritten von dem Beitritte nichts bekannt geworden sei, und doch werde auch der letztere Fall durch die Anträge a und b getroffen, so daß erst nach Jahren die solidarische Haftung zur Geltung gebracht werden könne, an welche vorher Niemand gedacht habe. Hierauf wurde jedoch erwiedert, daß diese Einwendung auf die Kommanditgesellschaft in ihrer praktischen Bedeutung nicht passe, welche die Beibehaltung der alten Firma nicht kenne. Sodann wurde der Antrag unter b mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt, und der Antrag unter a mit dem Zusatz unter c durch die entscheidende Stimme des Herrn Präsidenten zum Beschlusse erhoben.

In Konsequenz dieser Beschlüsse wurde hierauf von einer Seite beantragt, aus

Art. 146

die Worte: „um rechtsgültig zu sein,“ zu streichen, damit dann das eben angenommene Präjudiz auch im Falle dieses Artikels zur Anwendung komme. Von einer anderen Seite wurde die Streichung des ganzen Artikels empfohlen, da er nach Streichung der fraglichen Worte inhaltsleer werde. Der letztere Antrag wurde aber mit

11 gegen 3 Stimmen abgelehnt, und der erstere mit 12 gegen 2 Stimmen angenommen.

Bei Berathung des zu

Art. 150

gestellten Antrags Nr. 178 wurde nach kurzer Diskussion, bei welcher hervorgehoben ward, daß die jetzige Fassung des Artikels zu absolut sei und unter Umständen die Statuirung einer Ausnahme nicht umgangen werden könne, der eventuell beantragte Zusatz: „Uebrigens kann — Zeit anordnen“ mit 10 gegen 4 Stimmen angenommen.

Zu

Art. 151

wurde mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt, in Abf. 3 dem Antrag unter Nr. 179 entsprechend, vor: „der jährliche Gewinn“ zu setzen: „die Zinsen seiner Einlage.“

Der preussische Antrag unter Nr. 183 zu

Art. 154

war bereits unter Nr. 137 angenommen.

Der Antrag Nr. 184 zu demselben Artikel war durch die Bemerkung zum Antrag Nr. 22 erledigt.

Zu

Art. 159

wurde, den Anträgen Nr. 188, 189, 190 entsprechend, im Hinblick auf den zu Art. 53 gefaßten Beschluß die Streichung beschloffen.

Zu dem in Nr. 194 gestellten Antrag, daß unter Streichung des Abf. 3 des Art. 164 ein Zusatzartikel 164 a.

hinzuzufügen sei, wurde auf die Gleichheit der im Art. 164 und in den Art. 194 und 195 berührten Verhältnisse, sowie darauf hingewiesen, daß die Deutung fern zu halten sein werde, als solle eine Zuwiderhandlung gegen die Vorschrift des Zusatzartikels die Nichtigkeit des Gesellschaftsvertrages zur Folge haben. Mit 11 gegen 3 Stimmen wurde sodann der Antrag unter der Modifikation angenommen, daß in den Eingang des Art. 164 a., wie in Art. 195, nach: „Gesellschaftsvertrag“ die Worte einzuschalten seien: „dessen Genehmigung erfolgen soll.“

Der zu

Art. 167

gestellte Antrag unter Nr. 197 wurde nach kurzer Besprechung mit 12 gegen 2 Stimmen angenommen.

In Bezug auf den zu

Art. 176

gestellten Antrag Nr. 200 wurde bemerkt: Der Art. 176 solle den Kommanditisten für alle Fälle das Recht wahren, daß eine Generalversammlung berufen werde, wenn dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheine. Der-

selbe bestimme daher, daß die Berufung einer Generalversammlung von einem oder mehreren Kommanditisten, deren Aktien den zehnten Theil des Gesamtkapitals der Kommanditisten darstellen, verlangt werden könne. Nach der jetzigen Fassung des letzten Satzes des Artikels könne aber den Kommanditisten dieses Recht durch den Gesellschaftsvertrag entzogen werden. Es werde deshalb im Interesse desselben beantragt,

a) statt des Wortes „größeren“ zu setzen: „geringeren.“

Eventuell würde wenigstens

b) statt: „größeren“ zu setzen sein: „größeren oder geringeren,“

da es jedenfalls gestattet sein müsse, in dem Gesellschaftsvertrage das Recht, die Berufung einer Generalversammlung zu verlangen, an den Besitz eines geringeren Antheils am Gesamtkapitale der Kommanditisten zu knüpfen.

Nach kurzer Debatte wurde darauf zunächst die allgemeine Frage zur Abstimmung gestellt, ob eine prohibitive Bestimmung zu treffen sei, diese Frage aber mit 11 gegen 3 Stimmen verneint, und mit 13 gegen 1 Stimme: „größeren oder geringeren“ zu setzen beschloffen.

Der Antrag Nr. 201 zu

Art. 183

war durch die Bemerkung zum Antrag Nr. 22 erledigt.

Der Antrag Nr. 211 zu

Art. 195

wurde nach kurzer Berathung mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Die Diskussion des Antrags Nr. 212 zu

Art. 196

wurde bis nach Eingang eines Vorschlags der Redaktionskommission über die Fassung dieses Artikels und anderer entsprechender Stellen des Gesetzes vertagt.

DLIV. Sitzung.

Nürnberg, am 30. November 1860.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Maulé geleiteten Sitzung, an welcher die in dem 548. Protokolle verzeichneten Herren Abgeordneten Theil nahmen, wurde der früher vorbehaltene Antrag Nr. 157, die

Art. 129. 130 und 131

betreffend, der Berathung unterstellt. Dieser Antrag wurde jedoch nicht weiter festgehalten, sondern statt dessen empfohlen, an Stelle des

Art. 136

folgende Bestimmungen anzunehmen:

„Soweit sich aus den Bestimmungen des gegenwärtigen Abschnittes nicht ein Anderes ergibt, kommen bis zur Beendigung der Liquidation in Bezug auf das Rechtsverhältniß der Gesellschafter unter einander, sowie der Gesellschaft zu dritten Personen die Vorschriften des zweiten und dritten Abschnittes zur Anwendung. Der Gerichtsstand, welchen die Gesellschaft zur Zeit“ u. s. w. wie im jetzigen Art. 136.

Für diesen Antrag wurde angeführt: Es bedürfe dringend der beantragten Bestimmung, wenn die jetzige Fassung des Gesetzes und namentlich die des Art. 119 nicht zu Mißverständnissen Anlaß geben solle. Denn der zuletzt erwähnte Artikel sei so absolut gefaßt, und es sei so bestimmt ausgesprochen, daß mit dem Eintritt einer der dort erwähnten Thatfachen die Gesellschaft sich auflöse, daß die Gefahr bestehe, es möchte daraus gefolgert werden, daß z. B. von dem Augenblicke der Eröffnung des Konkurses über die Gesellschaft oder die Gesellschafter oder vom Tode eines Gesellschafters an alle diejenigen Bestimmungen nicht mehr anwendbar sein sollten, welche für das Rechtsverhältniß der Gesellschafter unter einander und zu dritten Personen aufgestellt worden, daß also z. B. die Gesellschaftsgläubiger, wenn die Gesellschaft durch den Tod eines Mitgliedes aufgelöst worden, und nun während der Liquidation Konkurs über die Gesellschaft ausbreche, kein Recht mehr haben sollten, eine Absonderung des Handlungsfonds zum Zwecke ihrer Befriedigung zu verlangen,

oder daß mit dem Augenblick der Auflösung der Gesellschaft überhaupt nicht mehr von einem Handlungsfonds die Rede sein könne u. dgl. Einen Nachtheil könne die vorgeschlagene Bestimmung nicht im Gefolge haben; die Worte: „So weit sich — nicht ein Anderes ergibt“ böten gegen Mißdeutung derselben hinreichenden Schutz, indem sie deutlich zu erkennen gäben, daß nicht bloß diejenigen Bestimmungen über die offene Gesellschaft für nicht anwendbar auf die in Liquidation begriffene Gesellschaft erklärt werden sollten, denen eine ausdrückliche Bestimmung des fünften Abschnittes, insbesondere die Vorschriften über die Stellung der Liquidatoren entgegenständen, sondern auch diejenigen, welche mit dem Wesen der Liquidation und mit den übrigen Bestimmungen über dieselbe nicht vereinbar erschienen.

Von anderen Seiten wurde geltend gemacht: Das, was der vorliegende Antrag bezwecke, sei selbstverständlich. Art. 119 sage nicht mehr, als daß die gegenseitige Procura der Gesellschafter durch die Auflösung der Gesellschaft erlösche, und daß die produktive Seite der Gesellschaft ihr Ende dadurch finde, schließe somit gar nicht aus, daß alle sonstigen Bestimmungen über die Gesellschaft bis zur Auseinandersetzung derselben Geltung behielten. Es verstehe sich vielmehr von selbst, daß namentlich an den bereits begründeten Rechtsverhältnissen der Gesellschaft zu Dritten und den erworbenen Rechten der Letzteren durch die Auflösung der Gesellschaft allein nichts geändert werden könne. Die beantragte Bestimmung sei aber wegen ihrer Allgemeinheit bedenklich, indem viele Bestimmungen über die offene Gesellschaft auf eine in Liquidation begriffene Gesellschaft nicht anwendbar seien, und die Worte: „So weit — nicht ein Anderes ergibt“ keine genügende Bürgschaft dafür böten, daß dies immer richtig erkannt werde; namentlich gelte dieses Bedenken von den Art. 95 und 96.

Hierauf wurde der oben aufgeführte Antrag mit 8 gegen 6 Stimmen unter Beifügung des Zusatzes, daß insbesondere auch die Art. 95 und 96 auf eine liquidirende Societät nicht anwendbar seien, angenommen.

Der Antrag Nr. 216 zu

Art. 198

wurde in demselben Sinne wie Nr. 212 vorerst der Redaktionskommission anheimgegeben.

Zu Gunsten des denselben Artikel betreffenden Antrags Nr. 217 wurde bemerkt: Es könne mit Rücksicht auf besondere Verhältnisse eines Landes wünschenswerth erscheinen, daß gewisse Arten von Handelsgesellschaften, wie z. B. Eisenbahngesellschaften, nicht dem Untergerichte des Ortes, in welchem die Gesellschaft ihren

Sitz habe, sondern einem anderen Gerichte, wie z. B. dem Gerichte II. Instanz des betreffenden Bezirks unterstellt würden. Es scheine an genügenden Gründen dafür zu fehlen, daß es den betreffenden Staaten durch das Gesetz unmöglich gemacht werde, dergleichen den Verhältnissen entsprechende Einrichtungen beizubehalten. Es wurde jedoch entgegnet, der Antrag werde seine Erledigung finden, wenn die Fassung des Gesetzes entsprechend dem Antrag unter Nr. 216 geändert und statt: „Gericht des Orts“ gesetzt werde: „Gericht, in dessen Bezirk“ 1c.; denn alsdann würden auch die von dem Herrn Antragsteller berührten Einrichtungen immer noch dem Gesetze entsprechen. Hierauf wurde der in Rede stehende Antrag nicht weiter verfolgt.

Der Antrag unter Nr. 218 erschien durch frühere Bemerkungen erledigt.

Bezüglich des Antrags Nr. 226 zu

Art. 218

wurde anerkannt, daß dieser Artikel in Uebereinstimmung mit dem zu Art. 53 gefaßten Beschluß zu streichen sei.

Bei Berathung des Antrags Nr. 227, den

Art. 223

betreffend, wurde in Konsequenz des zu Art. 176 gefaßten Beschlusses nach: „eines größeren“ oder „eines geringeren“ einzuschalten beschlossen.

Der Antrag Nr. 228 zu

Art. 224

wurde nach stattgehabter Diskussion, in welcher namentlich geltend gemacht ward, der Zweck, die Aktionäre vor einem betrügerischen Verfahren des Vorstands zu schützen, könne durch Aufnahme einer einzelnen Bestimmung, gegen deren Durchführbarkeit noch dazu die erheblichsten Bedenken vorlägen, doch nicht erreicht werden, mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Nr. 229 zu

Art. 226

wurde durch die Bemerkung unterstützt, daß die Regierung das Recht, Einsicht von den Büchern der Aktiengesellschaften zu nehmen, auch noch in anderen Fällen haben müsse, die jetzige Fassung des Art. 226 aber zu dem Schlußse Anlaß gebe, als solle dies nicht der Fall sein, während es sich andererseits von selbst verstehe, daß eine so wichtige Verfügung wie die Auflösung der Aktiengesellschaft nicht wohl ohne Einsicht der Bücher erfolgen könne.

Von anderen Seiten wurde hiegegen eingewendet: Das Recht, von den Büchern einer Aktiengesellschaft Einsicht zu nehmen, stehe der Regierung wenigstens in vielen Ländern im Allgemeinen ebenso wenig zu, als das

Recht, die Einsicht der Bücher eines einzelnen Kaufmannes beliebig zu verlangen; es müsse also dieses Recht im Falle des Art. 226 ausdrücklich anerkannt werden, sonst würde es der Regierung in solchen Ländern nicht einmal in diesem Falle zustehen. Ob dasselbe den Regierungen auch noch in anderen Fällen zustehen, sei nach den Landesgesetzen zu beurtheilen und das Gegentheil im Art. nicht bestimmt.

Ein Mitglied schlug vor, statt: „in diesem Fall von den Büchern der Gesellschaft Einsicht nehmen und“ zu setzen: „nach Einsichtsnahme der Bücher“, um sowohl dieser letzteren Erwägung als dem Interesse Rechnung zu tragen, auf welchem der Antrag Nr. 229 beruhte. Man hielt es jedoch mehrseitig für bedenklich, der Regierung die vorherige Einsicht der Bücher für alle Fälle vorzuschreiben, worauf dieser Antrag mit 10 gegen 4 Stimmen und der Antrag Nr. 229 mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt ward.

Der Antrag Nr. 231 wurde nach kurzer Besprechung in der Erwägung, daß hier nicht füglich den Bestimmungen der Landesgesetze über die Frage, vor welches Gericht der Konkurs gehöre, präjudicirt werden könne, mit 12 gegen 2 Stimmen angenommen.

Der Antrag Nr. 232 erschien durch frühere Bemerkungen erledigt.

Bei Diskussion des die

Art. 236—253

betreffenden Antrags Nr. 243 wurde die Frage eines Herrn Abgeordneten, ob der Antrag auf Wiedervereinigung des dritten mit dem zweiten Buche als ausgeschieden gelten müsse, von dem Herrn Referenten bejaht, und hiebei die Bemerkung angefügt, daß die Abhandlung der stillen Gesellschaft in einem besonderen Buche dem organischen Zusammenhange des Ganzen vollständig entspreche.

Bezüglich des Antrags, den Inhalt der Art. 149 und 152 auch für die stille Gesellschaft aufzunehmen, wurde von einigen Seiten geltend gemacht, es bedürfe einer ausdrücklichen Aufnahme dieser Bestimmungen in das Gesetz gar nicht, da Niemand bezweifeln könne, daß der stille Gesellschafter das Recht habe, auch ohne Genehmigung des Inhabers des Handelsgewerbes in dem Handelszweige der Gesellschaft für eigene oder fremde Rechnung Geschäfte zu machen oder an einer anderen Gesellschaft als offener Gesellschafter Theil zu nehmen, da ihm dieß nirgends verboten sei, und der Art. 149 im Titel von der Kommanditgesellschaft nur wegen des Gegensatzes zur offenen Gesellschaft mit Rücksicht auf den Art. 147 nothwendig sei, und eben so wenig beanstandet werden würde, daß, wenn die

Parteien über Vertheilung von Gewinn und Verlust sich nicht einigen könnten, der Richter den Streit zu entscheiden habe, ein Satz, welcher im Art. 152 ebenfalls hauptsächlich aus derselben Rücksicht aufgenommen worden sei.

Von anderen Seiten wurde aber eingewendet, die Aufnahme der beiden Artikel in das dritte Buch sei wünschenswerth, damit die Zweifel zerstreut würden, die auch bei der stillen Gesellschaft darüber möglich seien, ob nicht im Gesellschaftsvertrage die stillschweigende Verabredung zu finden sei, daß sich der stille Gesellschafter enthalten wolle, dem Geschäfte des gerirenden Socius Konkurrenz zu machen, und ob ein Gesellschaftsvertrag, in welchem über Vertheilung von Gewinn und Verlust nichts bestimmt worden, nicht als nichtig anzusehen sei.

Schließlich wurde allgemein anerkannt, daß der stille Gesellschafter auch ohne Zustimmung des Socius für eigene und fremde Rechnung alle Handelsgeschäfte vornehmen und an anderen Handelsgesellschaften sich theiligen dürfe, jedoch die ausdrückliche Erwähnung dieses Satzes nicht für nöthig erachtet, dagegen die Uebertragung des Art. 152 in das dritte Buch mit 13 gegen 1 Stimme genehmigt.

Die Berathung über Ziff. 2 und 3 der Nummer 243 wurde vorbehalten.

Der Antrag Nr. 245 zu

Art. 239

wurde ohne Abstimmung angenommen.

Bei Besprechung des Antrags Nr. 247 zu

Art. 240

wurde allgemein anerkannt, daß sein Inhalt der Natur der stillen Gesellschaft entspreche, und daß, wenn der stehende gebliebene Gewinn des stillen Gesellschafters nicht als ein bloßes Creditum, sondern als eine Mehrung der Einlage angesehen werden solle, und somit die Wechselfälle von Gewinn und Verlust mittragen müsse, eine unzweideutige Willenserklärung des stillen Gesellschafters erforderlich wäre, zumal die jährliche Gewinnvertheilung nach Maßgabe des Art. 240 unverkennbar als eine definitive und nicht bloß provisorische anzusehen sei. Von einer Seite wurde nur anheimgegeben, im Hinblick auf die Fassung der entsprechenden Bestimmungen des zweiten Buches dem Antrage Nr. 247 eine andere Fassung zu geben, etwa wie folgt:

„Der nicht ausbezahlte Gewinn gilt nicht als
„eine Vermehrung der Einlage, wenn nicht
„Anderes vereinbart ist.“

Diesem Antrage trat die Versammlung mit Stim-
meneinhelligkeit bei.

Bei Diskussion der den

Art. 243

betreffenden Anträge unter Nr. 248 und 249 wurde von Seiten des Herrn Abgeordneten für Hamburg der in der Anlage beigedruckte Antrag eingebracht, und hiefür sowohl von Seiten des Herrn Antragstellers, als von Seiten anderer ihm beitretennder Mitglieder angeführt: Der erste Absatz des Art. 243, nach welchem der stille Gesellschafter mit seinen Ansprüchen auf Auszahlung von Gewinn und auf Rückgabe der Einlage erst nach Befriedigung aller anderen Gläubiger des Inhabers des Handelsgewerbes zu befriedigen sei, wenn dieser in Konkurs falle, der stille Gesellschafter also mit seiner Einlage und dem noch nicht ausgezahlten Gewinn allen übrigen Gläubigern seines Socius zu haften habe, entbehre jeder inneren Begründung und eben so wenig würde es den allgemeinen Rechtsgrundsätzen entsprechen, wenn dem Antrage unter Nr. 249 gemäß die Bestimmung unter Abs. 1 auch nur bezüglich der Handelsgläubiger beibehalten würde. Denn es liege weder ein Schuldverhältniß zwischen dem stillen Gesellschafter und den Gläubigern des Socius, noch ein Garantieverhältniß unter denselben vor, und doch würde nur das Eine oder das Andere geeignet erscheinen, die fragliche Vorschrift nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu unterstützen. Ein Schuldverhältniß liege nicht vor, denn die stille Gesellschaft sei von der Versammlung im Gegensatz zu den eigentlichen Handelsgesellschaften als ein lediglich zwischen dem stillen und gerirenden Gesellschafter bestehendes obligatorisches Verhältniß aufgefaßt worden, die Geschäfte der Gesellschaft würden lediglich im Namen des gerirenden Gesellschafters abgeschlossen, und der stille Gesellschafter erscheine nicht als dessen Mitkontrahent; es werde also auch nur der gerirende Socius durch diese Geschäfte verpflichtet und berechtigt. Dadurch, daß der stille Gesellschafter an dem Vortheil oder Nachtheil participire, der aus den erwähnten Geschäften entspringe, werde hieran offenbar nichts geändert. Dies treffe auch gegenüber den Handlungsgläubigern zu. Das Guthaben des stillen Gesellschafters, d. i. das, was er außer der Einlage an gemachtem Gewinn oder, weil mit Verlust gehandelt worden, noch als Rest der Einlage zu fordern habe, könne zwar in der Regel nicht anders berechnet werden, als wenn von den in Rechnung zu bringenden Activen des für gemeinsame Rechnung betriebenen Gewerbes soviel abgezogen werde, als zur Bezahlung sämtlicher Handelsgläubiger nöthig sei, mithin sämtliche Handelsgläubiger als

bezahlt gedacht würden; aber eben deshalb könne man nicht annehmen, daß dasjenige, was der stille Gesellschafter nun nach Abrechnung dieses Betrags zu beziehen habe, nochmals den Handelsgläubigern für deren Bezahlung hafte, wenn diese nicht wirklich aus der Konkursmasse bezahlt worden seien und jetzt wegen der Konkurrenz anderer Gläubiger auch ihre volle Befriedigung nicht mehr erlangen könnten, und ebenso wenig könne man annehmen, daß die Handelsgläubiger deshalb, weil eine Gewinn- oder Verlustberechnung nicht in anderer Weise möglich sei, einen direkten Anspruch gegen den stillen Gesellschafter erlangten. Eine Garantie des stillen Gesellschafters in dem Sinne, daß er durch die Erklärung, mit seiner Einlage für die Schulden des Socius haften zu wollen, den Kredit des Letzteren zu erhöhen beabsichtige, sei gleichfalls nicht vorhanden, und eben so wenig anzunehmen, wie im Falle eines einfachen Darlehens, wenigstens so lange nicht, als nicht eine kaufmännische Bekanntmachung des Societätsverhältnisses stattgehabt habe. Unter diesen Umständen sei es unrichtig, wenn das Gesetz bestimme, daß der stille Gesellschafter im Konkurse des Socius allen Gläubigern oder den Handelsgläubigern des Letzteren wegen seines Guthabens nachstehe, der stille Gesellschafter müsse vielmehr gleich jedem anderen Gläubiger sein Guthaben zu liquidiren befugt sein; noch unrichtiger sei es, wenn man ihm zumthe, die ganze früher nicht bezahlte Einlage einzubezahlen, er könne vielmehr, wenn die Einlage nicht bezahlt worden, nur dazu angehalten werden, daß er seine Schuld, die er an den gerirenden Socius zu entrichten habe, nämlich den Betrag, den er an dem Verluste zu tragen habe, an die Konkursmasse entrichte. Demgemäß empfehle es sich, den ersten Absatz des Art. 243 in dem Sinne zu streichen, daß die in Ziff. 1 und 2 der Anlage aufgestellten, schon aus der Natur der stillen Gesellschaft folgenden Rechtsätze an dessen Stelle zu treten hätten. Was den Absf. 2 des Entwurfs betreffe, so könne dieser selbstverständlich in seiner jetzigen Fassung nicht mehr beibehalten werden, wenn Absf. 1 dem eben berührten Vorschlage gemäß geändert werde. Wenn man im ersten Absätze davon ausgehe, daß weder die Gläubiger des Socius überhaupt, noch die Handelsgläubiger insbesondere von Anfang an ein Recht auf die Einlage, beziehungsweise das Guthaben des stillen Gesellschafters hätten, so könne ihnen ein solches auch nur dann erwachsen, wenn sie nach den Grundsätzen der Pauliana als verfürzt angesehen werden könnten. Dieß sei nun, so lange das Handelsgewerbe nicht mit Verlust vom Socius betrieben worden, beim bloßen Erlaß der Einlage niemals der Fall,

indem hierin an sich nur eine vollkommen statthafte Aufhebung der Gesellschaft für die Zukunft liege. Eine Verkürzung der Gläubiger sei nur dann denkbar, wenn dem stillen Gesellschafter der denselben betreffende Antheil am Verlust also eine wirkliche Schuld erlassen, oder sein Guthaben zur Unzeit und unter Benachtheiligung der übrigen Gläubiger zurückgezahlt sei. Im ersteren Falle habe derselbe den Betrag der ihm rechtswidrig erlassenen Schuld zu entrichten, im letzteren dagegen das zurückgezahlte Guthaben wieder an die Konkursmasse heraus zu geben und seine Forderung im Konkurs zu liquidiren und einen Verlust an Prozenten gleich wie die übrigen Kreditoren zu tragen. Stelle man den Art. 243 im Sinne der Anlage fest, so trete erst dadurch der wahre Unterschied zwischen der Kommanditgesellschaft und der alten deutschen stillen Gesellschaft recht hervor, die letztere erscheine als das, was sie sein solle, nämlich als ein bloß obligatorisches, nach aussen nicht hervortretendes Verhältniß der beiden Gesellschafter. Der Antrag in der Anlage enthalte wegen dieses Charakters der stillen Gesellschaft auch keine Unbilligkeit gegen die Gläubiger des gerirenden Socius, denn diese hätten von Anfang an nicht auf das Vorhandensein einer Einlage rechnen können und erhielten dadurch, daß nun doch eine solche vorhanden sei, trotz des dem stillen Gesellschafter beigemessenen Liquidationsrechtes unvermuthet mehr, als sie sonst erhalten hätten. In keinem Falle sei das Verhältniß von demjenigen verschieden, welches sich ergebe, wenn einem Kaufmanne das zum Betriebe oder zur Erweiterung seines Geschäfts erforderliche Geld dargeliehen werde. Behalte man den Abs. 1 mit der Beschränkung auf Handelsgläubiger bei, so sei der praktische Erfolg in den meisten Fällen derselbe, wie der des jetzigen Absatzes 1, denn der stille Gesellschafter werde alsdann regelmäßig doch die auf ihn fallenden Prozente zur Befriedigung der Handelsgläubiger mit ihren ungedeckt gebliebenen Prozenten abtreten müssen und leer ausgehen.

Gegen den Antrag auf Beseitigung des ersten Absatzes und dessen Substitution durch Ziff. 1 und 2 des in der Anlage beigebrachten Antrags wurde von anderen Mitgliedern auf die Verhandlungen der zweiten Lesung Bezug genommen und dabei wiederholt entwickelt, daß die damals mit 11 gegen 4 Stimmen angenommene Bestimmung mit Bewußtsein als eine in der Theorie an und für sich nicht begründete, wohl aber als eine praktisch und legislatorisch zweckmäßige Bestimmung angenommen worden sei, und insbesondere noch bemerkt, die Ziffern 1 und 2 der Anlage entsprächen der Auffassung des Verkehrs nicht. Die Einlegung

eines Kapitals von Seiten eines stillen Gesellschafters in das Handelsgeschäft eines Kaufmanns bleibe, selbst wenn eine förmliche Bekanntmachung des Verhältnisses nicht statthabe, selten so verborgen, daß es nicht einmal den Geschäftsfreunden des betreffenden Kaufmanns bekannt werde, sie trage somit zur Erhöhung des Kredites des Geschäftes bei. Dies geschehe selbst dann, wenn von dem Vorhandensein des stillen Gesellschafters wirklich gar nichts bekannt sei, dadurch, daß der Kaufmann durch Vermehrung seiner Fonds sein Geschäft größer betreibe. Man werde mit den Ansichten der Kaufmannswelt in Widerspruch gerathen, wenn man dessenungeachtet und ob schon einerseits das Kapital des stillen Gesellschafters alle Chancen des Geschäftes gelaufen und die Möglichkeit gegeben gewesen mittelst desselben große Gewinne zu machen, andererseits der stille Gesellschafter die Einlage nur in der Meinung gemacht habe, deren Verlust nöthigenfalls wagen zu wollen, das Guthaben des Letzteren in gleichem Range nicht allein mit den Privatgläubigern, sondern auch mit den Handelsgläubigern des gerirenden Socius befriedigen wollte.

Bezüglich der Motive für den Antrag auf Streichung des ersten Absatzes wurde bemerkt, es sei in diesen Motiven auf den sehr seltenen Fall, in welchem die Frage überhaupt zur Sprache komme, wenn nämlich der Konkurs ausbreche, ungeachtet das Handelsgeschäft nicht unter pari stehe, ein übertriebenes Gewicht gelegt. Ferner sei in diesen Motiven irrtümlich angenommen worden, daß die Einlage der stillen Gesellschafter, die sich an einer offenen und in Konkurs gerathenen Gesellschaft betheiligt hätten, immer den Privatgläubigern der offenen Gesellschafter hafte. Bei richtiger Auffassung könne in einem solchen Falle von einer Anwendung des Artikels, zumal nach den neueren Beschlüssen über den Handlungsfonds, nicht die Rede sein. Wenn bei einer Handelsgesellschaft der Komplementar Inhaber des Handelsgewerbes sei, so seien nur die Gläubiger der Handelsgesellschaft Gläubiger dieses Inhabers, die Privatgläubiger der einzelnen Gesellschafter seien nicht Gläubiger der Handelsgesellschaft (des Komplementars) (vergl. auch Hamburger Fallordnung Nr. 4) und es sei deshalb die Unterstellung unhaltbar, als ob vermöge des Art. 243 des Entwurfs die Einlage des stillen Gesellschafters den Privatgläubigern sämtlicher offenen Gesellschafter hafte solle.

Gegen den Antrag unter Nr. 249 warb noch bemerkt, daß er erstens zu einer Ungerechtigkeit gegen einen Theil der Gläubiger führen, und zweitens ein neues Separationsrecht schaffen würde, indem

er nothwendig die Ausscheidung eines den Handelsgläubigern ausschließlicly haftenden Handlungsfonds, also einen Separatkonkurs zur Folge haben, somit fñhrend in die Konkursgesetzgebungen einiger Staaten eingreifen würde, daß er endlich drittens das Verhältniß der stillen zur Kommanditgesellschaft verwirre.

Einige Mitglieder waren der Ansicht, daß sich Ziff. 1 und 2 der Anlage auf Grund der Begeiffßbestimmung der stillen Gesellschaft von selbst ergäben, daß es also genüge, wenn Abs. 1 des Art. 243 gestrichen werde.

Schließlich wurde mit 8 gegen 6 Stimmen entschieden, daß Abs. 1 und 2 der Anlage an Stelle des Abs. 1 des Art. 243 anzunehmen seien.

Ziff. 3 und 4 zog der Herr Antragsteller, dem Dafürhalten einiger Herren Abgeordneten Folge gebend, zurück, damit es bei der generellen und in keiner Weise präjudicirlichen Bestimmung des Art. 244 sein Bewenden behalte.

Die Berathung über Ziff. 2 a der Anlage und beziehungsweise den zweiten Absatz des Art. 243 ward vorbehalten.

Anlage.

Statt Art. 243 und 244.

1. Geräth der Inhaber des Handelsgewerbes in Konkurs, so ist der stille Gesellschafter befugt, seine Einlage, soweit dieselbe den Betrag des auf ihn fallenden Anthells am Verluste übersteigt, als Konkursgläubiger zu fordern.
2. Ist die Einlage rückständig, so hat der stille Gesellschafter dieselbe bis zu dem Betrage, der zur Deckung des ihn betreffenden Anthells am Verluste erforderlich ist, in die Konkursmasse zu zahlen.
3. Wenn durch den stillen Gesellschafter oder mit dessen Willen das Vorhandensein der stillen Gesellschaft kundgemacht wurde, so steht der stille Gesellschafter wegen seines sub 1. erwähnten Anspruchs den Handelsgläubigern nach, denen das Gesellschaftsverhältniß bekannt gemacht ist.

Auch haftet diesen Handlungsgläubigern die rückständige Einlage. Der stille Gesellschafter hat dieselbe, so weit sie nach Nr. 2 nicht an die Konkursmasse zu entrichten ist, den erwähnten Handlungsgläubigern Behuf ihrer Befriedigung auszahlend.

4. Ob und in wie weit im Falle der Kundmachung sonstige rechtliche Wirkungen zu Gunsten dritter Personen eintreten, ist nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu beurtheilen.

eventuell mit dem Zusage zu 2.

- 2 a. Ist innerhalb eines Jahres vor Eröffnung des Konkurses dem stillen Gesellschafter der von demselben zu tragende Antheil am Verluste ganz oder theilweise erlassen, so ist ein solcher Nachlaßvertrag der Konkursmasse gegenüber unwirksam, falls der stille Gesellschafter nicht beweist, daß der Konkurs in Umständen, welche erst nach dem Zeitpunkte des Erlasses eingetreten sind, seinen Grund hat.

M o t i v .

Der von Hamburg gestellte Antrag bezweckt im Wesentlichen, die Lehre von der stillen Gesellschaft lediglich oder möglichst nach rationellen Grundsätzen zu behandeln. Die obigen Vorschläge erscheinen daher nur als Ausführungen des generellen Antrages.

Dr. C. Criepe.

~~~~~

## DLV. Sitzung.

Nürnberg, am 1. Dezember 1860.

In der heutigen, von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher die im 548. Protokolle aufgeführten Herren Abgeordneten Antheil nahmen, trug zunächst der Herr Abgeordnete von Hannover vor:

Er sei von dem königlich hannoverschen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Erwiderung auf seinen die Sitzung vom 19. v. Mts. betreffenden Bericht durch Schreiben vom 28. v. Mts. angewiesen worden, folgende Erklärung der königlich hannoverschen Regierung zu Protokoll zu geben:

„Die königliche Regierung könne es im Interesse der Sache nur bedauern, daß das von dreien der hohen theilgenommenen Regierungen für die dritte Lesung des Handelsgesetzentwurfes beliebte Verfahren, nach welchem eine so bedeutende Anzahl der von den verschiedenen Regierungen gegen den Entwurf zweiter Lesung gestellten und größtentheils sehr wesentliche Verbesserungen desselben bezweckenden Abänderungsvorschläge ohne Weiteres beseitigt werden sollen, in der Sitzung vom 19. d. Mts. im Widerspruch mit den Konferenzbeschlüssen vom 26. Juni 1857 und 24. Oktober 1859 befolgt worden sei, und noch dazu ohne daß darüber abgestimmt worden und mithin in einer der Geschäftsordnung der Kommission nicht entsprechenden Weise. Die königliche Regierung glaube übrigens, daß es kaum noch einer ausdrücklichen Verwahrung gegen die etwaige Annahme bedürfen werde, als ob aus der ferneren Theilnahme ihres Abgeordneten an den Berathungen eine Verpflichtung für sie gefolgert werden könne, den aus der jetzigen dritten Lesung hervorgehenden Entwurf, bei welchem mehrere ihrer wesentlichen Verbesserungsanträge gänzlich unberücksichtigt bleiben sollten, demnächst auch als Gesetz für das Königreich Hannover einzuführen.“

Der Herr Abgeordnete von Hannover fügte hinzu: Er habe bisher die bei dem Präsidium der Kommission



angemeldeten Anträge der königlich hannoverschen Regierung in der gegenwärtig arbeitenden Versammlung nicht gestellt, weil er zur Stellung dieser Anträge als königlich hannoverscher Abgeordneter in der Kommission, also zur Stellung derselben inmitten dieser Kommission berechtigt worden sei, er nun aber die gegenwärtig arbeitende Versammlung nicht, wie er bereits in der Sitzung vom 19. vorigen Mts. erklärt, nach dem in dieser Sitzung einge schlagenen Verfahren, als die Kommission, zu welcher er abgeordnet worden sei, habe betrachten können, und hieher auch in Ungewißheit darüber gewesen sei, ob die königlich hannoversche Regierung sein Verbleiben in dieser Versammlung billigen werde. Da aus der vorstehenden Erklärung erhele, daß seine hohe Regierung gegen seine faktische Theilnahme an den Verhandlungen nichts erinnere, so werde er von nun an, selbstverständlich unter Bezugnahme auf die obige Verwahrung die von der königlich hannoverschen Regierung angemeldeten Anträge inmitten dieser Versammlung stellen.

Hierauf wurde zur Beratung des Antrags No. 250 zu

#### Art. 246

übergegangen und nach stattgehabter Diskussion mit 11 gegen 3 Stimmen gegen denselben entschieden.

Zu dem Antrag No. 251, welcher auf Ergänzung des

#### Art. 253

durch den auch zu den Art. 150 und 239 angenommenen Zusatz gerichtet ist, wurde mehrfach bemerkt: Der vorgeschlagene Zusatz sei entbehrlich, weil die im Art. 253 dem einen Theilnehmer auferlegte Pflicht der Rechnungslegung den übrigen Theilnehmern genügenden Schutz gewähre, außerdem sei es selbstverständlich, daß der Richter auf Antrag der Betheiligten aus dringenden Gründen zu jeder Zeit die Ertheilung einer Abrechnung oder sonstiger Aufklärungen unter Vorlegung der Bücher und Papiere anordnen könne, und ein argumentum e contrario liege zu ferne, als daß es einer ausdrücklichen Bestimmung hierüber bedürfen sollte. Schließlich wurde der in Rede stehende Antrag mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Hierauf wurde die Berathung über

#### Art. 243

fortgesetzt, und mit Rücksicht auf den in der vorigen Sitzung zum ersten Absätze dieses Artikels gefaßten Beschluß statt des zweiten Absatzes des Art. 243 der in der Anlage beige druckte Antrag zur Annahme empfohlen.

Bei Diskussion dieses Antrags wurde zunächst von einem Herrn Abgeordneten Anstand daran genommen, daß im ersten und zweiten Absage neben der zurückgezahlten auch die erlassene Einlage erwähnt, und deren Einzahlung angeordnet worden sei. Es wurde nämlich bemerkt: Wie bereits in der vorigen Sitzung hervorgehoben worden sei, bestehe zwischen dem stillen Gesellschafter und den Gläubigern des Inhabers des Handelsgewerbes weder ein Obligations-, noch auch, abgesehen von besonderer kaufmännischer Mittheilung über die Existenz der Societät, ein Garantieverhältniß, auf dessen Grund der Erstere verpflichtet wäre, den Gläubigern die versprochene Einlage zu zahlen. Die Gläubiger könnten nur diejenigen Rechte geltend machen, welche dem Komplementar zuständen. Mit der Auflösung der Gesellschaft habe aber auch der Letztere kein Recht mehr, die Entrichtung der Einlage zu verlangen, denn dieses Recht setze die Existenz der Gesellschaft voraus: er habe vielmehr nur noch das Recht, zu verlangen, daß der stille Gesellschafter seine Schuld, d. h. denjenigen Theil vom Verluste bezahle, der auf ihn treffe, und wegen dieses Rechtes sei indem in der vorigen Sitzung angenommenen Antrag (Ziff. 2 der Anlage) der Gläubigerschaft der genügende Schutz gewährt. Verlange man die Einzahlung der Einlage, so müsse der stille Gesellschafter in Ansehung desjenigen Betrags, welcher ihm nach Abzug des auf ihn fallenden Verlustanteils wieder zurückzuerstatten sei, also wegen eines Betrags, auf welchen weder der Komplementar, noch seine Gläubiger ein Recht hätten, den im Konkurs sich ergebenden Prozentverlust tragen, und eine Zahlung leisten, für welche an und für sich keine Rechtspflicht mehr bestehe. Dafür gäben aber nicht einmal die Grundsätze über die *actio Pauliana* genügenden Anlaß, denn diese führten nicht dazu, daß Jemand einen Betrag in die Konkursmasse einzahlen müsse, den er sonst nicht zu zahlen schuldig sein würde. Anders verhalte es sich nur bei der zurückgezahlten Einlage. Bei dieser rechtfertige sich die Verpflichtung zur Zurückzahlung zu dem Zwecke, daß der Zahlende die Gefahr des Verlustes im Konkurse mit den übrigen Gläubigern theile, ohne Rücksicht auf die rechtliche Begründung des Anspruchs auf Zurückzahlung dadurch, daß der betreffende Gläubiger durch die Herausgabe eines Betrags aus dem Vermögen des Gemeinschuldners zum Nachtheile der anderen Gläubiger begünstigt werde. Es scheine deshalb hinreichender Anlaß für Streichung der auf die erlassene Einlage sich beziehenden Worte aus Abs. 1 und 2 der Anlage zu bestehen.

Von einer anderen Seite ward bemerkt: Absatz 1 der Anlage stelle zum Schaden des stillen Gesellschafters, welchem die Einlage unter den entsprechenden Voraussetzungen zurückbezahlt oder erlassen worden sei, die Fiktion auf, daß die Gesellschaft bis zur Konkursöffnung fortgesetzt worden sei. Für diese Fiktion fehle es jedoch an genügenden Gründen; es genüge, wenn der stille Gesellschafter, dem die Einlage zurückbezahlt worden, angehalten werde, dieselbe zurückzugeben, und sein Guthaben im Konkurse gleich anderen Gläubigern zu liquidiren, während für die Größe des Guthabens, für Berechnung von Gewinn und Verlust recht wohl die Zeit der Auflösung der Gesellschaft maßgebend bleiben könne. Abgesehen davon, sei die erwähnte Fiktion auch unausführbar. Wolle man wirklich Gewinn und Verlust sowie den Betrag, auf dessen Rückerstattung der stille Gesellschafter ein Recht habe, in der Weise berechnen, als wenn die Gesellschaft bis zur Konkursöffnung fortgesetzt worden wäre, so würde man dabei die zurückgezahlte Einlage nicht außer Ansatz lassen dürfen, sondern auch deren Einfluß in Anschlag bringen müssen. Das verstehe sich aber von selbst, daß man unmöglich hinterher ermitteln könne, welche Geschäfte gemacht worden wären, und welchen Verlauf dieselben genommen hätten, wenn der Inhaber des Handelsgeschäfts inzwischen auch noch über die Einlage hätte verfügen können. Sodann führe die Fiktion auch zu unbilligen Resultaten. Werde sie zur Ausführung gebracht, so verstehe es sich von selbst, daß dem stillen Gesellschafter eben so gut sein Antheil am Gewinn, als am Verlust angerechnet werden müsse. Wenn nun nach Rückzahlung der Einlage Gewinn gemacht worden sei, was ungeachtet des Konkurses der Fall sein könne, so würde der stille Gesellschafter auch Gewinn beziehen, obgleich er die Gefahr des Verlustes nicht getragen habe. Hierin liege aber eine große Unbilligkeit sowohl gegen die Gläubiger als gegen den Gemeinschuldner, für den ein solches Resultat wegen des Nachforderungsrechtes der Gläubiger keineswegs gleichgültig sei. Es werde deshalb beantragt, es dabei zu belassen, daß für die Berechnung des Guthabens, dessen Liquidation dem stillen Gesellschafter im Konkurse zustehe, die Zeit der Auflösung der Gesellschaft maßgebend sei, und deshalb in der betreffenden Bestimmung weder von Auflösung noch von Fiktion der Fortsetzung der Gesellschaft zu sprechen, sondern den Absatz 1 wie folgt zu fassen:

„Wenn der Inhaber des Handelsgewerbes in Konkurs geräth, und innerhalb des Zeitraumes eines Jahres vor Eröffnung des Konkurses dem stillen Gesellschafter die Einlage zurückbezahlt oder dessen Schuld

„erlassen ist, so ist der erhaltene oder erlassene Betrag „in die Konkursmasse zurückzuzahlen.“

Hiegegen wurde geltend gemacht: Vor Allem komme in Betracht, daß in dem Absatz 1 der Anlage nichts Neues vorgeschlagen werde, indem die jetzt empfohlene Fiktion, nur noch in größerer Ausdehnung, schon im zweiten Absätze des Art. 243, wie er in zweiter Lesung festgestellt worden, enthalten gewesen sei. Es fehle auch nicht an genügenden Gründen für diese Fiktion. Einmal könne der Konkurs gerade erst durch die Auflösung der Gesellschaft und dadurch, daß ein Theil der Fonds aus dem Handelsgeschäfte zurückgezogen worden, herbeigeführt worden sein; es sei demnach auch billig, daß man alsdann diese Auflösung für nicht geschehen erachte. Der zuletzt gestellte Antrag, sowie die Absätze 2 und 3 der Anlage, wie nicht minder die Ziffer 2 a der Anlage zum vorigen Protokolle böten nur gegen die gewöhnlichen Fälle eines fraudulosen Verfahrens der Gesellschafter Schutz; für den wichtigsten Fall dagegen, wenn nämlich ungeachtet der Zurückziehung der Fonds die Geschäfte doch so fortbetrieben und der Kredit des Geschäftes fortwährend dergestalt in Anspruch genommen worden, als wenn alle früheren Fonds noch vorhanden wären, werde die Gläubigerschaft dadurch nicht geschützt; für diesen Fall bedürfe es des Abs. 1 der Anlage. Diese eben erwähnten Anträge ließen sodann, indem sie nicht von einer unzeitigen Auflösung der Gesellschaft, sondern nur von unzeitiger Rückzahlung der Einlage oder von dem Erlassen einer Schuld sprächen, noch einen anderen sehr bedeutenden Fall außer Acht. Es komme nämlich nicht selten vor, daß der Inhaber des Handelsgewerbes die Einlage weder zurückzahle noch erlasse, sondern daß die Gesellschafter die Einlage in ein verzinsliches Darlehnskapital umwandelten, sobald die Geschäfte der Gesellschaft anfangen, ein schlimmes Resultat befürchten zu lassen. Für diesen Fall werde keine Vor-  
sorge getroffen, wenn man bloß die Rückzahlung der Einlage oder Erlassung einer Schuld und nicht auch die Auflösung der Gesellschaft in's Auge fasse. Halte man endlich für Berechnung des dem stillen Gesellschafter gebührenden Guthabens den Augenblick der Rückzahlung u. für maßgebend, so müsse man consequent noch weiter gehen, und auch nur den zu jener Zeit schon vorhanden gewesenen Gläubigern einen Anspruch auf Rückzahlung einräumen, indem alsdann nur diese als verkürzt erschienen. Die fragliche Fiktion führe überdies nicht zu unbilligen Resultaten; diese würden vielmehr dadurch beseitigt, daß nur den Gläubigern das Recht beigelegt sei, sich auf die Vorschriften des Artikels zu berufen, und daß andererseits der stille Gesell-

schaften durch den 4. Absatz des Antrags ausreichend geschützt sei.

Hierauf ward erwidert: Der Fall der Umwandlung der Einlage in ein Darlehen gebe zu keinem Bedenken Anlaß, indem eine solche Novation ohne Zweifel eine Solution enthalte, also auch hier der Fall der Rückzahlung vorliege.

Von einer anderen Seite ward bemerkt: Dem Bedenken, welches dagegen erhoben worden sei, daß durch Protogation der Gesellschaft dem stillen Gesellschafter zum Schaden der Gläubigerschaft und des Gemeinschuldners auch ein Anspruch auf den nach seinem Auscheiden erzielten Gewinn eingeräumt werde, könne dadurch vorgebeugt werden, daß man, statt von einer Verlängerung der Gesellschaft zu sprechen, bloß das bestimme, worauf es eigentlich ankomme, daß nämlich den Konkursgläubigern gegenüber und auf deren Verlangen für die Berechnung des dem stillen Gesellschafter zustehenden Guthabens die Zeit der Konkursöffnung maßgebend sei.

Schließlich wurde der Antrag, in diesem Sinne Beschluß zu fassen, mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt, und mit demselben Stimmenverhältniß auszusprechen beschlossen, daß, wenn die Einlage unter den in Abs. 1 der Anlage angeführten Voraussetzungen zurückbezahlt werde, der zurückbezahlte Betrag wieder eingezahlt werden müsse, vorbehaltlich des Rechts des stillen Gesellschafters, sein Guthaben im Konkurs zu liquidiren, und daß für dessen Berechnung die Zeit der Auflösung der Gesellschaft maßgebend sei.

Abs. 2 der Anlage wurde mit Weglassung der Worte: „oder erlassen“ nach kurzer Berathung mit 12 gegen 2 Stimmen angenommen.

Abs. 3 wurde mit der Modification genehmigt, daß statt: „an einem Verlust“, zu setzen sei: „am Verlust“, um die Meinung auszuschließen, als handle es sich hier nur um den Verlust aus einem einzelnen Geschäft.

Abs. 4 wurde, nachdem hierzu von einer Seite bemerkt worden war, daß unter den Worten: „in Umständen seinen Grund hat“ nicht etwa der Umstand zu verstehen sei, in Folge dessen der Konkurs ausgebrochen sei, sondern die Verhältnisse und Umstände, welche den Konkurs herbeigeführt hätten, mit 12 gegen 2 Stimmen genehmigt.

Ein Antrag, andere den Konkursgläubigern günstigere Bestimmungen der Landesgesetzgebungen ausdrücklich vorzubehalten, wurde zurückgezogen, nachdem dies von einer Seite als unstatthaft bezeichnet, von anderen Mitgliedern aber angeführt worden war, der beantragte Vorbehalt verstehe sich von selbst, da der

angenommene Antrag nur eine Präsumtion des Betrugs enthalte, und auf Grund dieser Präsumtion die Beweislast regulire, hiedurch aber selbstverständlich von dem materiellen Rechte nichts geändert werde.

Schließlich wurden die Protokolle der 549. Sitzung vom 20. November und der 550. Sitzung vom 21. November verlesen und genehmigt.

## U n l a g e.

### Statt des Art. 243 Absatz 2.

Wenn der Inhaber des Handelsgewerbes in Konkurs geräth, und innerhalb des Zeitraumes eines Jahres vor Eröffnung des Konkurses durch Vereinbarung zwischen ihm und dem stillen Gesellschafter das Gesellschaftsverhältniß aufgelöst worden ist, so sind die Konkursgläubiger berechtigt, die Auflösung als nicht geschehen und die stille Gesellschaft als bis zur Eröffnung des Konkurses fortgesetzt zu betrachten, auch insbesondere zu verlangen, daß der stille Gesellschafter die ihm zurückbezahlte oder erlassene Einlage in die Konkursmasse einliefere, unbeschadet des Rechts, das Guthaben, welches sich etwa für ihn aus dem als fortgesetzt betrachteten Gesellschaftsverhältniß ergibt, als Konkursgläubiger geltend zu machen.

Dasselbe gilt, wenn dem stillen Gesellschafter in dem bezeichneten Zeitraum ohne Auflösung des Gesellschaftsverhältnisses die Einlage zurückbezahlt oder erlassen wurde.

In gleicher Weise ist, wenn der Inhaber des Handelsgewerbes in dem bezeichneten Zeitraum dem stillen Gesellschafter die Betheiligung an einem Verlust aus dem Gesellschaftsverhältniß erlassen hat, der Erlaß zu Gunsten der Konkursgläubiger für unwirksam zu erachten.

Die Bestimmung dieses Artikels tritt nicht ein, wenn der stille Gesellschafter beweist, daß der Konkurs in Umständen seinen Grund hat, welche erst nach dem Zeitpunkt der Auflösung der stillen Gesellschaft, der Zurückzahlung, oder des Erlasses eingetreten sind.

## DLVI. Sitzung.

Nürnberg, am 3. Dezember 1860.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung wurde zunächst beschlossen, die Berathung der Anträge No. 259 und 260 zu

Art. 254 und 255

vorerst vorzubehalten. Sodann wurde im Hinblick auf die Bestimmung in Art. 68 Ziffer 1 und Art. 3 der Antrag No. 262 nach kurzer Berathung mit 13 gegen 1 Stimme angenommen.

Zu dem Antrag No. 274, den

Art. 264

betreffend, wurde von mehreren Seiten bemerkt: Der Antrag empfehle sich nicht. Wenn demselben stattgegeben werde, so müsse der Gläubiger, welcher einen Bürgen ohne Vorausklagung des Hauptschuldners und wegen seiner ganzen Forderung in Anspruch nehmen wolle, nicht allein beweisen, daß die Forderung auf Seiten des Hauptschuldners aus einem Handelsgeschäfte herrühre, sondern überdies darthun, daß dies dem Bürgen bei Uebernahme der Bürgschaft bekannt gewesen. Eine Beweisführung der zuletzt erwähnten Art beschwerte den Gläubiger aber allzusehr und sei mit den Anschauungen des Handelsstandes nicht vereinbar. Ueber die Natur des in Rede stehenden Rechtsgeschäftes dem Bürgen Aufschluß zu geben, sei Sache des Hauptschuldners, nicht des Gläubigers. Wer eine Bürgschaft übernehme, möge zusehen, für welche Art von Forderungen er intercedire. Der in Rede stehende Antrag wurde hierauf mit 9 gegen 5 Stimmen abgelehnt, und mit 8 gegen 6 Stimmen dem Antrage eines Herrn Abgeordneten entsprechend, in dem zweiten Absätze vor: „Bürgen“ das Wörtchen: „dem“ zu streichen beschlossen, da von der Einrede der Theilung nur bei mehreren Bürgen die Rede sein könne.

Bei Berathung des Antrags No. 282 zu

Art. 274

wurde geltend gemacht: Häufig ständen auch Nichtkaufleute mit Kaufleuten und namentlich mit Banquiers in einem Kontokorrentverhältnisse, und dann sei es all-  
gemein üblich, auch auf dieses Verhältniß die Bestim-

mungen dieses Artikels anzuwenden. Ein solches Verhältniß entstehe zwar allerdings nicht ohne eine darauf abzielende Vereinbarung der Betheiligten; dessenungeachtet genüge es nicht, auf den Abschluß eines Vertrages zu verweisen, einmal, weil der Vertrag vielleicht nichts Näheres über die maßgebenden Einzelheiten, wie Zinsenvergütung u. dgl. enthalte, sodann und hauptsächlich aus dem Grunde, weil da, wo das Verbot des anatocismus bestehe, ein Vertrag über Anwendung des Art. 274 auf das Verhältniß zwischen einem Kaufmann und einem Nichtkaufmann gar nicht gültig geschlossen werden könne.

Von anderen Seiten wurde bemerkt: Die beantragte Modifikation des Artikels führe zu weit, zumal der Begriff des Kontokorrents in seiner Besonderheit, sich auf das Verhältniß zwischen einem Kaufmann und einem Nichtkaufmann nicht erstrecken lasse, ohne die näheren Kriterien dieses Begriffs und die Eigenschaft der zwischen ihnen bestehenden laufenden Geschäftsverbindung anzugeben. Der Antrag könne leicht dahin führen, daß jedem Nichtkaufmann, der einem Kaufmann einen in dessen Büchern verzeichneten Betrag schulde, ohne Weiteres Zinsen und beziehungsweise Zinsen von Zinsen hiervon berechnet würden. Ein wahres Kontokorrentverhältniß entstehe zwischen einem Kaufmann und einem Nichtkaufmann nicht anders als auf Grund einer besonderen Vereinbarung, bei welcher die gegenseitigen Rechte und Pflichten dergestalt bestimmt werden könnten, wie es das Bedürfniß erfordere.

Schließlich wurde der Antrag mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Bei Diskussion des zu

Art. 280

gestellten Antrags No. 283 wurde mehrfach die Ansicht geltend gemacht: Dasjenige, was der eventuelle Vorschlag bezwecke, sei bereits durch den Art. 257 Abs. 1 erreicht, indem hiernach so lange, als nicht das Gegentheil erhelle, auch jeder Antrag und Auftrag eines Kaufmanns als in seinem Handelsgewerbe ergangen anzusehen sei; Art. 257 ziele nämlich keinesweges, wie bei Motivierung des vorliegenden Antrags angenommen worden, bloß darauf ab, dem Richter einen Anhaltspunkt dafür zu bieten, wie er im Zweifel zu entscheiden habe, sondern wolle auch demjenigen, welcher sich mit einem Kaufmann in Geschäfte einlasse, ein Recht geben, bis dahin, wo die Umstände das Gegentheil ergäben, und so lange der Antrag in irgend einer, wenn auch nur äußerlichen Beziehung zum Handelsgewerbe des Offerenten stehe, anzunehmen, daß ihm ein kaufmännischer Antrag gemacht sei u. dgl. Mit Rück-



sicht hierauf wurde der fragliche Antrag mit 13 gegen 1 Stimme abgelehnt.

Bezüglich der Anträge No. 285 und 286, welche die Art. 280 und 281

betrafen und darauf abzielten, daß aus Art. 280 das Wort „Vollmacht“ gestrichen, in Art. 281 aber statt: „Vollmacht, Vollmachtgeber, Bevollmächtigter“ gesetzt werde: „Auftrag, Auftraggeber, Beauftragter,“ damit deutlich aus dem Gesetze hervorgehe, daß in diesen Artikeln im Gegensatz zum Art. 46 von solchen Mandataren die Rede sei, welche nicht als angestellte Kommiss in einem dauernden Verhältnisse zu dem Handlungsgewerbe des Prinzipals ständen, sondern selbstständig seien, wurde von einigen Mitgliedern hervorgehoben: Abgesehen davon, daß durch die Annahme des Antrags der beabsichtigte Zweck nicht erreicht werden würde, sei es unthunlich, das Wort: „Vollmacht, Vollmachtgeber“ u. dgl. aus den in Rede stehenden Artikeln zu entfernen. Im gewöhnlichen Verkehr werde sehr häufig der Auftrag als etwas, was nur das innere Verhältniß des Mandatars zum Mandanten angehe, und bei dessen Ausführung der Mandatar als Kommissionär auch in seinem eigenen Namen handeln könne, der Vollmacht als einer Ermächtigung, Dritten gegenüber für den Mandanten in dessen Namen handelnd aufzutreten, entgegengestellt. Erwähne man nur den Auftrag, so könne dies zu dem Mißverständniß führen, als solle Art. 280 und 281 nur auf einen Auftrag in dem eben erwähnten Sinn und nicht auf die Vollmacht Anwendung finden, was keineswegs beabsichtigt sei.

Von einem andern Mitgliede wurde bemerkt: Diese Ausführungen trafen nur bei Art. 281 zu, indem allerdings nicht allein der Umfang der Befugnisse, welche der Beauftragte dem Auftraggeber gegenüber habe, also die Frage, ob er diese oder jene Rechtshandlung für Rechnung des Auftraggebers (wenn auch vielleicht in eigenem Namen) vornehmen dürfe, sondern auch der Umfang seiner Befugnisse gegenüber Dritten, also die Frage, ob der Mandant aus den in seinem Namen von dem Mandatar abgeschlossenen Rechtsgeschäften verpflichtet werde, nach Maßgabe der für Handlungsbvollmächtigte 2c. gegebenen Bestimmungen zu beurtheilen sein werde. Anders verhalte es sich aber mit dem Art. 280. In diesem Artikel komme das Verhältniß des Mandanten zu dem Dritten nicht in Betracht. Hier handle es sich lediglich darum, den Mandatar darüber sicher zu stellen, daß er ungeachtet des Todes seines Mandanten den ihm erteilten Auftrag noch ausführen dürfe und müsse. Zu diesem

Behufe sei aber die Unterscheidung zwischen Auftrag und Vollmacht nicht erforderlich, da es nicht zweifelhaft sein könne, daß dasselbe gelten müsse, wenn der Auftrag dahin laute, daß im Namen des Mandanten kontrahirt werden solle, als wenn der Auftrag auf Abschluß eines Kommissionsgeschäftes gerichtet sei. Das Verhältniß des Dritten zum Mandanten könne hier um so weniger eingemischt werden, als es dem Dritten gegenüber nicht allein darauf ankommen würde, ob eine entgegengesetzte Willensmeinung aus der Erklärung des Mandanten u. hervorgegangen, oder nicht, sondern auch darauf, was dem Dritten davon bekannt gewesen.

Andere von den Herren Abgeordneten hoben jedoch wiederholt ausdrücklich hervor, daß in Ermangelung einer entgegenstehenden Bestimmung auch Art. 280 auf das Verhältniß des Dritten zum Mandanten Anwendung finden müsse und dem Erstern die Gewißheit geben wolle, daß er sich, so lange nicht das Gegentheil erhelle, ungeachtet des Todes des Mandanten mit Sicherheit auf einen Kontrakt mit dem Bevollmächtigten desselben einlassen könne.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag, aus Art. 280 das Wort: „Vollmacht“ zu streichen, mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt, und mit demselben Stimmenverhältnisse die beantragte Modifikation des Art. 281 verworfen.

Bei Diskussion des Antrags No. 289, die

Art. 284 — 286

betreffend, welche Letzteren in Folge der Seerechtsverhandlungen die in der Anlage beigebrachte Fassung erhalten haben, ward zunächst von Seiten des Herrn Abgeordneten für Hamburg zur Unterstützung des Antrages bemerkt: Der preussische Entwurf habe im Art. 229 und 230 öffentliche Kreditpapiere, wenn sie nicht auf Inhaber, sondern auf Namen lauten, außerdem die Konnossemente und Ladescheine für indossabel erklärt. In der ersten Lesung sei die Ungenauigkeit der ersten Kategorie hervorgehoben und eine deutlichere Fassung versucht worden; ferner habe man sich von der Unvollständigkeit des Entwurfes überzeugt, und daher noch als neue Kategorie beigelegt:

Anweisungen und Verpflichtungsscheine von Kaufleuten über einseitige Leistungen, soferne sie an die Ordre des Berechtigten gestellt sind.

Zugleich seien Zweifel darüber aufgetaucht, ob durch „Indossament“ nur eine Form der Uebertragung, oder eine, besondere und eigenthümliche Rechtsfolgen nach sich ziehende, Art der Uebertragung bezeichnet werden solle. Die Redaktionskommission habe das Letztere vorgeschlagen, wie dies Alles aus Art. 255 und 257 der ersten

Leistung zu ersehen sei. Bei der zweiten Lesung sei der preuß. Entwurf gänzlich verlassen worden. Man habe die öffentlichen Kreditpapiere nicht weiter erwähnt, und sich darauf beschränkt, diejenigen Papiere aufzuführen, welche durch den Privatwillen der Kaufleute in der vorhin erwähnten materiellen Bedeutung für indossabel erklärt werden könnten. So seien die Art. 284—286 entstanden. Gehe man davon aus, daß privatrechtliche Forderungen nur cedirt, nicht wie Sachen übertragen werden könnten, so ergebe sich als der wahre Inhalt jener Artikel der Satz: „Nur die im Art 284 und 286 erwähnten Forderungen könnten selbstständig mit den in Art. 285 bezeichneten Wirkungen übertragen werden; in Bezug auf sonstige kaufmännische Forderungen sei nur die Ausübung übertragbar, also lediglich eine Cession, wenn auch in der beliebigen Form des Indossaments statthaft.“ So habe man jene Artikel in Hamburg verstanden, und gegen diese Beschränkung sei der Antrag gerichtet.

Es sei ein unverkennbares Bedürfnis des Handels, daß der Kaufmann in den Stand gesetzt werde, seine Forderungen negotiabel zu machen. Da hierbei Alles auf den Willen des Schuldners ankomme, so habe man zunächst darauf zu sehen, ob dieser im einzelnen Falle erklärt habe, ihm sei die Person des Gläubigers gleichgültig. Als Kennzeichen für diesen Willen erscheine und gelte das Stellen der Papiere an Ordre. Wer Ordrepapiere ausbehe, erkläre damit, daß er nicht auf die Person des ersten Gläubigers Gewicht lege, sondern sich gleichsam einen fungibeln Gläubiger gefallen lassen wolle. Ohne oder gegen diesen Willen des Schuldners erscheine es verkehrt, selbstständige Uebertragungen zu gestatten; in und mit diesem Willen sei dagegen das ausreichende rechtliche Prinzip gefunden.

Allerdings komme es auch auf den Inhalt der Verpflichtung an. Selbstverständlich werde sich kein Verständiger an Ordre verpflichten wollen, wenn im Fall der Nichterfüllung eine von individuellen Umständen des einzelnen Gläubigers abhängige Ersatzforderung die nothwendige Folge sei. Der Schaden, das *id quod interest*, lasse sich nur nach den individuellen Verhältnissen ermitteln und berechnen und sei daher nach der Verschiedenheit des Gläubigers sehr verschieden. Um negotiable Papiere begreiflich zu finden, müsse man davon ausgehen, daß für den Werth der Leistung, also auch für die Werthermittlung bei unterbleibender Leistung nicht die besonderen Umstände dieser oder jener bestimmten Person, sondern der allgemeine Verkehrswert entscheidend sein solle. Dadurch rechtfertige es sich, wenn vorgeschlagen werde, lediglich die auf Geld und

Sachen — mit Einschluß der kaufmännischen Werthpapiere — lautenden Scheine für negociabel zu erklären. Von jeder sonstigen Beschränkung solle man aber durchaus absehen. Der Handelsstand bedürfe Anerkennung der seinen Zwecken dienenden Rechtsformen, keiner Bevormundung, indem der Kaufmann selbst am Besten wisse, welcher Inhalt sich für negociable Papiere eigne. Ohnehin habe sich der Handelsstand bereits durch seinen gesunden Takt helfen müssen, wo ihn die Jurisprudenz, statt seinen natürlichen Bedürfnissen zu Hilfe zu kommen, in kaum begreiflicher Weise im Stiche gelassen habe. Während die Wissenschaft, die Unterscheidung zwischen Liefern (dare) und Ausliefern (restituere) häufig übersehend, den Gegensatz von dem allgemeinen Werth der Sachleistung (quantum res est) und individuellem Interesse (quantum interest) kaum anerkenne, sondern eher verwische, habe der Handelsstand diesen Gegensatz festgehalten und seinen Verhältnissen glücklich angepasst. Nur daraus erklärten sich z. B. die bei Konnossementen täglich vorkommenden Erscheinungen. Der Frachtführer und Schiffer hätten nicht Quantitäten zu liefern, sondern individuelle Gegenstände auszuliefern, und nach den Grundsätzen des gemeinen Rechts sei bei nicht erfolgender Auslieferung lediglich eine Klage auf das Interesse statthaft, welches je nach Umständen mehr oder weniger als der Sachwerth betragen werde. Weil aber der Handel die Negotiabilität der Konnossemente nicht entbehren könne, so fordere der Inhaber der letzteren den Sachwerth, und dadurch werde es sogar möglich, daß diese Papiere, welche doch nur Auslieferungsscheine über spezielle Gegenstände seien, im kaufmännischen Verkehr fast wie Lieferungsscheine über Quantitäten behandelt würden. Es seien besonders zwei Beschränkungen, welche der Antrag zu beseitigen suche. Einmal sollten nach dem Entwurfe Leistungen, um indossabel zu sein, in Geld oder Quantitäten vertretbarer Sachen bestehen. Dabei werde übersehen, daß von Quantitäten nur bei Lieferungen (dare), nicht bei Auslieferungen (restituere) geredet werden könne, indem letztere wohl ein Quantum, z. B. diese bestimmten 10 Wispel Korn, niemals aber eine nur in dem menschlichen Gedanken existirende Quantität betrafen. Da nun aber der Entwurf selbst die Indossabilität der Auslieferungsscheine — Konnossemente, Ladescheine — anerkenne, so fehle es an genügendem Grunde, die Zulässigkeit des materiellen Indossaments auszuschließen, wenn die Verpflichtung in der Lieferung nicht einer Quantität, sondern bestimmter Sachen bestehe. Sodann verlange der Entwurf einseitige Leistungen, schließe also diejenigen Brought to you by Google

genannten, Urkunden aus, wonach Waaren und Effekten gegen Zahlung des Kaufpreises zu liefern seien. Abgesehen davon, daß hierdurch dem kaufmännischen Bedürfnisse geradezu entgegengehandelt werde, nöthige man den Handelsstand ohne alle Noth, abstrakte Versprechen auch da zu geben, wo die Sachlage gar nicht darauf führe. Es erscheine auffallend, dem Kaufmann die gefährlichere Befugniß einzuräumen, also das nackte Versprechen: „ich liefere 20 Wispel Waizen“ für gültig, flagbar und indossabel zu erklären und ihm das gleiche Recht für das Versprechen: „ich liefere 20 Wispel Waizen à Wispel zu 10 Thlr.“ zu verweigern. Man wende nicht ein, daß dadurch Verwicklungen herbeigeführt würden. Nichts sei gewöhnlicher, als daß die Konnossemente auf Ablieferung gegen Zahlung der Fracht u. lauteten, und Niemand finde in diesem Zusatz einen Grund, die Indossabilität jener Papiere zu bestreiten.

Für den Fall, daß der Vorschlag in seinem ganzen Umfange keinen Beifall finde, wolle er eventuell denselben dahin beschränken, daß Gelbleistungen nur als abstrakte, einseitige Zahlungsverprechen, ähnlich den promissory notes, Lieferungsscheine nur, wenn sie auf Quantitäten lauten, Auslieferungsscheine endlich, wenn sie Mobilien u. betreffen, für indossabel erklärt werden möchten. Dadurch werde einerseits das Prinzip ausgesprochen und andererseits ermöglicht, die Konnossemente, Ladescheine, Bodmereibriefe u., den Anträgen anderer Herren Abgeordneten entsprechend, als Beispiele namentlich anzureihen. Für diesen Fall werde beantragt, den Abs. 1 des Art. 284 wie folgt zu fassen:

„Anweisungen und Verpflichtungsscheine, welche  
 „von Kaufleuten über einseitige Leistungen von  
 „Geld, über Lieferung von vertretbaren Sa-  
 „chen oder zum Handelsverkehr bestimmten Werth-  
 „papieren oder über Auslieferung von beweglichen  
 „Sachen, sowie von Werthpapieren der eben ge-  
 „dachten Art ausgestellt sind, können durch In-  
 „dossament übertragen werden, wenn sie an Ordre  
 „lauten.“

Schließlich müsse er noch einen Punkt besonders hervorheben. Er sei von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Art. 284 und 286 bestimmen sollten und wollten, welche Papiere überhaupt indossabel im Sinne des Art. 285 seien. Ihm sei nun wohl bekannt geworden, daß einzelne Mitglieder diese Ansicht nicht theilen, indessen habe er, gestützt auf die Verhandlungen erster und zweiter Lesung, sowie auf den Wortlaut des Gesetzes die abweichende Meinung nicht als die der Absicht der hohen Versammlung entspre-

hende angesehen. Jetzt erkläre sich aber auch der Herr Referent in der von ihm ausgearbeiteten Darstellung in gleicher Weise, und es bedürfe daher diese für den Verkehr so wichtige Frage einer Erläuterung. Er für seine Person könne es nur bedauern, wenn der Art. 284 weiter nichts sagen solle, als daß jedenfalls die verzeichneten Papiere indossabel seien, während im Uebrigen die Indossabilität sonstiger Verpflichtungsscheine der Beurtheilung nach den bestehenden Landesrechten und künftigen Partikulargesetzen überlassen bleiben würde. Bei dem Zustande namentlich des gemeinen Rechts könne es im Verkehr und vor Gericht an mannigfachen Zweifeln nicht fehlen, und es werde außerdem die Verschiedenheit der rechtlichen Auffassung bleiben, wonach, zum großen Nachtheile der Handelswelt, ein Papier z. B. in Hamburg als indossabel gelte und behandelt werde, allein bei der Versendung nach Harburg diese Eigenschaft verliere.

Sollte aber die Majorität der hohen Versammlung, dieser ernststen Uebelstände ungeachtet, sich für die Interpretation des Herrn Referenten aussprechen, so halte er für unbedingt nothwendig, dieß mit völliger Klarheit und Bestimmtheit zu sagen, und werde sich eventuell erlauben, später den Zusatz zu beantragen, daß für die übrigen Fälle die bestehenden Landesrechte durch Art. 284 und 286 nicht abgeändert würden, und den künftigen Partikulargesetzen nicht vorgegriffen werden solle.

Ein anderer Herr Abgeordneter beantragte, den ursprünglichen Hamburgischen Antrag unter No. 289 mit dem Zusatze anzunehmen: „oder von zum Handelsverkehre bestimmten Werthpapieren“, weil es zweifelhaft sei, ob die Werthpapiere überall zu den Sachen gerechnet werden.

Gegen die bisher besprochenen Anträge auf Erweiterung des Art. 284 wurde von anderen Seiten bemerkt: Durch diese Anträge werde eine unübersehbare Menge von negociablen Papieren geschaffen, und in Folge hiervon eine Reihe der bedenklichsten Verwicklungen u. dgl. herbeigeführt. Man möge nur erwägen, wie vielumfassend und wie unbestimmt die Begriffe: „Verpflichtungsschein, Werthpapier 2c. 2c.“ seien, und ob es möglich sein werde, mit diesen Begriffen eine Gränze der Negotiabilität der Papiere zu finden. Wie große Nachtheile diese negociablen Papiere aber im Gefolge haben würden und zu welchen Verlusten und Beschädigungen der Betheiligten sie nothwendig führen müßten, könne man leicht ermessen, wenn man im Auge behalte, daß es sich nicht bloß um eine leichtere Cessionsform, sondern um ein Indos-

sament mit den eingreifendsten materiellen Wirkungen handle, daß der Schuldner dem Indossatar gegenüber keine Einrede aus dem Kontraktabschlusse mit dem ursprünglichen Kontrahenten, keinen Einwand mehr auf Grund eines Dolus des Letzteren geltend machen dürfe u. dgl. Unter diesen Umständen müsse ein großes Gewicht darauf gelegt werden, daß sich ein Bedürfnis für eine erweiterte Anerkennung der Indossabilität in diesem Sinne wenigstens nicht allgemein fühlbar gemacht habe, und daß es an mehreren sehr bedeutenden Handelsplätzen in der That gar nicht bestehe. Man dürfe sich nicht dadurch bestimmen lassen, daß im Handelsverkehr noch eine große Anzahl von Urkunden außer den im Art. 284 bezeichneten durch Indossament übertragen zu werden pflegten. Viele Uebertragungen dieser Art beruhten auf einer örtlichen Gewohnheit, die sich bezüglich einer gewissen an dem betreffenden Orte besonders häufig vorkommenden Art von Geschäften gebildet habe. Solche kaufmännische Uebungen einzelner Plätze könnten aber begreiflich nicht ohne Weiteres durch Anerkennung im Handelsgesetzbuch verallgemeinert werden. Andere Indossirungen unterschieden sich von den hier in Rede stehenden sehr wesentlich dadurch, daß sie, wie dies z. B. bei Indossirung der beim Kornhandel an der Ostsee vorkommenden Anmelde Scheine der Fall sei, welche deshalb auch gar nicht einmal an Ordre ausgestellt würden, bloß eine Assignation oder eine Cession in leichter Form enthielten und keinen Einfluß auf den Fortbestand und die Geltendmachung der dem Schuldner zustehenden Einreden hätten. Indossamente im Sinne der Art. 284—286 seien keineswegs so allgemein verbreitet, wie Seitens der Herren Antragsteller angenommen zu werden scheine.

Giegegen wurde jedoch wieder eingewendet: Es sei kein Nachtheil aus der erweiterten Zulassung von Indossamenten im Sinne der Art. 284—286 zu befürchten, weil die Kaufleute hinreichend befähigt seien, zu beurtheilen, ob ihnen im konkreten Falle ein solches Indossament Nachtheil bringen könne oder nicht, und weil dieselben überdies die Macht hätten, die Indossirung ihrer Urkunden nach Gefallen dadurch abzuwenden, daß sie dieselben nicht an Ordre ausstellten.

Eine andere Differenz bestand darüber, welche Bedeutung dem Ausdrucke: „einseitig“ zukomme. Einige Mitglieder waren der Ansicht, es solle dadurch ausgedrückt werden, daß die versprochene Leistung auch nicht einmal an die Bedingung einer Gegenleistung geknüpft sein dürfe, andere Mitglieder glaubten diesen Ausdruck nicht in dieser Weise, sondern nur dahin verstehen zu

müssen, daß die Urkunde nur Ein Leistungsversprechen enthalten dürfe.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Nr. 289 mit 11 gegen 3 Stimmen, derselbe Antrag mit der Modifikation, daß neben den Leistungen von Geld und Sachen auch der Leistung von zum Handelsverkehr bestimmten Werthpapieren Erwähnung zu thun sei, mit 11 gegen 3 Stimmen, und der eventuelle Antrag des Herrn Abgeordneten für Hamburg mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Sodann wurde mit 10 gegen 4 Stimmen im Geseze auszudrücken beschloffen, daß Versprechen müsse in dem Sinne ein einseitiges sein, daß es auch nicht an die Bedingung einer Gegenleistung geknüpft werden dürfe.

Hierauf wurde auch der Antrag Nr. 290 in der in der Zusammenstellung aufgeführten Fassung mit 9 gegen 5 Stimmen abgelehnt, dagegen mit Hinweglassung der Worte: „einem Kaufmann oder“ mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen.

## U l a g e.

### Art. 284.

wie im Entwurf aus zweiter Lesung.

### Art. 284 a.

In gleicher Weise können Konnossemente der Seeschiffer und Ladescheine der Frachtführer durch Indossament übertragen werden, wenn sie an Ordre lauten oder eine der Bestimmung an Ordre gleichbedeutende Bestimmung enthalten.

### Art. 285.

Durch das Indossament der in den beiden vorhergehenden Artikeln bezeichneten Urkunden gehen alle Rechte aus dem indossirten Papiere auf den Indossatar über.

Abs. 2, 3 und 4 wie im Entwurfe aus zweiter Lesung.

### Art. 286

fällt weg.



## DLVII. Sitzung.

Rürnberg, am 5. Dezember 1860.

In der heutigen, von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Ranke geleiteten Sitzung, an welcher die in der 548. Sitzung zugegen gewesenen Mitglieder Theil nahmen, wurde für den zu

Art. 285 und 286

gestellten Antrag Nr. 291 angeführt, eine Erwähnung der Bodmereibriefe und Seeversicherungspolizen sei hier unerlässlich, weil sonst Zweifel darüber entstehen könnten, ob die über die Wirkungen des Indossaments festgestellten Bestimmungen auch auf diese Urkunden Anwendung leiden sollten oder nicht. Denn wenn in den Art. 284 und 284 a, wie aus der Anlage zum vorigen Protokolle hervorgehe, eine Reihe von indossablen Papieren aufgezählt, und sodann in Art. 285 verordnet sei, daß die Indossirung der in den beiden vorhergehenden Artikeln aufgezählten Urkunden diese und jene Wirkungen habe, so werde gefolgert werden, daß diese Wirkungen anderen, wenn auch in demselben Gesetzbuch, für indossabel erklärten Dokumenten nicht zukämen. Der erwähnte Antrag wurde der Redaktionskommission zur Erwägung anheimgegeben.

Sodann wurde von dem Herrn Abgeordneten für Hamburg, seinem in der vorigen Sitzung gemachten Vorbehalte gemäß, in der Absicht, jeden Zweifel darüber abzuschneiden, ob nach der Meinung der Versammlung nur die in Art 284 und 284 a aufgeführten Urkunden indossabel sein sollten, oder ob dahin gestellt bleiben solle, welche andere Papiere nach Maßgabe der Partikularrechte und Handelsgebräuche außerdem noch indossabel seien, der Antrag gestellt, folgende Zusatzbestimmung aufzunehmen:

„Die Landesrechte, welche für andere als die in diesem Handelsgesetzbuch, insbesondere im Art. 284 aufgeführten Anweisungen, Verpflichtungsscheine und sonstigen Papiere die Uebertragung durch Indossament mit den in Art. 285 bezeichneten Wirkungen anerkennen, werden in dieser Beziehung durch das Handelsgesetzbuch nicht berührt.“

„Auch bleibt den Landesgesetzen vorbehalten,  
 „die Bestimmungen der Art. 284 und 285 auf  
 „andere Anweisungen und Verpflichtungsscheine  
 „auszudehnen.“

Dieser Zusatz wurde nach kurzer Berathung mit 9 gegen 5 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Die Berathung über den Antrag Nr. 291 a wurde bis zur Feststellung des Titels von dem Frachtgeschäfte vertagt.

Bei Diskussion der den

#### Art. 288

betreffenden Anträge Nr. 292, 293 und 294 wurde zunächst für Streichung des Artikels angeführt: Der Art. 288 beruhe auf der Idee, daß überall, wo ein Markt- oder Börsenpreis nach dafür bestehenden örtlichen Einrichtungen festgestellt werde, diese Feststellung eine genügende Sicherheit gewähre, um eine wesentliche Uebervortheilung auszuschließen, entgegengesetzten Falls aber letztere zu leicht vorkommen könne, als daß nicht das Gesetz dagegen Vorsorge treffen, folglich gewisse Gesetzes-Bestimmungen dann ausschließen müsse, wenn keine gehörigen Einrichtungen für eine solche Feststellung beständen. Diese Idee habe den ganzen preussischen Entwurf beherrscht, und hätten sich in demselben daher auch in Art. 64 Vorschriften über die amtliche Feststellung des Markt- und Börsenpreises gefunden. In erster Lesung sei zwar der Art. 64 gestrichen, in zweiter Lesung aber dagegen der Art. 288 aufgenommen worden, welcher das nämliche Prinzip wieder zur Geltung bringe und die Anwendung mehrerer wesentlicher Artikel davon abhängig mache, daß der Markt- oder Börsenpreis nach dafür bestehenden örtlichen Einrichtungen festgestellt werde. Dieses Prinzip sei aber unhaltbar und für viele Staaten höchst bedenklich, denn:

- 1) sei die Idee irrig, als bestehe ein Marktpreis ohne dessen amtliche oder quasi-amtliche Feststellung nicht. Der Marktpreis bestehe überall, wo ein so bedeutender Handel mit einem Artikel getrieben werde, daß sich daraus ein Durchschnittspreis entnehmen lasse; die amtliche Feststellung könne nur den Beweis erleichtern, nicht aber über die Existenz des Marktpreises entscheiden. Wäre dieses nicht der Fall, so würde
- 2) für sehr viele Rohprodukte, z. B. Wein, Korn, Hopfen u. s. w. sowie für fast sämtliche Fabrik- und Manufakturwaaren, überall gar kein Marktpreis bestehen können und bestehen, weil ihre Qualität zu verschieden sei, um nach örtlichen Einrichtungen im Voraus festgestellt werden zu können, für alle diese Artikel würden also die

betreffenden Gesetzes-Bestimmungen nicht in Anwendung kommen.

- 3) Auch für andere Waaren, z. B. Colonialwaaren, existirten solche Einrichtungen nur an sehr wenigen Handelsplätzen, alle übrigen Plätze würden also ihres lebhaften Handels ungeachtet von den Wohlthaten des Gesetzes ausgeschlossen, ja ganze deutsche Königreiche, bliebe Art. 288 bestehen, weil es an solchen Einrichtungen fehle, und sie nach den örtlichen Verhältnissen auch nichtfügig getroffen werden könnten. Auch der Zusatz: „oder an dem für sie maßgebenden Handelsplatz“ bedeute wenig, sondern werde nur zu erheblichen Zweifeln darüber Anlaß geben, welcher Platz der maßgebende sei, z. B. für die Stadt Hannover, ob es Hamburg oder Bremen oder Emden oder welcher Platz sonst es sei?
- 4) Wo aber auch solche Einrichtungen beständen, werde häufig eine genügende Zuverlässigkeit der Notirungen dadurch keineswegs gewährt, wie schon bei den früheren Erörterungen bemerkt worden und
- 5) wo dieses auch der Fall, da könnten sie doch keine genügende Garantie gegen Uebervorthellungen gewähren, weil in den Preis-Couranten selten ganz feste Preise angegeben würden, sondern sich meistens nur ein Minimum und ein Maximum angegeben finde, sehr häufig der Unterschied zwischen beiden sehr bedeutend sei und es schon deshalb sein müsse, weil auf die Qualität der speciellen Waaren natürlich viel ankomme, von anderen Gründen ganz abgesehen: innerhalb dieser Grenzen bleibe fast immer ein erheblicher Spielraum. Zum Belege dienten die den Herren Abgeordneten mitgetheilten Hamburger und Bremer Preis-Couranten: man möge nur einmal eine so gangbare Waare wie Reis nachsehen; welcher Unterschied im Preise finde sich da notirt! Könne eine solche Notirung dem Committenten Sicherheit gewähren? und doch solle der Art. 353 nur dann Anwendung finden, wenn derartige Preis-Couranten existirten!
- 6) Endlich habe die hohe Versammlung sich schon genöthigt gesehen, in Anerkennung der Unhaltbarkeit der dem Art. 288 zu Grunde liegenden Ideen den Art. 330 zu ändern, was aber nicht genüge, da Art. 288 für alle Artikel, in welchen von Marktpreisen die Rede sei, wegfallen müsse, und darnach selbst Art. 330 noch einer Aenderung zu bedürfen scheine.

Auch im Seerechte habe das dem Art. 288 zum

Grunde liegende Princip so gut wie ganz beseitigt werden müssen:

cf. §. 181 — 183 vgl. mit Preuß. Entw. Art. 550,

„ §. 282 u. 283 „ „ „ „ 568,

cf. §. 290 „ „ „ „ 575,

„ §. 443

„ §. 448 „ „ „ „ 662.

Es solle zwar nicht verkannt werden, daß unter Umständen den gedachten Preis-Couranten ein administratives Gewicht beigelegt werden könne, wenn es nicht genau auf die Qualität u. s. w. der besondern Waare ankomme und andere Anhaltspunkte zur Werthbestimmung fehlten, allein der Begriff des Marktpreises und die Anwendbarkeit gesetzlicher Vorschriften dürfe von der Existenz solcher Notirungen nicht abhängen, vielmehr habe derjenige, welcher sich auf den Marktpreis berufe, denselben zu beweisen, sofern ihn die Beweislast treffe, und möge sich dabei auf solche Notirungen mit berufen, was größere Sicherheit gewähre, als bloße amtliche Notirung; man dürfe aber weder bestimmen, daß solche Notirungen unbedingt maßgebend seien, noch daß, wo sie nicht beständen, sich auf den Marktpreis gar nicht berufen werden könne und gewisse Vorschriften also keine Anwendung fänden. Die Artikel, in welchen der Marktpreis oder Börsenpreis erwähnt sei, seien Art. 288. 291. 320. 330. 332. 335 Abs. 2. 342 Abs. 3. 343 Abs. 1. 353 zum Theil durch Bezugnahme auf Art. 320; werde Art. 288 beseitigt, so werde es indeffen höchstens nur einer Aenderung des Art. 330 bedürfen.

Von anderen Seiten wurde hierauf entgegnet: Bei den gegen Art. 288 vorgebrachten Einwendungen habe man die Frage, wann ein Börsen- oder Marktpreis vorhanden sei, und welche Güter einen Börsen- oder Marktpreis hätten, mit der Frage verwechselt, wie hoch dieser Preis sei, und wie viel in dieser Beziehung die öffentlichen Notirungen desselben beweisen könnten. Jene Einwendungen beträfen nur die zweite Frage, seien somit hier nicht zutreffend. Der Entwurf stelle in den Art. 291, 320, 325, 335, 353 den Unterschied auf, ob die Waare, welche Gegenstand des Geschäftes sei, einen Börsen- oder Marktpreis habe oder nicht, und mache von diesem Unterschiede wichtige Rechtsfolgen abhängig. In dem ersteren Falle solle von allgemeinen Rechtsprincipien oder von sonst vorgeschriebenen schützenden Formen abgesehen werden dürfen, und zwar auf Grund der Erwägung, daß, im Falle die Waare am fraglichen Orte und zur fraglichen Zeit einen Markt- oder Börsenpreis habe, eine Ueberschätzung oder eine unwahre Angabe des Preises, so-

wie die Schwierigkeit der Ermittlung des wahren Preises zum Nachtheil des anderen Kontrahenten weniger zu befürchten sei. Es ergebe sich hieraus offenbar, daß, so lange der Entwurf jenen Unterschied mache, und bei den Waaren, welche keinen Marktpreis hätten, die allgemeinen Regeln und schützenden Förmlichkeiten befolgt wissen wolle, unmöglich von der Anschauung ausgegangen werden dürfe, als ob alle Waaren am Orte einen Börsen- oder Marktpreis hätten, und daß es also ein Bedürfnis sei, dafür, ob die Waare an dem Orte einen Markt habe und ob für sie ein Marktpreis bestehe, ein Kriterium anzugeben. Diese Frage könne man nicht erst dem Streit unter den Partheien oder der Ermittlung durch den Richter überlassen, oder gar dahin entscheiden, daß aus wenigen nachträglich zu ermittelnden und mühsam zu erweisenden Geschäften ein Durchschnittspreis gezogen und dieser als Marktpreis im Sinne der oben bezeichneten Artikel betrachtet werde. Damit die Waare einen Marktpreis am Orte habe, müsse eine erhebliche Anzahl von Geschäften an diesem Orte geschlossen worden sein, und ein Preis für denselben bestehen, welchen man mit Sicherheit als von den besonderen Verhältnissen der einzelnen Kontrahenten und von den sonstigen speciellen Umständen einzelner weniger Geschäfte unabhängig betrachten könne. Ob in dem gegebenen Falle dieser Begriff des Marktpreises zu statuiren, dürfe nicht unbestimmt gelassen, es könne den Kontrahenten und dem Richter nicht füglich anheim gegeben werden, im konkreten Falle erst zu ermitteln, ob die oben bezeichneten Merkmale desselben vorhanden seien, namentlich ob eine Anzahl von Geschäften über die Waaren stattgefunden, wie grob deren Anzahl gewesen, und wie frei von Specialitäten und wie offenkundig dieselben sein müßten, um einen Marktpreis zu begründen. Hiedurch würde die Bedeutung jener Artikel und des in ihnen aufgestellten Unterschieds paralytisch werden. Der Entwurf habe im Art. 288 als Kriterium aufgestellt, daß an dem betreffenden Orte Preisnotirungen über den laufenden Preis der Waaren herkömmlisch seien. Das konkrete Kriterium treffe mit dem wirklichen Verhältnisse in der Regel überein, und wo dasselbe nicht vorliege, scheine es nicht angemessen, in den Fällen der oben bezeichneten Artikel, wovon es sich gemäß Art. 288 hier einzig handle, von den allgemeinen Rechtsregeln und von den schützenden Formen abzuweichen. Aus Art. 330 des Entwurfs aus zweiter Lesung könne man keinen Grund hiegegen herleiten, denn dieser Artikel erkenne keineswegs an, daß eine Waare auch dann einen Marktpreis haben könne, wenn keine öffentlich bekannt

gemachten Preisnotirungen beständen, sondern bestimme nur, wie der Kaufpreis zu berechnen sei, wenn die Kontrahenten in der Voraussetzung, daß die Waare einen Marktpreis haben werde, diesen als Kaufpreis bezeichnet hätten und nun doch kein Marktpreis existire. Man könne auch nicht behaupten, daß durch den Art. 288 eine Reihe von Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs für ganze Gebiete unanwendbar gemacht werde, denn wo solche Preisnotirungen nicht beständen, seien auch bisher die dem Pfandgläubiger, dem Kommissiönar u. dergl. im Handelsgesetzbuch zugestandenen Vergünstigungen nicht in Gebrauch gewesen.

Nachdem hierauf noch entgegnet worden war, es sei recht wohl erkannt worden, daß es sich hier zunächst nur um die Frage handle, ob ein Marktpreis bestehe oder nicht, es könne aber auch nicht einmal die Bejahung dieser Frage, wie oben dargethan, von der Existenz öffentlicher Preisnotirungen abhängig gemacht werden, wurde mit 11 gegen 3 Stimmen die Streichung des Artikels beschlossen.

Bei Besprechung des Antrags Nr. 296 zu

Art. 289

wurde in der Absicht, den kaufmännischen Verkehr thunlichst zu erleichtern, für den Fall, daß der prinzipale Antrag nicht angenommen werden sollte, vorgeschlagen, zu setzen: „wenn unter Kaufleuten ein Kaufpfand“ 1c. und äußerstenfalls die Streichung des Wortes: „beiderseitigen“ empfohlen.

In der Diskussion über diese Anträge wurden die in den früheren Lesungen geltend gemachten Gründe und Gegengründe nochmals in Betracht gezogen. Dabei ward namentlich mehrfach hervorgehoben, die vorliegenden Anträge würden zu tief in die Partikularrechte der einzelnen Länder einschneiden und somit zu weit führen, ja vielleicht sogar über die Kompetenz der Versammlung hinausgehen; auch sei kein Bedürfnis für die beantragte Erweiterung vorhanden, zumal der Art. 293 Abs. 3 für diejenigen Staaten genüge, in denen das Bedürfnis einer Ausdehnung des Art. 289 obwalte. Schließlich wurde der prinzipale Antrag mit 9 gegen 5 Stimmen und der oben aufgeführte eventuelle Antrag, sowie der Antrag auf Streichung des Wortes: „beiderseitigen“ mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Nr. 298 zu

Art. 290

ward im Hinblick auf die eben aufgeführten Abstimmungen nicht weiter verfolgt.

Der Antrag Nr. 299, denselben Artikel betreffend, ward für erledigt angesehen.

## Der Antrag Nr. 300 zum

## Art. 291

wurde im Hinblick auf die Abstimmungen zu Art. 298 nicht weiter verfolgt.

## Bezüglich der den

## Art. 292

betreffenden Anträge Nr. 301 und 302 wurde hervorgehoben: Es fehle an genügenden Gründen dafür, dem Gläubiger, welchem an einem indossablen Papiere mittelst Indossaments ein Pfandrecht bestellt worden, die in Art. 292 erwähnte ausgedehnte Befugniß zuzugestehen. Nehme man bei indossablen Papieren an, daß der Gläubiger über das ihm verpfändete Papier deshalb gleich einem Eigenthümer verfügen könne, ohne an die Beobachtung gewisser Formen gebunden zu sein, weil er durch das Indossament in die Lage gesetzt worden sei, Dritten gegenüber in dieser Weise gültig handeln zu können, so würde man dasselbe auch für den Fall der Verpfändung eines auf den Inhaber lautenden Papiers verordnen müssen, und umgekehrt könne man bezüglich der indossablen Papiere nicht anders bestimmen, wenn die auf den Inhaber lautenden Papiere an die Beobachtung gewisser Formen gebunden würden.

Auf die von einer Seite erfolgte Anregung, wie der Gläubiger mit dem indossablen Papiere zu verfahren haben werde, wenn Art. 292 gestrichen werden sollte, wurde von einigen Mitgliedern bemerkt: Nach ihrer Auffassung werde der Gläubiger nicht allein berechtigt, sondern auch verpflichtet sein, die Rechte aus dem Papiere gegen den Schuldner rechtzeitig geltend zu machen, also die Geldsumme, welche darin versprochen sei, einzuziehen und auf Auslieferung der Sachen, die darin versprochen worden (Konnoffemente, Barrants), zu bestehen. Es folge dies aus allgemeinen Grundsätzen über das Pfandrecht, indem es z. B. gewiß nicht zweifelhaft sei, daß der Gläubiger die Rechte aus dem Papiere und damit das ganze Pfandobject durch Nichtausübung nicht dürfe zu Grunde gehen lassen. Sodann könne es auch nicht zweifelhaft sein, daß sich der Gläubiger aus dem eingehobenen Gelde bezahlt machen dürfe. An den in Folge Geltendmachung des Papiers erlangten Gütern werde er dagegen keine anderen als die in Art. 290 und unter Umständen die in Art. 291 verzeichneten Rechte erlangen.

Die Diskussion über diesen Punkt wurde jedoch nicht weiter verfolgt und die Streichung des Art. 292 mit 10 gegen 4 Stimmen genehmigt.

Der erste von den unter Nr. 304 aufgeführten Anträgen zu

## Art. 249

wurde nach stattgehabter Berathung mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt und der Antrag auf Streichung des Wortes: „beiderseitigen“ im Hinblick auf die Abstimmung über den Antrag Nr. 296 nicht weiter verfolgt.

Die Berathung über den Antrag Nro. 304 a wurde bis nach Feststellung des Titels vom Frachtgeschäfte vorbehalten.

Bei Diskussion der denselben Artikel betreffenden Anträge Nro. 305 und 306 wurde von einer Seite bemerkt: Es sei billig, das Retentionsrecht schon dann auszuschließen, wenn der Schuldner dem Gläubiger eine bestimmte Art, mit dem Gute zu verfahren, vorgeschrieben habe, und zwar um so mehr, als der Fall der förmlichen Uebernahme einer verzichtenden Verpflichtung schon durch den letzten Absatz getroffen sei, und die ganze Bestimmung ja nur für den Fall gelte, daß der Schuldner sicher sei. Hierauf wurde von Seiten des Herrn Abgeordneten für Hamburg bemerkt: Wenn der Schuldner dem Gläubiger bei der Uebergabe der Güter eine bestimmte Vorschrift darüber ertheile, wie er mit denselben zu verfahren habe, und der Gläubiger die Güter überhaupt annehme, so könne man demselben außer dem Falle des vierten Absatzes das Recht nicht zugestehen, die Güter seiner Forderungen wegen zu retiniren, wenn er auch nicht ausdrücklich die Verpflichtung übernommen habe, der erteilten Weisung nachzukommen; denn in der Annahme der Güter liege eine genügende Uebernahme dieser Verpflichtung. Die Annahme der Güter unter Ablehnung dieser Verpflichtung würde, da ihm dieselben nur mit der letzteren offerirt worden, eine Verletzung des guten Glaubens sein, und könne deshalb dem Gläubiger nicht gestattet werden. Da nun die jetzige Fassung des Entwurfs zu der Meinung Anlaß gebe, als bedürfe es nothwendig einer ausdrücklichen Annahme der betreffenden Verpflichtung, so empfehle sich der Antrag unter Nro. 305, wozu aber allerdings beizufügen sein werde, daß eine später ertheilte Vorschrift, deren Befolgung der Gläubiger zugesichert habe, dem Retentionsrechte gleichfalls im Wege stehe. Spätere einseitige Vorschriften des Schuldners könnten dagegen nicht, wie in dem von Württemberg gestellten Antrag Nro. 306 angenommen werde, dieselbe Wirkung haben, wenn es nicht dem Schuldner in die Hand gegeben werden solle, beliebig dem Retentionsrechte seines Gläubigers ein Ende zu machen.

Bei der Abstimmung wurde der Württemberg'sche Antrag mit 13 gegen 1 Stimme abgelehnt und mit



9 gegen 5 Stimmen beschloffen, statt: „der von dem Gläubiger übernommenen Verpflichtung“ zu setzen: „der von dem Schuldner bei der Uebergabe der Güter ertheilten Vorschrift oder von dem Gläubiger nach derselben übernommenen Verpflichtung.“

Bezüglich der auf nähere Umgrenzung des Begriffes: „unsicher“ gerichteten Anträge Nr. 307 und 308 wurde von einem Mitgliede beantragt, diese Begriffsbestimmung nur für den vierten Absatz anzunehmen, weil dieselbe für die im dritten Absätze enthaltene Bestimmung höchst bedenklich erscheine, und in dieser Hinsicht die Frage, ob der Schuldner unsicher geworden sei, zunächst dem Urtheile des Gläubigers anheimgegeben werden müsse. Dieß sei unbedenklich, da der Letztere seine Handlungsweise nöthigenfalls später vor Gericht vertreten müsse und außerdem jeder Kaufmann ein dringendes Interesse dabei habe, seinen Geschäftsfreunden gegenüber mit möglichster Schonung zu Werke zu gehen.

Bei der Abstimmung wurden jedoch die fraglichen Anträge mit 9 gegen 5 Stimmen zunächst dem Principe nach sowohl für den dritten als für den vierten Absatz des Art. 294 angenommen, und sodann der Antrag unter No. 307 mit 8 gegen 6 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

## DLVIII. Sitzung.

Nürnberg, am 7. Dezember 1860.

In der heutigen, von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung wurde bezüglich des zu

Art. 301

gestellten Antrags Nr. 314 von einigen Mitgliedern geltend gemacht, das Prinzip, auf dessen Anerkennung der in Rede stehende Antrag gerichtet sei, erscheine in dem letzteren nicht formulirt, und werde auch kaum in einer entsprechenden Weise formulirt werden können, indem jede Art von Fassung dazu führen werde, daß man das Prinzip in diesem und in jenem Falle für anwendbar halten müsse, obschon die konkreten Umstände ein Anderes erforderten, und die Anwendung desselben die größten Belästigungen für denjenigen zur

Folge haben würde, an welchen der Auftrag ergangen sei. So könne z. B. die Verpflichtung, die nöthigen Sicherungsmaßregeln zu ergreifen, dem Beauftragten, der von jeder Verantwortlichkeit aus dem Geschäfte frei zu sein wünsche und dasselbe deshalb ablehne, die größte Verantwortlichkeit aufbürden, indem vielleicht schon die Entscheidung der Frage höchst schwierig sei, welche Sicherungsmaßregel als die den Umständen entsprechende erscheine, oder indem die Ausführung der nöthigen Sicherheitsmaßregel, beziehungsweise des Auftrags selbst, schwierig und bedenklich sei. Dies gelte namentlich im Falle einer bestehenden Geschäftsverbindung, wenn etwa der Auftrag auf ganz andere, als die bisher besorgten und auf solche Geschäfte sich erstreckte, mit welchen der Berechtigte sich gar nicht zu befassen pflege. Es scheine deshalb richtiger, daß man sich, wie im Art. 301 geschehen sei, im Gesetze auf Ausführung der praktisch, erheblichsten, aus dem in Rede stehenden Principe folgenden Detailbestimmung beschränke, durch welche, da ein *argumentum a contrario* offenbar unstatthaft sei, keine andere berechnigte Anwendung desselben Principes ausgeschlossen werde.

Hiegegen wurde von Seiten des Herrn Abgeordneten für Hamburg eingewendet: Es scheine nicht unthunlich, das kaum bestreitbare Princip zu präcisiren, um welches es sich in der gegenwärtigen Verathung handle; es bestehe darin, daß der Kaufmann, welchem unter den in Abs. 1 des Art. 301 aufgeführten Voraussetzungen ein Auftrag zugehe, ablehnen dürfe, wenn die Ablehnung nicht eine intempestive sein würde, also wenn nicht Gefahr im Verzuge sei. Wo letzteres der Fall, dürfe er nicht einfach ablehnen, um die Sache wie immer gehen zu lassen, indem dies namentlich im Fall eines vorausgegangenen Anerbietens den Anforderungen der *bona fides* widersprechen würde, sondern müsse den Auftrag ausführen, soweit es die Gefahr im Verzuge erfordere, und soweit dies ihm selbst nicht zum Schaden gereiche. Bei der jetzigen Fassung könne der Artikel leicht dahin verstanden werden, daß mit der einfachen Ablehnung des Auftrages regelmäßig Alles erledigt und nur als singuläre Ausnahme die Sorge für übersandte Waare gesetzlich zur Pflicht gemacht sei, während doch, wie von keiner Seite bestritten werde, auch diese Sorgfalt nur Anwendung des erwähnten Grundsatzes sei. Demzufolge und um das in Rede stehende Princip entsprechend zu formuliren, werde beantragt, als Zusatz zu dem Artikel folgende Bestimmung anzunehmen:

„Soweit Gefahr im Verzuge ist, und es ohne  
„seinen Nachtheil geschehen kann, hat er den

„Auftrag auszuführen und insbesondere die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen.“

Die oben aufgeführten Bedenken wurden jedoch auch dieser Formulierung gegenüber aufrecht erhalten, und von einem Herrn Abgeordneten noch hinzugefügt: Der Antrag berücksichtige das dafür angeführte Hauptmotiv nicht gehörig. Dieses Motiv bestehe darin, daß Aufträge, zu deren Ausführung sich der Beauftragte vorher erboten habe, im Handelsverkehre ohne Verletzung der bona fides nicht abgelehnt werden dürften; die Fassung des Antrags erstrecke sich aber auch auf andere Aufträge. Eine entsprechende Beschränkung des Antrags erscheine aber um so nöthiger, als der Art. 301 nicht bloß von Aufträgen handle, zu deren Erfüllung sich der Beauftragte erboten habe, sondern auch auf solche Aufträge sich erstrecke, welche zwischen Kaufleuten erfolgen, die mit einander im Geschäftsverkehre stehen.

Der in Rede stehende Antrag wurde hierauf mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Bezüglich des Antrags Nr. 323 zu

Art. 313

ward bemerkt: Die Bestimmung dieses Art. sei aus dem Code civil Art. 1245 und 1246 entnommen, aber selbst dieser gehe nicht so weit, wie der Entwurf, indem dort nur so viel verordnet werde, daß der Verkäufer einer nicht speziell bestimmten Sache zwar nicht verbunden sei, das Allerbeste zu geben, aber auch nicht das Allerschlechteste liefern dürfe. Die Bestimmung des Code civil scheine übrigens nur einem Mißverständnisse der Bestimmungen des gemeinen Rechts über die Wahl des Leistungsobjectes bei dem Vermächtnisse ihren Ursprung zu verdanken. Wenn nicht eine Species vermacht sei, sondern unter den Nachlassgegenständen etwas ausgewählt werden solle, so gelten ähnliche Vorschriften für das Wahlrecht. Damit dürfe das Vermächtniß einer Quantität nicht verwechselt werden, indem bei diesem der Erbe durch Lieferung der schlechtesten Sorte befreit werde (l. 4. D. 33, 6). Noch weniger könnten jene Bestimmungen aber bei Entscheidung der Frage, wie es mit der Erfüllung der Obligationen zu halten sei, welche auf Leistung einer nur dem Genus nach bestimmten Quantität gingen, für maßgebend erachtet werden. Nach gemeinem Rechte dürfe den Rechtsquellen (l. 52 D. 17, 1) und dem Zeugnisse der bewährtesten Rechtslehrer zufolge, der Schuldner bei einer Gattungsobligation, sofern nichts Näheres bestimmt werden, auch die geringste Qualität liefern, und sei der Gläubiger nicht berechtigt, die Annahme zu verweigern, weil die ausgewählten Sachen von minder guter Qualität

seien, wenn nur das Ausgewählte keine besonderen Fehler habe. Es sei nicht abzusehen, weshalb von dieser Bestimmung für das Handelsrecht abgegangen werden solle, zumal sie an sehr bedeutenden Handelsplätzen auch jetzt noch unbezweifelten Rechts sei, und der unentbehrlichen und überall anwendbaren Rechtsregel entspreche, nach welcher der Schuldner im Zweifel das Geringste zu leisten habe (in dubio minimum). Durch die Vorschrift des Art. 313 werde der Schuldner in ganz außerordentlicher Weise belastet, insbesondere da die Vorschrift dahin laute, daß nicht bloß mittlere Güte, sondern auch mittlere Art der betreffenden Waare zu liefern sei. Denn wenn neben der Güte auch noch der Art Erwähnung geschehe, so werde man hieraus folgern, daß, wenn die betreffende Waare in verschiedenen Sorten vorkomme, gerade die mittlere Sorte und von dieser wieder mittlere Güte geliefert werden müsse, indem nicht abzusehen sei, was unter Art sonst noch verstanden werden könnte. Man möge bedenken, wie weit dies bei einer großen Anzahl von Waaren, z. B. bei Kaffee, führen würde, zumal, da es nach dem Wortlaute des Artikels bei der Bestimmung desselben sein Verbleiben behalten müßte, selbst wenn die Kontrahenten einen, offenbar nur einer geringeren Sorte entsprechenden Preis vereinbart und dadurch deutlich genug zu erkennen gegeben hätten, daß ihr Vertrag nicht auf die mittlere Sorte gerichtet sein solle. Bei Auslegung eines Vertrags in dem in Rede stehenden Sinne könne unmöglich der Preisbestimmung aller Einfluß genommen werden und doch werde dies nur zu leicht wegen der kategorischen Fassung der Fall sein. Man möge nicht einwenden, daß die hier vertretene Ansicht im Verkehre keine allgemeine Geltung habe, und daß namentlich in Hamburg, wenn der Schuldner das Recht haben solle, auch die geringste Qualität zu liefern, besonders vereinbart zu werden pflege, die Waare müsse empfangen werden, sie möge tel quel sein, oder: sie möge fallen, wie sie wolle; denn diese Klauseln hätten den Sinn, daß äußerstenfalls auch nicht ordnungsmäßige Waare empfangbar sein solle. Art. 313 sei um so bedenklicher, als er bei seiner allgemeinen Fassung sogar auf den Kauf einer Spezies Anwendung leide. Wenn man die Worte unbefangen betrachte, so werde der Verkäufer behandelt, als ob er stets, wenn er nicht ausdrücklich das Gegentheil bevorworte, stillschweigend mittlere Art und Güte garantire und natürlich auch dafür einstehen müsse. Diese Gewähr werde er mithin sowohl bei dem Verkauf eines genus als bei dem einer Species zu leisten haben. Daß die Gesetzgebung hiermit einen unrichtigen

Weg einschlage, leide wohl nicht den geringsten Zweifel. Es empfehle sich deshalb, statt: „unverdorbenes Handelsgut mittlerer Art und Güte“ zu setzen: „ordnungsmäßiges Handelsgut.“

Hiegegen ward geltend gemacht: Die Bestimmung in Art. 1246 des Code civil werde von den französischen Juristen ebenso verstanden, wie sich Art. 313 des Entwurfs ausdrücke; denn man nehme an, daß der Schuldner weder das Schlechteste, noch dasjenige liefern dürfe, was dem Schlechtesten am nächsten sei, also, daß er Mittelgut liefern müsse. Die fragliche Bestimmung des französischen Rechts beruhe aber nicht auf einem Mißverständnisse des römischen Rechts, sondern sei nachweisbar in dem Bewußtsein, daß das römische Recht anders verfüge, angenommen worden. Wie aber auch immer das letztere bestimmt haben möge, die gangbare Anschauung des Handelsverkehrs stimme mit dem Inhalte des Art. 313 überein. Derselbe entspreche auch sowohl der Vorschrift des § 275 des preuß. allg. Landrechts, als die Hamburger Praxis damit zu harmoniren scheine, worauf wenigstens der Gebrauch der Klausel *tel quel* schließen lasse, welche wie im Gebiete des französischen Rechts anscheinend nur zu dem Zweck hinzugefügt werde, um dem Verkäufer die ihm sonst nicht gebührende Befugniß vorzubehalten, die schlechteste Qualität zu liefern. Die Besorgniß, daß da, wo von einer Waare mehrere Sorten existirten, immer auch die mittlere Sorte geliefert werden müsse, wenn der Artikel unverändert beibehalten werde, sei nicht begründet, denn wo unter den verschiedenen Sorten wie z. B. bei Kaffee ein bedeutender Unterschied bestehe, würden die verschiedenen Sorten im Handelsverkehre als ganz verschiedene Waaren angesehen. Bestimme man nichts, als daß ordnungsmäßiges Handelsgut geliefert werden müsse, so bewege man sich in einem Zirkel, denn es handle sich gerade darum, zu bestimmen, mit welcher Art von Leistung der Schuldner in der Ordnung bleibe. Die Frage anlangend, ob aus der Preisbestimmung auf Art und Qualität der zu liefernden Waare geschlossen werden dürfe, so gebe der vorliegende Antrag zu derselben Ausstellung an dem Art. 313 Anlaß, da er gleichfalls des Preises keine Erwähnung thue, mithin, wenn jene Ausstellung begründet wäre, die Bestimmung enthalten würde, daß, selbst wenn ein der besten Sorte entsprechender Preis bedungen worden wäre, der Schuldner dennoch befugt wäre, die schlechteste Qualität zu liefern.

Von anderer Seite wurde beantragt, das Wort: „unverdorbenes“ als überflüssig zu streichen, weil die Bezeichnung „mittlerer Art und Güte“ genüge, um an-

zuzeigen, daß unverdorbenes Gut zu liefern sei, und weil verdorbenes Gut überhaupt nicht empfangbar sei.

Bei der Abstimmung wurde der eben besprochene Antrag mit 8 gegen 6 Stimmen, und der hierauf von dem Herrn Abgeordneten für Hamburg gestellte Antrag, die Worte: „Beschaffenheit und“, sowie: „Art und“ zu streichen, mit demselben Stimmenverhältniß abgelehnt.

Der Antrag Nr. 324 wurde, nachdem dagegen angeführt war, er gestatte die Auslegung, daß der Schuldner regelmäßig die beste Qualität liefern müßte, mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt, dagegen mit 8 gegen 6 Stimmen der Beschluß gefaßt, das Wort: „unverdorbenes“ als überflüssig zu streichen.

Zu

#### Art. 314

wurde für den Antrag Nr. 325 bemerkt: In dem Münzvertrag vom 24. Januar 1857 (Art. 8) sei bestimmt, daß in den vertragenden Staaten den Vereinsmünzen, namentlich auch bei Wechselzahlungen unbeschränkte Gültigkeit gleich den eigenen Landesmünzen beigelegt werde, und daß selbst in dem Falle Niemand deren Annahme zum vollen Werthe in Zahlung solle verweigern können, wenn die Zusage der Zahlungsleistung auf eine bestimmte Münzsorte der eigenen Landeswährung laute. Mit dieser Bestimmung und den in Veranlassung des Münzvertrags erlassenen Gesetzen, jedenfalls denjenigen, welche nach dem eigentlichen Sinne des Vertrags die Bestimmung ausdrücklich auch auf eine Zusage der Landeswährung der übrigen vertragenden Staaten bezögen, (wozu z. B. das Hannoverische Münzgesetz vom 3. Juni 1857 § 10 gehöre), stehe der Art. 314 Abs. 2 offenbar in Widerspruch. Ueber die Auslegung des Münzvertrags und der in Veranlassung desselben erlassenen Gesetze, habe die Versammlung nicht zu entscheiden; auch sei durch den Antrag keiner Auslegung präjudicirt, da derselbe nur dahin gehe, auszusprechen, daß durch den Art. 314 die Bestimmungen des Münzvertrags u. s. w. nicht berührt würden. Die Versammlung habe dem Münzvertrag weder entgegengetreten wollen, noch dürfen.

Anderer Mitglieder hielten dafür, daß kein Bedürfnis für die Beibehaltung des Abs. 2 vorhanden sei, weil er sich von selbst verstehe, und schlugen deshalb, sowie um die aus demselben hervorgehenden Kollisionen zu vermeiden, dessen Streichung vor.

Von anderer Seite wurde jedoch eingewendet: Es müsse bezweifelt werden, daß die in dem zweiten Absätze des Art. 314 enthaltene Bestimmung mit dem Art. 8 des Münzvertrags im Widerspruche stehe. Wie

dem aber auch sei, so erscheine ein allgemeiner Vorbehalt deshalb unthunlich, weil nicht alle deutsche Staaten, die an dem Handelsgesetzbuch Theil nähmen, auch an dem Münzvertrag theilgelit seien, und demnach der Vorbehalt die Folge hätte, daß die am Münzvertrage nicht theilgeligten Regierungen für alle Zeit an Art. 314 Abs. 2 gebunden wären, die anderen nicht. Halte man eine Reservation des erwähnten Münzvertrags für nothwendig, so müsse man auch die bereits geschlossenen oder noch zu schließenden Münzverträge der anderen Staaten vorbehalten. Unter diesen Umständen erscheine es angemessener, daß etwa Erforderliche in den Einführungsgesetzen der einzelnen Länder zu bestimmen. Die Streichung des Abs. 2 empfehle sich aber deshalb nicht, weil Abs. 2 ungeachtet des Art. 8 des Münzvertrags noch eine große praktische Bedeutung habe, z. B. wenn solche Münzen effektiv bedungen worden, welche nicht durch Vereinsmünzen ersetzt werden könnten.

Schließlich wurde der beantragte Vorbehalt mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt, und der Antrag auf Streichung des Abs. 2 nicht weiter verfolgt.

Die Berathung über Antrag Nr. 329, den  
Art. 317

betreffend, wurde vorläufig vertagt.

Für den unter Nr. 346 zum  
Art. 324

gestellten und auf Streichung des vierten Absatzes gerichteten Antrag wurde bemerkt: Die Besorgniß, daß dieser Absatz auch auf Platzgeschäfte bezogen werden könne, erscheine um so mehr begründet, als dieser Absatz in erster Lesung eine allgemeine Bedeutung gehabt habe, und, obschon seine Stellung geändert worden, doch nirgends in den Protokollen ausgesprochen sei, daß er fortan nur auf die von einem anderen Orte gesendeten Waaren anwendbar sein solle. Hiegegen wurde jedoch geltend gemacht, daß sich letzteres unzweifelhaft aus den Eingangsworten des Artikels ergebe, nach welchen der ganze Artikel nur über den Fall disponire, wo die Waare von einem anderen Orte abgesendet worden sei.

Nach Schluß der Diskussion wurde die Streichung des vierten Absatzes mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt, und mit 13 gegen 1 Stimme der Beschluß gefaßt, zu Protokoll zu erklären, daß dieser Absatz auf Platzgeschäfte keine Anwendung leiden solle, sondern nur auf diejenigen Käufe auf Besicht oder Probe, oder nach Probe anwendbar sei, bei welchen die Waare von einem anderen Ort übersendet werde, und zu diesem Behufe die Citate des letzten Wortes zu streichen und im Eingange zu setzen: „übersandte Waare.“

Zu dem Antrag Nr. 354, den

Art. 326

betreffend, ward bemerkt: Der Antrag bezwecke, die große Härte der Bestimmung des Artikels etwas zu mildern. Dagegen wurde erwidert: Ganz abgesehen von der Frage, ob aus sachlichen Gründen die im Entwurfe festgesetzte Frist von sechs Monaten, oder die beantragte Frist von einem Jahre den Vorzug verdiene, müsse man sich für den Entwurf schon deshalb erklären, weil im österreichischen und preussischen Recht, und unter Umständen selbst im gemeinen Rechte die sechsmonatliche Frist Geltung habe, und es nicht empfehlenswerth erscheine, im Handelsrechte längere Fristen als im sonstigen bürgerlichen Rechte zu statuiren. Schließlich wurde der in Rede stehende Antrag mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Hierauf wurden die Protokolle der DXLVIII. Sitzung vom 19. November, der DLI. Sitzung vom 23. November und der DLII. Sitzung vom 26. November 1860 verlesen und genehmigt.

## DLIX. Sitzung.

Münster, am 10. Dezember 1860.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung wurde der Antrag No. 329 den

Art. 317

betreffend, der Diskussion unterstellt, und hiebei zunächst von Seite des Herrn Abgeordneten für Hamburg bemerkt: Der Art. 317 sei in sofern, als er bestimme, daß ein Kauf nach Probe oder Muster ein unbedingter Kauf sei, unzweifelhaft richtig; insoferne dagegen, als er beifüge, der Verkäufer habe die Verpflichtung, daß die Waare der Probe oder dem Muster gemäß sei, er habe also, mit anderen Worten, entweder eine probemäßige Waare zu liefern oder den aus der Nichtlieferung entspringenden Schaden zu ersetzen, sei der



Artikel in dieser Allgemeinheit nicht begründet. Bei einer Reihe von Verkäufen nach Probe, z. B. bei versprochener Lieferung von Quantitäten, bei ausdrücklicher Gewährleistung werde vom Verkäufer allerdings eine solche Verpflichtung übernommen, und wo dies der Fall und die Waare dennoch der Probe oder dem Muster nicht entsprechend sei, könne es keinem Bedenken unterliegen, daß der Verkäufer auf Verlangen des Käufers an Stelle der nicht entsprechenden andere probemäßige Waare zu liefern, beziehungsweise Schadenersatz zu leisten habe. Aber nicht immer, wenn bei dem Verkaufsabschlusse eine Probe vorgelegt werde, gehe die Absicht der Kontrahenten dahin, daß der Verkäufer eine solche Verpflichtung übernehmen solle. Ganz abgesehen von den Fällen, in denen die Probe nur Behuf der Beschreibung der Waare vorgelegt werde, lasse sich nicht behaupten, daß der Verkäufer einer species, wenn diese der Probe nicht entspreche, unbedingt für vollen Schadenersatz hafte. Diese weitgehende Verpflichtung trete unzweifelhaft nur dann ein, wenn der Verkäufer wissentlich, höchstens auch, wenn er leichtsinnig (temere) unrichtige Angaben gemacht habe. In den übrigen Fällen müsse der Verkäufer zwar auch für die dicta und promissa einstehen, aber der Umfang seiner Verbindlichkeit beschränke sich darauf, daß er sich die Redhibition oder Preisminderung gefallen zu lassen habe. Der erste Satz des Antrags unter Nr. 329 zielt nun darauf hin, die Meinung auszuschließen, die aus der jetzigen Fassung des Artikels entstehen könnte, als solle der Verkäufer stets auch in Fällen der zuletzt erwähnten Art zur Lieferung anderer Waaren, beziehungsweise zur Schadenersatzleistung angehalten werden können. Die folgenden Sätze des Antrags hätten die Absicht, auch den Fall im Gesetze zu regeln, wenn ein Kauf nach Probe mit dem Kauf auf Probe combinirt worden sei, da sonst die im Entwurfe sich findende Aufzählung der verschiedenen Arten des Kaufs unvollständig sein würde. Da indeß mehrfache Zweifel darüber erhoben worden seien, ob die Fassung des Antrags unter Nr. 329 seiner Absicht entspreche, werde statt dessen folgende Formulirung vorgeschlagen:

- a. 1) „Ob im Falle der Probemäßigkeit der Käufer „Schadenersatz oder nur Aufhebung des Vertrags, „beziehungsweise Preisminderung fordern kann, „ist nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu „bestimmen.“
- 2) „Wurde zugleich verabredet, daß der Käufer in „bestimmter oder ortsgebräuchlicher Frist die Pro- „bemäßigkeit zu prüfen habe. (Nachstechen, Nach-

„ziehen u.), so kann er bei nicht rechtzeitig vorgenommener Prüfung die Probewidrigkeit der Waare nicht weiter geltend machen,

oder:

„so kann er die Probewidrigkeit, wenn er dieselbe nicht rechtzeitig zur Anzeige bringt, nicht weiter geltend machen.“

3) „Zeigt sich dagegen bei nicht rechtzeitiger Prüfung die Waare als probewidrig, so wird auf Antrag des Verkäufers der Vertrag als nicht geschlossen behandelt.“

Eventuell beantragte der Herr Abgeordnete, die Frage, welche Folgen es habe, wenn eine nicht probemäßige Waare geliefert werde, im Geseze offen zu lassen und lediglich folgende Bestimmung in das Gesez aufzunehmen:

b. „Ein Kauf nach Probe oder Muster ist ein unbedingter.“

Von einem andern Herrn Abgeordneten wurde bemerkt: Die in dem Art. 317 ausgesprochene Verpflichtung des Verkäufers, eine probemäßige Waare zu liefern, sei, abgesehen von dolus und culpa, in dem Falle nicht gerechtfertiget, wo es sich um den Verkauf einer Species, z. B. eines bestimmten Vorraths der betreffenden Waare handle. Denn hier gehe die Absicht der Kontrahenten nur dahin, einen Kauf über diese Species, jedoch unter der Voraussetzung abzuschließen, daß die Waare der Probe entspreche. Sei letzteres nicht der Fall, so könne der Verkäufer nicht verbunden sein, andere Waare zu liefern, deren Verkauf er gar nicht beabsichtigt habe, sondern der Kauf müßte als nicht geschlossen angesehen werden. Es werde daher der Antrag gestellt, statt des Absatzes 1 des Antrags unter a folgende Bestimmung anzunehmen:

c. „Ist eine bestimmte Sache unter der Voraussetzung verkauft worden, daß dieselbe der Probe entspreche, so gilt der Kauf für den Fall der Probewidrigkeit für nicht geschlossen. Ob in diesem Falle der Käufer Schadensersatz fordern kann, ist nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu beurtheilen.“

Anderer Mitglieder machten die Auffassung geltend: Der Entwurf habe die Absicht gar nicht, den Fall zu treffen, wenn eine bestimmte Sache den Gegenstand des Kaufs nach Probe bilde, sondern wolle nur den Fall regeln, wenn der Kauf sich auf Lieferung einer unbestimmten Quantität von Waaren beziehe, und schlugen, um dies deutlicher auszudrücken, folgende Fassung vor:

d. „Ein Kauf nach Probe — — geschlossen, daß

„die Waare der Probe oder dem Muster gemäß sein solle,“

oder:

- e. „Ein Kauf nach Probe — — geschlossen, eine „der Probe oder dem Muster gemäße Waare zu „liefern.“

Von anderen Mitgliedern wurde hiegegen bemerkt: Was der Entwurf bestimme, sei die allgemeine Regel und nach allen Civilgesetzgebungen ebenso wie nach der Auffassung des Handelsverkehrs das Richtige. Wo ein wirklicher Kauf nach Probe vorliege, müsse der Verkäufer dafür einstehen, daß die Waare der vorgelegten Probe entspreche. Dies sei auch dann der Fall, wenn eine bestimmte Sache, z. B. der Vorrath des Verkäufers von der betreffenden Waare oder ein Theil desselben Gegenstand des Vertrags sei. Der Verkäufer müsse seine Waare kennen, und möge sich versehen, ob dieselbe der Probe gemäß sei. Anders würde der Handelsverkehr auch gar nicht bestehen können; kein Käufer einer solchen Waare würde sich mehr darauf verlassen dürfen, daß er die bedungene Waare wirklich erhalte, oder wegen etwaiger nichtprobemäßiger Lieferung vollständig schadlos gehalten werde, und würde es sonach auch nicht wagen können, mit Rücksicht auf den zwischen ihm und dem Verkäufer abgeschlossenen Kontrakt weiter zu spekuliren und neue Verkäufe nach derselben Probe zu schließen u. dgl., wie dies jetzt im Verkehre so häufig vorkomme. Die Absicht des Entwurfs sei auch keineswegs dahin gegangen, sich auf Regelung der über eine ganz unbestimmte Quantität von Waaren abgeschlossenen Kaufgeschäfte zu beschränken; das Gegentheil hievon ergebe sich, abgesehen davon, daß in den beiden vorausgegangenen Lesungen in keiner Weise auf einen Unterschied zwischen dem Verkaufe einer solchen unbestimmten Quantität und dem Verkaufe einer Spezies, beziehungsweise eines bestimmten Vorrathes von der fraglichen Waare hingewiesen worden sei, aus den Motiven des preussischen Entwurfs zu Art. 256. Beschränke man den Art. 317 auf Verkäufe einer völlig unbestimmten Quantität, so verliere er den größten Theil seines praktischen Werths, denn im Verkehre würden solche Verkäufe nach Probe entweder gar nicht oder doch nur äußerst selten, etwa von Fabrikanten u., geschlossen; es sei auch gar nicht abzusehen, wie sich ein Kaufmann dazu sollte herbeilassen können, die Lieferung einer Waare zu versprechen, die einer bestimmten Probe entsprechen solle, wenn er diese Waare noch nicht zur Verfügung, z. B. auf seinem Lager oder von einem andern Verkäufer u. u. zu erwarten habe, weil er dadurch die Verpflichtung zur Lieferung einer Waare übernehmen

würde, von der er nicht wisse, ob er sie schaffen könne. Die Anträge unter d und e würden demnach ebenso wie der unter b eine fühlbare Unvollständigkeit des Entwurfs zur Folge haben, indem sie nur den praktisch minder erheblichen Fall des Verkaufs eines gänzlich unbestimmt gebliebenen Genus regeln und den Fall des Verkaufs einer Species oder eines Theils von einem bestimmten Vorrathe unbeachtet lassen würden. Der erste Satz des Antrags unter a dagegen würde die Entscheidung des Art. 317 wieder völlig aufheben und dem Artikel in soferne jeden praktischen Werth nehmen. Der Antrag unter c endlich würde dem Bisherigen zufolge nicht richtig sein, weil nach ihm jeder über eine bestimmte Sache geschlossene Verkauf nach Probe, wenn die gelieferte Waare der Probe nicht gemäß sei, als nicht geschlossen angesehen werden müßte, und nur unter Umständen einen Anspruch auf Schadenersatz zulassen würde. Die jetzige Fassung des Art. 317 sei um so unbedenklicher und man habe um so weniger Ursache, seine Anwendbarkeit auf den Verkauf bestimmter Sachen oder Vorräthe zu beanstanden, als er nicht mehr bestimme, als daß beim Kauf nach Probe die Erklärung, daß die Waare der Probe entsprechen werde, ein dictum et promissum enthalte, für welches der Verkäufer einzustehen habe, wogegen der Artikel darüber nichts enthalte, wie in dem konkreten Fall die Haftbarkeit sich äußere, ob sie die Verpflichtung, andere Güter zu liefern, oder bloß eine Verpflichtung zur Leistung von Schadenersatz u. dgl. zur Folge habe, in dieser Beziehung also der Anwendung allgemeiner Rechtsgrundsätze vollen Spielraum lasse; dabei möge es dann allerdings einen Unterschied machen, ob der Verkauf eine bloß generell bestimmte Quantität oder eine bestimmte Sache zum Gegenstande gehabt habe. Diejenigen Fälle, in welchen die Anträge unter a und b begründet seien, würden durch Art. 317 nicht berührt. In solchen Fällen habe die Vorzeigung der Probe nicht die Natur eines dictum et promissum, sondern nur die eines dictum, und lege deshalb kein Kauf nach Probe, sondern ein bedingter Kauf vor. Es gehörten dahin z. B. die an Seeplätzen geschlossenen Verkäufe über schwimmende Güter, wobei der Verkäufer selbst die Waare noch nicht kenne, sondern vorerst auch nur eine Probe in Händen habe, die Kontrahenten demnach allerdings nicht eher, als bis die Waare eingetroffen und geprüft worden, darüber Sicherheit hätten, ob ein Kauf vorhanden sei, oder nicht. Die Entscheidung der Frage aber, ob ein solcher bedingter Verkauf (denn, was in dem Antrag unter c Voraussetzung genannt worden, sei juristisch auch nichts

Anderes, als eine Bedingung) vorliege oder nicht, könne, abgesehen von dem Fall unzweideutiger Verabredung der Kontrahenten, nur nach den an den einzelnen Handelsplätzen geltenden Handelsgebräuchen entschieden werden, von denen Ziffer 2 und 3 des Antrags unter a ein Beispiel aus Hamburg enthalten möge. Dafür aber, daß solche örtliche Gewohnheiten durch Aufnahme in das Handelsgesetzbuch verallgemeinert würden, fehle es an genügenden Gründen. Unbemerkt könne endlich nicht bleiben, daß selbst bei Fällen der zuletzt erwähnten Art keineswegs unter allen Umständen einfache Aufhebung des Kontrakts oder Preisminderung ohne einen weiteren Anspruch des Käufers eintrete, wie dies bei Motivirung des Antrags unter a angenommen worden zu sein scheine; denn wenn dem Verkäufer bei Auswahl der Probe ein Dolus oder ein grobes Verschulden, ja vielleicht auch, wenn ihm nur ein leichtes Verschulden zur Last falle, werde er von der Verpflichtung zum Schadenersatz keineswegs frei sein können.

Von anderen Seiten wurde hiegegen noch erinnert, die eben aufgeführten Erwägungen würden nur dann geeignet erscheinen, die gegen den Artikel erhobenen Bedenken zu beseitigen, wenn aus dem Gesetze deutlich hervorginge, daß unter Käufen nach Probe nur diejenigen verstanden würden, bei welchen der Verkäufer die Verpflichtung übernehme, eine probemäßige Waare zu liefern. Der Artikel sage aber nicht, daß derjenige, der mit jener Verpflichtung verkaufe, einen Verkauf nach Probe abschließe, sondern bestimme umgekehrt, daß den Verkäufer, der nach Probe verkaufe, eine bestimmte Verpflichtung treffe. Aus dem Verkehrsleben sei daher zu entnehmen, unter welchen Gestalten ein Verkauf nach Probe vorkomme, und für alle diese verschiedenen Fälle setze das Gesetz unrichtig eine und dieselbe rechtliche Folge fest. Wenigstens dürfe man sich späterhin nicht wundern, wenn die Praxis gegen die eigentliche Absicht des Gesetzgebers auf Abwege gerathe.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge unter d und e mit 9 gegen 5 Stimmen, der Antrag unter c mit 13 gegen 1 Stimme, die Ziffer 1 des Antrags unter a mit 9 gegen 5 Stimmen, der Antrag unter b durch die entscheidende Stimme des Herrn Präsidenten und Ziff. 2 und 3 des Antrags unter a mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Hierauf beantragte ein Mitglied, im Hinblick auf die für Streichung des Art. 288 angeführten Motive und in Konsequenz der beschlossenen Streichung dieses Artikels aus

Art. 330

alles Dasjenige zu streichen, was sich auf Feststellung

des Preises durch örtliche Einrichtungen bezieht, somit den Artikel wie folgt, zu fassen:

„Ist im Vertrage der Marktpreis oder Börsenpreis als Kaufpreis bestimmt, so ist hierunter der mittlere Preis zu verstehen, welcher sich aus der Vergleichung der zur Zeit und am Orte der Erfüllung oder an dem für letzteren maßgebenden Handelsplatze geschlossenen Kaufverträge ergibt.“

Ein anderer Herr Abgeordneter schlug vor, aus Art. 330 die Worte: „oder an dem für letzteren maßgebenden Handelsplatze“ wegen der Unbestimmtheit, welche sowohl der Natur der Sache nach, als aus dem Grunde, weil mit Tilgung des Art. 288 die Grundlage für diese Bestimmung hinweggefallen sei, darüber bestehen müsse, welcher Handelsplatz der maßgebende sei, zu streichen.

Bei der Diskussion über diese Anträge wurde wiederholt auf den Unwerth der Kurszettel u. dgl. verwiesen, von anderen Seiten aber geltend gemacht: Aus der Streichung des Art. 288 folge für den vorliegenden Antrag gar nichts, da es sich hier um eine ganz andere Frage handle, als in jenem Artikel. Hier frage es sich darum, von welchem Preis im Zweifel anzunehmen sei, daß ihn die Kontrahenten als Kaufpreis angesehen wissen wollten. Wenn man nun erwäge, daß die öffentlichen Preisnotirungen keineswegs so ganz außerordentlich werthlos seien, wie dies in den bisherigen Berathungen mehrfach behauptet worden, daß sich dieselben bisher an vielen Orten als ein sehr nützliches Institut bewährt hätten, und man doch nicht verlangen könne, daß, wenn der Marktpreis als Kaufpreis bedungen worden, der Verkäufer bei Geltendmachung seines Anspruchs beweise, wie viele und welche Käufe geschlossen worden, empfehle es sich, davon auszugehen, daß die Kontrahenten bis zum Nachweis der Unrichtigkeit der Preislisten den darin verzeichneten Marktpreis gelten lassen wollten, daß die betreffenden Notirungen also die Kraft haben sollten, über den Markt- und Börsenpreis einen prima facie — Beweis zu machen. Im Verkehre sei es ferner nicht zweifelhaft, welcher Handelsplatz für diesen oder jenen Umkreis der maßgebende sei.

Schließlich wurde der zuerst erwähnte Antrag mit 11 gegen 3 Stimmen und der Antrag auf Streichung der Worte: „oder an dem für letzteren maßgebenden Handelsplatz“ mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Zu dem ersten Absätze des Antrags Art. 360, den Art. 332

betreffend, ward zunächst bemerkt: Dieser Absatz unterscheidet sich vom Entwurfe dadurch, daß dem Ver-

käufer auch dann, wenn er auf Erfüllung des Kaufvertrags bestehe, oder die Waare für Rechnung des Käufers veräußere, ein Anspruch auf Schadenersatz zugesprochen sei, sowie daß nicht nochmals auf die Nothwendigkeit einer vorherigen Androhung der Veräußerung hingewiesen werde. Ersteres sei nothwendig, so lange in dem nachfolgenden Artikel neben dem Anspruch auf Erfüllung auch des Anspruchs auf Schadenersatz wegen verspäteter Erfüllung Erwähnung geschehe. Denn wenn dies der Fall, in Art. 332 dagegen der Anspruch auf Schadloshaltung wegen verspäteter Erfüllung nicht erwähnt sei, werde man folgern, daß ein solcher Anspruch nicht zu Recht bestehe, und doch dürfe dem Verkäufer das Recht nicht genommen werden, seine Auslagen für die längere Lagerung der Waare, für Affekuranz derselben, für Fütterung der verkauften Thiere u. dgl. ersetzt zu verlangen. Die wiederholte Hinweisung auf die vorherige Androhung des Verkaufs sei unnöthig, es genüge vielmehr schon eine einfache Verweisung auf Art. 320, andrerseits sei dieselbe unrichtig, weil aus der jetzigen Fassung gefolgert werden könnte, daß es der Androhung selbst dann bedürfe, wenn die Waare dem Verderben ausgesetzt und Gefahr im Verzug sei, während dies doch nicht beabsichtigt worden.

Von anderen Seiten wurde hiegegen erinnert, es könne nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen nicht zweifelhaft sein, daß unter dem Anspruch auf Erfüllung einer Obligation auch der Anspruch auf Entrichtung der Nebenansprüche wegen nicht rechtzeitiger Erfüllung begriffen sei. Für die beantragte Ergänzung des Art. 332 sei demnach kein Bedürfnis vorhanden. Wollte man Art. 332 und 333 aber gleichmäßig fassen, so empfehle es sich, statt der Ergänzung des Art. 332 die Worte: „nebst Schadenersatz wegen verspäteter Erfüllung“ aus Art. 333 zu streichen, da sie sich auch dort von selbst verständen. Die beantragte Ergänzung des Art. 332 sei dagegen im hohen Grade bedenklich, weil zu befürchten stehe, daß sie bei der Verschiedenheit der Gesetzgebungen über Beginn und Folgen des Verzugs weiter verstanden würde, als ihre Absicht gehe, z. B. dahin, daß der Käufer vom Kaufabschlusse an Zinsen entrichten müsse u. dgl.

Bei der Abstimmung wurde der erste Absatz des Antrags Nr. 360, mit 8 gegen 6 Stimmen angenommen, der Redaktionskommission jedoch anheimgegeben, zu erwägen, ob für den Ausdruck: „Schadenersatz wegen verspäteter Erfüllung“ ein anderes zu finden sei, und auszudrücken, daß die Frage, ob dem Verkauf eine Androhung vorhergehen müsse, nach Art. 320 zu entscheiden sei.

Bezüglich des Antrags Nr. 361 wurde geltend gemacht: Es sei nicht abzusehen, weshalb der Verkäufer in dem Fall, wenn er vom Vertrage zurücktreten wolle, ohne den vertragsmäßigen Anspruch geltend zu machen, für die aus der Nichterfüllung entspringenden Nebenschäden, als Lagerungskosten, Affekuranzprämie, Kosten für den Transport der Waaren an den Erfüllungsort u. keine Entschädigung haben solle; aus der Rücktrittserklärung an und für sich folge die Annahme, daß der Verkäufer auch hierauf verzichten wolle, nicht, denn diese Erklärung könne auch dahin verstanden werden, daß er den Vertrag von jetzt an für nicht geschlossen angesehen wissen wolle.

Gegen den Antrag wurde auf die in den früheren Verhandlungen geltend gemachten Gründe Bezug genommen und beigefügt: Der Sinn der Rücktrittserklärung des Verkäufers könne kein anderer sein, als daß er die verkaufte Waare wieder auf seine Gefahr und Spekulation übernehmen wolle; er mache von einem Neurechte Gebrauch. Daraus folge von selbst, daß der Vertrag so angesehen werden müsse, als wenn er gar nie geschlossen worden wäre; sonst müßte man auch in Betracht ziehen, um wie viel die Waare bis zur Auflösung des Kontrakts durch Aenderung der Konjunktur, durch den Transport an den Lieferungsort u. dgl. mehr werth geworden; man würde somit zu großen Verwickelungen kommen.

Bei der Abstimmung wurde der in Rede stehende Antrag mit 13 gegen 1 Stimme abgelehnt.

---

## DLX. Sitzung.

Nürnberg, am 12. Dezember 1860.

In der heutigen, von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung wurde bezüglich der zu

Art. 333

gestellten Anträge unter Nr. 363 und 364 hervorgehoben: Dasjenige, was die erwähnten Anträge be-



zweckten, sei in den früheren Lesungen von der Versammlung sachlich bereits genehmigt worden, es handle sich also im Grunde nur um eine Frage der Redaktion. Man sei nämlich früher schon darüber nicht im Zweifel gewesen, daß der Käufer auch das Recht habe, ohne Geltendmachung eines Anspruchs auf Schadenersatz die Leistung des Verkäufers abzulehnen und seine eigene zu verweigern, habe aber geglaubt, daß einerseits in dem Ablehnen und Verweigern dieser Leistungen ein Abgehen vom Vertrage liege, wenn auch der Entschädigungsanspruch beibehalten werde, und daß es deshalb auch so genannt werden müsse, und daß andererseits der Käufer, wenn er in diesem Sinne vom Vertrage abgehe, selbstverständlich auf den Anspruch auf Schadenersatz verzichten könne. In Folge davon, daß man das Zurückweisen und Verweigern der reellen Leistung aus dem Vertrage unter Geltendmachung eines Anspruchs auf Schadenersatz ein Abgehen vom Vertrage genannt habe, sei es aber gekommen, daß der Ausdruck: „Abgehen“ in den Art. 332 und 333 in verschiedenem Sinne vorkomme, und daß beide Artikel mehrfach mißverstanden worden seien. Das Ablehnen der reellen Leistung unter Geltendmachung eines Anspruchs auf Schadenersatz sei kein juristisches, sondern nur ein faktisches Abgehen vom Vertrage, juristisch enthalte es vielmehr ein Festhalten am Vertrage unter einer Modifikation der Geltendmachung der aus demselben folgenden Rechte. Während in dem im Entwurfe zuerst erwähnten Falle die reelle Leistung verlangt werde, werde in dem hier in Rede stehenden Falle die Bezahlung ihres Werthes begehrt. Es sei deshalb ganz gerechtfertigt, in Art. 333 auch dem Käufer ein dreifaches Recht einzuräumen, somit demselben zu gestatten, daß er entweder die nachträgliche reelle Erfüllung des Vertrags und Schadenersatz wegen verspäteter Erfüllung oder unter Ablehnung der reellen Erfüllung deren Werth sammt Schadenersatz wegen nicht rechtzeitig erfolgter Erfüllung, also bloß Schadenersatz wegen Nichterfüllung begehre, oder sich ganz vom Vertrage lössage, wie wenn der letztere gar nicht geschlossen gewesen wäre.

Von anderen Seiten wurde hiegegen geltend gemacht: Für die Unterscheidung eines dreifachen Rechtes des Käufers sei im Hinblick auf die oben für die jetzige Fassung des Entwurfs angeführten Erwägungen kein Bedürfnis vorhanden, andererseits sei die Fassung des Entwurfs gemeinverständlicher als die jetzt vorgeschlagene und entspreche auch weit mehr dem Sprachgebrauche des Verkehrslebens, nach welchem das Ablehnen der reellen Leistung als Abgehen vom Vertrage bezeichnet werde;

endlich erscheine die beantragte Dreitheilung auch nicht logisch, weil die dritte Alternative kein Recht für sich, sondern nur das in der zweiten Alternative verliehene Recht mit einem theilweisen Verzicht auf dasselbe enthalte.

Ein Mitglied hielt dafür, es sei allerdings nicht richtig, von einer dreifachen Wahl des betreffenden Kontrahenten zu sprechen, indem die Befugniß, das Kaufsobjekt für Rechnung des säumigen Käufers zu veräußern, also die Verkaufsselbsthülfe und das Recht des Käufers, statt der Erfüllung Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen, nichts Anderes als Modificationen des Anspruchs auf Erfüllung seien, jeder Kontrahent also nur die Wahl habe, entweder auf Erfüllung zu bestehen, oder unter Verzicht auf jeden Anspruch Reurecht zu üben. Von dieser Seite wurde demzufolge für die Art. 332 und 333 folgende Fassung empfohlen:

a. Art. 332. „Wenn der Käufer zc. übergeben ist, so hat der Verkäufer die Wahl, ob er die Erfüllung des Vertrages (oder: der Verbindlichkeiten des Käufers) verlangen, oder ob er den Vertrag aufheben und für nicht geschlossen erklären will.“

„Im ersten Falle ist der Verkäufer befugt, die Waare in Gemäßheit der Bestimmungen des Art. 320 für Rechnung des Käufers zu verkaufen.“

b. Art. 333. „Wenn der Verkäufer mit der Uebergabe der Waare im Verzuge ist, so hat der Käufer die Wahl, ob er vom Verkäufer die Erfüllung des Vertrages verlangen, oder ob er den Vertrag aufheben und als nicht geschlossen ansehen will.“

„Im ersten Falle darf er die Annahme der verspätet angebotenen Uebergabe verweigern und seinen Anspruch auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung beschränken. Die Rückforderung des Gelieferten steht ihm in beiden Fällen zu.“

Anderer von den Herren Abgeordneten hielten dafür, daß es wünschenswerth sei, sich darüber zu verständigen, worauf in dem Fall, wenn der Käufer statt der Erfüllung Schadenersatz verlange, der Anspruch auf Schadenersatz gehe, und bemerkten hierzu: Nach ihrer Ansicht werde der Anspruch auf Schadenersatz im Falle der ersten und der zweiten Alternative regelmäßig auf dasselbe hinauskommen, nämlich auf den Ersatz des durch die nicht rechtzeitig geschehene Erfüllung veranlaßten Schadens. In dem Fall, wenn die Konjunktur seit der Lieferungszeit zurückgegangen, werde dieser An-

spruch auf Ersatz der Differenz zwischen dem damaligen und jetzigen Preise der Waare gerichtet sein. Wenn der Käufer auf nachträgliche reelle Erfüllung des Vertrags dringe, bestehe im Hinblick darauf, daß im kaufmännischen Verkehre regelmäßig nur das fungible Interesse zu prästiren sei und nicht das individuelle Interesse, welches Jemand deshalb an einer Leistung habe, weil er z. B. einem Anderen eine Lieferung unter Vereinbarung einer bedeutenden Konventionalstrafe versprochen habe, in dieser Differenz der Schaden, den er durch die nicht rechtzeitige Erfüllung erleide; wenn er dagegen die reelle Erfüllung ablehne, bestehe, abgesehen von dem eben erwähnten Schadenersatz, sein Recht in dem Anspruch auf Leistung des Werthes der reellen Erfüllung, mit der sich jedoch regelmäßig und mit Ausnahme von solchen Fällen, in denen dem Käufer seine Leistung auf längere Zeit kreditirt sei, dem Käufer somit einstweilen die Benützung des Werthes der Erfüllung zu Gute kommen müsse, seine Gegenleistung kompensire. Einen weiteren Anspruch aber, der aus dem Umstande hergeleitet werden könnte, daß der Käufer die Waare auch fortan nicht habe, werde man dem letzteren schon deshalb nicht zugestehen können, weil es in seiner Wahl gestanden, auf deren nachträglicher Lieferung zu bestehen, und der andere Kontrahent billiger Weise nicht angehalten werden könne, dem Käufer einen Schaden zu ersetzen, welchen dieser durch seine eigene Wahl erleide.

Zur Verbeutlichung der Absicht des Gesetzes beantragte hierauf ein Mitglied, in dem Antrage No. 363 nach den Worten: „statt der Erfüllung Schadenersatz“ einzuschalten: „wegen Nichterfüllung“ und statt: „ob er vom Vertrage abgehen will“ zu setzen: „ob er vom Vertrage so abgehen will, als wenn dieser gar nicht geschlossen gewesen wäre.“

Ein anderer Herr Abgeordneter bemerkte: Es führe zu weit, wenn man dem Käufer das Recht geben wolle, neben der reellen Erfüllung Schadenersatz wegen verspäteter Erfüllung zu beanspruchen. Der Käufer, welcher auf Erfüllung klage, könne in der Regel nur die *utilitas circa rem ipsam* fordern, und die Verpflichtung des Verkäufers, diese zu gewähren, sei schon in der Verbindlichkeit desselben, den Vertrag zu erfüllen, inbegriffen, brauche also nicht besonders erwähnt zu werden. Dagegen erscheine ein weiter gehender Anspruch des Käufers weder mit der Billigkeit noch auch mit allgemeinen Rechtsgrundsätzen vereinbar. Es werde deshalb der Antrag gestellt, aus Art. 333 die Worte: „nebst Schadenersatz wegen verspäteter Erfüllung“ zu streichen.

Sodann wurde geltend gemacht: Es sei nothwendig, die Rechte des Käufers denen des Verkäufers gleich zu stellen und beiden dasselbe dreifache Wahlrecht einzuräumen. Wenn den zu Art. 333 gestellten Anträgen aber stattgegeben werde, ständen sich die Rechte beider Kontrahenten keineswegs gleich, sondern es würde vielmehr eine sehr erhebliche Differenz zum Nachtheile des Verkäufers obwalten. Zwar stehe dem Einen wie dem Anderen sowohl das Recht zu, nachträglich die reelle Erfüllung nebst Schadenersatz wegen verspäteter Erfüllung zu fordern, als auch die Befugniß, sich dergestalt vom Vertrage loszusagen, als wenn derselbe nicht geschlossen wäre. Dagegen werde dem Käufer außerdem schlechthin die Befugniß, statt der Erfüllung Schadenersatz wegen Nichterfüllung zu beanspruchen, folglich das Recht zugestanden, ohne Weiteres die Preisdifferenz zwischen der bedungenen Leistungszeit und der Zeit der Geltendmachung des Anspruchs zu verlangen, ohne daß er nöthig hätte, die Waare anderweit anzukaufen, während dem Verkäufer im Art. 332 nur das Recht eingeräumt sei, die Waare anderweit zu verkaufen und alsdann Schadenersatz zu fordern, er demnach die Waare verkaufen müsse, um ohne gleichzeitige reelle Erfüllung die Preisdifferenz verlangen zu können. Für die Nothwendigkeit eines vorherigen Verkaufs des Kaufgegenstands fehle es aber an inneren Gründen; sodann könne sie dem Verkäufer auch zu großem Nachtheile gereichen; es sei nicht abzusehen, weshalb nicht auch dem Verkäufer gestattet werden solle, seinerseits die reelle Erfüllung des Vertrags abzulehnen, also die verkaufte Waare für sich zu behalten, und, wenn deren Preis inzwischen gesunken, Ersatz für den nunmehrigen Minderwerth derselben und die anderen ihm etwa erwachsenen Schäden, als Kosten des Transports der Waare an den Ort der Erfüllung u. dgl., zu verlangen. Man möge nur erwägen, wie schlecht der Verkäufer sonst stehe, wenn er es mit einem insolventen Käufer zu thun habe, und in der Mehrzahl der Fälle werde Insolvenz der Grund sein, weshalb der Käufer mit seiner Leistung in Verzug gerathe. Auf reeller Erfüllung zu bestehen, widerstreite seinem Interesse, weil er alsdann seine Waare hingeben und wegen seiner Kaufgeldforderung vielleicht in den Konkurs des Käufers sich einlassen müßte; der Verkauf der Waare könne, weil z. B. die Messe zu Ende gegangen und damit die Möglichkeit, einen günstigen Verkauf zu schließen, nahezu ganz verschwunden sei, zu einer Verschleuderung derselben führen, während wenig Aussicht auf Bezahlung der Differenz im Konkurs vorhanden sei; es würde dem Verkäufer sonach

nichts als der bloße Rücktritt vom Vertrage erübrigen, und der Schaden, der aus dem Mangel an Gelegenheit zu einem anderweitigen günstigen Verkaufe, sowie in Folge der Aufwendung von Kosten auf die Sache u. dgl. erwachse, ihm allein zur Last fallen. Um hiernach die erforderliche Gleichstellung zu bewirken, werde für den Fall, daß die Anträge unter Nr. 363 und 364 angenommen würden, der Antrag gestellt, den Art. 332 wie folgt zu fassen:

- b) „Wenn der Käufer — Erfüllung des Vertrags  
 „nebst Schadensersatz wegen verspäteter Erfüllung  
 „verlangen, oder ob er statt der Erfüllung von  
 „beiden Seiten Schadensersatz fordern oder ob  
 „er vom Vertrag abgehen will. Es bleibt dem  
 „Verkäufer unbenommen, die Waare nach den  
 „Bestimmungen des Art. 320 für Rechnung des  
 „Käufers verkaufen zu lassen.“

Gegen diesen Antrag wurde jedoch geltend gemacht: Soweit dies nach den Umständen thunlich erscheine, seien die Rechte der Kontrahenten in den Art. 332 und 333 schon dann gleichgestellt, wenn Art. 332 in der bei der jüngsten Berathung angenommenen Gestalt beibehalten, und für Art. 333 die unter Nr. 363 vorgeschlagene Fassung genehmiget werde. Bei Entscheidung der Frage, ob dem Verkäufer in derselben Weise, wie dem Käufer, gestattet werden könne, unter Ablehnung einer reellen Erfüllung von beiden Seiten die Preisdifferenz als Schaden zu verlangen, dürfe nicht übersehen werden, daß wohl der Käufer eine Leistung von stets gleichem Werth, von Geld, zu machen habe, daß dagegen die Leistung des Verkäufers — die Waare — steten Preisfluktuationen unterworfen sei, daß man somit dem Verkäufer ein solches Recht nicht würde einräumen können, ohne zugleich zu bestimmen, um welchen Preis er sich bei Ermittlung des ihm zustehenden Schadensersatzanspruches die verkaufte Waare, die er nun nicht reell liefern, sondern wieder für sich behalten wolle, anzurechnen habe. Solche Bestimmungen in entsprechender Weise aufzustellen, sei unmöglich. Die Versammlung könne um so weniger den Käufer der unregelmäßigen Willkühr des Verkäufers Preis geben, je ängstlicher man bei dem Faustpfande und dem Kommissionsgeschäfte darauf Bedacht genommen habe, den Pfandschuldner und den Kommittenten in Bezug auf die Verkäufe des Pfandgläubigers und des Kommissionärs zu schützen. Dazu komme, daß der Antrag unter b eine förmliche Einladung zur Eingehung von Differenzgeschäften enthalten würde. Soweit es sich aber um Ersatz der Nebenschäden, (für Lagerung, Transport und Affekuranz der Waare u. dgl.) handle, liege in

dem Antrag unter b nichts weiter als eine Wiederholung des in der vorigen Sitzung abgelehnten Antrags Nr. 361. Einen Ersatz solcher Schäden würde man dem Verkäufer nicht zusprechen können, ohne den nunmehrigen Werth des Kaufsobjectes in Anschlag zu bringen. Es wäre gewiß nicht billig, dem Verkäufer einen Anspruch auf Bezahlung von Lagerungskosten zu gewähren, wenn die Waare seit der Erfüllungszeit um mehr als den Betrag dieser Kosten gestiegen sei, der Verkäufer somit schon dadurch Gewinn mache, daß er die Waaren behalten könne.

Von anderer Seite wurde bestritten, daß diese Gründe durchgreifend seien oder dazu berechtigten, den Verkäufer anders zu behandeln als den Käufer.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Nr. 363 mit der Modification, daß nach den Worten: „statt der Erfüllung Schadenersatz“ einzuschalten sei: „wegen Nichterfüllung“, mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen, der Antrag auf Streichung der Worte: „nebst Schadenersatz wegen verspäteter Erfüllung“ mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt, und mit 9 gegen 5 Stimmen beschloffen, statt: „oder ob er vom Vertrage abgehen will“ zu setzen: „oder ob er so vom Vertrage abgehen will, als wäre derselbe gar nicht geschlossen.“

Der Antrag unter b wurde mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Zu

#### Art. 334

wurde anerkannt, daß sich die Annahme des Antrags Nr. 365 als Konsequenz der eben gefaßten Beschlüsse ergebe.

Dasfelbe war bezüglich des zu

#### Art. 335

gestellten Antrags Nr. 368 der Fall.

Bei Berathung der denselben Artikel betreffenden Anträge Nr. 366 und 367 wurde für Streichung des Artikels angeführt: Der Artikel 335 habe keinen praktischen Werth. Er enthalte nichts weiter, als was in den vorhergehenden Artikeln 332—334 auch schon bestimmt sei. Dieselben Wahlrechte, welche in diesen Artikeln dem Käufer und Verkäufer beigelegt seien, würden ihnen auch hier beigelegt, nur mit dem Unterschiede, daß bei den Geschäften, bei welchen bedungen worden, daß die Waare genau zu einer festbestimmten Zeit oder binnen einer festbestimmten Frist geliefert werden solle, die Nachholung der versäumten reellen Erfüllung innerhalb einer angemessenen Frist, falls sie der andere Kontrahent nicht annehmen wolle, ausgeschrieben, und eine Erklärung des nicht säumigen Kontrahenten darüber, welches Recht er geltend zu machen

beabsichtige, erlassen werden solle. Daß bei solchen Geschäften — vorausgesetzt, es könnte mit Sicherheit ermittelt werden, daß ein Geschäft im Sinne des Art. 335 vorliege — eine *purgatio morae* nicht mehr statthaft sei, ergebe sich aber schon aus Art. 334, denn bei diesen Geschäften lasse offenbar deren Natur eine Nachholung des Versäumten nicht zu. Dieserhalb bedürfe es somit keiner nochmaligen besonderen Bestimmung. Was dagegen die Frage betreffe, ob eine Anzeige des nicht säumigen Kontrahenten darüber, was er zu thun gedenke, wünschenswerth sei oder nicht, so müsse man sich unbedingt für deren Bejahung, somit gegen den Entwurf aussprechen. Wenn der nicht säumige Kontrahent sich nicht alsbald nach Ablauf der Erfüllungszeit darüber erklären müsse, ob er auf nachträglicher reeller Erfüllung zu bestehen, oder was er sonst zu thun gedenke, so habe er die Möglichkeit, noch auf lange Zeit hinaus auf Kosten des säumigen zu spekuliren, und je nachdem die verkaufte Waare im Preise sinke oder steige, seinen Entschluß zu modificiren. Ein solches Verfahren sei ohne Zweifel ganz unbillig gegenüber dem Säumigen, zumal wenn man erwäge, daß es nicht immer eigene Schuld desselben sei, wenn er in Verzug gekommen, sondern oft auch eine Störung im Laufe des Wechsels, der zur Zahlung dienen sollte, oder das Zufrieren der betreffenden Häfen u. dergl. Ursache davon sei. Lege man aber dem nicht säumigen Kontrahenten die Abgabe einer Erklärung auf, wenn auch nicht in dem Sinne, daß noch eine *purgatio morae* darnach statthaft sein solle, so falle jeder sachliche Unterschied zwischen den Bestimmungen der Art. 332—334 und des Art. 335 hinweg, zumal der Schadenersatzanspruch selbst nicht auf die in Abs. 2 besprochene Preisdifferenz beschränkt, sondern ein weiter gehender Anspruch vorbehalten sei. Der eigentliche Zweck des Art. 335 gehe dahin, diejenigen Geschäfte zu beseitigen, von welchen man glaube, daß sie als reine Differenzgeschäfte anzusehen seien. Dieser Zweck werde aber durch denselben in keiner Weise erreicht, wenn nicht zugleich im Gesetze bestimmt werde, daß nicht vertragsmäßig festgesetzt werden könne, es solle nach Ablauf der Erfüllungszeit eine reelle Erfüllung des Vertrags nicht mehr verlangt werden dürfen. Man möge nicht einwenden, daß die Kontrahenten sich scheuen würden, dies ausdrücklich zu verabreden, und daß deshalb wenigstens eine indirekte Beseitigung der Differenzgeschäfte durch Art. 335 erzielt werde, denn allerdings werde dies häufig genug ausgemacht. So werde z. B. bei den betreffenden Geschäften im Kornhandel an einigen Plätzen ausdrücklich bedungen, daß jeder der Kontra-

henten nach Ablauf der Lieferungszeit gegen den säumigen anderen Kontrahenten ein dreifaches Recht haben sollte: der Verkäufer das Recht, entweder ohne Weiteres die Differenz zu fordern, oder binnen einer kurzen Frist anderweitig zu verkaufen und die darnach sich ergebende Differenz zu verlangen oder vom Vertrage abzugehen, der Käufer dagegen die Befugniß, entweder die Differenz zu fordern, oder sich binnen einer kurzen Frist durch anderweitigen Ankauf zu decken oder vom Vertrage abzugehen; ein Anspruch auf nachträgliche reelle Erfüllung werde keinem der Kontrahenten zugestanden. Daß solche Geschäfte als reine Differenzgeschäfte anzusehen seien, lasse sich um so weniger annehmen, als der Verkäufer nur durch reelles Anbieten den Käufer in Verzug zu setzen vermöge. Während Art. 335 somit seinen eigentlichen Zweck jedenfalls gänzlich verfehle, rufe er große Gefahren dadurch hervor, daß es nicht möglich sein werde, im Leben die Geschäfte, bei denen die Waaren genau zu einer festbestimmten Zeit geliefert werden müßten, von denjenigen zu unterscheiden, bei welchen sich eine gewöhnliche Zeitbestimmung finde, und daß man auch bei letzteren nach Ablauf der betreffenden Zeit eine Nachholung des Versäumten für ausgeschlossen erachten werde.

Für Beibehaltung des Art. 335 wurde auf die früheren Verhandlungen Bezug genommen und weiter noch bemerkt: Was Art. 335 bestimme, stehe keinesweges so unbestritten fest, daß dieser Artikel für entbehrlich erachtet werden könnte. Daß bei den hier in Frage stehenden Geschäften nach Ablauf der gesetzten Erfüllungszeit von dem nicht säumigen Kontrahenten doch noch eine reelle Erfüllung des Vertrages verlangt, letztere demselben aber nicht aufgedrungen werden könne, eine purgatio morae also unstatthaft sei, daß der Anspruch des nichtsäumigen Kontrahenten nicht auf die Preisdifferenz beschränkt sei, sondern die Einforderung eines weiteren Schadens vorbehalten bleibe u. dergl., seien Bestimmungen, über welche bisher in den Gerichtshöfen vielfache Zweifel obgewaltet hätten, für deren Beibehaltung somit allerdings die dringendsten Gründe sprächen. Sodann habe — was freilich von anderer Seite in Abrede gestellt wurde — der Artikel allerdings insofern auch einen bedeutenden praktischen Werth, als er gegen die reinen Differenzgeschäfte gerichtet sei; denn es werde dadurch ausgesprochen, daß ein solches Geschäft nicht in die Form eines Kaufs eingekleidet werden könne. Ausdrücklich dahin übereinzukommen, daß der säumige Kontrahent nicht zu reeller Erfüllung, sondern nur zur Bezahlung der Differenz verpflichtet



sein solle, trügen die Kontrahenten um deswillen Bedenken, weil sie befürchten müßten, daß ihre Verträge als Spiel- und Bettgeschäfte angesehen werden würden.

Für die Vernehmung und beziehungsweise Verallgemeinerung des zweiten Absatzes ward geltend gemacht: Es sei, wie schon oben angedeutet worden, wünschenswerth, allgemein für den kaufmännischen Verkehr auszusprechen, daß regelmäßig und abgesehen von besonderen Vereinbarungen bei einer Verpflichtung zur Leistung von Schadensersatz nur das fungible Interesse an der betreffenden Leistung — die Preisdifferenz — und nicht auch das individuelle Interesse — die anderweit bedungenen Konventionalstrafen u. dergl. — zu prästiren sei. Bleibe Abs. 2 aber an seiner jetzigen Stelle, so stehe zu befürchten, daß man annehme, die betreffende Bestimmung solle ausschließlich in den Fällen des Art. 335 Anwendung finden. Der fragliche Absatz passe endlich nur für den Fall, wenn der nicht säumige Käufer erkläre, keine reelle Erfüllung mehr annehmen zu wollen; in dem Falle dagegen, wenn er auf reeller Erfüllung bestehe und dieselbe erst viel später, vielleicht erst nach Durchführung eines Prozesses oder gar nicht erlange, und deshalb nachträglich doch Schadensersatz verlangen müsse, könne für Berechnung seines Anspruchs der Kurs des Lieferungstages unmöglich ausschließlich maßgebend sein. Eventuell werde deshalb beantragt, den Abs. 2 auf den ersterwähnten Fall zu beschränken.

Von anderer Seite wurde bemerkt: Die Vernehmung des Absatzes 2 in seiner jetzigen Fassung gehe nicht an, weil er einen festbestimmten Zeitpunkt für die Erfüllung voraussetze, der nicht bei allen denjenigen Geschäften zu ermitteln sei, auf welche sich die Art. 332 — 334 bezögen.

Ein anderes Mitglied bemerkte: Insofern der Antrag auf Vernehmung des Abs. 2 die Absicht habe, denselben auch zu Gunsten des Verkäufers für anwendbar zu erklären, sei derselbe nach Ablehnung des oben bei Verathung des Art. 333 gestellten Antrags unter b nicht mehr statthast.

Rücksichtlich der Frage, ob dem nicht säumigen Kontrahenten die Verpflichtung aufzuerlegen sei, daß er sich alsbald nach Ablauf des festbestimmten Lieferungstages beziehungsweise der Lieferungsfrist darüber zu erklären habe, ob er auf reeller Erfüllung bestehen wolle oder nicht, ward auf die betreffenden, oben aufgeführten Äußerungen Bezug genommen, und von einer Seite für den Fall der Unterlassung der Anzeige vorgeschlagen zu bestimmen, daß der nichtsäumige Kon-

trahent das Recht verliere, die bloße Differenz zu beanspruchen oder vom Vertrage abzugehen.

Von anderen Seiten wurde in der Erwägung, daß die nachträgliche Beanspruchung einer realen Erfüllung für den in Verzug befindlichen Kontrahenten das gefährlichere sei, vorgeschlagen, zu bestimmen, daß der nichtsäumige Kontrahent, wenn er die fragliche Erklärung abzugeben versäume, des Rechts, die nachträgliche reale Erfüllung zu verlangen, verlustig werde.

Schließlich wurde die Streichung des Art. 335 mit 10 gegen 4 Stimmen und die Versetzung und resp. Verallgemeinerung seines zweiten Absatzes mit demselben Stimmenverhältnisse abgelehnt, und mit 11 gegen 3 Stimmen beschlossen, in Abs. 2 nach den Worten: „den Betrag des Schadens bildet“ einzuschalten: „in dem letzteren Falle,“ um denselben auf den Fall zu beschränken, wenn der nicht säumige Kontrahent erkläre, keine reale Erfüllung mehr annehmen zu wollen, die Frage der Berechnung des Schadensersatzanspruches für die übrigen Fälle dagegen offen zu lassen. Sodann wurde der Antrag, von dem nichtsäumigen Kontrahenten alsbald nach Ablauf der Lieferungszeit eine Anzeige darüber zu verlangen, von welchem der ihm zustehenden Rechte er Gebrauch machen wolle, und das Präjudiz beizufügen, daß er andernfalls nur noch die reale Erfüllung verlangen könne, mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt, und mit 9 gegen 5 Stimmen beschlossen, dem nicht säumigen Kontrahenten die Abgabe der eben erwähnten Erklärung unter dem Präjudize zur Pflicht zu machen, daß er im Fall ihrer Versäumung die reale Erfüllung nicht mehr zu verlangen befugt sei.

~~~~~

DLXI. Sitzung.

Nürnberg, am 14. Dezember 1860.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter v. Raule geleiteten Sitzung wurde in der Berathung des zu

Art. 335

gestellten Antrags No. 367 fortgefahren, und der dafelbst unter Ziff. 3 gestellte Antrag näher dahin formulirt, daß in Art. 335 der letzte Absatz zu streichen, und statt dessen in den ersten Titel des vierten Buches folgender neue Artikel einzuschalten sei:

„Wenn zur Erfüllung einer Verbindlichkeit eine Frist
„oder ein Zeitpunkt fest bestimmt wurde, so be-
„findet sich der Schuldner in Verzug, sobald die
„Frist oder der Zeitpunkt abgelaufen ist, ohne daß
„er erfüllt hat. Wurde eine solche Zeitbestim-
„mung nicht getroffen, so wird der Schuldner
„erst dadurch in Verzug gesetzt, daß er zur Er-
„füllung aufgefordert wird.

„Die Aufforderung muß mittelst einer öffent-
„lichen Urkunde (Protest) geschehen; jeder Kon-
„trahent ist berechtigt, den Verzug des andern in
„solcher Weise auf dessen Kosten feststellen zu
„lassen.“

Als Motiv für diesen Antrag ward angegeben, daß, nachdem im Handelsgesetzbuche so viele Bestimmungen des Inhaltes sich fänden, daß diese oder jene Rechte und Verbindlichkeiten von dem Eintritt des Verzugs abhängig seien, auch eine Vereinigung darüber, unter welchen Voraussetzungen der Schuldner als in Verzug befindlich angesehen werden müsse, wünschenswerth erscheine. Für den Fall, daß die Konstatirung des Verzugs durch Errichtung einer öffentlichen Urkunde wegen der damit verbundenen Kosten beanstandet werden sollte, wurde anheimgegeben, den zweiten Absatz obigen Antrags zu streichen und am Schluß des ersten Absatzes vor: „aufgefordert wird“ einzuschalten: „schriftlich.“

Es wurde jedoch mehrfach entgegnet, eine gemeinsame Regelung des Verzugs rücksichtlich der Voraussetzungen seines Eintritts sei für das Handelsrecht un-

ausführbar und würde bei der Verschiedenheit der bürgerlichen Gesetzgebungen nur zu unlösbaren Verwicklungen führen, und sodann mit 12 gegen 2 Stimmen der Beschluß gefaßt, daß auf den in Rede stehenden Antrag nicht einzugehen sei.

Sodann wurde zur Diskussion des unter Nr. 375 zu
Art. 339

gestellten Antrags übergegangen. Zu diesem Antrage waren inzwischen die in den Anlagen A — D sammt Motiven beigebrachten Amendements eingebracht worden. Zunächst wurde in Betracht gezogen, ob eine Bestimmung über den Ausschluß der Windikabilität von Waaren und sonstigen beweglichen Sachen in das Handelsgesetzbuch aufzunehmen sei, und hiebei vor Allem hervorgehoben, der Antrag in der Anlage A unterscheide sich von dem Antrag unter Nr. 375 hauptsächlich dadurch, daß in dem letzteren unter den geeigneten Umständen bloß die Windikationsklage ausgeschlossen, über den Eigenthumsübergang aber nichts weiter bestimmt werde, während in der Anlage A ausgesprochen sei, daß unter denselben Voraussetzungen der gutgläubige Erwerber sofort das Eigenthum erwerbe, und daß eine Ausnahme wegen gestohlener und verllorener Sachen wohl in dem Antrag Nr. 375, aber nicht in der Anlage A gemacht sei; ferner unterscheide sich die Anlage B von dem Antrag Nr. 375 dadurch, daß die wegen gestohlener und verllorener Sachen für erforderlich erachtete Ausnahme, sowie die Frage, ob der Eigenthümer dem redlichen Erwerber Ersatz für dasjenige leisten müsse, was dieser für die Sache gegeben habe, an die Landesgesetze verwiesen werde, während in der Anlage C einige Zusätze in Vorschlag gebracht wurden, und in der Anlage D vorgeschlagen sei, von jeder Bestimmung des in Rede stehenden Inhalts rücksichtlich der Waaren oder der andern beweglichen Sachen Umgang zu nehmen, und nur bezüglich der dort bezeichneten Papiere eine Anordnung zu treffen.

Sodann wurde für die Aufnahme einer Bestimmung über die Beschränkung der Windikabilität von Waaren und sonstigen beweglichen Sachen von einer Seite angeführt: Schon die früheren Verhandlungen der Konferenz hätten mehrfach erkennen lassen, daß ein Bedürfnis für eine Bestimmung des in Rede stehenden Inhalts vorhanden sei. Für einen einzelnen Fall habe die Versammlung auch schon eine entsprechende Bestimmung aufgenommen, indem in Art. 339 verordnet worden sei, daß der Kommittent seine dem Kommissionsär anvertraute Waare von dem dritten redlichen Besitzer nicht zurückfordern könne, wenn der Kommissionsär bei deren Verkauf auch dem übernom-

menen Auftrag zuwider gehandelt habe. Nun sei es aber, wie nicht anders zu erwarten gewesen, nach dem Zeugnisse mehrerer Stimmen in der Literatur und mehrerer Handelskammern aufgefallen, daß man den nach Inhalt des Art. 339 für nöthig befundenen Schutz des Handelsverkehrs auf ein einziges handelsrechtliches Verhältniß eingeschränkt habe; allenthalben seien ausreichende Gründe für dieses Verfahren vermist worden. Bei Verathung der Frage, ob und in welcher Weise die in Rede stehende Bestimmung zu verallgemeinern sei, sei zwar der Einwand vorhergesehen, daß bei dieser Verallgemeinerung leicht über das Gebiet des Handelsrechts hinausgegriffen werden könnte, und daß andrerseits eine Beschränkung der erforderlich scheinenden Bestimmung auf das Gebiet des Handelsrechts, unter gleichzeitiger Beibehaltung der unbeschränkten römisch-rechtlichen vindicabilität des Eigenthums für das übrige Rechtsgebiet, in der Anwendung zu Verwickelungen führen könnte. Erwäge man aber, daß schon in verschiedenen Gesetzgebungen die vindicabilität des Eigenthums nur für gewisse Beziehungen des Verkehrs beschränkt worden sei, indem bald nur die in öffentlichen Versteigerungen, bald auch die in Magazinen erworbene Sachen in der Hand des redlichen Erwerbers für nicht vindicirbar erklärt würden u. dergl., und daß sich diese Bestimmungen in der Erfahrung bewährt hätten, so könne man diesen Bedenken keine Bedeutung mehr beilegen, müsse es vielmehr für gerechtfertigt halten, wenn die sämtlichen auf bewegliche Sachen sich beziehenden Anträge nur den Erwerb derselben im Handelsverkehr zum Gegenstand hätten.

Giegegen wurde von andern Seiten geltend gemacht: Es müsse bestritten werden, daß ein Bedürfnis für Rechtsätze der beantragten Art vorhanden sei. In den Ländern, in welchen ähnliche Bestimmungen seit längerer Zeit in Geltung seien, könne man selbstverständlich keine Erfahrungen in dem Sinne gemacht haben, daß das Eigenthums- und vindications-system, wie es sich im gemeinen Rechte finde, einer Aenderung bedürfe. Und in den Ländern, in welchen dieses System Geltung habe, sei ebensowenig von einer solchen Erfahrung die Rede, einmal, weil vindicationsprozesse außerordentlich selten und im Handelsverkehre fast gar nicht vorkämen, sodann weil es den allgemein gangbaren Rechtsbegriffen entspreche, daß Jeder sein Eigenthum da vindiciren könne, wo er dasselbe finde, und im Gegentheil jedes andere System mit der allgemeinen Rechtsanschauung in Widerspruch gerathen würde. Wie wohl begründet diese Ansicht sei, ergebe sich daraus, daß in

denjenigen Ländern, in welchen das römische Bindikationsystem gelte, keine Handelskammer bei der Begutachtung des Entwurfs aus zweiter Lesung sich für die Aufnahme von Rechtsfägen im Sinne der vorliegenden Anträge ausgesprochen habe. Das zuletzt erwähnte Rechtssystem sei einfach und klar, während die Einführung eines jeden anderen Systems eine Reihe von Kontroversen im Gefolge habe, wie dies die Jurisprudenz über den Satz: „Hand wahre Hand“ überzeugend darthue. Daß auch die hier vorgeschlagenen Bestimmungen eine Fülle von Vermickelungen im Gefolge haben würden, könne Niemanden zweifelhaft sein, der in Erwägung ziehe, daß man es den Waaren nicht ansehe und in den meisten Fällen auch nicht werde ermitteln können, ob die im konkreten Fall in Frage stehenden Güter durch die Hand eines Kaufmanns gegangen seien oder nicht. Man möge nur des Falls gedenken, daß eine von einem Kaufmann verkaufte Sache von der Hand des Käufers A in die des B und von da in die des C übergehe, daß dieser von der Abstammung der Waare aus der Hand eines Kaufmanns nichts wisse, bei einem gegen ihn erhobenen Bindikationsprozeß sich deshalb auch nicht auf die in Rede stehenden Bestimmungen berufe, sondern wegen erfolgter Eviktion an B sich wende, der gleichfalls über den Ursprung der Sache nicht unterrichtet sei, und daß erst, wenn dieser den A in Anspruch nehmen wolle, die Bindikation von dem Letzteren für unstatthaft erklärt werde. In einem solchen Falle würde der ganze Schaden dem B zur Last fallen. Die Grundsätze über die Litisdennunciation würden hiegegen nicht unter allen Umständen Schutz bieten, da sie nicht in allen Gesetzgebungen in gleicher Weise geregelt seien. Wollten die Landesgesetzgebungen solchen Unzuträglichkeiten vorbeugen, so würden sie gezwungen sein, auch für das ganze Gebiet des bürgerlichen Rechts die Bindikabilität von Mobilien gegenüber dem redlichen Erwerber für unstatthaft zu erklären, und würden dadurch, wie bemerkt, mit der allgemeinen Rechtsanschauung in Konflikt gerathen, zumal, wenn der Antrag in der Anlage A angenommen werden sollte, durch welchen die Lehre vom Eigenthum in ihren Grundlagen erschüttert und letzteres nahezu aufgehoben werde. Durch die fraglichen Anträge werde ein neues Privilegium für den Kaufmannsstand geschaffen, denn wenn auch die Käufer durch die Bindikation zunächst betroffen würden, so bleibe diesen doch der Anspruch wegen Eviktion gegen den Kaufmann als Verkäufer, die Unstatthaftigkeit der Bindikation komme also schließlich doch diesem zu Gute. Die Aufnahme des Satzes in Art. 339, daß der Kommittent seine,

vom Kommissionär auftragswidrig verkaufte Waare von dem dritten redlichen Besizer doch nicht zurückfordern könne, sei kein Grund für die in Rede stehenden Anträge. Denn diese besondere Bestimmung habe mit der vorliegenden Frage gar nichts gemein, sondern finde ihren Grund darin, daß der Kommittent den Kommissionär Dritten gegenüber als Eigenthümer über die Waare zu verfügen beauftrage und in Folge hiervon selbstverständlich die Handlungen, die der wie ein Eigenthümer sich gerirende Kommissionär vornehme, nicht anfechten könne. Diese Bestimmung finde sich, wenn man nur die Gesetzesstellen recht verstehe, in denen davon die Rede sei, daß unter gewissen Voraussetzungen der Mandant den Mandatar zum Eigenthümer mache, trotz seines Vindikationsystems auch im römischen Rechte. Habe die Versammlung den Kommissionär einmal als Proprehändler charakterisirt, so würde sie mit sich selbst in Widerspruch gerathen sein, wenn sie im Fall des mehrerwähnten Art. 339 anders als geschehen disponirt hätte.

Diesen Ausführungen gegenüber wurde von anderen Seiten bemerkt: Daß ein Bedürfniß für die Aufnahme von Bestimmungen im Sinne der vorliegenden Anträge vorhanden sei, könne man schon daraus erschen, daß überall, wo der Handel sich in größeren Verhältnissen entwickelt habe, das römische Recht mit seinem Vindikationsysteme nicht durchgedrungen sei, sondern die entsprechenden Rechtsätze des germanischen Rechts Geltung behalten hätten und auch wieder in die Gesetzgebungen der neueren Zeit übergegangen seien. Eine nähere Erwägung der Verhältnisse ergebe, daß es im Handelsverkehr auch gar nicht anders sein könne, als nunmehr zu bestimmen vorgeschlagen werde. Kein Kaufmann würde ruhig sein können, wenn das römisch-rechtliche Vindikationsystem eine größere praktische Anerkennung gefunden hätte. Nur der Umstand, daß dieses System so wenig in das Verkehrsleben eingedrungen sei, daß Vindikationsprozesse äußerst selten erhoben würden, und der Handelsstand im Allgemeinen kaum eine Ahnung davon habe, wie gefährlich seine Stellung nach diesem Recht sei, lasse es begreiflich erscheinen, wenn in manchen Ländern keine Anträge auf Ergänzung des Handelsgesetzbuches im Sinne der vorliegenden Vorschläge gestellt worden seien. Uebrigens habe doch auch in solchen Ländern, in denen das römisch-rechtliche Vindikationsystem Geltung habe, wie z. B. in Bayern, der Handelsstand für die Beschränkung der Vindikabilität von Mobilien sich ausgesprochen, und sogar in größerer Ausdehnung, als sie jetzt vorgeschlagen sei. Könnte man aber auch zugeben, daß es im

Hinblick auf die Seltenheit der Vindikationsprozesse über Handelsgut keinen großen praktischen Unterschied mache, ob die vorliegenden Anträge angenommen würden oder nicht, so lasse sich doch nicht verkennen, daß in vielen Fällen die vorliegenden Anträge von praktischer Bedeutung sein würden, daß also immerhin im Falle der Ablehnung derselben in Bezug auf einen wichtigen, unmittelbar den Handel betreffenden, Gegenstand der Mangel der Rechtseinheit auf dem Gebiete des Privatrechts fortbauern würde, was um so mehr zu beklagen sei, als das Handelsgut nicht selten von einem Rechtsgebiete in das andere übergehe, wodurch dieser Mangel doppelt fühlbar sei, und eine drückende Rechtsungleichheit begründet werde. Diese Rechtszerrissenheit könne mehr noch als die Beschränkung der vorgeschlagenen Bestimmungen auf das Gebiet des Handelsrechts jene bedenklichen praktischen Folgen nach sich ziehen, welche oben hervorgehoben worden seien. Daß die Bestimmungen über Litisdennunciation keinen ausreichenden Schutz gewährten, daß unter einer Reihe von Erwerbern der vindicirten Sache die Einen der Vindikationsklage unterlägen, während die Anderen die Eviktionsleistung ablehnen könnten u. dergl., könne gerade bei der jetzigen Rechtsverschiedenheit leichter vorkommen, als nach Annahme der Anträge, abgesehen davon, daß solche Fälle aus dem Grunde nicht sehr häufig sein würden, weil die von einem Kaufmann erkaufte Sache entweder von Neuem in den Handelsverkehr, oder in die Hand eines Konsumenten kommen werde, der sie regelmäßig für sich behalte, weil also nicht leicht ein neuer Erwerber ohne Kunde darüber sein werde, daß die Sache durch die Hand eines Kaufmanns gegangen. Die in Rede stehenden Anträge enthielten kein Privilegium für den Handelsstand, sondern für das mit den Kaufleuten verkehrende Publikum. Was für die Bestimmung des Art. 339 mit Rücksicht auf die Eigenschaft des Kommissionärs als Proprehändler angeführt worden, beruhe eines Theils auf einer singulären Theorie, deren Wichtigkeit bestritten werde, und motivire anderntheils die Annahme dieser Anträge bei allen Käufen aus der Hand von Proprehändlern, da der dritte Erwerber die Eigenschaft des Kommissionärs als solchen nicht kenne und der Letztere in eigenem Namen gleich jedem andern Eigenhändler den Verkauf schliesse. Wie endlich die vorgeschlagenen Rechtsätze zu Kontroversen führen könnten, da nicht die Aufnahme des Satzes: „Hand wahre Hand“ sondern die mehrerer hinreichend bestimmter Vorschriften vorgeschlagen sei, lasse sich gar nicht absehen.

Ein Herr Abgeordneter hielt dafür, daß die der

Diskussion unterstellten Anträge nicht weit genug gingen, und daß man mit der Beschränkung der vindikation von beweglichen Sachen füglich bis zur äußersten Grenze des Gebietes des Handelsrechtes vorgehen könne, und beantragte deshalb den Antrag in der Anlage A dahin zu modifiziren, daß nicht bloß die von einem Kaufmann in dessen Betriebe veräußerten und übergebenen, sondern alle auf Grund eines Handelsgeschäftes erworbenen Sachen nach den in diesem Antrage aufgestellten Bestimmungen beurtheilt werden müßten.

Bezüglich der Frage, ob nach Maßgabe des Vorschlags in der Anlage A dem redlichen Erwerber der daselbst erwähnten Sachen der Erwerb des Eigenthums zuzusprechen, oder ob unter Vorbehalt der Bestimmungen über Erwerb und Verlust des Eigenthums lediglich die vindikationsklage zu beschränken sei, ward hervorgehoben: Einen systematischen und eigentlich juristischen Gedanken, der zu einer einfachen Anwendung des Gesetzes in der Praxis führe und in den nicht ausdrücklich entschiedenen Fragen sicher leite, enthalte nur der Vorschlag in der Anlage A, ähnlich dem österr. bürgerlichen Gesetzbuch, welches für das Gebiet des bürgerlichen Rechtes die wahre Meinung des Verkehrs getroffen habe, wenn es bestimme, daß, wer offenkundig im Marktverkehr um sein Geld kaufe, sicher sei, daß er die erworbene Sache behalten dürfe. Bestimmungen des Inhalts dagegen, daß die vindikationsklage unter diesen oder jenen Umständen ausgeschlossen sein solle, während vielleicht das Eigenthum des früheren Inhabers noch fortdaure, enthielten nichts als Zweckmäßigkeitsvorschriften, die in der Praxis nothwendig zu Verwicklungen führen müßten, da sie nicht auf einen den Richter in allen Fragen sicher leitenden Grundgedanken sich gründeten. Die Idee, auf welcher der Antrag in der Anlage A beruhe, sei selbst dem römischen Recht nicht fremd, treffe vielmehr mit der Rechtsidee von der Ersetzung redlich erworbener Mobilien in der Hauptsache zusammen und unterscheide sich von ihr nur durch die Uebergangung der willkürlichen justinianischen Fristen.

Rücksichtlich der Frage, ob eine Ausnahme wegen gestohlener und gefundenen Sachen empfehlenswerth sei oder nicht, wurde von einigen Mitgliedern geltend gemacht, es möge einer solchen Ausnahme für den großen Verkehr nicht bedürfen, dagegen erscheine sie höchst wünschenswerth mit Rücksicht darauf, daß nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches auch viele dem kleineren Handelsbetriebe angehörende Personen als Kaufleute anzusehen seien, so z. B. Tröbdlern u. dergl. Dafür, daß Ausnahmen der in Rede stehenden Art in

der Praxis zu keinen Unzuträglichkeiten Anlaß böten, liefere die Erfahrung jener großen Gebiete, in denen sie seit langen Jahren Geltung hätten, den besten Beweis.

Gegen die Aufstellung einer solchen Ausnahme wurde dagegen angeführt: Durch die beantragte Ausnahme gehe der Werth derjenigen Bestimmungen, in welchen zum Zwecke der Sicherheit des Verkehrs die Vindikabilität beweglicher Sachen beschränkt werden solle, zum größten Theile wieder verloren. Der Umstand, daß auch kleine Handeltreibende, namentlich Erdbbler u. unter Umständen als Kaufleute angesehen werden müßten, entscheide nicht, denn diese kauften in der Regel nicht von Kaufleuten, die fraglichen Bestimmungen würden somit nicht zu ihrem besonderen Schutze reichen, sondern zum Schutze des von ihnen kaufenden Publikums, und es sei nicht abzusehen, warum man diesem, so lange der Handel unter ganz unverdächtigen Umständen abgeschlossen werde, einen solchen Schutz verweigern sollte.

Bei der Abstimmung wurde vorerst die allgemeine Frage, ob eine Bestimmung im Sinne des Antrags Nr. 375 über die Beschränkung der Vindikabilität von Waaren und anderen beweglichen Sachen in das Gesetz aufzunehmen sei, mit 9 gegen 5 Stimmen bejaht, und mit demselben Stimmenverhältniß der Beschluß gefaßt, eine Ausnahme wegen der gestohlenen und verlorenen Sachen zu statuiren.

Sodann wurde mit 8 gegen 6 Stimmen entschieden, daß diese Ausnahme in der Art zu fassen sei, wie in der Anlage B vorgeschlagen worden, und hierauf die in Rede stehende Bestimmung im Einzelnen durch die entscheidende Stimme des Herrn Präsidenten im Sinne des Abs. 1 und 2 des Antrags in der Anlage A, somit dahin festgestellt, daß nicht bloß die Vindikationsklage zu beschränken sei, sondern der redliche Erwerber Eigenthum erwerbe. Die Abstimmung über die von Anfang an vorbehaltene Frage, ob die in dieser Weise genehmigten Bestimmungen nicht wieder sämmtlich zu streichen seien, ward bis nach Durchberathung des Antrags Nr. 375 verschoben.

Hierauf wurde in Betracht gezogen, ob die eben für Waaren und sonstige bewegliche Sachen angenommenen Bestimmungen auch auf Papiere auszudehnen seien, welche auf den Inhaber lauten und nicht außer Kurs gesetzt sind. Im Allgemeinen war man, abgesehen von der vorerst vorbehaltenen Frage, ob man bezüglich dieser Papiere nicht noch weiter gehen müsse, hiemit einverstanden; nur darüber ergaben sich Differenzen, ob die Worte: „und nicht außer Kurs gesetzt

sind“ beizubehalten seien, und ob es sich empfehle, auch hier wegen gestohlener oder verlorener Objekte eine Ausnahme zu machen. Bezüglich des ersten Punktes ward nämlich mehrfach bemerkt, es scheine unthunlich, die Worte: „und nicht außer Kurs gesetzt sind“ beizubehalten, wenn man nicht zugleich bestimme, was darunter zu verstehen sei, da sehr bedeutende Rechte davon abhängig gemacht würden, ob ein Papier außer Kurs gesetzt sei oder nicht, und sich verschiedene Verfahren denken ließen, durch welche ein Außerkurssetzen bezweckt werde, von denen aber nicht immer feststehe, ob sie dazu genügten oder nicht. Von anderen Seiten wurde eingewendet: Es sei nicht möglich, das Verfahren, durch welches Papiere auf den Inhaber außer Kurs gesetzt und wieder in Verkehr gesetzt würden, im Handelsgesetzbuche allgemein zu regeln, da bei der Verschiedenheit der Beschaffenheit dieser Papiere und der ihrer Creation zum Grunde liegenden Verhältnisse, sowie auch bei der Verschiedenheit der in den einzelnen Staaten bestehenden Einrichtungen und Behörden eine Gleichmäßigkeit nicht zu erzielen sei. Man möge nur beispielsweise der Staatspapiere gedenken. Solche Bestimmungen würden auch weit über die Grenzen des Handelsgesetzbuchs hinausgehen. Es bedürfe der fraglichen Worte aber auch gar nicht, sondern genüge, von Papieren auf den Inhaber zu sprechen, weil ein auf den Inhaber lautendes Papier, welches außer Kurs gesetzt worden, so lange als es nicht wieder gültig in Verkehr gesetzt werde, nicht als Papier auf den Inhaber angesehen werden könne, und jedem Käufer überlassen bleiben müsse, sich darnach zu erkundigen, ob ein specielles Papier, welches er anzukaufen beabsichtige, sowohl in Ansehung seiner ursprünglichen Emission als rücksichtlich einer allenfallsigen Außerkurssetzung und Rückversetzung in Verkehr als Inhaberpapier anzusehen sei, übrigens aber der Käufer eines in gesetzlicher Weise außer Kurs gesetzten Papiers sich nicht in gutem Glauben befinde. Gegen Aufstellung einer Ausnahme wegen gestohlener und verlorener Papiere wurde angeführt, daß sie gerade bei diesen Papieren verderblich wirken würde, zumal dieselben lange Jahre hindurch im Verkehr blieben, immer wieder in Umlauf gebracht würden und nicht wie andere Objekte des Handelsverkehrs zum Verbrauch und Konsum bestimmt seien.

Bei der Abstimmung wurde mit 9 gegen 5 Stimmen beschlossen, die bezüglich der beweglichen Sachen angenommenen Bestimmungen des Abs. 1 und 2 der Anlage A auch auf Papiere auszudehnen, welche auf den Inhaber lauten, dabei aber der Außerkurssetzung keine Erwähnung zu thun. Mit demselben Stimmen-

verhältniß wurde beschlossen, wegen gestohlener und gefundener Papiere eine Ausnahme nicht zu machen.

Bei der Diskussion der Frage, ob dem Antrag unter Nr. 375 entsprechend, auch die Worte aufzunehmen seien: „ungleichen, wenn Konnossemente oder Ladefcheine, welche auf solche Gegenstände lauten,“ wurde von einem Mitgliede bemerkt: Der Antrag unter Nr. 375 lasse nicht deutlich erkennen, was mit Aufnahme der erwähnten Worte bezweckt werde, ob dadurch über die Frage entschieden werden solle, unter welchen Voraussetzungen der Inhaber eines Konnossements angehalten werden könne, dasselbe einem früheren Eigenthümer wieder herauszugeben, oder über die Frage, unter welchen Voraussetzungen ein früherer Eigenthümer der im Konnossemente bezeichneten Güter diese von dem letzten Inhaber des Konnossements vindiciren könne, wenn sie derselbe auf Grund des letzteren in Empfang genommen habe. Sofern es sich um die zuletzt erwähnte Frage handle, scheine es einer besonderen Bestimmung über Konnossemente, Ladefcheine, Warrants u. dgl. nicht weiter zu bedürfen, denn in so weit genüge schon die bezüglich der beweglichen Sachen angenommene Bestimmung. Was dagegen den Besitz dieser Papiere selbst betreffe, so empfehle es sich, vorausgesetzt, daß sie an Ordre lauteten und indossabel seien, also nicht lediglich durch die entsprechenden Formen des Civilrechts, als Cession u. dgl. übertragen werden könnten, nicht, dieselben anders zu behandeln, als andere indossable Papiere. Für letztere scheine es aber am geeignetsten, die Bestimmung des Art. 74 der allgemeinen deutschen Wechselordnung für maßgebend zu erklären, was auf die einfachste Weise dadurch geschehen könne, daß man in Art. 287 auch den Art. 74 der allgemeinen deutschen Wechselordnung allegire. Es könne dies um so weniger einem erheblichen Bedenken unterliegen, als die Voraussetzung, unter welcher in diesem Artikel der Schutz des Besitzers zugesichert sei — nämlich die Abwesenheit des bösen Glaubens und groben Verschuldens beim Erwerbe der Urkunde — auf dasselbe hinaus komme, wie die Voraussetzung, daß der Erwerb ein redlicher sei.

Nach längerer Diskussion wurde mit Einstimmigkeit beschlossen, im Handelsgesetzbuche auszusprechen, daß der Art. 74 der allgemeinen deutschen Wechselordnung auf alle indossablen Papiere Anwendung finde, und sodann von Ergänzung der über bewegliche Sachen und Inhaberpapiere beschlossenen Bestimmung durch Erwähnung der Konnossemente und Ladefcheine Umgang genommen.

Der Antrag I der Anlage C wurde nach kurzer Berathung zurückgezogen.

Der dritte Absatz des Antrags in der Anlage A wurde hierauf mit 9 gegen 5 Stimmen angenommen, und mit demselben Stimmenverhältniß der im letzten Absätze des Antrags Nr. 375 vorgeschlagene Vorbehalt der weitergehenden Landesgesetzgebungen genehmigt.

Hierauf wurde der oben vorbehaltene Antrag, die über die Beschränkung der Vindikabilität von beweglichen Sachen und von Inhaberpapieren angenommenen Bestimmungen zu streichen, mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Anlage A.

• Statt des Antrages Nr. 375 (zu Art. 339) werden folgende Bestimmungen empfohlen:

Wenn von einem Kaufmanne in dessen Handelsbetriebe

1. Waaren oder andere bewegliche Sachen,
2. Papiere, welche auf den Inhaber lauten und nicht außer Kurs gesetzt sind,
3. Papiere, welche durch Indossament übertragen werden können,

veräußert und übergeben worden sind, so erwirbt, auch wenn der Veräußerer nicht Eigenthümer ist, der redliche Erwerber das Eigenthum. Das früher begründete Eigenthumsrecht des wirklichen Eigenthümers, so wie jedes dem neuen Erwerber unbekannt gebliebene Pfandrecht oder sonstige dingliche Recht an diesen Gegenständen erlischt.

Sind Gegenstände der vorhin sub 1—3 bezeichneten Art von einem Kaufmann in dessen Handelsbetriebe verpfändet und übergeben, so kann ein früher begründetes Eigenthum, Pfandrecht oder sonstiges dingliches Recht an diesen Gegenständen zum Nachtheil des redlichen Pfandnehmers oder dessen Rechtsnachfolger nicht geltend gemacht werden.

Diese letztere Bestimmung kommt auch für das dem Kommissionär, Spediteur und Frachtführer an den Kommissions-, Speditions- und Frachtgütern zustehende

gesetzliche Pfandrecht zur Anwendung, wenn der Auftraggeber oder Befrachter Kaufmann ist und die Güter in seinem Handelsbetriebe übergeben hat.

Soweit die Landesgesetze für den Besizer noch günstigere Bestimmungen enthalten, werden dieselben durch diesen Artikel nicht berührt.

M o t i v e :

- a) Der Grundsatz ist zu 3 auf alle indossabeln Papiere zu erstrecken.
- b) Die vorstehenden ersten beiden Sätze stimmen mit dem 1. Satze des Antrags unter Nr. 375 überein; die Trennung des Eigenthumserwerbes von dem Erwerbe des Pfandrechts erscheint aber angemessen und wegen der Verschiedenheit der rechtlichen Folgen nothwendig.
- c) Die Ausdehnung auf die gesetzlichen Pfandrechte des Kommissionärs, Spediteurs und Frachtführers rechtfertigt sich durch das unverkennbare gleiche Bedürfnis und das Axiom: *tacitum pignus, quasi convenisset*.

L. 4 pr. de pactis 2. 14.

L. 3 L. 4 pr. in quibus causis etc. 20. 2.

- d) Wenn man sich einmal von der Nothwendigkeit überzeugt hat, daß im Handelsverkehr vor Allem der redliche Erwerb zu schützen sei, so erscheint es nicht zweckmäßig, den Grundsatz zu durchlöchern und dem kaufmännischen Publikum das Gefühl der vollen Sicherheit, also gerade die bezweckte und heilsame Folge des Rechtsatzes wieder zu nehmen. Macht ein Kaufmann seine Niederlage zu einer notorischen Diebeshöhle, so wird der Richter denjenigen, der von solchen Personen zu auffallend billigen Preisen gekauft hat, schwerlich als einen redlichen Erwerber ansehen. In dem jetzigen Vorschlage wird daher Streichung des auf die gestohlenen und verlorenen Sachen sich beziehenden Satzes beantragt.

Anlage B.

Zu dem Antrag Nr. 375 Art. 339 (die vindikation beweglicher Gegenstände betr.) wird vorgeschlagen, den Satz: „Eine Ausnahme tritt ein, wenn . . . zurückgefordert werden“, zu streichen, und statt desselben folgenden Satz aufzunehmen:

„Auf gestohlene und gefundene Gegenstände finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.“
(Der Satz: „So weit die Landesgesetze u. s. w. bleibt.)

M o t i v e.

Durch vorstehendes Amendement wird der Grundsatz zur Anwendung gebracht, daß bei einem Mißbrauch des Vertrauens derjenige, welcher sein bewegliches Eigenthum einem Andern anvertraut hat, dem redlichen Erwerber nachsteht; in dieser Beschränkung genügt der Satz dem wirklichen Bedürfnisse des rechtlichen Verkehrs, ohne zu leicht mißbraucht werden zu können, namentlich unter Berücksichtigung der Möglichkeit des Außer-Kurs-Setzens, er greift dann möglichst wenig in die Landesrechte und in die in vielen Staaten noch bestehenden Gesetze über vindikation beweglicher Sachen ein und wird daher leichter Annahme finden als Bestimmungen, die sich nicht auf das äußerste Maaß beschränken.

Der Ausdruck „außer Kurs setzen“ möchte übrigens einer Erläuterung im Zusätze bedürfen.

Anlage C.

A n t r ä g e

zu Art. 339.

Es wird beantragt, dem Antrage in der Anlage A — vorbehaltlich des Beschlusses über die Nichtvindikabilität aller indossablen Papiere, — am gehörigen Orte *salva redactione* folgende Sätze beizufügen:

I.

Auf gleiche Weise wird das Eigenthum von dem redlichen Besitzer einer Waare u. s. w. erworben, wenn

dieselbe in einer nach Vorschrift des Handels-Gesetz-Buches durch einen hierzu befugten Beamten oder durch einen beeideten Handelsmädler vorgenommenen öffentlichen Versteigerung veräußert und übergeben worden ist.

II.

Dasselbe gilt von der Erwerbung des Pfandrechts u. s. w.

III.

Nach den Worten: außer Cours, — einzufalten: oder außer Verkehr.

M o t i v e.

Das österreichische bürgerliche Gesetzbuch enthält im § 367 folgende Bestimmung:

§ 367.

„Die Eigenthumsklage findet gegen den redlichen Besitzer einer beweglichen Sache nicht statt, wenn er beweiset, daß er diese Sache entweder in einer öffentlichen Versteigerung, oder von einem zu diesem Verkehre befugten Gewerbsmanne, oder gegen Entgelt von jemandem an sich gebracht hat, dem sie der Kläger selbst zum Gebrauche, zur Verwahrung, oder in was immer für einer anderen Absicht anvertrauet hatte. In diesen Fällen wird von den redlichen Besitzern das Eigenthum erworben, und dem vorigen Eigenthümer steht nur gegen jene, die ihm dafür verantwortlich sind, das Recht der Schadloshaltung zu.“

Diese in Folge anderer Anordnungen des österreichischen bürgerlichen Gesetzbuches auch für das Pfandrecht geltende Bestimmung ist auch da, wo für den Mobilien-Verkehr im Sinne der Broschüre:

„Ueber Nationalität und Einheit des bürgerl. Rechtes“ (von Dr. C. Triepß, Hamburg Otto Meißner 1860) ein gemeinsames Gesetz besteht, eine unerläßliche, zum Theil schon durch den Rechtsatz: „Hand muß Hand wahren“, anerkannte Forderung.

Es ist daher gewiß nur dankenswerth, daß durch den zur Zahl 375 der Regierungs-Erinnerungen ad. Art. 339 gestellten Antrag dieser, auch von mehreren Kritikern des allgemeinen deutschen Handels-Gesetz-Entwurfes bevormorteten, oder angeedeuteten Forderung des Verkehrs Rechnung getragen und damit eine Lücke dieses Gesetz-Entwurfes auszufüllen Gelegenheit gegeben wurde.

Allein eine auch nur oberflächliche Vergleichung dieses Antrags mit § 367 des österreichischen bürgerlichen Gesetzbuches bekundet, daß die Bestimmung dieses Paragraphen selbst abgesehen von der im Han-

Handels-Gesetz-Buche nothwendigen Beschränkung auf den Handels-Verkehr viel weiter gehe und der Sicherheit des Verkehrs viel günstiger sei, als jener Antrag, welcher z. B. die Vindication von gestohlenen oder gefundenen Sachen, von Sachen, welche in einer öffentlichen Versteigerung, oder von einem in § 367 bezeichneten Vormanne oder von einem zu solchem Verkehre befugten Gewerbsmanne im guten Glauben erworben worden sind, noch immer zuläßt. Diese Zulässigkeit dürfte aber, selbst bei strenger Auffassung der in den Bereich eines deutschen Handels-Gesetz-Buches fallenden Materien zu weit ausgedehnt und namentlich nicht ganz gerechtfertigt sein, weshalb

- 1) die Vindication zulässig sein soll, wenn die bewegliche Sache durch einen beeidigten Handels-Mäkler oder in einer von dazu befugten Beamten nach Vorschrift des Handels-Gesetz-Entwurfes vorgenommenen öffentlichen Versteigerung z. B. Art. 291 des allgemeinen deutschen Handels-Gesetz-Entwurfes zweiter Lesung veräußert worden ist.
- 2) Wenn die bewegliche Sache gestohlen oder gefunden ist. Abgesehen davon, daß nicht wohl einzusehen ist, warum zwar die durch Diebstahl, aber nicht die durch Veruntreuung, Raub oder Betrug dem Eigenthümer entzogene Sache vindicabel sein soll, wenn sie von einem Kaufmanne in dessen Handels-Betriebe veräußert und übergeben ist, so wird die Sicherheit des Verkehrs dadurch offenbar wesentlich beeinträchtigt, wenn z. B. derjenige, welcher eine Uhr von einem Uhrenhändler, eine Aktie oder einen Ballen Baumwolle von einem beeidigten Handels-Mäkler oder in einer anderen öffentlichen obbezeichneten Versteigerung an sich gebracht hat, gegen die Vindication nicht geschützt ist. Wo sich etwa nachtheilige Folgen aus der Nicht-Vindicabilität ergeben haben, liegt der Grund davon in strafrechtlichen oder anderen Einrichtungen, keineswegs aber in der Ausschließung der Vindication. Wegen möglichen Mißbrauches aber darf auch hier wie anderwärts eine wohlberechtigte Forderung des Verkehrs nicht beschränkt oder nur halb befriedigt werden. Andererseits dürfte es nicht genügen, wenn lediglich die Eigenthumsklage abgeschnitten und nicht zugleich erklärt wird, daß der redliche Besitzer das Eigenthum erwerbe, ohne erst den Ablauf der Erßigungszeit abzuwarten. Der Grundsatz des französischen, bekanntlich auch hier und da in Deutschland geltenden Rechts: possession vaut titre, muß diesfalls auch

gegenüber dolose entfremdeten Waaren u. s. w. genügen.

Werthpapiere, welche gerichtlich deponirt und Eigenthum, z. B. einer Waifen-Cassa sind, werden hie und da in Deutschland durch ein sogenanntes Vinculum oder Haftungsband, das ist durch eine gerichtliche Bezeichnung des Eigenthümers auf dem Werthpapiere, zwar dem Verkehre entzogen, aber — dem dortigen Sprachgebrauche gemäß nicht außer Cours gesetzt. Lauten nun solche Werthpapiere, z. B. Aktien, auf den Inhaber, so bleiben sie ungeachtet jenes Vinculums auf den Inhaber lautende Papiere. Für jene Länder scheint daher der beantragte Zusatz: oder außer Verkehr, erforderlich.

Uebrigens ist auch der Umfang des unter Ziffer 375 gestellten obenerwähnten Antrages durch die kürzlich beschlossene Streichung der Ziffer 4 des Art. 255, wonach auch Handels-Mäkler im Sinne des Art. 3 als Kaufleute anzusehen wären, beschränkt worden, und es fällt offenbar auch eine solche Bestimmung in den Bereich eines Handels-Gesetz-Buches, welche die Vindicabilität in jenen Fällen ausschließt, wo die Veräußerung von Waaren u. s. w. nach Vorschrift des Handels-Gesetz-Buches durch einen zu Versteigerungen befugten Beamten oder durch einen beideten Handels-Mäkler öffentlich versteigert worden ist.

Schließt man in solchen Fällen die Vindicabilität nicht aus, so wird dadurch in jenen Ländern, wo die Vindicabilität unstatthaft ist, dem Ausländer zum Nachtheil des Inländers, wenigstens im internationalen Handels-Verkehr ein Vortheil zugestanden.

Aus diesem Grunde dürfte auch der von dem Herrn Abgeordneten von Hamburg gestellte dießfällige Antrag in der vorgeschlagenen Weise zu erweitern sein.

Anlage D.

Antrag

statt des Antrags Nr. 275.

Der Besitzer von Papieren auf den Inhaber, welche nicht außer Cours gesetzt sind, ingleichen der nach den

Bestimmungen des Art. 287 legitimirte Besitzer von Papieren, welche durch Indossament übertragen werden können, kann nur dann zur Herausgabe dieser Papiere angehalten werden, wenn er dieselben in bösem Glauben erworben hat, oder ihm bei der Erwerbung derselben eine grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

DLXII. Sitzung.

Nürnberg, den 15. Dezember 1860.

In der heutigen, von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Maule geleiteten Sitzung, an welcher der Herr Abgeordnete für Lübeck, Dr. Haltermann, keinen Antheil mehr nahm, da er nach Hause abberufen worden war, wurde in der Berathung der zu

Art. 339

gestellten Anträge fortgefahren und noch in Betracht gezogen, ob dem in der Anlage D zum vorigen Protokolle aufgeführten Antrage gemäß, eine allgemeine Bestimmung über die Beschränkung der Bindbarkeit von Inhaberpapieren und zwar ohne Rücksicht darauf, ob dieselben von einem Kaufmann oder einem Nichtkaufmann veräußert worden, aufzunehmen sei. Für die Bejahung dieser Frage wurde angeführt: Daß eine Bestimmung dieses Inhalts als ein Bedürfnis erscheine, stehe außer Zweifel, und ebenso wenig könne mit Grund ein Bedenken darüber erhoben werden, daß die Versammlung zur Aufstellung derselben kompetent sei, weil die Inhaberpapiere recht eigentlich als ein Handels- und Börsenartikel zu betrachten seien, und somit der ganze Verkehr mit denselben dem Handelsrechte anheim falle. Der Sache nach bedenklich sei die vorgeschlagene Bestimmung um deswillen nicht, weil der Kredit der Inhaberpapiere in Folge der dadurch bedingten erhöhten Sicherheit des Verkehrs mit denselben nur gewinnen könne; die einzelnen Staaten würden demnach rücksichtlich ihrer betreffenden Staatspapiere auch keinen Anlaß zur Beanstandung der erwähnten Bestimmung haben. In der Ablehnung derselben würde eine neue Vermehrung der Privilegien des Handelsstandes liegen, weil

man, um gegen Fiktion gesichert zu sein, fortan Staatspapiere u. dergl. mit voller Sicherheit nur von Kaufleuten würde erwerben können.

Von anderer Seite wurde hiegegen bemerkt: Die Versammlung würde durch Annahme des Antrags in der Anlage D zum vorigen Protokolle ihre Kompetenz überschreiten und in das Civilrecht eingreifen, denn es sei nicht richtig, daß die Inhaberpapiere an sich schon als Handels- und Börsenartikel betrachtet werden könnten, es gebe vielmehr eine beträchtliche Anzahl solcher Papiere, welche nie Gegenstand des Handelsverkehrs würden.

Nach dem Schlusse der Diskussion wurde der Antrag in der Anlage D zum vorigen Protokolle mit 8 gegen 5 Stimmen bezüglich der Inhaberpapiere zum Beschlusse erhoben, worauf der Herr Referent als Vertreter der königl. preussischen Regierung erklärte, er wünsche ausdrücklich ins Protokoll aufgenommen zu sehen, daß er nicht zugestimmt habe und den eben gefaßten Beschluß als die Kompetenz der Versammlung überschreitend ansehe.

Sodann wurde anerkannt, daß auch dieser Bestimmung gegenüber die zu Gunsten des Besitzers von Inhaberpapieren weiter gehenden Landesgesetze vorbehalten blieben.

Hierauf wurde die Frage der Berathung unterstellt, ob im Hinblick auf die rücksichtlich der Windikabilität von beweglichen Sachen, Inhaberpapieren und indossablen Papieren angenommenen Bestimmungen und in Gemäßheit des zu

Art. 339

unter Nr. 375 gestellten Antrags aus diesem Artikel die Worte: „er kann aber die Waare von dem dritten redlichen Besitzer nicht zurückfordern“ zu streichen seien. Mehrere Mitglieder waren für Beibehaltung dieser Worte, theils weil sie dafür hielten, daß, wenn dieselben gestrichen würden, der Kommittent auch nicht einmal von demjenigen die Waare zurückfordern könne, welchem beim Erwerb derselben bekannt gewesen, daß der Kommissionär gegen die ihm ertheilte Ordre handle, oder daß es wenigstens sehr zweifelhaft sein werde, ob der Kommittent dieses Recht habe, indem großes Gewicht darauf gelegt werden könne, daß der Kommittent den Kommissionär beauftragt habe, Dritten gegenüber als Eigenthümer über die Waare zu verfügen, theils weil sie der Ansicht waren, es müßte hier von der Ausnahme bezüglich der gestohlenen und verlorenen Sachen Umgang genommen werden.

Von anderen Seiten wurde dagegen bemerkt, wenn die in Rede stehenden Worte im Gesetze auch fehlten,

so könne es doch nicht zweifelhaft sein, daß die nunmehr angenommenen Bestimmungen über die vindictabilität der beweglichen Sachen und der oben erwähnten Papiere auch auf die von dem Kommissionär verkauften Sachen Anwendung fänden, und zwar ohne Unterschied, ob er gewerbmäßig Kommissionsgeschäfte betreibe, oder ob Art. 355 auf ihn Anwendung leide, da der Kommissionär sich von andern Kaufleuten rücksichtlich der hier maßgebenden Verhältnisse in Nichts unterscheide.

Die eben erwähnten Ausführungen würden übrigens dahin führen, daß man in der betreffenden Bestimmung nicht vom redlichen Besitzer der Waare, sondern von demjenigen sprechen müßte, der die Waare aus der Hand des Kommissionärs erworben habe. Die Ausnahme wegen gestohlener oder verlorener Waaren komme dagegen gar nicht in Betracht, denn es handle sich nur um das Vindikationsrecht des Kommittenten bezüglich der von ihm dem Kommissionär übergebenen Waaren, und diese könnten dem Ersteren begreiflich nicht gestohlen worden noch verloren gegangen sein.

Schließlich wurde die Streichung des oben erwähnten Schlusssatzes aus Art. 339 mit 9 gegen 4 Stimmen genehmigt.

Bei Berathung der zu

Art. 340

unter Nr. 376 und 377 gestellten Anträge wurde von einem Mitgliede bemerkt: Die Fassung des Art. 340 sowohl, als auch die Redaction der gegen denselben eingebrachten Anträge lasse zweifelhaft, ob der Kommittent niemals einen größeren Schaden als die Preisdifferenz verlangen könne. Ein solcher größerer Schaden sei aber nicht bloß wohl möglich, sondern gewiß oft faktisch eingetreten, wenn nämlich z. B. der Kommittent noch mehr Waaren von derselben Art wie die verkauften besitze, und der Marktpreis derselben durch die niederen Preise, zu welchen der Kommissionär verkauft habe, gefallen sei. In solchen Fällen würden die Preise gedrückt, zumal wenn der Kommissionär größere Quantitäten der kommittirten Waare unter dem Limitum verkauft habe, oder wenn nur geringe Quantitäten dieser Waare auf dem Plage seien, z. B. bei schlechter Erndte von Indigo, Cochenille u. s. w., daher scheine es rathlich, wie in Art. 335 zu sagen: „der Schaden besteht in der Preisdifferenz, unbeschadet des Rechtes des Kommittenten, einen größeren Schaden nachzuweisen und geltend zu machen.“

Von einem andern Herrn Abgeordneten wurde bemerkt: Es lasse sich nicht verkennen, daß die jetzige Fassung des Artikels in einer allzuschroffen Weise jede Berücksichtigung der besonderen Umstände des Falles

ausschließe, und daß es deshalb wünschenswerth sei, denselben in einem Zusage etwas zu mildern. Es erscheine indeß nicht thunlich, diesem Bedürfnisse durch Annahme des unter Nr. 376 beantragten Zuges zu genügen. Daß der Kommissionär nicht schon dann, wenn der Kommittent nur keinen Schaden gelitten habe, von der Verpflichtung zum Ersatz der Differenz zwischen dem Verkaufspreise und dem Limitum frei gelassen werden könne, sei in den früheren Verhandlungen überzeugend dargethan. Nicht bloß keinen Schaden, sondern Vortheil müsse der Kommittent gehabt haben, wenn der Kommissionär ungeachtet des Zuwiderhandelns gegen die erhaltene Ordre gerechtfertigt erscheinen solle, zumal die Befugniß des Kommissionärs, als Selbstübernehmer einzutreten, von der Versammlung sehr erweitert worden sei; es müßten die Voraussetzungen der negotiorum gestio vorhanden gewesen sein. Unter diesen Umständen und da die hier befürwortete strengere Auffassung der Sache auch weit mehr als jede andere der Auffassung des Verkehrs entspreche, wie schon das Sprüchwort bewähre: „Folg Ordre und thu' Unrecht“, erscheine es angemessener, den Antrag unter Nr. 377 anzunehmen, wenn auch unter Weglassung des Wortes: „unzweifelhaft“ aus der wieder herzustellenden Bestimmung des preussischen Entwurfs. Durch eine solche Bestimmung würde man sich auch von der Auffassung nicht entfernen, welche bei der zweiten Lesung leitend gewesen sei, und andererseits den Art. 342 und 343 die ihnen gebührende allgemeine Geltung sichern.

Von anderer Seite wurde bemerkt, es sei kein Zusatz zu machen, da die Gegenansprüche des Kommissionärs aus einer etwaigen negot. gestio durch den Artikel nicht ausgeschlossen seien, und es ungerechtfertigt sei, die Befugniß des Kommissionärs, unter Umständen unter dem Limitum zu verkaufen, als gesetzlichen Inhalt des Mandats hinzustellen. Jedenfalls sei daher der behauptete Zusatz als ein besonderer Satz am richtigsten nach einem Absatz auszusprechen.

Hierauf wurde entgegnet: Es seien zwei Fragen zu unterscheiden, nämlich 1. die Frage, unter welchen Voraussetzungen der Kommissionär wegen Verkauf unter dem Limitum zur Leistung von Schadenersatz verbunden, und unter welchen Voraussetzungen er von der Verpflichtung hiezu befreit sei, und 2. die Frage, wie groß der zu leistende Schadenersatz sei. Der unter Nr. 377 in Vorschlag gebrachte Zusatz treffe nur die erste Frage, indem er bestimme, daß der Kommissionär gar keinen Schadenersatz zu leisten brauche, wenn er zum Vortheil des Kommittenten der Ordre desselben zuwider gehandelt habe. Es stehe nichts im Wege,

diesen Zusatz anzunehmen. Dadurch werde aber keineswegs der Antrag unter Nr. 376 seine Erledigung finden, indem dieser nur die zweite Frage im Auge habe. Der Art. 340 bestimme ohne alle Unterscheidung, daß der Kommissionär, welcher unter dem Limitum verkauft habe, den Unterschied zwischen diesem und dem erzielten Kaufpreis zu ersetzen habe, obgleich das Limitum ein von dem Kommittenten willkürlich festgesetzter Betrag und somit nicht abzusehen sei, weshalb dieser für die Schadensberechnung ohne Weiteres maßgebend sein solle. Lege man dieser Berechnung das Limitum zum Grund, so erhalte der Kommittent unter Umständen zu viel und unter Umständen zu wenig. Wenn dem Kommittenten bewiesen werde, daß sein Limitum inzwischen nicht zu erreichen gewesen, daß er sich um eine geringere Summe sofort dieselbe Quantität und Qualität der verkauften Waare wieder anschaffen und auf diese Weise auch seine Spekulation fortsetzen könne, fehle es an genügenden Gründen dafür, den Schaden des Kommittenten nach dem Limitum zu bemessen. Geschehe dies dennoch, so werde dadurch förmlich eine Pön für die Ueberschreitung der Ordre statuiert. Wenn auf der anderen Seite der Auftrag dahin laute, die Waare so schnell und so gut als möglich, aber nicht unter 150 zu verkaufen, und nun die Waare um 170 verkauft werden könnte, der Kommissionär aber die günstige Gelegenheit versäume, und nachmal die Waare auf 100 sinke, und der Kommissionär in der festbegründeten Aussicht auf noch größeres Sinken die Waare um 100 verkaufe, so werde nicht das Limitum von 150, sondern der Preis von 170 der Schadensberechnung zum Grunde zu legen sein.

Es wurde jedoch hiegegen eingewendet: Die Absicht des Art. 340 gehe dahin, Beweisführungen der Art, wie sie eben erwähnt worden seien, dem Kommittenten gegenüber auszuschließen. Der Kommissionär würde sonst, wenn er mit solchen Beweisführungen dem Kommittenten gegenüber gehört werden müßte, den Letzteren in die größten Verwickelungen bringen, zumal beide oft sehr weit von einander entfernt seien, und wohl der Kommissionär, nicht aber der Kommittent über die Verhältnisse am Verkaufsplatz genau unterrichtet und in der Lage sein werde, sich die geeigneten Beweismittel zu verschaffen. Daß der Kommissionär, wenn er noch in anderer Beziehung seine Pflichten verlegt, z. B. eine günstige Verkaufsgelegenheit pflichtwidrig versäumt habe, nach den Umständen des Falls noch zu einer weiteren Entschädigung verpflichtet sein könne, werde durch den Vorschlag nicht ausgeschlossen. Der Antrag Nr. 376 gehe daher von

der Voraussetzung aus, daß die Zugrundelegung des Limitum sowohl dem Kommittenten als dem Kommissionär unter Umständen gefährlich werden könne, sei aber gleichwohl nur auf den Schutz der einen Seite, nämlich des Kommissionärs, bedacht.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Nr. 376 mit 11 gegen 2 Stimmen abgelehnt, und mit 11 gegen 2 Stimmen der Antrag Nr. 377 unter der Modification, daß das Wort „unzweifelhaft“ wegzulassen sei, angenommen, jedoch mit 10 gegen 3 Stimmen der Redaktionskommission zur Erwägung anheimzugeben beschloffen, ob es nicht vorzuziehen sei, daß statt: „und die Unterlassung dem Kommittenten Schaden verursacht haben würde“ gesetzt werde: „und die Vornahme des Verkaufs unter dem Limitum einen Schaden von dem Kommittenten abgewendet habe.“

Der unter Nr. 377 gestellte Antrag, den eben angenommenen Zusatz auch bei

Art. 341

aufzunehmen, wurde nach kurzer Berathung unter Hinweisung darauf, daß die Verhältnisse bei der Einkaufskommission andere seien, als bei der Verkaufskommission, was jedoch von anderen Seiten widersprochen wurde, mit 10 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Die Berathung über den Antrag Nr. 399 a zum

Art. 351

wurde bis nach Feststellung des Titels vom Frachtgeschäfte vorbehalten.

Bei Diskussion des zu

Art. 351

gestellten Antrags Nr. 399 b wurde unter Bezugnahme auf die früheren Verhandlungen für denselben angeführt: Die Entscheidung der Frage, welches von den Pfandrechten des Kommissionärs, Spediteurs und Frachtführers den übrigen vorgehe, wenn das Pfandobjekt nicht zur Befriedigung aller dieser Pfandgläubiger hinreiche, sei ein dringendes praktisches Bedürfnis. Die vorgeschlagene Entscheidung der Frage rechtfertige sich aber einerseits durch die Erwägung, daß jeder frühere Inhaber des Pfandobjektes es in der Hand gehabt habe, sich durch Nachnahmen u. bezahlt zu machen, ehe er dasselbe aus den Händen gegeben, und es sich selbst zuzuschreiben habe, wenn er durch Unterlassung dieser Vorsichtsmaßregel sich einem Verluste aussetze, andererseits durch den Umstand, daß durch Hinzutritt der Thätigkeit eines neuen Inhabers der Waare diese immer an Werth gewinne.

Von anderen Seiten wurde bestritten, daß ein Bedürfnis für Aufnahme der in Rede stehenden Bestimmung vorhanden sei, und geltend gemacht, jeder Ver-

such, das Rangverhältniß der Pfandgläubiger u. dergl. außerhalb des Konkursrechtes zu regeln, könne wegen möglicher Kollisionen mit den Konkursgesetzgebungen der einzelnen Länder zu Verwickelungen führen und sei darum gefährlich.

Schließlich wurde jedoch der Antrag Nr. 399 b mit 9 gegen 4 Stimmen, jedoch mit Vorbehalt der Redaktion, zum Beschlusse erhoben.

Zu dem den

Art. 357

betreffenden Antrag Nr. 413 wurde bemerkt: Schon in den früheren Berathungen sei mehrfach hervorgehoben worden, daß in manchen Gegenden Deutschlands der Spediteur regelmäßig auch ohne besondere Verabredung die Haftung für die Zwischenspediteure, Frachtführer und Schiffer übernehme, deren er sich zur Ausführung des Transportes bediene. Wenn es nun auch an genügenden Gründen dafür gefehlt haben möge, die Uebernahme dieser Haftung im Handelsgesetzbuche als ein Naturale des Speditionsgeschäftes zu erklären und so zum gemeinsamen Rechte zu machen, so scheint es doch auch nicht gerechtfertigt zu sein, wenn dieselbe in denjenigen Gebieten, in welchen die besprochene Gewohnheit bestehe, für den Fall abgeschafft werde, daß nichts besonders verabredet werde. Es empfehle sich deshalb die Einschaltung der Worte: „oder ortsüblich.“

Es wurde jedoch entgegnet: Durch die beantragte Einschaltung werde der beabsichtigte Zweck nicht erreicht, sondern nur dies ausgesprochen, daß wenn der Spediteur überhaupt für Zwischenspediteure, Frachtführer und Schiffer zu haften habe, diese Haftung in der in Abs. 3 besprochenen Weise zu beurtheilen sei. Uebrigens erscheine der intendirte Vorbehalt des in Rede stehenden Ortsgebrauchs überhaupt nicht angemessen, weil dadurch der erste und zweite Absatz des Art. 357 ohne Weiteres für große Gebiete wieder aufgehoben und die beabsichtigte Rechtsseinheit vereitelt würde. Denn in denjenigen Staaten oder Landestheilen, in denen jetzt der Grundsatz des französischen Rechts, daß der Spediteur für die Zwischenspediteure, Frachtführer und Schiffer hafte, Geltung habe, sei diese Haftungsverbindlichkeit selbstverständlich auch ortsüblich.

Der Antrag Nr. 413 wurde hierauf mit allen gegen eine Stimme abgelehnt.

Für die Anträge unter Nr. 414 und 414 a wurde angeführt: Die jetzige Fassung des dritten Absatzes gebe zu der Auslegung Anlaß, als müsse der Spediteur, wenn er die Haftung für die von ihm benützten Zwischenspediteure, Frachtführer und Schiffer übernehme, weiter haften, als diese, als übernehme er nämlich da-

durch zugleich die Garantie, daß der Transport glücklich werde ausgeführt werden. Zu dieser Auslegung gelange man nothwendig dadurch, daß ausdrücklich angeführt worden sei, der Spediteur habe bei gewissen Transportanstalten nicht weiter als diese zu haften, und durch die Erwägung, daß es einer solchen Bestimmung nicht bedürfen würde, wenn dasselbe bei allen anderen Transportanstalten Geltung haben sollte. Wo aber ein Spediteur im Sinne des ersten und zweiten Absatzes vorhanden, und von diesem eine Haftung für den Zwischenpediteur, Frachtführer und Schiffer *ic.* übernommen worden sei, habe diese Vertragsbestimmung, abgesehen von dem Fall, wenn der Zwischenpediteur von dem Hauptpediteur nur zu dem Behufe mit der Sache betraut worden sei, um die dem Letzteren zukommenden Dienste zu leisten, wo also nicht sowohl ein Zwischenpediteur als ein Unterspeditur in Frage stehe, nur die Bedeutung einer Uebnahme des *del credere*; der Spediteur verbürge sich durch Uebnahme dieser Haftung dafür, daß der Zwischenpediteur, der Frachtführer und Schiffer ihren Obliegenheiten nachkämen, habe somit nicht weiter als diese zu haften, und seien darum die vorgeschlagenen Fassungsveränderungen gerechtfertigt. Auf den von einigen Mitgliedern gestellten Antrag, in dem Fall, wenn den Anträgen Nr. 414 und 414 a. stattgegeben werden sollte, wenigstens die Worte: „oder vertragsmäßig“ zu streichen, weil der Spediteur die Verträge mit den Zwischenpediteuren, den Frachtführern und dem Schiffer selbst zu schließen habe, und sich doch nicht dadurch seine eigene Haftung erleichtern dürfe, daß er denselben einen Theil ihrer gesetzlichen Haftung im Vertrage erlasse, ward von dieser Seite erwidert: Es könne nicht zweifelhaft sein, daß der Spediteur unter Umständen mit vollem Rechte Verträge schließen dürfe, in denen dem Zwischenpediteur oder dem Frachtführer ein Theil ihrer gesetzlichen Haftbarkeit erlassen werde, weil sich vielleicht sonst Niemand unter passenden Bedingungen zur Ausführung des Transportes herbeilassen würde, z. B. weil es sich um den Transport einer Waare von sehr geringem Werthe handle, für welche man nur wenig Fracht zahlen könne. Für Fälle dieser Art sei die Verweisung auf die vertragsmäßige Haftbarkeit des Frachtführers *ic.* vollständig gerechtfertigt. Für andere Fälle werde aber aus dieser Verweisung kein ungeeigneter Schluß gezogen werden können, weil die Haftbarkeit des Speditors sich dann ungeachtet der Verweisung auf den Vertrag in Art. 357 Abs. 3 daraus ergebe, daß er selbst die nöthige Sorgfalt nicht angewendet, oder daß der Zwischenpe-

biteur gefehlt habe, und er für diesen Bürge geworden sei.

Von einer anderen Seite wurde bemerkt: der dritte Absatz des Art. 357 sei ganz entbehrlich; er habe nur so lange eine Bedeutung gehabt, als in den vorausgehenden Absätzen die Bestimmung enthalten gewesen, daß der Spediteur auch ohne besondere Verabredung für die glückliche Ausführung des Transportes für den Frachtführer haftbar sei, vergl. Art. 300 des Preuß. Entw., so lange also die Haftung des Speditors an sich größer als die der Posten, Eisenbahnen u. dergl. gewesen; nur unter dieser Voraussetzung habe es der in Abs. 3 enthaltenen Mildebedingung bedurft. Bei dem jetzigen Inhalte der beiden ersten Absätze bedürfe es des Abs. 3 nicht, und gebe der Inhalt dieses Absatzes bei Mangel einer praktischen Bedeutung nur zu Mißverständnissen Anlaß, weshalb dessen Streichung beantragt werde.

Nach dem Schlusse der Diskussion wurde die Frage, ob dem Antrag unter Nr. 414 a entsprechend die Worte: „wenn sie nicht erweislich in einem weitergehenden Sinne übernommen worden ist“ aufzunehmen seien, mit 8 gegen 5 Stimmen bejaht, und mit demselben Stimmenverhältniß beschloffen, statt der Worte: „wenn er sich der Post, der Eisenbahnen oder Dampfschiffe zu bedienen hat, auf den Umfang, in welchem diese Transportanstalten selbst haften“ zu setzen: „auf den Umfang, in welchem diese Mittelspersonen selbst haften“, sodann aber mit 8 gegen 5 Stimmen die Streichung des dritten Absatzes beschloffen.

Die Berathung der Anträge Nr. 420 und 421 wurde bis nach Feststellung des Titels vom Frachtgeschäfte vorbehalten.

Schließlich wurden die Protokolle der DLIII. Sitzung vom 28. November, der DLIV. Sitzung vom 30. November, der DLV. Sitzung vom 1. Dezember und der DLVI. Sitzung vom 3. Dezember 1860 verlesen und genehmigt.

~~~~~

## DLXIII. Sitzung.

Nürnberg, am 18. Dezember 1860.

In der heutigen, von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Maule geleiteten Sitzung, an welcher die in dem 548. Protokolle aufgeführten Herren Abgeordneten mit Ausnahme des Herrn Abgeordneten für Lübeck Antheil nahmen, wurden die Vorschläge der Redaktionskommission bezüglich der Fassung der bisher in dritter Lesung gefaßten Beschlüsse, sowie bezüglich jener Erinnerungen der höchsten und hohen deutschen Regierungen, welche unter Ziff. II. des den k. k. österreichischen, k. preussischen und k. bayerischen Noten vom 12., 18. und 23. Oktober ds. Js. beigelegten Verzeichnisses aufgeführt und an die erwähnte Kommission verwiesen sind, entgegengenommen und mit deren Prüfung und Verbessehung begonnen. Hierbei ergab sich zu folgenden Bemerkungen Anlaß.

Dem Beschlusse der Redaktionskommission entsprechend wurde zu

### Art. 4

mit 11 gegen 2 Stimmen genehmigt, daß ungeachtet des Monitums unter Nr. 9 der Zusammenstellung die in zweiter Lesung angenommene Fassung beibehalten werde.

Im Hinblick auf die Erinnerung unter Nr. 21 der Zusammenstellung zu

### Art. 10

hatte die Redaktionskommission für diesen Artikel folgende Fassung in Vorschlag gebracht:

„Durch die Landesgesetze, welche in gewerbepolizeilicher oder gewerbesteuerlicher Beziehung Erfordernisse zur Begründung der Eigenschaft eines Kaufmanns oder besonderer Klassen von Kaufleuten auf die Anwendung der Bestimmungen des nicht ausgeschlossenen durch dieses Gesetz

seiner Auffassungsweges dahin in gehen aufgefi

diteur gefehlt habe, und er für diesen Bürge geworden sei.

Von einer anderen Seite wurde bemerkt: der dritte Absatz des Art. 357 sei ganz entbehrlich; er habe nur so lange eine Bedeutung gehabt, als in den vorausgehenden Absätzen die Bestimmung enthalten gewesen, daß der Expéditeur auch ohne besondere Verabredung für die glückliche Ausführung des Transportes für den Frachtführer haftbar sei, vergl. Art. 300 des Preuss. Entw., so lange also die Haftung des Expéditeurs an sich größer als die der Posten, Eisenbahnen u. dergl. gewesen; nur unter dieser Voraussetzung habe es der in Abs. 3 enthaltenen Milde rung bedurft. Bei dem jetzigen Inhalte der beiden ersten Absätze bedürfe es des Abs. 3 nicht, und gebe der Inhalt dieses Absatzes bei Mangel einer praktischen Bedeutung nur zu Mißverständnissen Anlaß, weshalb dessen Streichung beantragt werde.

Nach dem Schlusse der Diskussion wurde die Frage, ob dem Antrag unter Nr. 414 a entsprechend die Worte: „wenn sie nicht erweislich in einem weiter gehenden Sinne übernommen worden ist“ aufzunehmen seien, mit 8 gegen 5 Stimmen bejaht, und mit demselben Stimmenverhältniß beschloffen, statt der Worte: „wenn er sich der Post, der Eisenbahnen oder Dampfschiffe zu bedienen hat, auf den Umfang, in welchem diese Transportanstalten selbst haften“ zu setzen: „auf den Umfang, in welchem diese Mittelspersonen selbst haften“, sodann aber mit 8 gegen 5 Stimmen die Streichung des dritten Absatzes beschloffen.

Die Verathung der Anträge Nr. 420 und 421 wurde bis nach Feststellung des Titels vom Frachtgeschäfte vorbehalten.

Schließlich wurden die Protokolle der DLIII. Sitzung vom 28. November, der DLIV. Sitzung vom 30. November, der DLV. Sitzung vom 1. Dezember und der DLVI. Sitzung vom 3. Dezember 1860 verlesen und genehmigt.

## DLXIII. Sitzung.

Nürnberg, am 18. Dezember 1860.

In der heutigen, von dem Herrn Präsidenten Dr. Mitter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher die in dem 548. Protokolle aufgeführten Herren Abgeordneten mit Ausnahme des Herrn Abgeordneten für Lübeck Antheil nahmen, wurden die Vorschläge der Redaktionskommission bezüglich der Fassung der bisher in dritter Lesung gefaßten Beschlüsse, sowie bezüglich jener Erinnerungen der höchsten und hohen deutschen Regierungen, welche unter Ziff. II. des den k. k. österreichischen, k. preussischen und k. bayerischen Noten vom 12., 18. und 23. Oktober ds. Js. beigelegten Verzeichnisses aufgeführt und an die erwähnte Kommission verwiesen sind, entgegengenommen und mit deren Prüfung und Verbessehung begonnen. Hierbei ergab sich zu folgenden Bemerkungen Anlaß.

Dem Beschlusse der Redaktionskommission entsprechend wurde zu

### Art. 4

mit 11 gegen 2 Stimmen genehmigt, daß ungeachtet des Monitums unter Nr. 9 der Zusammenstellung die in zweiter Lesung angenommene Fassung beibehalten werde.

Im Hinblick auf die Erinnerung unter Nr. 21 der Zusammenstellung zu

### Art. 10

hatte die Redaktionskommission für diesen Artikel folgende Fassung in Vorschlag gebracht:

„Durch die Landesgesetze, welche in gewerbepolizeilicher oder gewerbesteuerlicher Beziehung Erfordernisse zur Begründung der Eigenschaft eines Kaufmanns oder besonderer Klassen von Kaufleuten aufstellen, wird die Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzbuches nicht ausgeschlossen; ebenso werden jene Gesetze durch dieses Gesetzbuch nicht berührt.“

Ein Mitglied bemerkte hierzu: Nach seiner Auffassung sei die Absicht des Art. 10 keinesweges dahin gegangen, dasjenige zu bestimmen, was in dem eben aufgeführten Vorschlage ausgesprochen werde. Dieser

Vorschlag gehe über die Grenzen einer Fassungsänderung hinaus und fehre den Art. 10 geradezu um. Wenn den gewerbepolizeilichen Gesetzen kein Einfluß darauf eingeräumt werde, ob Jemand als Kaufmann anzusehen und nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs zu beurtheilen sei, so würden selbst solche Handeltreibende die Rechte eines Kaufmanns haben, und z. B. Beweisraft für ihre Bücher in Anspruch nehmen können, bei denen die gewerbepolizeilichen Gesetze eines Landes die Anwendung solcher Bestimmungen aus den wohlmeinendsten Gründen ausgeschlossen wissen wollten. Es werde deshalb beantragt, es bei der früheren Fassung des Artikels zu belassen.

Von anderen Seiten wurde jedoch unter Bezugnahme auf die früheren Verhandlungen die Ansicht vertreten, daß dasjenige, was nach dem nunmehrigen Vorschlage der Redaktionskommission in Art. 10 ausgesprochen werde, allerdings als seine wahre Absicht anzusehen sei, und der in Rede stehende Vorschlag schließlich mit 8 gegen 5 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Zur Erledigung des Monitums Nr. 59 hatte die Redaktionskommission für

#### Art. 40 und 42

folgende Fassung vorgeschlagen:

Art. 40. „Wer von dem Eigenthümer einer „Handelsniederlassung (Prinzipal) beauftragt ist, „in dessen Namen und für dessen Rechnung das „Handelsgeschäft zu betreiben und per procura „die Firma zu zeichnen, ist Prokurist.

„Die Bestellung des Prokuristen kann durch „Ertheilung einer ausdrücklich als Procura bezeichneten Vollmacht, oder durch ausdrückliche „Bezeichnung des Bevollmächtigten als Prokuristen, „oder durch die Ermächtigung, per procura die „Firma des Prinzipals zu zeichnen, geschehen.

„Die Procura kann mehreren Personen gemeinschaftlich ertheilt werden (Kollektivprocura).“

Art. 42. „Eine Beschränkung des Umfangs „der Procura (Art. 41) hat dritten Personen „gegenüber keine rechtliche Wirkung.

„Dies gilt insbesondere von der Beschränkung, „daß die Procura nur für gewisse Geschäfte“ u. s. w. Abs. 3 des Art. 42 fällt aus.

Dieser Fassungs-vorschlag wurde, nachdem der Antrag, die unter Nr. 59 der Zusammenstellung der Erinnerungen vorgeschlagene Fassung der von der Redaktionskommission in Vorschlag gebrachten vorzuziehen, und ebenso der Vorschlag, in Art. 40 nach „Vollmacht“ einzufügen: „oder durch Anmeldung zum Handels-

register," mit 12 gegen 1 Stimme abgelehnt worden waren, und nachdem für den Antrag eines Mitgliedes, den zweiten Absatz aus obiger Fassung zu streichen, um andere Arten der Ertheilung einer Procura nicht auszuschließen, nur zwei Stimmen sich ausgesprochen hatten, von der Versammlung angenommen.

Zu

#### Art. 46

wurde zunächst dem Beschluß der Redaktionskommission entsprechend genehmigt, daß der Erinnerung unter Nr. 65 unerachtet die in zweiter Lesung beschlossene Fassung beibehalten werde. Zu Abs. 4 dieses Artikels hatte die Redaktionskommission den Antrag gestellt, den in der 550. Sitzung bei Diskussion der Erinnerungen unter Nr. 68, 69 a, 70 und 71 rücksichtlich der Handlungsreisenden gefaßten Beschluß in der Weise zu fassen, daß statt des erwähnten vierten Absatzes nach Art. 47 folgender Zusatzartikel eingeschaltet werde:

„Die Bestimmungen der beiden vorhergehenden  
„Artikel finden namentlich auch Anwendung auf  
„Handlungsbevollmächtigte, welche ihr Prinzipal  
„zu Geschäften an auswärtigen Orten beauftragt.  
„Solche Handlungsreisende gelten insbesondere für  
„ermächtigt, den Kaufpreis aus den von ihnen ab-  
„geschlossenen Verkäufen einzuziehen oder dafür  
„Zahlungsfristen zu bewilligen.“

Statt dieser Fassung wurde folgende Fassung von mehreren Mitgliedern beantragt:

„Die Bestimmungen der beiden vorhergehenden  
„Artikel finden auch Anwendung auf Handlungs-  
„bevollmächtigte, welche ihr Prinzipal als Hand-  
„lungsreisende an auswärtigen Orten verwendet.  
„Dieselben gelten insbesondere für ermächtigt, den  
„Kaufpreis aus den von ihnen abgeschlossenen  
„Verkäufen einzuziehen oder dafür Zahlungsfristen  
„zu bewilligen.“

Gegen diese Fassung wurde bemerkt: Sie spreche von Handlungsbevollmächtigten, welche überdies Handlungsreisende seien und lasse den Begriff des Handlungsreisenden im Unklaren, während doch der Handlungsreisende nur Handlungsbevollmächtigter sei, insofern er auswärts Geschäfte machen solle. Es werde daher der Antrag gestellt, die ursprüngliche Fassung der Redaktionskommission beizubehalten.

Dieser Antrag kam nicht zur Abstimmung, weil die vorgeschlagene veränderte Fassung zuvor mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen wurde.



Zur Erledigung des Monitums Nr. 75 wurde auf den Vorschlag der Redaktionskommission für

Art. 49

folgende Fassung angenommen:

„Wer die Waare und eine unquittirte Rechnung überbringt, gilt deshalb noch nicht für ermächtigt, die Zahlung zu empfangen.“

Sodann wurde der Antrag der Redaktionskommission, im Hinblick auf die Erinnerung Nr. 93 in

Art. 68

Ziff. 1 statt: „Handelsgeschäfte betreiben“ zu setzen: „Handelsgeschäfte machen“, ohne Beanstandung angenommen.

Ferner wurde im Hinblick auf die Erinnerung Nr. 107 für den ersten Absatz des

Art. 83

folgende Fassung genehmigt.

„Ueber die Anstellung — — Pflichtverletzungen das Erforderliche zu bestimmen, bleibt den Landesgesetzen überlassen.“

Dem in der 551. Sitzung gefaßten Beschlusse entsprechend hatte die Redaktionskommission vorgeschlagen, aus

Art. 105

die Worte: „und bilden eine Schuld der Gesellschaft“ zu streichen, dieselbe hatte jedoch zugleich empfohlen, statt derselben die Worte beizufügen: „sie vermindern den Gewinn oder vermehren den Verlust der Gesellschaft.“

Für die Nothwendigkeit dieses letzteren, wenigstens nach der Ansicht mehrerer Herren Abgeordneten bisher nicht ausdrücklich beschlossenen und darum auch von denselben beanstandeten Zusatzes wurde geltend gemacht: Der Art. 105 sei den früheren Verhandlungen zufolge mehrere sehr erhebliche Bestimmungen auszudrücken bestimmt, welche aber, wenn der von der Redaktionskommission in Vorschlag gebrachte Zusatz nicht angenommen werden sollte, nicht deutlich aus dem Gesetze zu erkennen sein würden.

Im ersten Absatz sei die Bestimmung enthalten, daß jedem Gesellschafter von seiner Einlage, beziehungsweise von demjenigen Betrag, welcher nach Abzug des früheren Verlustes noch davon übrig sei, Zinsen gutgeschrieben, von den aus der Gesellschaftskasse entnommenen Beträgen dagegen Zinsen zur Last geschrieben werden sollten. Die Versammlung habe aber auch noch aussprechen wollen, daß diese Zinsen, wenn sie nicht im Laufe des folgenden Jahres erhoben würden, im Falle nichts Anderes ausgemacht worden, von Rechtswegen der Einlage des betreffenden Gesellschafters zuwachsen und

fortan als eine Mehrung derselben angesehen werden sollten, somit für die Folge auch gleich dem Einlagekapital verzinst werden müßten, ferner, daß Zinsen auch dann den Gesellschaftern gutzuschreiben seien, wenn mit Verlust gehandelt worden, daß also, wenn der Vortheil, welchen die Gesellschafter aus den während des Jahres eingegangenen Geschäften gezogen hätten, zur Deckung der Zinsen nicht hinreiche, bloß dadurch, daß den Gesellschaftern Zinsen gutgeschrieben werden müßten, ein Verlust der Gesellschaft begründet, beziehungsweise der schon außerdem vorhandene Verlust vergrößert, und der etwa gemachte Gewinn dadurch vermindert werde, endlich daß auch dieser (durch die Zinsen begründete) Verlust beim Mangel anderweitiger Verabredung von den Gesellschaftern in ihrem Verhältniß zu einander nach Köpfen zu tragen sei. Von diesen drei wichtigen Bestimmungen finde im zweiten Absätze des Artikels nur die erste ihren Ausdruck; die beiden letzterwähnten Bestimmungen würden dagegen ganz unterdrückt und vielleicht auch nicht einmal aus den übrigen Bestimmungen des Gesetzes gefolgert werden können, wenn der beantragte Zusatz nicht angenommen werde. Ohne diesen Zusatz könne man nicht aus dem Gesetze erkennen, was doch die Absicht der Versammlung gewesen sei, daß, wenn z. B. am Schlusse des ersten Gesellschaftsjahrs die Aktiven und die Passiven der Gesellschaft sich gegenseitig aufhoben oder die ersteren schon von den letzteren überragt würden, dennoch der Anspruch auf Bezahlung von Zinsen für die Einlage nicht erlösche, sondern der eine Gesellschafter die seinem Antheil am Verlust entsprechende Rate des Zinsenguthabens des andern Gesellschafters dem Letzteren aus seinem Privatvermögen zu zahlen verpflichtet sei.

Ein anderes Mitglied, welches der Sache nach hie mit einverstanden war, sprach sich dahin aus, der von der Redaktionskommission empfohlene Zusatz erscheine in seiner jetzigen Gestalt aus redaktionellen Gründen nicht angemessen, da man in dem Fall, wenn sich nach Berechnung der Zinsen ergebe, daß die Gesellschaft keinen Gewinn gemacht habe, nicht davon sprechen könne, daß die Zinsen den Gewinn vermindert hätten; in diesem Fall werde vielmehr durch die Zinsen bewirkt, daß die Gesellschaft keinen Gewinn mache. Es wurde deshalb vorgeschlagen, statt des von der Redaktionskommission beantragten Zusatzes folgenden neuen Absatz zu Art. 105 anzunehmen:

„Vor Deckung dieser Zinsen ist kein Gewinn vorhanden und der Verlust der Gesellschaft wird durch dieselben gebildet oder vermehrt.“

Anderere von den Herren Abgeordneten bestritten jedoch, daß die eben dargelegten Ausführungen der Absicht entsprächen, welche die Versammlung in den früheren Besungen bei Berathung des Art. 105 gehabt habe, und hielten dafür, daß eine Begünstigung des Zinsenanspruchs der Gesellschafter, welche so weit gehe, wie dies in den vorliegenden Anträgen der Fall sei, höchst bedenkliche Folgen nach sich ziehen werde, indem manche Gesellschaft, welche sonst leidliche Geschäfte gemacht habe, bloß durch die Zinsenberechnung eine Unterbilanz haben werde u. dergl., und waren endlich der Meinung, daß die Fassung des zuletzt vorgeschlagenen Zusatzes die eigentliche Meinung nicht genügend ausdrücke.

Schließlich wurde jedoch der zuletzt aufgeführte Antrag mit 7 gegen 6 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Zu

#### Art. 115

hatte die Redaktionskommission den Antrag gestellt, die Worte: „in Handelsgeschäften“ zu streichen, und den Artikel unter Streichung des zweiten Absatzes wie folgt, zu fassen:

„Eine Beschränkung des Umfangs der Befugniß eines Gesellschafters, die Gesellschaft zu vertreten, hat dritten Personen gegenüber keine rechtliche Wirkung; insbesondere ist die Beschränkung nicht zulässig, daß die Vertretung sich nur auf gewisse Geschäfte oder Arten von Geschäften erstrecken, oder daß sie zc.“

wie im Entwurfe.

Für diesen Antrag und insbesondere für Weglassung der Worte: „in Handelsgeschäften“ wurde geltend gemacht: Nach der bisherigen Fassung des Art. 113 und 115 sei das materielle Vertretungsrecht eines disponirenden Gesellschafters ein ganz allgemeines, und könne auch sein Umfang Dritten gegenüber nicht eingeschränkt werden. Aus dem Zusatz: „in Handelsgeschäften,“ (welcher übrigens an einer unrichtigen Stelle sich befinde) werde man entnehmen wollen, daß eine Beschränkung der Vertretungsbefugniß hinsichtlich solcher Geschäfte bestehe, oder doch statthast sei, welche keine Handelsgeschäfte seien, z. B. bei Geschäften über Immobilien. Diese Ausnahme der Unbegrenzbarkeit der Gesellschaftsprofura sei aber innerlich nicht begründet, sowie sie denn auch in dem parallelen Artikel 216 fehle; auch sei sie bedenklich, weil sie den Richter, der über Immobilien zu kognosciren habe, z. B. bei Hypothekeneintragungen in Verlegenheit setze und unsicher mache, und weil sie den Verkehr mit den Gesellschaften in hohem Maaße erschwere und dadurch ihren Kredit gefährde, indem Jeder, der sich mit

einem Socius in Geschäfte einlassen wolle, sich erst darüber vergewissern müsse, daß ein Handelsgeschäft in Frage stehe, oder daß in dem Handelsregister eine Beschränkung des Socius wegen anderer Geschäfte nicht eingetragen sei. Es scheine auch, daß die Aufnahme der Worte: „in Handelsgeschäften“ der Absicht der Versammlung nicht entspreche (Protokoll S. 210) und mehr nur auf einem Versehen der Redaktionskommission beruhe, welche durch diese Worte vielleicht habe ausdrücken wollen, daß es sich von der Vertretung der Handelsgesellschaft als solcher handle. Dieß ergebe sich auch daraus, daß an denjenigen Stellen des Entwurfs, an welchen der geeignete Ort dazu wäre, nämlich im Art. 85 und 113 jener Beschränkung keine Erwähnung geschehe. Es empfehle sich daher der Antrag auf Streichung der Worte: „in Handelsgeschäften.“

Von anderen Seiten wurde, abgesehen von den wegen der formellen Statthaftigkeit des Antrags geltend gemachten Bedenken, bemerkt: Die eben dargelegten Ausführungen beruhten auf der Unterstellung, daß dem geschäftsführenden Gesellschafter in Art. 113 das Recht habe beigelegt werden sollen, jegliche Art von Geschäften, gleichviel ob dieselben mit dem Handelsbetriebe der Gesellschaft in Zusammenhang ständen oder nicht, vorzunehmen, und das Vermögen der Gesellschaft nach Außen in allen möglichen Beziehungen zu vertreten. Diese Voraussetzung sei aber unrichtig. Ueber die Befugniß des geschäftsführenden Gesellschafters, das Vermögen der Gesellschaft zu vertreten, finde sich bis jetzt noch keine allgemeine Bestimmung im Gesetze. Letzteres enthalte vorerst in Art. 113 nur die Vorschrift, daß der geschäftsführende Gesellschafter die Gesellschaft in obligatorischen Angelegenheiten vertreten, d. i., daß er Verträge bindend für sie abschließen könne, und in Art. 118 die Vorschrift, daß derselbe die Gesellschaft in Prozeßsachen gegen Dritte zu vertreten befugt sei. Ein anderes Recht über das Vermögen der Gesellschaft zu disponiren, sei dem geschäftsführenden Gesellschafter bis jetzt im Gesetze noch nicht beigelegt. Wäre Art. 113 so allgemein zu verstehen, wie von der anderen Seite angenommen werde, so würde nicht abzusehen sein, wozu es noch der Aufnahme des Art. 118 bedürfen sollte. Nun lasse sich zwar nicht verkennen, daß es nunmehr, da die Existenz eines separaten Handlungsfonds anerkannt worden sei, wünschenswerth erscheine, etwas Genaueres im Gesetze darüber zu bestimmen, in wie weit der einzelne Gesellschafter Dritten gegenüber das Gesellschaftsvermögen zu vertreten und rechtsgültig über die Bestandtheile des-

selben zu disponiren berechtigt sei, ob er z. B. das Recht habe, die der Gesellschaft gehörenden Immobilien zu verkaufen oder zu verpfänden und die Pfandbestellung in die öffentlichen Grund- oder Hypothekenbücher eintragen zu lassen u. dergl. Wenn man aber in dieser Beziehung das Gesetz ergänzen und dem Gesellschafter eine solche allgemeine Vertretungsbefugniß einräumen wolle, so könne man diesen Zweck unmöglich durch die bloße Streichung der Worte: „in Handelsgeschäften“ erreichen, denn dadurch werde bloß so viel bewirkt, daß deutlich ausgesprochen sei, es könne keine der Vertretungsbefugnisse, welche dem geschäftsführenden Gesellschafter zuständen, beschränkt werden, dagegen werde die Frage, welche Befugnisse der Gesellschafter habe, dadurch gar nicht berührt. Wenn der in Rede stehende Zweck erreicht werden solle, müsse nothwendig Art. 113 geändert werden.

Andere von den Herren Abgeordneten waren der Meinung, Art. 113 habe dem geschäftsführenden Socius nicht einmal in allen obligatorischen Angelegenheiten die freie Befugniß zur Verpflichtung des Gesellschaftsvermögens einräumen wollen, sondern nur den Zweck gehabt zu bestimmen, daß, wenn der Gesellschafter die Gesellschaft überhaupt durch seine Rechtshandlungen verpflichte, die Gesellschaft dadurch direkt berechtigt und verpflichtet werde (vergl. Art. 50), und eine Cession der Rechte zc. nicht erforderlich sei, sofern im Namen der Gesellschaft kontrahirt worden sei. Aus den übrigen Bestimmungen des Gesetzes könne man aber mehr nicht folgern, als daß der geschäftsführende Socius die Befugniß zur Verpflichtung des Gesellschaftsvermögens durch solche Rechtsgeschäfte habe, welche mit dem Handelsbetriebe der Gesellschaft in Zusammenhang ständen. Die Einräumung einer allgemeinen Vertretungsbefugniß führe auch zu weit, zumal wenn man zugleich den übrigen Gesellschaftern das Recht nehmen würde, diese Befugniß wenigstens rücksichtlich der nicht mit dem Handelsbetrieb in Zusammenhang stehenden Geschäfte zu beschränken.

Bei der Abstimmung, bei welcher sich zwei Mitglieder ihrer Stimme enthielten, da sie den Antrag für formell unzulässig erklärten, weil er von keiner Regierung gestellt sei, wurde die Streichung der Worte: „in Handelsgeschäften“ aus Art. 115 mit 7 gegen 4 Stimmen genehmigt. Im Uebrigen blieb die von der Redaktionskommission vorgeschlagene Fassung ohne Beandlung.

Zu

Art. 116

wurde, der Erinnerung unter Nr. 143 unerachtet, die frühere Fassung beizubehalten beschloffen.

## DLXIV. Sitzung.

Nürnberg, am 19. Dezember 1860.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher die in der vorigen Sitzung zugegen gewesenen Mitglieder Antheil nahmen, ging zunächst ein Herr Abgeordneter auf

### Art. 68

zurück und beantragte, die unter Nr. 96 der Erinnerungen vorgeschlagene Wiederholung des Vorbehaltes der Gültigkeit der von dem Makler ordnungswidrig vorgenommenen Geschäfte bei Ziff. 2, 3, 4 und 6 des Artikels, für deren Ablehnung sich die Redaktionskommission entschieden hatte, anzunehmen. Zur Begründung des Monitums wurde bemerkt, aus dem bei Ziff. 1 des Art. 68 ausgesprochenen Vorbehalt der Gültigkeit der von einem Makler ungcachtet des dort enthaltenen Verbots vorgenommenen Geschäfte werde man vermöge eines arg. a. contrario schließen, daß die Gültigkeit der Geschäfte, welche im Widerspruch mit den unter Ziff. 2, 3, 4 und 6 gegebenen Vorschriften abgeschlossen worden, indem der Makler z. B. die Stelle eines Prokuristen übernommen habe, nicht anerkannt werde; sei dieser Schluß gegen die Ansicht der Versammlung, so müsse der Vorbehalt verallgemeinert werden.

Giegegen wurde aber erinnert: Ein argumentum e contrario würde hier so entschieden unrichtig sein, daß es nicht zu befürchten sei. Ziff. 1 verbiete dem Makler, selbstständig Handelsgeschäfte vorzunehmen, beziehe sich also auf Geschäfte, welche der Makler pflichtwidrig für eigene Rechnung schließe. Daß solche dem Verbote zuwider eingegangene Geschäfte rechtsgültig seien, habe im Geseze entschieden werden müssen, weil darüber bisher verschiedene Ansichten bestanden hätten. Die weiteren Ziffern enthielten dagegen dienstpolizeiliche Vorschriften über die Amtsführung des Maklers als solchen, deren Verletzung also auch nur die dienstpolizeiliche Bestrafung desselben, unzweifelhaft aber nicht auch die Ungültigkeit der durch seine Vermittelung unter anderen Personen wirklich abgeschlossenen Geschäfte zur Folge haben könne. Der in Rede stehende

Antrag wurde bei der Abstimmung mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Bezüglich der in der 551. Sitzung (Prot. S. 4520 flg.) bei Berathung der Anträge Nr. 136—139 der Zusammenstellung angenommenen Bestimmungen und insbesondere bezüglich der unter Nr. 136 vorgeschlagenen Vorschriften, hatte die Redaktionskommission, welcher die Auswahl einer entsprechenden Stellung dieser Vorschriften anheimgegeben worden war, in der Erwägung, daß dieselben ebensowohl das Verhältniß der Dritten zu der Gesellschaft betreffen, als das Verhältniß der mit der Gesellschaft kontrahirenden dritten Personen zu den einzelnen Gesellschaftern, den Vorschlag gemacht, nach Art. 118, also am Schlusse des dritten Abschnittes: „Von dem Rechtsverhältniß der Gesellschafter zu dritten Personen“ folgende Bestimmungen einzuschalten:

Art. 118 a. „Die Privatgläubiger eines Gesellschafters sind nicht befugt, die zum Gesellschaftsvermögen gehörigen Sachen, Forderungen oder Rechte oder einen Antheil an denselben zum Behuf ihrer Befriedigung oder Sicherstellung in Anspruch zu nehmen. Gegenstand der Exekution, des Arrestes oder der Beschlagnahme kann für sie nur dasjenige sein, was der Gesellschafter selbst an Zinsen und an Gewinnantheilen zu fordern berechtigt ist, und was ihm bei der Auseinandersetzung zukommt.“

Art. 118 b. „Die Bestimmung des vorigen Artikels gilt auch in Betreff der Privatgläubiger, zu deren Gunsten eine Hypothek oder ein Pfandrecht an dem Vermögen eines Gesellschafters kraft des Gesetzes oder aus einem anderen Rechtsgrunde besteht. Ihre Hypothek oder ihr Pfandrecht erstreckt sich nicht auf die zum Gesellschaftsvermögen gehörigen Sachen, Forderungen und Rechte oder auf einen Antheil an denselben, sondern nur auf dasjenige, was in dem letzten Satze des vorigen Artikels bezeichnet ist.

„Jedoch werden die Rechte, welche an den von einem Gesellschafter in das Vermögen der Gesellschaft eingebrachten Gegenständen bereits zur Zeit des Einbringens bestanden, durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.“

Art. 118 c. „Eine Kompensation zwischen Forderungen der Gesellschaft und Privatforderungen des Gesellschafterschuldners gegen einen einzelnen Gesellschafter findet während der Dauer der Gesellschaft weder ganz noch theilweise statt; nach Auflösung der Gesellschaft ist sie zulässig, wenn und in so

„weit dem Gesellschafter bei der Auseinanderlegung  
„die Gesellschaftsforderung überwiesen ist.“

Art. 118 d. „Im Falle des Konkurses der Gesell-  
„schaft werden die Gläubiger derselben aus dem  
„Gesellschaftsvermögen abgesondert befriedigt, und  
„können aus dem Privatvermögen der Gesellschafter  
„nur wegen des Ausfalls ihre Befriedigung suchen;  
„den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, zu bestim-  
„men, ob und wie weit den Privatgläubigern der  
„Gesellschafter ein Absonderungsrecht in Bezug  
„auf das Privatvermögen derselben zusteht.“

Die unter Art. 139 (Art. 126 c.) der Zusammen-  
stellung der Erinnerungen in Vorschlag gebrachte Be-  
stimmung hatte die Redaktionskommission in der Er-  
wägung, daß sie einen besonderen Fall statuiren, in  
welchem die Auflösung der Gesellschaft verlangt werden  
könne, somit zu den in Art. 121 bezeichneten Fällen  
analog hinzutrete, in nachstehender Fassung nach Art.  
121 einzuschalten beantragt:

Art. 121 a. „Hat ein Privatgläubiger eines Ge-  
„sellshafters nach fruchtlos vollstreckter Exekution  
„in dessen Privatvermögen die Exekution in das  
„dem Gesellschafter bei dereinstiger Auflösung der  
„Gesellschaft zukommende Guthaben erwirkt, so  
„ist er berechtigt, es mag die Gesellschaft auf be-  
„stimmte oder auf unbestimmte Dauer eingegan-  
„gen sein, behufs seiner Befriedigung nach vor-  
„her von ihm geschehener Aufkündigung die Auf-  
„lösung der Gesellschaft zu verlangen.

„Die Aufkündigung muß mindestens sechs Mo-  
„nate vor Ablauf des Geschäftsjahres der Gesell-  
„schaft geschehen.

Endlich hatte die Redaktionskommission den Antrag  
gestellt, zur Ergänzung der bisher aufgeführten Be-  
stimmungen noch nachfolgende Vorschrift anzunehmen,  
und ihr die Stelle nach Art. 126 a. anzuweisen, da  
sie eine Ausdehnung der in Art. 126 enthaltenen Be-  
stimmung auf den Fall des Art. 121 a. enthalte:

Art. 126 a. „Macht ein Privatgläubiger eines Ge-  
„sellshafters von dem nach Art. 121 a. ihm zu-  
„stehenden Rechte Gebrauch, so können die übrigen  
„Gesellschafter auf Grund eines einstimmigen Be-  
„schlusses statt der Auflösung der Gesellschaft die  
„Auseinanderlegung und die Auslieferung des  
„Antheils des Schuldners in gleicher Weise vor-  
„nehmen, wie wenn der Letztere aus der Gesell-  
„schaft ausgeschieden wäre.

Sämmtliche bisher aufgeführten Vorschläge der Re-  
daktionskommission wurden nach stattgehabter Diskussion  
angenommen.



Dem entsprechend und dem Vorschlag der Redaktionskommission gemäß wurde hierauf im Hinblick auf die Erinnerung Nr. 137 und den hierzu in der 551. Sitzung gefaßten Beschluß genehmigt, daß an der Stelle des in der 553. Sitzung gestrichenen Art. 159 folgender Artikel aufgenommen werde:

„Die Bestimmungen der Art. 118 a b c d finden auch bei der Kommanditgesellschaft Anwendung.“

Für die in der 554. Sitzung beschlossene Zusatzbestimmung zu

#### Art. 136

empfahl die Redaktionskommission folgende Fassung:

„Ungeachtet der Auflösung der Gesellschaft kommen bis zur Beendigung der Liquidation in Bezug auf das Rechtsverhältniß der bisherigen Gesellschafter unter einander, sowie der Gesellschaft zu dritten Personen die Vorschriften des zweiten und dritten Abschnittes zur Anwendung, soweit sich aus den Bestimmungen des gegenwärtigen Abschnittes und aus dem Wesen der Liquidation nicht ein Anderes ergibt.“

„Der Gerichtsstand, welcher die Gesellschaft u. s. w.“

Die Redaktionskommission schlug sonach vor, von der in der 554. Sitzung beschlossenen ausdrücklichen Erwähnung der Art. 95 und 96, da sie bei der Beschränkung auf eine solche Specialität nur zu falschen Schlußfolgerungen Anlaß geben würde, und überdies kein Bedürfnis dafür vorhanden sei, Umgang zu nehmen.

Auch diesem Vorschlag trat die Versammlung bei.

Im Hinblick auf die Verhandlungen in der 553. Sitzung über die

#### Art. 144 und 146

hatte die Redaktionskommission für den Artikel 144 folgende Fassung in Vorschlag gebracht:

Art. 144. „Die rechtliche Wirksamkeit der Kommanditgesellschaft tritt im Verhältniß zu dritten Personen mit dem Zeitpunkt ein, in welchem die Errichtung der Gesellschaft in das Handelsregister eingetragen ist, oder die Gesellschaft auch nur ihre Geschäfte begonnen hat.“

„Die Beschränkung, daß die Gesellschaft erst mit einem späteren Zeitpunkt, als dem der Eintragung ihren Anfang nehmen soll, hat gegen dritte Personen keine rechtliche Wirkung.“

„Sind vor der Eintragung Geschäfte gemacht worden, so haftet jeder Kommanditist dritten Personen, welchen seine beschränkte Betheiligung an

„der Gesellschaft unbekannt war, für die bis zur  
 „Eintragung entstandenen Verbindlichkeiten der  
 „Gesellschaft solidarisch und mit seinem ganzen  
 „Vermögen.“

Bei Diskussion dieses Antrags wurde zunächst von einem Herrn Abgeordneten beantragt, und, nachdem die Redaktionskommission diesem Vorschlag beigetreten war, auch ohne Abstimmung beschlossen, den Eingang des Artikels wie folgt, zu fassen: „Im Verhältniß zu dritten Personen tritt die rechtliche“ 2c. und den Artikel an der Stelle des ausfallenden Artikels 153 einzurücken, damit der Uebergang des Gesetzes vom inneren zum äußeren Verhältnisse nicht verwischt werde.

Von einem anderen Herrn Abgeordneten wurde die Fassung des dritten Absatzes um deswillen beanstandet, weil sie zu der Auslegung führen könne, als gehöre die Behauptung, daß dem betreffenden Gläubiger die beschränkte Betheiligung des Kommanditisten an der Gesellschaft unbekannt gewesen, zum Klagegrunde und müsse stets von ihm bewiesen werden. Der betreffende Herr Abgeordnete schlug deshalb vor, diesen Absatz wie folgt, zu fassen:

- a. „Hat die Gesellschaft vor der Eintragung ihre  
 „Geschäfte begonnen, so haftet jeder Kommandi-  
 „tist dritten Personen für die bis zur Eintragung  
 „entstandenen Verbindlichkeiten der Gesellschaft  
 „solidarisch und mit seinem ganzen Vermögen, es  
 „sei denn, daß denselben seine beschränkte Betheili-  
 „gung bei der Gesellschaft bekannt gewesen.“

Ein anderer Herr Abgeordneter schlug vor, weiter zu gehen, und die Beweislast dem Kommanditisten aufzuerlegen, wenn er ungeachtet nicht erfolgter Eintragung nur beschränkt haften wolle, und deshalb statt: „es sei denn, daß denselben — bekannt gewesen“ zu setzen:

- b. „wenn er nicht beweiset, daß seine beschränkte  
 „Betheiligung bei der Gesellschaft dem Dritten  
 „bekannt war.“

Von einer anderen Seite wurde endlich beantragt, die Worte: „solidarisch und“ zu streichen, weil die solidarische Haftung keine Wirkung der Unterlassung der Eintragung, sondern auch nach der Eintragung begründet sei, wogegen von anderen Seiten anheimgegeben ward, statt: „solidarisch und mit seinem ganzen Vermögen“ zu setzen: „gleich einem persönlich haftenden Gesellschafter.“

Bei der Abstimmung wurde die unter a beantragte Fassungsänderung mit der unter b vorgeschlagenen Modifikation und mit der weiteren Aenderung angenommen, daß statt: „solidarisch und mit seinem ganzen

Vermögen“ zu setzen sei: „gleich einem persönlich haftenden Gesellschafter.“

Der Antrag eines anderen Herrn Abgeordneten, im ersten Absätze zu sagen: „in welchem die Errichtung der Gesellschaft bei dem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat, in das Handelsregister“ 1c. wurde bis zur Berathung der von der Redaktionskommission zu Art. 85 gestellten Anträge vorbehalten.

Den eben aufgeführten Beschlüssen entsprechend wurde hierauf für

#### Art. 167

folgende Fassung genehmigt:

„Vor erfolgter Genehmigung und Eintragung in  
„das Handelsregister besteht die Kommanditgesellschaft als solche nicht. Die ausgegebenen Aktien oder Aktienantheile sind nichtig. Die Ausgeber sind den Besitzern für allen durch die Ausgabe verursachten Schaden solidarisch verpflichtet.“

„Wenn vor erfolgter Genehmigung und Eintragung im Namen der Gesellschaft gehandelt worden ist, so haften die Handelnden persönlich und solidarisch.“

Sodann wurde auch der zu

#### Art. 149

gefaßte Beschluß der Redaktionskommission allseitig genehmigt, es ungeachtet der Erinnerung unter Nr. 177 bei der früheren Fassung dieses Artikels zu belassen.

Für den dritten Absatz des

#### Art. 151

brachte die Redaktionskommission folgende Fassung in Vorschlag:

„Er ist nicht verpflichtet, die Zinsen und den Gewinn, welche er bezogen hat, wegen späterer Verluste zurück zu zahlen; jedoch wird, so lange seine ursprüngliche Einlage durch Verlust vermindert ist, der jährliche Gewinn zur Deckung des Verlustes verwendet.“

Ein Mitglied stellte hiezu unter Bezug auf die Verhandlungen in der 553. Sitzung den Antrag, der dem Kommanditisten zu Gute kommenden Zinsen, dem Beschlusse der Versammlung gemäß, auch im zweiten Satze des dritten Absatzes unmittelbar vor den Worten: „der jährliche Gewinn“ Erwähnung zu thun, und führte hiefür an: Wenn hier nicht ausdrücklich gesagt werde, daß der Kommanditist so lange, als seine ursprüngliche Einlage durch Verlust vermindert sei, auch die Verwendung seiner ihm jährlich zu Gute kommenden Zinsen zur Deckung des Verlustes gestatten müsse, so könne

hieraus und aus der Bestimmung des Art. 155 Abs. 4 gefolgert werden, daß der persönlich haftende Gesellschafter, wenn er vor Deckung des Verlustes an der ursprünglich vorhanden gewesenen Einlage des Kommanditisten diesem letzteren Zinsen zahle, zwar den Gesellschaftsgläubigern hierwegen verantwortlich sei, andererseits aber gleichwohl der Kommanditist das Recht habe, ungeachtet stattgehabter Verminderung seiner ursprünglichen Einlage auf Bezahlung der Zinsen zu bestehen.

Von anderen Seiten wurde geltend gemacht: Die erwähnte Folgerung sei ohne Gegenstand, da der persönlich haftende Gesellschafter dem Gläubiger ohne dies hafte. Der Art. 151 beziehe sich auf das Verhältniß der Gesellschafter zu einander, der Art. 155 auf das Verhältniß des Kommanditisten zu Gläubigern der Gesellschaft, daher die Verschiedenheit in den beiden betreffenden Absätzen dieses Artikels. Die Versammlung habe ausdrücklich beschlossen (Prot. S. 110), daß Zinszahlungen, die auf Grund des Gesellschaftsvertrags oder des Art. 151 Abs. 1 dem Kommanditisten gemacht worden, dem verantwortlichen Gesellschafter gegenüber, um als unwiderruflich zu gelten, allerdings an die Voraussetzung des Art. 155 Abs. 4 nicht gebunden sein sollten. Hierin sei bis jetzt eine Abänderung nicht beschlossen worden. Schließlich wurde der in Rede stehende Antrag mit 10 gegen 3 Stimmen abgelehnt, und der Vorschlag der Redaktionskommission angenommen.

Für den ersten Absatz des  
Art. 155

beantragte ein Mitglied folgende Fassung:

„Für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet  
„der Kommanditist solidarisch, jedoch nur mit der  
„Einlage“ u.

und führte hiefür an: Daß der Kommanditist für die Gesellschaftsschulden solidarisch hafte, finde sich nirgends ausgesprochen; jetzt dürfte dies aber besonders deswegen nöthig sein, weil die Solidarhaftung des stillen Gesellschafters aufgehoben worden sei (vergl. die Verhandlungen der 555. Sitzung zu Art. 243).

Es wurde jedoch eingewendet: Der Ausdruck: „er haftet solidarisch,“ könne zu leicht dahin mißverstanden werden, daß der Kommanditist direkt von einem jeden Gesellschaftsgläubiger bis auf Höhe der Einlage belangt werden könne, als daß dieser Ausdruck füglich auf das in Rede stehende Verhältniß angewendet werden dürfte. Daß der Kommanditist mit seiner Einlage nicht bloß für eine Rate der Gesellschaftsschulden hafte und nicht die Einrede der Theilung u. habe, ergebe

sich zur Genüge aus den übrigen Bestimmungen des Entwurfs. Mit Rücksicht hierauf wurde der in Rede stehende Antrag zurückgezogen.

Im Hinblick auf die Erinnerungen unter Nr. 179 und 180 hatte die Redaktionskommission den Vorschlag gemacht, den dritten und sechsten Absatz desselben Artikels wie folgt zu fassen:

Abf. 3. „Zinsen können ihm von der Gesellschaft  
„nur in soweit bezahlt werden, als dadurch die  
„ursprüngliche Einlage nicht vermindert wird.“

Abf. 6. „Er ist jedoch nicht verpflichtet, die Zinsen  
„und den Gewinn zurückzuzahlen, welche er auf  
„Grund“ u.

Ein Mitglied beanstandete jedoch die für den dritten Absatz in Vorschlag gebrachte Fassung, indem dasselbe die Ansicht vertrat, daß dadurch eine sachliche Aenderung des Artikels hervorgebracht würde, und beantragte, es bei der in der zweiten Lesung beschlossenen Fassung zu belassen.

Von anderen Seiten wurde hierauf entgegnet: Ein Rückblick auf die früheren Verhandlungen ergebe, daß der Ausdruck: „Gewinn“ in den Art. 151 und 155 in einem anderen Sinne genommen worden sei, als in den übrigen Stellen des Gesetzes. Nach der Absicht der Art. 151 und 155 sei nämlich der Ausdruck: „Gewinn“ gleichbedeutend mit „Verdienst“, und würde man somit einen Gewinn schon dann als vorhanden ansehen müssen, wenn nur so viel verdient worden, als nöthig sei, um die Zinsen der Einlagekapitalien der Gesellschafter zahlen zu können; unter „Gewinn“ seien in diesen beiden Artikeln also „Zinsen und Gewinn“ verstanden worden. Nachdem nunmehr diese Fassung durch ausdrückliche Hervorhebung der Zinsen und des Gewinns rectificirt worden, drücke die jetzt vorgeschlagene Fassung des dritten Absatzes, die wahre Absicht der Versammlung aus; die frühere Fassung dagegen sei ungenau und würde die von der Versammlung gewiß nicht gewollte, weil durch keine inneren Gründe unterstützte Folge haben, daß der Kommanditist, wenn der Verdienst der Gesellschaft nur zur Bezahlung der Zinsen hinreiche, wo also nach Art. 105 noch kein Gewinn gemacht sei, die aus diesem Verdienste gezahlten Zinsen zurückzahlen müsse, ungeachtet seine volle Einlage und außerdem noch die Zinsen vorhanden seien, daß er ferner, wenn er die ihm in früheren Jahren zu Gute gekommenen Zinsen stehen gelassen und seine Einlage sich dadurch vermehrt habe, die Mehrung der Einlage aber durch die Zinszahlung ganz oder theilweise wieder verloren gehen würde, keine Zinsen beziehen dürfte. Die Gläubiger hätten nur darauf Anspruch, daß die ur-

sprüngliche Einlage erhalten bleibe, und es sei nicht abzusehen, weshalb der Kommanditist seine Zinsen auch behufs der Konservierung einer durch Nichterhebung von Zinsen u. entstandenen Mehrung derselben sollte stehen lassen müssen.

Schließlich wurde der Vorschlag der Redaktionskommission bezüglich des dritten Absatzes mit 12 gegen 1 Stimme angenommen; der Vorschlag derselben bezüglich des sechsten Absatzes blieb unbeanstandet.

Zu

#### Art. 160

machte die Redaktionskommission, indem sie darauf hinwies, daß der oben aufgeführte Art. 121 a in dem in Art. 160 sich findenden Citate der Art. 119—123 enthalten und somit, wenn auch keine Fassungsänderung vorgenommen werde, doch dafür Vorsorge getroffen sei, daß Art. 121 a auch auf die Kommanditgesellschaft Anwendung finde, den Vorschlag, die Worte: „oder in Konkurs verfällt“ zu streichen, und zu dem Behufe, daß auch der von der Redaktionskommission neu vorgeschlagene und heute angenommene Art. 126 a auf die Kommanditgesellschaft angewendet werde, das Citat in Art. 162 wie folgt zu ergänzen: (Art. 125. 126. 126 a). Hierfür wurde angeführt: Es erscheine unthunlich, es bei dem, der Erinnerung unter 137 entsprechenden und in der 551. Sitzung gefaßten Beschlüsse zu belassen, daß nur die oben in den Art. 118 a b c d aufgeführten Bestimmungen von der offenen Gesellschaft auf die Kommanditgesellschaft übertragen würden, es erscheine vielmehr bei der Gleichheit der Verhältnisse dringend geboten, auch die in den oben aufgeführten Art. 121 a und 126 a enthaltenen Bestimmungen auf die Kommanditgesellschaft zu übertragen. Habe man dem Privatgläubiger des Mitglieds einer offenen Gesellschaft das Recht eingeräumt, nach fruchtlos vollstreckter Exekution in das Privatvermögen seines Schuldners und nachdem er die Exekution in das demselben bei dereinstiger Auflösung der Gesellschaft zukommende Guthaben erwirkt habe, behufs seiner Befriedigung nach vorher von ihm geschehener Aufkündigung die Auflösung der Gesellschaft zu verlangen, so sei nicht abzusehen, welche genügenden Gründe dafür angeführt werden könnten, daß der Privatgläubiger des einer Kommanditgesellschaft angehörenden persönlich verantwortlichen Gesellschafters oder des Kommanditisten dieses Recht nicht haben dürfe. Die Konsequenz gebiete somit, diesen Artikel und folgeweise auch den zur Milderung der praktischen Nachtheile desselben in Vorschlag gebrachten und heute angenommenen Art. 126 a auch auf die Kommanditgesellschaft zu übertragen.

Gebe man aber dieser Uebertragung der erwähnten Artikel statt, dann erscheine der in den früheren Verhandlungen gefaßte Beschluß, daß der Konkurs des Kommanditisten die Auflösung der Gesellschaft nicht zur Folge haben solle, nicht mehr haltbar; denn es fehle an genügenden Gründen dafür, die Auflösung der Gesellschaft dann, wenn eine Mehrzahl von Privatgläubigern eines Gesellschafters vorhanden sei, die bei der nach Konkursrecht erfolgenden Vertheilung des gesamten Privatvermögens ihres Schuldners unter sie nicht vollständig befriediget würden, nicht eintreten zu lassen, wenn sie von einem einzelnen Gläubiger wegen Nichtbefriedigung desselben aus dem Privatvermögen des Schuldners herbeigeführt werden könne. Es lasse sich die Inkonsequenz nicht rechtfertigen, welche darin liegen würde, wenn die Art. 121 a und 126 a auf die offene Gesellschaft beschränkt und auf die Kommanditgesellschaft für nicht anwendbar erklärt würden, beziehungsweise, wenn sie für anwendbar erklärt würden, und dennoch an dem Beschlusse festgehalten werde, daß die Konkursöffnung über das Vermögen des Kommanditisten die Auflösung der Gesellschaft nicht zur Folge habe. Man müsse sich demnach für Streichung der Worte: „oder in Konkurs verfällt“ entscheiden, damit die Vorschrift des Art. 119 Ziff. 3 ohne Einschränkung auf die Kommanditgesellschaft Anwendung finde.

Der Herr Abgeordnete für Hamburg bemerkte hierauf: Es sei in den früheren Lesungen nach umfassenden Diskussionen der Beschluß gefaßt worden, daß die Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des Kommanditisten die Auflösung der Gesellschaft nicht zur Folge haben solle. Die Aufhebung dieses Beschlusses sei von keiner Regierung beantragt worden, und müsse man deshalb die Zulässigkeit des Antrags auf Streichung der Worte: „oder in Konkurs verfällt“ zunächst aus formellen Gründen beanstanden. Die in dritter Lesung erfolgte Annahme der Art. 121 a und 126 a für die offene Handelsgesellschaft sei kein genügender Grund für die formelle Statthaftigkeit des Antrags, denn der letztere erscheine keineswegs als eine Konsequenz der Annahme dieser Artikel. Der hauptsächlichste Grund für die Annahme des Art. 121 a für die offene Gesellschaft habe darin bestanden, daß nach manchen Konkursgesetzgebungen einem einzelnen Gläubiger das Recht nicht zustehe, auf Eröffnung des Konkurses anzutragen, und daß somit, wenn nicht eine Bestimmung wie die des Art. 121 a angenommen würde, der einzelne Gläubiger nach diesen Gesetzgebungen kein Mittel hätte, an das dem offenen Gesellschafter bei Auseinandersetzung der

Gesellschaft zustehende Aktivum zu gelangen, bevor sich die Gesellschaft aus irgend einem anderen Grunde löse, sondern ein geeignetes Mittel hiezu nur einer Mehrzahl von Gläubigern auf Grund des Art. 119 Ziff. 3 in dem Antrag auf Konkursöffnung gegeben wäre. Man habe durch Art. 121 a dem einzelnen Privatgläubiger kein besseres Recht als einer Mehrheit von Gläubigern einräumen wollen, sondern nur eine Gleichstellung beider, ein Korrektiv der erwähnten Konkursgesetzgebungen bezweckt. Hieraus folge nicht, daß das dem einzelnen Privatgläubiger bei der offenen Gesellschaft eingeräumte Recht auch dem einzelnen Privatgläubiger eines Kommanditisten eingeräumt, und daß, um Inkonssequenzen zu vermeiden, zugleich ausgesprochen werden müsse, daß nun auch einer Mehrzahl von Gläubigern ein entsprechendes Recht zuzugestehen sei, sondern es folge umgekehrt hieraus, daß da, wo eine Mehrzahl von Gläubigern die Befugniß nicht habe, durch einen Antrag auf Konkursöffnung die Auflösung der Gesellschaft hervorzurufen, und wo diese abwarten müsse, bis die Auflösung aus einem anderen Grunde eintrete, wie dies nach den bisherigen Beschlüssen bei der Kommanditgesellschaft der Fall sei, auch der einzelne Gläubiger keinen Anspruch darauf habe, daß er dieses Zuwartens überhoben werde. Unter diesen Umständen sei nur so viel geboten, daß die Artikel 121 a und 126 a auf die Kommanditgesellschaft mit der Beschränkung auf die Privatgläubiger des persönlich haftenden Gesellschafters übertragen würden. Es scheine demnach der Antrag gerechtfertigt, in diesem Sinne die Citate in Art. 160 und 162 zu modificiren, und von einer Berathung des Antrags auf Streichung der Worte: „oder in Konkurs verfällt“ Umgang zu nehmen.

Der betreffende Herr Abgeordnete fügte hinzu, daß er mit Rücksicht auf diese Ausführungen jedenfalls der Mitberathung und Abstimmung über den zuletzt erwähnten Antrag sich enthalten werde.

Die Zulässigkeit des Antrags wurde ebenfalls von einem anderen Herrn Abgeordneten bestritten.

Ein anderer Herr Abgeordneter bemerkte: Da nach den Beschlüssen der Konferenz nur Regierungsanträge noch Berücksichtigung finden könnten, und von diesen nur solche, welche nicht in Folge der Noten beseitigt seien, die jetzt beantragte Aenderung des Art. 160 aber von keiner Regierung vorgeschlagen sei, so halte auch er deren Berücksichtigung an sich für unzulässig, wolle sich indessen unter den obwaltenden besonderen Verhältnissen der Theilnahme an der Berathung und Beschlussfassung über den Antrag nicht entziehen. Es geschehe dieses indessen nur unter Vorbehalt der Geneh-



migung seiner Regierung und ohne Präjudiz für die Zukunft, sowie unter Reservirung der Gleichberechtigung. Der betreffende Herr Abgeordnete schlug zugleich vor, zu dem Zwecke, daß die Auflösung der Gesellschaft wegen der Konkursöffnung über das Vermögen des Gesellschafters nicht von Rechtswegen eintrete, sondern von einem Antrage der Betheiligten abhängig gemacht werde, folgenden Zusatz zu Art. 160 anzunehmen:

„Verfällt der Kommanditist in Konkurs, so können sowohl seine Gläubiger, als auch die übrigen Gesellschafter die Auflösung der Gesellschaft verlangen; für letztere kommen in diesem Falle die Bestimmungen des Art. 126 a zur Anwendung.“

Bei der Abstimmung wurde die Streichung der Worte: „oder in Konkurs verfällt“ mit 11 gegen 1 Stimme genehmigt, und der zuletzt beantragte Zusatz mit 10 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Die Anträge der Redaktionskommission bezüglich der Citate in Art. 160 und 162 wurden hierauf ohne Beanstandung genehmigt.

Im Hinblick auf die soeben besprochenen Bestimmungen und in der Erwägung, daß dieselben auf die Kommanditgesellschaft auf Aktien wegen der dabei obwaltenden besonderen Verhältnisse nicht ohne Einschränkung anwendbar erschienen, indem es namentlich nicht angehen würde und auch kein Bedürfnis dafür vorhanden sei, daß die Konkursöffnung über das Vermögen eines Aktionärs die Auflösung der Gesellschaft zur Folge habe, weil den Interessen der Privatgläubiger des Aktionärs durch Veräußerung seiner Aktie Genüge geleistet werden könne, hatte die Redaktionskommission den weiteren Antrag gestellt, folgenden Zusatzartikel nach Art. 187 einzuschalten:

Art. 187 a.

„Wenn ein Kommanditist stirbt, oder in Konkurs verfällt, oder zur Verwaltung seines Vermögens rechtlich unfähig wird, so hat dies die Auflösung der Gesellschaft nicht zur Folge. Der Art. 121 a findet in Bezug auf die Privatgläubiger eines Kommanditisten keine Anwendung. Im Uebrigen gelten die Art. 119—123 auch für die Kommanditgesellschaft auf Aktien.“

Mit Rücksicht auf die eben gefaßten Beschlüsse wurde dieser Zusatzartikel genehmigt.

Im Vollzuge des in der 553. Sitzung zu

Art. 164

gefaßten Beschlusses und zur Erledigung des unter Nr. 194 der Zusammenstellung der Erinnerungen aufgeführten Monitums beantragte die Redaktionskommission,

aus Art. 164 den dritten Absatz zu streichen und statt dessen folgenden

Art. 164 a

anzunehmen:

„Der Gesellschaftsvertrag, dessen Genehmigung erfolgen soll, muß enthalten:

- 1) „Den Namen, Vornamen, Stand und Wohnort jedes persönlich haftenden Gesellschafters;
- 2) „die Firma der Gesellschaft, und den Ort, wo sie ihren Sitz hat;
- 3) „den Gegenstand des Unternehmens;
- 4) „die Zeitdauer des Unternehmens, im Fall dasselbe auf eine bestimmte Zeit beschränkt sein soll;
- 5) „die Zahl und den Betrag der Aktien oder Aktienantheile;
- 6) „die Bestimmung, daß ein Aufsichtsrath von mindestens fünf Mitgliedern aus der Zahl der Kommanditisten durch Wahl derselben bestellt werden müsse;
- 7) „die Form, in welcher die Zusammenberufung der Generalversammlung der Kommanditisten geschieht;
- 8) „die Form, in welcher die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen, sowie die öffentlichen Blätter, in welche dieselben aufzunehmen sind.“

Diese Fassung wurde ohne Beanstandung genehmigt.

Ferner brachte die Redaktionskommission in der Erwägung, daß die Bestimmungen des Entwurfs über die Liquidation der offenen und der Kommanditgesellschaft nicht ohne Weiteres auf die Liquidation der Kommanditgesellschaft auf Aktien anwendbar erschienen, zur Ergänzung der Bestimmungen über die letztere folgenden Zusatzartikel in Vorschlag:

Art. 191 a.

„Die Liquidation erfolgt, sofern der Gesellschaftsvertrag nicht ein Anderes bestimmt, durch sämtliche persönlich haftende Gesellschafter und eine oder mehrere von der Generalversammlung der Kommanditisten gewählte Personen.“

Dieser Zusatzartikel wurde Seitens der Versammlung ohne Beanstandung genehmigt.

Sodann wurde dem Beschlusse der Redaktionskommission zu

Art. 204

entsprechend genehmigt, daß die in zweiter Lesung beschlossene Fassung des eben erwähnten Artikels der Erinnerung unter Nr. 221 unerachtet unverändert beizubehalten sei. Für

## Art. 227 Abs. 2

wurde auf den durch die Erinnerungen Nr. 223, 234, 235 und 237 veranlaßten Beschluß der Redaktionskommission folgende Fassung genehmigt:

„Mitglieder des Vorstandes, welche außer den  
„Grenzen ihres Auftrags oder den Vorschriften  
„dieses Titels oder des Gesellschaftsvertrages ent-  
„gegen handeln, haften persönlich und solidarisch  
„für den dadurch entstandenen Schaden. Dies  
„gilt insbesondere, wenn sie der Bestimmung des  
„Art. 202 entgegen an die Aktionäre Dividenden  
„oder Zinsen zahlen, oder wenn sie“ u. s. w. wie  
im Entwurfe.

Für die in der 554. Sitzung bezüglich der zu

## Art. 243

gestellten Anträge unter Nr. 248 und 249 der Zusammenstellung der Erinnerungen brachte die Redaktionskommission folgende Fassung in Vorschlag, welche nach stattgehabter Diskussion allseitige Genehmigung fand:

Art. 243. „Wenn der Inhaber des Handelsgewer-  
„bes in Konkurs verfällt, so ist der stille Gesell-  
„schafter befugt, seine Einlage, soweit dieselbe den  
„Betrag des auf ihn fallenden Antheils am Ver-  
„lust übersteigt, als Konkursgläubiger zu fordern.  
„Ist die Einlage rückständig, so hat der stille  
„Gesellschafter dieselbe bis zu dem Betrage, wel-  
„cher zur Deckung seines Antheils am Verluste  
„erforderlich ist, in die Konkursmasse zu zahlen.“

Art. 243 a. „Wenn innerhalb eines Jahres vor  
„Eröffnung des Konkurses über das Vermögen  
„des Inhabers des Handelsgewerbes durch Ver-  
„einbarung zwischen ihm und dem stillen Gesell-  
„schafter das Gesellschaftsverhältniß aufgelöst wor-  
„den ist, so können die Konkursgläubiger verlangen,  
„daß der stille Gesellschafter die ihm zurückbezahlte  
„Einlage in die Konkursmasse einzahle, unbeschadet  
„seines Rechts, die in dem Zeitpunkt der Auf-  
„lösung ihm aus dem Gesellschaftsverhältniß zu-  
„stehende Forderung als Konkursgläubiger geltend  
„zu machen.“

„Daselbe gilt, wenn dem stillen Gesellschafter  
„in dem bezeichneten Zeitraum ohne Auflösung  
„des Gesellschaftsverhältnisses die Einlage zurück-  
„bezahlt wurde.“

„In gleicher Weise ist, wenn der Inhaber des  
„Handelsgewerbes in dem bezeichneten Zeitraum  
„dem stillen Gesellschafter dessen Antheil an dem ent-  
„standenen Verlust ganz oder theilweise erlassen  
„hat, der Erlass zu Gunsten der Konkursgläubi-  
„ger unwirksam.“

„Die Bestimmung dieses Artikels tritt nicht  
 „ein, wenn der stille Gesellschafter beweist,  
 „daß der Konkurs in Umständen seinen Grund  
 „hat, welche erst nach dem Zeitpunkt der Auf-  
 „lösung, der Zurückzahlung oder des Erlasses  
 „eingetreten sind.“

Im Hinblick auf die Erwägungen, welche oben  
 für Ausdehnung des mehrerwähnten Art. 121 a und  
 der Bestimmung, daß durch die Eröffnung des Kon-  
 kurses über das Vermögen eines Gesellschafters die  
 Gesellschaft sich auflöse, auf die Kommanditgesell-  
 schaft, beziehungsweise auf den Fall der Eröffnung des  
 Konkurses über das Privatvermögen des Kommandi-  
 tisten angeführt worden sind, und mit Rücksicht darauf,  
 daß dieselben Erwägungen auch bei der stillen Gesell-  
 schaft zuträfen, ja mehr noch bei ihr als bei der Kom-  
 manditgesellschaft, weil hier der Gemeinschaftsbner einen  
 Vermögensstheil ganz in das Vermögen eines Andern  
 hingegeben habe, die Gläubiger des Ersteren somit  
 noch mehr als bei der Kommanditgesellschaft ge-  
 gefährdet wären, wenn sie kein Mittel hätten, vor an-  
 derweitiger Auflösung der Gesellschaft das dem stillen  
 Gesellschafter gegenüber dem persönlich haftenden So-  
 cius zukommende Guthaben behufs ihrer Befriedigung  
 anzugreifen, hatte die Redaktionskommission beantragt,

a) den Art. 245 wie folgt zu fassen:

„Die stille Gesellschaft wird aufgelöst:

- 1) „durch den Tod des Inhabers des Handels-  
 „gewerbes, wenn nicht der Vertrag bestimmt,  
 „daß die Gesellschaft mit den Erben des Ver-  
 „storbenen fortbestehen soll;
- 2) „durch die eingetretene rechtliche Unfähigkeit  
 „des Inhabers des Handelsgewerbes zur selbst-  
 „ständigen Vermögensverwaltung;
- 3) „durch die Eröffnung des Konkurses über das  
 „Vermögen des Inhabers des Handelsgewer-  
 „bes oder des stillen Gesellschafters;
- 4) „durch gegenseitige Uebereinkunft;
- 5) „durch Ablauf der Zeit zc. wie in Art. 245  
 „Ziff. 3;
- 6) „durch die Aufkündigung zc. wie in Art. 245  
 „Ziff. 4 u. f. w.

b) nach Art. 246 folgenden Zusatzartikel einzuschalten:  
 Art. 246 a: „Die Bestimmung des Art. 121 a  
 „gilt auch zu Gunsten der Privatgläubiger  
 „eines stillen Gesellschafters.“

c) Den Art. 247 als überflüssig zu streichen, weil  
 sich von selbst versteht, daß der Tod des stillen  
 Gesellschafters die Auflösung der Gesellschaft nicht

zur Folge habe, wenn derselbe unter den Auflösungsgründen nicht aufgezählt sei.

Gegen diese Anträge wurden die oben gegen die entsprechenden, zu Art. 160 gestellten Anträge vorgebrachten formalen Bedenken von dem Herrn Abgeordneten für Hamburg wiederholt geltend gemacht, und weiter noch bemerkt, die nunmehr in Vorschlag gebrachte Uebertragung des Art. 121 a und der Vorschrift, daß durch die Konkursöffnung über das Vermögen eines Gesellschafters die Auflösung der Gesellschaft herbeigeführt werde, auf die stille Gesellschaft und beziehungsweise auf die Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des stillen Gesellschafters sei auch aus sachlichen Gründen höchst bedenklich. Die stille Gesellschaft sei eigentlich keine Societät, sondern ein modifizirtes Kreditverhältniß. Dabei müßte den persönlichen Verhältnissen Desjenigen, welchem Kredit gegeben worden, die möglichste Berücksichtigung zugewendet werden. Diese würden aber durch die Vorschläge der Redaktionskommission im höchsten Maße gefährdet werden. Der Inhaber des Handelsgewerbes könne, wenn diese Vorschläge angenommen würden, zur Zurückzahlung der Einlage unter solchen Umständen gehalten werden, unter welchen sie ihm höchst verwerblich sei, obschon er vielleicht gar keinen Anlaß gehabt habe, sich auf deren Zurückzahlung vorzubereiten. Den Privatgläubigern des stillen Gesellschafters stehe ein Recht darauf, die Auflösung der Gesellschaft und die Rückgabe der Einlage ihres Schuldners zu begehren, aus inneren Gründen ebensowenig zu, als den Gläubigern eines Darlehensgebers, der sich bei Hingabe des Darlehens sehr lästigen Bedingungen in Ansehung der Zurückzahlung desselben unterworfen habe, das Recht, mit Hintansetzung dieser Bedingungen die Darlehensforderung geltend zu machen. Wenn er auch einräumen wolle, daß sich für die entgegenstehende Ansicht manche erhebliche Gründe anführen ließen, so scheine es ihm doch unstatthaft, mit Hinwegsetzung über die durch die Geschäftsordnung und durch den Inhalt der Noten gezogenen Grenzen einen aus dem Beirathe der Sachverständigen nach gründlicher Erwägung in den beiden ersten Lesungen gefaßten Beschluß jetzt im letzten Augenblick deshalb urplötzlich zu beseitigen, weil einige Mitglieder bezüglich der Zweckmäßigkeit des Beschlusses anderer Meinung geworden seien. Er möchte sich daher seiner Stimme um so mehr enthalten, da er nicht wisse, wie man über diese Frage in Hamburg denke, und bis jetzt nicht die geringste Veranlassung gehabt habe, sich auch nur darnach zu erkundigen.

Dagegen wurde geltend gemacht, daß von der

Versammlung fortbauend auch bei der stillen Gesellschaft das gesellschaftliche Element mit festgehalten worden sei, daß aber auch die ratio, welche zum Art. 121 a bestimmt habe, in gleichem Maße bei der stillen Gesellschaft Platz greife, man möge deren vorherrschenden Charakter auffassen wie man wolle. Auch bei der offenen Handelsgesellschaft und bei der Kommanditgesellschaft seien den übrigen Gesellschaftern in der Gesellschaft Rechte erworben; bei Verathung des Art. 121 a sei dringend darauf aufmerksam gemacht worden, daß es sehr bedenklich sei, diese Rechte den Interessen des Privatgläubigers nachzusetzen; die Versammlung habe aber dem Schutz des Privatgläubigers den Vorrang gegeben vor der Aufrechterhaltung der Rechte der übrigen Gesellschafter auf Fortsetzung der Gesellschaft, sie habe verhindern wollen, daß Jemand sein Vermögen durch dauerndes Einwerfen in ein gesellschaftliches Verhältniß seinem Gläubiger unerreichbar mache; es würde die größte Inkonsequenz sein, wenn man dieses Prinzip bei der offenen Gesellschaft und bei der Kommanditgesellschaft festhalten, dagegen bei der stillen Gesellschaft nicht gelten lassen wollte. Wiederholt werde darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Antrag erst in Folge des Beschlusses zu dem Antrag unter Nr. 139 veranlaßt sei.

Schließlich wurde jedoch der Vorschlag der Redaktionskommission unter a mit 8 gegen 4 Stimmen angenommen.

Der Antrag unter b wurde hierauf ohne Beanstandung genehmigt.

Die Streichung des Art. 247 wurde mehrfach beanstandet, weil die in Art. 245 sich findende Aufzählung der Auflösungsgründe eine ausdrückliche Entscheidung der höchst bestrittenen Frage, ob der Tod des stillen Gesellschafters die Auflösung der Gesellschaft zur Folge habe, nicht entbehrlich erscheinen lasse. Mit Rücksicht hierauf wurde mit 9 gegen 3 Stimmen entschieden, daß Art. 247 unter Weglassung des bei der nunmehrigen Fassung des Art. 245 nicht mehr statthaft erscheinenden Zwischensatzes: „oder in Konkurs verfällt,“ beizubehalten sei.

## DLXV. Sitzung.

Nürnberg, am 20. Dezember 1860.

In der heutigen, von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung wurde in der Berathung und Beschlußfassung über die Vorschläge der Redaktionskommission fortgefahren und hiebei zunächst Art. 85.

in Betracht gezogen. Zu Artikel 196 war unter Nr. 212 der Zusammenstellung der Erinnerungen in der Erwägung, daß die in diesem Artikel erwähnte Niederlassung der Gesellschaft eine mehrfache sein könne, und im Entwurfe doch wohl nur dies beabsichtigt sei, daß die zur Konstituierung der Aktiengesellschaft erforderliche Eintragung in das Handelsregister an Einem Ort für erforderlich erklärt werden solle, der Antrag gestellt, statt: „ihre Niederlassung“ zu setzen: „ihren Sitz.“ Die Berathung über diesen Antrag war in der 553. Sitzung bis nach Eingang eines Vorschlags der Redaktionskommission über die Fassung dieses Artikels und anderer entsprechender Stellen des Gesetzes vertagt worden. Nunmehr brachte die Redaktionskommission diesen Vorschlag dahin ein, daß sie zunächst bezüglich der offenen Gesellschaft den Antrag stellte, für die

Art. 85 und 110

folgende Fassungen anzunehmen:

Art. 85. „Die Errichtung einer offenen Handelsgesellschaft ist von den Gesellschaftern bei dem „Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Gesellschaft „ihren Sitz hat, und bei jedem Handelsgerichte, „in dessen Bezirk sie eine Zweigniederlassung hat, „behufs der Eintragung in das Handelsregister „anzumelden.

„Die Anmeldung muß enthalten:

- 1) „Den Namen, Vornamen, Stand und Wohnort jedes Gesellschafters;
- 2) „die Firma der Gesellschaft und den Ort, wo „sie ihren Sitz hat;
- 3) „u. s. w.“

Art. 110. „Ihr ordentlicher Gerichtsstand ist bei „dem Gericht, in dessen Bezirk sie ihren Sitz hat.“

Rückfichtlich der korrespondirenden Bestimmungen

über die Kommanditgesellschaft beantragte die Revisionskommission statt des Art. 143 folgende Vorschriften anzunehmen:

Art. 143. „Die Errichtung einer Kommanditgesellschaft ist von sämtlichen Gesellschaftern bei dem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat, behufs der Eintragung in das Handelsregister anzumelden.

„Die Anmeldung muß enthalten:

- 1) „Den Namen, Vornamen, Stand und Wohnort jedes persönlich haftenden Gesellschafters;
- 2) „den Namen, Vornamen, Stand und Wohnort jedes Kommanditisten mit der Bezeichnung desselben als solchen;
- 3) „die Firma der Gesellschaft und den Ort, wo sie ihren Sitz hat;
- 4) „den Betrag der Vermögensseinlage jedes Kommanditisten.

„Die Anmeldung muß von allen Gesellschaftern persönlich vor dem Handelsgericht unterzeichnet oder in beglaubigter Form eingereicht werden; sie ist nach ihrem ganzen Inhalt in das Handelsregister einzutragen. Bei der Bekanntmachung der Kommanditgesellschaft in den öffentlichen Blättern (Art. 12) unterbleibt die Angabe der Namen, des Standes und des Wohnorts der Kommanditisten, sowie die Angabe des Betrags ihrer Vermögensseinlagen.“

Art. 144 a. „Bei jedem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Kommanditgesellschaft eine Zweigniederlassung hat, muß dies behufs der Eintragung in das Handelsregister angemeldet werden.

„Die Anmeldung muß die in Art. 143 Ziff. 1—4 bezeichneten Angaben enthalten, und von sämtlichen persönlich haftenden Gesellschaftern vor dem Handelsgericht unterzeichnet oder in beglaubigter Form eingereicht werden.“

Art. 144 b. „Die persönlich haftenden Gesellschafter, welche die Gesellschaft vertreten sollen, haben die Firma nebst ihrer Namensunterschrift persönlich vor dem Handelsgericht, in dessen Bezirk sie eine Zweigniederlassung hat, zu zeichnen oder die Zeichnung in beglaubigter Form einzureichen.“

Art. 144 c. „Das Handelsgericht hat die persönlich haftenden Gesellschafter zur Befolgung der in den Art. 144 a und 144 b enthaltenen Vorschriften von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten.“

Außerdem war vorgeschlagen, den zweiten Absatz des



## Art. 154

wie folgt zu fassen:

„Ihr ordentlicher Gerichtsstand ist bei dem Gerichte,  
„in dessen Bezirk sie ihren Sitz hat.“

Bezüglich der Kommanditgesellschaft auf Aktien  
beantragte die Redaktionskommission für Art. 165 fol-  
gende Fassung:

Art. 165. „Der Gesellschaftsvertrag und die  
„Genehmigungsurkunde müssen bei dem Handels-  
„gericht, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren  
„Sitz hat, in das Handelsregister eingetragen und  
„im Auszuge veröffentlicht werden.

„Der Auszug muß enthalten:

1. „Das Datum des Gesellschaftsvertrags und der  
„Genehmigungsurkunde;
2. „den Namen, Vornamen, Stand und Wohnort  
„jedes persönlich haftenden Gesellschafters;
3. „die Firma der Gesellschaft und den Ort, wo sie  
„ihren Sitz hat;
4. „die Zahl und den Betrag der Aktien und Aktien-  
„antheile;
5. „die Form, in welcher die von der Gesellschaft  
„ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen, so-  
„wie die öffentlichen Blätter, in welche dieselben  
„aufzunehmen sind.“

Sodann brachte die Redaktionskommission folgenden  
Zusatzartikel in Vorschlag:

Art. 167 a. „Die Vorschriften der Art. 144 a,  
„144 b, 144 c, sind auch bei der Kommanditge-  
„sellschaft auf Aktien zu befolgen; die Anmeldung  
„muß die in Art. 165 Ziffer 1 — 5 bezeichneten  
„Angaben enthalten.“

Ferner war beantragt worden, den

## Art. 186

wie folgt zu fassen:

„Jede Abänderung des Gesellschaftsvertrages be-  
„darf zu ihrer Gültigkeit der notariellen oder  
„gerichtlichen Abfassung sowie der staatlichen Ge-  
„nehmigung.

„Der abändernde Vertrag und die Genehmi-  
„gungsurkunde müssen in gleicher Weise wie der  
„ursprüngliche Vertrag in das Handelsregister  
„eingetragen und im Auszug veröffentlicht werden.

„Der abändernde Vertrag hat keine rechtliche  
„Wirkung, bevor derselbe bei dem Handelsgericht,  
„in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat,  
„in das Handelsregister eingetragen ist.“

Endlich war noch vorgeschlagen, an das Ende des

## Art. 192

folgenden Zusatz hinzuzufügen:

„— — nicht zum Gegenstand haben; der Gesellschaftsvertrag muß jedoch die in dem Art. 164 a. verzeichneten Bestimmungen enthalten, bevor die in dem Art. 165 vorgeschriebene Eintragung in das Handelsregister erfolgen darf.“

Bezüglich der Bestimmungen über die Aktiengesellschaft waren folgende Redaktionen in Vorschlag gebracht:

Art. 196. „Der Gesellschaftsvertrag und die Genehmigungsurkunde müssen in das Handelsregister des Orts, wo die Gesellschaft ihren Sitz hat“ u. f. w.

Art. 197 a. „Bei jedem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Aktiengesellschaft eine Zweigniederlassung hat, muß dies behufs der Eintragung in das Handelsregister angemeldet werden.

„Die Anmeldung muß die in Art. 196 Abs. 2 und 3 bezeichneten Angaben enthalten. Das Handelsgericht hat die Mitglieder des Vorstandes zur Befolgung dieser Vorschriften von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten.“

Art. 198. Abs. 2. „Ihr ordentlicher Gerichtsstand ist bei dem Gericht, in dessen Bezirk sie ihren Sitz hat.“

Art. 199. Abs. 2. „Ein solcher Beschluß und die Genehmigungsurkunde müssen in gleicher Weise wie der ursprüngliche Vertrag in das Handelsregister eingetragen und im Auszug (Art. 196) veröffentlicht werden.

„Der Beschluß hat keine rechtliche Wirkung, bevor derselbe bei dem Handelsgericht, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat, in das Handelsregister eingetragen ist.“

Zur Motivirung dieser Anträge wurde geltend gemacht: Der preussische Entwurf habe sich in den Art. 92, 145, 160 und 181 des Ausdrucks: „Hauptniederlassung“ bedient, welcher identisch mit „Sitz“ gedacht gewesen sei. In der ersten Lesung sei bei Diskussion des Art. 92 (des nunmehrigen Art. 85) der Redaktionskommission zu erwägen überlassen worden, ob statt: „Hauptniederlassung“: „Handelsniederlassung“ zu setzen sei (Prot. S. 171), und sodann das letztere in allen erwähnten Artikeln geschehen. Da nun nach den Beschlüssen der Konferenz (Art. 19, 20 des Entwurfs aus zweiter Lesung) jeder Kaufmann an jedem Orte, wo er seine Niederlassung habe, (also auch am Orte einer Zweigniederlassung) seine Firma bei dem Handelsgerichte anzumelden verpflichtet sei, und unbedenklich dasselbe von Handelsgesellschaften gelte (Art. 4), so daß, wenn eine Handelsgesellschaft Zweigniederlassungen an verschiedenen Orten habe, die Anmeldung

der Gesellschaft im Handelsregister an allen diesen Orten stattfinden müsse, so sei klar, daß der Ausdruck: „ihre Niederlassung“ im Sinne der Versammlung in diesen Artikeln, so viel die Anmeldung betreffe, die weite Bedeutung von „einer Niederlassung“ habe und sowohl die Haupt- als die Zweigniederlassung in sich begreife. Dagegen sei es weder bei dem preussischen Entwurf die Absicht gewesen, daß die besondere Formvorschrift, welche bei Errichtung oder Statutenänderung von Kommandit-Aktiengesellschaften und Aktiengesellschaften erfüllt werden müsse, nämlich die Eintragung des Gesellschaftsvertrages und der Genehmigungsurkunde, an allen Orten erfüllt werden solle, wo etwa Zweig-Etablissements der Gesellschaft errichtet würden, noch könne ein Zweifel darüber bestehen, daß die Versammlung auch diejenige Eintragung, von welcher der rechtliche Bestand der Kommanditgesellschaft, der Kommanditgesellschaft auf Aktien und der Aktiengesellschaft oder der Statutenänderungen bei den beiden letzteren abhängig sei, nicht an allen Orten, wo die Gesellschaft ein Etablissement habe, für erforderlich habe erklären wollen. Vielmehr habe hier (in Art. 143, 165 und 196) der Ausdruck: „ihre Niederlassung“ den prägnanten Sinn von Hauptniederlassung oder Sitz der Gesellschaft. Zur Verdeutlichung dieses Verhältnisses genüge jedoch einerseits die Substitution des Ausdrucks: „Sitz“ in Art. 196 nicht. Es scheine vielmehr angemessener, jeden Zweifel über die Absicht des Gesetzes durch die beantragten Fassungsänderungen zu beseitigen. Man könne dabei in Art. 85 der Eintragung in das Handelsregister an dem Orte, wo die Gesellschaft ihren Sitz habe, füglich neben den Eintragungen in die Handelsregister derjenigen Orte, an welchen sie Zweigniederlassungen besitze, Erwähnung thun, weil die rechtliche Existenz der offenen Handelsgesellschaft von der Eintragung in das Handelsregister nicht abhängig sei, sondern auch schon dann eintrete, wenn die Gesellschaft ihre Geschäfte beginne, ohne eingetragen zu sein, weil somit hierbei allen Eintragungen, soviel die Anmeldung der eingetragenen Thatfachen und nicht die Abmeldung derselben angehe, mehr oder weniger bloß die Natur von Ordnungsmaßregeln zur Sicherung der mit der Gesellschaft verkehrenden dritten Personen zukomme, wogegen in den Art. 143, 165 und 196 nur der zur vollen rechtlichen Existenz der betreffenden Gesellschaften in ihrer besonderen Natur erforderlichen Eintragung, also der Eintragung an dem Orte, an welchem die Gesellschaft ihren Sitz habe, Erwähnung zu thun sei. Andererseits sei mit Rücksicht auf das

oben Vorgetragene auch bei der Kommanditgesellschaft, der Kommanditgesellschaft auf Aktien und der Aktiengesellschaft die ausdrückliche Aufnahme der Vorschrift, daß die Eintragung derselben auch an den Orten, an welchen Zweigniederlassungen der Gesellschaft beständen, vorgenommen werden müsse, im Sinne der eben angeführten Ordnungsmaßregel geboten. Hierwegen scheine die Vorschrift der Eintragung und Veröffentlichung des Auszugs an den Orten des Zweig-Etablissements unter dem Präjudiz der Ordnungsstrafe gegen die persönlich haftenden Gesellschafter und beziehungsweise die Vorsteher der Gesellschaft zu genügen. Auf diesen letzteren Erwägungen beruhten die Vorschläge der Redaktionskommission in den oben angeführten Artikeln 144 a, b, c, 165 und 167 a, in Art. 186, insbesondere in dessen dritten Absage, und in den Artikeln 196, 197 a und 199 Abs. 2. Aus den vorgeschlagenen Fassungsänderungen gehe zur Genüge hervor, daß, insofern es sich um den Rechtsbestand der Gesellschaft in ihrer besonderen rechtlichen Eigenschaft, oder eine Aenderung der Statuten, oder um ein anderes von rechtlichen Folgen für die Gesellschaft begleitetes Ereigniß handle, bezüglich dessen die Eintragung in das Handelsregister vorgeschrieben sei, so lange, als die Anmeldung jener Thatfachen in Frage stehe, die Eintragung in das Handelsregister des Ortes, an welchem die Gesellschaft ihren Sitz (ihre Hauptniederlassung) habe, als die entscheidende betrachtet werden müsse. Bezüglich der Abmeldung solcher Thatfachen, z. B. der Anzeige des Austritts eines Gesellschafters, etwas zu bestimmen und festzusetzen, welche Eintragung in dieser Beziehung für die konkreten Fälle die maßgebende sei, erscheine unthunlich, da hier zwar in der Regel die Eintragung bei dem Handelsgerichte des Sitzes die Sache erledigen werde, gleichwohl aber es nicht selten darauf ankommen dürfte, ob die in dem Bezirke einer Niederlassung wirklich erfolgte Eintragung und Veröffentlichung in der Weise geschehen sei, daß die Umstände die Annahme nicht mehr begründen könnten, der betreffende Dritte habe die veröffentlichten Thatfachen weder gekannt noch kennen müssen.

In denjenigen Artikeln, welche von dem Gerichtsstand der Gesellschaft sprächen (Art. 85 Nr. 2, Art. 110, Art. 143 Nr. 3, Art. 145, Art. 165 Nr. 2, Art. 196 Nr. 2, und Art. 198) sei in dem preussischen Entwurf der Ausdruck: „Hauptniederlassung oder Sitz der Gesellschaft“ gebraucht gewesen, diese Ausdrucksweise aber wegen ihrer Unbestimmtheit (Prot. S. 284) beanstandet und statt dessen: „Niederlassung“ gesetzt worden, weil man von der Voraussetzung aus-

gegangen sei, daß jede Handelsgesellschaft in der Regel nur eine Niederlassung haben werde, und alles Weitere nöthigenfalls im sechsten Buche geregelt werden könne. Nun müsse aber, was soeben rücksichtlich der Eintragung in's Handelsregister darüber bemerkt worden, daß eine Gesellschaft mehrere Niederlassungen haben könne, auch bei der Frage berücksichtigt werden, wo die Gesellschaft ihren ordentlichen Gerichtsstand habe, denn der ordentliche Gerichtsstand (das Klagedomicil) einer Gesellschaft, welche Zweigetablissemments habe, könne unmöglich an allen Orten ihrer Etablissemments sein, und solle auch im Sinne des Entwurfs nicht an allen diesen Orten sein. Vielmehr hätten die Bestimmungen des Gesetzes, welche die Veröffentlichung des Ortes der Niederlassung vorschrieben, gerade den Zweck, das allgemeine Klagedomicil der Gesellschaft unzweifelhaft festzustellen, sonst würden die Vorschriften über Angabe des Ortes in Art. 85 Ziff. 2, Art. 143 Ziff. 3, Art. 165 Ziff. 2, und Art. 196 Ziff. 2 keinen Gegenstand und keinen Nutzen haben. Hier müsse der Ausdruck: „Niederlassung“ somit auch den prägnanten Sinn von Hauptniederlassung haben, und scheine deshalb auch hier gerechtfertigt, statt: „Niederlassung“ „Sitz“ zu sagen. Aus der Unbestimmtheit des Begriffs der Hauptniederlassung könne hiegegen um so weniger ein Grund hergeleitet werden, als durch die Vorschriften des Entwurfs gerade dafür gesorgt sei, daß jede Handelsgesellschaft den Ort, wo ihre Hauptniederlassung in Bezug auf den Gerichtsstand bestehe, selbst in der Anmeldung bestimmt angeben, beziehungsweise (bei der Aktiengesellschaft) im Statut vereinbaren und veröffentlichen solle. Im Uebrigen werde durch die Bestimmung, daß die Handelsgesellschaft ihren ordentlichen Gerichtsstand an dem Orte habe, wo ihre Hauptniederlassung bestehe, die fernere prozessualische Vorschrift nicht ausgeschlossen, daß an den Orten der Zweigniederlassung besondere Gerichtsstände für die Klagen aus Ansprüchen an diese Zweig-Etablissemments beständen.

Bezüglich der Art. 110, 154 und 198 sei zu bemerken, daß man wohl nur aus einem Versehen das Handelsgericht, welches nur für Handelsachen kompetent, somit als ein Spezialforum zu betrachten sei, als das zuständige Gericht bezeichnet habe, während es hier darauf ankomme, den allgemeinen ordentlichen Gerichtsstand der Gesellschaft festzustellen, daß also statt: „Handelsgericht“ „Gericht“ zu setzen sein werde.

Im Uebrigen erschienen die Vorschläge der Redaktionskommission bezüglich der Kommanditgesellschaft auf Aktien und der Aktiengesellschaft, so namentlich die Uebertragung des dritten Absatzes des Art. 186 auf

Art. 199, als durch die Konsequenz gebotene Uebertragungen der bezüglich der anderen Gesellschaften gefaßten Beschlüsse.

Bei Diskussion dieser Anträge wurde von einer Seite geltend gemacht: Wenn man den Zweck erreichen wolle, welchen die Redaktionskommission bei den in Rede stehenden Anträgen verfolgt habe, den Zweck nämlich, mit Rücksicht auf die an die Eintragung und Abmeldung im Handelsregister sich knüpfenden wichtigen privatrechtlichen Folgen die Frage zu entscheiden, wie diese Folgen bei dem Vorhandensein von Zweig-etablissemens rücksichtlich der Anmeldung zu reguliren seien, und zu diesem Behufe auszusprechen, daß die Eintragung ihre rechtliche Wirksamkeit äußern solle, sobald sie am eigentlichen Sitze der Gesellschaft erfolgt sei, die Frage bezüglich der Abmeldung dagegen offen zu lassen, so würden die Vorschläge der Redaktionskommission der Vervollständigung bedürfen; es werde deshalb weiter noch beantragt:

- a) in Art. 109 Abs. 1 zu setzen: „in welchem die „Errichtung der Gesellschaft bei dem Handelsge-  
„richte, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz  
„hat, in das Handelsregister eingetragen ist.“
- b) in Art. 144 Abs. 1 dieselbe Fassungsveränderung vorzunehmen,
- c) in Art. 186 Abs. 2 hinter: „Vertrag“ einzuschalten: „(Art. 165 und 167 a)“ und
- d) in Art. 199 Abs. 1 außer Art. 196 auch Art. 197 a zu citiren.

Von einer anderen Seite wurde bemerkt: Die Vorschrift, daß namentlich rücksichtlich der Kommanditgesellschaft, der Kommanditgesellschaft auf Aktien und der Aktiengesellschaft die Eintragung in das Handelsregister am Orte der Hauptniederlassung die entscheidende sein solle, könne zu sehr erheblichen Unzuträglichkeiten Anlaß geben. Man möge nur z. B. des Falles gedenken, daß eine Kommanditgesellschaft auf Aktien zwar in das Handelsregister eines Ortes, an welchem dieselbe eine Zweigniederlassung habe, eingetragen und die vorgeschriebene Veröffentlichung geschehen, die Eintragung am Orte der Hauptniederlassung aber noch nicht erfolgt sei, und die mit der Gesellschaft in Geschäftsverbindung getretenen Personen dadurch zu Schaden kämen, daß die Eintragung nachträglich für unwirksam erachtet werden müsse. Um solchen nachtheiligen Folgen der in Rede stehenden Bestimmungen thunlichst vorzubeugen, werde der Antrag gestellt, folgenden neuen Zusatz zu Art. 20 anzunehmen:

„Die Eintragung bei dem Handelsgerichte der  
„Zweigniederlassung findet nicht statt, bevor nach-

„gewiesen ist, daß die Eintragung bei dem Handelsgerichte der Hauptniederlassung erfolgt ist.“

Es werde sich von selbst verstehen, daß dieser Satz in gleicher Weise auf alle Handelsgesellschaften zu beziehen sei. (Art. 4.)

Dieser Zusatz zu Art. 20 wurde nach stattgefundener Diskussion mit Stimmeneinhelligkeit angenommen, worauf derjenige Herr Abgeordnete, von welchem die Anträge unter a bis d herrührten, den Vorschlag unter a zurückzog, weil es desselben fortan nicht mehr bedürfe.

Sodann wurde der Antrag unter b, die Fassung des ersten Absatzes des Art. 144 (oder des nunmehrigen Art. 153) betreffend, mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt, indem für diese Hervorhebung der speziellen Grund vorliege, daß die Eintragung am Sitze der Kommanditgesellschaft genügen müsse, um die persönliche Verantwortlichkeit des Kommanditisten auszuschließen; ferner wurde, ohne daß es einer Abstimmung bedurfte, den oben unter c und d aufgeführten Anträgen entsprechend, in Art. 186 Abs. 2 nach dem Worte: „eingetragen“ das Citat der Art. 165 und 167 a und in dem ersten Absätze des Art. 199 nach demselben Worte das Citat der Art. 196 und 197 a einzuschalten beschlossen. Mit diesen Modifikationen wurden die oben aufgeführten Anträge der Redaktionskommission mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt, nachdem zuvor ein Antrag, in Art. 186 und in Art. 199 Abs. 3 nach: „der abändernde Vertrag hat“ einzuschalten: „Dritten gegenüber“ mit 9 gegen 4 Stimmen abgelehnt worden war.

Schließlich wurden auf Vorschlag der Redaktionskommission noch einige minder wesentliche Änderungen der Redaktion der Art. 16, 55, 99 genehmigt.

Ein Herr Abgeordneter ging hiernächst auf

#### Art. 54

zurück und bemerkte hierzu: Daß „insoweit“ im ersten Absätze sei mehrfach so ausgelegt worden, (vergleiche Schliemann, kritische Bemerkungen, p. 27 und Goldschmidt, Gutachten, p. 40) als solle dadurch eine Theilung der Obligation ermöglicht werden, so daß der dritte Kontrahent, so weit das Geschäft der Vollmacht entspreche, den Prinzipal, und so weit es derselben nicht entspreche, den Bevollmächtigten in Anspruch nehmen dürfe. Diese Auffassung sei um deswillen nicht genügend ausgeschlossen, weil die Zulässigkeit einer Theilung in dem Protokolle der 12. Sitzung einen scheinbaren Anhalt finde in den Worten: „Auf die Frage eines Mitgliedes, ob und welche Wirkung ein

unter der Voraussetzung des Art. 45 geschlossener Vertrag für den Gewaltgeber habe, machte sich die Ansicht geltend, daß der Vertrag, in so weit als er der Vollmacht entsprechend sei, allerdings gegen denselben wirke.“ (Prot. S. 92.) Man könne indeß wohl annehmen, daß bei Aufnahme des Wortes: „insoweit“ in den Entwurf die Theilbarkeit des Rechtsgeschäfts vorausgesetzt worden sei, indem das Gegentheil zu der empörendsten Ungerechtigkeit gegen den Mandatar führen würde. Es sei gewiß die Meinung der Versammlung gewesen, die Frage, wann der Mandant das Geschäft theilweise gegen den Willen des Mandatars genehmigen könne, resp. was damit identisch sei, wann der Dritte theilweise das Geschäft gegen den Mandanten und theilweise gegen den Mandatar geltend machen könne, der Beurtheilung nach allgemeinen Grundsätzen zu überlassen. Nach allgemeinen Grundsätzen komme es aber darauf an, ob wirklich nur Ein Geschäft vorliege, oder ob in dem Geschäfte eigentlich mehrere Geschäfte enthalten seien. Im erstern Falle sei eine Theilung unzulässig, im zweiten zulässig. Kaufe der Mandatar, welcher nur 6 Stück kaufen solle, 12 Stück, so sei eine Theilung zulässig, sofern nicht die Waare nur bußendweise verkäuflich gewesen. Habe der Mandatar das Preislimitum beim Einkaufe überschritten, so sei eine Theilung ohne Konsens des Mandatars unstatthaft. Alle Bedenken seien gehoben, wenn man einfach das Wort „insoweit“ streiche, worauf hiemit angetragen werde.

Nach stattgehabter Berathung wurde die Streichung des Wortes: „insoweit“ mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt.

Von einem anderen Herrn Abgeordneten wurde sodann auf

#### Art. 115

zurückgegangen und bemerkt: Der Eingang des Art. 115: „Der Umfang der Befugniß, die Gesellschaft in Handelsgeschäften zu vertreten, kann „nicht beschränkt werden,“ habe ohne Zweifel folgendes sagen wollen:

- 1) Die Befugniß eines disponirenden Gesellschafters sei innerhalb der Sphäre der Handelsgeschäfte (sollte gemäß Art. 41 besser heißen „für Rechtsgeschäfte, welche der Betrieb eines Handelsgewerbes mit sich bringt“) eine unbeschränkte.
- 2) Sie könne aber auch durch eine Willenserklärung nicht beschränkt werden, insbesondere nicht 2c.

Diese beiden Sätze seien durch eine nicht glückliche Redaktion so verschlungen gewesen, daß die Selbstständigkeit des ersten Satzes gar nicht hervorgetreten sei,



vielmehr habe es geschienen, als sei das Einschließen „in Handelsgeschäften“ nur zu dem Zwecke geschehen, um das Terrain, auf dem eine Beschränkung nicht zulässig sei, zu bezeichnen. Bei dieser Auslegung habe man denn davon ausgehen müssen, daß das Gesetzbuch eine unbeschränkte Vollmacht des Gesellschafters voraussetze, eine Ansicht, welche scheinbar durch den Art. 113 unterstützt worden sei. Daß sei nun nicht richtig, da Art. 113 lediglich die formelle Wirkung der gesellschaftlichen Stellvertretung bestimme und nur so viel sagen wolle, daß, wenn überhaupt der Socius die Gesellschafter durch seine Rechtsgeschäfte berechtige und verpflichte, dies in der Weise geschehe, daß die Gesellschaft direkt berechtigt und verpflichtet werde, und es nicht erst einer Cession der Rechte aus dem betreffenden Geschäfte bedürfe u. s. w.

Die in der 563. Sitzung beschlossene Streichung der Worte „in Handelsgeschäften“ sei mit Rücksicht hierauf jedenfalls gerechtfertigt. Sie seien hier unter allen Umständen nicht am Platze gewesen. Nunmehr stehe aber die Sache so, daß der Entwurf 1) einen Artikel enthalte, welcher sich über die formellen Wirkungen der gesellschaftlichen Stellvertretung ausspreche (Art. 113); 2) einen Artikel, welcher ausspreche, daß der Umfang der Vollmacht durch eine Willenserklärung der Gesellschafter nicht beschränkt werden könne (Art. 115); daß es aber 3) an einem Artikel fehle, in dem bestimmt wäre, welches der materielle Umfang dieser Vollmacht überhaupt sei. Hieraus werde aber eine sehr bedeutende Controverse erwachsen. Manche würden glauben, das Gesetzbuch entscheide die Frage, welches der fragliche Umfang sei, und würden sich dabei auf Art. 113 und 115 berufen. Andere würden richtiger der Ansicht sein, das Gesetzbuch entscheide die Frage nicht. Diese würden nun entweder sagen, im Geiste des Gesetzbuchs liege die volle Unbeschränktheit der Vollmacht, oder würden die Analogie der Vollmacht des Procuristen herbeiziehen, oder vielleicht aus der Natur der Sache dahin argumentiren, daß die Vollmacht auf die Sphäre des gesellschaftlichen Handelsbetriebs zu beschränken sei. Diese Controverse müsse jedenfalls entschieden werden; eine beschließende Entscheidung werde am passendsten zu Art. 113 (analog der Best. v. Art. 50) gesetzt werden und dahin beantragt:

#### Art. 113.

„Jeder zur Vertretung befugte Gesellschafter ist ermächtigt, alle Arten von Geschäften und Rechtshandlungen im Namen der Gesellschaft vorzunehmen.“

„men, insbesondere auch Grundstücke zu veräußern  
„und zu belasten.“

„Die Gesellschaft wird“ u. s. w. wie im Entw.

In der Diskussion über diesen Antrag wurde noch für denselben geltend gemacht: Diejenige Auffassung der Vollmacht eines geschäftsführenden Socius, welche allein noch möglich sei, wenn man den soeben gestellten Antrag nicht annehmen wolle, die Ansicht nämlich, daß der zur Vertretung der Gesellschaft befugte Gesellschafter ermächtigt sei, alle Arten von Geschäften und Rechtshandlungen im Namen der Gesellschaft vorzunehmen, welche der Betrieb eines Handelsgewerbes mit sich bringe, biete wenig praktischen Nutzen. Es ergebe sich dies zur Genüge, wenn man erwäge, wie unbestimmt, wie umfassend und dehnbar der Umfang der zum Betriebe des Handelsgewerbes gehörenden Geschäfte sei, zumal nach Art. 257 die Vermuthung dafür spreche, daß ein von einem Kaufmann geschlossener Vertrag zum Betriebe des Handelsgewerbes gehöre. Die Absicht einer solchen engeren Umgränzung der gesetzlichen Vollmacht des geschäftsführenden Gesellschafters könne nur dahin gehen, daß die exceptio doli, welche den Gesellschaftern unter Umständen dem Dritten gegenüber zustehen müsse, wenn dieser seine Rechte aus dem mit einem geschäftsführenden Gesellschafter abgeschlossenen Rechtsgeschäfte gegen die Gesellschaft geltend mache, schon im Gesetze formulirt sei. Einer solchen Formulirung bedürfe es aber einerseits nicht, andererseits sei auch eine gelungene Formulirung bei der Unbestimmbarkeit der in Rede stehenden Verhältnisse gar nicht möglich, zumal, wie nicht übersehen werden dürfe, die Einrede des Dolus unter Umständen gerade bei solchen Geschäften begründet sein könne, welche ihrer äußeren Erscheinung nach unzweifelhaft zum Betriebe des Handelsgewerbes gehörten. Die Einrede des Dolus werde übrigens auch durch den vorliegenden Antrag nicht unbedingt ausgeschlossen, denn es verstehe sich von selbst, daß die Meinung der betreffenden Bestimmung nicht dahin gehe, auch alle betrügerischen Handlungen des Socius und des an dem Dolus des letzteren participirenden Dritten zu legalisiren, wogegen umgekehrt eine Begründung der fraglichen Einrede auch mit Recht nicht schon dann angenommen werden könne, wenn der Gesellschafter treulos gehandelt habe, sondern erst dann, wenn der dritte Kontrahent an dem Dolus desselben Theil genommen. Während dem Bisherigen zufolge die in Rede stehende Beschränkung der Vollmacht des Socius keinen Nutzen bringe, sei sie auf der andern Seite geeignet, großen Schaden zu stiften. Es werde nämlich dadurch der Verkehr mit der Gesellschaft

tern auf das Aeußerste ersichert, wegen der Unsicherheit, welche darüber entstehe, ob der geschäftsführende Gesellschafter das in Frage stehende Geschäft gültig für die Gesellschaft vornehmen könne u. dgl. Eine Beschränkung der Vollmacht des geschäftsführenden Gesellschafters erscheine namentlich auch in soferne nicht empfehlenswerth, als es sich um Verfügungen über Immobilien handle. Sollte dem Bedürfnisse genügt werden, so müsse das Gericht, welches mit den Geschäften der Hypothekenbestellung zc. befaßt sei, in die Lage versetzt werden, leicht und sicher zu entscheiden, ob es auf den Antrag eines einzelnen zur Vertretung befugten Gesellschafters wegen Eintragung einer Hypothek in das betreffende Grund- oder Hypothekenbuch u. dgl. auch ohne Beibringung von weiteren Vollmachten eingehen könne, oder nicht. Lasse man die Gültigkeit der Verfügung aber von dem Umstande abhängig sein, ob das betreffende Geschäft zum Betriebe des Handelsgewerbes gehöre, so mache man dadurch eine solche leichte Entscheidung der Frage unmöglich, und bringe es nur dahin, daß der Richter in jedem einzelnen Falle auf Beibringung von Vollmachten der sämmtlichen Gesellschafter bestehen werde. Man brauche um so weniger Bedenken zu tragen, auch die Verfügungen über Immobilien jedem einzelnen geschäftsführenden Socius anheim zu geben, als die Immobilien regelmäßig den minder bedeutenden Theil des Vermögens der Gesellschaft ausmachen würden, und der Socius ohnehin schon die Macht habe, durch Ausstellung von Wechseln u. dgl. die Mitgesellschafter unbeschränkt zu verpflichten und über den werthvolleren, im Handelsgeschäfte stehenden Theil des Gesellschaftsvermögens die eingreifendsten Verfügungen zu treffen. Mehrere Mitglieder fügten hinzu, nach ihrer Auffassung enthalte der nunmehr in Vorschlag gebrachte Antrag nichts weiter, als was schon früher in Art. 113 enthalten gewesen.

Gegen den oben erwähnten Antrag wurde unter Bezugnahme auf die Verhandlungen in der 563. Sitzung geltend gemacht: Man gehe weit über das Bedürfniß des Verkehrs hinaus, wenn man dem geschäftsführenden Gesellschafter das Recht einräume, alle Geschäfte ohne Unterschied mit verbindlicher Kraft für die Gesellschaft vorzunehmen; ein solcher Rechtsatz fasse die Handelsgesellschaft auf, als sei sie eine Gesellschaft zu allen möglichen Geschäften, als wolle sie eine Gemeinschaft in allen vermögensrechtlichen Beziehungen; er sage, daß jeder Dritte sie so auffassen und behandeln dürfe. Der Gesellschafter dürfe danach, um seine Tochter auszustatten, ein Darlehen unter der Firma der Gesellschaft aufnehmen, und zwar von einem Dritten,

der diesen Zweck kenne, und zugleich wisse, daß der andere Gesellschafter nicht darum habe befragt sein können. Dem Bedürfnisse geschehe vollkommen Genüge, wenn der Socius alle Geschäfte gültig vornehmen dürfe, welche der Betrieb eines Handelsgewerbes mit sich bringe. Dieß sei deutlich in dem Gesetzbuche auszusprechen. Daraus, daß der Gesellschafter in der Befugniß, Wechsel zu zeichnen, ohnehin schon die Macht beigelegt erhalten habe, über das Gesellschaftsvermögen und das Vermögen aller offenen Gesellschafter zu verfügen, folge weder die Nichtigkeit noch die Ungesährlichkeit des Satzes, denn er entziehe der Gesellschaft eine Einrede und eine Klage gegen den unmittelbaren Wechselnehmer, die sonst stattgefunden hätte. Uebrigens sei auch ein Mißbrauch von Wechseln, z. B. eine Zeichnung von Wechseln mit der Gesellschaftsfirma zu Privatzwecken, nicht so leicht, wie von der anderen Seite angenommen zu werden scheine, da im Handelsverkehr, an der Börse u. dergl. die den Wechseln zum Grunde liegenden Geschäfte häufig bekannt seien und der Gesellschafter schon durch einen einmaligen Mißbrauch des Wechselgeschäftes seinen persönlichen Kredit untergrabe. Der Gebrauch der Gesellschaftsfirma zu Privatzwecken sei ein Mißbrauch, bisher sei derselbe als verwerflich, wenn nicht gar strafbar angesehen worden; die Gesetzgebung dürfe ein solches Verfahren nicht sanktioniren, als ob es ganz in der Ordnung sei. Von einer *exceptio doli* würde nach Annahme des vorliegenden Antrags nicht mehr die Rede sein können, denn wenn das Gesetz den Socius ermächtige, alle möglichen Geschäfte für die Gesellschaft mit verbindlicher Kraft vorzunehmen, und beifüge, daß diese Machtbefugniß desselben nicht beschränkt werden dürfe, sei nicht abzusehen, wie dem Dritten noch ein Einwand aus dem Zwecke sollte erhoben werden können, zu welchem das Geschäft vorgenommen worden. Jedenfalls gehe man in so fern zu weit, als man dem Socius Dritten gegenüber auch die Befugniß einräumen wolle, über Immobilien frei zu verfügen; Geschäfte, die sich auf Immobilien bezögen, kämen bei dem Geschäftsbetriebe der Handelsgesellschaften nicht so häufig vor und hätten keine so innige Beziehung zu den Handelsgeschäften, daß man es bei ihnen nicht bei dem Erforderniß genügender Vollmachten von Seiten aller Gesellschafter sollte belassen können. Insofern es sich um Verfügungen über Grundstücke handle, greife der vorliegende Antrag auch zu tief und mehr als zum Schutze der Interessen eines ungesicherten Handelsverkehrs erforderlich sei, in die Hypothekengesetzgebungen der einzelnen Staaten ein, indem die meisten dieser Gesetzgebungen auf dem Prinzip der Def-

fentlichkeit der Hypothekenbücher und darauf beruhten, daß der Inhalt derselben zu Gunsten Dritter, welche sich darauf verließen, volle Geltung habe, somit die Frage, wer dazu legitimirt sein solle, Eintragungen in diese Bücher zu beantragen, von der größten Bedeutung sei. Es werde deshalb beantragt, die Worte: „insbesondere auch Grundstücke zu veräußern und zu belasten“ zu streichen und statt dessen in einem besonderen Satz auszusprechen, daß der einzelne Gesellschafter über Immobilien zu verfügen nicht befugt sei.

Hiegegen wurde noch eingewendet: Es sei für den eigentlichen Handelsbetrieb vom größten Interesse, daß der einzelne Gesellschafter auch über die Immobilien verfügen dürfe, ohne besonderer Vollmachten von Seiten der übrigen Gesellschafter zu bedürfen. Man möge nur des Falles gedenken, daß die Gesellschaft rasch eines großen Kredites bedürfe, und denselben nur durch theilweise Deckung mittelst Verpfändung von Immobilien u. dgl. sich verschaffen könne, einer der Gesellschafter aber auf einer weiten Reise abwesend sei. In einem solchen Falle hänge von der Möglichkeit einer schnellen Hypothekenbestellung vielleicht die Zahlungsfähigkeit und Existenz der Gesellschaft ab. Von einem Eingriff in die Hypothekengesetzgebungen könne keine Rede sein, wenn der fragliche Antrag angenommen werde. Das Prinzip jener Gesetze werde dadurch nicht angetastet, sondern nur bestimmt, daß jeder einzelne Gesellschafter unter gewissen Voraussetzungen zu allen Verfügungen von Gesetzes wegen als legitimirt angesehen werden solle; die Sache verhalte sich also den Hypothekengesetzen gegenüber nicht anders, als wenn derselbe Gesellschafter von allen Mitgesellschaftern besondere Vollmacht hätte. Wolle man übrigens die Befugniß der Gesellschafter zur Verfügung über Immobilien beschränken, so könne man doch nicht weiter gehen, als daß man bestimme, es müßten bei solchen Verfügungen alle geschäftsführenden Gesellschafter zugleich handelnd auftreten. Dadurch würde aber dem einzelnen Gesellschafter sogar die Befugniß benommen sein, über Realitäten der Gesellschaft durch Verpachtung oder Vermietung, durch Austausch kleiner Parzellen u. s. w. zu verfügen, was heutzutage, weil nicht nur die immer zahlreicheren Fabriken, sondern auch Handelsetablissemens, wie z. B. der Lloyd nicht selten ausgedehnte, großartige Realitäten besäßen, nur nothwendig sein könne.

Ein Mitglied bemerkte: Nach seiner Auffassung hätten die Gesellschafter auch bei der Unzulässigkeit irgend einer Beschränkung der Vertretungsbefugniß das Mittel zur Erreichung ihrer Absicht, wenn sie nicht jedem

einzelnen Gesellschafter das Recht zugestehen wollten, frei über die Grundstücke der Gesellschaft zu verfügen; ein solches Mittel liege darin, daß die Gesellschafter nicht das Eigenthum, sondern nur die Nutznießung an den Grundstücken in das Gesellschaftsvermögen inserirten und demzufolge die Grundstücke nicht auf den Namen der Gesellschaft in das Grundbuch eingetragen seien. Um aber jeden Zweifel darüber auszuschließen, ob sich der einzelne Gesellschafter des ausschließlichen Eigenthums an den Grundstücken entäußert habe, was mit Rücksicht auf Art. 90 Abs. 2 keineswegs unnöthig erscheine, werde beantragt, den Schlusssatz des Artikels wie folgt zu fassen: „insbesondere auch die auf die „Firma der Gesellschaft eingetragenen Grundstücke“ 1c. oder: „insbesondere auch die der Gesellschaft gehörenden „den Grundstücke“ 1c.

Es wurde hierauf von anderen Seiten entgegnet: Die wirksame Verfügung eines Gesellschafters über Grundstücke der Gesellschaft setze nothwendig voraus, daß die Grundstücke in der That auch zum Gesellschaftsvermögen gehören. Dieß in dem Gesetze durch den Zusatz: „Die der Gesellschaft gehörenden“ ausdrücklich auszusprechen, erscheine, wenn auch nicht unrichtig, doch entbehrlich. Nicht hinzugefügt könne aber werden, „Die auf die Firma der Gesellschaft eingetragenen“, denn wie der Nachweis des Eigenthums, namentlich wenn es sich um eine Eintragung in das Grundbuch handle, zu führen, und ob und in wie ferne dazu erforderlich sei, daß die Grundstücke auf den Namen der Gesellschaft eingetragen sein müßten, hänge von den Landesgesetzen und den in den einzelnen Ländern geltenden Hypothekenverfassungen ab, in welche man nicht eingreifen dürfe.

Ein anderer Herr Abgeordneter war der Ansicht, daß es, wenn der im Eingang der Debatte gestellte Antrag angenommen werde, des bisherigen Art. 113 nicht weiter bedürfe, weil derselbe nichts Neues mehr enthalten würde. Es wurde jedoch entgegnet: Allerdings enthielten der heute beantragte Zusatz und der bisherige Art. 113 verschiedene Bestimmungen, indem der erste festsetze, welche Geschäfte der einzelne Socius zu schließen Macht habe, und der zweite, daß, wenn er sie schließe, die Gesellschaft direkt dadurch berechtigt und verpflichtet werde, beziehungsweise, wann anzunehmen sei, daß der Socius für die Gesellschaft habe kontrahiren wollen. Die beiden Absätze des Art. 113 würden sich dann ähnlich wie die Art. 41 und 50 zu einander verhalten.

Bei der Abstimmung wurde zunächst der im Eingang der Diskussion gestellte Antrag mit der Modifi-

kation, daß die Worte: „insbesondere auch — — belasten“ zu streichen seien, und daß beizufügen sei, der einzelne Socius könne über die Immobilien der Gesellschaft nicht verfügen, der Abstimmung unterstellt, und mit 11 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Sodann wurde mit 8 gegen 5 Stimmen beschloffen, den Schlußsatz des erwähnten Antrags wie folgt, zu fassen: „insbesondere auch die der Gesellschaft gehörenden Grundstücke etc.“ und mit dieser Modifikation der Antrag selbst mit 10 gegen 3 Stimmen angenommen.

Endlich wurde, dem Antrag eines Mitgliedes stattgebend, mit 9 gegen 4 Stimmen beschloffen, daß im Eingange der eben angenommenen Bestimmung gesetzt werde: „Jeder zur Vertretung der Gesellschaft befugte“ und im bisherigen Art. 113: „welche ein zur Vertretung der Gesellschaft befugter Gesellschafter in ihrem Namen schließt.“

Hierauf wurden die Protokolle der DLVII. Sitzung vom 5. Dezember, der DLVIII. Sitzung vom 7. Dezember, und der DLIX. Sitzung vom 10. Dezember 1860 verlesen und genehmigt.

~~~~~

DLXVI. Sitzung.

Nürnberg, am 7. Januar 1861.

In der heutigen, von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Maule geleiteten Sitzung, an welcher sämtliche in dem 548. Protokolle aufgeführte Herren Abgeordnete Antheil nahmen, wurde zur Berathung des

V. Titels „Von dem Frachtgeschäft“

übergegangen, und hiebei von Seiten des Herrn Referenten in einigen einleitenden Worten zunächst ein Rückblick auf mehrere bei der bevorstehenden Berathung von Wichtigkeit erscheinende Thatsachen geworfen und insbesondere angeführt: Von den gegen den Titel vom Frachtgeschäfte erhobenen Erinnerungen der höchsten und hohen Regierungen seien keine ausgeschieden worden, um einer nochmaligen gründlichen Durchberathung des ganzen Titels nicht entgegenzutreten. Der bei weitem größere Theil der erhobenen Erinnerungen sei durch die mannichfaltigen Bedenken hervorgerufen, welche von Seiten der deutschen Eisenbahnverwaltungen gegen den fraglichen Titel erhoben worden. Diese Bedenken seien nach Veröffentlichung der Conferenzverhandlungen und insbesondere des Entwurfs aus zweiter Lesung zuerst auf einer Versammlung von Vertretern der dem deutschen Eisenbahnvereine angehörenden Eisenbahnverwaltungen in Triest laut geworden. Bei dieser Versammlung habe man den Beschluß gefaßt, eine Kommission zur Prüfung des Entwurfs aus zweiter Lesung und zur Einleitung der nöthigen Schritte wegen Erreichung der etwa nöthig befundenen Aenderungen derselben niederzusetzen. Diese Kommission habe eine vom 12. Dezember 1859 datirte Denkschrift ausgearbeitet, in welcher namentlich der Versuch gemacht worden sei, die Nothwendigkeit einer Autonomie der Eisenbahnen darzuthun, und in welcher ferner eine nochmalige Durchberathung des Titels vom Frachtgeschäfte befürwortet worden sei. Auch habe die gedachte Kommission unter dem 25. Januar 1860 eine Reihe von formulirten Abänderungsvorschlägen zum Entwurfe zweiter Lesung aufgestellt. Diese Schritte hätten nunmehr sowohl bei den Regierungen mannichfache Verhandlungen angeregt als bei

dem Kaufmannsstande lebhaftere Gegendaßerungen veranlaßt. In Preußen insbesondere sei im Februar 1860 eine aus Vorständen von Eisenbahnverwaltungen und aus Deputirten von Handelskammern zusammengesetzte Kommission berufen worden, welche die Denkschrift der Kommission des Vereins der deutschen Eisenbahnverwaltungen ihrer Prüfung und Kritik unterzogen, den Vorschlägen derselben andere Vorschläge entgegengestellt, und sich darin den Beschlüssen der Konferenz thunlichst genähert habe. Die Anträge dieser Kommission habe die königl. preussische Regierung in allen wesentlichen Punkten genehmigt und in den Erinnerungen zum Entwurfe bei der Konferenz eingebracht. Ein in Berlin abgehaltener Handelstag habe sich dem Gutachten der vom Handelsministerium berufenen Kommission ebenfalls angeschlossen. Von Seiten der Kaufmannschaften sei an vielen Orten und Handelsplätzen Deutschlands theils in amtlichen Berichten, theils in Eingaben an die Regierungen, theils in gedruckten und veröffentlichten Denkschriften, theils in Vorstellungen an die Konferenz ein lebhaftes Verlangen zu erkennen gegeben worden, daß den Bestrebungen der Eisenbahnverwaltungen gegenüber die Interessen des Handelsstandes aufrecht erhalten würden. Dahin gehörten namentlich ein Bericht des niederösterreichischen Gewerbs- und Handelsstandes, ein Bericht des Prager Gewerbs- und Handelsstandes, gedruckte Elaborate der Kaufmannschaften zu Breslau, Augsburg und Köln, eine Denkschrift des Dresdener Handelsstandes, eine in München gedruckte und von dem vereinigten Handels-, Gewerbe- und Fabrikrath der königl. Haupt- und Residenzstadt München edirte kritische Beleuchtung der Denkschrift der Eisenbahnverwaltungen vom 12. Dezember 1859 und andere mehrere. Ein großer Theil dieser Vorstellungen und Schriften befürwortete dringend die unveränderte Beibehaltung dessen, was der Entwurf zweiter Lesung im Titel vom Frachtgeschäfte enthalte. Sämmtliche durch den Druck veröffentlichte oder sonst der Konferenz zugegangene Verhandlungen, Denkschriften und Erklärungen der Kaufmannschaften und sonstige Materialien für die Berathung, insbesondere mannichfache Aeußerungen der Tagespresse lagen zur Einsicht der Mitglieder auf.

Inzwischen sei insbesondere von dem preussischen Handelsministerium auf die Abänderung der bisherigen Eisenbahnreglements gedrungen und ein der Auffassung des Entwurfs und den oben gedachten preussischen Erinnerungen zu demselben sich anschließendes Betriebsreglement angefertigt worden; dessen Einführung habe nahe gestanden, als neuerdings eine Generalversamm-

lung des Vereins der deutschen Eisenbahnverwaltungen nach Hamburg berufen und daselbst ein vom 9. November 1860 datirtes Vereinsreglement beraten worden sei, welchem gegenüber die königlich preussische Regierung aber gleichwohl ihre Anträge aufrecht zu erhalten für angemessen finde.

Der Herr Abgeordnete für Württemberg bemerkte hierauf: Er sei von seiner hohen Regierung instruit, darauf anzutragen, daß Art. 376 gestrichen, und somit die Vertragsfreiheit der Eisenbahnen gewahrt werde. Er behalte sich vor, diesen Antrag seiner Zeit zu begründen. Eventuell werde er im Auftrage seiner hohen Regierung der Conferenz eine Reihe formulirter Artikel für den Fall der Ablehnung jenes prinzipialen Antrags vorlegen.

Hierauf wurde darüber diskutiert, in welcher Weise die Berathung des Titels vom Frachtgeschäfte am angemessensten vorzunehmen sei, ob es sich empfehle, sogleich bei jedem Artikel in Betracht zu ziehen, ob er für die gewöhnlichen Frachtführer, für die Fluß- und Binnenseeschifffahrt und die Eisenbahnen gleich passend sei, oder welcher Modificationen es für diese oder jene Transportanstalt bedürfe, oder ob es gerathener erscheine, den fraglichen Titel zunächst ohne Rücksicht auf die Eisenbahnen festzustellen und sodann erst die Frage zu erörtern, ob und mit welchen Modificationen derselbe auf die Eisenbahnen Anwendung finden solle u. dgl.

Schließlich wurde es für angemessen erachtet, der ersten Alternative statt zu geben, aber vor Berathung der Art. 371 — 375 darüber Beschluß zu fassen, ob der Art. 376 beizubehalten sei oder nicht.

Sodann wurde der Antrag unter Nr. 425 der Zusammenstellung der Erinnerungen zurückgezogen und anerkannt, daß die Anträge unter Nr. 426 ihre Erledigung durch die Berathung der zu den einzelnen Artikeln eingebrachten Erinnerungen finden würden.

Hierauf wurde auch allseitig anerkannt, daß dem zu
Art. 367

gestellten Antrage unter Nr. 427, zufolge dessen das Requisit der Gewerbmäßigkeit aus dem Art. 367 wegzufallen hätte, keine Folge gegeben werden könne, da die entsprechenden Anträge, welche unter Nr. 371 und 409 der Zusammenstellung der Erinnerungen zu den Titeln vom Kommissions- und Expeditionsgeschäfte gestellt worden, ausgeschieden worden seien.

Daselbe war bezüglich des Antrags Nr. 429 im Hinblick auf die Erinnerungen unter Nr. 371 und 411 der Fall. Der Antrag unter Nr. 428 wurde zurückgezogen.

Bei Berathung des zu

Art. 368

eingebraachten Antrags unter Nr. 430 wurde zu Gunsten desselben angeführt: Die beantragte Ergänzung des Artikels entspreche der Natur der Verhältnisse. Der Zweck des zweiten Absatzes des Artikels gehe dahin, auszusprechen, daß der Frachtführer das Recht habe, vom Absender die Ausstellung einer beweiskräftigen Urkunde über die stattfindende Güterverladung zu verlangen. Sollte dieser Zweck aber erreicht werden, so sei die zum Wesen einer beweiskräftigen Urkunde oft erforderliche Unterschrift des Ausstellers unentbehrlich; ohne dieselbe und wenn der Frachtbrief z. B. nur eine gedruckte Namensangabe des Absenders enthalten würde, könnte man denselben nicht immer als eine refognoscible und ihrem Zweck entsprechende Urkunde ansehen. Mit Rücksicht hierauf scheine Art. 368 Abs. 2 selbst dann, wenn er in seiner bisherigen Fassung beibehalten werden sollte, nicht anders interpretirt werden zu dürfen, als daß der Absender den Frachtbrief zu unterzeichnen schuldig sei. Zur Vermeidung von Kontroversen empfehle es sich aber, dies deutlich im Gesetze auszudrücken. Man möge nicht einwenden, daß der Art. 368 Abs. 2, wenn er in der beantragten Weise modificirt werde, eine große Belästigung für den Handelsstand zur Folge habe, denn er enthalte alsdann ja noch nicht die Vorschrift, daß die Frachtbriefe jeder Zeit unterzeichnet werden müßten, sondern nur die Bestimmung, daß der Frachtführer das Recht habe, die Unterzeichnung des Frachtbriefes zu verlangen, und es sei zu erwarten, daß die Frachtführer von dieser Befugniß nur dann, wenn sie ein besonderes Interesse daran hätten, Gebrauch machen und sich regelmäßig mit den üblichen gedruckten Namensangaben begnügen würden. Die Annahme des in Rede stehenden Antrags erscheine um so unbedenklicher, als die Bestimmung, daß die Frachtbriefe unterzeichnet werden müßten, schon in dem projectirten neuen Eisenbahn-Vereinsreglement vom 9. November 1860 sich finde, als ferner Art. 368 nicht zu denjenigen Bestimmungen gehöre, deren Abänderung durch Vertrag im Gesetze untersagt sei, die fragliche Bestimmung somit für den Eisenbahnverkehr Deutschlands doch Geltung erhalten werde, wenn der Antrag auch nicht angenommen werden sollte.

Gegen den in Rede stehenden Antrag wurde angeführt: Schon der ursprüngliche preussische Entwurf habe die nunmehr wieder beantragte Bestimmung enthalten, daß die Frachtbriefe auf Verlangen des Frachtführers unterzeichnet werden müßten. Dieselbe sei jedoch auf die dringende Befürwortung des Handelsstandes

wieder aus dem Entwurfe entfernt worden. Man habe gegen diese Bestimmung eingewendet, sie stehe mit der Auffassung der Verkehrswelt in Widerspruch und würde eine große Belästigung für den Handelsstand zur Folge haben, indem es bis jetzt allgemein üblich gewesen sei, die bedeutendsten Gütersendungen mit Frachtbriefen abzumachen, auf welchen der Name des Absenders nur gedruckt stehe. Eine Abweichung von dieser Handelsgewohnheit und die Vorschrift, daß fortan die Frachtbriefe zu unterzeichnen seien, stelle sich nicht etwa als eine unbedeutende Vergrößerung der Geschäfte eines Handelsprinzipals dar, sondern sei von dem bedeutendsten Einflusse. Man möge nur erwägen, daß durch große Handlungshäuser täglich große Mengen von Kolli spedirt würden. Die Expedition sei in solchen Handlungshäusern bisher meistens untergeordneten Kommiss übertragen gewesen, die sich noch dazu nur wenig an den Comptoirs, sondern meistens an solchen Orten aufhielten, an welchen sie stets gleich bereite Gelegenheit zur Besorgung der Gütersendungen hätten, wie z. B. an den Bahnhöfen, Quais u. dergl. Dergleichen Hülfspersonen könnten sich unmöglich bei jeder Sendung wegen der Unterschrift an den Prinzipal wenden, und andererseits könne denselben auch nicht so leicht die Vollmacht ertheilt werden, im Namen des Prinzipals zu unterzeichnen. Daß ein Bedürfnis dafür vorhanden sei, auch mit nicht unterschriebenen Frachtbriefen Transportgeschäfte abmachen zu können, sei schon in den früheren Verhandlungen (Prot. S. 781—782) anerkannt worden und ergebe sich auch daraus, daß sich einige Eisenbahnverwaltungen bei Vereinbarung des Vereinsreglements vom 9. Nov. 1860 vorbehalten hätten, Güter mit nicht unterschriebenen Frachtbriefen zum Transport zu übernehmen. Wo im einzelnen Fall ein besonderes Interesse dafür vorhanden sei, daß der Frachtbrief vom Absender unterschrieben werde, könne dies bei Eingehung des Frachtvertrags bedungen werden. Die Aufnahme einer entsprechenden allgemeinen Vorschrift könne dagegen zu dem Mißverständnisse führen, als solle der Frachtbrief nur dann zum Beweise dienen können, wenn er unterschrieben sei; auch könne sie zu Chikanen mißbraucht werden, z. B. dazu, daß die Weiterbeförderung der Güter bis nach Vorlage eines unterzeichneten Frachtbriefs verzögert, oder die verzögerte Weiterbeförderung mit der Ausflucht entschuldigt werde, der Frachtbrief sei nicht unterzeichnet gewesen u. dergl. Die aus der Beweiskraft des Frachtbriefs hergeleiteten Gründe würden auch dahin führen, daß der Absender die Unterschrift des Frachtführers zu verlangen befugt wäre.

Bei der Abstimmung wurde der in Rede stehende Antrag mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Bei Berathung des

Art. 369

wurde der hiezu gestellte Antrag Nr. 431 aus Mangel an Unterstützung nicht weiter verfolgt, nachdem gegen denselben geltend gemacht worden war, der Ausdruck: „Menge“ sei hier von der Versammlung in dem Sinne von „Quantität“ gebraucht worden; die Beifügung des Wortes: „Gewicht“ sei demnach nicht allein unnöthig, weil dasjenige, was es ausdrücken solle, schon in dem Ausdruck: „Menge“ enthalten sei, sondern auch unrichtig, denn das Gewicht sei dem eben Bemerkten zufolge nicht etwas Anderes als die Menge, sondern nur eine Art, wie die Menge ermittelt, beziehungsweise ausgedrückt werde. Füge man „Gewicht“ bei, so werde man auch noch anderer Arten der Mengenangabe, als: „Zahl der Kolli“ u. dergl. Erwähnung thun müssen. Dies habe sich bereits bei der ursprünglichen Berathung des preussischen Entwurfs gezeigt; bei derselben sei gerade deshalb der allgemeine Ausdruck: „Menge“, gewählt worden, weil die Sachverständigen darauf aufmerksam gemacht hätten, daß die speziellen Formen, in welchen die Quantität sich darstelle, weiter in einer erschöpfenden noch in einer allgemein passenden Weise sich aufnehmen ließen.

Bei Diskussion des

Art. 370

wurde zunächst in Betracht gezogen, ob der erste Absatz desselben zu streichen oder eventuell dem Antrage unter Nr. 432 entsprechend zu modifiziren sei, und zunächst für Streichung desselben angeführt: Der Schlußsatz des fraglichen Absatzes: „und in dessen Ermangelung durch das richterliche Ermessen bestimmt“ gebe zu erheblichen Bedenken Anlaß. Die jetzige Fassung könne, wenn man den gebrauchten Worten keinen andern Sinn beilegen wolle, als ihnen nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche zukomme, nicht füglich anders verstanden werden, als daß in Ermangelung eines Ortsgebrauchs die Frist, innerhalb welcher der Frachtführer die Reise anzutreten habe, noch gar nicht vorhanden sei, so lange der Richter nicht gesprochen habe, daß also dem Richter die Aufgabe gesetzt werde, den Vertrag der Kontrahenten zu ergänzen, und festzusetzen, innerhalb welcher Frist der Frachtführer die Reise anzutreten schuldig sei. Der Richter würde demzufolge nach dem unzweideutigen Wortlaut des Abs. 1 nicht die Execution anderweitig bereits bestimmter Verbindlichkeiten zu verfügen, sondern diese Verbindlichkeiten erst zu bestimmen haben. Daraus würde folgen,

daß der Frachtführer sich gar keinem Vorwurfe aussetze, wenn er vor Erlassung eines endgültigen richterlichen Bescheides den Antritt der Reise unterlasse, und daß er dadurch gar nicht in Verzug kommen, und der Absender vor Erlassung dieses richterlichen Bescheides auch keine Klage auf Erfüllung und beziehungsweise wegen Nichterfüllung des Frachtvertrags erheben könne. Diese Folgerungen würden dem Verkehre aber offenbar zum größten Nachtheile gereichen. Der Absender würde in Folge dieser Bestimmung in vielen Fällen gar nicht zu seinem Rechte gelangen können, weil der Richter in Ermangelung einer entgegenstehenden Vorschrift seinen Bescheid unmöglich anders als nach vorheriger Anhörung des Gegentheils würde erlassen dürfen, und der Letztere das Recht hätte, sich auch an die höheren Instanzen zu wenden, somit bis zum Austrage der Sache sehr oft eine ganz unverhältnißmäßig lange Frist verstreichen würde. Eine Bestimmung in dem eben besprochenen Sinne erscheine nur dann haltbar, wenn zugleich ein Ordonnanzverfahren eingeführt, und den Ordonnanzen des Gerichtspräsidenten die Kraft einer endgültigen Entscheidung der Sache beigelegt werde. Die Einführung eines solchen Verfahrens erscheine aber hier nicht thunlich. Das Richtige sei, daß man beim Mangel eines Ortsgebrauches die Umstände des Falls als maßgebend für die Bestimmung der Frist erkläre, innerhalb welcher die Reise angetreten werden müsse, und zunächst den Parteien anheimgebe, in Erwägung zu ziehen, welche Frist die angemessene sein möge, um darnach selbstthätig ihre Handlungen einzurichten, daß man dagegen den Richter nur im Falle entstandener Differenzen zur Entscheidung der Frage berufe, welche Partei die rechte Ansicht über die Dauer der betreffenden Frist habe, eine Entscheidung, von welcher regelmäßig nur nach Ausführung der Reise bei der Verhandlung über die von dem Absender erhobenen Entschädigungsansprüche wegen Verspätung des Transportes die Rede sein werde. Daß dem Richter eine solche Entscheidung zustehen, brauche jedoch offenbar nicht ausdrücklich ausgesprochen zu werden. Bleibe aber die Bestimmung im Schlusssatz des Abs. 1 weg, so enthalte derselbe nur noch die gleichfalls völlig selbstverständliche Vorschrift, daß, wenn die Parteien über den Antritt der Reise, beziehungsweise die Ausführung des Transportes nichts bedungen hätten, aber ein Ortsgebrauch in dieser Beziehung bestünde, der Letztere entscheidend sei, und scheine demnach für Beibehaltung des Abs. 1 gar kein Bedürfnis vorhanden zu sein. Behalte man denselben aber bei, so müsse jedenfalls der Eingang des Artikels geändert und gesetzt werden: „wenn über die Frist, innerhalb

welcher der Frachtführer die Reise antreten muß", weil selbst dann, wenn über den Zeitpunkt der Ablieferung des Frachtguts etwas ausgemacht sei, die Frage, wann der Frachtführer zum Antritt der Reise verbunden sei, und ob er nunmehr von dem Richter dazu angehalten werden müsse, zur Entscheidung nach Maßgabe des Ortsgebrauchs u. dgl. kommen könne, z. B. wenn der Absender einen solchen Ausspruch des Richters mit der Behauptung beantrage, daß der Frachtführer, falls er nicht sofort abreise, offenbar die Ablieferungsfrist nicht einzuhalten im Stande sei.

Gegen diese Ausführungen wurde bemerkt: Die erhobenen Bedenken schienen nicht begründet zu sein, denn es sei im Entwurfe keineswegs ausgesprochen, daß vor Erlassung eines Richterspruchs die Frist, innerhalb welcher die Reise angetreten werden müsse, gar nicht als vorhanden anzusehen und eine mora des Frachtführers nicht denkbar sei. Die Absicht des Abs. 1 gehe vielmehr dahin, auszusprechen, daß in Ermangelung einer besonderen Abrede und eines Ortsgebrauchs die Umstände des Falls für die Bestimmung der fraglichen Frist maßgebend sein sollten. Den Parteien sei demnach, auch wenn Abs. 1 beibehalten werde, unbenommen, selbst zu erwägen, welche Frist als die richtige angesehen werden müsse, und darnach auch ohne Dazwischenkunft des Richters ihre Handlungsweise einzurichten. Die Entscheidung des Richters müsse, wenn eine solche überhaupt beantragt werde, nach der Absicht des Abs. 1 auch keineswegs unter allen Umständen vor dem Antritt der Reise erfolgen, sondern könne ebenso wohl nachher als vorher stattfinden. Nach Abs. 1 würde es den Parteien allerdings unbenommen sein, noch vor dem Antritt der Reise die Entscheidung des Richters zu veranlassen, z. B. wenn der Absender behauptete, der Frachtführer habe bereits die für Antretung der Reise nach Lage der Umstände angemessene Frist verstreichen lassen und sei noch immer nicht bereit, dieselbe anzutreten, der Frachtführer dagegen behauptete, daß nach Gestalt der Verhältnisse noch immer die betreffende Frist im Laufe sei. In einem solchen Falle werde es Sache des Richters sein, die Frist festzusetzen und auszusprechen, daß der Frachtführer innerhalb dieser Frist die Reise anzutreten schuldig sei, und seinem Ausspruche den Vollzug zu sichern. Unter Umständen aber werde sein Ausspruch auch dahin lauten müssen, daß die angemessene Frist abgelaufen, der Zweck der Reise verfehlt, das Frachtgut deshalb dem Befrachter zurückzugeben und der Frachtführer schadensersatzpflichtig sei. Es werde voraussichtlich in keinem Staate an einem summarischen Verfahren fehlen, in welchem ein solcher

Ausspruch des Gerichtes in einer zweckentsprechenden kurzen Zeit unter Anhörung des Gegentheils erzielt werden könne. Der Einführung eines Ordonnanzverfahrens, die allerdings für die einzelne hier in Frage stehende Angelegenheit sich nicht empfehlen würde, bedürfe es demnach gar nicht. Die Entscheidung des Richters könne aber auch nach Antritt und Vollenbung der Reise erfolgen, wenn es sich darum handle, zu entscheiden, ob der Frachtführer mit dem Antritt der Reise zu lange gesäumt habe und schadenersatzpflichtig sei oder nicht. Die Bestimmung in Abs. 1, soweit es sich um die Thätigkeit des Gerichtes handle, sei demzufolge weder gefährlich noch überflüssig; sie habe übrigens im preussischen Entwurfe gefehlt und sei gerade erst in Folge der Beratungen der Konferenz hinzugefügt worden.

Außerdem enthalte der erste Absatz des Artikels die wichtige Bestimmung, daß der Ortsgebrauch des Abladeortes für die Zeit entscheidend sei, in welcher die Reise angetreten werden müsse, und somit auch für die Lieferzeit, da man natürlich davon auszugehen habe, daß von Seiten des Frachtführers die einmal begonnene Reise ohne Aufenthalt fortgesetzt werde. Der Eingang des Artikels könne endlich in der vorgeschlagenen Weise nicht geändert werden; denn auf die Voraussetzung: „wenn über die Frist, innerhalb welcher der Frachtführer die Reise antreten muß, nichts bedungen ist“, passe nicht für alle Fälle die Vorschrift, daß die Reise innerhalb der durch den Ortsgebrauch bestimmten Frist anzutreten sei, da diese Frist z. B. nicht maßgebend sein könne, wenn zwar nicht die Zeit des Antritts der Reise, wohl aber die Lieferzeit durch Vertrag festgesetzt sei. Zudem werde eine direkte Verabredung über den Zeitpunkt des Antritts der Reise praktisch fast niemals vorkommen.

Um die Absicht des Artikels zu verdeutlichen, wurde hierauf folgende Fassung für den ersten Absatz in Vorschlag gebracht:

„Ist über die Zeit, binnen welcher der Frachtführer den Transport bewirken soll, im Frachtvertrag nichts bedungen, so wird die Frist, innerhalb deren die Reise angetreten werden muß, durch den Ortsgebrauch bestimmt. In dessen Ermangelung richtet sie sich nach den Umständen des Falls.“

„Im letzteren Falle kann jede der Parteien den Richter um Feststellung der Frist angehen.“

Bei der Abstimmung wurde zunächst der erste Satz dieses Antrags allseitig genehmigt, ohne daß es einer Abstimmung bedurfte, und der zweite Satz des ersten Absatzes mit 12 gegen 2 Stimmen, der zweite Absatz des-

selben mit 8 gegen 6 Stimmen angenommen, worauf der Antrag auf Streichung des ersten Absages als erledigt angesehen ward. Sodann wurde der Vorschlag, den Eingang des Absages, entsprechend dem eventuellen Antrage unter Nr. 432 zu fassen, mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Bei Berathung der zum zweiten Absage desselben Artikels gestellten Anträge Nr. 433 und 434 wurde zunächst von einem Mitgliede der Vorschlag gemacht, statt „Reihenfolge der Anmeldung“ zu setzen: „Reihenfolge der Uebergabe“ und sodann für die Beseitigung des zweiten Absages geltend gemacht: Die in diesem Absage enthaltene Bestimmung könne sehr leicht zum Nachtheile des mit den öffentlichen Transportanstalten, insbesondere den Eisenbahnen verkehrenden Publikums mißbraucht werden. Die Bestimmung dieses Absages biete erfahrungsmäßig die Möglichkeit dazu, daß ein Spekulant unter entsprechenden Zeitumständen eine große Quantität einer Waare zum Transporte bei der Eisenbahn anmelde, die Anmelde Scheine in Empfang nehme, und, da nunmehr außer ihm Niemand mehr auf eine rechtzeitige Beförderung seiner Güter rechnen könne, diese Anmelde Scheine mit Vortheil an der Börse verkaufe, und dadurch den Gütertransport zum Nachtheil des Publikums förmlich besteuere. Oder wenn keine Anmelde Scheine ausgegeben würden, könne ein Speditur deshalb in ähnlicher Weise verfahren, um dadurch das Publikum indirekt zu nöthigen, daß es seine Güter durch ihn spediren lasse, wie dies z. B. schon bei Dampfschiffahrtunternehmungen vorgekommen sei. Neben einem solchen Verfahren könne ein ordentlicher Güterverkehr aber gar nicht bestehen und die Interessen des Handelsstandes würden dadurch gefährdet. Abs. 2 erscheine auch wegen des durchgehenden Güterverkehrs ganz unausführbar; der Verkehr könne es nicht vertragen, daß die von anderen Bahnen ohne vorherige Anmeldung ankommenden Güter erst dann weiter transportirt würden, wenn alle zur Zeit der Ankunft schon angemeldet gewesenen Güter weiter befördert seien. Aber auch die Transportanstalten selbst könnten durch die Bestimmung in Nachtheil gerathen, wenn die angemeldeten Güter gar nicht oder nicht rechtzeitig aufgeliefert würden. Der unter Nr. 434 gestellte Antrag sei aus gleichen Gründen, sodann auch wegen der großen Unsicherheit, welche darüber bestehe, wann die verschiedenen Frachtverträge als abgeschlossen anzusehen seien, und wegen der den Transportanstalten bleibenden Möglichkeit, den Abschluß des Frachtvertrags zur Zeit abzulehnen, nicht empfehlenswerth. Wie man den fraglichen Absatz aber auch fassen möge, so passe derselbe

doch nur auf öffentliche Transportanstalten, wie Eisenbahnen oder Dampfschiffahrtslinien oder auf solche Frachtführer, welche eine und dieselbe Reise in regelmäßig wiederkehrenden Fristen und nur mit einem gewissen Transportmittel zu machen pflegten u. dgl., und nicht auf den gewöhnlichen Landfrachtführer und Flußschiffer. Wenn ein Frachtführer von der zuletzt erwähnten Art den Transport einer Quantität von Gütern übernehme, so müsse er, falls nichts Anderes ausgemacht sei, den Transport sogleich ausführen und könne sich, wenn er die Güter dennoch habe liegen lassen, nicht auf den Einwand berufen, daß er erst noch andere Güter habe befördern müssen. Ein solcher Frachtführer möge zusehen, wie er die nöthigen Mittel zum sofortigen Transport aller von ihm übernommener Güter sich verschaffe. Dies komme namentlich auch in Betracht, wenn es sich darum frage, ob nicht statt „Anmeldung“ „Uebergabe“ zu setzen sei, denn bei gewöhnlichen Frachtführern der zuletzt erwähnten Art sei dem eben Ausgeführten zufolge die Verpflichtung, die übernommenen Güter sogleich zu transportiren, eine unbedingte und nicht erst davon abhängig, ob gleiche Umstände wie bei anderen Gütern und überhaupt, ob noch andere Güter vorhanden seien oder nicht. Die fragliche Bestimmung habe zudem nicht einmal einen erheblichen praktischen Werth, da sie eine präzise Fassung nicht gestatte, sondern durch so allgemeine Zusätze, wie: „so viel als möglich,“ und: „unter gleichen Umständen,“ u. dgl. abgeschwächt werden müsse, es daher schwer halten werde, einen Entschädigungsanspruch auf dieselbe zu gründen und solchen, zumal wenn man die etwa eintretenden Beweisführungen berücksichtige, durchzuführen. Im Grunde gehe die Absicht des Abs. 2 nur dahin, zu bestimmen, daß die Eisenbahnen das gesammte Publikum gleich zu behandeln verbunden und nicht berechtigt seien, den einen Absender durch willkürliche Versendung seiner Güter vor der Beförderung früher aufgegebenen Güter u. dgl. zu begünstigen. Solche Sätze gehörten aber mehr dem öffentlichen als dem Privatrechte an.

Giegegen wurde geltend gemacht: Vorausgesetzt, daß statt: „Anmeldung“ „Uebergabe“ gesetzt werde, erscheine die Beibehaltung des zweiten Absatzes von Art. 370 wünschenswerth. Eine unpraktische Bestimmung enthalte derselbe nicht. Wenn dargethan werde, daß der Frachtführer die später übergebenen Güter eines Absenders vor den früher aufgegebenen Gütern eines anderen Absenders derselben Art transportirt habe (und ein solcher Beweis werde nicht allzuschwer zu erbringen sein), sei die glückliche Durchführung einer Ent-

schädigungsflage kaum noch zweifelhaft. Der Hauptgrund für die Aufnahme des zweiten Absatzes habe allerdings in der Absicht gelegen, bei dem unbestreitbaren Bestehen eines faktischen Monopols der Eisenbahnen, Willkür oder Begünstigung in Bezug auf die Reihenfolge der Beförderung der Frachtstücke thunlichst auszuschließen. Eine solche, auch dem Geiste der englischen Eisenbahngesetzgebung entsprechende, übrigens auch für Dampfschiffe zweckmäßige Bestimmung sei gleich anderen Eingriffen der Gesetzgebung in die freie Bestimmung der Kontrahenten aus dem Grunde gerechtfertigt, weil das faktische Monopol der Eisenbahnen nicht bloß eine Folge zweckmäßiger Anwendung großer Kapitalien, sondern auch durch die Seitens des Staats den Eisenbahnen ertheilten mannigfaltigen Privilegien und Begünstigungen, z. B. der Expropriationsbewilligung und des Verbots der Erbauung von Konkurrenzbahnen, herbeigeführt worden sei, und weil diesen Vortheilen gegenüber in den oben erwähnten Eingriffen der Gesetzgebung nichts Anderes liege, als die Forderung eines Aequivalents, eine Forderung, welche in das Gewand von gesetzlichen Verpflichtungen und Einschränkungen zu Gunsten des mit den Eisenbahnen verkehrenden Publikums gekleidet werde. Nicht einseitige Vorklänge lege der Staat dadurch den Eisenbahnen auf, sondern er mildere nur diejenigen Nachtheile, welchen das Publikum Seitens der durch den Staat monopolistisch gestellten Eisenbahnen ausgesetzt sei. Nothwendig erscheine die betreffende Bestimmung aber deshalb, weil durch Begünstigungen der oben erwähnten Art einzelne Absender oder Empfänger in die Lage gesetzt werden könnten, wenigstens zeitweise jede Konkurrenz im Handel mit den betreffenden Waaren zum großen Nachtheile des konsumirenden Publikums, ja vielleicht selbst unter Gefährdung wesentlicher öffentlicher Rücksichten, z. B. der Versorgung des Publikums mit den nöthigen Lebensmitteln oder anderen Konsumtionsartikeln abzuschneiden. Für die Beibehaltung des Abs. 2, wenn schon theilweise mit der Modifikation, daß statt des Wortes: „Anmeldung“, gesetzt werde: „Aufgabe“ oder „Uebergabe und Uebernahme“, hätten sich eine Reihe von kaufmännischen Korporationen wie z. B. die Wiener, Prager und andere österr. Handelskammern in ihren der Konferenz bekannt gewordenen Gutachten, der Münchener Handels-, Gewerbe- und Fabrikrath in seiner kritischen Beleuchtung der Denkschrift des Vereins der deutschen Eisenbahnverwaltungen, sowie der Dresdener Handelsstand und der Handels- und Fabrikstand von Chemnitz in ihrer veröffentlichten Gegenschrift ausgesprochen. Dadurch scheine sich auch der

Einwand zu widerlegen, daß Abs. 2 nicht durchführbar sei, denn man dürfe diesen Korporationen zutrauen, daß sie zu beurtheilen im Stande seien, was praktisch ausführbar sei oder nicht, und daß sie praktisch Unausführbares nicht begehrten.

Schließlich wurde zunächst mit 8 gegen 6 Stimmen statt: „Anmeldung“ „Uebergabe“ zu setzen beschlossen, sodann aber mit 10 gegen 4 Stimmen der Antrag auf Streichung des zweiten Absatzes angenommen.

DLXVII. Sitzung.

Nürnberg, am 9. Januar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Maule geleiteten Sitzung, an welcher alle in der 548. Sitzung aufgeführten Herren Abgeordnete Theil nahmen, gab der Herr Präsident der Versammlung zunächst kund, daß die Akten der hohen Bundesversammlung über mehrere zur allgemeinen deutschen Wechselordnung in Anregung gekommene Fragen in Folge Bundesbeschlusses vom 26. Dezember 1860 anderweit an die Konferenz gelangt seien, und proponirte, dieselben behufs gefälliger Ausarbeitung eines Gutachtens dem für diese Angelegenheit erwählten Referenten dem königl. sächs. Appellationsgerichtsrathe Herrn Dr. Tauchnitz, zu übergeben, und sodann die früher für dieselbe Angelegenheit erwählte Kommission zur Berathung dieses Gutachtens und zur Vorlage eines Kommissionsberichtes zu veranlassen. Diesen Vorschlägen trat die Versammlung bei.

Sodann gab der Herr Abgeordnete für das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin unter Bezugnahme auf den zum Protokolle der 548. Sitzung niedergelegten Vorbehalt die Erklärung ab, daß seine Regierung zwar für die schließliche Berathung des Entwurfs eines all-

gemeinen deutschen Handelsgesetzbuches den zwischen Oesterreich, Preußen und Bayern vereinbarten Grundsätzen im Uebrigen sich anschließen, daß dieselbe jedoch bei nachstehenden Erinnerungen und Anträgen beharre: Nr. 76 der Zusammenstellung zu Art. 50, Nr. 82 zu Art. 54, Nr. 95 zu Art. 68, Nr. 132 zu Art. 110, Nr. 169 zu Art. 142—163, Nr. 279 zu Art. 269, Nr. 295 zu Art. 289—294, Nr. 310 und 313 zu Art. 297—300, Nr. 345 zu Art. 324 und endlich auch bei dem Antrage Nr. 487 der Zusammenstellung. Sollten diese Erinnerungen nicht zur Erörterung gelangen und unberücksichtigt bleiben, so müsse er seiner hohen Regierung in Betracht der Wichtigkeit dieser Erinnerungen für Mecklenburg die endliche freie Entscheidung über Annahme des aus der dritten Lesung hervorgegangenen Entwurfes und namentlich rückzüglich solcher Bestimmungen vorbehalten, bei welchen die Anträge auf deren Beseitigung oder Abänderung nicht zur Erörterung zugelassen seien.

Der Herr Präsident erklärte hierauf die in der oben erwähnten Mittheilung berührte Frage, ob die aufgeführten Erinnerungen zur Erörterung zugelassen seien, bereits durch die Verhandlungen in der 548. Sitzung für erledigt.

Hierauf wurde zur Berathung der zum dritten Absatz des

Art. 370

gestellten Anträge unter Nr. 432, 435 und 436 übergegangen und zu Gunsten des Antrags auf Streichung dieses Absatzes angeführt: Die Bestimmung desselben sei in ihrer jetzigen Allgemeinheit nicht haltbar, und könne, zumal der in den früheren Verhandlungen gestellte Antrag abgelehnt worden, auch für den Fall eine Bestimmung aufzunehmen, wenn die Verzögerung von der Art sei, daß der Zweck der Reise dadurch ganz vereitelt werde, die Vertragserfüllung somit unmöglich geworden sei, zu bedenklichen Mißdeutungen führen. Nunmehr, da es an besonderen Bestimmungen über den zuletzt erwähnten Fall fehle und auch nicht deutlich aus dem Gesetze ersichtlich sei, daß er von der Bestimmung des Art. 370 Abs. 3 nicht betroffen werden solle, stehe zunächst zu befürchten, daß dieser Absatz schlechthin auf alle Fälle angewendet werde, in welchen der Transport der Waare vom Abgangsorte bis zum Bestimmungsort bloß vorübergehend und nicht ein für alle Male unmöglich geworden sei, und dies würde zu den bedenklichsten Ergebnissen führen können. In Folge hiervon würde der Absender nämlich das Recht, die Güter gegen Bezahlung der im Entwurfe aufgeführten Leistungen zurückzuziehen, selbst in denjeni-

gen Fällen haben, in welchen die in Rede stehende Verzögerung im Vergleich zur Ausdehnung und zum Zweck der ganzen Reise ohne alle Erheblichkeit sei; selbst bei einer großen Reise würde eine Verzögerung des Transportes von wenigen Stunden den Rücktritt des Absenders vom Vertrage rechtfertigen. Auf der anderen Seite würde der Absender selbst bei der erheblichsten Verzögerung der Reise und wenn der zum Grunde liegende Unfall sich lediglich in der Person des Frachtführers ereignet habe, also nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen von ihm allein zu tragen sei, nur gegen Entrichtung der im dritten Absätze des Artikels aufgeführten Leistungen vom Vertrage loskommen können, und auch dies wäre ganz ungerechtfertigt, denn wenn die Verzögerung der Reise von der Art sei, daß der Zweck derselben dadurch vereitelt werde, daß also die von den Kontrahenten beabsichtigte Reise, bei der es niemals bloß darauf ankomme, daß die Güter überhaupt einmal zu irgend einer Zeit von dem Abgangsorte an den Bestimmungsort gebracht würden, sondern bei der die Zeit, innerhalb welcher dieses geschehe, immer mehr oder weniger von Einfluß sei, unmöglich geworden, falle jeder Anspruch auf Vertragserfüllung hinweg, und fehle es an jedem Grunde dafür, daß der Absender dem Frachtführer die Kosten der Vorbereitung und theilweisen Ausführung der Reise ersetze. Der Frachtvertrag löse sich dann wegen Unmöglichkeit der Erfüllung desselben, ohne daß regelmäßig ein Theil an den anderen einen Anspruch erheben könne. Der Frachtführer habe keinen Anspruch auf Ersatz seiner bereits aufgewendeten Kosten, denn er habe dieselben zum Zwecke der Erfüllung seiner eigenen Verbindlichkeiten, also in eigenem Interesse, wenn auch vergeblich aufgewendet; nur insoweit eine etwaige theilweise Ausführung dem Absender wirklich Vortheil bringe, könne der Frachtführer, damit sich der Absender nicht rechtswidrig bereichere, Ersatz fordern. Unter diesen Umständen erscheine es rathsam, den dritten Absatz des Artikels 370 ganz zu streichen.

Für den Antrag unter Nr. 435, sowie für den Vorschlag unter Nr. 436 wurde geltend gemacht: Die jetzige Fassung des dritten Absatzes, insbesondere die im Eingange desselben sich findenden Worte: „oder sonst ohne Verschulden des Frachtführers“ führten nothwendig zu der Ansicht, als solle dem Absender das Recht, wegen zeitweiliger Verzögerung des Antritts oder der Fortsetzung der Reise von dem Frachtvertrage zurückzutreten und seine Güter zurückzuziehen, dann nicht zustehen, wenn sie Folge eines Verschuldens des Frachtführers oder der Leute sei, für welche derselbe einstehen müsse, denn der fragliche Absatz gebe sich den

Anschein, als solle er die Fälle, in welchen dem Absender der Rücktritt gestattet werde, im Gegensatze zu der Regel des Abs. 1, wonach die Reise anzutreten und selbstverständlich auch soviel thunlich ungesäumt weiter fortzusetzen und zu vollenden sei, feststellen. Räume man dem Absender aber das Rücktrittsrecht selbst in dem Falle ein, wenn der Frachtführer ohne Verschulden sei, so werde der Erstere um so mehr beim Vorhandensein eines solchen Verschuldens dasselbe Recht haben müssen. Um der erwähnten Mißdeutung abzuweichen, werde den in Rede stehenden Anträgen stattzugeben sein.

Gegen diese eben aufgeführten Anträge wurde von anderen Seiten geltend gemacht: Die Schlussfolgerung, daß der Absender zwar in dem Falle vom Vertrage zurückzutreten und die Güter zurückzuverlangen das Recht habe, wenn der Frachtführer außer Verschulden sei, daß ihm beim Vorhandensein eines solchen Verschuldens dagegen kein derartiges Rücktrittsrecht zustehen, sei nicht zu befürchten; ein solches argumentum e contrario sei offenbar unbegründet, und es könne keinen Zweifel leiden, daß dem Absender, wenn er ein solches Recht selbst einem Frachtführer gegenüber habe, der seine ganze Schuldigkeit gethan, dasselbe Recht um so mehr im Falle eines Verschuldens des Letzteren zustehen müsse. Die Fälle eines Verschuldens des einen oder des anderen Kontrahenten seien in dem in Rede stehenden Absatze ganz unberührt geblieben, um nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen beurtheilt zu werden, und dürften auch, der Uebereinstimmung mit anderen ähnlichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches wegen, hier nicht besonders besprochen werden. Eine Hinweisung auf die Fälle eines Verschuldens des Frachtführers könne hier auch nur irre führen; denn wenn die Verzögerung der Reise in einem solchen Verschulden sich gründe, werde der Absender nicht auf dasjenige beschränkt sein, was ihm in den vorliegenden Anträgen zugestanden werde, daß er nämlich ohne Ersatz der bereits aufgewendeten Kosten des Frachtführers vom Vertrage zurücktreten dürfe, sondern werde unter Umständen wohl auch noch Schadenersatz zu fordern berechtigt sein, so wie ihm auch die Verpflichtung obliegen könne, für den theilweise bewirkten Transport nach Maßgabe der erweislichen Vereinerung Ersatz zu leisten. Ebenso unbegründet wie die Beanstandung des Abs. 3 wegen der Nichtberücksichtigung der Fälle eines Verschuldens des Frachtführers sei die Anfechtung desselben, welche aus dem Grunde hergeleitet werde, daß er auch auf ganz irrelevante und auf solche Verzögerungen der Reise Anwendung finden könne, in deren Folge man die

Ausführung des intendirten Unternehmens für unmöglich halten müsse. Auf beide Arten von Verzögerungen leide Abs. 3 offenbar keine Anwendung. Daß derselbe auch ganz geringfügige, mit Rücksicht auf Ausdehnung und Zweck der Reise als völlig irrelevant erscheinende Verzögerungen desselben, nicht anwendbar sei, stehe deshalb außer Zweifel, weil Niemand behaupten und jedenfalls kein Richter zugeben werde, daß dadurch die Fortsetzung der Reise zeitweilig verhindert werde. Verzögerungen aber, in deren Folge der erkennbare Zweck des Unternehmens verfehlt, und somit die intendirte Reise, bei der allerdings nicht die bloße Transportirung der Güter von einem Orte zum anderen, sondern auch die Zeit in Betracht komme, in welcher dies geschehe, unmöglich werde, würden durch Abs. 3 um deswillen nicht betroffen, weil bei ihnen nicht eine zeitweilige, sondern eine gänzliche Verhinderung der Reise vorliege. Die beiden eben erwähnten Arten einer Verhinderung der Reise seien der Beurtheilung nach Maßgabe der allgemeinen Grundsätze anheim gegeben worden. Absatz 3 solle demnach, was nach seiner Fassung so wenig zweifelhaft sein könne, daß es keines weiteren Zusatzes zu seiner Verdeutlichung mehr bedürfe, nur eine einzelne Art von solchen Verhinderungen regeln, nämlich die Fälle, in welchen die vorliegende zeitweilige Verzögerung des Transportes mit Rücksicht auf die Umstände des konkreten Falles zwar nicht ohne Erheblichkeit, jedoch auch nicht so bedeutend sei, daß eine Unmöglichkeit der Erfüllung wegen Vereitelung des erkennbaren Zwecks des Vertrags vorliege, oder in welchen der Absender es doch wenigstens nicht darauf ankommen lassen wolle, ob der Richter nach den Umständen des Falls eine wesentliche Verzögerung des Transports als vorhanden ansehen werde oder nicht. In Fällen dieser Art würde der Absender beim Mangel einer anderweitigen positiven Bestimmung des Gesetzes an den Vertrag gebunden bleiben und die Aufhebung des Hindernisses abwarten müssen. Der hierin liegenden Härte helfe die von den allgemeinen Grundsätzen des Rechts differirende Bestimmung des Absatzes 3 ab, die eben deshalb von großer praktischer Bedeutung sei, und deren ausdrückliche Aufnahme in das Gesetz um so weniger unterbleiben könne, als im Seerechte (§. 208 des Entwurfs des Seerechts aus zweiter Lesung) die gegentheilige Bestimmung enthalten sei. Durch die Erwägung, daß Absatz 3 eine Begünstigung für den Absender statuirt, auf welche er nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen keinen Anspruch haben würde, erledige sich auch der von einem Herrn Abgeordneten im Laufe der

Diskussion erhobene Einwand, daß eine Unbilligkeit darin liege, wenn man dem Absender den Ersatz der zur Vorbereitung der Reise und zur Wiederausladung der Güter verwendeten Kosten, sowie die Bezahlung einer Vergütung für den ausgeführten Theil der Reise zur Pflicht mache. Die oben berührten Mißdeutungen seien um so weniger zu befürchten, als Niemand berechtigt sei, daraus, daß eine gewisse Art von zufälligen Ereignissen bei Antritt und beziehungsweise bei Ausführung der Reise im Gesetze besprochen werde, darauf zu schließen, daß dieselbe Bestimmung auch auf andere Arten solcher Zufälle anwendbar sei.

Um allen falschen Auslegungen des Abs. 3 soweit, als dies nöthig erscheinen könne, vorzubeugen, wurde von einem Mitgliede der Antrag gestellt, folgende Fassung für diesen Absatz anzunehmen:

„Wird der Antritt oder die Fortsetzung der
„Reise durch Naturereignisse oder sonstige Zufälle
„zeitweilig verhindert, so braucht — — muß aber
„den Frachtführer, wenn denselben kein Verschulden
„trifft, wegen der Kosten“ 1c. 1c. wie im Entwurfe.

Hiebei wurde noch geltend gemacht: Wenn man auch allen anderen gegen die der Diskussion unterstellten Anträge vorgebrachten Einwendungen volle Gültigkeit beimessen könnte, so sei dies doch nicht rücksichtlich der Bemerkung der Fall, daß es einer ausdrücklichen Bestimmung darüber nicht bedürfe, ob der Absender auch im Falle eines Verschuldens des Frachtführers das fragliche Rücktrittsrecht habe oder nicht. Denn nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen habe zwar der Frachtführer wegen der von ihm verschuldeten Verzögerung vollen Schadenersatz zu leisten, hierauf beschränke sich aber auch seine Verpflichtung; zugleich müsse auch der Absender in diesem Fall, wenn die Verzögerung nicht von der Art sei, daß sie den Zweck der beabsichtigten Reise vereitle und diese unmöglich mache, die Aufhebung des Hindernisses abwarten und beim Frachtvertrage stehen bleiben. Hiegegen könne man sich nicht darauf berufen, daß der Frachtführer nur auf Bezahlung der Fracht, nicht aber auch darauf ein Recht habe, daß ihm die Güter zur Ausführung des Transportes gegeben und beziehungsweise belassen würden, der Absender also seine Güter jederzeit zurückverlangen könne, denn das zuletzt erwähnte Recht stehe dem Absender keineswegs unbedingt zu; so z. B. in dem Falle nicht, wenn der Frachtführer auch Güter von anderen Absendern geladen habe, und die Herausgabe der Güter des Zurücktretenden eine Umladung der anderen zur Folge haben würde u. dgl.

Bei der Abstimmung wurde die zuletzt formulierte

Fassung durch die entscheidende Stimme des Herrn Präsidenten angenommen, und die Streichung des dritten Absatzes mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Hierauf wurde zur Berathung des

Art. 376

übergangen und für den schon in der vorigen Sitzung angekündigten Antrag auf Streichung desselben angeführt: Dieser Artikel sei in das Handelsgesetzbuch aufgenommen worden, um den vielfachen Klagen des Handelsstandes über die Ausbeutung des theils wirklichen theils faktischen Monopols der Eisenbahnen durch die Verwaltungen derselben abzuhelpen. Die Versammlung sei jedoch hierin zu weit gegangen, und es rechtfertige sich der Antrag auf Beseitigung dieses Artikels durch die dringendsten Gründe, damit den Eisenbahnen dieselbe Vertragsfreiheit verbleibe, wie den gewöhnlichen Frachtführern. Es sei eine große und ganz ungerechtfertigte Anomalie, daß in einem Privatrechtsgeetze einer ganzen Klasse von Rechtssubjekten die Vertragsfreiheit genommen werden solle. Dazu, um diese Anomalie in dem vorliegenden Falle zu rechtfertigen, genüge es nicht, sich darauf zu berufen, daß die Eisenbahnen eine überwiegende Stellung gegenüber dem mit ihnen verkehrenden Publikum hätten, denn der rechte Weg, um die mißbräuchliche Geltendmachung einer solchen Stellung zu verhindern, liege nicht in der Aufstellung so verletzender und tiefeinschneidender Rechtsätze, wie der des Art. 376 einer sei, sondern in steter Ueberwachung der Eisenbahnverwaltungen durch die Regierungen der einzelnen Staaten, die Organe der Kaufmannschaften und die öffentliche Stimme.

Zu diesem prinzipiellen Bedenken gegen den Art. 376 komme noch der Umstand, daß der ganze Eisenbahnverkehr eine viel zu kurze Zeit existire, als daß schon jetzt an einen Abschluß seiner Entwicklung gedacht werden könne und als daß es möglich wäre, ihn schon in der Weise im Gesetze durch feste und unabänderliche Normen zu regeln, wie dies im Entwurfe des Handelsgesetzbuches geschehen solle. Täglich entstünden neue Formen und Combinationen des Eisenbahnverkehrs, und das ganze Institut sei noch in der Ausbildung begriffen. Unter solchen Umständen sei, wenn nicht jede gedeihliche Entwicklung des Instituts verhindert werden solle, die Autonomie im Sinne einer ungehinderten Vertragsfreiheit unentbehrlich. Daß Art. 376 nicht ohne alle Restriktionen beibehalten werden könne, und daß es nicht zu umgehen sein werde, eine Anzahl von Ausnahmbestimmungen aufzustellen, welche den Eisenbahnverwaltungen eine reglementsmäßige Beschrän-

kung der Haftbarkeit nachließen, scheine jetzt schon allgemein anerkannt zu sein; wenigstens müsse man dies im Hinblick auf die von mehreren Seiten in diesem Sinne gestellten Anträge annehmen. Dadurch komme die Versammlung aber in eine höchst schwierige Lage. Sie dürfe keine durch die Umstände gebotene Ausnahme vergessen, und müsse befürchten, daß, wenn auch nur eine einzige unentbehrlich erscheinende Ausnahme übersehen werde, das ganze System von Regel und Ausnahme nicht durchführbar und haltbar sei. Abgesehen davon werde durch die Nothwendigkeit gewisser Ausnahmen eine höchst verwickelte und schwerfällige Kasuistik bedingt, wie sie dem Gesetze in seinen übrigen Theilen fremd sei. Dasjenige Gute, welches Art. 376 überhaupt zur Folge haben könne, habe er bereits gewirkt: es sei dadurch für alle Zeiten die Aufmerksamkeit auf die Nothwendigkeit einer Kontrolle der Art und Weise gelenkt worden, in welcher die Eisenbahnen ihre Stellung und Vertragsfreiheit dem Publikum gegenüber zur Geltung brächten; dies habe schon jetzt seine guten Früchte getragen und werde auch künftig nicht ohne Erfolg bleiben, wenn mit einer solchen fortwährenden Beachtung des Verfahrens der Verwaltungen nicht nachgelassen werde.

Von anderen Mitgliedern wurde hinzugefügt: Ein wesentliches Bedenken gegen Art. 376 und die demselben zum Grunde liegenden Motive bestehe auch darin, daß man dabei zu viel Rücksicht auf die Eisenbahnen und zu wenig auf andere Transportanstalten genommen habe. Der Artikel sei nur wegen der Verhältnisse des Eisenbahnverkehrs aufgenommen worden, treffe aber auch alle anderen größeren Transportanstalten, so z. B. Dampfschiffe auf Flüssen und Binnenseen, und für diese Transportanstalten könne die Wirkung desselben nur eine verderbliche sein. Jedenfalls müsse man sich den Antrag vorbehalten, alle diejenigen Ausnahmebestimmungen, welche bezüglich der Eisenbahnen aufgestellt würden, auch auf andere Transportanstalten für anwendbar zu erklären. Die Fixirung der Rechtsverhältnisse des Eisenbahnverkehrs, welche durch das Handelsgesetzbuch herbeigeführt werde, wenn sich die Versammlung für Beibehaltung des Art. 376 entscheide, könne endlich nicht allein den Eisenbahnen, sondern ebensowohl dem Handelsstande gefährlich werden. Es sei zu befürchten, daß jetzt manche Ausnahmebestimmung aufgestellt werde, welche sich im Hinblick auf die Bedürfnisse des Publikums in wenigen Jahren als völlig unhaltbar erweise, und dann würde das Handelsgesetzbuch sogar eine Stütze für die Fortdauer einer ungerechtfertigten Ausbeutung der überwiegenden Stellung der Eisenbahnen

bilden. Es scheine demzufolge dringend geboten, den Art. 376 zu beseitigen.

Hiegegen wurde geltend gemacht: Es scheine unthunlich, die Beschwerden des Handelsstandes über die Benachtheiligung desselben durch Ausbeutung der überwiegenden Stellung der Eisenbahnen im Handelsgesetzbuche ganz unbeachtet zu lassen und den Eisenbahnen die von ihnen desiderirte Autonomie ohne alle Beschränkung freizugeben. Die fraglichen Beschwerden des Handelsstandes seien schon seit längerer Zeit und zu wiederholten Malen den Regierungen der einzelnen Länder mit der Bitte um Abhülfe vorgetragen worden. Man habe die Beschwerdeführer auf das demnächst zur Geltung kommende Handelsgesetzbuch verwiesen, bei dessen Abfassung die Gelegenheit, Abhülfe zu schaffen, geboten sei, indem nicht Maßregeln der einzelnen Regierungen, sondern nur eine Einigung aller deutschen Regierungen zu gleicher gemeinsamer Gesetzgebung in diesem Punkte zum Ziele führen könnten. Was von der Unstatthaftigkeit einer Beschränkung der Vertragsfreiheit vorgetragen worden, treffe nicht zu. Die Eisenbahnverwaltungen hätten sogar, wenn sie von Aufrechterhaltung ihrer Autonomie sprächen, weniger die Aufrechterhaltung einer Vertragsfreiheit in dem Sinne, daß sie sich als Kontrahenten gegenüber dem kontrahirenden Publikum betrachteten, als eine Art von Gesetzgebungsrecht im Auge. Eine solche Autonomie sei in keiner Weise gerechtfertigt. Aber auch in Bezug auf die Freiheit, Verträge durch Klauseln zu modifiziren, seien schützende Bestimmungen des Gesetzes da wohlbegründet, wo ohne solche die Interessen der einen Partei der anderen Partei gänzlich preisgegeben seien. Die Erfahrungen, welche man seit dem Bestehen der Eisenbahnen über deren unabwiesliche Bedürfnisse und darüber, welche Maßregeln durchführbar seien und welche nicht, gesammelt habe, genügten, um mit Sicherheit bis auf Weiteres die Rechtsverhältnisse des Eisenbahnverkehrs ordnen zu können. Daß die Frage, auf deren Erledigung Art. 376 abziele, ausschließlich dem öffentlichen Rechte angehöre, und dem Privatrechte ganz ferne liege, könne nicht zugegeben werden; in vielen Erkenntnissen hoher Gerichtshöfe, in welchen über die Statthaftigkeit einzelner Reglementsbestimmungen erkannt worden sei, finde sich die Ansicht wieder, daß diese Frage dem Privatrechte angehöre, wenn auch in verschiedener Weise darüber geurtheilt worden, welche Grundsätze des Privatrechtes die maßgebenden seien. Daß ohne einen Eingriff der gesetzgebenden Gewalt den begründetsten Beschwerden der Handelswelt keine Abhülfe geschaffen werden könne,

beweise das jüngst in Hamburg entworfene Vereinsreglement, welches den Interessen des Handelsverkehrs noch immer nicht genügende Rechnung trage.

Ein Mitglied fügte hinzu: Prüfe man die Motive, aus welchen so viele österreichische, preussische, bayerische, sächsische und andere Handels- und Gewerbscorporationen die unveränderte Beibehaltung des Art. 376 energisch befürwortet, und die in der Denkschrift der Eisenbahnverwaltungen für den Fall, daß Art. 376 nicht gestrichen werde, vorgeschlagenen Bestimmungen entschieden bekämpft hätten, so ergebe sich daraus die volle Wichtigkeit der diesem Artikel zum Grunde liegenden Anschauungen der Conferenz. Es scheine daher in hohem Grade bedenklich, die leitenden Grundsätze des Art. 376 aufzugeben oder an denselben zu rütteln. Nur das dürfte rathlich sein, zur Beseitigung von Mißverständnissen über den Sinn und die Tragweite der Bestimmung dieses Artikels, die letztere durch solche deklaratorische Zusätze näher zu präcisiren, wie sie bereits von mehreren Seiten in Vorschlag gebracht worden seien. Diese Zusätze seien geeignet, alle billigen Ansprüche der Transportanstalten zu befriedigen, indem sie falsche Auslegungen des Gesetzes abhielten. Endlich scheine auch die Behauptung unwichtig, daß die Regierungen in der Lage seien, durch verwaltungsamtliche Verfügungen allen dem Verkehr nachtheiligen Bestimmungen der Reglements der Eisenbahnen entgegen zu treten. Wenigstens dürfte jene Behauptung in Bezug auf die oben erwähnten, in das Privatrecht einschlagenden Gegenstände wohl schwerlich allorts als ausnahmslos richtig anerkannt werden. Wo aber der Staat in Folge von ihm ertheilter Expropriations- und anderer Privilegien eine monopolistische, dem öffentlichen Wohle hinderliche Stellung ermöglicht oder gefördert habe, da erscheine es (wie kürzlich bei Besprechung des 2. Absatzes des Art. 370 bemerkt worden) als eine Aufgabe der Gesetzgebung, den gemeinschädlichen Folgen eines solchen Monopols thunlichst vorzubeugen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Streichung des Art. 376 mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Hierauf ging die Versammlung zur Berathung des Art. 371

über. Hierbei wurde der unter Nr. 438 zu diesem Artikel gestellte Antrag nicht weiter verfolgt, da er von keiner Seite unterstützt ward.

Von dem Herrn Abgeordneten für Württemberg waren inzwischen, seiner Erklärung in der vorigen Sitzung entsprechend, die in der Anlage zu diesem Protokolle beigedruckten Anträge den Mitgliedern der Con-

ferenz mitgetheilt worden. Es wurde nun zunächst der in der Anlage formulirte Vorschlag zu Art. 371 Abs. 1 der Verathung unterstellt und zu Gunsten desselben bemerkt: Rückfichtlich der Frage, in wie weit der Frachtführer für die von ihm zum Transport übernommenen Güter zu haften habe, ständen sich zwei Auffassungen gegenüber. Nach der einen Meinung habe der Frachtführer nur diejenige Haftung, die sich aus dem Frachtvertrage ergebe, und sei demnach von der Verpflichtung, für verlorene oder beschädigte Güter Ersatz zu leisten, frei, wenn er den Nachweis liefere, daß er die betreffenden Güter mit der Sorgfalt eines ordentlichen Frachtführers in seine Obhut genommen habe. Nach der anderen Meinung habe der Frachtführer für Verlust und Beschädigung der Güter zu haften, wenn er nicht beweise, daß beide durch vis major veranlaßt seien. Der Frachtführer müsse nach dieser letzteren Ansicht somit nicht allein beweisen, daß er die Sorgfalt eines ordentlichen Frachtführers auf das Gut verwendet habe, sondern auch, daß der Verlust oder die Beschädigung des Gutes Folge eines der in das dunkle Gebiet der vis major gehörenden Zufälle gewesen sei. Diese Ansicht gehe aber sicherlich zu weit. Innerlich begründet sei an und für sich nur die erste der eben erwähnten Meinungen, denn der Frachtführer habe genng geleistet, wenn er zum Schutze des ihm anvertrauten Gutes gethan habe, was ein ordentlicher Frachtführer thun müsse, und nur die Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Beweisführung, welche für den Absender entstehen würden, wenn man den Frachtführer mit dem allgemeinen Nachweise der Diligenz überhaupt freilasse, könne eine Kombination beider Ansichten rechtfertigen, wie eine solche in dem prinzipialen Antrag in der Anlage empfohlen sei. Nach dieser müsse der Frachtführer, um von dem erhobenen Ersatzanspruche frei zu sein, diejenige konkrete Thatsache, durch welche der Verlust oder die Beschädigung herbeigeführt worden, und außerdem noch dies beweisen, daß er die ihm obliegende Sorgfalt zu deren Abwendung aufgeboren habe.

Ein anderer Herr Abgeordneter stellte den Antrag, statt der so eben befürworteten Bestimmungen folgende anzunehmen:

- a) „Der Frachtführer haftet für den Schaden (Art. „266), welcher durch Verlust oder Beschädigung „des Frachtguts seit der Empfangnahme bis zur „Ablieferung entstanden ist, wenn er nicht beweist „den Umstand, durch welchen der Verlust oder die „Beschädigung entstanden ist, und daß er diesen „Umstand durch Anwendung der Sorgfalt eines

„ordentlichen Frachtführers nicht habe abwenden können.“

Zur Unterstützung dieses Antrags wurde angeführt: Er beruhe auf demselben Prinzipie, wie der in der Anlage enthaltene Vorschlag. Der Antrag bezwecke hauptsächlich das Dunkel aufzuklären, welches bisher darüber geschwebt habe, was hier unter vis major zu verstehen, und es sei gewiß an der Zeit, dieses Dunkel endlich aufzuheben; denn so lange nicht feststehe, welche Zufälle zu den unabwendbaren zu zählen und somit im Sinne des Gesetzes als vis major anzusehen seien, werde es an der erforderlichen Rechtssicherheit fehlen. Um aber den beabsichtigten Zweck zu erreichen, sei es dringend erforderlich, daß zuvor genau feststehe, wie weit der Frachtführer in dem Versuche, Verlust und Beschädigung von dem ihm anvertrauten Gute abzuwenden, zu gehen schuldig sei, denn das Vorhandensein einer vis major, beziehungsweise die Nichtabwendbarkeit eines Ereignisses dürfe nicht erst dann als vorhanden angesehen werden, wenn die Abwendung des letzteren absolut unmöglich gewesen, sondern schon dann, wenn sie im Hinblick auf diejenigen Kräfte, welche dazu hätten aufgeboten werden müssen, also nach Maßgabe der konkreten Verhältnisse sich als unausführbar darstelle. Und da müsse man sich denn für die Ansicht entscheiden, daß der Frachtführer nicht schuldig sein könne, Alles anzubieten, was in irgend eines Menschen Macht stehe, und zu thun, was überhaupt möglich sei, um Schaden abzuwenden, sondern daß der Frachtführer nichts weiter zu unternehmen verbunden sei, als was unter gleichen Umständen ein ordentlicher Frachtführer thun würde. So könne man z. B., wenn vielleicht der einem Frachtstück drohende Schaden durch Anhalten des Eisenbahnzugs mitten auf einer Bahnstrecke und durch Aufbesserung der Verpackung des Gutes ferngehalten oder vermindert werden könnte, nicht verlangen, daß der Zug zu diesem Behufe zum Stehen gebracht werde u. dgl. Wollte man weiter gehen, und dem Frachtführer z. B. die Haftung für einen Diebstahl aufbürden, obschon Alles geschehen sei, was vernünftiger Weise für dessen Abwendung geschehen konnte, so würde man eine ungeziemende Härte gegen den Frachtführer statuiren. Gehe man von der eben dargelegten Ansicht aus, so erscheine jeder Zufall als unabwendbar, welcher durch Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen Frachtführers nicht abgewendet werden könne, und der Frachtführer müsse frei sein, wenn er bewiesen habe den Thatumstand, durch welchen der Schaden herbeigeführt worden, und daß derselbe durch die erwähnte Sorgfalt nicht habe abgewendet werden

können. Zur Vermeidung von Mißdeutungen sei dabei zu bemerken, daß vom Frachtführer ein genügender Beweis des wirklichen Herganges verlangt, und daß es nicht für ausreichend erklärt werden solle, wenn er z. B. darthue, daß unter den obwaltenden Umständen nichts übrig bleibe, als die Vermuthung, das Frachtgut müsse gestohlen worden sein u. dgl. Eines Zusatzes wegen des Verschuldens oder der Mitschuld des Absenders oder der Leute, für welche der Letztere zu haften habe, wie er sich in der Anlage finde, bedürfe es dagegen dem Bisherigen zufolge nicht, weil die Entscheidung der Frage, ob der Frachtführer einen Zufall habe abwenden können und für die Folgen desselben einzustehen habe oder nicht, immer von der anderen Frage abhängen, wie weit er in dem Versuche der Abwehr gehen müsse, und die Abwehr der Folgen des eigenen Verschuldens des Absenders nicht zu den Obliegenheiten des Frachtführers gehöre. Nach dem Antrage würde ein solcher Verlust und eine solche Beschädigung, deren Entstehung vom Frachtführer nicht aufgeklärt werden könnte, ihm zur Last fallen, und dadurch sei der Frachtführer im Gegensatze anderer Kontrahenten hinreichend benachtheiligt.

Von anderen Mitgliedern wurde hiegegen angeführt: Die beiden eben besprochenen Anträge enthielten nichts Anderes als eine Reproduktion der Bestimmungen des preuß. Entwurfes, welche in den früheren Verhandlungen mit großer Majorität abgelehnt worden seien und mit der Auffassung des Handelsverkehrs, wie sie allgemein und auch bei den anderen Nationen in der neueren Zeit gangbar sei, im Widerspruche ständen. Auch im preuß. Entwurf sei die Absicht nicht die gewesen, daß der Frachtführer mit dem allgemeinen Beweis, daß er die Sorgfalt eines ordentlichen Frachtführers aufgewendet habe, und der Schaden sich trotzdem zugetragen habe, loskommen könne, sondern daß er die konkrete Thatsache beweisen müsse, durch welche der Schaden entstanden sei. Dies sei von der Versammlung insbesondere von den ihr beiwohnenden kaufmännischen Mitgliedern nicht als ausreichend befunden worden. Die Bestimmung des Entwurfs zweiter Lesung sei unentbehrlich für den Verkehr. Fehle es an dieser Bestimmung, und lasse man es bei den obigen Anträgen bewenden, so setze man den Absender in die Lage, entweder auf jede Gegenbeweisführung verzichten oder den Beweis führen zu müssen, daß doch da oder dort etwas Seitens des Frachtführers versäumt worden und ein Verschulden desselben unterlaufen sei u. dergl. In eine solche Lage dürfe der Absender aber nicht gebracht werden, da es

ihm unmöglich sei, dem Frachtgute zu folgen, das Verfahren des Frachtführers von Moment zu Moment bei Tag und bei Nacht zu kontrolliren und sich derjenigen Thatfachen und Beweismittel zu versichern, welche geeignet erschienen, um einen derartigen Gegenbeweis gegen die Beweisführung des Frachtführers zu liefern. Unter solchen Umständen müsse man nothwendig die Untersuchung darüber abschneiden, ob der Frachtführer die nöthige Sorgfalt aufgewendet habe, oder ob ihn ein Verschulden treffe, und dürfe den Frachtführer mit einem Beweise hierüber gar nicht hören. Wolle man dem Bedürfnisse des Verkehrs genügen, so müsse man von der Ansicht ausgehen, daß der Frachtführer das Gut mit der Zusage übernehme, er werde dasselbe in unversehrtem Zustande abliefern (*rem salvam fore*). Dies schließe nicht aus, daß man diese Zusage dahin verstehe, daß der Frachtführer nur etwas menschlich Mögliches leisten wolle, also für ein Ereigniß keine Haftung übernehme, dem menschliche Kräfte überhaupt nicht zu widerstehen vermöchten, und daß er mit dem Nachweis eines solchen Ereignisses von der Haftung für den eingetretenen Schaden frei sei. Daraus ergebe sich auch, daß der Begriff der *vis major* nicht an Dunkelheit leide, vielmehr hinreichend erklärt sei, und daß die in Rede stehenden Anträge nichts weniger als eine bloße Verdeutlichung des Entwurfs enthielten. Während durch den Entwurf die mißlichen Beweise und Gegenbeweise über das Verschulden abgeschnitten würden, und dabei angenommen werde, daß der Frachtführer jeden nicht als *vis major* sich darstellenden Fall, also z. B. den Diebstahl, tragen müsse, würde nach den in Rede stehenden Anträgen die Untersuchung der Schuldfrage eintreten, und dem Absender unter Umständen ganz andere von einer Verschuldung des Frachtführers unabhängige Ereignisse zur Last fallen als nach dem Entwurfe. Nehme man diese Anträge an, so sei eine Disparität zwischen dem jetzt der Berathung unterstellten Titel vom Frachtgeschäfte und dem Seerechte die Folge, welche namentlich im Hinblick auf die Flußschiffahrt in hohem Grade zu beklagen sein würde, denn auf bedeutenden Stromstrecken, wie z. B. zwischen Bremen und Bremerhafen, gehe die Flußschiffahrt neben der Seeschiffahrt her, und sollten also billiger Weise beide thunlichst gleich beurtheilt werden. Sodann sei ein energischer Schutz des Absenders weit mehr noch bei der Flußschiffahrt als bei der Seeschiffahrt ein dringendes Bedürfnis. Man möge nur erwägen, daß auch bei der Flußschiffahrt die Reise ohne Kontrolle des Absenders ausgeführt werde, daß der Seeschiffer nicht ohne die Ladung zu brechen und das

ganze Fahrzeug oder doch das ganze Unternehmen zu gefährden, zu den Gütern gelangen könne, während letzteres dem Flußschiffer sehr erleichtert sei, daß weiterhin der Seeschiffer sich meist fern vom Lande befinde, der Flußschiffer aber eine fortwährende Kommunikation mit den Ufern unterhalten könne, und endlich, daß die Seeschiffer doch meist auf einer höheren Stufe ständen als die Flußschiffer. Die in Rede stehenden Anträge könnten dahin führen, daß der Frachtführer, sofern ihn kein Verschulden bei der Auswahl treffe, nicht für die Spoliationen der Frachtgüter durch seine Leute zu haften brauche. Daß die Bestimmung des Entwurfs praktisch ausführbar sei, und auch von den Eisenbahnverwaltungen als angemessen anerkannt werde, beweise die Aufnahme einer ganz ähnlichen Bestimmung in §. 19 des jüngst in Hamburg vereinbarten Entwurfs eines Reglements für die deutschen Eisenbahnen. Die Beibehaltung des Entwurfs schließe übrigens die Möglichkeit nicht aus, daß etwa den Eisenbahnen in einer Ausnahmebestimmung des Entwurfs bis zu einem gewissen Grade nachgelassen werde, die Haftung, die aus Art. 371 folge, vertragsmäßig zu beschränken, beziehungsweise an Bedingungen, wie z. B. an eine Deklaration und Zahlung höherer Fracht u. s. w. zu knüpfen.

Dieser Motivirung wurde von einem Mitgliede, welches sich für Annahme der Fassung des Seerechts aussprach, mit dem Bemerken entgegengetreten: Das Wesentliche der Haftung für vis major bestehe allerdings darin, daß der Frachtführer mit dem allgemeinen Nachweise angewandter Diligenz nicht freikomme, vielmehr jedenfalls die Entstehungsbursache des Schadens nachweisen müsse. Er sei frei, wenn er daneben darlegen könne, daß dieser Schaden aller Sorgfalt eines ordentlichen Frachtführers ungeachtet nicht habe angewandt werden können, und nur Diebstahl oder Verschulden seiner Leute gelte schlechthin als unentschuldbar.

Von einem anderen Mitgliede aber wurde besonders hervorgehoben: Es sei nicht zuzugeben, daß der Diebstahl unter allen Umständen nie als höhere Gewalt im Sinne des Art. 371 aufzufassen sei; wolle man dies, so müsse es in einem besonderen Satz deutlich ausgesprochen werden. Außerdem wurde noch bemerkt, daß durch die Anträge der Satz des Art. 374, wonach der Frachtführer für seine Leute hafte, keineswegs ausgeschlossen werde noch ausgeschlossen werden solle.

Diese zuletzt dargelegte Ansicht über vis major und insbesondere den Diebstahl fand jedoch von mehreren Seiten entschiedenen Widerspruch.

Bei der Abstimmung wurde der in der Anlage

prinzipaliter gestellte Antrag zu Art. 371 mit 12 gegen 2 Stimmen und der Antrag unter a mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Anträge zum fünften Titel.

I. Prinzipaler Antrag.

Es wird beantragt, den Artikel 376 zu streichen.

II. Eventuelle Anträge:

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen über das Frachtgeschäft.

.

Art. 371.

Der Frachtführer haftet für den Schaden (Art. 266), welcher durch Verlust oder Beschädigung des Frachtguts seit der Empfangnahme bis zur Ablieferung entstanden ist, in so fern er nicht beweist, daß der Verlust oder die Beschädigung durch Umstände, welche er auch bei Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen Frachtführers nicht habe abwenden können, oder durch die eigene Schuld oder Mitschuld des Absenders oder solcher Personen, für welche der Absender zu haften hat, entstanden sind.

(Eventueller Vorschlag zu Absatz 1:

(— — — — in so fern er nicht beweist, daß der Verlust oder die Beschädigung durch höhere Gewalt, durch die eigene Beschaffenheit des Frachtguts, durch die unvermeidlichen Einwirkungen des

Transports und der Witterung, oder durch die eigene Schuld oder Mitschuld des Absenders oder solcher Personen, für welche der Absender zu haften hat, entstanden sind.)

Jedoch muß derjenige, welcher den Ersatz-Anspruch wegen Beschädigung erhebt, darthun, daß das Gut zur Zeit der Empfangnahme durch den Frachtführer sich noch in unversehrtem oder frischem Zustande befunden habe, und daß die Verpackung, wofür eine solche nöthig war, sowohl nach ihrer innern als äußern Beschaffenheit unangelhaft gewesen oder doch vom Frachtführer als zureichend anerkannt worden sei.

Wenn der bezeichnete Empfänger des Guts sich mit der Abholung oder Annahme desselben in Verzug befindet oder nicht auszumitteln ist, so hat der Frachtführer nicht länger nach den Bestimmungen über den Frachtvertrag zu haften.

Art. 376

fällt an dieser Stelle aus, und wird durch den unten folgenden Art. 395 ersetzt. Dagegen wird hier ein neuer Art. 376 folgenden Inhalts eingeschoben:

Der Absender ist verpflichtet, bei Gütern, welche vor der Ablieferung an den Empfänger einer zoll- oder steueramtlichen Behandlung unterliegen, den Frachtführer in den Besitz der deshalb erforderlichen Begleitpapiere zu setzen. Er haftet dem Frachtführer für alle Strafen und Schäden, welche denselben wegen Unrichtigkeit oder Unzulänglichkeit der Begleitpapiere treffen.

Art. 381.

Dem Absatz 2 am Schlusse beizufügen: — — und bewiesen wird, daß der Verlust oder der Schaden während der Zeit seit der Empfangnahme bis zur Ablieferung entstanden ist.

Art. 385.

[Den Absatz 2 zu löschen.]

(Dieser Antrag ist bereits als ein principaler eingebracht.)

Art. 394.

Die Bestimmungen dieses ersten Abschnitts finden auch Anwendung auf Frachtgeschäfte von Eisenbahnen und andern öffentlichen Transportanstalten.

Sie gelten jedoch für die Eisenbahnen und Postanstalten nur in so fern, als nicht für die ersteren durch die besondern Bestimmungen des nachfolgenden zweiten Abschnitts und für die letzteren durch besondere Gesetze oder Verordnungen ein Anderes bestimmt ist.

Zweiter Abschnitt.

Besondere Bestimmungen über das Eisenbahnfrachtgeschäft.

Art. 395.

Beim Frachtgeschäfte der Eisenbahnen haben Verträge, durch welche die gesetzlichen Verpflichtungen des Frachtführers zum Schadensersatz (Art. 371 — 375) aufgehoben, beschränkt oder in Betreff der Beweislast zum Vortheil des Frachtführers abgeändert werden, keine rechtliche Wirkung, außer so weit solche Verabredungen durch die nachfolgenden Art. 396 — 401 zugelassen sind.

Art. 396.

Es kann von den Eisenbahnverwaltungen mit rechtlicher Wirkung bedungen werden, daß der Schadensersatz für Verlust, Beschädigung oder verspätete Lieferung des Guts denjenigen Betrag, welcher vom Absender im Frachtbrief als der Werth des Guts oder als das Interesse der unversehrten und rechtzeitigen Lieferung angegeben ist, nicht übersteigen, und daß in Ermangelung dieser Angabe die Entschädigung auf einen vorausbestimmten Normalsatz oder auch bei Lieferungsverspätung auf den Verlust der Fracht oder eines Theils derselben beschränkt sein solle.

Art. 397.

Es ist zulässig, beim Eisenbahnfrachtgeschäft zu bedingen, daß die Vergütung für entgangenen Gewinn (Art. 266) auf keine höhere Summe berechnet werden dürfe, als auf Zehn vom Hundert des gemeinen Handelswerths, welchen das Frachtgut am Ort und zur Zeit der Aufgabe gehabt hat, und daß als höchster Betrag dieses gemeinen Handelswerths der im Frachtbrief angegebene Werth oder in Ermangelung dieser Angabe ein vorausbestimmter Normalsatz gelten solle.

Art. 398.

Bei Gütern, welche nach ihrer natürlichen Beschaffenheit und der Art ihrer Verpackung regelmäßig einem Gewichtsverluste auf dem Transport unterworfen sind, kann von den Eisenbahnverwaltungen mit rechtlicher Wirkung bedungen werden, daß sie bis zu bestimmten Procentsätzen des Gewichtsverlusts zu keiner Ersatzleistung verbunden sein sollen. Die Procentsätze sind bei Parthiensenbungen, sobald das Gewicht der einzelnen Frachtstücke im Frachtbrief besonders bezeichnet oder sonst erweislich ist, von jedem einzelnen Stück für sich zu berechnen.

Die vorstehende Verabredung verliert jedoch ihre Wirkung, wenn das Gut in einem unbedeckten Wagen

befördert worden ist, ferner wenn dargethan wird, daß ein Verschulden der Bahnverwaltung oder Entwendung die Ursache des Gewichtsverlustes sei, oder daß der betreffende Procentsatz mit der besonderen Beschaffenheit des Frachtguts, der Art seiner Verpackung, der Dauer des Transports, der Jahreszeit und Witterung, bei welcher der Transport stattgefunden hat, oder mit den sonstigen Umständen des Falls nicht im Einklang stehe.

Art. 399.

In Betreff der Güter, welche im Einverständniß mit dem Absender in unbedeckten Wägen befördert werden, oder bei welchen der Absender im Einverständniß mit der Bahnverwaltung das Auf- und Abladen übernommen hat, können Beschränkungen in den gesetzlichen Verpflichtungen des Frachtführers selbst dann, wenn der Frachtbrief eine Werthsangabe des Absenders (Art. 396) enthält, wirksam bedungen werden.

Jedoch hat bei erfolgter Werthsangabe die Bahnverwaltung zum Mindesten für Abgänge in Gewicht und Stückzahl zu haften, vorausgesetzt, daß Gewicht und Stückzahl im Frachtbrief bezeichnet oder sonst erweislich sind, und daß die Bahnverwaltung vermöge der am Ort der Aufgabe bestehenden Einrichtungen sich im Stand befunden hat, dieselben zu prüfen.

Art. 400 a.

Aufhebung jeder Haftbarkeit, selbst bei geschehener Werthsangabe, den Fall nachzuweisenden Verschuldens der Verwaltung oder ihrer Untergebenen ausgenommen, kann beim Gütertransport auf Eisenbahnen wirksam bedungen werden:

- 1) für Verlust und Beschädigung: bei Reisegepäck, welches der Reisende nicht besonders der Verwaltung zum Transport übergeben hat, lebenden Thieren und solchen Gegenständen, welche auf dem Transport von dem Absender oder einem von ihm Beauftragten begleitet werden;
- 2) für Beschädigung:
 - a) bei Gütern, deren Transport, wie bei ägenden Gegenständen, mit besonderer Gefahr ihrer Natur nach verbunden ist;
 - b) bei Gütern, welche, ungeachtet ihrer Natur nach eine Verpackung zum Schutz gegen Beschädigung auf dem Transport erforderlich, nach der Erklärung des Absenders im Frachtbrief unverpackt oder mit mangelhafter Verpackung aufgegeben sind.

Art. 400 b.

Für die Verjährung der Klage aus dem Frachtgeschäft können beim Transport auf Eisenbahnen auch

andere Fristen als die gesetzlichen (Art. 363, 381) im Vertragswege festgesetzt werden.

Art. 401.

Wenn die Eisenbahnverwaltungen unter außergewöhnlichen Verhältnissen auch in anderen Fällen als den unter den Art. 396 bis 400 b begriffenen Fällen ihre gesetzliche Haftpflicht beschränken zu müssen glauben, so kann dies nur in der Weise geschehen, daß der Abschluß dieser Verträge nicht auf der Unterwerfung des Absenders unter die allgemeine Transportordnung, sondern auf besonderer Verabredung beruht.

Art. 402.

Die Eisenbahnverwaltungen sind nur für den Transport auf der in ihrem Betrieb stehenden Bahn und für die dazu gehörige Empfangnahme und Ablieferung den Verpflichtungen der Frachtführer unterworfen.

In Bezug auf einen etwaigen Weitertransport nach einem nicht an jener Bahn gelegenen Ort, welcher in dem Frachtbriefe als Ort der Ablieferung bezeichnet ist, finden auf sie, wenn nicht ein Anderes bedungen ist, die Verpflichtungen eines Spediteurs Anwendung.

Wenn jedoch der Transport auf zwei oder mehreren sich einander anschließenden Eisenbahnen ausgeführt werden soll und das Gut von der Verwaltung der einen Bahn mit einem Frachtbrief in Empfang genommen ist, gemäß welchem dasselbe von derjenigen der anderen Bahn abgeliefert werden soll, so hat in Ermangelung einer anderweiten Vereinbarung die erste Bahnverwaltung, welche das Gut in Empfang genommen hat, und die letzte, welche dasselbe abliefert, beziehungsweise, falls das Gut abhanden gekommen ist, die letzte, welche dasselbe erweislich übernommen hat, gegenüber dem Absender und Empfänger sämtliche bei dem Transport theilhaftige Bahnverwaltungen wegen etwaiger Ersatzansprüche für Verlust, Beschädigung oder verspätete Lieferung des Guts zu vertreten, vorbehaltlich des Rückgriffs an die anderen Bahnverwaltungen, soweit diese nach den Bestimmungen über Frachtführer oder Spediteure verantwortlich sind.

DLXVIII. Sitzung.

Mürnberg, am 11. Januar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Maule geleiteten Sitzung, an welcher Theil zu nehmen der kgl. b. Bevollmächtigte Herr Appellationsgerichtsdirektor Dr. Seuffert durch Unwohlsein abgehalten war, wurde der in der Anlage zum vorigen Protokolle formulirte eventuelle Antrag zu

Art. 371

der Berathung unterstellt, und zu Gunsten desselben geltend gemacht: Der so eben erwähnte Antrag enthalte sachlich dasselbe, was sich bisher schon im Entwurfe gefunden habe, und empfehle sich nur durch eine deutlichere und vollständigere Redaction desjenigen, was eigentlich ausgedrückt werden solle. Namentlich habe es wünschenswerth erschienen, besonders hervorzuheben, daß der Frachtführer die durch die unmittelbare Einwirkung des Transportes und der Witterung entstandenen Schäden zu vergüten nicht schuldig sei, weil es zweifelhaft erscheinen könne, ob ein Schaden, der dadurch entstehe, daß die Waare den Transport (z. B. das Rütteln während desselben) nicht vertragen könne, als innerer Verderb angesehen werden dürfe oder nicht; und ebenso empfehlenswerth erscheine es, zur Vermeidung von Mißdeutungen hervorzuheben, daß der Frachtführer für die Schäden nicht einzustehen habe, welche durch Schuld des Absenders oder seiner Leute entstanden seien.

Hiegegen wurde bemerkt: Ohne die dringendsten Gründe dürfe man nicht von der Fassung abweichen, welche für die entsprechende Bestimmung des Seerechts (§. 176 des Seerechtsentwurfs aus zweiter Lesung) angenommen worden sei, weil sonst dasselbe Gesetz für dieselbe Sache eine verschiedene Ausdrucksweise enthalten würde. Es werde daher beantragt, die Fassung des Art. 371 entsprechend dem §. 176 des Seerechts umzugestalten. Die eventuell in der Anlage zum vorigen Protokolle vorgeschlagene Fassung erscheine übrigens keinesfalls angemessen. Namentlich sei wegen der

Einwirkungen des Transportes und der Witterung vorgeschlagene Einschaltung nicht unbedenklich, indem sie zu weit und zu eng sei; zu weit sei dieselbe, denn sie führe zu der Auslegung, als sei der Frachtführer nie für die Schäden verantwortlich, welche durch den Einfluß des Transportes und der Witterung hervorgerufen würden, während diese Auslegung doch unzweifelhaft in dem Fall unrichtig sei, wenn der Frachtführer die Reise schuldhaft verlängert habe und die Waare in Folge hiervon den Einflüssen des Transportes und der Witterung länger ausgesetzt gewesen, als dies hätte geschehen sollen; zu eng erscheine sie z. B. im Hinblick auf die Fälle, in welchen eine Waare in Frage stehe, die nur durch ganz außerordentliche Vorsichtsmaßregeln gegen inneren Verderb während des Transportes geschützt werden könne, in welchen der Schaden also nicht geradezu als unvermeidlich erscheine, die erforderliche Maßregel aber von der Art sei, daß man dem Vornahme dem Frachtführer gar nicht zumuthen könne. Es bedürfe der in Rede stehenden Einschaltung auch gar nicht, da durch die Worte: „durch die natürliche Beschaffenheit der Güter 1c.“ für die Fälle, auf welche sie sich beziehen solle, hinreichende Fürsorge getroffen sei. Einer Erwähnung des Verschuldens des Absenders und seiner Leute bedürfe es ferner um deswillen nicht, weil es keinen Zweifel leiden könne, daß der Frachtführer die Folgen des Verschuldens des Absenders und seiner Leute nicht zu vertreten habe. Die ausdrückliche Hinweisung hierauf führe zu einer Disparität mit anderen Bestimmungen des Gesetzbuchs, bei welchen gleichfalls wegen der Selbstverständlichkeit der betreffenden Vorschrift eine Erwähnung des Verschuldens der Beteiligten unterblieben sei, und könne dadurch die bedenklichsten Auslegungen zur Folge haben.

Bei der Abstimmung wurde mit 11 gegen 2 Stimmen beschlossen, die Fassung des Art. 371 in Einklang mit der des ersten Absatzes von §. 176 des Entwurfes des Seerechts aus zweiter Lesung zu setzen, wodurch auch die Anträge unter Nr. 439 und 440 der Zusammenstellung erledigt erschienen.

Hierauf wurde Absatz 2 des in der Anlage zum vorigen Protokoll zu Art. 371 gestellten Antrags, sowie die Anträge unter Nr. 441 der Zusammenstellung in Berathung genommen und zu Gunsten derselben angeführt: Daß die Grundsätze, welche in diesen Anträgen ausgesprochen würden, im Allgemeinen richtig seien, könne kaum bezweifelt werden. Daß es aber auch wünschenswerth sei, diese Grundsätze ausdrücklich im Gesetz auszusprechen, ergebe sich, wenn man in Erwägung ziehe, daß vielfache Zweifel darüber erhoben worden

seien, ob sie nach der Intention des Handelsgesetzbuches Geltung haben sollten, und daß diese Zweifel einigen Halt in der Bestimmung des Art. 368 Abs. 1 zu haben schienen, aus welchen man zu folgern versucht sein könne, daß auf die in den Frachtbriefen, als den zum Beweise des Frachtvertrags dienenden Urkunden enthaltenen Deklarationen ein besonderes Gewicht zu legen sei, und ein Beweis über den Zustand, in welchem sich die Güter bei der Ablieferung befunden hätten, nicht mehr verlangt werden könne, wenn der Frachtbrief das Gut als unversehrt bezeichne. Dazu komme noch, daß von mehreren Seiten als eine weitere Stütze für solche Schlußfolgerungen die allerdings nicht gegründete Erwägung angeführt worden sei, daß der Frachtführer, wenn er seiner Verpflichtung, das ihm zum Transport anvertraute Gut zu restituieren, nicht nachkomme, dadurch dem Absender die Möglichkeit entziehe, auf eine einfache Weise über den Inhalt der Kollis u. dergl. Beweis zu führen. Daraus, daß die Frage, welche Beweise der Befrachter zu liefern habe, im Seerecht nicht ausdrücklich entschieden worden sei, folge nichts gegen die Annahme des Absatzes 2, denn dort seien die Verhältnisse wesentlich andere gewesen als hier, indem man im Seerecht auf das Institut der Konnossemente eine besondere Rücksicht habe nehmen müssen. Von selbst verstehe sich übrigens, daß die beantragte Vorschrift nicht in dem Sinne eine absolute sein solle, daß in allen und jeden Fällen eine Beweisführung statthaben müsse, sondern, daß sie nur für diejenigen Fälle gegeben sei, in denen es überhaupt noch einer Beweisführung bedürfe.

Gegen diese Ausführungen wurde eingewendet: Der erste Satz des beantragten Absatzes 2 bis zu den Worten: „frischem Zustande befunden habe“ sei allerdings im Allgemeinen unbestreitbar richtig. Dieser Satz müsse aber auch, namentlich seitdem beschlossen worden, daß die Fassung von §. 176 des Seerechtsentwurfes aus zweiter Lesung hieher übertragen werde, für so selbstverständlich erachtet werden, daß es einer ausdrücklichen Aufnahme desselben nicht bedürfe, indem in der fraglichen Fassung deutlich hervorgehoben sei, daß dem Frachtführer nur der seit der Empfangnahme der Güter durch denselben bis zu ihrer Ablieferung entstandene Schaden zur Last falle. Es beruhe auf ganz unmotivierten Mißverständnissen und einer ganz unhaltbaren Auslegung des Entwurfes, wenn man von manchen Seiten von der Ansicht ausgegangen sei, als bestimme der Entwurf, daß der Frachtführer, wenn er einmal eine verschlossene Kiste Waaren zum Transport übernommen habe, ohne Weiteres und, ohne daß ihm

ein Beweis hierüber geliefert zu werden brauche, für den angeblichen Inhalt derselben haften müsse. Die Aufnahme einer ausdrücklichen Bestimmung über die Beweislast erscheine aber nicht allein überflüssig, sondern auch in hohem Grade bedenklich. Sie führe leicht dazu, daß in allen Fällen die vorgeschriebene Beweisführung verlangt werde, bevor ein Anspruch des Absenders auf Schadensersatz Anerkennung finde. Und dies würde in vielen Fällen ungerecht sein. Wenn z. B. 50 Kisten verladen worden seien, welche nach der Angabe des Absenders alle eine und dieselbe Waare enthalten sollten, und von diesen Kisten eine einzige verloren gehe, die übrigen 49 aber in der That die fragliche Waare enthielten, werde kein Richter zweifeln, daß auch die fünfzigste dieselbe Waare enthalten habe und gewiß nicht noch einen besonderen Beweis hierüber verlangen. Oder wenn die verladenen Kisten und Waaren zwar vorhanden, aber sichtlich durch Feuer beschädigt worden seien, würde es eine ungerechtfertigte Belästigung des Absenders sein, wenn man von ihm bei Geltendmachung seines Anspruchs auf Ersatz des Brandschadens noch einen besonderen Beweis über die Auslieferung des Guts in unversehrtem Zustande verlangen wollte. Ähnlich verhalte es sich, wenn das Gut mit beschädigten Fußtagen abgeliefert werde, oder wenn feststehe, daß dasselbe eine üble Behandlung erfahren habe, z. B., daß es von einer beträchtlichen Höhe herabgeworfen worden, und wenn aus diesen Umständen die vorhandene Beschädigung des Gutes selbst genügend erklärt werden könne. In solchen Fällen müsse es dem Ermessen des Richters freistehen, von jedem Beweise über den Inhalt der Verpackung, beziehungsweise über den Zustand des Guts bei der Auslieferung Umgang zu nehmen oder sich mit einem Eide des Absenders zu begnügen, wie ja überhaupt das gemeine Recht das Ermessen des Richters in den Fällen, in denen es sich um Feststellung des Schadensbetrags handle, ziemlich frei walten lasse. Was ferner den Schlusssatz des Abs. 2 von Art. 371 der Anlage zum vorigen Protokolle angehe, so sei derselbe mit der für den ersten Absatz des Art. 371 angenommenen Fassung, soweit sich dieselbe auf den Einfluß des Zustandes der Verpackung beziehe, unvereinbar, da er sachlich mit ihr im Widerspruch stehe. Abgesehen davon könne der Satz leicht zu Chikanen mißbraucht werden, indem man auf Grund desselben von dem Absender eine genaue Beschreibung der Verpackung jedes einzelnen Frachtstückes und einen Nachweis hierüber würde verlangen können. Der übrige Inhalt des Schlusssatzes endlich, welcher von einem Anerkenntniß der Ordnungsmäßigkeit der Verpackung durch den Fracht-

führer handle, sei zu nachtheilig für den Frachtführer, indem ihm dadurch zugemuthet werde, die Verpackung jedes Frachtstückes bei der Aufgabe genau zu untersuchen, was bei größeren Transportanstalten geradezu unausführbar erscheine.

Ein Herr Abgeordneter fügte bei, er halte es für unbedenklich, von jeder Bestimmung über die Beweislast Umgang zu nehmen, da nach seiner Meinung Art. 376 nicht entgegenstehe, daß in die Reglements der Transportanstalten Bestimmungen über die den Absender betreffende Beweislast im Sinne des Abs. 2 von Art. 371 der Anlage zum vorigen Protokolle aufgenommen würden.

Bei der Abstimmung wurde mit 10 gegen 3 Stimmen beschlossen, von Aufnahme einer Bestimmung über die Beweislast des Absenders Umgang zu nehmen.

Sodann wurde für den dritten Absatz des Art. 371 der Anlage zum vorigen Protokolle angeführt: Die Vorschrift des Art. 371 in seiner nunmehr beschlossenen und aus §. 176 des Seerechts übertragenen Fassung, daß der Frachtführer nämlich für jeden in der Zeit zwischen der Annahme und der Ablieferung der Güter entstandenen Schaden zu haften habe, sei so apodiktisch gehalten, daß man nicht ohne Grund daraus folgern werde, eine mora accipiendi des Empfängers sei ohne Einfluß hierauf und befreie den Frachtführer in keiner Weise von der ihm auferlegten beschwerlichen Haftung aus dem receptum. Es erscheine deshalb dringend geboten, auszusprechen, wie dieß die Absicht des in Rede stehenden Zusatzes sei, daß diese strenge Haftung des Frachtführers aus dem receptum mit dem Augenblicke des Eintritts der mora accipiendi des Empfängers erlösche, von da an also der Frachtführer nicht mehr nöthig habe, den schwierigen Beweis zu führen, daß der Schaden gerade durch vis major entstanden sei, um von der Verpflichtung zum Ersatze desselben frei zu werden, sondern nur noch die Sorgfalt eines ordentlichen Frachtführers zu prästiren habe.

Gegen diesen Antrag wurde bemerkt: Derselbe empfehle sich vor Allem deshalb nicht, weil er die Folgen der mora accipiendi des im Frachtbriefe bezeichneten Empfängers ohne Weiteres dem Absender aufbürde und dadurch zu großen Ungerechtigkeiten gegen den Letzteren führen könne. Abgesehen davon gehe derselbe auch insofern zu weit, als er, wenigstens in seiner jetzigen Fassung, mit dem Eintritt der erwähnten mora die ganze Haftung des Frachtführers aus dem Frachtvertrage für erloschen erkläre, während im äußersten Falle doch nur dafür hinreichende Gründe vorhanden seien, durch eine positive Bestimmung die Haf-

tung des Frachtführers zu mildern, etwa in der Weise, daß die auf den Grundsätzen über das receptum beruhende strenge Haftung aufhöre. Dann würde es aber auch nicht gerechtfertigt sein, sich auf diese Bestimmung zu beschränken, sondern man würde auch näher festsetzen müssen, wie weit der Frachtführer ungeachtet des Eintritts der mora accipiendi des Empfängers fortan haftbar sein solle, ob bloß für Dolus und grobes Verschulden oder auch für leichtes Verschulden u. s. w. Die beantragte Bestimmung sei endlich namentlich für die Flußschiffahrt in hohem Grade bedenklich; für diese werde man ebenso, wie in §. 171 des Seerechts, davon ausgehen müssen, daß der Frachtführer, wenn der Empfänger die Annahme des Guts verweigere oder nicht zu ermitteln sei, seinen Obliegenheiten rücksichtlich der Restitution der ihm anvertrauten Güter erst dann genügt habe, wenn er das Gut den Einwirkungen und Gefahren der Elemente entzogen und in sicherer Weise deponirt habe, und daß er demnach auch erst von da an auf eine Abmilderung seiner Haftbarkeit Anspruch habe. Ein ferneres Bedenken gegen die fragliche Vorschrift bestehe darin, daß der Zeitpunkt, von welchem an anzunehmen sei, daß der Empfänger nicht ausgemittelt werden könne, und somit die Milde rung der Haftbarkeit des Frachtführers eintreten solle, höchst unbestimmt und schwankend sei, und daß hiedurch die größten Verwicklungen entstehen könnten. Durch Art. 371 werde die Anwendung allgemeiner Rechtsgrundsätze über die mora accipiendi übrigens keinesweges ausgeschlossen, es sei somit auch nicht einmal ein praktisches Bedürfnis für die Aufnahme des beantragten Zusatzes vorhanden.

Schließlich wurde der in Rede stehende Absatz 3 des Art. 371 der Anlage zum vorigen Protokolle mit dem Vorbehalte, seine Fassung der oben dargelegten Absicht desselben noch mehr anzupassen, der Abstimmung unterstellt, und mit 9 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Hierauf wurde zur Berathung des unter Nr. 442 der Zusammenstellung der Erinnerungen beantragten Zusatzes übergegangen und zunächst für denselben angeführt: Die Absicht des Zusatzantrags gehe dahin, auszuschließen, daß der Frachtführer, wenn er wegen verlorener oder beschädigter Güter Ersatz leisten müsse, auch den dem Absender und beziehungsweise Empfänger entgangenen Gewinn und dessen individuelles Interesse an der glücklichen Ankunft der Waare am Bestimmungsort zu vergüten angehalten werde. Die Entschädigungspflicht des Frachtführers solle auf den Ersatz des gemeinen Handelswerthes des verloren gegang-

genen oder beschädigten Frachtguts beschränkt werden. Eine solche Bestimmung erscheine nicht allein aus inneren Gründen gerechtfertiget, sondern entspreche auch der allgemein gangbaren Auffassung des Verkehrs, wie dies schon mehrfach hervorgehoben worden sei. Die Bestimmung, daß der Frachtführer auch das individuelle Interesse des Absenders und beziehungsweise Empfängers zu ersetzen habe, würde in der Praxis auch gar nicht durchführbar sein; wenigstens würden die Transportanstalten bei Statuirung einer so umfassenden Schadenersatzpflicht ihre Frachtsätze beträchtlich erhöhen müssen. Nach Inhalt des in Rede stehenden Antrags solle der gemeine Handelswerth der zu vergütenden Waare aber nach dem Orte und der Zeit der Aufgabe derselben bemessen werden und nicht nach dem Bestimmungsorte und der Zeit ihrer Ankunft daselbst, einmal, weil nur auf diese Weise der wahre Zweck des Antrags, nämlich der Ausschluß der Verpflichtung des Frachtführers zum Ersatz von entgangenem Gewinn, erreicht werde, während dieser Gewinn mit ersetzt werden müßte, wenn der Werth nach dem Bestimmungsort bemessen würde; sodann weil der Werth am Absendungsort sehr leicht auf Grundlage der Facturen festgestellt werden könne, während die Ermittlung des Werths, welchen die Waare bei rechtzeitiger Ankunft am Bestimmungsort gehabt haben würde, dadurch sehr erschwert werde, daß bei verlorenen Gütern zuerst die Art und Beschaffenheit festgestellt werden müsse, um den Sachverständigen eine Grundlage für ihre Schätzung zu bieten, und ferner dadurch, daß die Zeit, zu welcher die Güter hätten ankommen müssen, nicht auf einen bestimmten Tag fixirt werden könne, während bei manchen Artikeln der Verkaufswerth oft von Tag zu Tag wechsle, und die verloren gegangene Waare, wenn sie in einer namhaften Quantität bestand, bei rechtzeitiger Ankunft am Markte wohl selbst auf den Marktpreis hätte einwirken können; zudem sei zu berücksichtigen, daß der bedeutendere Zug des Handels von den großen Handelsplätzen nach den kleineren und, von da sich verzweigend, nach immer kleineren Orten gehe, an welchen letzteren es häufig an allen Anhaltspunkten für die Ermittlung des Handelswerthes der betreffenden Waare fehlen werde. Die Aufstellung einer leicht ausführbaren und in der großen Mehrzahl der Fälle auch dem Sachverhältniß und der Billigkeit entsprechenden Vorschrift sei dem Kaufmann willkommener als die Feststellung einer Regel, die vielleicht theoretisch exakter und in manchen Fällen auch für ihn vortheilhafter sein möge, die aber nur mit großen Schwierigkeiten und Weiterungen zur Ausführung gebracht werden

könne. Der Werth am Abgangsorte sei in dem Antrag Nr. 442 auch deshalb mit Recht als der maßgebende erklärt worden, weil die meisten Güter erst, nachdem sie verkauft seien und die Gefahr des Transportes auf den Käufer übergegangen sei, versandt würden, somit dieser Letztere durch den Verlust oder die Beschädigung derselben betroffen werde, und im Falle ihres Verlustes, abgesehen von den darauf verwendeten Kosten, nichts als den Kaufpreis derselben, also den Werth am Abgangsorte verliere. Mit Rücksicht hierauf und da im Seeverkehr regelmäßig das Gegentheil der Fall sei, entscheide es gegen den vorliegenden Antrag nicht, daß das Seerecht die entgegengesetzte Bestimmung enthalte (§. 181 des Seerechtsentwurfs aus II. Lesung).

Ein anderer Herr Abgeordneter schlug im Gegensaße zu diesem Antrag vor, den Werth der Güter am Bestimmungsort für maßgebend zu erklären, und empfahl mit Rücksicht auf §. 181 und 183 des eben erwähnten Seerechtsentwurfs, sowie in der Absicht, mit den dort enthaltenen Bestimmungen sachlich in Einklang zu bleiben, und nur deren Fassung thunlichst zu vereinfachen, folgende Zusatzbestimmung:

a) „Wenn auf Grund des Art. 371 für Verlust oder „Beschädigung von Gütern Ersatz geleistet werden „muß, und ein Verschulden des Frachtführers oder „derjenigen Personen, für welche er haften muß „(Art. 374), nicht nachgewiesen wird, so ist der „Schadensberechnung derjenige Werth zum Grunde „zu legen, welchen Güter derselben Art und Be- „schaffenheit am Bestimmungsort zu der Zeit ha- „ben, in welcher dieselben daselbst abgeliefert „wurden oder vertragsmäßig hätten abgeliefert „werden sollen.“

„Von diesem Werth kommt in Abzug, was in „Folge des Verlustes oder der Beschädigung der „Güter an Fracht, Zoll und Unkosten erspart „wird.“

„Ein diesen Werth übersteigendes Interesse kann, „wenn in dem Frachtbrief eine Werthangabe der „Güter enthalten ist, bis zu diesem Betrag geltend „gemacht werden.“

Ein anderes Mitglied, welches im Wesentlichen von denselben Erwägungen ausging und nur der Ansicht war, daß auch der zweite Satz von Abs. 1 des mehr erwähnten §. 181 hieher übertragen und die Trennung der Bestimmungen über verlorene und beschädigte Güter nicht aufgegeben werden dürfe, damit die Vorschrift über die Berechnung des Schadens bei vorhandener Beschädigung der Güter nicht verloren gehe, und deut-

lich erhelle, daß die Schadenersatzpflicht des Frachtführers auf den Ersatz des Handelswerths beschränkt sei, was bei Anwendung der Ausdrucksweise, daß dieser Werth der Schadensberechnung zum Grunde zu legen sei, nicht in hinreichender Weise der Fall zu sein scheine, empfahl folgende Fassung:

b) Art. 371 a. „Wenn auf Grund des Art. 371 „für den Verlust der Güter Ersatz geleistet werden muß, so ist nur der Werth der verlorenen „Güter zu vergüten.“

„Dieser Werth wird durch den Marktpreis bestimmt, welchen Güter derselben Art und Beschaffenheit am Bestimmungsort der verlorenen „Güter zu der Zeit haben, zu welcher diese Güter „abzuliefern waren.“

„Von dem Preise kommt in Abzug, was an „Fracht, Zölle und Unkosten in Folge des Verlustes „der Güter erspart wird.“

Art. 371 b. „Wenn auf Grund des Art. 371 „für Beschädigung der Güter Ersatz geleistet werden muß, so ist nur die durch die Beschädigung „verursachte Werthsverminderung der Güter zu „vergüten.“

„Diese Werthsverminderung wird bestimmt durch „den Unterschied zwischen dem Verkaufswerth der „Güter im beschädigten Zustand und dem Marktpreise, welchen die Güter ohne diese Beschädigung „am Ablieferungsort zur Lieferzeit gehabt „haben würden, nach Abzug von so viel, als an „Fracht, Zölle und Unkosten in Folge der Beschädigung erspart wird.“

Bei Diskussion sämtlicher bisher aufgeführten Anträge wurde gegen den Vorschlag unter Nr. 442 der Zusammenstellung, den Werth der Güter am Abgangsort für maßgebend zu erklären, geltend gemacht: Es fehle zunächst an inneren Gründen für den eben erwähnten Antrag. Zugegeben könne werden, daß die Verpflichtung des Frachtführers aus dem receptum dahin zu beschränken sei, daß derselbe nur den gemeinen Handelswerth der betreffenden Waaren (die aestimatio rei) und nicht auch das individuelle Interesse des Absenders, beziehungsweise Empfängers zu ersetzen habe. Aber hiermit werde die Frage, nach welchem Orte der Werth der Güter berechnet werden solle, nicht entschieden. Der Frachtführer könne allerdings nicht verbunden sein, dem Empfänger dafür Ersatz zu leisten, was er, wenn die Güter rechtzeitig am Bestimmungsorte angekommen wären und sogleich hätten verkauft werden können, mit dem Erlöse aus denselben noch anderweitig hätte gewinnen können, oder

was er an Konventionalstrafen bezahlen müsse, weil die Güter nicht rechtzeitig angekommen seien u. s. w. Dagegen sei nicht abzusehen, weshalb der Empfänger auch diejenige Steigerung des Werthes der Güter nicht ersetzt erhalten solle, welche Jedem zu Gute gekommen wäre, wenn er die Güter zu derselben Zeit an denselben Bestimmungsort hätte transportiren lassen. Der in dieser Preissteigerung liegende Gewinn gehöre unzweifelhaft auch zur *aestimatio rei*. Es entspreche ganz der Natur der Verhältnisse, daß man den Werth am Bestimmungsorte als den entscheidenden ansehe, denn die Verpflichtung des Frachtführers bestehe darin, daß er die Güter am Bestimmungsorte abliefere; die Erfüllung dieser Verpflichtung habe somit für Jedermann denselben Werth, den die Güter am Bestimmungsorte hätten. Hieran ändere die Erwägung nichts, daß die Güter beim Landfrachtverkehr meistens erst, nachdem die Gefahr auf den Käufer übergegangen sei, transportirt würden, denn auch der Käufer würde, wenn der Frachtführer seine Verpflichtung erfüllt hätte, nicht bloß den ausgelegten Kaufpreis, sondern den Werth der Güter am Bestimmungsorte gehabt haben, und verliere eben diesen durch die Nichterfüllung der erwähnten Verpflichtung. Hätten die Güter einmal den Abgangsort verlassen, so hätten sie den Werth am Abgangsorte gar nicht mehr, und nur eine Fiktion würde den Gesetzgeber dazu veranlassen können, auf diesen Werth bei Regelung der Ersatzverbindlichkeit des Frachtführers zurückzukommen. Dies möge man doch wohl beachten für den Fall, daß der Werth am Bestimmungsorte (vielleicht in Folge eines Zurückgehens der Konjunktur) geringer sei, als er am Abgangsorte zur Abgangszeit gewesen; in einem solchen Falle würde der Frachtführer nach dem Antrag Nr. 442 der Zusammenstellung mehr zu ersetzen schuldig sein, als der Schaden des Befrachters betrage und ihm daher gerechter Weise zugemuthet werden könne. Er würde alsdann die misslungene Spekulation des Absenders oder Empfängers wieder gut machen müssen, zumal er ja noch dazu die auf den Gütern haftenden Kosten und Frachtgebühren zahlen solle. Auch die Erwägung sei nicht maßgebend, daß der Werth der Güter am Abgangsorte regelmäßig leichter zu ermitteln sei, als der Werth am Bestimmungsorte. Einmal rechtfertige es diese Erwägung nicht, daß man statt der richtigen eine innerlich unrichtige Bestimmung aufstelle, sodann würde sie nur dann zutreffen, wenn man ohne Weiteres die Fakturen als vollgültige Beweisurkunden über den Werth am Abgangsorte ansehen wollte. Andernfalls könne es eben so schwierig sein, vom Bestimmungsorte aus, an welchem in den meisten

Fällen der betreffende Prozeß geführt werde, den Werth der Güter am Abgangsorte zur Abgangszeit festzustellen, als umgekehrt vom Abgangsorte aus den Werth, welchen die Güter am Bestimmungsort und zu der Zeit gehabt hätten, in welcher sie wirklich angekommen seien oder hätten ankommen sollen. Daß von der andern Seite hiergegen vorgebrachte Argument sei nicht zutreffend, da der Handelszug, welcher von kleinen Orten seinen Ausgangspunkt nehme und den großen Handelsplätzen zuströme, der Regel nach ebenso bedeutend sei, als der umgekehrte. Die Zeit der vermuthlichen Ankunft der Güter am Bestimmungsorte müsse regelmäßig, wenn auch vielleicht aus anderen Beweggründen doch festgestellt werden; die dadurch veranlaßten Schwierigkeiten könnten somit unmöglich den Ausschlag geben. Die Bestimmung des Antrags Nr. 442 könne überdies leicht mißbraucht werden. Wenn die Konjunktur bedeutend in die Höhe gegangen, würde der Frachtführer durch den Verkauf der ihm anvertrauten und angeblich verloren gegangenen Güter und durch den Ersatz des geringeren Preises derselben am Abgangsorte einen großen Gewinn machen können. Daß die Bestimmung unter a und b praktisch ausführbar sei, stehe außer Zweifel, denn die in dem neuerdings in Hamburg festgestellten Entwurf eines Eisenbahn-Reglements enthaltene Bestimmung, daß die Eisenbahnen den Werth am Abgangsorte unter Hinzurechnung von Kosten und von 5 oder 10 Prozent Gewinn zu ersetzen hätten, komme im Wesentlichen auf dasselbe hinaus, wie die Anträge unter a und b, und sei unter Umständen sogar noch viel nachtheiliger für die Eisenbahnen als diese.

Bezüglich der Frage, ob dem Antrage unter lit. a entsprechend im Gesetze ausdrücklich hervorzuheben sei, daß die betreffende Bestimmung nur dann Anwendung leiden solle, wenn einfach aus dem receptum geklagt werde, daß aber im Falle eines Verschuldens des Frachtführers oder der Personen, für welche er zu haften habe, weiter gehende Ansprüche vorbehalten blieben, wurde von Seiten des Herrn Antragstellers geltend gemacht: Ein solcher Vorbehalt stehe unzweifelhaft mit der Intention der Versammlung im Einklang, da auch bei Berathung des §. 181 und 183 des Seerechts ausdrücklich anerkannt worden sei, daß im Falle des Vorhandenseins eines Verschuldens der eben erwähnten Art, die Geltendmachung eines den gemeinen Handelswerth übersteigenden Schadens nicht ausgeschlossen sein solle; seine ausdrückliche Aufnahme in das Gesetz sei im Interesse der Fernhaltung von Mißdeutungen wünschenswerth.

Gegen die Einschaltung eines das Verschulden des Frachtführers und seiner Leute betreffenden Zwischen-

sages wurde aber von anderen Seiten angeführt: Es sei zwar nicht zweifelhaft, daß die Schadenersatzpflicht des Frachtführers nur dann auf den gemeinen Handelswerth der verlorenen oder beschädigten Sachen beschränkt sein solle, wenn dem Frachtführer selbst und den Personen, für welche er einzustehen habe, kein Verschulden zur Last liege; es würden mindestens in denjenigen Fällen die allgemeinen Rechtsgrundsätze über den Umfang der Schadenersatzpflicht unbedenklich zur Anwendung kommen müssen, in welchen erweislich dem Frachtführer oder seinen Leuten eine rechtswidrige Handlungsweg zur Last falle; es bedürfe aber einer ausdrücklichen Bestimmung hierüber wegen ihrer Selbstverständlichkeit nicht, sie würde vielmehr nur zu falschen Schlussfolgerungen auf die Bedeutung der §§. 181 und 183 des Seerechts berechnen, woselbst sie fehle. Diese Ansicht blieb jedoch nicht ohne Widerspruch, indem einige Mitglieder die Haftung für das volle Interesse nur bei dolus oder culpa lata des Frachtführers selbst eintreten lassen wollten.

Der Herr Antragsteller zog sodann die Worte: „und ein Verschulden des Frachtführers oder derjenigen Personen, für welche er haften muß, (Art. 374) nicht nachgewiesen wird“ mit Rücksicht auf die vorhin über die Selbstverständlichkeit derselben gemachten Bemerkungen aus dem Antrag unter a zurück.

Gegen den Antrag unter a und b wurde von mehreren Seiten noch der Einwand erhoben, es sei nicht angemessen, einen Abzug an der Fracht Erwähnung zu thun, weil ein solcher nicht vorkommen werde. In §. 181 des Seerechts sei zwar auch von einem Frachtabzug die Rede; die dortige Bestimmung sei aber nur durch den seerechtlichen Satz veranlaßt, daß verlorenes Gut keine Fracht zahle. Diesen Satz habe man mit Recht für den Landfrachtverkehr nicht aufgestellt. Wenn der Frachtführer den Werth der verlorenen Sache ersetze, gebühre ihm auch die ganze Fracht, und könne somit nicht von ersparter Fracht die Rede sein, indem entweder der ganze Werth der Sache von dem Frachtführer bezahlt und sodann von dem Absender auch die ganze Fracht entrichtet werden müsse, oder unter einer Abkürzung des Verfahrens von dem Werth der Waare sogleich die ganze Fracht in Abzug komme, welches letztere jedoch dann nicht deshalb geschehe, weil die Fracht erspart worden, sondern aus dem Grunde, damit dadurch die schulbige Fracht bezahlt werde. Auf den Einwand, daß der Satz: „verlorenes Gut zahlt keine Fracht“ auch für den Landfrachtverkehr in Reglements u. dgl. aufgestellt werden könne, ward bemerkt, es scheine nicht angemessen, im Gesetze auf so außerordentliche, durch

die Vertragswillfähr der Parteien hervorgerufene Fälle besondere Rücksicht zu nehmen.

Ein Mitglied bemerkte hierauf, es erscheine nach seiner Ansicht auch angemessen, den vierten Absatz von §. 181 des Seerechts auf das hier in Rede stehende Verhältniß zu übertragen. Von anderen Seiten wurde jedoch entgegnet: Für die Landfracht sei die erwähnte Bestimmung des §. 181 nicht passend, und am wenigsten für die Eisenbahnen. Denn wenn sich unterwegs ein Unfall zutrage, und z. B. der Wagen des Frachtführers breche oder der Eisenbahnzug verunglücke, die Güter aber gerettet würden, dürften letztere nicht an dem Orte des Unfalls belassen werden, sondern es sei Sache des Frachtführers, sie mit anderen Transportmitteln weiter zu schaffen. Anders verhalte sich die Sache mit dem Seetransport, denn bei diesem falle mit dem Verluste des Schiffs regelmäßig die Verpflichtung des Verfrachters hinweg, den Transport weiter auszuführen (§. 201 bis 203 des Seerechts). §. 181 Abs. 4 könne höchstens auf die Flußschiffahrt Anwendung finden. Die Fälle, bei denen dies möglich sei, würden aber voraussichtlich nicht so häufig vorkommen, daß man für diese Fälle die Regel, daß der Werth am Bestimmungsort entscheidend sei, von der Anwendung auszuschließen veranlaßt sein könne, zumal eine irgend erhebliche Benachtheiligung der Betheiligten davon nicht zu besorgen sei.

Bei der Abstimmung wurde mit Stimmeneinhelligkeit entschieden, daß der Frachtführer, wenn er auf Grund des Art. 371 Ersatz für verlorene oder beschädigte Güter leisten müsse, nicht das individuelle Interesse des Absenders und beziehungsweise Empfängers, sondern nur den gemeinen Handelswerth zu ersetzen schuldig sei, und mit 9 gegen 4 Stimmen beschlossen, daß der Werth, den die Waare zur Zeit der Ankunft am Bestimmungsorte daselbst habe, der maßgebende sei. Ferner wurde mit 8 gegen 5 Stimmen entschieden, daß die auf den Abzug an der Fracht sich beziehenden Worte aus den Anträgen unter a und b wegzulassen seien, und mit 7 gegen 6 Stimmen der Beschluß gefaßt, daß bei der Redaktion der oben aufgeführten Entscheidungen die Fassung des Antrags unter a Abs. 1 und 2 thunlichst beizubehalten sei. Endlich wurde mit 11 gegen 2 Stimmen beschlossen, für den Fall, daß die Güter gar nicht an den im Frachtvertrag festgesetzten Bestimmungsort gelangten, nicht den vierten Absatz des §. 181 des Seerechts zu übertragen, sondern den Werth am Bestimmungsort auch für diesen Fall für maßgebend zu erklären.

Für den dritten Absatz des Antrags unter a wurde hierauf angeführt: Es stehe offenbar nichts entgegen,

daß die Parteien unter sich ausmachten, es solle der Frachtführer auch ein den Werth am Bestimmungsort zur Zeit der wirklichen und beabsichtigten Ankunft der Güter übersteigendes Interesse zu ersetzen schuldig sein, und scheine angemessen, dem Abs. 3 des Antrages unter a entsprechend, im Gesetze den interpretativen Satz aufzustellen, daß ein solcher Vertrag dann als geschlossen anzusehen sei, wenn in dem Frachtbriefe eine Werthangabe bezüglich der Güter enthalten sei. Zur Vermeidung von Mißverständnissen müsse jedoch noch bemerkt werden, daß nach der Absicht des Antrags nicht schon eine einseitige Werthangabe des Absenders genügen solle, sondern der Frachtführer damit einverstanden gewesen sein müsse, daß eine solche Werthangabe in den Frachtbrief aufgenommen werde.

Es wurde jedoch entgegnet: Wenn auch nicht bestritten werden könne, daß die Kontrahenten befugt seien, einen Vertrag in dem eben besprochenen Sinne einzugehen, so sei es doch in hohem Grade bedenklich, den beantragten interpretativen Satz im Gesetze aufzustellen, weil die Deklaration des Werths der Güter auch zu anderen Zwecken erfolgt sein könne. Zudem würde die vorgeschlagene Fassung dem Absender das Recht geben, dem Frachtführer die weitergehende Haftung durch einseitige Einzeichnung einer Werthangabe in den Frachtbrief aufzudrängen.

Der fragliche Antrag wurde hierauf zurückgezogen.

DLXIX. Sitzung.

Nürnberg, am 12. Januar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher die in der gestrigen Sitzung zugegen gewesenen Herren Abgeordneten Antheil nahmen, wurde von einem Mitgliede der Antrag gestellt, auch den § 177 des Seerechtsentwurfs aus zweiter Lesung auf das Landfrachtgeschäft zu übertragen und demzufolge folgende Zusatzbestimmung anzunehmen:

„Für Kostbarkeiten, Gelder und Werthpapiere
 „haftet der Frachtführer nur in dem Falle, wenn
 „diese Beschaffenheit oder der Werth der Güter
 „im Frachtbriefe angegeben ist.“

Dafür, daß eine solche Bestimmung auch für den vorliegenden Titel wünschenswerth sei, wurde auf die den §. 177 betreffenden Verhandlungen (Prot. S. 2298 bis 2301) Bezug genommen und außerdem noch angeführt: Wenn es sich um Waaren handle, welche, damit sie den Transport ohne Nachtheil vertragen könnten, einer besonderen Behandlung, z. B. einer besonderen Art der Verwahrung bedürften, so könne die beantragte Bestimmung vielleicht überflüssig erscheinen, weil sie sich alsdann schon aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen ergebe. Denn so lange, bis dem Frachtführer über den Inhalt des ihm anvertrauten Frachtguts eine genügende anderweitige Mittheilung gemacht worden, sei derselbe berechtigt, anzunehmen, daß es Frachtgut gewöhnlicher Art sei, und deshalb auch gleich den gewöhnlichen Frachtgütern behandelt werden dürfe; er müsse also eben so lange mit dem Einwande gehört werden, daß er, wenn man ihm den Inhalt des Guts bezeichnet hätte, auch die erforderliche besondere Sorgfalt aufgewendet haben würde, nun aber, da er den Inhalt nicht gekannt habe, allen seinen Obliegenheiten durch Aufwendung der für gewöhnliche Frachtgüter ausreichenden Sorgfalt genügt habe. Anders verhalte sich die Sache, wenn es sich um Güter handle, die keine besondere Behandlung erforderten, um den Transport vertragen zu können, sondern nur von außerordentlich hohem Werthe seien. In solchen Fällen habe der Einwand des Frachtführers, daß er eine größere Sorgfalt aufgewendet haben würde, wenn ihm der Inhalt des Frachtguts bekannt gewesen wäre, nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen keine Aussicht auf Erfolg, wenn er dadurch von aller Haftung frei zu werden beabsichtige, da er ebenso sehr den Verlust minder werthvoller Dinge abzuwenden verpflichtet sei, als den Verlust der werthvolleren. Gleichwohl würde die Verpflichtung, auch für den unvermuthet hohen Werth eines verloren gegangenen Frachtstücks einzustehen, eine große Unbilligkeit gegen den Frachtführer enthalten. Zwar biete selbst das gemeine Recht einigermaßen Schutz gegen diese Unbilligkeit, indem bei richtiger Auslegung desselben dem Frachtführer nur die Verbindlichkeit würde auferlegt werden können, in der Weise Vergütung zu leisten, als wenn das Frachtstück Frachtgut von durchschnittlichem Werthe gewesen wäre. Diese Bestimmungen des gemeinen Rechts böten aber in der Anwendung wegen der Unmöglichkeit einer nur einigermaßen sicheren

Ermittelung des durchschnittlichen Werthes von Frachtgut große Schwierigkeiten dar. Dazu komme, daß es für den Absender, der nicht deklarirt habe, fast auf dasselbe hinauskomme, ob er für verloren gegangene Juwelen gar nichts oder den höchst unbedeutenden Ersatz des mittleren Güterwerthes eines Kollo von kleinem Umfang erhalte. Es empfehle sich deshalb, eine durchgreifende Bestimmung im Sinne des vorliegenden Antrags aufzustellen. Eine Bestimmung dieser Art sei aber auch praktisch erheblich, da oftmals die werthvollsten Sachen, der Ersparniß von Postgebühren halber, nicht der Post, sondern ohne Deklaration gewöhnlichen Frachtführern zur Beförderung übergeben würden.

Hiezu wurde übrigens von einigen Mitgliedern noch die Bemerkung gemacht, daß durch die obige Bestimmung dem Frachtführer die Befugniß entzogen werde, den Transport solcher Gegenstände von besonders hohem Werthe ganz abzulehnen oder doch die Haftung für den vollen angegebenen Werth zu beschränken, wie dies durch die Eisenbahnreglements zu geschehen pflege.

Von einigen Seiten wurde ein Anstand darüber erhoben, daß die vorzuschreibende Angabe der Beschaffenheit oder des Werthes des Frachtguts gerade im Frachtbriefe solle erfolgen müssen, da nicht abzusehen sei, weshalb nicht auch eine bei Abschluß des Frachtvertrags oder noch früher erfolgende, ja unter Umständen, in den Rest der Reise, nicht auch eine während des Transportes erfolgende Angabe sollte genügen können, wenn nur in dem letzten Fall die Sache so liege, daß der Frachtführer ohne Erschwerung seiner Lage das betreffende Frachtstück, um für die Folge von aller Haftbarkeit frei zu sein, zurückgeben und dessen Weitertransport ablehnen, oder, sofern er den Weitertransport übernehmen wolle, für genügende Sicherheit desselben sorgen könne. Von dieser Seite wurde deshalb und weil es lediglich darauf ankommen könne, ob der Absender dem Frachtführer als seinem Kontrahenten oder einem genügend bevollmächtigten Vertreter desselben über Beschaffenheit oder Werth des Frachtstücks die nöthige Aufklärung habe zugehen lassen, und diese den noch den Vertrag abgeschlossen hätten oder zur Weiterausführung desselben bereit seien, während es Sache des Frachtführers beziehungsweise seines Vertreters sei, diejenigen Personen davon zu unterrichten, deren er sich zur Ausführung des Transportes bediene, weil dazwischen die Zeit, in welcher die Deklaration erfolgen müsse, wegen Verschiedenheit der Verhältnisse nicht, wie im Seerechte, allgemein festgestellt werden könne, der Antrag gestellt, statt: „im Frachtbriefe“ zu setzen: „dem Frachtführer.“

Von anderen Seiten wurde in der Absicht, thunlichst mit der entsprechenden Bestimmung des Seerechts im Einklang zu bleiben, und in der Meinung, daß sehr häufig der Natur der Sache nach gerade der Augenblick der Uebergabe allein der entscheidende sein könne, z. B. wenn derselbe Absender noch mehrere andere Kollo zugleich mit den Juwelen versende, indem in einem solchen Falle besonders angegeben werden müsse, welches Kollo das werthvollere sei, der Antrag gestellt, statt: „in dem Frachtbriefe“ zu setzen: „spätestens bei der Uebergabe.“

Schließlich wurde der zuletzt erwähnte Antrag mit 10 gegen 3 Stimmen abgelehnt, und die oben vorgeschlagene Bestimmung mit der Modifikation, daß statt: „in dem Frachtbriefe“ zu setzen sei: „dem Frachtführer“ mit 10 gegen 3 Stimmen angenommen.

Der unter Nr. 443 der Zusammenstellung zu

Art. 372

gestellte Antrag wurde zurückgezogen.

Bei Diskussion des

Art. 373

wurde zunächst der Antrag unter Nr. 445 in Betracht gezogen und zu Gunsten desselben geltend gemacht: Die Absicht des ersten Absatzes von Art. 373 gehe, wie die früheren Verhandlungen über denselben genugsam erkennen ließen, nur dahin, einen interpretativen Satz aufzustellen. Es solle dadurch ausgesprochen werden, daß, wenn die Kontrahenten nichts Anderes ausgemacht hätten, die Festsetzung eines Frachtabzugs oder des Frachtverlusts für den Fall verspäteter Ablieferung nicht so zu verstehen sei, als solle dadurch das Recht des Absenders beziehungsweise Empfängers ausgeschlossen werden, einen weiter gehenden Schaden ersetzt zu verlangen. Durch die Verbindung, in welche Art. 373 aber mit Art. 376 gesetzt sei, gewinne die Auslegung Raum, als solle Abs. 1 des Art. 373 eine dispositive Bestimmung enthalten, deren Abänderung durch Art. 376 verboten sei. Dieser Auslegung wolle der Antrag Nr. 445 begegnen, indem er deutlich hervorhebe, daß es sich nur um den Interpretativsatz handle, daß auch bei Feststellung eines Frachtabzugs u. dgl. die Bestimmung des Art. 267 Abs. 3 Platz greife. Zugleich füge derselbe eine bestimmte Interpretation für den Fall bei, wenn die Kontrahenten zugleich eine kürzere Ablieferungszeit bedungen hätten, als diejenige sei, innerhalb welcher der Frachtführer bei Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen Frachtführers außer dem Falle einer besonderen Vereinbarung über die Frist hätte abliefern müssen.

Da indeß der Antrag, die zuletzt erwähnte Inter-

pretation in das Gesetz aufzunehmen, ohne alle Unterstützung blieb, wurde derselbe nicht weiter verfolgt, und mit Rücksicht auf Art. 267 Abs. 3 folgende Fassung für den ersten Absatz des Art. 373 empfohlen:

„Ist für den Fall verspäteter Ablieferung ein
„Abzug an der Fracht oder der Verlust der Fracht
„oder eine anderweitige Konventionalstrafe bedun-
„gen, so schließt dies im Zweifel den Anspruch
„auf Ersatz eines diesen Betrag übersteigenden
„Schadens nicht aus, welcher durch die ver-
„spätete Ablieferung entstanden ist.“

Nach Schluß der Diskussion, in welcher die Versammlung in der Hauptsache der Auffassung des Herrn Antragstellers beitrug, und nur darüber verschiedene Meinungen bestanden, welche Fassung die angemessenere sei, wurde dieser Antrag mit 7 gegen 6 Stimmen zum Beschlusse erhoben; wobei jedoch vorbehalten wurde, daß dadurch in Bezug auf die Eisenbahnen und den Art. 376 nicht präjudiziert sei.

Bezüglich des unter Nr. 445 der Zusammenstellung zum zweiten Absatz des Artikels 373 gestellten Antrags wurde bemerkt: Auch dieser Absatz sei nur einen interpretativen Satz aufzustellen bestimmt. Es frage sich, ob, wenn für den Fall verspäteter Ablieferung eine Konventionalstrafe bedungen worden, die Konventionalstrafe dann, wenn die Ablieferung zu spät erfolge, ohne Weiteres und ohne Rücksicht auf Schuld oder Nichtschuld des Frachtführers verwirkt sein solle, oder ob nicht vielmehr das Recht des Absenders auf Bezahlung der Konventionalstrafe nur dann anzuerkennen sei, wenn sich der Frachtführer nicht zu exculpieren und also z. B. nicht nachzuweisen vermöge, daß die Verspätung des Transportes durch höhere Gewalt (Schneefall, Frost u. dgl.) veranlaßt sei. Der Antrag unter Nr. 445 beabsichtige im Einklange mit dem Entwurfe die zweite Auffassung zur Geltung zu bringen, zugleich aber deutlich durch die Fassung auszudrücken, daß es sich nur um eine interpretative Vorschrift handle.

Bei der Abstimmung wurde der eben besprochene Antrag mit 9 gegen 4 Stimmen angenommen und der Redaktionskommission anheimgegeben, in Erwägung zu ziehen, ob Abs. 2 des Art. 373 nicht in einem besonderen Artikel auszuführen sei.

Der unter Nr. 444 der Zusammenstellung gestellte Antrag auf Streichung des Art. 373 wurde hierauf, als durch die soeben angenommenen Fassungen erledigt, zurückgezogen.

Bei Berathung des zu

Art. 374

gestellten Antrages unter Nr. 446 der Erinnerungen

wurde zu Gunsten desselben bemerkt: Der Art. 374 bedürfe dringend einer Verdeutlichung. Man müsse unterscheiden, ob der Frachtführer im Frachtvertrage die Verpflichtung übernommen habe, das Frachtgut vom Orte der Absendung bis an den im Frachtbriefe bezeichneten Bestimmungsort selbst zu transportiren, oder ob der Sinn seines Frachtkontraktes dahin gehe, daß er selbst das Frachtgut nur eine Strecke weit befördere, alsdann aber einem anderen Frachtführer zum Weitertransport übergebe, wie z. B. regelmäßig dann anzunehmen sein werde, wenn dem Absender bekannt sei, daß der erste Frachtführer nur eine gewisse Strecke zu befahren pflege. In dem ersten Falle hafte der Frachtführer als solcher einmal unbestritten für seine eigenen Leute, deren er sich zur Ausführung des Transportes bediene, und sodann auch für die etwaigen anderen Frachtführer, denen er in Gemäßheit eines mit ihnen abgeschlossenen Afterfrachtvertrages die Güter übergebe, damit sie den ihm selbst obliegenden Weitertransport ausführen. Im zweiten Falle dürfe man ihm dagegen die Haftung des Frachtführers von dem Augenblicke an nicht mehr aufbürden, in welchem er die Güter dem Frachtkontrakte gemäß einem anderen Frachtführer zum Weitertransport übergebe. Dafür, daß der erste Frachtführer auch für einen solchen neuen Frachtführer, welchen man allein unter: „Zwischenfrachtführer“ zu verstehen habe, einstehen müßte, würde es an genügenden Gründen fehlen. Seine Haftung könne vielmehr nicht weiter gehen, als daß er den folgenden Frachtführer mit Sorgfalt auswähle und demselben die Güter ordnungsmäßig übergebe, gehe somit über die Haftung des Spediteurs nicht hinaus. Daß der Frachtführer, welcher im Frachtkontrakte die Verpflichtung übernommen habe, das Frachtgut vom Abgangsorte bis zu seinem Bestimmungsorte zu transportiren, auch für den von ihm substituirten Frachtführer zu haften habe, brauche nicht noch besonders hervorgehoben zu werden, denn diese Frachtführer seien unter „den anderen Personen“ begriffen, „deren er sich bei Ausführung des von ihm übernommenen Transportes bediene.“ Der eben dargelegten Auffassung solle der in Rede stehende Antrag Geltung verschaffen. Uebrigens werde, um dem Einwande zu begegnen, daß nach der jetzigen Fassung des Antrags Nr. 446 der zweite Absatz desselben dahin verstanden werden könne, als solle die darin enthaltene Bestimmung auch dann Platz greifen, wenn sich der erste Frachtführer willkürlich eines anderen Frachtführers zur Ausführung desjenigen Transportes bediene, zu dessen gänzlicher Ausführung er sich im Frachtver-

trage für seine Person verpflichtet habe, der Eingang des zweiten Absages, wie folgt, modifizirt:

- a) „Hat sich der Frachtführer eines Zwischenfrachtführers zu bedienen, so“ 1c. 1c.

Von anderen Seiten wurde hiegegen eingewendet: Der Art. 374 sei nur für den ersten der eben besprochenen Fälle bestimmt und solle auf den zweiten gar keine Anwendung leiden. Der Fall, wenn der erste Frachtführer sich nur dazu verpflichtet habe, das Frachtgut eine Strecke weit zu transportiren, um dasselbe sodann einem anderen Frachtführer zum Weitertransport zu übergeben, mit welchem er den Frachtvertrag entweder in eigenem Namen als Spediteur oder im Namen des Absenders abzuschließen haben würde, werde durch Art. 374 gar nicht berührt. Es gehe dies deutlich genug aus den Worten: „des von ihm übernommenen Transportes“ hervor, denn in dem zuletzt berührten Falle übernehme der Frachtführer keineswegs denjenigen Theil des Transportes vom Abgangsort bis zum Bestimmungsort, welchen auch nach der Intention des Absenders ein anderer Frachtführer ausführen solle. Man möge nicht einwenden, (wie dies im Laufe der Diskussion geschah), daß bei dieser Auslegung dem Ausdruck: „übernommenen“ ein ungewöhnlicher Sinn beigelegt werde, welchen man im Verkehrsleben denselben um so weniger beilegen werde, als die Frachtverträge nur selten anders als durch Hingabe und Annahme des Frachtguts und des Frachtbriefs geschlossen würden, und als eine ausdrückliche und unzweideutige Verabredung darüber, ob der Frachtführer den Transport ganz oder nur für eine Strecke übernehmen solle, wenn man sie nicht schon in dem Umstande zu finden berechtigt sei, daß der Frachtführer regelmäßig nur eine gewisse Strecke befahre, gewiß nur selten vorkommen werde. Denn der Ausdruck: „übernommenen“ sei in den früheren Lesungen unbestreitbar in dem hier vertretenen juristischen Sinne aufgefaßt worden, und es müsse auch in Abrede gestellt werden, daß es unmöglich oder auch nur besonders schwierig sei, im einzelnen Falle festzustellen, ob der Frachtführer den Transport vom Abgangsorte bis zum Bestimmungsorte ganz übernommen, oder ob er nur zur theilweisen Ausführung des Transportes sich verpflichtet habe. Bei Entscheidung dieser Frage möge man der Art und Weise, wie und zwischen welchen Personen die faktische Uebernahme der nach einem gewissen Orte bestimmten Güter statthabe, also z. B. der Erwägung, ob der Frachtführer regelmäßig nur eine gewisse Strecke befahre, unter Umständen Einfluß einräumen, aber unbedingt maßgebend sei dieselbe nicht. Der zweite Ab-

satz des in Rede stehenden Antrags könne demnach unmöglich Aufnahme finden, und zwar um so weniger, als wie bemerkt, der erste Frachtführer in dem betreffenden Falle keineswegs immer in eigenem Namen die weiteren Frachtverträge abschließe, sondern eben so oft auch im Namen des Absenders, und somit auch nicht ohne Weiteres die Pflichten eines Spediteurs beigelegt erhalten könne. Wenn man aber Bedenken darüber hege, ob der Ausdruck: „Zwischenfrachtführer“ nicht zu einer Verwechselung Anlaß gebe, weil mit diesem Ausdrucke eigentlich nur der im zweiten Falle eintretende Frachtführer bezeichnet werden sollte, der nicht als Substitut des ersten Frachtführers erscheine, so stehe nichts im Wege, die Worte: „für die Zwischenfrachtführer“ zu streichen, weil sie allerdings insofern, als es sich um den Substituten des dem Absender für den ganzen Transport verpflichteten Frachtführers handle, überflüssig erschienen. Höchstens könne es sich fragen, ob man den Ausdruck: „Zwischenfrachtführer“ nicht durch: „Unterfrachtführer“ oder: „für andere von ihm angenommene Frachtführer (Unterfrachtführer)“ ersetzen wolle, um den Gegensatz zwischen den beiden eben besprochenen Fällen deutlich hervorzuheben.

Von anderen Seiten wurde jedoch geltend gemacht: Es sei ganz zweifellos, daß der Art. 374 auch auf die in Folge eines Austerfrachtvertrags substituirten Frachtführer Anwendung finde, und daß diese unter den anderen Personen, deren sich der erste Frachtführer zur Ausführung des von ihm übernommenen Transportes bediene, begriffen seien; es erscheine deshalb nicht wünschenswerth, das Gesetz mit dem neuen technischen Begriff des Unterfrachtführers zu beschweren, bloß um dies auszudrücken.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag unter Nr. 446, wie derselbe oben unter lit. a modificirt ist, mit 12 gegen 1 Stimme abgelehnt, und mit 9 gegen 4 Stimmen beschlossen, die Worte: „für die Zwischenfrachtführer“ zu streichen, der Antrag aber, an deren Stelle einzuschalten: „für andere von ihm angenommene Frachtführer (Unterfrachtführer)“, mit 8 gegen 5 Stimmen verworfen.

Ein Zusatzantrag, welcher dahin lautete:

„Hat der Frachtführer sich zur Ausführung
 „des von ihm übernommenen Transportes eines
 „anderen Frachtführers (Unterfrachtführers) bedient, so haftet er für denselben nicht, wenn er
 „nach dem ausdrücklichen oder stillschweigenden
 „Inhalt des Vertrags sich desselben bedienen
 „sollte,“

wurde, nachdem insbesondere dagegen geltend gemacht

worden war, unter den im Eingange des Antrags angegebenen Voraussetzungen könne gar nicht davon die Rede sein, daß der erste Frachtführer den Transport im juristischen Sinne übernommen habe, wenn man aber die Worte: „von ihm übernommenen“ weglasse, so verstehe sich die Bestimmung für viele Fälle von selbst, für andere sei dieselbe in ihrer Unbedingtheit unrichtig, von dem Herrn Antragsteller zurückgezogen.

Bei Diskussion der zu

Art. 375

gestellten Anträge Nr. 447 und 448 wurde für dieselben geltend gemacht: Unter „Zwischenfrachtführer“ sei nach der Absicht des Gesetzes sowohl derjenige Frachtführer zu verstehen, welcher bei der Berathung des Art. 374 als Unterfrachtführer bezeichnet worden sei, als auch der „successive Frachtführer“, derjenige nämlich, welcher an der Stelle des ersten Frachtführers da eintrete, wo dessen Verpflichtung ein Ende habe, um den Weitertransport auszuführen, wenn der erste Frachtführer nicht den ganzen Transport vom Abgangsorte bis an den Bestimmungsort in dem oben berührten juristischen Sinne übernommen habe, sondern nur einen Theil desselben, der ganze Transport aber gleichwohl mit einem einzigen Frachtbrief ausgeführt werde. In solchen Fällen, in welchen die weitere Ausführung des Transportes an einen substituirt oder successiven Frachtführer übergehe, könne es sich fragen, ob der zweite Frachtführer bloß dem ersten, mit dem er contrahirt habe, als dessen Mandatar, oder auch dem Absender verantwortlich sein solle. Der Entwurf entscheide diese Frage in dem zweiten Sinne, sei aber insofern unrichtig, als er voraussetze, daß ein solcher zweiter Frachtführer immer an den Empfänger abzuliefern habe, und als er den in den vorliegenden Anträgen berücksichtigten Fall ganz außer Acht lasse, wenn mehrere solche Zwischenfrachtführer auf einander folgten, der zweite also an den dritten, dieser an den vierten u. s. w. und der letzte erst an den Empfänger abzuliefern habe.

Von einigen Seiten wurde dieser Ausführung mit der Modification zugestimmt, daß sich Art. 375 nur auf den successiven und nicht auch auf den sogenannten Unterfrachtführer beziehe.

Von anderen Seiten ward bemerkt: Die Absicht des Art. 375 sei keinesweges bloß die, zu bestimmen, daß von mehreren substituirt oder successiven Frachtführern der zweite und dritte u. s. w. nicht bloß jenem Mandanten, sondern direkt auch dem Absender wegen Erfüllung derjenigen Obliegenheiten verantwortlich sei, welche aus dem von ihm abgeschlossenen Fracht-

kontrakte folgten, also wegen Ausführung des ihm obliegenden Theils der Reise, sondern wolle, wie sich aus den früheren Verhandlungen nachweisen lasse, weiter gehen und bestimmen, daß jeder Frachtführer, welcher die Waare nebst Frachtbrief von einem andern Frachtführer zum Weitertransport übernehme, möge er im Uebrigen nach Inhalt der Verhandlungen über den Art. 374 als Unterfrachtführer oder als successiver Frachtführer erscheinen, dadurch die Verpflichtung übernehme, die Waare nach Maaßgabe des Frachtbriefes an den Empfänger abzuliefern, gleich als wenn er den ursprünglichen Frachtvertrag abgeschlossen und den Transport von Anfang an ausgeführt hätte, daß also ein solcher Frachtführer sich nicht darauf berufen könne, er habe die Waare von seinem Vormanne ramponirt erhalten u. dgl., sondern die Verpflichtung habe, für die Ausführung des Transportes und alle Verpflichtungen aus dem receptum von Zeit der Uebergabe der Güter bis zur Ablieferung derselben an den Empfänger, somit auch für die Ausführung des Frachtvertrages durch seine Vor- und Nachmänner einzustehen. Daraus folge, daß die jetzige Fassung des Entwurfs die richtige sei, und daß von einer Ablieferung an einen zweiten Zwischenfrachtführer hier nicht die Rede sein dürfe, weil dadurch die Verpflichtung des betreffenden Zwischenfrachtführers bedeutend eingeschränkt würde. Die Frage, ob ein Zwischenfrachtführer berechtigt sei, sich auf Ausführung eines Theils des Transportes zu beschränken und die Ausführung des Restes einem neuen Zwischenfrachtführer zu übertragen, komme hier gar nicht in Betracht.

Schließlich wurde der Antrag unter Nr. 448 mit 9 gegen 4 Stimmen, und der erste von den unter Nr. 447 aufgeführten Anträgen mit 8 gegen 5 Stimmen abgelehnt, und der zweite nicht weiter verfolgt.

Hierauf wurden die Protokolle der DLX. Sitzung vom 12. Dezember, der DLXI. Sitzung vom 14. Dezember, der DLXII. Sitzung vom 15. Dezember und der DLXIII. Sitzung vom 18. Dezember 1860 verlesen und genehmigt.

DLXX. Sitzung.

Nürnberg, am 14. Januar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher auch Herr Appellationsgerichtsdirektor Dr. Seuffert wieder Antheil nahm, schlug ein Mitglied vor, auf den in der 566. Sitzung berathenen ersten Absatz des

Art. 370

zurückzugehen und bemerkte hiezu: Bei der letzten Berathung dieses Artikels sei der erste Absatz dahin modificirt worden, daß die Frist, innerhalb welcher der Frachtführer die Reise anzutreten habe, in Ermangelung einer entsprechenden Vereinbarung durch den Ortsgebrauch bestimmt werde, und sich eventuell nach den Umständen des einzelnen Falles richte. Dazu sei folgender Zusatz angenommen worden:

„Im letzteren Falle kann jede der Parteien den Richter um Feststellung der Frist angehen.“

Dieser Zusatz sei mit den Prozeßgesetzgebungen derjenigen Staaten nicht vereinbar, welche auf den Grundsätzen des gemeinen deutschen Prozeßes beruhten. Nach Maassgabe der letzteren könne sich der Richter nur dann über eine streitige Frage aussprechen, wenn ein bestimmtes Petitum gestellt sei. Dies hänge mit dem Principe der Rechtskraft der richterlichen Erkenntnisse zusammen, nach welchem der Umfang der Wirksamkeit eines richterlichen Ausspruches durch das streitige Object normirt und begrenzt werde. Ueber letzteres hinaus habe der Ausspruch des Richters keine rechtliche Bedeutung, und es könne daher eine und dieselbe Frage für dieselben Parteien verschieden beantwortet werden, wenn sie in verschiedenen Prozessen unter ihnen aufgeworfen werde. So könne es z. B. kommen, daß die Frage, innerhalb welcher Frist der Frachtführer die Reise anzutreten schuldig gewesen wäre, von dem Richter, wenn der Absender einen Entschädigungsanspruch wegen verspäteten Antritts der Reise erhebe, dahin beantwortet werde, daß der Frachtführer dieselbe innerhalb acht Tagen anzutreten schuldig gewesen sei, und deshalb die

verlangte Entschädigungssumme zu zahlen oder nicht zu zahlen habe, ohne daß der Richter dadurch behindert werde, in einem unter denselben Parteien entstehenden Prozesse wegen eines anderen Anspruchs aus demselben Frachtkontrakte eine 14tägige Frist als angemessen zu erklären. Sollte nun der Richter, wie dieß in dem gedachten Zusatz als zulässig bezeichnet werde, die Frist zur Abreise feststellen, ohne daß ein bestimmtes Petitum, ein Antrag der einen Partei, die Gegenpartei zu einer bestimmten Leistung zu verurtheilen, vorläge, so würde es an jedem Anhalte für die rechtliche Wirksamkeit dieses Ausspruches fehlen. In dem Falle, wenn die Reise noch gar nicht angetreten worden, sondern nach der Intention beider Parteien erst noch angetreten werden solle, sei aber ein solches Petitum wegen Mangels eines klagbaren Anspruchs noch gar nicht möglich, und es habe daher der Richter auch noch gar keine Veranlassung, sich über die Frist, binnen welcher die Reise anzutreten sei, auszusprechen. Der fragliche Zusatz erscheine auch dann nicht haltbar, wenn man in dem betreffenden Antrag der Betheiligten an den Richter eine Klage auf Anerkennung der Verpflichtung des Frachtführers finden wollte, den Frachtvertrag seinerseits zu erfüllen, und demgemäß die Reise in dieser oder jener bestimmten Frist anzutreten sei u. dgl. Denn abgesehen von der Streitfrage, ob eine solche Klage überhaupt statthaft sei oder nicht, würde dieselbe doch nur auf Seiten des Absenders und nicht auch des Frachtführers, also nicht beider Parteien denkbar sein, und selbst auf Seiten des Ersteren nicht früher, als bis die betreffende Verpflichtung von dem Frachtführer bestritten, und dadurch ein Klagerecht begründet worden sei. Es rechtfertige sich deshalb der Antrag auf Streichung des fraglichen Zusatzes.

Gegen diesen Antrag wurde von anderen Seiten geltend gemacht: Die eben dargelegten Ausführungen seien nicht geeignet, den Antrag auf Streichung des betreffenden Absatzes zu rechtfertigen. Abgesehen davon, daß die berührten Grundsätze über die Rechtskraft der richterlichen Aussprüche der Absicht, für alle zwischen denselben Parteien streitig werdenden Ansprüche aus dem betreffenden Frachtkontrakte die vom Richter einmal festgesetzte Frist maßgebend sein zu lassen, nur in soferne entgegenstehen würden, als die fragliche Festsetzung bloß als Entscheidungsgrund erscheinen würde, nicht aber dann, wenn die Festsetzung der fraglichen Frist als selbstständige Entscheidung einer unter den Parteien streitigen Frage erscheine, komme deshalb nichts darauf an, ob der Zusatz mit jenen Grundsätzen ohne Weiteres vereinbar sei, weil es sich hier nicht um bloße Sub-

sumtion eines Falles unter das bestehende Gesetz handle, und nichts im Wege stehe, daß der Gesetzgeber eine bisher vielleicht nicht statthast erscheinende Klage fortan für statthast erkläre. Wenn es für den Handelsverkehr von Werth sei, daß die Parteien ein Mittel erhielten, ihr streitiges Rechtsverhältniß richterlich feststellen zu lassen, damit nicht der eine oder der andere in Zukunft in schweren Schaden gerathe, so sei es der Beruf der Gesetzgebung, dieß Mittel zu schaffen, und wenn es sich um eine gemeinsame Gesetzgebung für Deutschland handle, so könne der Einwand nicht Platz greifen, daß dieß Mittel nach der einen oder der andern Gesetzgebung nicht bestehe, es entspräche nicht dem Beruf der Versammlung, lediglich an dem Bestehenden zu halten, und sich von positiver Statuirung eines gewissen Klagerechts dadurch abhalten zu lassen, daß dasselbe bisher in dem gemeinen deutschen Proceß nicht gelte; um so weniger als das hier fragliche Klagerecht auch in diesem Proceß manche allgemein anerkannte Analogien habe, z. B. bei Präjudizial-Punkten, bei Klagen auf Anerkennung von Verpflichtungen u. s. w. und schon gegenwärtig in einzelnen Landestheilen, für welche der gemeine deutsche Proceß gelte, in Übung sei.

Bei der Abstimmung wurde dem Antrage auf Streichung des in Rede stehenden Zusatzes mit 7 gegen 6 Stimmen, (da sich ein Mitglied vorübergehend entfernt hatte), stattzugeben beschloffen.

Hierauf wurden die Zusatzanträge unter Nr. 455 der Zusammenstellung der Erinnerungen und unter Art. 376 der Anlage zum 567. Protokolle in Betracht gezogen, und unter Bezugnahme auf die unter Nr. 456 der Erinnerungen bereits gegen diese Anträge geltend gemachten Erwägungen für Weglassung der beantragten Zusatzbestimmung angeführt: Wenn der in Rede stehende Zusatz, wie zunächst aus seiner Fassung zu folgern sei, auf alle Frachtführer ohne Unterschied Anwendung finden solle, und nicht bloß auf große Transportanstalten, wie die Eisenbahnen u. dgl., so gehe derselbe unverkennbar zu weit. Bei so großen Transportanstalten könne man vielleicht zugeben, daß es ihnen im Hinblick auf den außerordentlichen Umfang ihres Geschäftsbetriebes, und da sie sich einer großen Anzahl von Institoren zur Ausführung ihrer Geschäfte bedienen müßten, unmöglich sei, sich darum zu bekümmern, ob die Begleitpapiere des Frachtguts den Zollgesetzen entsprechend und zulänglich seien oder nicht, und daß es deshalb jedem Einzelnen, der sich solcher Transportanstalten bediene, überlassen bleiben müsse, sich darnach zu erkundigen, wie die Begleitpapiere beschaffen sein müßten, und dieselben vorschriftsmäßig

einzurichten. Anders verhalte sich die Sache bei den übrigen Frachtführern. Diese seien oftmals gerade die einzigen Sachverständigen, welche über die erforderlichen Begleitpapiere Auskunft zu geben wüßten, wie dies auch beim Seetransporte bezüglich des Schiffers der Fall sei, (vergl. §. 133 des Seerechtsentwurfs aus II. Lesung). Gerade von den Frachtführern, die sich nach Annahme des vorliegenden Zusatzantrages um nichts zu bekümmern haben würden, könne man in vielen Fällen verlangen, daß sie über die bezügliche Frage hinlänglich unterrichtet seien, daß sie dem Absender die nöthige Auskunft erteilten, und unzureichende Papiere zur Vervollständigung zurückgäben, denn der Frachtführer übernehme die Ausführung des Transports, und ihm stehe es deshalb meist zu, zu wissen, was zur Ausführung des übernommenen Werkes nöthig sei, sowie für Beschaffung des Nöthigen zu sorgen. Diesen Frachtführern könne der Absender somit höchstens wegen absichtlicher oder verschuldeter Unrichtigkeiten, die den Frachtführern unbekannt geblieben, nicht aber wegen Unzulänglichkeit der Papiere haftbar sein.

Von anderen Seiten wurde hiegegen bemerkt: Der in Rede stehende Zusatz betreffe die eben besprochene Frage, welche Verpflichtungen der Frachtführer oder Absender rücksichtlich der Beschaffung der erforderlichen Begleitpapiere habe, gar nicht, und solle der Auffassung, daß auch dem Frachtführer in dieser Beziehung dem Absender gegenüber Verpflichtungen obliegen könnten, insbesondere die, den Absender zu unterrichten, welche Papiere erforderlich seien, auch gar nicht entgegentreten, sondern treffe nur darüber eine Entscheidung, wer für den entstehenden Schaden hafte, wenn der Frachtführer in der in Rede stehenden Beziehung seine ganze Schuldigkeit gethan habe, und deßungeachtet, sei es mit oder ohne Schuld des Absenders, etwas versehen werde, indem er ausspreche, daß in diesem Falle der Absender den Schaden zu tragen habe. Für die Aufnahme einer ausdrücklichen Bestimmung hierüber sei ein dringendes Bedürfnis vorhanden, einmal weil nach den meisten Zollgesetzgebungen regelmäßig der Frachtführer zur Verantwortung gezogen und mit der gesetzlichen Strafe belegt werde, wenn die Begleitpapiere für unrichtig oder nicht für genügend erachtet würden und die Zollgesetze übertreten seien, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob er wirklich der Schuldige sei oder nicht, und Zweifel darüber erhoben werden könnten, ob ihm ein Regreß gegen den Absender zustehe, namentlich wenn auch dieser frei von Verschulden sei, sodann weil im Seerecht doch wohl gerade die entgegengesetzte Bestimmung Aufnahme gefunden habe, indem nach §. 133 dem

Verfrachter ein Regreß gegen den Befrachter nur dann zugestanden worden sei, wenn diesen ein Verschulden treffe, also kasuelle Unrichtigkeiten und Unzulänglichkeiten der Begleitpapiere insofern, als es sich um die gegen den Schiffer verhängten Zollstrafen u. dergl. handle, dem Verfrachter zur Last fielen.

Einige Herren Abgeordnete waren der Meinung, daß, wenn die eben dargelegte Auslegung aus dem Gesetze ersichtlich sein solle, nach den Worten des zweiten Satzes: „Er haftet dem Frachtführer“ jedenfalls eingeschaltet werden müsse: „wenn diesen kein Verschulden trifft.“

Anderer Mitglieder waren dagegen der Ansicht, es bedürfe dieser Einschaltung nicht, dieselbe sei vielmehr selbstverständlich, auch würde es durchweg an genügenden Gründen für die Auslegung fehlen, daß durch den beantragten Zusatz das zwischen dem Absender und Frachtführer bestehende bonae fidei-Verhältniß aufgehoben werde, kraft dessen dem Absender eine Einrede gegen den Regreß nehmenden Frachtführer zugestanden werden müsse, wenn der letztere einen für die Verichtigung und Vervollständigung der Begleitpapiere relevanten Umstand gekannt und dennoch verschwiegen habe.

Bei der Abstimmung wurde mit 9 gegen 5 Stimmen entschieden, daß in den zweiten Satz des in Rede stehenden Zusatzantrages nach den Worten: „Er haftet dem Frachtführer“ einzuschalten sei: „wenn diesen kein Verschulden trifft“, und sodann mit dieser Modifikation der Zusatzantrag selbst mit 11 gegen 3 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Bei Diskussion des unter Nr. 456 der Erinnerungen beantragten Zusatzes wurde gegen denselben bemerkt: Wenn dieser Zusatz angenommen werde, seien die Vorschriften des Gesetzes über die Haftung des Frachtführers aus dem receptum für viele Fälle fast völlig illusorisch. Nach Annahme dieses Antrages würde ein jeder Frachtführer, wenn man von ihm Ersatz des entstandenen Schadens oder den Nachweis verlangen würde, daß der stattgehabte Verlust oder die Beschädigung des Frachtguts durch einen als vis major erscheinenden Zufall hervorgerufen worden seien, dann, wenn nur irgend einmal eine Ablieferung der Güter an die Zoll- oder Steuerbehörden stattgehabt habe, mit dem Einwande gehört werden müssen, daß da und dort eine solche Ablieferung des Guts stattgehabt habe, und der Verlust oder die Beschädigung auch während der Aufbewahrung desselben bei den Zoll- und Steuerbehörden entstanden sein könne, somit erst ihm der Beweis geliefert werden müsse, daß dies nicht der Fall, sondern

Verlust und Beschädigung zu einer Zeit entstanden sei, in welcher er im Besitze des Frachtguts gewesen. Sodann könne nicht unbedingt behauptet werden, daß die Haftung des Frachtführers gänzlich cessiren müsse, während das Gut in dem Gewahrsam einer Zoll- oder Steuerbehörde sich befinde. Denn nach den Zoll- oder Steuer-Gesetzen sei das Gut während dieser Zeit der Obhut des Frachtführers in der Regel nicht gänzlich entzogen, sondern diesem freigestellt, in der Niederlage die Maafregeln zu treffen, welche zur Erhaltung des Guts erforderlich seien. So weit dieß der Fall sei, müsse ein Schaden, welcher aus der Vernachlässigung solcher Maafregeln entstehe, von dem Frachtführer ersetzt werden, welcher auch darin fehlen könne, daß er eine Maafregel vernachlässige, wodurch die Haftung der Verwaltung der Niederlage begründet werde, z. B. wenn er versäume, sich eine amtliche Bescheinigung über die Ablieferung rechtzeitig ertheilen zu lassen. Handelte es sich aber um einen Schaden, welchen der Frachtführer zufolge der nöthig gewordenen Ablieferung an eine Steuer- oder Zollbehörde nicht habe abwenden können, so werde er geltend machen können, daß der Schaden durch höhere Gewalt entstanden sei. Eine besondere Vorschrift hierüber bedürfe es nicht.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag unter Nr. 456 mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Bei Diskussion des zu

Art. 377

gestellten Antrags unter Nr. 457 der Erinnerungen wurde zu Gunsten desselben geltend gemacht: Es hätten sich dafür, daß das Recht des Absenders, dem Frachtführer spätere Anweisungen wegen Rückgabe des Guts oder Auslieferung desselben an einen anderen als den im Frachtbriefe bezeichneten Empfänger zu geben, bis zur Uebergabe der Güter selbst für fortbauend erklärt werden möge, mehrere Handelskammern ausgesprochen, und mit Recht, da der Akt der Uebergabe des Frachtbriefs als ein ganz indifferenter erscheine, und Alles darauf ankomme, ob der Empfänger schon in die Lage versetzt worden sei, ausschließlich über die Güter verfügen zu können oder nicht. Wäre die Uebergabe des Frachtbriefs ein so Entscheidender Akt, als man nach dem jetzigen Inhalte des Art. 377 anzunehmen versucht werde, so sei nicht abzusehen, weshalb nicht auch schon eine vor Ankunft der Güter am Bestimmungsorte erfolgende Uebergabe des Frachtbriefs an den Empfänger dem Rechte des Absenders zur Ertheilung von Anweisungen sollte ein Ende machen können. Durch die jetzige Fassung des Art. 377 komme man mit der jetzt im Verkehre üblichen Verfahrungs-

weise in Widerspruch, indem es z. B. der Frachtführer nicht mehr wagen könnte, dem Empfänger zuerst die Güter und erst später den Frachtbrief zuzusenden, wie dies jetzt bei den Eisenbahnen zum Vortheile des Publikums, welches dadurch schnell in die Lage versetzt werde, über die Güter verfügen zu können, häufig vorkomme, weil er sich dadurch außer Stand setzen würde, den etwa noch eintreffenden entgegengesetzten Anordnungen des Absenders zu genügen, und ebenso wenig würde er mehr im Stande sein, dem Empfänger die Güter noch vor Erreichung des Bestimmungsortes zu beliebigem. Man möge nicht einwenden, daß Art. 377 nach Annahme des in Rede stehenden Antrags nur noch etwas ganz selbstverständliches ausspreche und entbehrlich sei, denn er würde dann gerade deshalb von großer Bedeutung, weil er ausspreche, daß das Dispositionsrecht des Absenders dem Frachtführer gegenüber bis zur Ablieferung der Güter selbst fortbauere und also nicht früher erlösche.

Von anderen Seiten wurde entgegnet: Die Uebergabe des Frachtbriefes sei allerdings ein rechtlich höchst bedeutender Akt; der Frachtführer setze sich dadurch in ein direktes rechtliches Verhältniß zum Empfänger; zwischen beiden werde nach der Absicht des Entwurfes durch Annahme und Uebergabe des Frachtbriefes ein Recht, die Uebergabe der Güter zu verlangen, und beziehungsweise die Verpflichtung zur Uebergabe derselben begründet; es sei demnach auch ganz gerechtfertigt, wenn der Entwurf davon ausgehe, daß mit diesem Akte das Dispositionsrecht des Absenders sein Ende finde. Daß dies nicht schon vor Ankunft der Güter am Bestimmungsorte geschehen könne, habe seinen Grund darin, daß der Absender mit seinem Dispositionsrecht nicht der Discretion des Frachtführers anheimgegeben werden dürfe; es entspreche also gerade der Absicht des Entwurfes, daß der Frachtführer die Güter dem Empfänger nicht schon unterwegs übergeben oder nach dessen Anweisungen damit verfahren könne. An Aufrechterhaltung des bisherigen Gebrauchs der Eisenbahnen, die Frachtbriefe erst nach Uebersendung der Güter auszuhängen, habe der Handelsstand ein Interesse, und von den Eisenbahnen ließen sich ohne Zweifel andere Einrichtungen treffen, in Folge deren die Frachtbriefe gleichzeitig mit dem Gute abgegeben werden könnten, während andrerseits die durch den Antrag bezweckte Verlängerung des Dispositionsrechtes des Absenders jede sichere Verfügung über die Güter hemme und somit dem oben erwähnten Interesse zuwiderlaufe. Wenn Einfachheit und Klarheit in das Rechtsverhältniß des Frachtführers zum Absender und zum Empfänger kommen solle, müsse ein

fixer Termin festgesetzt werden, von welchem an das Dispositionsrecht des Absenders ein Ende habe, und ein solcher Termin sei wohl die Uebergabe des Frachtbriefs, nicht aber auch die Uebergabe der Güter, da letztere auf verschiedene Weise erfolgen könne. Von selbst verstehe sich übrigens, daß auch die am Bestimmungsorte erfolgende Uebergabe der Güter allein dem Dispositionsrechte des Absenders ein Ende mache, weil der Frachtführer den Vertrag dadurch erfülle, und es keinem Zweifel unterliege, daß er die behufs Erfüllung seiner Obliegenheiten übergebenen Güter nicht mehr zurückverlangen könne, eine anderweitige Disposition des Frachtführers auch faktisch nicht mehr möglich sei.

Schließlich wurde der Antrag Nr. 457 mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Zu den Anträgen Nr. 458 und 459 wurde bemerkt: Das Gesetz verstehe unter dem Absender überall nur denjenigen, welcher den Frachtvertrag mit dem Frachtführer abgeschlossen habe, und der im Seerechte mit dem Ausdrucke: „Befrachter“ bezeichnet worden sei. Es könne also, auch wenn kein erläuternder Zusatz angenommen werde, nicht zweifelhaft sein, daß, wenn der Empfänger den Frachtführer bestelle, damit er die Güter an einem andern Ort abhole, der Empfänger zugleich der Absender sei. Nehme man aber die in Rede stehenden Anträge an, so setze man dadurch die Möglichkeit, daß unter Absender auch der bloß faktische Absender, der im Seerechte Ablader genannt worden, verstanden werden könne, und verdunkle dadurch alle anderen Artikel, bei welchen ein Zusatz der in Rede stehenden Art nicht angenommen worden.

Beide Anträge wurden hierauf mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Hierauf wurde zur Berathung der unter Nr. 461 und 462 der Erinnerungen zu

Art. 378 und 379

gestellten Anträge übergegangen und für diese Anträge geltend gemacht: Abgesehen von der bloß als Fassungsache erscheinenden veränderten Reihenfolge, welche in den Anträgen unter Nr. 461 und 462 für die in den eben genannten Artikeln enthaltenen Bestimmungen vorgeschlagen werde, sei unter Nr. 461 beantragt, im Eingange des Art. 378 beizufügen, daß der Frachtführer nach Ankunft der Güter am Bestimmungsorte ungesäumt zur Ablieferung des Frachtbriefs verpflichtet sei, um einen besseren Anschluß der Bestimmungen des Art. 378 u. flg. an die vorhergehenden zu erzielen. Der hauptsächlichste Unterschied zwischen dem Entwurfe und den der Diskussion unterstellten Anträgen bestehe aber darin, daß dem Empfänger im Entwurfe ein selbst-

ständiges Recht beigelegt werde, während die Anträge ihm nur die Eigenschaft eines Mandatars des Absenders zugestanden. Die Auffassung der in Rede stehenden Anträge müsse auch als die richtige anerkannt werden. Der Absender, welcher allein mit dem Frachtführer kontrahire, dürfe auch nur allein als der Berechtigte gegenüber dem Letzteren angesehen werden; den Empfänger könne man nur als den präsumtiven Bevollmächtigten des Absenders ansehen, als welcher er die Rechte des Absenders in dessen Interesse gegenüber dem Frachtführer zu wahren habe, aber unter allen Umständen dem Absender weichen müsse, wenn dieser anderweitige Dispositionen treffe. Die Rechte des Absenders würden sonst im hohen Grade gefährdet, indem dieser ganz in die Hände des Empfängers gegeben wäre, wenn dieser auch ganz selbstständige Rechte gegenüber dem Frachtführer hätte. Der Letztere würde z. B., wenn das dem Frachtführer anvertraute Frachtgut verloren gegangen, ohne Weiteres von dem Frachtführer dessen Werth einzuziehen befugt sein, wenn es sich auch um noch so große Summen handeln würde. Ferner sei es höchst bedenklich, zwei verschiedenen Personen, nämlich dem Absender und Empfänger, jedem dasselbe Recht gegenüber dem Frachtführer einzuräumen, und doch, wie dies im Entwurfe geschehe, das Verhältnis dieser beiden Personen unter sich ungeordnet zu lassen. Ein solches Verfahren müsse nothwendig zu mannigfachen Komplikationen führen. Die Interessen des Empfängers seien durch die in Rede stehenden Anträge genügend gewahrt, zumal wenn man erwäge, daß dem Empfänger, wenn er beweise, daß ihm noch andere Rechte als die des Empfängers auf die Waare zuständen, z. B. daß er Eigenthümer der Waare sei und der Transport also auf seine Gefahr ausgeführt werde, diese weiter gehenden Rechte durch die vorgeschlagenen Bestimmungen nicht abgeschnitten werden sollten.

Hiegegen wurde unter Bezugnahme auf die Verhandlungen der früheren Lesungen eingewendet: Die Auffassung des Entwurfes verdiene den Vorzug vor der Ansicht, daß dem Empfänger nicht ein eigenes Recht, sondern nur die Eigenschaft eines präsumtiven Mandatars des Absenders beizulegen sei. So lange dem Empfänger weder der Frachtbrief behändigt, noch von Seiten des Absenders eine Nachricht von dem Transporte zugegangen sei, fehle es an allen Anhaltspunkten für die Annahme eines Mandates. Es sei weit richtiger, davon auszugehen, daß dem Empfänger gegenüber dem Frachtführer ein eigenes, wenn auch durch die Einwirkungen des Absenders beeinflusstes Recht zustehe.

Ein großer praktischer Unterschied bestehe übrigens zwischen beiden Auffassungen nicht; nur spreche für das im Entwurfe zur Geltung gebrachte Prinzip noch die Erwägung, daß man bei ihm nicht so sehr, wie bei der Unterstellung eines Mandatsverhältnisses, auf die wechselseitigen Beziehungen des Absenders und Empfängers einzugehen Ursache habe, daß der Entwurf einfacher und weit weniger gekünstelt sei, als das System der Anträge unter Nr. 461 und 462, und daß dasjenige, was der Entwurf jetzt ausspreche, in den früheren Beratungen von den kaufmännischen Herren Abgeordneten als ein dringendes Bedürfnis des Verkehrs bezeichnet worden sei. Die bloße Präsumtion einer Vollmacht des Absenders genüge nicht, denn so oft ein Empfänger gegen den Frachtführer klagend auftrete, werde der Letztere mit der Behauptung, das Mandat sei durch den Tod des Absenders und dgl. erloschen, oder der Empfänger habe in der That noch keinen Auftrag von dem Absender, sich der Güter anzunehmen, Gehör finden müssen, werde dieselbe leicht durch Eideszuschiebung u. erweisen und damit den Angriffen des Empfängers bis auf Weiteres begegnen können. Gefährdet sei durch den Entwurf der Absender in keiner Weise; denn wem er die werthvolle und kostbare Ladung habe anvertrauen wollen, dem werde er wohl auch die vom Frachtführer dafür bezahlte Geldsumme anvertrauen können. Im Gegentheil führe gerade die in den in Rede stehenden Anträgen vertretene Auffassung weit eher noch als die des Entwurfs zu praktisch bedenklichen Resultaten, indem die Folge der ersteren sein würde, daß z. B. das gegen den Empfänger ergangene richterliche Urtheil auch gegen den Absender wirksam wäre und der Letztere für die Kosten des vom Empfänger verlorenen Prozesses haften müßte u. dergl.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag, dem Empfänger nicht ein eigenes Recht, sondern nur die Eigenschaft eines Mandatars beizulegen, mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt und der Redaktionskommission anheimgegeben, zu erwägen, in welcher Reihenfolge die in den Art. 378 und 379 enthaltenen Bestimmungen am Besten aufzuführen seien.

Bei der weiteren Besprechung des insbesondere zu Art. 379 gestellten Antrags unter Nr. 462 ergab sich, daß noch verschiedene Ansichten über die Bedeutung der Art. 374 und 375 und namentlich darüber obwalteten, welche Bedeutung dem Ausdrücke: „Zwischenfrachtführer“ zukomme. Es wurde deshalb, und da die Hebung des Zweifels, welche der verschiedenen Ansichten die richtige sei, als präjudizirlich für die Erledigung des Art. 379 erschien, der Beschluß gefaßt, die Art.

374 und 375 in der nächsten Sitzung nochmals in Berathung zu nehmen und die Diskussion des Art. 379 bis nach deren Feststellung zu vertagen.

Hierauf wurde zu Gunsten der den

Art. 380

betreffenden Anträge unter Nr. 463 und 464 der Erinnerungen geltend gemacht: die jetzige Fassung des Artikels scheine darauf hinzudeuten, daß der Betheiligte sich immer an den Richter wenden müsse, damit dieser die Sachverständigen in jedem einzelnen Falle besonders ernenne. Für eine solche Vorschrift fehle es jedoch an genügenden Gründen. Einmal sei nicht abzusehen, weshalb nicht auch die Zuziehung von solchen Sachverständigen sollte genügen können, welche ein für alle Mal zu dem Behufe angestellt seien, um im Falle des Art. 380 den Zustand des Guts zu untersuchen und festzustellen, gleichviel ob die Bestellung und Verpflichtung der Sachverständigen durch das Gericht oder eine andere mit Wahrnehmung von Handelsinteressen betraute Behörde vorgenommen worden, wie dies z. B. bei vereideten Mäklern der Fall sei. Sodann scheine selbst darauf nichts anzukommen, ob sich der Betheiligte gerade offiziell bestellter Sachverständiger bediene; es müsse vielmehr eben so wohl genügen, wenn er die Sachverständigen selbst auffuche und auswähle, da nach dem Wortlaute des Artikels, noch nach den früheren Verhandlungen der Feststellung des Zustandes der Güter, wie sie von den betreffenden Sachverständigen vorgenommen worden, eine besondere entscheidende Kraft in dem später folgenden Prozesse zukomme.

Von anderen Seiten wurde eingewendet: Die Zuziehung von Sachverständigen habe, im Falle des Art. 380, keineswegs bloß die Bedeutung einer faktischen Instruktion derselben über den Zustand der Güter, welche ihnen zu dem Behufe ermöglicht werde, daß sie in dem später folgenden Prozesse gleich anderen Sachverständigen nach den Regeln des Prozeßrechtes produziert und von dem Richter vernommen werden könnten; denn es würde nicht ausdrücklich im Urtheile ausgesprochen zu werden brauchen, daß dem Betheiligten das Recht zustehe, rechtzeitig für Instruktion der Sachverständigen zu sorgen, auf welche er sich in der Folge bei einer etwaigen Beweisführung zu berufen gedenke, und noch weniger würde bei einer solchen Bedeutung des ersten Absatzes die Vorschrift, daß der Betheiligte die Sachverständigen durch den Richter auswählen lassen dürfe, gerechtfertigt erscheinen können. Die Absicht des Art. 380 gehe allerdings dahin, dem Befund der Sachverständigen in dem künftigen Prozesse eine gewisse entscheidende Bedeutung beizulegen. Wenn

eine Partei dieses Vortheils sicher sein wolle, werde man ihr das Erforderniß offizieller Bestellung ihrer Sachverständigen nicht erlassen. Hiedurch sei jedoch nicht ausgeschlossen, daß sich der Betheiligte auch anderer als vom Richter bestellter Sachverständiger bediene, z. B. verpflichteter Mäkler. In diesem Falle richte sich die Beweisskraft ihrer Aussage nach den Landesgesetzen; dies sei deutlich genug dadurch ausgedrückt, daß der zweite Absatz dem Richter nur auf Ansuchen der Betheiligten die Pflicht auferlege, die Sachverständigen zu ernennen.

Bei der Abstimmung wurde sowohl der Antrag Nr. 463 als der unter Nr. 464 mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Nr. 465 wurde nicht weiter verfolgt, da die entsprechenden Anträge zu den früheren Titeln keine Berücksichtigung gefunden hatten. Dasselbe war rücksichtlich des Antrags unter Nr. 466 der Fall.

Der von mehreren Regierungen zu

Art. 381

gestellte Antrag unter No. 467 der Erinnerungen wurde nach kurzer Berathung einstimmig angenommen.

Ein Herr Abgeordneter proponirte sodann, zum zweiten Absätze den Art. 325 zu citiren, um anzudeuten, daß die dortigen Vorschriften über Feststellung des Schadens auch hier anwendbar seien. Von anderen Seiten wurde jedoch bemerkt, daß der Art. 380 der hier zu bezeichnende sei, aber ein ausdrückliches Citat dieses unmittelbar vorhergehenden Artikels nicht nöthig erscheine, worauf der Herr Antragsteller seinen Antrag zurückzog.

Bei Diskussion des unter Nr. 468 der Erinnerungen zu demselben Artikel gestellten Antrags wurde gegen dessen Annahme von einigen Mitgliedern angeführt: Daß, was der Antrag bezwecke, sei ganz selbstverständlich und brauche demnach nicht ausdrücklich ausgesprochen zu werden, denn nirgends sei im Gesetze die Bestimmung enthalten, daß die Betheiligten eine solche Vereinbarung, wie sie der Antrag im Auge habe, nicht gültig treffen könnten. Namentlich stehe auch Art. 376 nicht entgegen, denn dieser wolle nur keine Beschränkung des Umfangs der Haftbarkeit zulassen, hier handle es sich aber nicht um Einschränkung des Umfangs der Haftbarkeit des Frachtführers, sondern bloß darum, in welcher Zeit die aus dem vollen gesetzlichen Umfang dieser Haftbarkeit sich ergebenden Ansprüche durch Klage geltend gemacht werden müßten.

Von anderen Mitgliedern wurde geltend gemacht: Die eben dargelegten Erwägungen träfen nicht zu, einmal weil eine jede andere als gesetzliche Begrenzung

der Zeit, innerhalb welcher die Entschädigungsansprüche gegen den Frachtführer verfolgt werden müßten, auch eine Beschränkung der Haftbarkeit enthalte, was namentlich dann deutlich erhelle, wenn die Möglichkeit einer Geltendmachung der Ansprüche auf unverhältnißmäßig kurze Zeit eingeengt werden solle, wie z. B. schon mehrfach bezüglich der Ansprüche auf Ersatz von Passagiergepäck geschehen sei; sodann weil es sich hier um eine eigentliche Verjährung handle, was bei Art. 326 Abs. 5 nicht der Fall sei, und wenigstens nach manchen Zivilgesetzgebungen eine vertragmäßige Verlängerung der Verjährungsfristen nicht für statthaft und mit den allgemeinen Rechtsgrundsätzen vereinbar angesehen werden könne.

Nachdem hiegegen noch eingewendet worden war, es handle sich keineswegs bloß um Verlängerungen der Verjährungszeit, sondern auch um Fristen ähnlich denen des Art. 326, z. B. wenn zu Absatz 2 vereinbart werde, daß die betreffenden Ansprüche binnen eines Monats bei Vermeidung ihres Verlustes sollten verfolgt werden müssen, ward der in Rede stehende Antrag mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

DLXXI. Sitzung.

Nürnberg, am 16. Januar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Maule geleiteten Sitzung, an welcher Theil zu nehmen der königl. bayer. Bevollmächtigte Herr Appellationsgerichtsdirektor Dr. Seuffert wiederholt durch Unwohlsein abgehalten war, wurde dem in der vorigen Sitzung gefaßten Beschlusse gemäß auf die

Art. 374, 375 und 379

zurückgegangen, zu welchen inzwischen von mehreren Seiten die in der Anlage A — D beigebrachten Anträge gestellt worden waren.

In der Diskussion über diese Anträge wurde zunächst zu Gunsten des Vorschlags in der Anlage A bemerkt: Daß der beabsichtigte Transport von dem ersten Frachtführer, der die Güter aus der Hand des Absenders in Empfang genommen habe, nicht vollständig ausgeführt, sondern das Frachtgut einem andern Frachtführer zum Weitertransporte übergeben werde, könne in verschiedener Weise vorkommen. Der Entwurf

habe aber in Art. 374 und 375 nicht alle Fälle, welche hieher gehören würden, regeln wollen, sondern nur einen von ihnen, während seine Absicht bezüglich aller übrigen Fälle dahin gegangen sei, dieselben der Jurisprudenz zur Lösung nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu überlassen. Die beiden eben erwähnten Artikel bezögen sich nämlich nur auf den Fall, wenn der neue Frachtführer zugleich mit dem Frachtgut den alten Frachtbrief übernehme, um auf Grund desselben den Weitertransport auszuführen, und für diesen Fall habe der Entwurf bestimmen wollen, daß der neueintretende Frachtführer mit Uebnahme des Guts und des Frachtbriefes die Verpflichtung auf sich nehme, das Frachtgut bis an den Bestimmungsort in die Hand des Empfängers zu liefern und für die Erfüllung des Frachtkontrakts in der Weise einzustehen, als wenn er selbst den Transport von dem Ort der Absendung an übernommen und ausgeführt hätte. Dieser Satz sei in keinem der in den Anlagen beigebrachten Anträge angefochten worden, sondern sei überall beibehalten, werde demnach auch keiner weiteren Begründung bedürfen, und es könne sich nur fragen, ob dem Antrage in der Anlage B entsprechend in einem Zusätze zu bestimmen sei, daß der Frachtführer berechtigt sei, jede Haftung, welche über die von ihm auszuführende Strecke des Transportes hinausgehe, trotz der Uebnahme des alten Frachtbriefes abzulehnen. Eine solche Zusatzbestimmung erscheine aber in hohem Grade bedenklich, und es verdiene bei Weitem den Vorzug, daß man es bei dem strengen Prinzipie des Art. 375 belasse, und somit dem Frachtführer, der sich diesem Prinzipie im konkreten Falle nicht unterwerfen wolle, anheimgabe, die Ausführung des Transportes mit dem alten Frachtbriefe abzulehnen und sich einen neuen Frachtbrief, bloß für seine Strecke, ausstellen zu lassen. Die dem Bisherigen zufolge der Absicht der Versammlung entsprechende Bestimmung sei auch deutlich genug im Entwurfe ausgedrückt; nur scheine es sich zu empfehlen, daß der nicht völlig verständliche Ausdruck: „Zwischenfrachtführer“ vermieden und hervorgehoben werde, es handle sich um die weitere Ausführung eines bereits begonnenen Transportes. Zu diesem Zwecke genüge der Antrag in der Anlage A aber vollkommen. Die Anträge B und C enthielten zwar noch die weitere Bestimmung, daß in dem eben berührten Falle, welcher den Gegenstand des Art. 375 bilde, auch der erste Frachtführer für die ganze Ausführung des Transportes nach Maßgabe des durchgehenden Frachtbriefes verantwortlich bleibe und von seiner Haftbarkeit nicht durch Uebergabe desselben sammt dem Gute an einen anderen Frachtführer frei

werde. Diese Bestimmung sei indeß so selbstverständlich, daß es nicht erst noch einer ausdrücklichen Aufnahme derselben in das Gesetz bedürfe. Die in der Anlage A vorgeschlagene Fassung bedinge sodann auch die proponirte Aenderung der Redaktion des Art. 379, namentlich werde auch dort der Ausdruck: „Zwischenfrachtführer“ zu vermeiden sein. Störend und zugleich überflüssig erschienen ferner in Art. 379 noch die Worte: „ohne daß es einer Klagabtretung bedarf,“ weil sie zu der Auffassung verleiteten, als sei das Klagerecht des Empfängers ein abgetretenes und der Empfänger selbst bloß Mandatar des Absenders, während die Versammlung dem Empfänger ein eigenes Recht habe beilegen wollen, und damit jeder Gedanke an eine Klagabtretung schon hinreichend ausgeschlossen sei. Eine Trennung der Bestimmungen des Art. 379 über den Frachtführer von denen über den Spediteur scheine endlich nicht erforderlich, da es nicht zweifelhaft sein könne, daß der Spediteur den Transport nicht wie der Frachtführer nach Maassgabe des Frachtbriefs zu erfüllen habe.

Für den Antrag in der Anlage B wurde geltend gemacht: Vor Allem erscheine es wünschenswerth, die Bestimmung des Art. 375 durch die ausdrückliche Vorschrift zu ergänzen, die sich bis jetzt noch nicht genügend aus dem Gesetze ergebe, daß nämlich jeder Frachtführer für die ganze Ausführung des Transportes nach Maassgabe des Frachtbriefs verhaftet bleibe, wenn er das Gut auch sammt dem Frachtbriefe einem andern Frachtführer zum Weitertransporte übergebe. Dies gelte gleichmässig vom ersten Frachtführer d. i. demjenigen, welcher das Gut vom Absender, wie von einem späteren Frachtführer d. i. einem solchen, welcher das Gut von einem anderen Frachtführer, der dasselbe schon eine Strecke weit transportirt habe, übernehme. Einer ausdrücklichen Aufnahme dieser Bestimmung werde es aber um so mehr bedürfen, wenn die im zweiten Absätze des Art. 375 der Anlage B proponirte Ausnahmebestimmung die Genehmigung der Versammlung finde, weil es für diese sonst an einer genügenden Grundlage fehle. Im Uebrigen beruhe die für den ersten Absatz des Art. 375 in der Anlage B vorgeschlagene Fassung, ebenso wie der Antrag in der Anlage A, auf dem Bestreben, deutlich auszudrücken, was der Artikel beabsichtige, und insbesondere jeden Zweifel darüber zu beseitigen, was unter der in Art. 375 des Entwurfes erwähnten selbstständigen Verpflichtung zu verstehen sei, daß es sich nämlich um eine zwischen dem übernehmenden Zwischenfrachtführer und dem Absender zu begründende direkte rechtliche Beziehung handle,

welche ganz dieselbe rechtliche Natur habe, wie die zwischen dem Absender und dem ersten Frachtführer bestehende. Auf den Einwand, daß die in der Anlage B beantragte Fassung in so ferne nicht zutreffend sei, als ausgesprochen werde, der Frachtführer übernehme die fraglichen Verbindlichkeiten erst mit dem Augenblicke der Uebernahme der Güter und des Frachtbriefs, während er sie doch schon durch Abschluß des Frachtvertrages übernehme, (ein Einwand, der auch gegen die Vorschläge in den Anlagen C und D erhoben wurde) ward bemerkt: Uebergabe und Uebernahme des Guts nebst Frachtbrief seien konkludente Handlungen für Abschluß des Frachtvertrages, und in den meisten Fällen werde der Frachtvertrag selbst mit dem ersten Frachtführer nicht in anderer Weise definitiv abgeschlossen. Sei jedoch der Vertrag vorher schon abgeschlossen, so sei es selbstverständlich, daß er schon vom Augenblicke des Abschlusses an wirksam sei. Dies brauche im Gesetze nicht ausgesprochen zu werden, wichtig sei es nur, zu bestimmen, daß jedenfalls von der Vornahme der bezeichneten Handlungen an ein obligatorisches Verhältniß zwischen Absender und Frachtführer eintrete. Dies sei um so wichtiger in Betreff des Zwischenfrachtführers, mit welchen der Natur der Verhältnisse nach kaum eine andere Art des Abschlusses als durch Uebergabe und Uebernahme des Guts und Frachtbriefs vorkommen werde. Der Entwurf habe deswegen auch in Art. 375 lediglich hiervon gesprochen und diese Worte seien von keiner Seite beanstandet worden. Finde die beantragte Fassung die Zustimmung der Mehrheit, so werde dadurch die Bestimmung des Art. 368 Abs. 1 überflüssig und deshalb zu streichen sein, da Alles, was dieser Absatz sage, dann auch in Art. 375 Abs. 1 der Anlage B enthalten sei. So viel nun den zweiten Absatz des eben genannten Artikels betreffe, so enthalte derselbe nicht etwa eine ganz neue sachliche Bestimmung, sondern nur eine deutlichere und bestimmtere Fassung desjenigen, was früher schon von Seiten der Versammlung bei Annahme des Art. 375 beabsichtigt gewesen sei. Dies ergebe sich unzweideutig daraus, daß, obschon Art. 375 nur den Fall im Auge gehabt habe, wenn der ganze Transport mit einem durchgehenden Frachtbriefe ausgeführt werden solle, doch stets ein ganz besonderer Nachdruck auf den Ausdruck: „übernommenen“ gelegt und dadurch anerkannt worden sei, daß ein Frachtführer, wenn er das Frachtgut auch mit einem durchgehenden Frachtbriefe Behufs dessen Transportirung übernehme, doch dadurch noch nicht die Verpflichtung auf sich nehme, den Transport auf

der ganzen im Frachtbriefe bezeichneten Strecke auszuführen, sondern daß in jedem einzelnen Fall zu entscheiden sei, wie weit er den Transport übernommen habe, der Frachtführer also wohl auch berechtigt sei, den im Frachtbriefe beschriebenen Transport nur theilweise zu übernehmen. Die in Abs. 2 enthaltene Bestimmung sei auch ganz unentbehrlich, wenn man dem Verkehre nicht Gewalt anthun, und mit der allgemangbaren Auffassung nicht in Widerspruch gerathen wolle. Durch die beantragten Fassungsänderungen werde auch eine Vereinfachung der Redaktion des Art. 379 ermöglicht, und dessen zweiter Absatz, der seiner Fassung wegen schon zu manchen Mißverständnissen Veranlassung gegeben habe, soweit er sich auf das Verhältniß des Empfängers zu den Zwischenfrachtführern beziehe, entbehrlich.

Sodann wurde zur Motivirung der Anträge in den Anlagen C und D geltend gemacht: Wenn man es überhaupt für wünschenswerth halte, ausdrücklich in Geseze zu sagen, daß der erste Frachtführer, welcher das Gut von dem Absender in Empfang nehme, auch wenn er dasselbe in der Folge einem anderen Frachtführer sammt dem Frachtbriefe zum Weitertransporte übergebe, doch für die ganze Ausführung des in dem Frachtbriefe beschriebenen Transportes zu haften, wademnach auch für seine Nachmänner einzustehen habe, so müsse dies schon an einer früheren Stelle des Gesetzes geschehen, indem sonst der logische Zusammenhang desselben unterbrochen würde. Für diesen Fall sei deshalb in der Anlage C der Vorschlag gemacht, die betreffende Bestimmung als neuen Artikel 370 a nach Art. 370 einzuschalten. Was im Uebrigen die in Art. 375 enthaltene Bestimmung angehe, so genüge weder die in der Anlage A, noch die in der Anlage B empfohlene Fassung, um dasjenige deutlich auszudrücken, was der Entwurf bezwecke. In beiden Anträgen sei von einer selbstständigen Verpflichtung die Rede, ohne daß klar ersichtlich wäre, was darunter zu verstehen sei, und was der Gegensatz davon sein solle u. dergl. Es scheine dringend geboten, deutlich hervorzuheben, worauf es eigentlich ankomme, nämlich, daß der eintretende Frachtführer die Verpflichtung übernehme, den ganzen Transport nach Maßgabe des Frachtbriefes auszuführen, das Gut also gemäß dem Frachtbriefe an den Empfänger abzuliefern, und auch in Bezug auf den von dem ersten Frachtführer bereits ausgeführten Theil des Transportes für die Verpflichtungen des Letzteren einzustehen, gleich als wenn er selbst den Transport von dem Ort der Absendung ab übernommen und ausgeführt hätte. Durch diese Erwägungen seien

die Fassungen des Art. 375 sowohl in der Anlage C als in der Anlage D sub fine bedingt. In der Anlage B (Art. 375 Abs. 2) werde ferner vorgeschlagen, auszusprechen, daß wenn zwischen dem Frachtführer und Demjenigen, von welchem er das Gut übernehme, ein Vertrag dahin geschlossen werde, daß der Erstere nur für diejenige Strecke, auf welcher er den Transport ausführe, die Haftung des Frachtführers übernehmen wolle, dieser Vertrag für die Beurtheilung seiner Haftbarkeit maßgebend sein solle. Hierbei werde zwischen den Fällen, in welchen der erste Frachtführer einen solchen Vertrag mit dem Absender schließe, und denjenigen zu unterscheiden sein, in welchen ein solcher Vertrag zwischen einem neu eintretenden Frachtführer und einem Vormanne desselben oder einem Zwischenpediteur abgeschlossen werde. Daß Fälle der ersten Art im Verkehre vorkämen, sei unzweifelhaft, wenn dies auch vielleicht nur in der Weise geschehe, daß neben dem Generalfrachtbriefe Spezialfrachtbriefe ausgestellt würden, und der erstere sofort vom Absender an den Empfänger eingesandt werde. Wolle man auf solche Fälle im Gesetze Rücksicht nehmen und zugestehen, daß der erste Frachtführer nach Abschluß eines solchen Vertrags nur für die Strecke hafte, auf welcher er den Transport auszuführen habe, was bisher weder im Entwurfe noch in den Anlagen A und C geschehen sei, so werde es sich empfehlen, dies in der Weise auszudrücken, wie in der Anlage D vorgeschlagen worden, daß man nämlich auf Art. 374 in Art. 374 a eine Erläuterung des Ausdrucks: „übernommenen“ folgen lasse und erst an diese Bestimmung den Art. 375 anreihe. Wenn aber auch für die Fälle der zweiten Art in der Anlage B vorgeschlagen werde, zu bestimmen, daß dann, wenn ein neueintretender Frachtführer mit seinem Vormanne oder einem Zwischenpediteur, von welchem er das Gut sammt Frachtbrief übernehme, einen Vertrag abschließe, wonach er nur für die Strecke hafte, auf welcher er den Transport auszuführen habe, dieser Vertrag auch für die Beurtheilung seiner Haftbarkeit gegenüber dem Absender und Empfänger maßgebend sein solle, daß sich der neueintretende Frachtführer somit nicht allein der Haftbarkeit für seine Nachmänner, sondern auch für seine Vormänner entziehen könne, so enthalte dies eine neue Bestimmung, gegen welche die erheblichsten Bedenken sprächen, und welche deshalb auch in den Antrag in der Anlage D nicht aufgenommen worden sei.

Ein Herr Abgeordneter fügte diesen Ausführungen hinzu: Die Verbindung der Bestimmungen über den ersten Frachtführer mit den Bestimmungen über die

später eintretenden Frachtführer sei schon deshalb nicht möglich, weil man von dem ersten Frachtführer nicht füglich sagen könne, er übernehme eine selbstständige Verpflichtung zur Erfüllung des Frachtvertrags, d. i. eine Verpflichtung gegenüber dem Absender, da sich dies zu sehr von selbst verstehe, weil der Absender derjenige sei, mit welchem der erste Frachtführer kontrahire.

Derjenige Herr Abgeordnete, von welchem der Antrag in der Anlage B herrührte, erklärte hierauf, daß er seinen Vorschlag in Anlage B, Art. 375 Abs. 2, so weit derselbe den Zwischenfrachtführer berechtige, die Haftung für seine Vormänner auszuschließen, zurückziehe und daher dem Antrage in Art. 374 a der Anlage D beitrete.

Hierauf eignete sich jedoch ein anderer Herr Abgeordneter den eben aufgegebenen Antrag an und empfahl, denselben mit folgendem Zusatz anzunehmen:

- a) „Er kann sich jedoch darauf, daß Verlust, Beschädigung oder Verspätung auf der früheren Strecke eingetreten seien, nur in soweit berufen, als er deren Eintritt auf der früheren Strecke von seinem Vormanne auf dem Frachtbriefe sich hat bescheinigen lassen.“

Zur Unterstützung dieses Antrags ward bemerkt: Es erscheine dringend geboten, den Art. 375 Abs. 2 des Antrags in der Anlage B auch in sofern aufrecht zu erhalten, als es sich darum handle, einem neu eintretenden Frachtführer zu gestatten, den Frachtkontrakt mit rechtlicher Wirksamkeit gegenüber dem Absender und Empfänger dahin abzuschließen, daß er, ungeachtet er den alten Frachtbrief mit übernehme, nur für die von ihm auszuführende Strecke haften, und somit nicht allein alle Haftung für seine Nachmänner, sondern auch für seine Vormänner ablehnen wolle. Es fehle an genügenden Gründen, die Vertragsfreiheit der Kontrahenten im entgegengesetzten Sinne zu beschränken; im Gegentheile könne diese Beschränkung dem Verkehr selbst nur zum Nachtheile gereichen, indem sie nur dahin führen werde, daß sich kein Frachtführer so leicht mehr entschlöße, in einen theilweise ausgeführten und auch später noch zum Theile von anderen Personen auszuführenden Frachtvertrag einzutreten und das Gut mit dem alten Frachtbriefe mit zu übernehmen. Eine Häufung stets wieder neu aufzustellender Spezialfrachtbriefe und die Nothwendigkeit, sich bei Ausführung eines größeren Transportes einer Reihe von Spediteuren zu bedienen, sei die unausbleibliche Folge der in Rede stehenden Beschränkung der Vertragsfreiheit, und namentlich werde voraussichtlich der Verkehr von Bahn zu Bahn mit durchgehenden Frachtbriefen dadurch voll-

ständig zerstört. Keine Eisenbahn könne so ohne Weiteres die Haftung für die Ausführung desjenigen Theils des Transportes übernehmen, der einer anderen Bahn obgelegen habe, über welche ihr keine Kontrolle zustehe. Die Absicht des neuen Frachtführers, eine solche Haftung übernehmen zu wollen, sei unter Umständen geradezu undenkbar, so könne man gewiß nicht annehmen, der neueintretende Frachtführer habe sich dazu verpflichten wollen, daß der Frachtvertrag noch rechtzeitig ausgeführt werde, wenn die Lieferzeit schon zu der Zeit abgelaufen gewesen, als ihm die Güter zum Weitertransporte übergeben worden seien u. dgl. Um eine so bedenkliche Haftbarkeit nicht übernehmen zu müssen, würden die Eisenbahnen demnach voraussichtlich die Uebernahme der alten Frachtbriefe ablehnen und damit den Absender zwingen, sich mit einem großen Aufwande an Zeit und Kosten von Bahn zu Bahn eines Spediteurs zu bedienen. Man könne mehr nicht verlangen, als das französische Recht, nämlich, daß der neu eintretende Frachtführer bei Verlust seines besfalligen Einwandes etwaige Verluste, Beschädigungen oder Verspätungen sogleich auf dem Frachtbriefe konstatiren lasse. Uebrigens müsse der Inhalt des Vorschlages, selbst wenn dessen Aufnahme abgelehnt werden sollte, demnächst von den Gerichten anerkannt werden, wenn es richtig sei, daß eine solche Bemerkung im alten Frachtbriefe denselben für den übernehmenden Zwischenfrachtführer zu einem neuen Frachtbriefe mache; offenbar könne die Existenz eines neuen Frachtbriefes von einem besonderen Stücke Papier nicht abhängig sein.

Ein Mitglied endlich schloß sich dem Vorschlag in Art. 375 Abs. 2 der Anlage D an, empfahl aber am Schlusse der betreffenden Bestimmung statt: „so haftet der Frachtführer nur bis zu dieser Uebergabe“ zu setzen:

- b) „so haftet der Frachtführer für den Transport „bis zu dieser Uebergabe und für den Weitertransport gleich einem Spediteur.“

Hierauf wurde noch gegen die Fassung in der Anlage A bemerkt, dieselbe lasse den Fall ganz unberücksichtigt, wenn der erste Frachtführer sogleich am Abgangsorte eine Sublokation vornehme, der zweite Frachtführer somit nicht erst, nachdem der Transport schon theilweise ausgeführt worden, sondern alsbald vom Abgangsorte ab die Ausführung des Transportes übernehme, obschon dieser Fall ohne Zweifel auch der Bestimmung des Art. 375 unterliegen müsse.

Im Uebrigen wurde im Verlaufe der Diskussion hauptsächlich die Frage erörtert, ob eine Bestimmung im Sinne des zweiten Absatzes von Art. 374 a der

Anlage D aufzunehmen sei, und gegen dieselbe noch geltend gemacht: Diese Bestimmung zielt, wie dies namentlich bei näherer Beachtung der Worte: „nach der ausdrücklichen oder stillschweigenden Willensmeinung des Absenders und des Frachtführers“ unverkennbar sei, dahin ab, eine Vermuthung dafür zu begründen, daß der erste Frachtführer, wenn im Voraus bekannt sei, daß er nicht bis an den Bestimmungsort fahren, sondern mit seinen eigenen Transportmitteln den Transport des Gutes nur eine Strecke weit ausführen werde, auch nur bezüglich dieser Strecke als Kontrahent angesehen werden dürfe, somit auch nur bezüglich dieser Strecke die Haftung als Frachtführer über sich nehmen und für den Transport, insoweit derselbe durch später eintretende Frachtführer ausgeführt werden solle, nicht weiter zu haften schuldig sei. Diese Annahme würde aber nicht einmal dann begründet sein, wenn ausdrücklich ausgesprochen worden, daß der Frachtführer nicht den ganzen Transport mit seinen eigenen Transportmitteln auszuführen brauche, und noch weniger sei dies der Fall, wenn nur eine stillschweigende Willensmeinung der Kontrahenten in diesem Sinne angenommen werden müsse. Es komme lediglich darauf an, ob der erste Frachtführer sich für den ganzen Transport verpflichten habe, und ob ein einheitlicher Frachtkontrakt vorliege oder nicht. Und diese Frage sei unter den oben aufgeführten Voraussetzungen allerdings zu bejahen. Uebernehme ein Frachtführer den Transport eines Frachtgutes mit einem Frachtbriefe, laut dessen er dasselbe von dem Abgangsorte bis an einen bestimmten Bestimmungsort zu bringen habe, so müsse man, da nur ein einziger Frachtsatz bedungen sei, und der Frachtbrief als Beweismittel über den Frachtvertrag gelte, (Art. 368) annehmen, daß ein einheitlicher Frachtkontrakt vorliege, zu dessen Ausführung zunächst der erste Frachtführer allein verpflichtet sei. Für die Unterstellung mehrerer successiver Frachtkontrakte, von denen der erste Frachtführer nur einen einzelnen auszuführen hätte, um das Gut dann einem zweiten Frachtführer zur Ausführung des zweiten Frachtvertrags zu übergeben u. s. w., fehle es an jeglichem Anhaltspunkte; diese Annahme sei schon deshalb unmöglich, weil es, wie bereits bemerkt, an einer Ausscheidung der jedem einzelnen Frachtführer zukommenden Frachtlöhne und an einer Feststellung der Lieferzeit für die einzelnen Strecken fehle, und weil darnach der erste Frachtführer nie aus eigenem Rechte und aus dem Frachtvertrage Regress wegen der Fracht für die ganze Strecke gegen den Absender würde nehmen können, wenn z. B. der Empfänger die Annahme der Waare und Bezahlung der Fracht

ablehnen sollte; er würde dann theils aus eigenem, theils aus cedirtem Recht, resp. als Expéditeur klagen müssen, woran doch Niemand denke. Der Annahme, daß bei einem vom Abgangsorte bis an den Bestimmungsort durchgehenden Frachtbriefe der Frachtvertrag selbst ein einheitliches Ganze bilde, aus welchem dem kontrahirenden ersten Frachtführer die ganze Haftung obliege, stehe der Umstand, daß die ausdrückliche oder stillschweigende Meinung der beiden Parteien dahin gehe, der erste Frachtführer solle selbst nur einen Theil des Transportes ausführen, nicht im Mindesten entgegen; denn für diejenige Strecke, auf welcher der erste Frachtführer den Transport nicht selbst ausführen solle, schließe er den Kontrakt als Kommissionär ab, somit immer noch in eigenem Namen, und mit der dem Absender als seinem Kontrahenten gegenüber begründeten eigenen Verpflichtung, für die Ausführung des ganzen Transportes zu haften. An dieser Verpflichtung vermöge der Umstand, daß der andere Kontrahent, sei es in Folge ausdrücklicher Bevormortung, sei es, weil sich dies aus den Umständen ergebe, davon unterrichtet sei, daß der Frachtführer zum Theile nur als Kommissionär kontrahire, offenbar nichts zu ändern; vielmehr werde damit nur die Verbindlichkeit abgelehnt, eigene Transportmittel auf der ganzen Strecke zu gebrauchen und Umladungen zu unterlassen. Eine Bestimmung, daß der erste Frachtführer dessen ungeachtet nur für die von ihm selbst auszuführende Strecke des Transportes zu haften habe, würde mit den Grundsätzen, welche die Versammlung rücksichtlich der Rechte und Pflichten eines Kommissionärs angenommen habe, im Widerspruche stehen. Anders als eben dargelegt worden, könnten auch die Frachtgeschäfte, welche von den Eisenbahnen mit den von Bahn zu Bahn durchgehenden Frachtbriefen abgeschlossen würden, nicht aufgefaßt werden. Die beantragte Bestimmung sei aber nicht allein innerlich nicht begründet, sondern es würde auch der Verkehr mit ihr nicht bestehen können. Es würden sich, wenn man diese Bestimmung in das Gesetz aufnehmen wollte, die Entschädigungsansprüche des Absenders wegen Verlusts oder Beschädigung des Frachtguts gegen den ersten Frachtführer, mit welchem der Frachtkontrakt abgeschlossen worden, in keinem Falle anders begründen lassen, als wenn ihm der Beweis geliefert werde, daß gerade auf der Strecke, auf welcher er den Transport ausgeführt habe, der Schaden entstanden sei, und einen solchen Beweis werde der Absender, beziehungsweise Empfänger gewiß nur in den seltensten Fällen zu liefern im Stande sein.

Gegen diese Ausführung wurde bemerkt: Aller-

bings sei es denkbar, daß der erste Frachtführer auch in Betreff derjenigen Strecke, auf welcher der Transport nicht für seine Rechnung ausgeführt werden solle, doch den Transport übernommen habe, es frage sich aber, ob dies der Regel nach als die Absicht des ersten Frachtführers oder eines Zwischenfrachtführers anzunehmen sei. Dies müsse für die meisten Fälle bezweifelt werden. Es sei das Naturgemäße und somit der Intention der Kontrahenten im Zweifel Entsprechende, daß ein Kontrahent nur so weit er aus einem Geschäft Nutzen ziehe, auch die Gefahr aus demselben übernehme. Dies gelte sowohl vom größeren Frachtunternehmer als namentlich vom gewöhnlichen Fuhrmann. Im Zweifel werde also in einem solchen Falle nicht ein einheitlicher Frachtvertrag anzunehmen sein, sondern eine Reihe successiver Verträge, deren lex der Frachtbrief bilde. Diese Verträge würden entweder vor Beginn des Transports von dem ersten Frachtführer im eigenen und, soweit sie den späteren Transport betreffen, im Namen der späteren Frachtführer mit dem Absender abgeschlossen oder (häufigerer Fall) der erste Frachtführer kontrahire mit dem Absender nur über seinen Transport und erhalte dabei vom Absender den Auftrag, in Betreff des Weitertransports einen andern Frachtführer aufzusuchen und mit diesem im Namen des Absenders zu kontrahiren. Diesen Auftrag führe dann der erste Frachtführer durch Uebergabe des Quittungsbriefes an den folgenden Frachtführer aus u. s. w. Das Argument, welches gegen die Möglichkeit einer solchen Annahme daraus entnommen sei, daß es an einer Ausschreibung der jedem einzelnen Frachtführer zukommenden Frachtlöhne fehle, sei nicht zutreffend, denn in vielen Fällen werde die Fracht nicht im Voraus in fixer Summe bestimmt, sondern es werde übliche Fracht verabredet und jeder Frachtführer bemerke die ihm zukommende Fracht auf dem Frachtbriefe, welche dann der letzte vom Empfänger einziehe. Aber auch die im Voraus bestimmte Fracht werde oft nur die Summe der einzelnen Frachtsätze, wie sie sich durch Uebung genau festgestellt hätten und dem ersten Frachtführer und dem Absender bekannt seien, darstellen. Sei dies aber nicht der Fall, sondern habe der erste Frachtführer eine bestimmte Summe, ohne Rücksicht darauf, was der spätere Frachtführer in Anspruch nehme, ausgeworfen, so führe derselbe den ganzen Transport für eigene Rechnung aus, denn je nachdem der spätere Frachtführer eine größere oder geringere Fracht beanspruche, werde der erste Frachtführer einen größeren oder geringeren Frachtverdienst haben, ja sogar einen positiven Verlust riskiren. In

einem solchen Falle liege also auch nach dem Antrage eine Uebernahme des ganzen Transports vor.

Gegen den Antrag unter a wurden dieselben Erwägungen geltend gemacht, wie gegen den Antrag unter D, und noch hinzugefügt: Die Stellung des Publikums werde nur noch mehr, als bei dem eben besprochenen Antrage erschwert, wenn man auch den späteren Frachtführern gestatten würde, jede Haftung auszuschließen, welche über die Strecke hinausgehe, für welche der betreffende Frachtführer den Transport zur Ausführung übernommen gehabt habe; man würde, um zum Erfasse eines Schadens zu gelangen, nach und nach vielleicht die ganze Reihe der Frachtführer mit einem ganz unverhältnißmäßigen Aufwande an Kosten belangen müssen. Die in der Anlage B Art. 375 Abs. 2 den neu eintretenden Frachtführern zugestandene Vertragsfreiheit sei um so bedenklicher, als sie den unter ganz anderen Personen (zwischen dem früheren Frachtführer oder einem Spediteur und dem neueintretenden Frachtführer) abgeschlossenen Kontrakten die Kraft beilegen würde, daß darnach auch die Rechte des Absenders und Empfängers beurtheilt werden müßten. Wie nachtheilig dies für das Publikum werden könne, ergebe sich, wenn man erwäge, welche mannichfachen Verträge die verschiedenen Eisenbahnverwaltungen mit einander geschlossen haben könnten, daß diese vielleicht noch dazu nicht einmal hinreichend bekannt seien, und ein Absender, obschon er nur einen einzigen Frachtvertrag geschlossen habe, sich doch die Beurtheilung nach den verschiedenen Eisenbahnreglements würde gefallen lassen müssen. Uebrigens scheine der Herr Antragsteller selbst die Undurchführbarkeit der Ansicht, daß bei einem durchgehenden Frachtbriefe die Haftung eines einzelnen Frachtführers auf die von ihm auszuführende Strecke beschränkt werden könne, durch die Hinzufügung des Zusatzes unter a einzuräumen. Denn, wenn der neuübernehmende Frachtführer die bereits vorhandenen Verluste, Beschädigungen und Verspätungen auf dem Frachtbriefe sich bestätigen lasse, und nur mit einem so modifizirten Frachtbriefe den Weitertransport übernehme, so übernehme er diesen allerdings nicht auf Grund des alten Frachtbriefs, welcher von da an gar nicht mehr existire. Der in Rede stehende Antrag sei auch schon in erster Lesung gestellt und mit großer Majorität abgelehnt worden.

Gegen den Antrag unter b wurde noch geltend gemacht, er enthalte eine bloße Wiederholung des in der 569. Sitzung diskutirten und mit allen gegen eine Stimme abgelehnten, unter Nr. 446 der Erinnerungen

zu Art. 374 gestellten Antrags, es kämen somit gegen denselben alle früheren Einwendungen in Betracht.

Hierauf wurde die Frage, ob das Prinzip des Art. 374 durch eine Bestimmung modifiziert werden solle, wie sie unter Art. 374 a der Anlage D in Vorschlag gebracht worden, der Abstimmung unterstellt und mit 7 gegen 6 Stimmen verneint, worauf auch der Antrag, eine ausdrückliche Bestimmung darüber aufzunehmen, welche Verpflichtung der erste Frachtführer durch Uebernahme des Guts und des Frachtbriefs auf sich nehme, nicht weiter verfolgt ward, weil hier der Antrag nach der in der obigen Weise erfolgten Feststellung des Prinzips und nach Ablehnung der in Anlage D beantragten Modifikation bloß Fassungssache geworden sei.

Sodann wurde in Betracht gezogen, ob Art. 375 des Entwurfs in der Weise zu verdeutlichen sei, wie dies im Art. 375 der dem Prinzip nach mit dem Entwurfe übereinstimmenden Anlage C vorgeschlagen worden, damit kein Zweifel darüber bestehe, daß jeder Frachtführer, welcher das Gut mit einem durchgehenden Frachtbriefe übernehme, für den ganzen Transport, also ebenso wohl für seine Vormänner als seine Nachmänner einzustehen habe, und dabei von einigen Mitgliedern die Beibehaltung des Entwurfs befürwortet, von anderen Seiten aber der Antrag gestellt, zwar den Art. 375 der Anlage C anzunehmen, aber vor den Worten: „eine selbstständige Verpflichtung“ behufs Verdeutlichung derselben einzuschalten: „dem Absender gegenüber“, während ein anderes Mitglied diese Einschaltung in: „dem Absender und Empfänger gegenüber“ zu erweitern vorschlug. Für Einschaltung der Worte: „gegenüber dem Absender“ ward geltend gemacht, dieselben seien zur Verdeutlichung des Ausdrucks: „selbstständige Verpflichtung“ unentbehrlich, denn nur wenn sich diese Worte in der Bestimmung fänden, sei für Jedermann klar, daß es sich um eine fingierte Delegation handle und die Sache so anzusehen sei, als hätte der neueintretende Frachtführer schon ursprünglich den ganzen Frachtkontrakt abgeschlossen, und daß auch in derselben Weise der Absender über das Frachtgut zu disponiren befugt sei, als hätte er mit jedem einzelnen Frachtführer selbst kontrahiert. Eben deshalb dürfe des Empfängers hier keine Erwähnung geschehen, weil sonst das Rechtsverhältniß verdunkelt würde: diesem seien vielmehr in Art. 379 dieselben Rechte beizulegen, die er in dem Falle beigelegt erhalten habe, wenn ein einziger Frachtführer den ganzen Transport ausführe, wogegen ihm keineswegs hier genau dieselben

Rechte über das Frachtgut zugestanden werden könnten, wie dem Absender.

Hiegegen wurde von einer Seite bemerkt: Wenn des Absenders allein und nicht auch des Empfängers in Art. 375 Erwähnung geschehe, stehe zu befürchten, daß man zu der Auslegung gelange, es solle die Regel des Art. 379 auf die spezielle Bestimmung des Art. 375 keine Anwendung leiden, während dies doch allerdings beabsichtigt sei. Von einer anderen Seite ward geltend gemacht, es bedürfe keiner der beantragten Einschaltungen, indem der Schlußsatz des beantragten Art. 375 zur Hebung jedes Zweifels genüge.

Bei der Abstimmung wurde Art. 375 der Anlage C mit der Einschaltung: „dem Absender gegenüber“ mit 10 gegen 3 Stimmen abgelehnt und ohne diese Einschaltung mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen.

Hierauf wurde mit 8 gegen 5 Stimmen die Streichung des zweiten Absatzes des Art. 379 genehmigt, soweit er sich auf Zwischenfrachtführer bezieht, da derselbe durch die soeben angenommene Bestimmung erledigt schien, und nur der Redaktionskommission anheimgegeben, zu erwägen, ob nicht im ersten Absätze des Artikels auszudrücken sei, daß der Empfänger die dort besprochenen Rechte nicht allein gegenüber dem ersten Frachtführer, sondern auch gegenüber neu eintretenden Frachtführern habe.

Sodann wurde der Antrag gestellt, den zweiten Absatz auch in soweit zu beseitigen, als er eine Bestimmung über Zwischenpediteure enthalte, weil nicht abzusehen sei, weshalb dem Empfänger direkte Rechte gegen später eintretende Spediteure eingeräumt werden sollten, nachdem dies gegenüber dem ersten Spediteur nicht geschehen sei, und die späteren Spediteure keine andern Verrichtungen und Obliegenheiten hätten, als der erste, die Verhältnisse somit in der Hauptsache gleich seien, wenn es sich um den ersten, und wenn es sich um spätere Spediteure handle, und außerdem auch noch der Fall, auf welchen sich der Vorschlag unter Art. 375 b der Anlage B allein beziehe, daß nämlich ein Zwischenpediteur den alten Frachtbrief übernehme und mit demselben das Frachtgut weiter sende, so kompliziert und selten sei, daß man auf denselben im Geseze keine besondere Rücksicht zu nehmen haben werde.

Schließlich wurde Abs. 2 des Art. 379 auch in so ferne, als er sich auf den Zwischenpediteur bezieht, mit 8 gegen 5 Stimmen gestrichen, und der Redaktionskommission anheimgegeben, zu erwägen, ob der dritte Absatz des Art. 379 nicht in einem besonderen Artikel aufzuführen sei.

Anlage A.

Antrag.

Art. 375.

Ein Frachtführer, welcher das Gut zum Weitertransport mit dem Frachtbriefe annimmt, übernimmt dadurch eine selbstständige u. s. w.

Art. 379.

Haben Spediteure oder Frachtführer das Gut — — — — — bezeichnet sind, gegen die Spediteure und Frachtführer, soweit deren Verbindlichkeit nach Maßgabe des Frachtbriefes reicht.

Zu streichen die Worte: „ohne daß es einer Klageabtretung bedarf.“

Anlage B.

Antrag zu Art. 375 und 379.

Art. 375.

Der Frachtführer, welcher das zu transportierende Gut nebst Frachtbrief annimmt, sei es von dem Absender, sei es von einem andern Frachtführer oder von einem Zwischenpediteur, übernimmt dadurch dem im Frachtbrief bezeichneten Absender gegenüber eine selbstständige Verpflichtung, das Gut dem Frachtbrief gemäß an den Empfänger abzuliefern.

Hat jedoch der Frachtführer demjenigen gegenüber, von welchem er das Gut annimmt, ausdrücklich oder stillschweigend den Transport nur für eine kürzere Strecke übernommen, so haftet er auch dem Absender gegenüber als Frachtführer nur für den Transport auf dieser Strecke.

Art. 379 Abs. 2 entfällt.

Es wird anheimgegeben, auch Art. 368 Abs. 1 zu streichen, da sein Inhalt in dem vorgeschlagenen Art. 375 Abs. 1 enthalten ist.

Art. 375 b.

Hat ein Zwischenpediteur das zu transportierende Gut nebst Frachtbrief angenommen, so übernimmt er

dadurch dem im Frachtbrief bezeichneten Absender gegenüber eine selbstständige Verpflichtung, den Weitertransport des Guts (beziehungsweise die Ablieferung an den Empfänger) zu besorgen.

Art. 379, Abs. 2.

In derselben Weise ist der im Frachtbrief bezeichnete Empfänger befugt, die Rechte gegen den Zwischenpediteur (Art. 375 b) geltend zu machen.

Art. 379 Abs. 3 dürfte als besonderer Artikel 380 b aufzunehmen sein.

Anlage C.

Art. 370 a.

Der Frachtführer übernimmt durch die Annahme des Guts nebst dem Frachtbrief die Verbindlichkeit, den Transport des Gutes bis zu dem in dem Frachtbrief bezeichneten Ort der Ablieferung auszuführen und das Gut dem Frachtbrief gemäß an den Empfänger abzuliefern.

Art. 375.

Wird das Gut vor Ausführung des Transportes bis zu dem im Frachtbrief bezeichneten Ort der Ablieferung von dem Frachtführer oder von einem Spediteur an einen andern Frachtführer zum Transport oder Weitertransport übergeben, so übernimmt der letztere durch die Annahme des Guts nebst dem Frachtbrief eine selbstständige Verpflichtung, das Gut dem Frachtbrief gemäß an den Empfänger abzuliefern, und hat auch in Bezug auf den von dem ersten Frachtführer bereits ausgeführten Transport für die Verbindlichkeiten desselben einzustehen.

Anlage D.

Art. 374.

Der Frachtführer haftet für seine Leute und für

andere Personen, deren er sich bei Ausführung des von ihm übernommenen Transports bedient.

Art. 374 a.

Der Inhalt des Frachtbriefes, welchen der Frachtführer mit dem Gute angenommen hat, ist maßgebend, um zu beurtheilen, bis wohin er den Transport übernommen hat.

Wenn jedoch der Frachtvertrag nach der ausdrücklichen oder stillschweigenden Willensmeinung des Absenders und des Frachtführers dahin abgeschlossen ist, daß das Gut, bevor der im Frachtbrief bezeichnete Ort der Ablieferung erreicht ist, von dem Frachtführer an einen anderen Frachtführer oder an einen Spediteur zum Zweck des Weitertransports übergeben werden soll, so haftet der Frachtführer nur bis zu dieser Uebergabe.

Art. 375.

Wird das Gut, bevor der Transport bis zu dem im Frachtbrief bezeichneten Ort der Ablieferung ausgeführt ist, von dem Frachtführer oder von einem Spediteur, gleichviel ob befugt oder unbefugt, an einen anderen Frachtführer zum Transport oder Weitertransport übergeben, so übernimmt der Letztere durch Annahme des Guts und des Frachtbriefs eine selbstständige Verpflichtung, das Gut dem Frachtbrief gemäß an den Empfänger abzuliefern, gleich als wenn er selbst den Transport von dem Ort der Absendung ab übernommen und ausgeführt hätte.

DLXXII. Sitzung.

Nürnberg, am 18. Januar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher außer dem durch Unwohlsein abgehaltenen Herrn Appellationsgerichtsdirektor Dr. Seuffert alle in dem 548. Protokolle aufgeführten Herren Abgeordnete Antheil nahmen, wurde auf den Antrag eines Herrn Abgeordneten auf den ersten Absatz des

Art. 379

zurückgegangen und folgende Fassung für denselben beantragt:

- a) „Der im Frachtbrief bezeichnete Empfänger ist
 „berechtigt, nach Ankunft des Guts am Bestimmungsort den Frachtführer, wenn er mit Uebergabe des Frachtbriefs und Ausbändigung des Guts im Verzuge ist, auf Erfüllung dieser Verpflichtung aus eigenem Klagerecht zu belangen, sofern nicht der Absender inzwischen dem Frachtführer entgegengesetzte Anweisungen erteilt hat.
 „Vor Ankunft des Guts am Bestimmungsort ist der im Frachtbrief bezeichnete Empfänger dem Frachtführer gegenüber berechtigt, alle zur Sicherstellung des Guts erforderlichen Maaßregeln zu ergreifen und dem Frachtführer die zu diesem Zweck nothwendigen Anweisungen zu erteilen; die Auslieferung des Guts kann er zu dieser Zeit nur mit Einwilligung des Absenders fordern.“

Zur Motivirung dieses Antrags wurde bemerkt: Es scheine eine Verdeutlichung der Absicht des Art. 379 erforderlich zu sein. Wenn nämlich dem Empfänger auch ein eigenes Recht gegen den Frachtführer habe eingeräumt werden sollen, so sei die Meinung des Artikels doch nicht dahin gegangen, dadurch die Rechte des Absenders, besonders die sogenannte stoppage in transitu zu beschränken und zu gefährden; namentlich habe dem Empfänger das Recht nicht eingeräumt werden sollen, die Ablieferung der Güter schon vor deren Ankunft am Bestimmungsorte zu verlangen u. dgl. Im Entwurfe sei dies durch die Worte: „nach Uebergabe des Frachtbriefs“ ausgedrückt worden. Da aber allerdings dahin stehe, ob dieser Ausdruck allenthalben richtig werde verstanden werden, empfehle es sich, wie oben beantragt sei, deutlich auszusprechen, welche Rechte dem Empfänger eingeräumt werden sollten, und zu diesem Behufe zu bestimmen, daß der Empfänger nach Ankunft der Güter am Bestimmungsorte die Auslieferung derselben sammt dem Frachtbriefe zu verlangen, vorher aber nur die erforderlichen Sicherheitsmaaßregeln zu treffen und zu diesem Zwecke die geeigneten Anordnungen zu erlassen berechtigt sei. Dabei erhebe sich die Frage, was bezüglich der etwaigen entgegengesetzten Anweisungen des Absenders Rechtens sein solle, wenn der Frachtführer seinen Obliegenheiten in Ansehung der Auslieferung des Frachtbriefs und des Frachtguts nicht alsbald genüge, sondern es zu einer gerichtlichen Verfolgung desselben durch den Empfänger komme. Nehme man hierüber keine besondere Bestimmung auf, so daß

es lediglich bei der Vorschrift des Art. 377 sein Bewenden behielte, so würde der Frachtführer erst von dem Augenblicke an den Anweisungen des Absenders nicht mehr zu gehorchen haben, in welchem er den Frachtbrief wirklich übergeben habe. Daraus würde folgen, daß der Frachtführer, wenn er nach Ankunft der Güter am Bestimmungsorte mit Uebergabe derselben und mit Ausshändigung des Frachtbriefs säumig sei, noch den nach Anstellung der Klage des Empfängers während des Prozesses eintreffenden entgegengesetzten Anweisungen des Absenders Folge leisten müßte, und dadurch die Möglichkeit, solche Anweisungen zu ertheilen, zum Nachtheil des Empfängers dem Absender auf lange Zeit hinaus wahren könnte. Entscheide man sich aber, um solche Folgen abzuwenden, dafür, für den Fall, daß der Frachtführer seiner Verpflichtung zur Ausshändigung des Frachtbriefs und des Frachtguts an den Empfänger nicht sogleich nachkomme, und somit die Sache nicht ohne Weiteres durch Anwendung des Art. 377 ihre Erledigung finde, etwas Näheres darüber festzusetzen, von welchem Augenblick an das Recht des Absenders, dem Frachtführer neue Weisungen wegen Auslieferung des Guts in verpflichtender Weise zu ertheilen, erlöschen solle, so erscheint es am angemessensten, nach Maassgabe des oben formulirten Antrags zu bestimmen, daß der Augenblick des Verzugs der entscheidende sei. Daß nach der Absicht des Antrags unter a der Verzug nicht gerade mit dem Momente der Ankunft des Frachtführers am Bestimmungsorte eintrete, der Frachtführer vielmehr einen Augenblick Ruhe haben müsse, in jedem einzelnen Falle also unter Berücksichtigung der obwaltenden Umstände zu entscheiden sei, von wann an sich der Frachtführer in Verzug befinde, brauche nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Hiegegen wurde geltend gemacht: Der vorliegende Antrag enthalte nicht bloß eine redactionelle Berichtigung, sondern eine wesentliche sachliche Aenderung des Art. 379. Die Fassung des Entwurfs habe dem Empfänger das Recht auf Auslieferung der Güter nach Ankunft derselben am Bestimmungsorte unabhängig von dem Verzuge des Frachtführers zugestanden, und mit Recht. Denn es entspreche der Natur der Sache, daß der Empfänger dieses Recht an und für sich und ohne Rücksicht darauf, wie lange sich der Frachtführer schon am Bestimmungsort befinde, beigelegt erhalte. Erfülle der Frachtführer dann seine diesem Rechte entsprechende Verpflichtung nicht, so komme er dadurch in Verzug. Nach dem Vorschlage unter a würde der Empfänger ein solches Recht dagegen an und für sich nicht haben,

sondern erst durch den Verzug des Frachtführers erlangen. Der Antrag gehe davon aus, daß der Frachtführer alle seine Verpflichtungen nur dem Absender gegenüber habe, daß er, wenn er denselben nicht rechtzeitig genüge, gegenüber dem Absender in Verzug gerathe, und erst dadurch der Empfänger das in Art. 379 ihm zugebachte Recht erwerbe. Abgesehen davon, daß hierin keine sachgemäße juristische Konstruktion gefunden werden könne, würden aus dieser Auffassung, zumal wegen des strengen technischen Begriffs: Verzug, sehr leicht praktische Nachtheile entstehen. So sei z. B. nicht abzusehen, wie der Frachtführer bei dieser Auffassung so bald in Verzug versetzt werden solle, denn hiezu sei eine Mahnung erforderlich, welche aber nicht mit rechtlicher Wirkung von dem Empfänger ausgehen könne, wenn dieser vorerst noch kein Recht auf die Güter habe. Sodann sei es auch bedenklich, den Zwischensatz: „mag er dasselbe im eigenen Interesse oder im Interesse eines dritten Berechtigten ausüben,“ der sich im Entwurfe finde, wegzulassen, da hiedurch leicht auch etwas Sachliches verloren gehen könne. Endlich werde dem Empfänger im Antrage unter a nur das Recht, die Auslieferung des Frachtguts zu verlangen, zugestanden, während er nach dem Entwurfe auch alle anderen aus dem Frachtbriefe etwa noch folgenden Rechte würde geltend machen können. Der Empfänger würde sich also nach dem Vorschlage unter a mit Uebergabe der Güter — gleichviel, ob gut oder schlecht — begnügen müssen, und wegen Beschädigung derselben einen Anspruch nicht erheben können.

Von anderen Seiten wurde die Ansicht vertreten, daß es jedenfalls erforderlich sein werde, den Ausdruck: „inzwischen“ näher zu erläutern und den Zeitpunkt genauer festzusetzen, von welchem an der Frachtführer, wenn er nicht nach Anleitung des Art. 377 seinen Obliegenheiten wegen Auslieferung des Frachtbriefs und des Frachtguts ohne Weiteres genüge, sondern es zu einem Prozesse komme, nicht mehr berechtigt sein solle, sich auf entgegenstehende Anweisungen des Absenders zu berufen. Es machte sich dabei ziemlich allgemein die Auffassung geltend, daß die nach Anstellung der Klage durch den Empfänger eintreffenden anderweitigen Anweisungen des Absenders dem Frachtführer um so weniger ein Recht geben dürften, die Auslieferung des Frachtguts an den Empfänger zu verweigern, als, abgesehen von der Unbilligkeit, die in der entgegengesetzten Bestimmung liegen würde, das Recht des Absenders, durch eine Weisung an den Frachtführer sein Reklamrecht auszuüben, ja auch spätestens um dieselbe Zeit erloschen sein würde, wenn der Frachtführer seiner

Schuldigkeit gegenüber dem Empfänger rechtzeitig nachgekommen wäre.

Außerdem wurde dafür gehalten, daß das fragliche Recht des Absenders durch das Organ des Frachtführers sein Reklamrecht zu üben, auch nicht vor Anstellung der Klage für erloschen erklärt werden sollte, weil nur dieser Moment hinreichend bestimmt, der Eintritt des Verzugs dagegen meistens sehr schwer genau festzustellen sei, und darin, daß der Absender noch nach stattgehabter Mahnung des Frachtführers durch den Empfänger mit rechtlicher Wirksamkeit eine entgegengesetzte Anordnung treffen könne, um deswillen kein Grund gegen diese Zeitbestimmung liege, weil dem Empfänger, wenn auch ein eigenes, so doch kein unverbrüchliches Recht auf Erfüllung des Frachtbriefs, sondern nur ein von einem fremden Willen abhängiges Recht habe eingeräumt werden sollen.

Um diesen Bedenken entgegenzukommen, wurde der Vorschlag unter a von dem Herrn Antragsteller, wie folgt, modifiziert:

- b) „Der im Frachtbrief bezeichnete Empfänger ist „berechtigt, nach Ankunft des Guts am Bestimmungsort aus eigenem Recht gegen den Frachtführer die Rechte aus dem Frachtvertrag und „Maßgabe des Frachtbriefs geltend zu machen, insbesondere denselben wegen Uebergabe des Frachtbriefs und Ausshändigung des Guts zu belangen, „sofern nicht der Absender vor Anstellung der „Klage dem Frachtführer entgegengesetzte Anweisungen erteilt hat.“

„Vor Ankunft des Guts u. wie im Antrag unter a.

Bei der Abstimmung wurde der erste Satz des Antrags unter b bis zu den Worten: „sofern nicht“ u. mit 12 gegen 1 Stimme angenommen, und sodann der Schlusssatz von Absatz 1 desselben Antrags salva redactione und mit dem Vorbehalte, daß die Bestimmung des Art. 377 dadurch nicht lädirt werde, mit 9 gegen 4 Stimmen genehmigt. Der zweite Absatz der Anträge unter a und b wurde mit 10 gegen 3 Stimmen angenommen.

Ein Mitglied machte hierauf die Versammlung auf die störende Verschiedenheit in der Textirung der Art. 375. 377. 378 und 379 u. s. w. aufmerksam, wo bald von Frachtstück, bald von Frachtgut, bald von Waare, bald von der Ladung die Rede sei, ohne daß für diese Verschiedenheit irgend ein genügender Grund vorhanden sei, und daß das Wort „Ladung“ eine, im Art. 377 u. nicht beabsichtigte Totalität von Frachtgütern begreife. Es ward der Redaktionskommission anheimgegeben, diese Bemerkung in Erwägung zu ziehen.

Bei Berathung der zu

Art. 382

gestellten Anträge unter Nr. 469, 470 und 471 der Erinnerungen wurde nach kurzer Erörterung einstimmig beschloffen, den Artikel wie folgt zu fassen:

„Der Frachtführer hat wegen aller durch den Frachtvertrag begründeten Forderungen, insbesondere wegen der Fracht und Liegegelder, sowie der Zollgelder“ u. wie im Entwurfe.

Der Antrag Nr. 472 wurde zurückgezogen, da die entsprechenden Anträge zu den früheren Titeln ausgeschieden worden waren.

Zu dem Antrage unter Nr. 473 wurde zunächst von Seiten des Herrn Abgeordneten für Hamburg bemerkt, es komme der von ihm vertretenen hohen Regierung hauptsächlich auf Salvirung des dem Frachtführer nach Hamburgischem Konkursrechte zustehenden privilegium exigendi an, und sodann von anderen Mitgliedern entgegnet: Die Frage, welche Rechte der Frachtführer im Konkurse des Empfängers habe, sei bis jetzt im Handelsgesetzbuche nicht geregelt worden, sei also vorerst nur nach den Konkursgesetzgebungen der einzelnen Staaten zu beurtheilen. Der Art. 382 enthalte nur die Bestimmung, daß der Frachtführer an den von ihm transportirten Gütern ein Pfandrecht habe, und damit sei keineswegs ausgeschlossen, daß ihm als Concursgläubiger nach anderen Gesetzen noch besondere Vorrechte zuständen; die dem Frachtführer in einzelnen Landesgesetzen eingeräumten Verzugsrechte vor weiteren Concursgläubigern würden durch Art. 382 somit gar nicht berührt. Dies sei schon bei Berathung des Seerechts (Prot. S. 2356) anerkannt worden. Nehme man hier einen Vorbehalt solcher weiterer Vorrechte auf, so gebe dies nur zu falschen Auslegungen der entsprechenden Bestimmungen des Seerechts Anlaß.

Mit Rücksicht hierauf wurde der Antrag unter Nr. 473 zurückgezogen.

Bei Diskussion des unter Nr. 474 gestellten Antrags wurde gegen denselben angeführt: Es sei kein Bedürfniß dafür vorhanden, eine Bestimmung wie die beantragte für die Landfrachten aufzunehmen, und höchstens für die Flußschiffahrt würde ein solches Bedürfniß anerkannt werden können. Die in Rede stehende Bestimmung sei aber für beide in hohem Maße bedenklich. Nehme man die fragliche Bestimmung auf, so führe man dadurch unaufhaltsam den Ruin manches Frachtführers herbei. Denn wenn sich alsdann ein Streit über die Forderungen des Frachtführers ergebe, werde derselbe wohl nur in den allerseltensten Fällen etwas von dem durch den Empfänger deponirten Gelde

erhalten, bevor der Streit geschlichtet und vom Richter endgültig darüber erkannt sei, wieviel dem Frachtführer gehöre, denn dieser habe nur äußerst selten so gute geschäftliche Verbindungen und einen so festen Kredit, wie der Seeschiffer, und werde daher nicht leicht im Stande sein, eine genügende Kaution durch Bürgen u. dgl. zu stellen, und sich die einstweilige Auszahlung der deponirten Summe dadurch zu sichern. Er werde dadurch aber oft in die Lage versetzt werden, die allernothwendigsten Kosten für den eigenen Unterhalt und für den seines Gefährten, sowie für die Rückreise nicht bestreiten zu können. Dies verdiene um so mehr die Beachtung des Gesetzgebers, als das Streben des Empfängers, sich von dem Frachtführer durch skandalöse Vorenthaltung des Frachtlohns einen Nachlaß an dem Frachtlohn zu erzwingen, erfahrungsgemäß gar nicht selten sei. Es scheine deshalb angemessener, es für den Landfrachtverkehr bei der Bestimmung des Art. 380 zu belassen, wonach der Frachtführer befugt sei, den Verkauf eines Theils der Ladung behufs seiner Befriedigung zu verlangen.

Von anderen Mitgliedern und namentlich auch von Seiten des Herrn Abgeordneten für Hamburg wurde hiegegen geltend gemacht: Art. 380 biete nicht, wie in der eben dargelegten Ausführung angenommen worden zu sein scheine, einen genügenden Schutz für den Frachtführer, wenn ihm der Empfänger skandalöser Weise seine Bezahlung vorenthalte und seine Forderung bestreite. Denn nachdem für den Fall des Artikels 380 nirgends im Gesetze ein Ordnungsverfahren eingeführt worden sei, welches den Richter zu einem Vorschreiten ohne Gehör des Gegentheils ermächtige, werde der Richter, wenn der Frachtführer den Verkauf eines Theils der Frachtgüter zum Zwecke seiner Befriedigung beantrage, nicht berechtigt sein, ohne Gehör des Empfängers und ohne Beachtung seiner Einsprache den verlangten Verkauf anzuordnen; er werde vielmehr beide Theile anhören, und darnach über die Statthaftigkeit des Antrags, sowie über die Begründung der vorgebrachten Einwendungen, wenn auch vielleicht in einem summarischen Verfahren, erkennen müssen. Ungeachtet des Art. 380 könne somit der Frachtführer, wenn der Empfänger gegen die Forderungen desselben Einsprache erhebe, vor Erledigung des darüber entstehenden Prozesses seine Befriedigung nicht erlangen. Was im Uebrigen den vorliegenden Zusatzantrag angehe, so verstehe sich der erste Satz desselben schon nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen von selbst. Wenn ein Streit über die Forderungen des Frachtführers entstehe, so müsse sich derselbe, auch wenn dies nicht nochmals im Ge-

setze ausgesprochen werde, mit Sicherstellung der streitigen Forderungen begnügen, und nach erfolgter Sicherstellung derselben die Güter dem Empfänger unweigerlich ausliefern, weil er nur das Interesse seines Pfandrechts an diesen Gütern aber kein selbstständiges Recht auf deren Verkauf habe, und das erstere durch die Deposition der streitigen Summe hinreichend gewahrt sei. Unter diesen Umständen gereiche es dem Frachtführer gerade zum Vortheile, wenn dem Antrage unter Nr. 474 stattgegeben werde, denn der zweite Satz dieses Antrags enthalte ein beneficium für ihn, auf welches er ohne eine entsprechende positive Bestimmung keinen Anspruch haben würde. Die allgemeinen Rechtsgrundsätze böten ihm keinen Anhaltspunkt dafür, gegen Bestellung einer genügenden Kaution durch Bürgen u. dgl. die deponirte Summe sich schon vor Beendigung des Prozesses verschaffen zu können. Gesezt aber auch, Art. 380 biete dem Frachtführer den gewünschten Schutz, so frage es sich, ob die Bestimmung billig sei. Davon, daß die großen Transportanstalten, welche doch hauptsächlich den Verkehr vermittelten, dadurch in die Hände des Kaufmanns gegeben würden, könne man im Ernste nicht reden. Jedenfalls aber müßte man sich, was bei der gegentheiligen Ansicht unberücksichtigt gelassen sei, weit mehr davor hüten, den Kaufmann in die Hände des Frachtführers zu geben, weil dadurch die natürliche Auffassung, daß die Fracht dem Handel diene, geradezu in das Gegentheil verwandelt werde.

Hierauf wurde entgegnet: Wenn der Art. 382 im zweiten Absätze den Frachtführer für befugt erkläre, den Verkauf des Guts oder eines Theils desselben behufs seiner Befriedigung wegen der Fracht zc. zu veranlassen und dabei auf den Art. 380 verweise; wenn ferner im letzten Absätze des Art. 380 bestimmt sei, daß das Gericht vor Anordnung des Verkaufs die Gegenpartei, wenn sie im Orte anwesend sei, hören müsse, so leuchte in Verbindung mit dem Art. 290 ohne weiteres ein, daß der Verkauf auch vor rechtskräftiger Feststellung der Forderung des Frachtführers statthaft sei, und daß die gerichtliche Deposition an und für sich den Verkauf ebensowenig abzuwenden vermöge als im Falle des Art. 290. Der vorliegende Antrag gereiche also in der That dem Frachtführer zum Nachtheil, indem er ihn der Gefahr aussetze, den Frachtlohn längere Zeit entbehren zu müssen, obschon er ihn häufig gleich nach Ausführung des Transportes dingend bedürfen möge.

Nachdem diese Ausführung von anderer Seite widersprochen war, wurde bei der Abstimmung der Antrag unter Nr. 474 der Erinnerungen mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Bei Berathung des zu

Art. 384

unter Nr. 475 der Erinnerungen gestellten Antrags wurde zunächst zu den in der Zusammenstellung der Erinnerungen schon angegebenen Motiven noch hinzugefügt: Die Bestimmung des Entwurfes sei namentlich auch wegen der Dazwischenkunft der Grundsätze über den Verkauf einer *res litigiosa* höchst bedenklich. Wenn die Frachtgüter, nachdem sie ohne Bezahlung der Fracht dem Empfänger ausgeliefert, aber noch vor Ablauf der drei Tage das Pfandrecht des Frachtführers von Seiten des Letzteren gerichtlich verfolgt worden, von dem Empfänger oder dem für ihn befähigten Dritten während des Prozesses verkauft und weiter gegeben würden, so werde entweder der Verkauf wegen des Verbots der Veräußerung einer *res litigiosa* nicht als gültig anerkannt, und dann behalte das Pfandrecht an diesen Gütern zum Vortheil des Frachtführers und in Folge dessen auch zum Vortheile des Absenders Bestand; dieses Resultat sei juristisch nicht bedenklich, wohl aber aus faktischen Gründen, weil alsdann das Pfandrecht erst nach Beendigung des vielleicht mehrere Jahre andauernden Prozesses verfolgt werden könne, weil dessen Geltendmachung voraussichtlich mit den größten Schwierigkeiten verbunden sei und in sehr vielen Fällen doch nicht zum Ziele führe. Der es werde der Verkauf für gültig anerkannt, und dann bleibe für den Absender, der den Frachtführer befriedigen müsse, keine Aussicht auf Deckung übrig. Dies sei aber um so bedenklicher, als es sich keineswegs bloß um die Fracht, sondern auch um Zölle und andere Auslagen, so namentlich um die Nachnahmen handle, welche oft von der größten Bedeutung seien. Der Absender müsse in einem solchen Falle dem Frachtführer die Nachnahme wieder vergüten, welche vielleicht den ganzen Preis der Waare repräsentire, ohne daß ihm eine Aussicht bleibe, diese Summe, die er vielleicht längst dem überseeischen Verkäufer remittirt habe, je wieder zu bekommen. Der Frachtführer, dem nicht unbekannt sei, daß die Fracht auf der Waare ruhe, schwäche sein Pfandrecht, wenn er die Waare ohne Bezahlung hingabe, und sich auf die Geltendmachung desselben innerhalb der dreitägigen Frist verlasse; er selbst gebe Kredit, es sei seine *fides*, wenn er in dieser Weise verfare, es entspreche also auch vollkommen der Natur der Sache, daß er den Schaden tragen müsse, welcher daraus entstehe, daß er nach Aushändigung des Guts sein Pfandrecht nicht mehr in genügender Weise zur Geltung bringen könne. Schon jetzt stehe in der Praxis der Länder des gemeinen Rechts die Ansicht

allgemein fest, daß der Frachtführer seines Rückgriffs gegen den Absender verlustig werde, wenn er das Frachtgut vor Bezahlung seiner Ansprüche aushändige, und mit Recht; denn der Absender, welcher dem Empfänger die bestellten Güter, da er weder ihn selbst noch seine Verhältnisse kenne, vielleicht nur deshalb sende, weil er sich durch Nachnahme sicher stellen zu können hoffe, dürfe nicht ohne Weiteres der Willkür des Frachtführers Preis gegeben werden, der es in seiner Hand habe, alle gehoffte Sicherheit durch Aushändigung der Waaren ohne Bezahlung der Nachnahmen zu nichte zu machen. Der Entwurf entbehre in Art. 384 aller Konsequenz, und enthalte Bestimmungen, von denen die einen diesem, die anderen jenem Systeme entnommen seien, und deshalb jetzt nur als willkürlich erschienen. Um konsequent zu sein, müsse man entweder dem soeben befürworteten Antrage stattgeben, oder sich im Prinzipie dafür entscheiden, daß der Frachtführer mit seiner Leistung voranzugehen schuldig sei, damit im letzteren Falle der Absender sein Verfahren sowohl bei der Ausführung von Bestellungen, als bei der Abrechnung mit seinen Mandanten darnach zu bemessen vermöge. Jetzt dagegen suche man den Frachtführer durch ein scheinbares Recht zur Herausgabe der Waare an den Empfänger zu bestimmen, und wenn derselbe ohne alle rechtliche Nothigung sich dazu verstehe, solle plötzlich der unbefragt gebliebene Absender den Schaden tragen. Die gewählten Mittel erschienen schwächlich, wenn man sie mit dem zu erreichenden Zwecke vergleiche; zugleich brächten sie aber doch Verwirrung in die Grundansichten des Verkehrs.

Ein Mitglied, welches sich diesem Antrage angeschlossen, beantragte nur noch, den im Seerecht (§. 196 des Entwurfs aus II. Lesung) enthaltenen Zusatz anzunehmen, daß der Regreß des Frachtführers vorbehalten bleibe, soweit sich der Absender mit seinem Schaden bereichern würde, um auch in denjenigen Fällen das Rechte zu treffen, in welchen der Transport auf Rechnung des Absenders gehe.

Von anderen Seiten wurde entgegnet: Der in Rede stehende Antrag sei in hohem Grade bedenklich. Die entsprechenden Bestimmungen des Seerechts in §. 196 des citirten Entwurfs enthielten schon für den Seeverkehr eine große Anomalie gegenüber dem bisherigen Rechte; sie würden aber, wenn sie, wie beantragt, auf den Landverkehr übertragen werden sollten, völlig verderblich wirken. Keine Gesetzgebung enthalte eine so harte Bestimmung für den Frachtführer, wie die beantragte. Nach althergebrachtem Rechte — es sei dies wenigstens im Norden Deutschlands der Fall,

— müsse der Frachtführer mit seiner Leistung vorangehen, habe dann aber auch, wenn er nur sonst nichts versäumt habe, unbestritten wegen aller seiner Forderungen den Regreß gegen den Absender, falls er von dem Empfänger nicht seine volle Befriedigung erlange. Die Versammlung habe sich für ein anderes System entschieden und habe davon ausgehen zu müssen geglaubt, daß weder der Frachtführer vorleiste, noch der Empfänger, daß deren Leistungen vielmehr Zug um Zug zu geschehen hätten, habe aber, da dies für den Verkehr mit großen Unbequemlichkeiten verbunden sei, und um den Frachtführer zu vermögen, daß er freiwillig mit seiner Leistung vorangehe, sein Pfandrecht in der Weise erweitert, daß es fortdauere, wenn es nur innerhalb dreier Tage von der Lieferung der Güter an gerichtlich verfolgt werde. Durch diese Bestimmung werde tief in die Pfandrechtsysteme derjenigen Länder eingegriffen, in welchen Pfandrechte an Mobilien nur so lange Anerkennung fänden, als sich das Pfandobjekt in der Detention des Gläubigers befinde. Einen solchen tiefen Eingriff in ein ganzes Rechtssystem habe nur die Erwägung zu rechtfertigen vermocht, daß es einen anderen großen Vortheil für den Verkehr zu erringen gelte, und ohne die Aussicht auf einen so großen Vortheil würden sich die betreffenden Legislationen unmöglich zu jener Erweiterung des Pfandrechts verstehen dürfen. Nehme man nun den in Rede stehenden Antrag an, so werde der Zweck, welchen die Versammlung mit jener Erweiterung des Pfandrechts habe erreichen wollen, gänzlich vereitelt, denn alsdann werde es kein Frachtführer wagen können, ohne Bezahlung seiner Ansprüche das Gut auszuliefern und sich auf die dreitägige Frist zu verlassen. Es würde aber um so weniger gerechtfertigt sein, in dieser Weise in das System des Entwurfs einzugreifen, als trotz aller dieser Nachtheile die Absicht des in Rede stehenden Antrags nicht einmal mit Sicherheit erreicht werden könne, z. B. dann nicht, wenn der Frachtführer die Güter wegen einer zwischen ihm und dem Empfänger entstandenen Differenz deponirt habe, und die Waaren bis nach Beendigung des Prozesses an Werth verloren hätten und zu einem schlechten Preise verkauft werden müßten. Die Nachtheile, welche nach den von der anderen Seite erhobenen Einwendungen der Entwurf nach sich ziehe, könnten nicht den Ausschlag geben, denn diese hätten bei dem oben schon erwähnten Prinzip des bisherigen Rechtes, daß der Frachtführer nämlich mit seiner Leistung vorangehen müsse, noch weit leichter als bei der Bestimmung des Entwurfs eintreten können, und ließen sich überdies

dadurch vermeiden, daß der Absender dem Frachtführer beim Abschluß des Frachtvertrags zur Pflicht mache, entweder nur Zug um Zug zu leisten oder doch, wenn es wegen Geltendmachung des Pfandrechts zum Prozesse komme, schleunigst an ihn Nachricht hievon gelangen zu lassen. Dadurch könne sich der Absender ebenso wohl wegen seiner Abrechnungen als wegen der Nachnahmen decken. Die bisherige Praxis könne endlich da, wo sie sich dafür entschieden habe, daß der Frachtführer durch Auslieferung der Güter seines Regresses verlustig werde, nicht gegen den Entwurf entscheiden, weil bis jetzt die Bestimmung, daß das Pfandrecht seinen Bestand behalte, wenn es innerhalb dreier Tage verfolgt werde, noch nicht gegolten habe, man somit keine Sicherheit darüber habe, welche Ansicht sich die Praxis gebildet haben würde, wenn eine solche Bestimmung Geltung gehabt hätte. Endlich sei durch den Entwurf nicht ausgeschlossen, daß der Frachtführer seines Rückgriffs, trotzdem daß er das Pfandrecht rechtzeitig verfolgt habe, aus anderen Gründen verlustig werde, z. B. wenn er die Güter ohne Bezahlung seiner Forderungen ausgeliefert habe, obschon ihm bekannt gewesen, daß der Empfänger unsicher sei, wenn er also leichtsinnig zu Werke gegangen, oder gar mit dem Empfänger kolludirt habe u. dgl. Der Zusatz wegen der Fälle, in denen sich der Absender mit dem Schaden des Frachtführers bereichern würde, sei selbstverständlich und darum entbehrlich.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Nr. 475 mit 7 gegen 6 Stimmen und der Zusatz wegen Vorbehalts der Fälle der Bereicherung des Absenders, da sich inzwischen ein Mitglied entfernt hatte, mit 8 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

•

~~~~~

## DLXXIII. Sitzung.

Märnberg, am 19. Januar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher mit Ausnahme des durch Unwohlsein abgehaltenen Herrn Appellationsgerichtsdirectors Dr. Seuffert die in dem 548. Protokolle aufgeführten Herren Abgeordneten Antheil nahmen, wurde zunächst der unter Nr. 476 der Zusammenstellung der Erinnerungen aufgeführte Antrag auf Streichung der die Bestimmungen über den Ladeschein enthaltenden

Art. 385—392

der Berathung unterstellt und für diesen Antrag zunächst auf die in der Denkschrift des Vereins der deutschen Eisenbahnverwaltungen gegen das Institut der Ladescheine angeführten Gründe Bezug genommen. Sodann wurde weiter noch bemerkt: Soweit man vielleicht anerkennen könnte, daß ein Bedürfnis für ein dem Ladeschein ähnliches Institut vorhanden sei, soweit es sich nämlich darum handle, eine Form zu statuiren, durch welche sich der Frachtführer dem Empfänger direkt zu verpflichten vermöge, schienen die nunmehr bei Berathung des Art. 379 angenommenen Bestimmungen zu genügen, und bedürfe es somit nicht erst noch der Einführung eines neuen Institutes. Soweit aber die Einführung einer negociablen Urkunde in Frage stehe, mittelst welcher dem Empfänger in noch größerem Maße die Disposition über die noch auf dem Transporte befindliche Ladung erleichtert werden solle, sei das Institut des Ladescheines nicht etwa bloß überflüssig, sondern sogar höchst gefährlich; wenigstens hätten sich an sehr bedeutenden Seeplätzen die Sachverständigen in diesem Sinne ausgesprochen; auch hätten dieselben darauf aufmerksam gemacht, daß der Entwurf nur sehr ungenügende Bestimmungen hierüber enthalte, und mehr in die Einzelheiten eingehen und das Institut des Ladescheines weit spezieller regeln müßte, wenn nicht die größten Zweifel und die verwinkeltesten Streitfragen in der Praxis sich ergeben sollten. Wie begründet dieses Bedenken sei, ergebe sich,



wenn man einen Blick auf die viel umfassenderen Bestimmungen werfe, welche man bezüglich des Konnoffements in das Seerecht aufnehmen zu müssen geglaubt habe. So werde das Institut der Ladescheine z. B. eben so wenig als das der Konnoffemente praktisch durchführbar sein, ohne daß dem Frachtführer der Gebrauch gewisser Klauseln gestattet sei, durch welche er die ihm ohne diese Klauseln obliegende gesetzliche Haftung mildern könne. Die Bedeutung und Auslegung der Klauseln, welche die Frachtführer in Anwendung bringen würden, werde aber ganz unsicher und schwankend sein, da sich hierüber weder der Entwurf ausspreche, noch auch schon eine feste Praxis habe bilden können. Wenn, wie dies beantragt sei, jeder Zwang zur Ausstellung von Ladescheinen aufgehoben werde, würden sich die großen Transportanstalten der Ausstellung solcher Urkunden voraussichtlich ganz entziehen; die betreffenden Bestimmungen des Entwurfs würden somit nur dann praktische Anwendung finden, wenn ein gewöhnlicher, der Sache meistens nicht hinreichend kundiger Frachtführer zur Ausstellung eines Ladescheines verleitet werde, um nachträglich die Erfahrung zu machen, daß er eine höchst gefährliche und weit mehr Geschäftskennntniß, als er der Regel nach besitze, erfordernde Verpflichtung übernommen habe.

Hiegegen wurde geltend gemacht: Durch Art. 379 würden die Bestimmungen über den Ladeschein keinesweges überflüssig gemacht, einmal, weil die direkte, entgegengesetzte Verfügungen des Absenders ausschließende, Verpflichtung des Frachtführers gegenüber dem Empfänger auf Grund des Art. 379 immer noch viel zu spät beginne, als daß sie dem Bedürfnisse genügen könnte, sodann, weil es sich gerade darum handle, ein negociables Papier zu schaffen, durch welches dem Empfänger die Möglichkeit gewährt werde, mit Leichtigkeit über die Ladung schon zu der Zeit zu verfügen, da sie sich noch auf dem Transport befände. Daß ein Bedürfnis für die Möglichkeit solcher Dispositionen und folgeweise auch für die Anerkennung des Ladescheins als negociablen Papiers vorhanden sei, könne nicht bezweifelt werden, wenn man erwäge, daß sich die betreffenden Ladungen oft ziemlich lange Zeit auf dem Transporte befänden, und inzwischen der Empfänger vielleicht die beste Gelegenheit zum weiteren Umfaze der Waaren habe, während dieselbe bis zu deren Ankunft am Bestimmungsorte längst vorüber gegangen sein könne. Habe dieses Bedürfnis doch dahin geführt, daß man an verschiedenen Orten sogar die Recépisse der Eisenbahnen durch Indossament übertragen und auf diesem Wege über die auf dem Trans-



porte begriffenen Güter verfügt habe. (Siehe z. B. das Gutachten der Handelskammer zu Prag). Bei der Flußschiffahrt sei übrigens der Zeitraum zwischen der Aufgabe und der Ablieferung der Güter, selbst abgesehen von ungewöhnlichen Unterbrechungen der Schifffahrt durch Eis u. s. w., nicht selten ein sehr beträchtlicher. Es wäre aber nicht bloß ein persönlicher, sondern ein volkswirthschaftlicher Verlust, wenn der Eigenthümer einer Ladung während der Dauer einer längeren Bergfahrt über den Werth dieser Ladung nicht verfügen könnte. Eine handelspolitische Legislation, welche derartigen Bedürfnissen keine Rechnung trage, die Ausbarmachung und den Umsatz von Kapitalien hindere, würde den Gang und die berechtigten Forderungen des heutigen Verkehrs verkennen. Der Ladeschein sei auch keineswegs ein neues Institut, welches zum ersten Male durch den Entwurf in das Leben eingeführt werde, sondern existire wenigstens bei Transporten auf Binnengewässern in großer Ausdehnung schon seit langer Zeit, wenn auch vielleicht da und dort unter einem anderen Namen (als Konnoffement des Flußschiffers u. dgl.). Eben deshalb könne er im Handelsgesetzbuche auch keinesweges übergangen werden, dieses müsse sich vielmehr wenigstens in Hauptgrundzügen darüber aussprechen, ob es denselben anerkenne, und wie es ihn aufgefaßt wissen wolle. Gleich in den ersten Zeiten, in welchen das neue deutsche Handelsgesetzbuch projektirt worden sei, hätten sich mehrere der kompetentesten Stimmen für diese Auffassung ausgesprochen, und die Bestimmungen des Entwurfs über den Ladeschein seien von vielen Handelskammern freudig begrüßt worden. Daß der Entwurf den Ladeschein nur in verhältnißmäßig wenigen Sätzen bespreche und z. B. sich über Klauseln des Frachtführers nicht verbreite, könne nicht als Grund für die gänzliche Beseitigung der Art. 385—392 gelten; denn einmal ergebe sich die Bedeutung der Klauseln meist aus ihrem Wortverstande von selbst, und wo dies nicht der Fall sei, genüge es, wenn der Frachtführer bei ihrer Anwendung einen verdeutlichenden Zusatz mache, dann lasse sich erwarten, daß die Lücken des Gesetzes durch analoge Anwendung der Bestimmungen des Seerechts über das Konnoffement des Seeschiffers thunlichst ausgefüllt würden, und endlich werde die Sache durch Streichung der Artikel um deswillen nicht besser, weil doch einmal Ladescheine vorkämen, und die Praxis dann doch auf die analoge Anwendung der Bestimmungen über das Konnoffement angewiesen wäre.

Die Streichung der Art. 385—392 wurde hier-

auf mit 10 gegen 3 Stimmen abgelehnt, und der Antrag auf Streichung der Art. 387, 388 und 390, da er von keiner Seite unterstützt wurde, nicht weiter verfolgt.

Sodann wurde der unter Nr. 477 der Zusammenstellung der Erinnerungen von mehreren Regierungen gestellte Antrag auf Streichung des zweiten Absatzes des

#### Art. 385

nach kurzer Besprechung mit 12 gegen 1 Stimme angenommen.

Bei Berathung des unter Nr. 476 zu

#### Art. 386 Nr. 4

gestellten Antrags auf Streichung der Worte: „oder an dessen Ordre“ und des Schlusssatzes: „Als solcher ist — gestellt ist“, wurde gegen diesen Antrag angeführt: Derselbe bezwecke, die Indossabilität des Ladescheins zu beseitigen. Abgesehen davon, daß, wenn die Absicht dieses Antrags erreicht werden solle, auch die Fassung des Art. 284 u. f. geändert werden müsse, woselbst der Ladeschein unter den negociablen Urkunden aufgezählt sei, werde dadurch der Zweck des ganzen Institutes verfehlt, welcher dahin gehe, das Prinzip des seerechtlichen Konnossements durch gesetzliche Anerkennung und Regelung des Ladescheins als eines selbstständigen Verpflichtungscheins des Frachtführers auch auf den Frachtverkehr zu Lande, auf Flüssen und Binnengewässern zu übertragen. Sämmtliche gegen die Streichung der Art. 385—392 angeführten Gründe kämen auch hier in Betracht. Die Ladescheine seien da, wo sie bisher vorgekommen, schon als indossable Urkunden angesehen und in Verkehr gesetzt worden, und es fehle an genügenden Gründen, dem an jenen Orten bereits zur Anerkennung gelangten Bedürfnisse durch Versagung der Indossabilität des Ladescheins den Boden zu entziehen. Es sei um so unbedenklicher, bei dem Entwurfe stehen zu bleiben, als darin nicht jeder Ladeschein, sondern nur derjenige, welcher an Ordre laute, für indossabel erklärt, mithin die Gefahr, daß das Gesetz zu großen Härten führen würde, weniger zu besorgen sei.

Von anderen Seiten wurde hiegegen bemerkt: Die hauptsächlichste praktische Bedeutung des Ladescheins liege darin, daß er ein Mittel biete, mit welchem sich der Frachtführer alsbald nach der Abladung dem Empfänger direkt verpflichten und das Frachtgut den Verfügungen des Absenders entziehen könne, damit der Empfänger ungehindert über dasselbe zu disponiren im Stande sei. Diesen Zweck erreiche man durch den Ladeschein auch dann, wenn derselbe nicht indossabel

sei. Dafür, daß für den Frachtführer auch die Möglichkeit bestehe, sich einem unbestimmten Empfänger zu verpflichten, sei dagegen kein Bedürfnis vorhanden. Im Gegentheile könne die letztere Art der Verpflichtung, bei der eine Geltendmachung aller Einreden, welche sonst gegen den Absender oder gegen die Vormänner des durch den Besitz der Urkunde legitimirten Empfängers begründet sein würden, soweit sie sich nicht aus der Urkunde selbst ergäben, gegen den Letzteren unstatthaft erscheine, dem Frachtführer zu großem Nachtheile gereichen, indem namentlich der gewöhnliche Frachtführer sehr häufig diejenigen Kenntnisse nicht besitzen werde, welche zur Handhabung der negociablen Papiere erforderlich sei. Alle Gründe, welche gegen eine Häufung negociabler Papiere im Verkehre sprächen, kämen mit Rücksicht auf die zuletzt erwähnte Erwägung mit verstärktem Gewichte in Betracht.

Bei der Abstimmung wurde der in Rede stehende Antrag mit 10 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Bei Diskussion des zu demselben Artikel gestellten Antrags unter Nr. 478 der Zusammenstellung der Erinnerungen, statt: „der Ladeschein muß enthalten“ zu setzen: „der Ladeschein enthält“ wurde geltend gemacht: In den früheren Berathungen dieses Artikel sei die Absicht der Versammlung allerdings dahin gegangen, die Momente festzusetzen, welche jedenfalls in einem Ladescheine enthalten sein müßten, wenn derselbe Gültigkeit haben solle. Dieses Verfahren empfehle sich aber ebensowenig, als eine Festsetzung der unauflösblichen Bestandtheile eines gültigen Konnossements. Alle in Beziehung auf das Konnossement (Prot. S. 2210 flg.) vorgebrachten Erwägungen kämen auch hier in Betracht. Es sei, ebenso wie dies beim Konnossement geschehen, rathsam, dem Richter anheimzugeben, zu entscheiden, ob eine im konkreten Falle vorliegende Urkunde noch ein Ladeschein genannt werden könne, obgleich dieses oder jenes der im Artikel aufgeführten Momente nicht darin enthalten sei, oder nicht. Dies scheine um so angemessener, als in Art. 386 gerade das wesentlichste Moment, daß nämlich der Ladeschein die Erklärung des Frachtführers enthalten müsse, er verpflichte sich dem Destinatar zur Auslieferung des Guts, nicht berührt worden sei, sondern sich in Art. 385 Absatz 3 verzeichnet finde.

Hierauf wurde der Antrag mit 11 gegen 2 Stimmen angenommen.

Ferner wurde auf den Antrag eines Mitglieds, aus den bei Berathung des §. 214 Ziff. 8 des Gesetzes geltend gemachten Gründen in Ziff. 6 statt: „Frachtlohn“ „die Bestimmung in Ansehung der Fracht“

zu setzen beschlossen, da es auch bei anderem Frachtverkehre vorkommen könne, daß der Empfänger gar keine Fracht oder nur einen Theil der bedungenen Fracht zu bezahlen habe, und letztere ganz oder theilweise dem Absender zur Last falle.

Im Uebrigen wurde beschlossen, es bei der Fassung des Art. 386 zu belassen, und von einer Aenderung desselben behufs Herstellung größerer Gleichmäßigkeit zwischen diesem Artikel und §. 214 des Seerechts Umgang zu nehmen.

Hierinäst wurde in Betracht gezogen, ob auch  
Art. 387

nach Maafgabe des §. 222 des Seerechts umzugestalten sei, namentlich ob der zweite Satz des ersten Absatzes: „insbesondere muß die Ablieferung der Güter an den Empfänger nach Inhalt des Konnossements erfolgen“ hieher zu übertragen sei.

Hiebei wurde von einigen Mitgliedern bemerkt: In dem fraglichen zweiten Satze des §. 222 Absatz 1 des Seerechts komme, wenn er hieher übertragen werde, die Frage zur Entscheidung, ob der Frachtführer dem Destinatar gegenüber den Ladeschein, wenn er ihn einmal aus den Händen gegeben habe, ohne Rücksicht darauf, ob und was er wirklich von dem Absender zur Transportirung erhalten habe, vertreten müsse, und diese Frage werde darin bejaht. Diese Entscheidung sei im Hinblick auf die rechtliche Natur des Ladescheins, auf welchen die über das Konnossement geltenden Prinzipien hätten übertragen werden sollen, auch unverkennbar die richtige und von der Versammlung gewollt, wie sich schon aus den Vorschriften des Entwurfs über die Wirkungen des einem Ladescheine beigefügten Indossaments ergebe, wonach nur die aus der Urkunde selbst ersichtlichen und dem jedesmaligen Inhaber derselben gegenüber begründeten Einwendungen zugelassen werden sollten. Dies könne auch gar nicht füglich anders sein. Wolle man überhaupt einmal eine Uebertragung jener Prinzipien auf andere Frachtgeschäfte, so dürfe man nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern müsse konsequent alle Ausflüsse jener Prinzipien mitübernehmen. Es sei dies auch um so unbedenklicher, als Niemand zur Ausstellung eines Ladescheins gezwungen werden könne, sondern, nach Streichung des Art. 385 Abs. 2, die Ausstellung von Ladescheinen rein fakultativ sei.

Von anderen Mitgliedern wurde hiegegen eingewendet: Vor Allem müsse behauptet werden, daß der in Rede stehende Satz aus §. 222 Absatz 1 des Seerechts keineswegs die Entscheidung enthalte, daß der Schiffer das Konnossement dem Konnossementsinhaber

gegenüber ohne Rücksicht darauf, was er vom Ablader zum Transporte erhalten habe, zu vertreten schuldig sei. Diese Bestimmung finde sich vielmehr erst in §. 223 und 224 des Seerechts. Wenn demnach der fragliche Satz auch auf die Landfrachten übertragen werde, könne man doch keineswegs folgern, daß der Frachtführer in Ansehung der Vertretung des Ladescheins dieselben Obliegenheiten habe, wie der Seeschiffer in Ansehung des Konnossements. Schon bei der Berathung der Bestimmungen über das Konnossement seien übrigens sehr erhebliche Bedenken dagegen geltend gemacht worden, daß der Schiffer dem Empfänger gegenüber den Inhalt des Konnossements zu vertreten schuldig sein solle, wenn er auch irriger Weise etwas Anderes und mehr abzuliefern versprochen habe, als ihm wirklich zum Transporte übergeben worden sei, und nicht mit Unrecht sei geltend gemacht worden, daß er frei sein müsse, wenn er abliefere, was er zum Transporte erhalten habe, und den Nachweis der Identität des Empfangenen und Gelieferten liefere, sowie, daß selbst in dem lebhaften Umsatze der Konnossemente kein genügender Grund liege, hievon abzuweichen, weil der Kredit der Konnossemente und der Umstand, daß man sich auf Kauf und Verkauf derselben einlasse, nicht in dem Vertrauen zum Schiffer, sondern in dem Vertrauen zu dem Ablader und den Vormännern des Konnossementsinhabers u. dgl. sich gründe. Für das Seerecht seien indessen die Bedenken, welche in der weiten Ausdehnung der Verpflichtungen des Seeschiffers lägen, dadurch gemildert worden, daß auch die Klausel: „Inhalt unbekannt“, deren sich der Schiffer behufs Ablehnung einer ungeeigneten Haftbarkeit bedienen könne, eine entsprechende Regelung gefunden habe. Nun lasse sich zwar nicht verkennen, daß bei den Ladescheinen im Wesentlichen dieselbe ratio obwalte, wie bei den Konnossementen, allein einerseits seien die Verhältnisse bei beiden doch keineswegs vollkommen gleich, andererseits fehle es bei den Bestimmungen über den Ladeschein an allen Vorschriften über die Anwendung und Auslegung der Klausel: „Inhalt unbekannt“, die Uebertragung der Obliegenheiten des Seeschiffers rücksichtlich der Vertretung des Konnossements auf die Vertretung des Ladescheins durch den Frachtführer müsse demnach die erheblichsten Bedenken erregen. Man müsse wiederholt auf die Ansicht zurückkommen, daß der Frachtführer im Ladescheine an und für sich ebensowenig wie der Seeschiffer im Konnossemente die unbedingte Verpflichtung auf sich nehme, dem Empfänger die im Ladescheine bezeichneten Güter abzuliefern zu wollen. Bisher sei man im Verkehre

und in der Praxis der Gerichte vielmehr mit Recht davon ausgegangen, daß die Erklärung des Schiffers, er habe diese oder jene Waare erhalten, und verspreche sie an den Empfänger wieder auszuliefern, die Klausel: „Inhalt unbekannt“ als etwas Selbstverständliches enthalte, daß er nicht mehr sage, als er habe so und so viele Frachtstücke angeblich mit diesem oder jenem Inhalte empfangen, und werde, was er empfangen, auch wieder abliefern. Dies könne um so weniger bezweifelt werden, als Jedermann wisse, daß der Schiffer kein Recht habe, die ihm anvertrauten Kisten u. dgl. zu öffnen, um sich von deren Inhalte zu überzeugen. Es scheint sich zu empfehlen, daß man es für den Ladeschein bei dieser Auffassung belasse, und von Aufnahme der in Rede stehenden Bestimmung des Seerechts in den Titel über das Frachtgeschäft Umgang nehme, um die Frage, wie weit der Frachtführer den Ladeschein in der eben besprochenen Beziehung zu vertreten schuldig sei, der Beurtheilung nach den Umständen der einzelnen Fälle anheimzugeben. Eine unberechtigte analoge Anwendung der §§. 223 und 224 des Seerechts sei um so weniger zu befürchten, als diese ein zusammengehöriges Ganzes mit den Bestimmungen über die üblichen Klauseln bildeten und die letzteren unter die Vorschriften über den Ladeschein nicht mitaufgenommen worden seien.

Von anderer Seite wurde dieser Ausführung nur insoweit beigegeben, als es sich um Güter handle, die dem Frachtführer verpackt übergeben worden seien, und daher dem Antrage besonders um deswillen entgegengetreten, weil er zwischen den verschiedenen Fällen nicht unterscheide.

Gegen die Ausführung überhaupt aber wurde noch bemerkt: Die §§. 223 und 224 des Seerechts seien nur die Konsequenz des im ersten Absätze des Art. 222 enthaltenen Prinzips und die Schlußbestimmung dieses ersten Absatzes: „insbesondere muß die Ablieferung der Güter an den Empfänger nach Inhalt des Konnossements erfolgen,“ wieder nur eine einfache Folge der im Eingange sich findenden Vorschrift, welche auch im ersten Absätze des Art. 387 enthalten sei, so daß der vorliegende Antrag nur eine Verbeutlichung des Entwurfs bezwecke, die man sogar für überflüssig halten könne, zumal wenn man die in die §§. 223 und flg. des Seerechts aufgenommenen Einzelheiten übergehen wolle. Anlangend aber die Frage, ob der Frachtführer für die Richtigkeit des Ladescheines auch dann verantwortlich sei, wenn die Güter ihm in Verpackung oder Gefäßen übergeben seien, so beziehe sich dieselbe nur auf einen besonderen Fall, von dem man nicht

einmal behaupten könne, daß er die Regel bilde, da wenigstens bei der Binnenschiffahrt, z. B. wenn es sich um den Transport von Getreide handle, das Gegentheil eben so häufig vorkomme. Jene Frage werde durch Aufnahme des beantragten Zusatzes gar nicht berührt, so wie sie denn auch im Seerechte durch den zweiten Absatz des §. 224 besonders entschieden sei.

Nachdem schließlich die vorstehenden Bemerkungen, namentlich so weit dieselben sich auf die Bedeutung der §§. 222, 223 und 224 und auf deren Verhältniß zu einander bezogen, wiederholt Widerspruch gefunden hatten, wurde bei der Abstimmung mit 12 gegen 1 Stimme beschlossen, den zweiten Satz des §. 222 Abs. 1 des Seerechts in Art. 387 nicht zu übernehmen, diesen vielmehr in seiner bisherigen Fassung beizubehalten.

Der unter Nr. 479 der Zusammenstellung der Erinnerungen eingebrachte Antrag auf Streichung des

Art. 388,

für welchen in zweiter Lesung des Seerechts folgende Fassung angenommen worden war:

„Die Uebergabe des an Ordre lautenden Ladescheins an denjenigen, welcher durch denselben zur Empfangnahme legitimirt wird, hat, sobald die Güter wirklich verladen sind, für den Verkehr der von der Uebergabe der Güter abhängigen Rechte dieselben rechtlichen Wirkungen, wie die Uebergabe der Güter“

wurde, abgesehen von dem in der Zusammenstellung angegebenen Motive, von Seiten des Herrn Abgeordneten für Hamburg noch durch die Bemerkung unterstützt, daß nach Hamburgischem Rechte zwar für den Verkehr mit Konnossementen, nicht aber für den Verkehr mit Ladescheinen das Recht der stoppage in transitu geregelt sei, die Absender somit durch Art. 388 leicht in Nachtheil versetzt werden könnten.

Hiegegen wurde jedoch bemerkt: Dem eben angeführten Bedenken könne dadurch abgeholfen werden, daß man im Einfuhrungsgeetze die Bestimmungen über stoppage in transitu, soweit sie sich auf die Konnossemente der Seeschiffer bezögen, auch auf die Ladescheine der Frachtführer für anwendbar erkläre.

Im Uebrigen wurden für und gegen den Artikel die in den früheren Verhandlungen geltend gemachten Gründe und Gegengründe wiederholt angeführt und schließlich mit 7 gegen 6 Stimmen gegen die Annahme der in der zweiten Lesung des Seerechts beschlossenen Fassung, sowie für Streichung der Artikels 388 entschieden.

Bezüglich des zu

## Art. 389

unter Nr. 480 der Erinnerungen gestellten Antrags wurde von einigen Mitgliedern bemerkt: Abgesehen davon, daß, wenn die Absicht des Antrags nicht mißverstanden werden solle, jedenfalls statt „und die von ihm etwa unterzeichnete Kopie“ gesetzt werden müßte: „und das von ihm etwa ausgestellte Duplikat,“ damit keine Verwechslung mit der im letzten Absätze des Art. 386 erwähnten, von dem Absender zu unterschreibenden und dem Frachtführer schon vor Austritt der Reise auf sein Verlangen zu behändigenden Abschrift des Ladescheins eintrete, empfehle sich der vorliegende Antrag aus dem Grunde nicht, weil in zweiter Lesung beschlossen worden sei, über die Ausstellung von Duplikaten des Ladescheins nichts in das Gesetz aufzunehmen, sondern die ganze Lehre der Jurisprudenz anheimzugeben, was auch um so angemessener erscheine, als wenigstens bis jetzt Duplikate der Ladescheine in der Praxis wohl nicht leicht vorgekommen sein dürften und die Analogie der Bestimmungen über das Konnossement für deren Beurtheilung ausreichen werde; eine Analogie, deren Zulässigkeit übrigens keineswegs allgemein zugegeben wurde.

Hierauf wurde der in Rede stehende Antrag mit 12 gegen 1 Stimme abgelehnt.

Auf die Bemerkung eines Herrn Abgeordneten, daß Art. 389 mit der Fassung des §. 230 des Seerechts in Einklang zu setzen, und zwischen den an Ordre laufenden und den nicht indossablen Ladescheinen zu unterscheiden sein werde, wurde nach kurzer Berathung beschlossen, es bei der bisherigen Fassung des Art. 389 zu belassen.

Zu

## Art. 390

wurde bei Berathung des unter Nr. 481 der Zusammenstellung der Erinnerungen aufgeführten Antrags mit 12 gegen 1 Stimme beschlossen, die Fassung dieses Artikels mit der des §. 216 des Seerechts in Einklang zu setzen.

Sodann wurde zu

## Art. 391

nach kurzer Besprechung mit 9 gegen 4 Stimmen beschlossen, in Uebereinstimmung mit §. 221 des Seerechts statt: „bescheinigt ist“ zu setzen: „zu bescheinigen ist.“

Der unter Nr. 482 der Erinnerungen zu

## Art. 393

gestellte Antrag auf Streichung wurde nicht weiter verfolgt, da anderen hiemit zusammenhängenden Anträgen keine Folge gegeben worden war.



• Schließlich wurden die Protokolle der DLXIV. Sitzung vom 19. Dezember, der DLXV. Sitzung vom 20. Dezember 1860 und der DLXVI. Sitzung vom 7. Januar 1861 verlesen und genehmigt.

## DLXXIV. Sitzung.

Nürnberg, am 21. Januar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher mit Ausnahme des fortwährend durch Unwohlsein abgehaltenen Herrn Appellationsgerichtsdirektors Dr. Seuffert die in dem 548. Protokolle aufgeführten Herren Abgeordneten Antheil nahmen, stellte ein Mitglied zunächst den Antrag, folgenden Zusatzartikel in das Gesetz aufzunehmen:

„Das unmittelbar zwischen dem Absender und Empfänger bestehende Rechtsverhältniß, insbesondere die Frage, unter welchen Voraussetzungen und bis zu welchem Zeitpunkte der Absender dem Empfänger gegenüber befugt ist, die Nichtauslieferung der Waare an den Letzteren zu erwirken (stoppage in transitu, droit de suite), wird durch die Bestimmungen der Art. 377, Art. 379 Abs. 1 und 389—391 nicht berührt.“

Zur Begründung dieses Vorschlags ward bemerkt: Bei der Entscheidung darüber, welche Rechte der Absender des Frachtguts und welche der Empfänger an dasselbe habe, müsse man die Frage, wie sich der Frachtführer den beiden eben genannten Personen gegenüber zu verhalten habe, von dem zwischen dem Absender und Empfänger bestehenden und dem Transporte der Güter zum Grunde liegenden Verhältnisse trennen. Die in dem Zusatzantrage aufgeführten Artikel betrafen nur die erste Frage und regelten nur das Verhältniß des Frachtführers zum Absender einerseits und zum Empfänger andererseits, indem sie ihm vorschrieben, wie lange er dem Absender zu gehorchen habe, wenn dieser andere Verfügungen über das Frachtgut treffe,

und von wann an er den Weisungen des Absenders kein Gehör mehr schenken, sondern nur noch den Anordnungen des Empfängers gemäß handeln dürfe. Diese Bestimmungen hätten demzufolge auf das zwischen dem Absender und Empfänger bestehende direkte Rechtsverhältniß und die hieraus entspringenden Rechte des Absenders gegen den Empfänger, so namentlich auch auf das in den einzelnen Gesetzgebungen begründete Recht des Ersteren, die Auslieferung des Frachtguts an den Letzteren zu hindern, weil dieser inzwischen unsicher geworden sei u. dgl. (das Recht der stoppage in transitu, des droit de suite), nur insofern einen Einfluß, als sie der Absender durch eine einfache Weisung an den Frachtführer zur Geltung bringen wolle, und nur insoweit könnten die betreffenden Rechte des Absenders auf Grund der oben aufgeführten Artikel mit dem Augenblicke, von welchem an der Frachtführer nur noch den Befehlen des Empfängers Folge zu leisten habe, für erloschen erachtet werden. Soweit es dagegen möglich sei, das dem Frachtgeschäfte zu Grunde liegende materielle Rechtsverhältniß zwischen Absender und Empfänger, sowie die erwähnten Rechte des Ersteren auf anderem Wege, z. B. durch Erwirkung einer gerichtlichen Arrestlegung zur Geltung zu bringen, würden sie durch die oben bezeichneten Artikel nicht berührt, wenn nicht allenfalls zufällig das unterliegende Verhältniß mit dem Transportgeschäfte insofern zusammenstimme, daß die Handlungen des Frachtführers auch auf das unterliegende Rechtsverhältniß von Einfluß seien, wie dies z. B. bezüglich der Tradition der Güter bei einem auf Uebertragung des Eigenthums gerichteten Geschäfte der Fall sein könne. Da aber die Bestimmung des Art. 379, daß der Empfänger ein eigenes Recht gegen den Frachtführer haben solle, zu dem Mißverständnisse führen könne, als sei die eben vertretene Auffassung nicht die richtige, empfehle es sich, jeden Zweifel darüber durch den beantragten Zusatzartikel auszuschließen.

Von anderen Mitgliedern wurde hierauf entgegnet: Der vorliegende Antrag treffe nicht bloß das right of stoppage in transitu, sondern hebe die Art. 377, 379 u. f. w. im Grunde wieder auf, oder mache wenigstens die eigentliche Meinung bei jenen Artikeln sehr dunkel. Das erwähnte Recht trete überall, und so namentlich auch nach der Hamburgischen Fallitenordnung Art. 25 nur dann ein, wenn der Empfänger in Konkurs gerathen sei, während der vorliegende Antrag ganz allgemein gehalten sei. Wolle man aber weiter gehen und nicht bloß das right of stoppage in transitu, sondern die Rechte des Absenders in allen

Fällen saliren, in welchen der Empfänger kein von dem Absender unabhängiges Recht habe, z. B. wenn er nur dessen Expéditeur, Depositär u. dgl. sei, so würde dies wohl anders ausgedrückt werden müssen, und keinesfalls das Citat zweier Rechte am Plage sein.

Mehrere andere Mitglieder waren der Ansicht, der Antrag gehe in sofern zu weit, als er sich des Ausdrucks bediene: „sie werden nicht berührt,“ weil dies, wie der Herr Antragsteller selbst zugeben müsse, nicht immer richtig sei, wenn das unterliegende Verhältniß mit dem Frachtverhältniß zusammentreffe, z. B. auch in Bezug auf das Pfandrecht des Kommissionärs, welches aufhöre, sobald der Fuhrmann nicht mehr zu gehorchen habe. Noch andere von den Herren Abgeordneten waren der Ansicht, daß die Art. 377 und 379 einer nochmaligen Revision bedürften und stellten einen Antrag hierüber in Aussicht.

Mit Rücksicht hierauf wurde mit 10 gegen 3 Stimmen beschlossen, die Berathung über den Eingang aufgeführten Antrag vorerst zu vertagen.

Hierauf wurde zur Berathung der Frage übergegangen, ob und welche besonderen Bestimmungen behufs der Begrenzung des Art. 376 rücksichtlich der Eisenbahnen in den Titel von dem Frachtgeschäfte einzunehmen seien. Hierbei kamen die in der Anlage zum 567. Protokolle unter Ziff. II. im zweiten Abschnitt vorgeschlagenen Bestimmungen, ferner die Anträge unter Nr. 450, 451, 452, 453 und 454 der Zusammenstellung der Erinnerungen und endlich der von dem Herrn Abgeordneten für die thüringischen Staaten eingebrachte, in der Anlage zu diesem Protokolle beige druckte Antrag in Betracht, zu dessen Rechtfertigung sich derselbe auf seine Abhandlung: das deutsche Handelsgesetzbuch und die Eisenbahnen, Jena 1860, bei Friedrich Mauke, bezog.

Nachdem mit 7 gegen 6 Stimmen beschlossen worden war, die Vorschläge in der Anlage zum 567. Protokolle der bevorstehenden Berathung zum Grunde zu legen, wurde zunächst zu

#### Art. 395

der eben erwähnten Anlage, welcher nach der Intention des Herrn Antragstellers den Art. 376 des Entwurfs aus zweiter Lesung zu ersetzen bestimmt ist, Folgendes bemerkt: Die Absicht dieses Antrags gehe dahin, die Bestimmung des Art. 376, wonach Verträge, durch welche die in den Art. 371—375 aufgeführten Verpflichtungen des Frachtführers beschränkt oder aufgehoben würden, keine rechtliche Wirkung haben sollten, bloß auf die Eisenbahnen für anwendbar zu erklären, und demnach auf andere Frachtführer, namentlich auf

die sonstigen größeren Transportanstalten, als Dampfschiffahrtsunternehmungen u. dgl., nicht auszudehnen. Zur Unterstützung dieses Antrags genüge die Hinweisung darauf, daß selbst die sonstigen größeren Transportanstalten als Dampfschiffahrtsanstalten u. dgl. nicht wie die Eisenbahnen ein faktisches Monopol zur Ausführung von Frachtgeschäften in einer gewissen Richtung hätten, somit die ratio nicht vorhanden sei, auf welcher den Eisenbahnen gegenüber die Aufnahme des Art. 376 beruhe. Auch dürfe nicht unbemerkt bleiben, daß gegen die Leitung anderer Transportanstalten nicht wie gegen die Eisenbahnverwaltungen von Seiten des Publikums wegen Verkürzung seiner Interessen Klage geführt worden sei, und deshalb eine Ausdehnung des Art. 376 auf dergleichen Transportanstalten eine über das Bedürfnis hinausgehende und auch mit der ursprünglichen Absicht der Versammlung in Widerspruch stehende Beschränkung der Vertragsfreiheit enthalten würde.

Bei der Abstimmung wurde mit 11 gegen 2 Stimmen beschlossen, den Art. 376 auf die Eisenbahnen zu beschränken, und auf andere Transportanstalten nicht für anwendbar zu erklären.

Ein Mitglied beantragte hierauf, um die Meinung des Artikels deutlicher auszudrücken, statt: „Verpflichtungen des Frachtführers zum Schadensersatz (Art. 371—375)“ zu setzen: „Verpflichtungen des Frachtführers, wie sie durch die Art. 371—375 bestimmt sind.“ Mit dieser Modifikation wurde hierauf der in Rede stehende Art. 395 der Anlage zum 567. Protokolle, in der Erwägung, daß bereits durch Mehrheitsbeschluß die Beibehaltung des Art. 376 des Entwurfs feststehe, und es sich jetzt nur noch um die Aufstellung entsprechender Ausnahmen von dem darin ausgesprochenen Prinzipie handle, mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Bei Berathung des

#### Art. 396

der eben erwähnten Anlage, wurde zunächst geltend gemacht, daß ohne eine Bestimmung im Sinne dieses Artikels die Eisenbahnen zu sehr benachtheiligt werden könnten, und daß ähnliche Bestimmungen auch von der königl. preussischen, von der königl. sächsischen und der großherzoglich badischen Regierung in Vorschlag gebracht worden seien; sodann wurde auf Anregung eines Mitglieds erläuternd hinzugefügt, die Schlussworte: „oder auch bei Lieferungsverzögerung auf den Verlust der Fracht oder eines Theils derselben beschränkt sein solle“ hätten nicht den Sinn, daß ohne Rücksicht auf das Vorhandensein einer Deklaration bedungen

werden dürfe, es sei im Falle einer Lieferungsverzögerung der Verlust der Fracht als genügende und einzige Schadloshaltung anzusehen, sondern es solle auch eine solche Vereinbarung nur für den Fall als statthaft erklärt werden, daß der Absender die Höhe seines Interesse an rechtzeitiger Lieferung nicht deklarirt habe, während, wenn diese Deklaration stattgehabt habe, nur die deklarirte Summe die Grenze für die Schadenersatzpflicht der Eisenbahn zu bilden habe.

Ein Mitglied trug hierauf vor: Der Art. 396 gehe zum Vortheile der Eisenbahnen zu weit; er enthalte nämlich, wie auch in der im Laufe dieses Monats in Hannover erschienenen Denkschrift (Seite 9 und 10) dargethan worden sei, die Bestimmung, daß die Eisenbahnen bis zu einem gewissen Grade ein pactum, ne dolus praestetur, gültig abschließen könnten, indem es ihnen freistehen würde, selbst für den Fall, daß der Verlust und die Beschädigung des Frachtguts in einem Dolus oder groben Verschulden der Eisenbahnverwaltungen oder ihrer Leute ihren Grund hätten, zu bedingen, daß sie nicht den vollen nachweisbaren Schaden des Betroffenen, sondern nur den deklarirten Werth, beziehungsweise den vorausbestimmten Normalatz zu bezahlen schuldig seien. Beruhe der zu ersetzende Schaden auf bösem Willen oder grobem Verschulden der Eisenbahnverwaltungen oder ihrer Leute, so könne man den Ersteren keinen Anspruch auf Milderung ihrer Haftbarkeit zugestehen, sondern könne mit Recht darauf bestehen, daß sie das ganze Interesse des Beschädigten vergüten müßten. Hiegegen könne man nicht einwenden, daß es sich hier nur um die Ansprüche des Absenders oder Empfängers aus dem receptum handle, d. i. um diejenigen Fälle, in welchen die Klage auf Schadenersatzleistung auf die Bestimmungen über das receptum gestützt werde, daß dagegen die Fälle, in welchen sich der Forderungsberechtigte auf ein von der betreffenden Eisenbahn zu vertretendes konkretes Verschulden stütze, durch Art. 396 gar nicht berührt würden; denn die fraglichen Schadenersatzansprüche würden stets zunächst nur auf die Thatfache gestützt werden, daß die Eisenbahn die fraglichen Güter zum Transporte erhalten und auszuliefern versprochen habe und nunmehr entweder auszuliefern oder Schadenersatz zu leisten schuldig sei. Die Thatfachen, in welchen die Unmöglichkeit der Wiederauslieferung ihren Grund habe, kämen höchstens im Laufe des Prozesses zur Sprache.

Von anderen Mitgliedern wurde hierauf entgegnet: Hier handle es sich zunächst nicht um Ansprüche, bei welchen der Klagegrund ein von den Eisenbahnverwaltungen zu vertretendes Verschulden sei; diese Ansprüche sollten durch

den in Rede stehenden Artikel 396 nicht berührt werden. Die Frage, ob nicht, um jeden Zweifel hierüber zu entfernen, dem Antrage unter Nr. 453 der Zusammenstellung der Erinnerungen entsprechend, eine besondere Bestimmung des Inhaltes aufzunehmen sei, daß die Eisenbahnen zum vollen Schadenersatz verpflichtet blieben, wenn nachgewiesen werde, daß der Schaden durch ein Verschulden von ihrer Seite veranlaßt worden, müsse vorerst vorbehalten bleiben, und werde seiner Zeit besonders in Betracht zu ziehen sein, da der erwähnte Vorbehalt der vollen gesetzlichen Verantwortlichkeit eines Frachtführers nicht allein bei der im Art. 396 den Eisenbahnen zugestandenen Befugniß zu vertragsmäßiger Beschränkung dieser Verantwortlichkeit in Betracht komme.

Diesem Vorbehalte trat die Versammlung schließlich einhellig bei.

Ein Herr Abgeordneter bemerkte hierauf: In dem Antrage unter Nr. 452 der Zusammenstellung der Erinnerungen sei unter Art. 397 vorgeschlagen worden, in einem Zusatz zu den, dem Art. 396 der Anlage zum 567. Protokolle entsprechenden Bestimmungen auszusprechen, es sei als stillschweigend vorbehalten anzusehen, daß weder der deklarirte Betrag, noch der Normalatz den im Art. 371 festgesetzten Betrag (vgl. Monitum 442), d. i. den Werth der Güter am Abgangsorte und zur Abgangszeit unter Hinzurechnung der darauf haftenden Frachtgebühren und Unkosten übersteigen dürfe, und daß beide auf diesen Betrag zu mindern seien, wenn der Frachtführer beweise, daß sie ihn überstiegen. Diese Bestimmung könne nunmehr, da der Antrag unter Nr. 442 nicht angenommen, sondern der Werth am Bestimmungsort und zur Zeit der Ankunft, oder da die Ankunft hätte erfolgen sollen, für maßgebend erklärt worden sei, allerdings nicht unverändert angenommen werden; aber es empfehle sich doch und werde deshalb beantragt, auszusprechen, die Eisenbahnen hätten die Befugniß, auszumachen, daß sie, wenn auf Grund der Bestimmungen des Art. 371 für verlorene oder beschädigte Güter Ersatz geleistet werden müsse, mehr nicht als den Werth derselben am Abgangsorte und zur Abgangszeit unter Hinzurechnung der Frachtgebühren und Unkosten zu ersetzen schuldig seien. Da jedem Frachtführer das Recht zustehe, in dieser Weise zu paktiren, und aus einem solchen Kontrakte auch in keiner Weise eine Benachtheiligung des Publikums hervorgehen könne, sei nicht abzusehen, weshalb man den Eisenbahnen nicht dieselbe Befugniß einräumen könnte. Das Publikum selbst könne wegen der größeren Einfachheit der liqui-

dation ein Interesse daran haben, daß eine solche Uebereinkunft mit Gültigkeit abgeschlossen werden dürfe; statt also dem Handelsstande zu nützen, werde man ihm durch die fragliche Beschränkung häufig schaden.

Hiegegen wurde geltend gemacht: Daß eine Uebereinkunft des eben besprochenen Inhalts, wo sie zu Gunsten des mit den Eisenbahnen verkehrenden Publikums sei, und z. B. auf den Antrag des Absenders beim Abschluß einzelner Frachtgeschäfte geschlossen werde, rechtliche Geltung habe, könne nach der ganzen ratio und Fassung des Art. 376 des Entwurfs aus II. Lesung nicht bezweifelt werden. Die zuletzt für den in Rede stehenden Antrag geltend gemachte Erwägung erscheine demnach nicht maassgebend. Aber um einzelne Frachtkontrakte werde es sich, wenn diesem Antrage stattgegeben werde, in der Folge gar nicht handeln, sondern es stehe zu erwarten, daß die Eisenbahnen eine entsprechende Bestimmung in ihre Reglements aufnehmen und dann Niemand aus dem Publikum ein Mittel haben werde, zu einem Frachtkontrakte mit der Bestimmung zu gelangen, daß der Preis am Bestimmungsorte maassgebend sein solle, wenn es auch noch so sehr seinem Interesse entsprechen würde. Unter diesen Umständen sei es geboten, es bei der Regel zu belassen, daß der Werth am Bestimmungsorte und zu Zeit der Ankunft der Güter der maassgebende bleibe. Ohnehin hätten die Eisenbahnen kein großes Interesse an der Annahme des vorliegenden Antrags, nachdem beschlossen worden, daß sie nicht für das individuelle Interesse des Beschädigten, sondern nur für den gemeinen Handelswerth der Waare einzustehen hätten, dadurch aber die unübersehbare Haftbarkeit ferngehalten sei, welche die Eisenbahnen befürchten zu müssen geglaubt hätten, und gegen welche hauptsächlich ihre Einwendungen gerichtet gewesen seien, und es regelmäßig wenig Unterschied machen werde, ob der Werth am Abgangsort unter Hinzurechnung der Fracht oder der Werth am Bestimmungsort der entscheidende sei.

Hiegegen wurde noch bemerkt: Da nach Art. 376 (395 der Anlage zum 567. Prot.) abweichende Verträge ohne rechtliche Wirkung seien, so sei der Absender an einen Vertrag, nach welchem der Werth am Abgangsorte maassgebend sein solle, selbst dann nicht gebunden, wenn diese Stipulation auf seinen Wunsch und in seinem Interesse aufgenommen worden sei, die Verwaltung sei also, falls die gegnerische Ausführung richtig sei, ganz in seine Hand gegeben, indem er dann den Werth am Abgangsort, oder den am Bestimmungsort liquidiren könne, je nachdem es seinem Interesse entspreche, was die Verwaltung sich nicht gefallen

lassen könne. Daß übrigens beide Werthe höchst verschieden sein könnten, bedürfe keines Nachweises.

Bei der Abstimmung wurde der in Rede stehende Antrag mit 9 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Ein Mitglied bemerkte hierauf: Bei Berathung des Art. 373 Abs. 1 sei beschlossen worden, durch die Fassung desselben deutlich auszudrücken, daß es sich nur um eine Interpretationsregel handle, und zu diesem Behufe die Worte: „im Zweifel“ einzuschalten. Da der betreffende Absatz nun nichts weiter sage, als daß in Ermangelung einer deutlicheren Verabredung auch der Ersatz des die Fracht übersteigenden Schadens verlangt werden könne, der Frachtabzug also nicht der einzige Schadensersatz sei, so werde man hieraus nicht mit Unrecht folgern, daß die Eisenbahnen diesen Zweifel unbedingt zu beseitigen, und ohne Rücksicht auf das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer Deklaration auszumachen befugt seien, der Absender beziehungsweise Empfänger habe im Falle der verspäteten Ablieferung auf nichts weiter als die Freiheit von der Frachtzahlung Anspruch.

Es wurde jedoch von anderen Seiten entgegnet: Es sei allerdings richtig, daß Art. 373 Absatz 1 jetzt nichts weiter als den eben besprochenen interpretativen Satz enthalte. Zu den eben dargelegten Folgerungen berechtiige derselbe jedoch nicht; denn die Bestimmung, nach welcher sich die Entscheidung der Frage richte, wie weit der Frachtführer wegen verspäteter Lieferung des Frachtguts schadensersatzpflichtig sei, finde sich schon im Art. 372, woselbst ausgesprochen sei, daß der Frachtführer vollen Schadensersatz zu leisten, also das ganze Interesse zu vergüten habe, welches der Berechtigte an rechtzeitiger Lieferung hatte. Hieraus und aus Art. 376 folge, daß die Eisenbahnen keineswegs ohne Weiteres befugt seien, zu vereinbaren, daß im Falle verspäteter Erfüllung nichts weiter als ein Frachtabzug zu machen sei, sondern daß es darauf ankomme, ob und unter welchen Voraussetzungen der hier in Rede stehende Art. 396 eine solche Vereinbarung den Eisenbahnen gestatte. Um indeß jede Mißdeutung zu beseitigen, woran allerdings ein großes Interesse bestehe, indem ein großer Theil der von Seiten des Publikums gegen die Eisenbahnen erhobenen Klagen gerade darin bestanden habe, daß sich dieselben im Falle verspäteter Ablieferung des Frachtguts nur zu einer ganz ungenügenden Entschädigung verständen, werde es sich empfehlen, dem ersten Absätze des Art. 373 eine andere Stelle anzuweisen, oder ihn im Art. 376 nicht zu allegiren.



Im Sinne der zuletzt erwähnten Ausführungen und mit dem Vorbehalte, daß bei der schließlichen Fassung des Artikels 396 die Inkonvenienz thunlichst zu vermeiden sei, welche dann entstehe, wenn man die Vorschriften über Verlust und Beschädigung des Frachtguts in der Weise, wie in der Anlage zum 567. Protokolle geschehen, combinire, indem bei Beschädigungen nicht ohne Weiteres der ganze deklarirte Preis zu ersetzen sein werde, wurde schließlich Art. 396 mit 10 gegen 3 Stimmen angenommen.

Bei Verathung des

#### Art. 397

wurde bemerkt: Dieser Artikel sei nicht mehr haltbar, nachdem bei Verathung des Art. 371 beschlossen worden, daß der Frachtführer, im Fall auf Grund der Bestimmungen des Art. 371 für verlorene oder beschädigte Güter Ersatz zu leisten sei, den Werth ersetzen müsse, welchen dieselben am Bestimmungsorte und zu der Zeit gehabt hätten, in welcher sie daselbst angekommen seien oder hätten ankommen sollen. Man würde höchstens bestimmen können, daß es den Eisenbahnen freistehe, zu bedingen, daß dieser Werth nicht höher berechnet werden solle, als auf den Werth der Güter am Abgangsorte und zur Abgangszeit unter Hinzurechnung von Fracht und Unkosten und gewissen Prozenten als muthmaßlichem Gewinn. Allein an dieser Bestimmung würden die Eisenbahnen kein Interesse haben, da der so festgestellte Werth nur selten weniger, und mitunter sogar um ein beträchtliches mehr betragen werde, als der gesetzlich maaßgebende.

Von anderer Seite wurde jedoch darauf hingewiesen, daß es offenbar im Interesse des Verkehrs liege, auch den Entgang eines, keineswegs immer durch den Ersatz des gemeinen Handelswerthes vergüteten Gewinnes zu sichern, und daß den Interessen des Publikums diesfalls um so mehr Rechnung getragen werden müsse, als die Eisenbahnen bei Deklarationen in der Lage seien, durch Frachtzuschläge sich ein entsprechendes Entgelt gegen höhere Ersatzeleistungen zu bedingen, für das Publikum aber es wünschenswerth sei, selbst in jenen Fällen, wo besondere Versicherungen statt finden könnten, die Unbequemlichkeit solcher Versicherungen zu ersparen. An kleineren Zwischenstationen werde es übrigens, zumal in dringenden Fällen, oft kaum möglich sein, den Entgang des Gewinnes besonders zu versichern. Endlich erheische der erst durch Abänderung des betroffenen Artikels abgeschnittene Anspruch des Absenders auf den Ersatz des vollen Interesses, daß dem Absender mindestens

durch Deklarationen der Ersatz eines solchen Anspruches gesichert werde.

Hierauf wurde Art. 397 mit 11 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Zu

#### Art. 398

der Anlage zum 567. Protokolle Absatz 1 Satz 1 wurde bemerkt: In diesem Satze sei nur von Gewichtsverlust die Rede, und dies möge im Allgemeinen auch zureichen, da die Gefahr, gegen welche die Eisenbahnen Schutz suchten, meist in Gewichts-Verringerung sich äußere. Es komme indeffen auch bei einigen Gütern vor, daß allein durch den Transport ohne Verringerung des Gewichtes ein Theilverlust, namentlich in Folge Maaßverringerung eintrete, weshalb es sich empfehle, entweder eine allgemeine Fassung zu wählen, wie die von Preußen unter Nr. 450 der Erinnerungen im Art. 396 Absatz 2 Ziffer 2 (sub fine des Artikels) vorgeschlagene, oder neben dem Gewichtsverluste auch des Maßverlusts Erwähnung zu thun.

Gegen die Annahme der eben erwähnten allgemeinen Fassung wurde aber eingewendet: Dieselbe dehne die im Art. 398 beabsichtigte Ausnahme von Art. 376 zu Gunsten der Eisenbahnen zu weit aus, indem sie die im Artikel erwähnte Uebereinkunft ohne Rücksicht auf die Art des gerade in Frage kommenden Frachtguts zulasse, während im Verkehre gerade ein großes Gewicht darauf gelegt werde, dergleichen Beschränkungen der gesetzlichen Haftbarkeit auf solche Güter beschränkt zu sehen, bei welchen solche Verluste nach ihrer Beschaffenheit regelmäßig vorkämen. Wenn man hiernach dafür halte, daß Art. 398 einer Berichtigung bedürfe, werde man sich dem zweiten der eben aufgeführten Anträge anschließen müssen.

Von einigen Mitgliedern wurden die Worte: „nach ihrer natürlichen Beschaffenheit und der Art ihrer Verpackung“ beanstandet, und im Hinblick auf die Güter, die in unverpacktem Zustande versendet würden, und auf welche der Artikel doch auch Anwendung leiden müsse, sowie auf die Güter, welche trotz ordnungsmäßiger Verpackung einem Gewichtsverluste ausgesetzt zu sein pflegten, in der Erwägung also, daß nicht immer die Verpackung in Frage kommen könne, statt „und“ „oder“ zu setzen beantragt. Andere Mitglieder waren der Meinung, daß die Worte: „und der Art ihrer Verpackung“ ganz entbehrlich seien, indem unter dem „Gut“ nicht bloß die Waare an und für sich, sondern die Waare in dem Zustande, in welchem sie sich auf dem Transporte befinde, also Waare und Verpackung zusammen zu verstehen sei, somit selbst dann, wenn es

auf die Verpackung ankomme, der Ausdruck: „Beschaffenheit der Güter“ genüge.

Bei der Abstimmung wurde der erste Satz des ersten Absatzes von Art. 398 der Anlage zum 567. Protokolle mit 12 gegen 1 Stimme angenommen, jedoch mit 8 gegen 5 Stimmen beschloffen, auch des Verlustes am Maasse Erwähnung zu thun und mit 7 gegen 6 Stimmen entschieden, daß die Worte: „und der Art ihrer Verpackung“ zu streichen seien.

### **Zum preussischen Antrag Nr. 450.**

I. Es wird beantragt, die Fälle, in welchen eine Abweichung vom Princip des Art. 376 zulässig sein soll, nach der Reihenfolge des preussischen Antrags Art. 396 zu berathen, vorbehaltlich weiterer Anordnung bei der Redaktion.

II. Der vorgeschlagene Artikel 396 enthält nur eine Aufzählung der Voraussetzungen, unter welchen die Eisenbahnen u. von den Bestimmungen der Artikel 371—375 Abweichendes pacificiren können, ohne aber festzusetzen, wie weit diese Abweichung zulässig ist, es werden daher folgende Amendements gestellt:

ad 1. a) Reisegepäck betr. (Vergl. Württemberg. Antrag Art. 400 b.)

„Es kann wirksam festgestellt werden, daß für Güter, welche als Reisegepäck aufgegeben sind, nur dann gehaftet werde, wenn der Anspruch wegen Verlusts oder Beschädigung innerhalb einer bestimmten Frist geltend gemacht wird.“

„Diese Frist darf nicht früher ablaufen, als acht Tage nach dem letzten Tage, an welchem der Empfänger das Reisegepäck reglementsmäßig in Empfang nehmen sollte.“

b) Equipagen.

Die der Bestimmung unter a zu Grunde liegende ratio trifft für Equipagen nicht zu. Diese sind daher nicht zu erwähnen. Wohl aber dürfte in Betreff des in Equipagen enthaltenen Gepäcks eine Modifikation der allgemeinen Grundsätze ge-

boten sein, und ebenso in Betreff der von den Passagieren bei sich behaltenen Effekten. Es wird daher der Württemb. Antrag Art. 400 a Nr. 1 Satz 1 mit dem Zusatz beantragt: „dies gilt namentlich von den in Equipagen befindlichen Gütern.“

c) Lebende Thiere. (Vergl. Württemb. Antrag Art. 400 a Nr. 1.)

„Es kann wirksam festgestellt werden, daß beim Transport lebender Thiere für Verluste und Beschädigungen, welche durch die besondere Natur der Thiere entstanden sein können, nur dann gehaftet werde, wenn eine andere von der Eisenbahnverwaltung zu vertretende Ursache des Verlusts oder der Beschädigung nachgewiesen wird.“

ad 2. (Vergleiche Württemb. Antrag Art. 400 a Nr. 2 a).

„Es kann wirksam festgestellt werden, daß für solche Verluste und Beschädigungen, welchen bestimmte Güter ihrer besonderen Beschaffenheit wegen leicht ausgesetzt sind, (Bruch, Leccage, Rost etc.) nur dann gehaftet werde, wenn diese Eigenschaft im Frachtbrief besonders angegeben ist.“

„Es wird, wenn eine solche Angabe nicht erfolgt ist, vermuthet, daß die eingetretenen Verluste und Beschädigungen, welche in Folge der besonderen Beschaffenheit der Güter entstanden sein können, in Folge derselben wirklich entstanden seien.“

ad 3. (Vergleiche Württemberg. Antrag Art. 400 a Nr. 2 b).

„Es kann wirksam festgestellt werden, daß, wenn Güter, ungeachtet der Transport derselben ihrer Natur nach eine Verpackung zum Schutz gegen Verlust oder Beschädigung erfordert, nach Erklärung des Absenders im Frachtbrief unverpackt oder mit mangelhafter Verpackung aufgegeben sind, für Verluste und Beschädigungen, welche aus dem Mangel jeder Verpackung oder dem mangelhaften Zustand der Verpackung entstanden sind, nicht gehaftet werde.“

„Es wird in einem solchen Fall vermuthet, daß Verluste und Beschädigungen, welche aus dem Mangel oder aus dem mangelhaften Zustand der Verpackung entstanden sein können, daraus wirklich entstanden seien.“

ad 4. (Vergl. Württemb. Antrag Art. 399).

„Es kann wirksam festgestellt werden, daß,

wenn Güter laut Erklärung im Frachtbrief in Einverständniß mit dem Absender in offenen Wagen oder unverdeckten Räumen transportirt werden, für Verluste und Beschädigungen, welche in Folge dieser Transportart entstanden sind, nicht gehaftet werde."

"Es wird vermuthet, daß Verluste und Beschädigungen, welche in Folge dieser Transportart entstanden sein können, in Folge desselben wirklich entstanden seien."

"Die Verträge sind unwirksam, wenn die Eisenbahnverwaltung erklärt hatte, die Versendung in anderer Weise nicht vornehmen zu wollen."

ad 5. (Vergl. Württemb. Antrag Art. 399.)

"Es kann wirksam festgestellt werden, daß, wenn das Auf- und Abladen der Güter gemäß dem Frachtvertrag durch den Absender geschieht, für Verluste und Beschädigungen, welche in Folge des Auf- und Abladens entstanden sind, nicht gehaftet werde."

"Es wird vermuthet, daß Verluste und Beschädigungen, welche in Folge des Auf- und Abladens entstanden sein können, in Folge desselben wirklich entstanden seien."

"Die Verträge sind unwirksam, wenn die Eisenbahnverwaltung erklärt hatte, ohne diese Bestimmung die Versendung nicht vornehmen zu wollen."

NB. Bei der Redaktion können die zweiten Absätze der vorstehenden Anträge ad 2 — ad 5 in einem Artikel zusammengefaßt werden. Ebenso lassen sich die ersten Absätze ad 2 — ad 5 in einem Artikel vereinigen.

## DLXXV. Sitzung.

Nürnberg, am 23. Januar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher die in der vorigen Sitzung zugegen gewesenen Mitglieder Antheil nahmen, wurde in der Verathung des

### Art. 398

der Anlage zum 567. Protokolle fortgefahren und zu dem zweiten Satze des ersten Absatzes zunächst bemerkt: Mit diesem Satze werde bezweckt, für eine der erheblichsten Beschwerden des Handelsstandes gegen die Eisenbahnverwaltungen Abhülfe zu schaffen. Nicht selten sei es vorgekommen, daß, wenn z. B. eine in Säcken verpackte Waare, welche ihrer Natur nach einem Gewichtsverluste auf dem Transporte unterworfen sei, der Eisenbahn zum Transporte übergeben gewesen und die Eisenbahnverwaltung für gewisse Prozente dieses Gewichtsverlustes vertragsmäßig nicht zu haften gehabt habe, bei einzelnen Säcken ganz erhebliche Verluste an dieser Waare eingetreten seien, und die Eisenbahnverwaltung dennoch jeden Ersatz hiefür mit dem Bemerkten abgelehnt habe, daß der Verlust noch bei Weitem nicht die Prozentsätze übersteige, von deren Ersätze sie frei sei, indem sie die betreffenden Prozente von dem ganzen verladenen Quantum der fraglichen Waare berechne habe. Durch Anwendung desselben Verfahrens würden die Eisenbahnverwaltungen es sogar rechtfertigen können, wenn von 100 Säcken einer solchen Waare einer ganz abhanden gekommen sei und gar nicht abgeliefert werde, obschon offenbar ein solcher Verlust keine Folge der natürlichen Beschaffenheit der fraglichen Waare sein könne. Solchen Ausschreitungen solle der in Rede stehende zweite Satz des ersten Absatzes des Art. 398 entgegenreten.

Im weiteren Verlaufe der Diskussion wurde von einer Seite die Streichung der Worte: „im Frachtbrief besonders bezeichnet oder sonst“ beantragt, da nicht abzusehen sei, wozu die Vorschrift, daß die in jedem einzelnen Frachtstücke verpackte Quantität der be-

treffenden Waare gerade im Frachtbriefe angegeben sein müsse, diene, wenn ein anderweitiger Beweis zulässig bleibe. Ein anderer Herr Abgeordneter hielt den ganzen Zwischensatz: „sobald das Gewicht — — sonst erweislich ist“ für entbehrlich und war der Meinung, daß im Hinblick auf den in der vorigen Sitzung zum ersten Male des Art. 398 gefaßten Beschluß jedenfalls auch des Maaßverlustes Erwähnung geschehen müsse, wenn der erwähnte Zwischensatz stehen bleibe.

Von anderen Seiten wurde jedoch geltend gemacht: Entbehrlich sei der zuletzt besprochene Zwischensatz nicht, weil von einer Berechnung der Prozentsätze nach dem Gewichte oder Maaße der einzelnen Frachtpfunde keine Rede sein könne, wenn man deren Gewicht oder Maaß nicht kenne. Die Eintragung in den Frachtbrief mache dem Absender aber einerseits keine erhebliche Mühe, andrerseits sei die betreffende Bestimmung eine große Begünstigung für ihn, weil hiernach die einfache Angabe im Frachtbriefe ohne weitere vorherige Beweisführung der Berechnung der Prozente zum Grund gelegt werden müsse, wogegen von anderer Seite wieder eingewendet wurde, es verstehe sich dies letztere schon auf Grund des Art. 368 von selbst und brauche somit hier nicht nochmals ausgesprochen zu werden.

Bei der Abstimmung wurde der zweite Satz des Art. 398 Abs. 1 mit der Modifikation, daß er auf den Verlust am Maaße auszu dehnen sei, mit 11 gegen 2 Stimmen angenommen.

Zum zweiten Absätze des Art. 398 wurde bemerkt: In diesem Absätze sei eine Reihe von Spezialitäten aufgeführt; abgesehen nun von der Frage, ob sie alle richtig umgrenzt seien, was z. B. von dem Transporte auf offenen Wagen nicht zuzugeben sei, indem es Waaren geben könne, bei denen ein solcher Transport ganz unschädlich, andere, bei denen er dem Transporte auf bedeckten Wagen vielleicht sogar noch vorzuziehen wäre, die in Absatz 2 festgesetzte Ausnahme rückichtlich der Verladung auf offenen Wagen also nur dann zutreffen würde, wenn es sich um einen ordnungswidrig auf solchen Wagen beschafften Transport handle, könne die Aufzählung dieser Spezialitäten jedenfalls nicht für vollständig und erschöpfend erachtet werden. Es scheine angemessener, nur das Prinzip aufzustellen, daß der Prozentsatz, von welchem im ersten Absätze des Artikels die Rede sei, dann nicht in Betracht komme, wenn der Beweis geliefert werde, daß der Gewichtsverlust in Wirklichkeit keine Folge der natürlichen Beschaffenheit des betreffenden Frachtguts gewesen sei. Zu diesem Behufe werde beantragt, statt des zweiten Absatzes des Art. 398 der Anlage zum 567. Protokolle, die

im Art. 396 Ziff. 2 (sub fine) des Antrags unter Nr. 450 der Zusammenstellung der Erinnerungen vorgeschlagene Fassung anzunehmen, und demnach auszusprechen, daß die Bestimmung des ersten Absatzes des Art. 398 ihre Wirkung verliere, wenn dargethan werde, daß der Verlust nach den Umständen des Falls weder durch die Natur des Gutes selbst, noch durch eine mangelhafte Verpackung entstanden sei.

Ein anderes Mitglied hob hierauf Folgendes hervor: Sowohl nach dem eben besprochenen Antrage als nach dem Antrage in der Anlage zum 567. Protokolle würde die Festsetzung gewisser Prozente des Gewichts- oder Maaßverlustes nichts weiter als die Aufstellung einer Präsumtion dafür sein, daß ein dieser Prozente nicht übersteigender Verlust die Folge der natürlichen Beschaffenheit des betreffenden Frachtguts sei. Man müsse dies, was den Antrag unter Nr. 450 der Zusammenstellung betreffe, aus der ganz allgemeinen Fassung des den Gegenbeweis regelnden zweiten Satzes, und namentlich aus den Worten: „nach den Umständen des Falls weder durch die Natur des Gutes selbst etc.“ und, was den Antrag in der Anlage zum 567. Protokolle angehe, aus dem Schlusssatz: „oder daß der betreffende Prozentsatz — nicht im Einklang stehe“ entnehmen. Dies entspreche jedoch der bisher im Verkehre gangbar gewesenen Auffassung nicht. Wenn man der betreffenden Bestimmung der Reglements nur die Bedeutung einer Präsumtion beilege, so habe nicht allein der Absender das Recht, zu beweisen, daß der vorhandene und die betreffenden Prozente nicht übersteigende Gewichts- oder Maaßverlust doch nicht bloß die Folge der natürlichen Beschaffenheit des Guts, vielmehr bis zu einem gewissen Grade oder sogar ganz durch andere, von der Eisenbahnverwaltung zu vertretende Ursachen veranlaßt sei, sondern es würde auch der Eisenbahnverwaltung das Recht zustehen, den Beweis zu führen, daß auch noch der den festgestellten Prozentsatz übersteigende Gewichts- oder Maaßverlust des Frachtguts Folge der inneren Beschaffenheit desselben, und z. B. durch eine besondere große Hitze während des Transports veranlaßt und deshalb von ihr nicht zu vertreten sei. Den Eisenbahnverwaltungen eine solche Beweisführung zuzugestehen, werde im Verkehre nicht beabsichtigt. Die Festsetzung der besprochenen Prozentsätze habe vielmehr die Bedeutung der Vereinbarung einer für alle Fälle maaßgebenden Regel, gegen welche keine Gegenbeweisführung aus den Umständen des einzelnen Falles geführt werden dürfe, und welche in einer Vergleichung vieler, bei Transporten von Waaren der in Rede stehenden Art gemachter Er-



fahrungen, sowie einer unter Berücksichtigung der bei solchen Transporten wirkenden physikalischen Gesetze aufgestellten Durchschnittsberechnung ihren Grund habe. Es widerspreche nicht allein dem Interesse des Verkehrs, sondern auch dem in der Verkehrswelt gangbaren Rechte bewußtsein, daß der Absender oder die Eisenbahnverwaltung mit dem Beweise Gehör finden solle, daß die betreffenden physikalischen Gesetze in einem konkreten Falle gar nicht oder in einem anderen Maße gewirkt hätten, als es jener Durchschnittsregel entspreche. Wenn die Regel in der That auch einmal nicht zutreffen sollte, was übrigens ohne Zweifel nur äußerst schwer nachzuweisen sein werde, so daß die Gestattung einer solchen Beweisführung auch keine große Bedeutung haben werde, so sei die Sicherheit des Verkehrs, welche durch die ausnahmslose Geltung einer solchen Durchschnittsregel erreicht werde, dies reichlich aufzuwiegen geeignet. Es werde deshalb beantragt, den Abs. 2 des fraglichen Art. 398 dahin zu beschränken, daß die im ersten Absätze erwähnten Prozentsätze nur dann nicht entscheidend seien, wenn bestimmte andere Thatfachen nachgewiesen würden, durch welche der konkrete Gewichts- und Maaßverlust entstanden sei, und somit dieser Verlust auf ganz andere Ursachen als die natürliche Beschaffenheit der Güter zurückgeführt werde.

Hierauf wurde entgegnet: Es müsse widersprochen werden, daß die Festsetzung gewisser Prozentsätze für den aus der natürlichen Beschaffenheit der Güter entspringenden Gewichts- oder Maaßverlust den eben dargelegten Sinn habe. Im Gegentheile müsse man dabei beharren, daß es sich dabei um nichts mehr als um eine Präsumtion handle, gegen welche sowohl dem Absender als der Eisenbahnverwaltung der Gegenbeweis zustehe. Daß diese letztere Auffassung wenigstens mit der der Eisenbahnverwaltungen im Einklang stehe, gehe unzweideutig aus dem §. 20 Ziff. 2 a b und c des jüngst in Hamburg vereinbarten Entwurfs eines Vereinsreglements hervor. Die von der anderen Seite vertretene Auffassung würde auch nur dann für unbedenklich erachtet werden können, wenn die in dem Reglements bestimmten Prozentsätze wirklich der durchschnittlichen Wirkung aller einschlagenden physikalischen Gesetze entsprächen. Allein abgesehen davon, daß diese Gesetze und ihre Wirkung an und für sich kaum mit annähernder Sicherheit festgestellt werden könnten, gehe die Normirung der Prozentsätze einseitig von den Eisenbahnverwaltungen aus, und seien dieselben bisher von den letzteren allerdings in einer der wahren Sachlage nicht entsprechenden Weise festgesetzt worden, wie die mannigfachen deswegen erhobenen Beschwerden des

Publikums erwiesen, und selbst unzweifelhaft aus dem oben allegirten §. 20, Ziff. 2 b, welcher für alle trockenen Güter ohne Weiteres ein Prozent Gewichtsverlust festsetze, sowie aus dem Umstande hervorgehe, daß dieselben Prozentsätze für die ganze Länge einer und derselben Bahn oder auch mehrerer Bahnen bestimmt zu werden pflegten, ohne Rücksicht darauf, ob das Frachtgut die ganze Strecke oder nur einige Meilen davon durchlaufen habe. Die richtige Auffassung sei folgende: An und für sich hätten die Eisenbahnen schon nach Art. 371 für die in der besonderen Beschaffenheit der Güter sich gründenden Gewichts- und Maaßverluste, so hoch sich dieselben auch belaufen möchten, nicht zu haften, würden aber bei jedem Verluste, selbst wenn er ziemlich unbedeutend sei, nach Maaßgabe des Art. 371 den Beweis liefern müssen, daß der Verlust sich in der natürlichen Beschaffenheit des Gutes gründe. Durch Art. 398 Abs. 1 der Anlage zum 567. Protokolle werde ihnen nun das Recht eingeräumt, zu bedingen, daß sie bis zu einem gewissen Prozentsatz von dem erwähnten Beweise befreit sein sollten. Dadurch werde denselben selbstverständlich das ursprünglich ihnen schon zustehende Recht nicht genommen, zu beweisen, daß der natürliche Gewichtsverlust im konkreten Falle die Prozente überstiegen habe, und um wie viel dies der Fall sei, sowie andererseits dem Absender das Recht bleibe, nachzuweisen, daß dieser Verlust weniger als den Prozentsatz betragen habe.

Von anderen Seiten wurden die in dem Antrage unter Nr. 450 der Zusammenstellung enthaltenen Worte: „noch durch eine mangelhafte Verpackung“ beanstandet, weil sie die betreffende Bestimmung zu sehr beschränkten, und die Meinung vertreten, daß sie aus denselben Gründen entbehrlich seien, aus welchen die Worte: „und der Art ihrer Verpackung“ aus dem Eintrage des ersten Absatzes gestrichen worden. Gegen denselben Antrag wurde sodann noch das weitere Bedenken erhoben, daß dadurch die Bestimmung verloren gehe, welche sich in Art. 398 Abs. 2 der Anlage zum 567. Protokolle finde, daß nämlich die Eisenbahnverwaltungen selbst für den natürlichen Abgang am Gewichte oder am Maaße des Frachtguts haften müßten, insoweit sie selbst Schuld daran trügen, daß äußere Umstände nach den berührten physikalischen Gesetzen auf die Waaren hätten einwirken und einen natürlichen Abgang veranlassen können.

Es wurde jedoch entgegnet: Dieser Punkt hänge mit der noch vorbehaltenen Frage über das Verschulden der Eisenbahnverwaltungen und ihrer Leute zusammen, werde aber auch, soweit nöthig, durch die

Worte des Antrags: „nach den Umständen des Falles“ betroffen.

Im Uebrigen erstreckte sich die Diskussion noch darauf, ob in Abs. 2 des Art. 398 der Anlage zum 567. Protokolle den Parteien eine Gegenbeweissführung und demnach dem Richter eine Kognition nur darüber eingeräumt werden solle, ob der festgesetzte Prozentsatz, dessen Angemessenheit im Allgemeinen für Güter der fraglichen Art nicht zu untersuchen, und deshalb auch ohne Weiteres bei Entscheidung der Sache für angemessen zu erachten sein würde, in dem konkreten Falle nach den besonderen Umständen des Falls für unangemessen anzusehen und deshalb für diesen Fall im Interesse des Absenders oder der Eisenbahn herabzusetzen, beziehungsweise zu erhöhen sei, oder ob die Gegenbeweissführung des Absenders und die Kognition des Richters sich auch darauf solle erstrecken dürfen, daß ein so hoher Prozentsatz für Güter der fraglichen Art überhaupt nicht hätte festgesetzt werden dürfen, und schon im Durchschnitte zu hoch sei, also auch ohne das Vorhandensein besonderer Ausnahmeverhältnisse für nicht maßgebend zu erachten, sondern die Eisenbahn wenigstens für einen Theil des noch nicht über den Prozentsatz hinaussteigenden Schadens verantwortlich sei. Für den Fall, daß auch die zweite Art der Gegenbeweissführung und beziehungsweise richterlichen Kognition für zulässig erachtet werden sollte, hielt man es mehrseitig für nothwendig, daß der in der Anlage zum 567. Protokolle sich findende Ausdruck: „mit der Beschaffenheit des Frachtguts“ auch in den in Aussicht gestellten principiellen Satz aufzunehmen und nicht bloß der besonderen Umstände des Falls Erwähnung zu thun sei.

Die Mehrheit der Versammlung sprach sich dafür aus, daß beide Gegenbeweissführungen zulässig sein müßten. Ein Mitglied war jedoch der Ansicht, daß diese Auffassung nur dann gerechtfertigt erscheine, wenn der Prozentsatz für eine gewisse, weitumfassende Gattung von Waaren festgestellt worden, und nun in Frage stehe, ob der Prozentsatz für eine konkrete, unter diese Gattung fallende Waare angemessen sei, daß sie dagegen nicht unbedenklich erscheine, wenn der Prozentsatz für eine gewisse Waare festgesetzt worden und auch nur diese in Frage stehe, weil in diesem Falle eine Uebereinkunft unter den Kontrahenten vorliege, daß die Eisenbahnverwaltung für den Gewichtsverlust bis zu der festgesetzten Höhe nicht zu haften haben solle, und somit in der Zulassung einer richterlichen Kognition über die Angemessenheit des Prozentsatzes nicht bloß die Zulassung einer Gegenbeweissführung, sondern einer Rescission des Vertrags liegen würde.

Schließlich wurde mit 8 gegen 5 Stimmen entschieden, daß an Stelle des Art. 398 Abs. 2 der Anlage zum 567. Protokolle ein prinzipieller Satz im Sinne des Antrags unter Nr. 450 der Zusammenstellung der Erinnerungen Ziff 2 sub fine aufzunehmen, daß dessen Fassung möglichst im Einklange mit der nunmehr für Art. 371 genehmigten Fassung zu halten sei, und daß die Worte: „noch durch eine mangelhafte Verpackung“ wegzulassen seien. Dabei war man allseitig einverstanden, daß die Prozentsätze, selbst bei einem in der Natur des Guts begründeten Verluste, nicht maßgebend seien, in soweit die Eisenbahnverwaltung Schuld daran trage, daß der fragliche Verlust eingetreten sei. Sodann wurde mit 10 gegen 3 Stimmen entschieden, daß in dem aufzunehmenden Satze auch der Beweis offen zu halten sei, daß die Prozentsätze mit der Beschaffenheit des Guts überhaupt nicht zusammenstimmen, und mit 9 gegen 4 Stimmen, daß dasselbe rücksichtlich der besonderen Umstände des Falls statthaben solle.

Hierauf wurde zu

Art. 399,

einem Vorschlage desjenigen Herrn Abgeordneten entsprechend, von welchem der Antrag in der Anlage zum 574. Protokolle herrührte, der Beschluß gefaßt, zunächst nur den Fall ins Auge zu fassen, wenn die Güter in unbedeckten Wagen befördert würden. Hierauf bezog sich der Antrag unter Nr. II, 4 der eben erwähnten Anlage, zu dessen Gunsten von Seiten des Herrn Antragstellers und mehrerer anderer ihm beitreten der Mitglieder bemerkt ward: Dieser Antrag beruhe gleich dem Art. 399 der Anlage zum 567. Protokolle auf der Ansicht, daß es Frachtverträge und beziehungsweise Transportgeschäfte gebe, welche von den gewöhnlichen Verhältnissen so sehr abweichen, daß man den Eisenbahnen dabei ausnahmsweise eine vertragmäßige Beschränkung der gesetzlichen Haftbarkeit des Frachtführers gestatten müsse, und daß dahin auch der Fall gehöre, wenn die Güter mit der Zustimmung des Absenders auf unbedeckten Wagen transportirt würden. Der Antrag in der Anlage zum 567. Protokolle gehe aber zu weit in der Wiederherstellung der Vertragsfreiheit der Eisenbahnen, wenn er ihnen gestatte, im Falle eine Werthsdeklaration auf dem Frachtbriefe nicht enthalten sei, jede Haftbarkeit für die Güter abzulehnen, und wenn er sie, falls eine Werthsdeklaration vorhanden sei, nur für Abgänge in Gewicht und Stückzahl, und selbst dies nur unter gewissen Voraussetzungen für haftbar erkläre. Billiger Weise könnten die Eisenbahnen in dem vorliegenden Falle nicht mehr ansprechen, als daß sie die Haftung für diejenigen Verluste

und Beschädigungen vertragsmäßig ablehnen dürften, welche dadurch hervorgerufen würden, daß die Güter auf offenen Wagen transportirt würden. Jede andere Bestimmung gehe über den Grund der beabsichtigten Ausnahme hinaus. Die Uebereinkunft, daß das betreffende Gut auf unbedeckten Wagen transportirt werden solle, habe keinen anderen Sinn, als daß sich der Absender vertragsmäßig verpflichte, mit einer geringeren Dilligenz des Frachtführers rücksichtlich der Verwahrung des Guts auf dem Transporte sich begnügen zu wollen. Daraus könne man offenbar nicht folgern, daß sich der Absender jedes Anspruchs auf Prästation einer Dilligenz des Frachtführers, in welcher Richtung es auch immer sei, begeben. Freilich würde die hier vertretene Bestimmung illusorisch sein, wenn man den Eisenbahnen auf Grund eines solchen Vertrags nur dann die Freiheit von einem eingetretenen Verluste u. zugestehen wollte, wenn sie den Beweis erbrächten, daß derselbe durch die besondere Transportart veranlaßt sei. Um aber dem abzuhelpen, empfehle es sich, wie im zweiten Absätze beantragt sei, die Präsumtion aufzustellen, daß die eingetretenen Verluste und Beschädigungen, welche in Folge der besonderen Transportart entstanden sein könnten, auch in Folge derselben wirklich entstanden seien. Somit dem Absender und beziehungsweise Empfänger den Beweis zu überlassen, daß der Schaden in einer anderen Ursache seinen Grund habe. Was den dritten Absatz des Antrags unter Ziff. 4 der Anlage zum 574. Protokolle angehe, so sei dessen Aufnahme deshalb nöthig, damit das Publikum dadurch, daß die Eisenbahnen den Absendern keine andere Transportart für gewisse Arten von Gütern oder am Ende wohl gar für alle Güter zu Gebote stellten, nicht gezwungen werden könne, sich mit der für Transporte auf offenen Wagen festzusetzenden geringeren Haftung zu begnügen.

Von einigen Mitgliedern wurden hierauf die Worte: „laut Erklärung im Frachtbrief“ beanstandet, weil nicht abzusehen sei, weshalb die betreffende Erklärung notwendig im Frachtbriefe sollte geschehen müssen, und deren Streichung beantragt.

Von anderen Herren Abgeordneten ward bemerkt: Das Interesse, welches die Eisenbahnen daran hätten, daß ihnen das Recht nicht verkürzt werde, ihre Haftbarkeit wegen der auf unbedeckten Wagen zu transportirenden Güter zu beschränken, bestehe nicht allein darin, daß sie frei sein wollten von der Haftung für die bei dieser Transportart mehr als sonst einwirkenden Einflüsse der Witterung u. dgl., sondern auch darin, daß sie frei sein wollten von der Verpflichtung, die mit den betreffenden Waaren beladenen Wagen in den

Bahnhöfen einer besonderen Aufsicht zu unterstellen, sie in verschlossenen Magazinen unterzubringen, kurz daß sie nicht für den von dritter Hand herrührenden Diebstahl haften wollten. Aus der unter Nr. II, 4 der Anlage zum vorigen Protokolle vorgeschlagenen Fassung könne man aber nicht entnehmen, daß sich die Befugniß der Eisenbahnverwaltungen, ihre Haftung zu beschränken, auch auf den Diebstahl beziehe, beziehungsweise, daß, wenn sie bedungen hätten, sie wollten für die aus der fraglichen Transportart entstehenden Verluste oder Beschädigungen nicht einstehen, dadurch zugleich die Freiheit von der Haftbarkeit für den durch die fragliche Transportart veranlaßten oder doch erleichterten Diebstahl dritter Personen als ausbedungen anzusehen sei. Um dies deutlicher auszudrücken, und keinen Zweifel darüber zu lassen, daß Diebstahl nicht ohne Weiteres als ein Unfall angesehen werden solle, bei welchem die Annahme, als sei er durch die betreffende Transportart veranlaßt, ausgeschlossen bleiben müsse, sondern daß unter Umständen auch der Diebstahl als Folge der betreffenden Transportart angesehen werden könne, werde beantragt, in den erwähnten Antrag nach den Worten: „Verluste und Beschädigungen“ einzuschalten: „Diebstahl mit einbegriffen.“

Von Seiten des Herrn Antragstellers wurde hierauf erwidert: Man könne keinesweges zugeben, daß der Verlust in Folge Diebstahls von dritter Hand bei der hier in Rede stehenden Transportart eine ganz besondere Beachtung verdiene; das Gegentheil ergebe sich schon aus §. 20 Ziffer 3 des neuesten Entwurfes eines Vereinsreglements, woselbst bei dem Transporte auf unbedeckten Wagen nur die Haftung für Beschädigungen „aus Einflüssen der Witterung“ abgelehnt werde. Im Uebrigen müsse allerdings zugegeben werden, daß auch der Diebstahl unter Umständen als eine Folge der fraglichen Transportart angesehen werden könne und deshalb in dem hier in Rede stehenden Falle von der betreffenden Eisenbahnverwaltung nicht vertreten zu werden brauche, nämlich wenn derselbe im Hinblick auf die Art des Transportes und der Verpackung der Güter und im Vergleiche mit der gewöhnlichen Transportart in bedeckten Wagen leichter ausführbar und schwerer zu verhüten gewesen u. dgl., wogegen er aber allerdings nicht absolut als Folge der Transportart angesehen werden könne, wie dies auch von der andern Seite nicht beabsichtigt zu sein scheine. Es scheine jedoch keiner besonderen ausdrücklichen Bestimmung hierüber zu bedürfen, sondern die in der Anlage zum vorigen Protokolle vorgeschlagene Fassung zu genügen.

Von anderen Mitgliedern wurde gegen den Satz:

„welche in Folge dieser Transportart entstanden sind“ das Bedenken erhoben, ob derselbe die Ansicht des Antrags genügend auszudrücken im Stande sei, und namentlich geltend gemacht, daß er leicht zu weit aufgefaßt werden könne. Um diesem Bedenken abzuweichen, wurden verschiedene Vorschläge eingebracht. Ein Mitglied befürwortete, statt dieses Zwischensatzes zu setzen: „welche bei dieser Transportart ohne Verschulden der Eisenbahnen vorzukommen pflegen“, ein anderer Herr Abgeordneter dagegen, welcher diese Fassung für zu schwankend hielt, als daß sie sich für die Praxis eignen könnte, schlug vor, zu setzen: „welche bei dieser Transportart nicht abzuwenden sind.“

Ein anderer Herr Abgeordneter war der Ansicht, es komme bei der in Rede stehenden Transportart wesentlich darauf an, daß die Eisenbahnen nicht für verbunden erachtet werden wollten, die Ursache eines eingetretenen Verlusts oder der vorhandenen Beschädigung genau anzugeben, also, daß sie, wenn von hundert verladenen Säcken einer fehle, sich einfach darauf zu berufen berechtigt seien, sie könnten über die Art und Weise seines Abhandenkommens keine Auskunft geben, und schlug, um dies auszudrücken, vor, zu bestimmen, den Eisenbahnen sei unbenommen, für den in Rede stehenden Fall vertragsmäßig festzusetzen, daß sie die Unfälle nicht zu tragen hätten, welche mit dieser Transportart in Verbindung ständen.

Mehrere Mitglieder, und darunter der Herr Abgeordnete, von welchem die Anlage zum 567. Protokolle herrührte, machten dem bisherigen gegenüber die Auffassung geltend, daß es sich empfehle, bezüglich des Transportes von Gütern auf offenen Wagen den Eisenbahnen die ganze Vertragsfreiheit zurückzugeben und somit sich aller Einzelheiten darüber im Gesetze zu enthalten, vielmehr den Eisenbahnverwaltungen die Festsetzung der nöthigen Einzelheiten in den Reglements anheimzugeben; denn es werde kaum möglich sein, diese Frage in einem Gesetzbuche, das für eine lange Zeit Geltung erhalten solle, entsprechend zu regeln; sodann habe der Verkehr selbst ein Interesse daran, daß die Eisenbahnen in diesem Punkte nicht zu sehr beengt würden, weil es Güter gebe, bei denen der Handelsstand mit Rücksicht auf deren Werth dringend wünschen müsse, den Transport so wohlfeil als möglich ausgeführt zu sehen, selbst auf die Gefahr hin, daß da und dort ein Verlust entstehe, für welchen die Eisenbahnverwaltung nicht zu haften habe, die Eisenbahnen aber, je mehr sie durch die Vorschrift des Handelsgesetzbuchs auch beim Transporte von Gütern auf offenen Wagen beengt würden, desto weniger in der

Sage seien, solchen Wünschen zu genügen. Von dieser Seite wurde Art. 399 der Anlage zum 567. Protokolle dahin amendirt, daß aus dem ersten Absätze die Worte: „selbst dann, wenn der Frachtbrief eine Werthszugabe des Absenders (Art. 396) enthält“ und Abs. 2 gänzlich zu streichen seien.

Bei der Abstimmung wurde dieser zuletzt erwähnte Antrag mit 9 gegen 4 Stimmen abgelehnt, und mit 7 gegen 6 Stimmen die Streichung der Worte: „laut Erklärung im Frachtbrief“ genehmigt. Sodann wurde der Vorschlag, im Antrage unter Nr. II, 4 der Anlage zum vorigen Protokolle statt: „welche in Folge dieser Transportart entstanden sind“ zu setzen: „welche bei dieser Transportart ohne Verschulden der Eisenbahnen vorzukommen pflegen“ mit 7 gegen 5 Stimmen, (da sich ein Mitglied seiner Stimme enthielt), und der Antrag, zu setzen: „welche bei dieser Transportart nicht abzuwenden sind“ mit 11 gegen 1 Stimme abgelehnt, und mit 7 gegen 5 Stimmen beschlossen, nach: „Verluste und Beschädigung“ einzuschalten: „Diebstahl mit einbegriffen.“ Mit diesen Modifikationen wurde schließlich der erste Absatz des Antrags unter Nr. II, 4 der Anlage zum vorigen Protokolle mit 9 gegen 3 Stimmen angenommen, jedoch der Redaktionskommission anheimgegeben, zu erwägen, ob es einer ausdrücklichen Erwähnung des Diebstahls bedürfe.

Der zweite Absatz des eben erwähnten Antrags wurde nach kurzer Diskussion in der Erwägung, daß es auf die Umstände des konkreten Falls und nicht darauf ankomme, was zu irgend einer Zeit und an irgend einem Orte möglich sei, mit der Modifikation, daß statt: „entstanden sein können“ gesetzt werde: „entstanden sein konnten“ mit 7 gegen 5 Stimmen angenommen.

Bei Berathung des dritten Absatzes des eben besprochenen Antrags traten der Auffassung des Herrn Antragstellers mehrere Herren Abgeordnete bei; einige von ihnen schlugen jedoch vor, der in Art. 396 Nr. 4 des Antrags unter Nr. 450 der Zusammenstellung vorgeschlagenen Fassung: „während dem Absender — des Transports zu wählen“ den Vorzug zu geben, da es nicht allein darauf ankomme, daß die Eisenbahnverwaltung eine andere sicherere Transportart dem Absender zur Verfügung gestellt habe, sondern auch darauf, daß dies unter angemessenen Bedingungen geschehen sei. Mit Rücksicht hierauf erklärte der Herr Antragsteller, daß er sich dieser Auffassung anschließe und dem entsprechend seinen Vorschlag modifizire. Zur Motivirung dieses Antrags ward wiederholt darauf hingewiesen, daß, wenn nicht ein solcher Zusatz aufge-



nommen werde, die Bestimmung des Art. 376 ganz illusorisch sei, indem den Eisenbahnverwaltungen die Möglichkeit geboten würde, zu erklären, daß sie fortan alle Güter nur noch auf offenen Wagen transportiren würden, oder so enorm hohe Tariffsätze festzustellen, daß Niemand von einer andern Transportart Gebrauch machen könne, und damit jeder strengeren Haftung ein Ende zu machen. Die Vorschrift, daß die andere Transportart unter angemessenen Bedingungen angeboten worden sein müsse, könne von dem Richter wohl beurtheilt werden, bilde aber auch zugleich einen Fingerzeig für diejenigen, welche die Tarife der Bahnverwaltungen zu revidiren und zu genehmigen hätten.

Gegen diesen Zusatz wurde eingewendet: Dieser Zusatz sei geradezu unausführbar und ziehe die bedenklichsten Verwicklungen nach sich. Finde dieser Zusatz eine Stelle im Gesetze, so würden nicht bloß die Eisenbahntarife revidirenden Staatsregierungen die Frage zu entscheiden haben, ob die Eisenbahn angemessene Bedingungen gestellt habe oder nicht, sondern diese Entscheidung würde in jedem einzelnen Prozesse dem Richter zustehen. Dieß sei einmal aus Gründen des öffentlichen Rechts und sodann auch deswegen unsinnhaft, weil den Gerichten diejenige Sachkenntniß nicht zur Seite stehe, welche nöthig sei, um zu entscheiden, welche Tariffsätze für eine gewisse Transportart auf einer großen Strecke die angemessenen seien. Abgesehen davon wisse dann Niemand, bevor der Richter sich im konkreten Falle endgültig ausgesprochen habe, ob die andere Transportart unter angemessenen Bedingungen angeboten worden, also auch nicht, ob der Vertrag rücksichtlich der beschränkten Haftbarkeit der Eisenbahnverwaltung für den Transport der Güter auf offenen Wagen gültig sei oder nicht. Der fragliche Zusatz gereiche dem Verkehre schon durch diese Unsicherheit zum größten Nachtheile, und in noch höherem Maße sei dies aus anderen Gründen der Fall. Man möge nur den Fall setzen, daß ein Absender eine Schiffsladung von solchen Gütern, die den Transport auf offenen Wagen im Allgemeinen wohl verträgen, erhalte, und sie rasch nach dem Inlande zu befördern wünsche, die betreffende Eisenbahnverwaltung aber gerade nur noch unbedeckte Wagen und keine genügende Anzahl von bedeckten Wagen bereit habe, da letztere bereits anderweitig in Fahrt gesetzt worden. In einem solchen Falle sei die Bahn faktisch nicht in der Lage, eine sicherere Transportart anzubieten, und dürfe es deshalb auch nicht wagen, den ihr angebotenen Transport auf unbedeckten Wagen zu übernehmen, weil sonst der Vertrag wegen Beschränkung der Haftbarkeit für den

Transport auf den unbedeckten Wagen keine Gültigkeit hätte.

Schließlich wurde die Frage, ob ein Zusatz im Sinne des Abs. 3 von Ziff. II. 4 der Anlage zum vorigen Protokolle, beziehungsweise des Antrags in Art. 396 unter Nr. 450 der Zusammenstellung Nr. 4. aufzunehmen sei, mit 7 gegen 6 Stimmen verneint.

## DLXXVI. Sitzung.

Nürnberg, am 25. Januar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher die in der 571. Sitzung zugegen gewesenen Mitglieder Antheil nahmen, wurde in der Berathung der Anträge unter Nr. 450 — 454 der Zusammenstellung der Erinnerungen, sowie der Anlagen zum 567. und zum 574. Protokolle fortgefahren und hiebei zunächst in Betracht gezogen, ob eine besondere Bestimmung für den Fall aufzunehmen sei, daß der Absender im Einverständnisse mit der Bahnverwaltung das Auf- und Abladen der Güter selbst übernommen habe.

Für diesen Fall war im Hinblick auf die Gleichheit der Umstände sowohl in Art. 399 der Anlage zum 567. Protokolle, als in Nr. II, 5 der Anlage zum 574. Protokolle eine ähnliche Bestimmung empfohlen, wie sie in jedem dieser Anträge für den Fall des Transportes der Güter auf unbedeckten Wagen in Vorschlag gebracht worden. Bei der erwähnten Ähnlichkeit der Verhältnisse wurde nunmehr auch in der Diskussion von mehreren Seiten die Ansicht vertreten, daß beide Fälle gleich zu behandeln seien, und demzufolge in Konsequenz der in der vorigen Sitzung gefaßten Beschlüsse der erste und zweite Absatz des Vorschlags unter Nr. II, 5 der Anlage zum 574. Protokolle anzunehmen sei. Hiegegen wurde zwar von einer Seite der Einwand erhoben, daß, wenn die in der vorigen Sitzung für den Fall des Transportes der Güter auf unbedeckten Wagen angenommenen Bestimmungen auf den Fall übertragen würden, wenn die Auf- und Abladung der Güter von dem Absender selbst übernommen worden, und demnach den Eisenbahnen nur gestattet werde, die Haftung für die in Folge der Auf- und Abladung entstehenden Schäden,

abzulehnen, mindestens zweifelhaft bleibe, ob die Eisenbahnverwaltungen auch die Haftung für die bei der Auf- und Abladung der Güter selbst entstehenden Schäden, z. B. für einen dabei entstehenden theilweisen Verlust, sollten ablehnen können, während die Bejahung dieser Frage bei der Wichtigkeit der Sache und im Hinblick auf die Natur der in Rede stehenden Verhältnisse außer Zweifel stehen sollte, und daß deshalb zu setzen sein werde: „bei oder in Folge des Auf- und Abladens.“ Es wurde jedoch von mehreren Seiten hierauf bemerkt: Das eben berührte Bedenken betreffe nur die Frage, wie in dem Falle, wenn der Absender mit Zustimmung der Eisenbahnverwaltung das Auf- und Abladen der Güter übernommen habe, der Beweis zu führen sei, daß und wieviele Güter und in welchem Zustande sie der Eisenbahn zum Transporte übergeben worden, und nicht die Frage, wie weit die Eisenbahnverwaltung von der Zeit der Uebernahme bis zur Ablieferung der Güter für die inzwischen entstehenden Verluste und Beschädigungen haften solle. Denn wenn bei dieser Art von Gütertransport von hundert Säcken, die in dem Frachtbriefe als verladen bezeichnet seien, nur neun und neunzig wirklich aufgeladen worden, so sei der hundertste Sack nicht verloren, und könne sonach von einem der Eisenbahnverwaltung zur Last fallenden Verluste überhaupt nicht die Rede sein. Beide Fragen müßten aber nothwendig getrennt werden, und könne deshalb auch das dargelegte Bedenken hier zunächst keine besondere Berücksichtigung finden. Die Verhältnisse seien zu verschieden, als daß die Frage, wie der Beweis zu führen sei, daß die Eisenbahn die behauptete Quantität von Gütern übergeben erhalten und übernommen habe, auf eine so einfache Art erledigt werden könnte, wie oben angedeutet worden. Soviel sei klar, daß der Frachtbrief in dem hier in Rede stehenden Falle nicht ohne Weiteres als ein genügendes Beweismittel darüber angesehen werden könne, wie viele Güter und in welchem Zustande dieselben verladen worden. Andererseits sei es aber auch nicht gerechtfertigt, ohne Weiteres auszusprechen, daß die Eisenbahnverwaltung für die während der Auf- und Abladung entstehenden Verluste und Beschädigungen gar nicht zu haften habe; in dieser Beziehung komme nämlich Alles auf die konkreten tatsächlichen Verhältnisse und darauf an, ob man mit Grund annehmen könne, daß die Eisenbahnverwaltung die bereits verladen gewesenen und nachher, während die Abladung vielleicht durch die Nacht unterbrochen gewesen, verloren gegangenen oder beschädigten Frachtstücke bereits übernommen gehabt habe oder nicht.

Diese letztere Frage werde aber anders zu entscheiden sein, je nachdem die Eisenbahnverwaltung die Auf- und Abladung ohne alle Kontrolle Seitens ihrer Beamten vor sich gehen lasse, oder eine Kontrolle statthabe, und der betreffende Beamte berufen sei, sich hiebei zu überzeugen, wie viele und welche Frachtstücke aufgeladen würden, je nachdem er also eigentlich übernehme, oder seine Aufgabe vielleicht nur darin bestehe, darauf zu achten, daß die Wagen nicht über ihre Tragkraft beladen würden u.

Im Hinblick auf diese letzteren Erwägungen wurde von einem anderen Mitgliede bemerkt: Die Bestimmung unter Nr. II, 5 der Anlage zum 574. Protokolle genüge dem Bedürfnisse nicht. An und für sich würden die Eisenbahnverwaltungen die gesetzliche Haftung eines Frachtführers schon während der Aufladung wegen der bereits aufgeladenen Frachtstücke und noch während der Abladung für die noch nicht abgeladenen Frachtstücke haben, weil das receptum schon mit dem Beginne der Aufladung und zwar für jedes einzelne Frachtstück mit der Empfangnahme desselben beginne und für dieses Frachtstück erst mit dessen Ablieferung ende. Das Interesse der Eisenbahnen scheine es jedoch zu fordern, daß man gerade hierin eine Abänderung der gesetzlichen Haftung gestatte, und den Eisenbahnverwaltungen die Befugniß einräume, zu bedingen, daß die Haftbarkeit aus dem receptum erst mit dem Augenblicke beginne, in welchem der beladene Wagen der Eisenbahn zum Transporte übergeben werde, und mit dem Augenblicke sich ende, in welchem der Wagen am Bestimmungsorte dem Empfänger zur Disposition gestellt werde. Daß die Eisenbahnverwaltungen ein Recht hätten in dieser Weise zu paktiren, sei um deswillen nicht ganz zweifellos, weil dieselben doch auch schon die theilweise aufgeladenen Güter in ihrem Gewahrsam hätten, z. B. wenn bei hereinbrechender Dunkelheit der halbbeladene Wagen im Bahnhofe stehen bleibe u. dgl. Nehme man es in dieser Beziehung zu streng, so mache man dadurch die von den Eisenbahnverwaltungen projectirte Unterscheidung zwischen Frachtgut und Fahrgut auch der Sache nach unmöglich. Denn gerade darin, daß das receptum und die hieraus fließenden Verbindlichkeiten des Frachtführers erst mit der Uebergabe des beladenen Wagens zum Transporte begännen und mit der Ueberweisung des Wagens an den Empfänger behufs der Abladung endigten, liege das eigentliche Wesen des f. g. Fahrguts, und nicht darin, daß bei letzterem nur eine Sachmiethe vorliege und eine locatio conductio operis gänzlich fehle. Letztere sei allerdings

ganz unzweifelhaft auch bei dem sogenannten Fahrgute vorhanden, und demnach die auf die Abwesenheit einer locatio conductio operis gebaute Unterscheidung zwischen Fahrgut und Frachtgut unhaltbar. Dieß hätten die Eisenbahnverwaltungen, wie aus dem Schlußsatz von §. 20 Ziff. 4 des neuesten Entwurfs eines Vereinsreglements hervorgehe, woselbst bestimmt werde, daß das vom Absender aufgeladene und vom Empfänger abzuladende Frachtgut wie Fahrgut zu beurtheilen sei, auch unzweifelhaft selbst gefühlt. Es werde deshalb beantragt, vor der Bestimmung in Ziff. II, 5 der Anlage zum 574. Protokolle folgenden Satz einzufügen:

- a) „Es kann verabredet werden, daß die Haftpflicht der Eisenbahnen erst mit der vollendeten Aufladung beginne und mit der Ueberweisung des Wagens an den Empfänger ende.“

Von anderen Seiten wurde jedoch auch dieser Antrag im Hinblick auf die oben berührten tatsächlichen Verhältnisse für bedenklich erachtet, und beigefügt: Es bedürfe eines solchen Zusages auch gar nicht, weil durch keine Bestimmung des Gesetzes die Vereinbarung, daß die Güter erst mit dem im Antrage bezeichneten Momente für übernommen, beziehungsweise schon mit dem daselbst benannten Augenblicke für übergeben gelten sollten, verboten werde. Die Richtigkeit der Ausführungen über das Fahrgut könne dagegen nicht zugestanden werden, Letzteres siehe vielmehr hier gar nicht in Frage.

Der Antrag unter a wurde hierauf vorläufig nicht weiter verfolgt.

Von anderer Seite wurde bei der Relevanz des im Eingange der Diskussion berührten Bedenkens gegen den Antrag unter Ziffer II, 5 der Anlage zum 574. Protokolle beharrt und mit Rücksicht hierauf, sowie in der Erwägung, daß die Worte: „in Folge der Aufladung“ leicht dahin verstanden werden könnten, als sollten die Eisenbahnverwaltungen jede Verantwortlichkeit für die vom Absender selbst verladenen Güter ablehnen können, weil man argumentiren könnte, daß die betreffenden Schäden ohne die Aufladung nicht entstanden wären, folgende Bestimmung empfohlen:

- b) „Wenn das Auf- und Abladen der Güter gemäß dem Frachtvertrage durch den Absender geschieht, so kann wirksam festgesetzt werden, daß für Verlust und Beschädigung, welche beim Auf- oder Abladen oder in Folge eines fehlerhaften Auf- oder Abladens entstanden sind, nicht gehaftet werde.“

„Es wird vermuthet, daß die Verluste oder die Beschädigungen beim Auf- oder Abladen

„oder in Folge eines fehlerhaften Auf- oder Ab-  
 „ladens entstanden sind, welche in dieser Weise  
 „entstanden sein konnten.“

oder:

„Die Eisenbahn haftet nicht, wenn ihr nicht be-  
 „wiesen wird, daß der Schaden nicht durch das  
 „Auf- und Abladen entstanden sei.“

Hiegegen wurde noch eingewendet, es sei zu selbst-  
 verständlich, daß die Abladung eine fehlerhafte gewesen  
 sein müsse, wenn sie Verlust oder Beschädigung zur  
 Folge gehabt habe, als daß es noch einmal ausdrück-  
 lich gesagt zu werden brauchte. Die Schlußfolgerung  
 aber, daß die Eisenbahnen sich Freiheit von aller und  
 jeder Haftung bedingen könnten, wenn der Antrag  
 unter II, 5 der Anlage zum 574. Protokolle ange-  
 nommen werde, weil, wenn die Güter nicht aufgeladen  
 worden wären, sie auch auf dem Transporte keinen  
 Schaden erlitten hätten, somit jeder Schaden in Folge  
 des Aufladens eintrete, sei nicht zu befürchten. Was  
 sodann die Fassung der erforderlichen Präsumtion an-  
 gehe, so treffe die zweite der unter b proponirten Re-  
 daktionen die Fälle nicht, in welchen nicht ermittelt  
 werden könne, auf welche Weise die Güter abhanden  
 gekommen oder beschädigt worden seien; denn in sol-  
 chen Fällen würde der oben erwähnte Beweis nicht  
 möglich sein, und doch könne man es nicht für gerecht-  
 fertigt erachten, daß die Bahnverwaltung in diesen  
 Fällen unter allen Umständen von der Haftbarkeit frei  
 sein solle. Deshalb werde man, auch abgesehen von  
 der in der zweiten Alternative sich findenden Häufung  
 von Negationen, der ersten Fassung den Vorzug geben  
 müssen.

Von anderen Mitgliedern wurde geltend gemacht:  
 Die Bestimmungen unter Ziff. II, 5 der Anlage zum  
 574. Protokolle, sowie der Vorschlag unter b würden  
 dann unbedenklich sein, wenn es sich bloß darum han-  
 delte, zu bestimmen, was für eine rechtliche Wirkung  
 in Ermangelung einer deutlicheren Abrede dem Ueber-  
 einkommen, daß der Absender die Auf- und Abladung  
 selbst besorgen solle, beizulegen sei. Da es sich aber  
 darum handle, die Grenze festzusetzen, bis zu welcher  
 die Eisenbahnverwaltungen sich Freiheit von der gesetz-  
 lichen Haftbarkeit des Frachtführers bedingen dürften,  
 erschienen die vorgeschlagenen Bestimmungen gerade für  
 das Interesse des handeltreibenden Publikums gefähr-  
 lich. Viele Waaren verträgen nur eine sehr geringe  
 Fracht, und die Eisenbahnverwaltungen würden deshalb  
 vom Handelsstande fortwährend gedrängt, dergleichen  
 Güter gegen thunlichst geringe Frachtsätze zu überneh-  
 men. Hierauf einzugehen seien die Eisenbahnverwal-

tungen aber nur dann im Stande, wenn ihnen der größte Theil ihrer Haftbarkeit abgenommen werde, und der Handelsstand lasse sich gewöhnlich sehr gerne hierauf ein, weil der Werth der solchergestalt verladenen Waaren häufig sehr gering und im Durchschnitt für den einzelnen Kaufmann der Vortheil einer geringen Fracht größer sei, als der aus der eignen Uebernahme der Gefahr entspringende Nachtheil. Durch die vorgeschlagenen Bestimmungen werde aber den Eisenbahnverwaltungen die Möglichkeit genommen, den eben bezeichneten Bedürfnissen des Publikums entgegen zu kommen. Es empfehle sich deshalb, statt der bisher besprochenen Anträge folgende allgemeine Vorschrift aufzunehmen:

- c) „Die Eisenbahnverwaltungen können die gesetzliche Haftung des Frachtführers wirksam beschränken, wenn der Absender im Einverständniß mit der Bahnverwaltung das Auf- und Abladen übernommen hat.“

Diesem Antrage gegenüber ward jedoch von mehreren Mitgliedern die Ansicht vertreten, daß derselbe zu weit gehe.

Ein anderes Mitglied beantragte von jeder Bestimmung für den Fall Umgang zu nehmen, daß der Absender die Auf- und Abladung selbst übernehme, weil sich Alles, was darin ausgesprochen werden solle, von selbst verstehe, indem die Zeit, innerhalb welcher der Frachtführer aus dem receptum haften müsse, vor Vollendung der Aufladung noch nicht begonnen und mit dem Beginne der Abladung wieder geendet habe, und nicht bezweifelt werden könne, daß der Frachtführer nicht für die Folgen der eigenen Handlungen des Absenders haftbar sei, die Aufnahme einer besonderen Bestimmung hierüber somit nur zu einer schiefen Auslegung des Art. 371 Anlaß geben werde.

Hierauf wurde jedoch entgegnet, daß keinesfalls die beantragte Präsumtion auf Grund des Art. 371 sich von selbst ergebe, sondern nach dieser Bestimmung die Eisenbahnverwaltungen den Beweis liefern müßten, daß der eingetretene Schaden Folge der Auf- oder Abladung sei.

Ein Mitglied bemerkte noch, nach seiner Ansicht sei unter Aufladung auch die Art und Weise der Verladung der Güter auf dem Wagen zu verstehen, eine Bemerkung, welche von keiner Seite Widerspruch fand.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag unter c mit 8 gegen 5 Stimmen und der Antrag unter b mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt, und mit demselben Stimmenverhältnisse der erste und zweite Absatz des

Antragß unter Ziff. II, 5 der Anlage zum 574. Protokolle *salva redactione* mit der Modifikation, daß die Fassung der Präsumtion mit den in der vorigen Sitzung gefaßten Beschlüssen in Einklang zu setzen sei, angenommen. Der Antrag, alle Bestimmungen über den hier in Rede stehenden Fall zu streichen, wurde mit 11 gegen 2 Stimmen abgelehnt:

Bezüglich des dritten Absatzes des Antrags unter II, 5 der Anlage zum 574. Protokolle ward auf die in der vorigen Sitzung zum dritten Absätze des Antrags unter II, 4 derselben Anlage geltend gemachten Gründe und Gegengründe Bezug genommen und noch für dessen Annahme angeführt: Die Verhältnisse seien hier keineswegs ganz gleich denen bei Verladung der Güter in unbedeckten Wagen, weil die Bahnverwaltung zwar vielleicht nicht bedeckte Wagen genug habe, um eine andere Transportart anbieten zu können, wohl aber immer die Auf- und Abladung selbst übernehmen könnte, zumal die Eisenbahnverwaltung dieselbe nicht gerade immer sofort nach der Anmeldung der Güter vornehmen zu lassen schuldig sein würde, weil ferner das Verlangen einer anderweitigen, mit größerer Haftbarkeit der Bahnverwaltungen verbundenen Transportart um so seltener sein werde, je mehr der Absender im Stande sei, die Auf- und Abladung wohlfeiler durch seine eigenen Leute besorgen zu lassen, als die Bahnverwaltungen. Um dem auch heute wieder vorgebrachten Einwande zu begegnen, daß der Richter über die Angemessenheit der Tariffätze zu urtheilen haben würde, und daß dies den Verhältnissen nicht entspreche, ward vorgeschlagen, die beantragte Bestimmung wie folgt zu fassen:

„Die Verträge sind unwirksam, wenn nicht dem  
„Absender gegen Vergütung (gegen erhöhte Fracht)  
„Gelegenheit geboten war, das Auf- und Abladen  
„durch die Eisenbahnverwaltung besorgen zu lassen.“

Es wurde jedoch eingewendet: An solchen Plätzen, an welchen eine gewisse Waare produziert und in großen Massen versendet werde, z. B. in der Nähe von Kohlengruben, würden die Eisenbahnverwaltungen nicht im Stande sein, das nöthige Personal zu halten, um jedem Absender die Wahl zu ermöglichen, ob er selbst auf- und abladen lassen oder diese Geschäfte der Bahnverwaltung überlassen wolle, und würden dann dem Absender, der mit seinen eigenen Leuten noch dazu wohlfeiler arbeite, auch den Vortheil einer geringeren Fracht gar nicht einräumen dürfen. Ein Mißbrauch der eben angenommenen Bestimmungen sei hier auch um deswillen nicht zu befürchten, weil eine Anwendung derselben offenbar nur dann denkbar sei, wenn



der Absender ganze Wagenladungen versenden lasse, und nicht auch bei Versendung einzelner bestimmter Frachtstücke.

Schließlich wurde die in Rede stehende Bestimmung mit 8 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Hierauf wurde dem Antrage des Herrn Abgeordneten für die Thüringischen Staaten entsprechend beschlossen, hier sogleich den Fall in Erwägung zu ziehen, wenn die Güter, die an und für sich eine Verpackung bedürften, ohne Verpackung oder in einer mangelhaften Verpackung verladen würden, und dabei in Betracht gezogen, ob dem Antrage in der Anlage zum 574. Protokolle Nr. II, 3 entsprechend dieser Fall im Gegensatze zu dem weiter gehenden Vorschlage in Art. 400 a Ziffer 2, b der Anlage zum 567. Protokolle dem Falle gleichzustellen sei, wenn die Güter in unbedeckten Wagen versandt würden, oder vom Absender die Auf- und Abladung selbst besorgt werde.

Bei der Berathung dieses Gegenstandes wurde von mehreren Mitgliedern die Ansicht vertreten, daß der Vorschlag in Art. 400 a der Anlage zum 567. Protokolle, durch welchen den Eisenbahnverwaltungen gestattet würde, jede Haftung für diejenigen Güter abzulehnen, welche mit Zustimmung beider Theile ohne die gehörige Verpackung versendet würden, zu weit gehe, und daß auch hier nur Freiheit von denjenigen Schäden sollte bedungen werden dürfen, welche Folge der Versendung ohne Verpackung, beziehungsweise der Versendung in mangelhafter Verpackung seien, indem z. B. nicht abzusehen sei, weshalb, wenn die Eisenbahnen einmal allgemein die Verpflichtung übernommen hätten, für Feuer, Achsenbruch u. dgl. zu haften, und in Folge solcher Unfälle die mit beiderseitiger Genehmigung in schlechter Verpackung versendeten Güter beschädigt würden, die Eisenbahnverwaltung frei von der Verpflichtung zum Ersatze derselben sein sollte u. dgl.

Von einigen Mitgliedern wurde aus denselben Erwägungen, aus welchen zu Ziff. II, 4 der Anlage zum 574. Protokolle die Streichung der Worte: „laut Erklärung im Frachtbriefe“ beantragt worden war, und bei der Ähnlichkeit der Verhältnisse die Streichung der Worte: „im Frachtbriefe“ aus Ziff. II, 3 der eben erwähnten Anlage und aus Ziff. 3 des Art. 396 des Antrags unter Nr. 450 der Zusammenstellung in Vorschlag gebracht, wogegen von anderen Mitgliedern deren Beibehaltung mit Rücksicht auf den zu Art. 398 Abs. 1 Satz 2 der Anlage zum 567. Protokolle gefaßten Beschluß und die hiefür geltend gemachten Gründe befürwortet ward, während ein anderer Herr Abgeordneter hinzufügte: Nach Art. 371 habe der

Frachtführer, wenn er die Güter mit äußerlich erkennbar schlechter Verpackung annehme, selbst wenn der Absender diese Fehler der Verpackung veranlaßt habe, für die daraus entstehenden Schäden zu haften; er müsse nach diesem Artikel, wenn er einmal solche Güter angenommen habe, entweder die Fehler der Verpackung beseitigen lassen oder den daraus entspringenden Schaden bezahlen. Um dieser Bestimmung gegenüber keine Verwirrung zu veranlassen, erscheine es allerdings erforderlich, zu bestimmen, daß sich der Absender in leicht erkennbarer Weise darüber aussprechen müsse, ob er die Gefahr der schlechten oder fehlenden Verpackung über sich nehmen wolle, wenn es in seiner Absicht liege, daß die hier in Rede stehende Ausnahmebestimmung zur Anwendung kommen solle.

Der Herr Abgeordnete für Hannover schlug endlich vor, aus Art. 396 Ziff. 3 des Antrags unter Nr. 450 die Worte: „ungeachtet der Transport derselben ihrer Natur nach eine Verpackung zum Schutz gegen Verlust oder Beschädigung erfordert“ zu streichen, weil es unmöglich sei, diese Frage für jede der gerade in Frage stehenden Güter kategorisch zu bejahen oder zu verneinen, und man sehr häufig nicht mehr werde sagen können, als daß die Waaren in dieser Verpackung besser, in einer anderen schlechter verwahrt seien.

Dieses Bedenken ward indeß nicht für begründet erachtet und die Befürchtung ausgesprochen, daß die beantragte Bestimmung nach Weglassung der fraglichen Worte leicht mißbraucht werden könne.

Bei der Abstimmung wurde der zuletzt erwähnte Antrag mit 12 gegen 1 Stimme und der Antrag auf Streichung der Worte: „im Frachtbriefe“ mit 10 gegen 3 Stimmen abgelehnt, dagegen der erste Absatz des Antrags unter Nr. II, 3 der Anlage zum 574. Protokolle mit 12 gegen 1 Stimme angenommen. Der zweite Absatz, die zu Gunsten der Eisenbahnen zu statuierende Vermuthung betreffend, wurde in demselben Sinne, wie bei den Bestimmungen unter Nr. II, 4 und 5 mit 11 gegen 2 Stimmen genehmigt.

Hierauf wurde noch anerkannt, daß Abs. 2 des Art. 399 der Anlage zum 567. Protokolle bereits seine Erledigung gefunden habe, indem das Prinzip angenommen worden sei, daß die Eisenbahnen ihre Haftbarkeit in den betreffenden Fällen nicht, wie im Abs. 1 der erwähnten Anlage habe bestimmt werden sollen, beliebig beschränken könnten, sondern nur die Haftung für die in Folge der betreffenden Transportart entstandenen Schäden abzulehnen befugt seien, und sodann zu

## Art. 400 a

der Anlage zum 567. Protokolle übergegangen.

Bei Berathung der in diesem Artikel besprochenen Fälle wurde zunächst ebenso wie bei den Fällen des Art. 399 beschlossen, vorläufig die Frage, welchen Einfluß es habe, wenn ein Verschulden der Eisenbahnverwaltungen oder ihrer Leute nachgewiesen werde, außer Acht zu lassen, und sodann der Antrag gestellt, statt des Art. 400 a Ziff. 1 der Anlage zum 567. Protokolle, soweit er sich auf das Reisegepäck bezieht, den Antrag in der Anlage zum 574. Protokolle unter Nr. II, 1a anzunehmen, und hiefür geltend gemacht: Auch in dem eben besprochenen Antrage sei nur an das zum Transporte besonders aufgegebene Reisegepäck gedacht. Was das nicht besonders zum Transporte übergebene Reisegepäck angehe, so verstehe es sich von selbst, daß die Eisenbahnen für den Verlust und die Beschädigung desselben als Frachtführer aus dem Gesichtspunkt des receptum nicht zu haften hätten. Dies sei bezüglich des Handgepäcks der Reisenden, welches dieselben bei sich behielten, so zweifellos, daß hierüber gar keine besondere Bestimmung aufgenommen zu werden brauche. Zweifelhaft könne die fragliche Entscheidung nur wegen des Gepäcks sein, welches in den zum Weitertransporte auf die Bahn gebrachten Equipagen zurückbleibe, und nicht besonders zum Transport übergeben werde. Für letzteres sei eine ausdrückliche Aufnahme dieser Entscheidung auch von größerem praktischem Interesse, weshalb unter 1, b ein entsprechender Zusatz in Vorschlag gebracht sei. Was aber das besonders übergebene Gepäck betreffe, von welchem in der Anlage zum 567. Protokolle gar nicht die Rede sei, so führe es einerseits zu weit, wenn man die Festsetzung der Haftbarkeit der Eisenbahnverwaltungen denselben ganz anheimgebe, und ihnen somit gestatte, jede Haftbarkeit hiefür abzulehnen, wie dies in Art. 396 Ziff. 1 des Antrags unter Nr. 450 der Zusammenstellung geschehe. Es fehle hiefür einmal an besonderen, in der Natur der Sache oder des Geschäftsverkehrs der Eisenbahnen liegenden Gründen, indem der Transport des Reisegepäcks seiner rechtlichen Natur nach nichts anderes als ein gewöhnliches Frachtgeschäft sei, wenn es auch mit anderen als bei dem gewöhnlichen Frachtgute gebräuchlichen Manipulationen betrieben werde; denn der Umstand, daß diese Güter auf Personenzügen befördert würden, daß der Eigenthümer meistens auf demselben Zuge mitfahre, und daß ein auf den Inhaber lautender Ladeschein ausgestellt sei, vermöge dem Transportgeschäfte selbst keine andere rechtliche Natur zu verleihen.

Ein Mitglied fügte bei: Es sei vom Standpunkt der Gesetzgebung aus zu beachten, daß das Gepäck oft den größten Theil des Vermögens der Reisenden bilde und daß der neue Postvereinsvertrag vom August 1860 (Oesterreich. Reichsgesetzblatt Nr. 1 Jahrgang 1861) das Reisegepäck nicht nur keineswegs von der Ersatzpflicht der Postanstalten ausschließe, sondern im Art. 75 in manchen Fällen den Ersatz eines höheren, als des declarirten Werthes zusichere. Es sei daher nicht abzusehen, weshalb die Eisenbahnen berechtigt sein sollten, sich jeder Ersatzpflicht für das Reisegepäck zu entschlagen, oder nur einen solchen Ersatz dafür zu leisten, welcher außer allem Verhältniß mit dem Werthe des Gepäcks stehe. Andererseits hätten die Eisenbahnen selbst niemals beansprucht, ganz frei von der Haftung für das ihnen zum Transporte übergebene Gepäck der Reisenden zu sein, sondern nur das Verlangen gestellt, daß die Ansprüche wegen Verlust oder Beschädigung des Reisegepäcks innerhalb gewisser kurzer Fristen geltend gemacht werden müßten. Und dieses letztere Verlangen sei auch in der Natur der Verhältnisse begründet. Das Reisegepäck müsse meistens so schnell expedirt und auf die Wagen gebracht werden, daß eine genaue Untersuchung desselben rücksichtlich der Verpackung und eine überall genügende Kartirung desselben nicht möglich sei. Unter diesen Umständen könnten die Eisenbahnverwaltungen wegen deroutirter oder beschädigter Gepäckstücke nicht auf lange Zeit hinaus Rede und Antwort stehen, sondern müßten das Recht haben, die fraglichen Ansprüche an die Bedingung zu knüpfen, daß sie in einer verhältnißmäßig kurzen Frist angemeldet werden müßten. Man möge nicht einwenden, daß in dieser Beziehung der allgemeine Satz genügen werde, welcher in Art. 400 b der Anlage zum 567. Protokolle in Vorschlag gebracht worden sei, denn jene Bestimmung spreche nur von der Frist, innerhalb welcher ein einmal begründeter Anspruch verjähren solle, während es sich hier darum handle, zu bestimmen, daß der betreffende Anspruch nicht anders entstehen solle, als wenn er innerhalb einer gewissen Frist angemeldet werde; die Bestimmung in dem eben allegirten Art. 400. b decke somit die hier vorgeschlagene Bestimmung nicht. Wenn man, (wie dies von einigen Mitgliedern im Laufe der Diskussion geschah), dafür halte, daß die in der Anlage zum 574. Protokolle in Vorschlag gebrachte Fassung der eben dargelegten Absicht des Antrags nicht vollständig entspreche, so stehe nichts im Wege, diesen Bedenken dadurch abzuheben, daß man statt: „wenn der Anspruch — — geltend gemacht wird“ setze: „wenn der Anspruch — — angemeldet wird.“

Ein Mitglied bemerkte hierauf, es würde offenbar zu weit führen, wenn man gestatten wollte, daß nach Ablauf der Frist jeder Anspruch des Eigenthümers auf das Reisegepäck für erloschen erklärt werde, indem dadurch die Zurückforderung des Reisegepäckes, selbst wenn es vorhanden sei, ausgeschlossen werden würde, obgleich dies weder für gerecht erachtet werden könnte, noch von den Eisenbahnverwaltungen intendirt sei, die Absicht der Letzteren vielmehr nur dahin gehe, daß sie für den Fall, wenn das Gut gar nicht vorhanden oder beschädigt sei, nach Ablauf der betreffenden Frist die Verpflichtung, Rede und Antwort darüber geben zu müssen, ablehnen und die Untersuchung darüber ausschließen dürften, ob der Verlust und die Beschädigung des Gutes schon während der Reise oder erst nachher entstanden sei, und welchen Einfluß namentlich im Falle des Verlustes die *mora accipiendi* des Eigenthümers auf die Verpflichtung zum Ersatze des Gepäckes habe, wenn derselbe das Gepäck nicht rechtzeitig abverlangt habe, und der Verlust vielleicht erst darnach eingetreten sei.

Es wurde jedoch hierauf entgegnet: Durch den in Rede stehenden Antrag werde ganz im Sinne der eben erwähnten Ausführung nur der Anspruch auf Schadensersatz wegen Verlust und Beschädigung des Frachtguts und nicht auch der Anspruch auf Herausgabe des noch vorhandenen Frachtguts vom Ablaufe der Frist an ausgeschlossen.

Von anderer Seite wurde geltend gemacht: Nach Maafsgabe der Wortfassung des Antrags in Nr. II. 1 a der Anlage zum 574. Protokolle solle den Eisenbahnen das Recht vorbehalten werden, zu bestimmen, daß die Ansprüche wegen Verlusts und Beschädigung des Reisegepäckes, ihre Begründung vorausgesetzt, nach Ablauf einer gewissen Frist erlöschen sollten. Möge man den Antrag nun in diesem, seiner Fassung entsprechenden Sinne oder dahin auffassen, daß die fraglichen Ansprüche nicht anders entstehen sollten, als wenn sie innerhalb einer gewissen Frist angemeldet würden, so bedürfe es hierüber keiner ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmung, weil dergleichen Vereinbarungen nirgends verboten seien. Namentlich sei ein solches Verbot nicht in Art. 376 enthalten, denn dieser Artikel beziehe sich nur auf den materiellen Umfang der Haftbarkeit des Frachtführers, und bestimme nur, daß die Haftbarkeit desselben, wie sie in den Art. 371—375 festgestellt sei, von den Eisenbahnen durch Verträge nicht solle beschränkt werden dürfen. Ueber die Frage, wie lange diese Ansprüche Geltung behielten, sei in den fraglichen Artikeln nichts verordnet, es sei den Eisenbahnverwaltungen demnach unbenommen, diese Zeit in ihren Ver-

tragen zu beschränken, solange sie nur die Frist nicht so kurz normirten, daß darin eine Umgehung des Gesetzes liege, und die Anordnung der Frist einem Ausschlusse der Haftbarkeit im Wesentlichen gleichkomme. Daß diese Auffassung die richtige sei, könne um so weniger mit Grund bestritten werden, als Art. 376 eine so singuläre Vorschrift enthalte, daß sie der striktesten Interpretation unterliegen müsse. Die Frage, wie lange wegen Verlusts oder Beschädigung des Frachtguts Ansprüche gegen die Eisenbahnverwaltungen erhoben werden könnten, finde erst in Art. 381 ihre Erledigung, und dieser sei nicht so dispositiv, daß er eine Uebereinkunft unter den Kontrahenten, wonach die in dessen zweitem Absätze berührten Ansprüche ohne Rücksicht auf die Zeit der Entdeckung des Schadens an eine gewisse Anmeldefrist geknüpft sein sollten, ausschließen würde. Eine solche Uebereinkunft sei vielmehr trotz des Art. 376 den Eisenbahnen eben so wenig wie allen anderen Frachtführern benommen. Halte man hierüber eine besondere Bestimmung für erforderlich, so werde die rechte Stelle für deren Berathung bei Art. 381 sein, die Bestimmung selbst dann aber auch allgemein gehalten werden müssen, und nicht auf die Eisenbahnen zu beschränken sein.

Diesen Ausführungen gegenüber wurde von anderen Mitgliedern die Meinung vertreten, daß die in Rede stehende Bestimmung keinesweges ganz selbstverständlich, sondern allerdings wegen des Art. 376 unentbehrlich sei; denn in diesem Artikel seien keineswegs bloß die Beschränkungen des materiellen Umfangs der Haftbarkeit des Frachtführers untersagt, sondern auch andere Beschränkungen dieser Haftbarkeit; es könne nicht zweifelhaft sein, daß, wenn ein aus derselben entspringender Anspruch an die Bedingung der Anmeldung in einer sehr kurzen Zeit geknüpft werde, die Haftung selbst beschränkt worden sei. Eben deshalb komme auf Art. 381 wenig an, abgesehen davon, daß derselbe deshalb nicht der Ort sei, wo die vorliegende Frage zu besprechen sei, weil dieser nicht den gänzlichen Verlust, sondern offenbar nur einen theilweisen Verlust des im Uebrigen vom Empfänger angenommenen Guts im Auge habe.

Von mehreren Herren Abgeordneten wurde der Antrag in Art. 396 Ziff. 1 der Nr. 450 der Zusammenstellung befürwortet, wonach die Feststellung der Einzelheiten den Eisenbahnverwaltungen anheimzugeben wäre, weil es kaum möglich sei, in einem Gesetzbuche die vorliegende Frage entsprechend zu regeln, weil ferner gerade hierüber keine erheblichen Beschwerden von Seiten des Publikums vorlägen, und es sich

nur darum handle, den Art. 376, dem Antrage mehrerer Regierungen entsprechend, für einen Fall zu befeitigen, für welchen er ohnehin nur wenig Bedeutung habe.

Audere Mitglieder hielten es für wünschenswert, daß neben der in der Anlage zum 574. Protokolle vorgeschlagenen Bestimmung auch der in Art. 400 a der Anlage zum 567. Protokolle proponirte Satz Aufnahme finde, da er keinesweges unter allen Umständen selbstverständlich sei, z. B. abgesehen von dem in den Equipagen befindlichen Gepäck, in dem Falle nicht, wenn das Reisegepäck kurz vor Abgang des Zugs, oder auf kleinen Haltestellen, ohne expedirt zu werden, angenommen und erst an der nächsten geeigneten Station expedirt werde.

Bei der Abstimmung wurde mit 7 gegen 6 Stimmen zunächst bezüglich des verloren gegangenen Reisegepäcks beschloffen, auszusprechen, es stehe den Eisenbahnverwaltungen frei, zu vereinbaren, daß sie für das nicht besonders zum Transporte übergebene Reisegepäck nicht zu haften hätten, und mit 9 gegen 4 Stimmen der unter Nr. II. 1 b der Anlage zum 574. Protokolle wegen des in den Equipagen befindlichen Gepäcks beantragte Zusatz angenommen. Der Antrag, den Eisenbahnverwaltungen wegen des besonders übergebenen Gepäcks im Sinne des Antrags unter Nr. 450 der Zusammenstellung die Vertragsfreiheit zu belassen, wurde mit 11 gegen 2 Stimmen abgelehnt, und der Antrag in Nr. II. 1 a Abs. 1 der Anlage zum 574. Prot. mit der Modifikation, daß statt: „geltend gemacht“ gesetzt werde: „angemeldet“, mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen, und die Streichung der sämtlichen eben angenommenen Bestimmungen mit 10 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Endlich wurde mit 8 gegen 5 Stimmen entschieden, daß die eben gefaßten Beschlüsse auch auf den Fall der Beschädigung des Reisegepäcks auszu dehnen seien.

Bezüglich des zweiten Absatzes ward mehrfach geltend gemacht, es scheine nicht angemessen, die in Rede stehende Frist dem Minimum nach im Gesetzbuch festzusetzen; von anderen Seiten wurde eine 24stündige, von anderen eine 3tägige Frist für angemessen erachtet. Ein Mitglied endlich schlug vor, das Wort: „reglementsmäßig“ zu streichen.

Bei der Abstimmung wurde der lehterwähnte Antrag mit 11 gegen 2 Stimmen, der in Rede stehende Absatz 2 mit einer 24stündigen Frist durch 9 gegen 4 Stimmen, derselbe Antrag mit einer 3tägigen Frist durch 7 gegen 6 Stimmen und derselbe Antrag mit einer 3tägigen Frist durch 11 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

## DLXXVII. Sitzung.

Nürnberg, am 26. Januar 1861.

Zu der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher die in der 571. Sitzung zugegen gewesenen Herren Abgeordneten Antheil nahmen, wurde unter Fortsetzung der Berathung über die im Eingange des vorigen Protokolls aufgeführten Anträge zunächst bezüglich des Transportes von lebenden Thieren gegen den Antrag unter Nr. II. 1, c der Anlage zum 574. Protokolle geltend gemacht: Dieser Vorschlag reiche nicht hin, um den berechtigten Interessen der Eisenbahnverwaltungen zu genügen. Diese müßten nicht bloß die Haftung für diejenigen Gefahren ablehnen dürfen, welche wegen der besonderen Natur dieses oder jenes Thieres mit dem Transport desselben verbunden seien, wie dies nach der Fassung dieses Antrags die Absicht zu sein scheine, sondern, da das Aufladen, Transportiren und Abladen aller lebenden Thiere mehr oder weniger mit Gefahren für die letzteren verbunden sei, auch die Haftung für alle Schäden, die aus der besonderen Gefahr entstehen könnten, welche mit dem Transporte von lebenden Thieren überhaupt verknüpft zu sein pflege. Mit Rücksicht hierauf wurde der in Rede stehende Antrag von Seiten des Herrn Antragstellers dahin modificirt, daß statt: „welche durch die besondere Natur der Thiere entstanden sein können“ gesetzt werde: „welche aus der besonderen Gefahr des Transportes lebender Thiere entstanden sein können.“ Im Uebrigen wurde der in Rede stehende Antrag zum 567. Prot. aus denselben Gründen empfohlen, aus welchen in der vorigen Sitzung die Bestimmung des Antrags in der Anlage zum 574. Prot. über die ohne die nöthige Verpackung oder in schlechter Verpackung aufgegebenen Güter vor der entsprechenden Bestimmung des eben allegirten Art. 400 a empfohlen worden war, während für die in letzterem enthaltene Vorschrift auch hier wieder darauf verwiesen ward, daß es wegen der technischen Beziehungen, welche bei der betreffenden Art des Transports in Frage kämen, nicht rathsam erscheine, sich in einem



Civilgesetzbuche auf Einzelheiten über diesen Punkt einzulassen.

Von einer Seite wurde in Konsequenz der bisherigen, insbesondere zu Art. 399 der Anlage zum 567. Protokolle gefassten Beschlüsse der Antrag gestellt, die Bestimmung rücksichtlich der lebenden Thiere, wie folgt zu fassen:

a) „Es kann wirksam festgestellt werden, daß beim „Transport lebender Thiere für Verluste und „Beschädigungen, welche aus der besonderen Gefahr des Transportes lebender Thiere entstehen, „nicht gehaftet werde.

„Es wird vermuthet, daß die eingetretenen „Verluste und Beschädigungen, welche aus der „besonderen Gefahr des Transportes lebender „Thiere entstanden sein können, in Folge derselben wirklich entstanden sind.“

Ein anderer Herr Abgeordneter war der Ansicht, es komme hauptsächlich darauf an, den Eisenbahnverwaltungen das Recht zu der vertragsmäßigen Vereinbarung zuzugestehen, daß sie die custodia der lebendig verladene Thiere nicht zu übernehmen hätten, sondern deren Begleitung durch einen Wärter verlangen könnten, und beantragte deshalb, statt der Anträge in den Anlagen zum 567. und 574. Protokolle folgende Bestimmung anzunehmen:

b) „Es kann wirksam bedungen werden, daß bei „dem Transport lebender Thiere die mit deren „Obhut verbundene Haftung abgelehnt werde.“

Giegegen wurde jedoch geltend gemacht: Der in diesem Antrag ausgesprochene Satz sei völlig selbstverständlich; es werde Niemand bezweifeln, daß die Eisenbahnverwaltungen nicht gezwungen werden könnten, auch Wartung und Pflege der ihnen zum Transport übergebenen Thiere, deren Fütterung u. dgl. zu übernehmen, daß sie also auf Begleitung derselben durch einen Wärter zu bestehen berechtigt seien. Der Antrag unter b genüge aber auch einerseits dem wirklichen Bedürfnisse nicht, weil die Bahnverwaltungen dadurch allein, daß den betreffenden Thieren ein Wärter mitgegeben werde, nicht zufrieden gestellt würden, indem sie auch von der Haftung für solche Schäden, welche ein Wärter abzuwenden nicht immer im Stande sei, befreit zu werden ein Interesse hätten, ferner weil die Eisenbahnverwaltungen, wenn sie sich, wie dies allerdings bisweilen vorkomme, dazu herbeiließen, die Obhut über die Thiere zu übernehmen, doch mit Recht auch dann noch von der Haftung für die sonstigen, mit dem Transport von lebenden Thieren verbundenen Gefahren befreit sein wollten. Andererseits gehe der

Antrag zu weit, denn wenn die Thiere auch von einem Wärter begleitet seien, dürften die Eisenbahnverwaltung und deren Leute nicht sorglos damit umgehen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag unter a mit 11 gegen 2 Stimmen angenommen und der Antrag unter b mit 8 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Bezüglich der Güter, welche auf dem Transporte von dem Absender oder einem Beauftragten desselben begleitet werden, wurde gegen den Antrag in Art. 400 a der Anlage zum 567. Protokolle geltend gemacht, daß nicht abzusehen sei, weshalb auch solche Verträge für wirksam erklärt werden sollten, welche zu Gunsten der Eisenbahnverwaltungen eine Befreiung von Schäden zum Gegenstande hätten, die mit der Begleitung der Güter außer allem Zusammenhange ständen, und deshalb im Hinblick auf die bisherigen Beschlüsse zu Art. 399 der mehrerwähnten Anlage folgende Bestimmung empfohlen:

c) „Bei begleiteten Gütern kann wirksam bedungen werden, daß für diejenigen Gefahren nicht gehaftet werde, deren Abwendung durch die Begleitung bezweckt ist.

„Es wird vermuthet, daß diejenigen Verluste und Beschädigungen, welche aus den erwähnten Gefahren entstanden sein konnten, wirklich daraus entstanden seien.“

Auf die Bemerkung eines Mitgliedes, daß diese Bestimmung eine unrichtige Anwendung ermöglichen würde, indem z. B. die Bahnverwaltungen eine Aufzählung der Gefahren, welche nach ihrer Intention durch die Begleitung abgewendet werden sollten, in das Reglement aufnehmen, und diese willkürlich ausdehnen könnten, wurde entgegnet: Es verstehe sich von selbst, und brauche nicht ausdrücklich ausgesprochen zu werden, daß auf Grund dieser eben beantragten Bestimmung nur eine Befreiung von solchen Gefahren bedungen werden dürfe, welche vernünftiger Weise durch die Begleitung vermieden werden könnten, und daß der Richter bei Entscheidung etwaiger Streitigkeiten davon auszugehen habe, eine Gefahr, welche durch die Begleitung nicht hätte abgewendet werden können, habe auch nicht dadurch abgewendet werden sollen. Auf die Anregung eines Herrn Abgeordneten, ob es nicht einer Erläuterung des Ausdrucks: „begleitete“ und „Begleitung“ bedürfen werde, ward bemerkt, es bedürfe einer solchen Erläuterung nicht, da beide Ausdrücke in den Eisenbahn-Reglements selbst gebraucht würden und daher als technische betrachtet werden könnten.

Bei der Abstimmung wurde der erste Absatz des

Antrags unter a mit 11 gegen 2 Stimmen und sodann mit demselben Stimmenverhältnisse auch dessen zweiter Absatz angenommen.

Bezüglich des in Art. 400 a, Ziff. 2, a der Anlage zum 567. Protokolle gestellten Antrags wurde geltend gemacht: Es handle sich hierbei unverkennbar um solche Güter, deren Transport ihrer Natur nach mit besonderer Gefahr des Verlustes oder der Beschädigung verbunden sei, und von denen in § 20 Ziff. 1, a—e des neuesten Entwurfs eines Vereinsreglements eine Reihe von Beispielen aufgeführt sei. Es sei nun nicht abzusehen, weshalb nur eine einzige Satzung solcher Gegenstände im Gesetze besprochen werden solle. Die ratio, welche für die bezüglich der ägenden Waaren vorgeschlagene Bestimmung spreche, sei auch noch bei vielen anderen Waaren vorhanden, eine erschöpfende Aufzählung derselben aber weder thunlich, noch rathsam, letzteres, abgesehen von der sonstigen Wandelbarkeit der Verkehrs- und Geschäftsverhältnisse, schon deshalb nicht, weil man doch den Fall als möglich annehmen müsse, daß sich die Eisenbahnen in der Folge noch dazu verstehen würden, manche von denjenigen Gütern, deren Transport bis jetzt in den Reglements ganz abgelehnt sei, dennoch zu übernehmen, und weil den Eisenbahnverwaltungen, wenn dies je möglich sein solle, das Recht zustehen müsse, solche Waaren gleich denjenigen zu behandeln, die nach dem jetzigen Stande der Geschäftsverhältnisse in die Aufzählung aufzunehmen sein würden. Unter diesen Umständen erscheine es angemessener, von jeder Aufzählung der einzelnen hieher gehörigen Arten von Waaren Umgang zu nehmen, und statt dessen eine entsprechende allgemeine Bestimmung aufzustellen. Für diese Bestimmung werde in Konsequenz der bisherigen Beschlüsse zu Art. 399 und 400 a der Anlage zum 567. Protokolle folgende Fassung empfohlen:

- d) „Es kann wirksam bedungen werden, daß bei Gütern, deren eigenthümliche Natur eine besondere Gefahr des Verlustes oder der Beschädigung auf dem Transporte mit sich bringt, für Verluste oder Beschädigungen nicht gehaftet werde, welche aus jener eigenthümlichen Natur der Güter auf dem Transport entstanden sind. Es wird vermuthet, daß die eingetretenen Verluste und Beschädigungen, welche aus dieser eigenthümlichen Natur der Güter entstanden sein konnten, daraus wirklich entstanden sind.“

Gegen diesen Antrag wurde von einer Seite eingewendet: Es genüge nicht, diejenigen Güter zu erwähnen, welche wegen ihrer eigenthümlichen Natur

einer besonderen Gefahr auf dem Transporte unterworfen seien; die fragliche Bestimmung müsse vielmehr auch auf diejenigen Güter Anwendung leiden, welchen an und für sich und ohne Rücksicht darauf, wo sie sich eben befänden, eine besondere Gefahr des Verlustes drohe, wie z. B. starke Säuren, durch welche nach und nach das Glas, in welchem sie aufbewahrt würden, aufgelöst und so dessen leichteres Zerbrechen vorbereitet werde u. dgl. Die Fassung des Antrags werde demnach etwas zu erweitern sein.

Von einer anderen Seite wurde gegen den Antrag geltend gemacht: Wenn man diesen Antrag annehme, so biete man die Möglichkeit dar, in den Reglements die Bestimmung des Art. 376 völlig illusorisch zu machen, denn die allgemeine Fassung unter d werde sich auch auf eine Menge von Waaren anwenden lassen, auf welche sie die Versammlung gleichwohl nicht angewendet wissen wolle. Aber abgesehen hievon sei die beantragte Bestimmung auch aus anderen Gründen nicht haltbar. In diesem Antrage werde den Eisenbahnverwaltungen das Recht beigelegt, vertragsmäßig festzusetzen, daß sie für diejenigen Verluste und Beschädigungen nicht zu haften brauchten, welche eine Folge der besonderen Natur der betreffenden Güter seien. Etwas dieser Art brauche aber gar nicht nochmals vertragsmäßig festgesetzt zu werden, weil schon in Art. 371 ausgesprochen sei, daß der Frachtführer für dergleichen Verluste und Beschädigungen nicht zu haften habe, und wenn dies vielleicht in den Eisenbahnreglements dennoch geschehe, so habe dies keine andere Bedeutung, als daß gewisse besonders bedeutsame Bestimmungen des Gesetzes nochmals vertragsmäßig bestätigt würden. Wenn die neuerdings vorgeschlagene Bestimmung gleichwohl als etwas besonderes Neues aufgestellt werde, so bringe dies die Gefahr mit sich, daß sie zu einer falschen Auslegung des Art. 371 Anlaß gebe. Die Aufnahme einer besonderen Bestimmung über die in Rede stehenden Güter würde nur dann genügend motivirt sein, wenn man, wie dies nun nicht mehr beabsichtigt zu werden scheine, den Eisenbahnverwaltungen das Recht einräumen wollte, wegen solcher Güter alle und jede Haftbarkeit abzulehnen. Es werde deshalb beantragt, von jeder Bestimmung über die in Rede stehenden Güter Umgang zu nehmen.

Zur Widerlegung dieser Bemerkungen wurde von anderen Seiten angeführt: Auf diejenigen Güter, welche überall einer besonderen Verlustgefahr ausgesetzt seien, passe auch die in dem Antrage unter d erwähnte Voraussetzung, weil ihnen auch auf dem Transporte mehr als anderen Gütern der Untergang drohe. Daß Art.

371 nach Annahme des Antrags unter d illusorisch sei, müsse auf das Bestimmteste bestritten werden, denn es sei die Meinung des Antrags nicht, daß es der Willkühr der Eisenbahnverwaltungen anheim gegeben werden solle, zu entscheiden, ob ein Gut auf dem Transporte besonderer Verlustgefahr ausgesetzt sei oder nicht; die Interpretation des im Antrage unter d vorgeschlagenen Satzes und die Entscheidung darüber, ob eine Waare zu denjenigen gehöre, welche ihrer Natur nach mehr als andere Güter besonderen Gefahren ausgesetzt seien, solle und werde vielmehr dem Richter zustehen, so oft eine streitige Sache vor ihn gebracht werde. Im Uebrigen sei die beantragte Bestimmung wegen des Art. 371 nicht überflüssig, denn nach diesem würden die Eisenbahnverwaltungen zu beweisen haben, daß die eingetretenen Verluste und Beschädigungen wirklich eine Folge der besonderen Natur der betreffenden Güter gewesen seien, während ihnen hier diese Beweislast abgenommen und eine Präsomption zu ihren Gunsten aufgestellt werden solle.

Mit Rücksicht auf diese letztere Bemerkung wurde schließlich der aufgeführte Streichungsantrag auf den ersten Absatz des Antrags unter d beschränkt und anheimgegeben, die Fassung der in Absatz 2 erwähnten Präsomption dem entsprechend umzugestalten.

Bei der Abstimmung wurde mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, über den Antrag in Ziff. II, 2 der Anlage zum 574. Protokolle besonders zu beraten, und diesem Antrage durch die jetzige Abstimmung nicht zu präjudizieren, der Antrag unter d mit 11 gegen 2 Stimmen angenommen.

Hierauf wurde in Betracht gezogen, ob die eben gefaßten Beschlüsse durch Annahme des Antrags unter II, 2 der Anlage zum 574. Protokolle bezüglich der daselbst erwähnten Waaren zu modifiziren seien, und zunächst zur Erläuterung bemerkt: Es gebe Güter, welche ihrer besonderen Beschaffenheit wegen dem Verlust oder der Beschädigung durch den Transport leicht ausgesetzt seien. Dahin gehörten besonders leicht zerbrechliche Sachen. Für die Beschädigung derselben auf dem Transport, soweit sie nicht aus vis major oder bei verpackten Gütern auch aus äußerlich nicht erkennbar gewesener schlechter Verpackung derselben hervorgegangen sei, müsse an und für sich der Frachtführer haften. Da aber die Beschädigung oft sehr schwer zu vermeiden sei, und bei verpackten Gütern oftmals in Folge schlechter Verpackung entstehe, da ferner der Beweis, daß gut oder schlecht verpackt gewesen, nur sehr schwer zu erbringen sei, so sei es bei manchen Transportarten, z. B. dem Seetransport,

allgemein üblich, die Haftung für Beschädigung und Verluste, welche aus der besonderen Natur solcher Sachen entstehen könnten, ganz auszuschließen. Dasselbe pflegten die Eisenbahnverwaltungen zu thun. Hierin liege aber auf der einen Seite eine große Unbilligkeit gegenüber dem Publikum. Auf der anderen Seite sei es sehr hart, den Eisenbahnverwaltungen den Beweis zuzumuthen, daß eine bestimmte Beschädigung durch schlechte Verpackung, schlechte Fügung des Fasses oder natürliche Ausdehnung der Flüssigkeit, nicht gehörigen Schutz gegen Feuchtigkeit etc. entstanden sei. Wollte man den Bahnverwaltungen aber gestatten, daß sie vertragsmäßig, wenn auch nicht die Haftbarkeit ganz ablehnen, so doch die Beweislast dem Absender aufbürden dürften, so würde dies thatsächlich der Ausschließung jeder Haftbarkeit gleich kommen. Denn ebenso schwierig, als für die Eisenbahnverwaltungen die Beweisführung darüber sei, daß das Gut schlecht verpackt gewesen, würde dem Absender der Beweis werden, daß die Verpackung gut gewesen, ja nach geschehener Beschädigung werde dieser Beweis dem Absender selten möglich sein. Eine Ausbülfe, um die Interessen beider Parteien zu vereinen, biete nun die Ausdehnung des Frachtzuschlagsystems. Hiernach würde den Eisenbahnverwaltungen zwar einerseits die Last der Beweisführung verbleiben, andererseits aber die Möglichkeit gewährt werden, in solchen Fällen, in denen zu befürchten sei, daß ihnen ein Beweis auferlegt werde, den sie nur selten erbringen könnten, sich ein Äquivalent in der Form eines Frachtzuschlags zu bedingen. Dazu müsse die Bahnverwaltung dadurch in den Stand gesetzt werden, daß die besondere Eigenschaft der Sache deklarirt würde. Andererseits würde das Publikum, wenn es diesen Frachtzuschlag nicht zahlen und lieber selbst die Gefahr der Beschädigung und beziehungsweise der Beweisführung tragen wolle, das Mittel dazu in Händen haben, dadurch, daß es nicht deklarire. Dem Einwand, daß durch den ersten Absatz des Antrags die Eisenbahnverwaltungen gezwungen würden, gegen Bezahlung eines Frachtzuschlags die Versicherung von zerbrechlichen, lebenden oder rostenden etc. Waaren zu übernehmen, wurde mit der Bemerkung entgegnet, es sei dies nicht der Fall, denn der Umfang der materiellen Haftbarkeit der Eisenbahnverwaltungen für Güter der in Rede stehenden Art werde durch den vorliegenden Antrag nicht erweitert, sondern nur die Frage, wem die Beweislast obliege, ob also der Frachtführer beweisen müsse, daß das Gut innerlich schlecht verpackt gewesen, oder der Absender, daß das Gut auch in innerlich guter

Verpackung aufgeliefert worden, eine Frage, welche man mit Rücksicht auf Art. 371 ohnehin zum Nachtheil des Frachtführers werde bejahen müssen, in dem Fall, wenn die besondere Eigenschaft der Güter deklarirt sei, zum Nachtheil der Eisenbahnverwaltungen, in Ermangelung einer Deklaration zum Nachtheil des Absenders entschieden. Es sei deshalb auch keineswegs die Absicht des Antrags Abs. 1, den Eisenbahnverwaltungen eine unbedingte Haftbarkeit aufzulegen und das Recht der Beweisführung darüber, daß die Verpackung innerlich fehlerhaft gewesen, zu entziehen. Daß Bestimmungen im Sinne des vorliegenden Antrags wünschenswerth seien, könne nicht füglich bezweifelt werden, wenn man der häufigen Klagen des Publikums darüber gedenke, welche schlechte Behandlung den Gütern der mehrerwähnten Art von Seiten der Eisenbahnbediensteten im Vertrauen auf die von den Eisenbahnverwaltungen in die Reglements aufgenommenen Klauseln: „frei von Bruch, Leckage &c. &c.“ zu Theil werde.

Von anderen Mitgliedern wurde geltend gemacht: Der eben besprochene Antrag enthalte eine ungerechtfertigte Strenge gegenüber den Eisenbahnverwaltungen. Da man zugeben müsse, daß sehr häufig an Verlust und Beschädigung der in Rede stehenden Güter äußerlich nicht erkennbare Mängel der Verpackung Schuld trügen, und das Vorhandensein solcher Mängel nachträglich äußerst schwierig nachzuweisen sei, würde es nicht gerechtfertigt sein, wenn dem in Rede stehenden Antrage stattgegeben werden sollte. Wegen der großen Schwierigkeit einer solchen Beweisführung müsse man auf der Richtigkeit der Behauptung stehen bleiben, daß die Eisenbahnverwaltungen durch Annahme des Antrags gezwungen würden, gegen Entrichtung eines Frachtzuschlags eine Affekuranz der Güter während des Transports zu übernehmen, wobei sich noch große Schwierigkeiten in Ansehung der Höhe des Frachtzuschlags und der Aufstellung der Tarife ergeben würden. Die Uebernahme einer Affekuranz müsse aber billig dem freien Ermessen der Bahnverwaltungen anheimgegeben werden. Für den Antrag sei zudem kein praktisches Bedürfniß vorhanden, da es den Absendern frei stehe, sich anderweitig zu versichern, im Gegentheil sei derselbe im hohen Grade praktisch bedenklich, da er die Absender inducire, weniger als sonst auf eine ordentliche Verpackung bedacht zu sein, obgleich gerade in der ordentlichen Verpackung das einzige, aber auch ziemlich sichere Mittel liege, um Verlust und Beschädigung abzuwenden:

Bei der Abstimmung wurde der Antrag unter Ziff. II, 2 der Anlage zum 574. Protokolle mit 7

gegen 6 Stimmen abgelehnt und mit demselben Stimmenverhältniß beschloffen, die oben angenommene Bestimmung des Antrags unter d auch auf die in dem eben abgelehnten Antrag aufgeführten Güter für anwendbar zu erklären.

Von einem Herrn Abgeordneten wurde hierauf den bereits mehrfach erwähnten entsprechenden Vorbehalten gemäß folgende Zusatzbestimmung in Vorschlag gebracht:

„Die in den Art. 398 — 400 a (der Anlage zum 567. Protokolle) erwähnten vertragsmäßigen Beschränkungen der Haftbarkeit fallen weg, wenn der Bahnverwaltung oder ihren Leuten ein Verschulden nachgewiesen wird.“

Dieser Antrag ward seinem sachlichen Inhalte nach von keiner Seite beanstandet und vorbehaltlich der Redaktion, rücksichtlich welcher der Redaktionskommission namentlich die Erwägung anheimgegeben ward, ob anzudeuten sei, daß unter: „ihren Leuten“ nicht bloß die angestellten Bediensteten der Bahnverwaltungen zu verstehen seien, mit 12 gegen 1 Stimme angenommen.

Von anderer Seite wurde hierauf die Frage angeregt, ob nicht eine ähnliche Vorschrift bezüglich der Bestimmungen des Art. 396 der Anlage zum 567. Protokolle aufzunehmen sei.

Von einigen Mitgliedern wurde die Meinung ausgesprochen, daß bei der Gleichheit der Verhältnisse diese Frage zu bejahen sein werde, von anderen Seiten wurde die Ansicht geltend gemacht, daß man, wenn man die eben angenommene Bestimmung auf Art. 396 übertrüge, zu weit gehen würde, und daß nicht mehr zugegeben werden könne, als daß die den Eisenbahnverwaltungen in Art. 396 zugestandenen Vergünstigungen in dem Falle wegzufallen hätten, wenn der Eisenbahnverwaltung dolus oder grobes Verschulden nachgewiesen werde, weil sonst die Vorschrift des erwähnten Art. 396 fast gänzlich illusorisch würde. Dabei wurde aber noch bemerkt, es bedürfe hierwegen keiner ausdrücklichen Bestimmung, sondern es würden schon die allgemeinen Grundsätze des Rechtes genügen; denn es verstehe sich von selbst, daß jede Uebereinkunft, in welcher der eventuelle Schaden des einen Kontrahenten fixirt und die Geltendmachung eines höheren, wenn auch recht wohl nachweisbaren Schadens ausgeschlossen werde, auf der Voraussetzung vollständiger Bewahrung der bona fides beruhe, und daß, wenn diese bona fides in Folge der Dazwischenkunft eines arglistigen oder auf grobem Verschulden beruhenden Verfahrens hinwegfalle, auch die Uebereinkunft ihre Geltung verliere. Auf der anderen Seite würde die Auf-



nahme einer ausdrücklichen Bestimmung um deswillen sogar bedenklich sein, weil eine ähnliche Bestimmung in das Seerecht nicht aufgenommen worden sei, ob schon es auch dort die Absicht der Versammlung gewesen, daß die allgemeinen Rechtsgrundsätze über dolus und grobes Verschulden vorbehalten bleiben sollten.

Von mehreren anderen Mitgliedern wurde bemerkt: Die hier angeregte Frage könne nicht bei Art. 396 entschieden werden, sondern sei von allgemeinerer Bedeutung und müsse für alle Frachtführer in demselben Sinne entschieden werden. Die Frage sei nämlich nicht allein die, ob bei Arglist und grobem Verschulden die in der Deklaration enthaltene oder durch den Normalsatz bewirkte Feststellung des Interesse des Absenders hinwegfallen solle, sondern auch, ob nicht jede Milderung der Haftbarkeit des Frachtführers, also auch die Bestimmung, daß der Frachtführer nur den gemeinen Handelswerth zu ersetzen habe, cessiren und das ganze nachweisbare Interesse prästirt werden müsse.

Mit Rücksicht hierauf wurde beschlossen, die weitere Berathung über die vorliegende Frage bis nach Vorlage eines formulirten Antrags zu vertagen.

Schließlich wurden die Protokolle der DLXVI. Sitzung vom 9. Januar, der DLXVIII. Sitzung vom 11. Januar und der DLXIX. Sitzung vom 12. Januar 1861 verlesen und genehmigt.

## CLXXVIII. Sitzung.

Nürnberg, am 28. Januar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Maule geleiteten Sitzung, an welcher die in der 571. Sitzung zugegen gewesenen Herren Abgeordneten Antheil nahmen, wurde in der Berathung der im Eingange des 576. Protokolls aufgeführten Anträge fortgefahren und zunächst zu

Art. 400 b.

der Anlage zum 567. Protokolle bemerkt: Bei Berathung dieses Artikels werde zu unterscheiden sein, ob es sich darum handle, zu bestimmen, daß die betreffenden Ersagansprüche gegen die Eisenbahnverwaltungen rücksichtlich ihrer Entstehung an die Bedingung der Anmeldung innerhalb einer gewissen Frist gebunden seien, oder ob nur das Recht der Eisenbahnen in Frage stehe, die entstandenen Ersagansprüche in einer kürzeren als der gesetzlichen Frist für verjährt zu erklären. Was den zweiten Punkt angehe, so scheine es an genügenden Gründen dafür zu fehlen, daß man bezüglich der Verjährung einmal begründeter Ansprüche zu Gunsten der Eisenbahnverwaltungen von den allgemeinen Grundsätzen des Gesetzbuches abweiche, und den genannten Verwaltungen eine besondere Befugniß einräume, in ihren Reglements kürzere als die gesetzlichen Verjährungsfristen festzusetzen. In dem Geschäftsbetriebe der Eisenbahnen wenigstens könne man besondere Gründe hiefür nicht füglich finden. Dasselbe Interesse, welches die Eisenbahnverwaltungen daran hätten, daß sie nach Ablauf einer gewissen Zeit aus den einmal gegen sie begründeten Ersagansprüchen nicht mehr belangt werden könnten, würden auch alle anderen großen Transportanstalten und Handelsunternehmungen, wie die Dampfschiffahrts-Gesellschaften, große Spediteure und Kaufleute jeder Art haben. Auch würde die Befugniß zur Festsetzung einer kurzen Verjährungsfrist ohne Unterscheidung der verschiedenen Arten von Ansprüchen, deren Präscription nach Ablauf derselben eintreten solle, zu Ungerechtigkeiten führen können, z. B. wenn die Güter noch vorhanden seien oder vielleicht

mit Aufwand geringer Bemühungen herbeigebracht werden könnten. Insofern es sich also um die Einräumung einer besonderen Befugniß zur vertragsmäßigen Abkürzung der Verjährungsfristen handle, sei das Verlangen der Eisenbahnverwaltungen nach Zulassung einer Ausnahme von Art. 376 ungegründet und die Annahme des Art. 400 b der Anlage zum 567. Protokolle nicht empfehlenswerth. Insoferne es sich dagegen darum handle, ob das Eintreten der Haftpflicht selbst an die Anmeldung des eingetretenen Schadens innerhalb einer gewissen kurzen Frist geknüpft werden dürfe, erscheine allerdings eine Ausnahmsbestimmung erforderlich. Der gänzliche Verlust des Frachtguts komme jedoch in dieser Beziehung gar nicht in Betracht; wenigstens hätten die Eisenbahnverwaltungen bis jetzt selbst nicht in ihren Reglements die Bestimmung aufgestellt, daß auch der Anspruch auf Ersatz eines gänzlich verloren gegangenen Frachtstücks an die Anmeldung innerhalb einer gewissen Frist geknüpft sein solle, und es sei demnach auch für die Versammlung kein Grund dafür vorhanden, den gänzlichen Verlust der Frachtgüter in dieser Beziehung weiter noch in Betracht zu ziehen. Hier könne es sich vielmehr nur um den Gegenstand des zweiten Absatzes des Art. 381 handeln nämlich um den theilweisen Verlust (Manko) und die Beschädigung eines am Bestimmungsorte angekommenen und dem Empfänger ausgelieferten Frachtstücks. Wegen solcher Schäden könne der Frachtführer nach Maßgabe des Art. 381, soferne dieselben bei der Ablieferung des Gutes äußerlich nicht erkennbar gewesen, selbst nach Annahme des Gutes und nach Bezahlung der Fracht noch fortwährend in Anspruch genommen werden, soferne die Feststellung des Schadens ohne Verzug nach der Entdeckung nachgesucht worden sei. Diese Bestimmung sei allerdings mit den Interessen der Eisenbahnverwaltungen nicht vereinbar, und es müßte denselben, gleich allen anderen Frachtführern, frei stehen, vertragsmäßig festzusetzen, daß dergleichen Ansprüche ohne Rücksicht darauf, wann sie von dem Beteiligten entdeckt worden seien, nur dann gegen die Bahnerwaltung geltend gemacht werden dürften, wenn sie innerhalb einer gewissen kurzen Frist angemeldet würden.

Mit Rücksicht hierauf und in der Erwägung, daß die betreffende Frist natürlich nicht so kurz bestimmt werden dürfe, daß sie der Nichtzulassung der betreffenden Ansprüche gleichkommen würde, ward von einem Herrn Abgeordneten statt des Antrags in dem oben allegirten Art. 400 b folgende Bestimmung in Vorschlag gebracht:

a) „Es ist den Eisenbahnen gestattet, die Er-

„sachansprüche wegen äußerlich nicht erkenn-  
 „barer Verluste und Beschädigungen an die  
 „Anmeldung innerhalb einer angemessenen  
 „Frist zu knüpfen.“

Von einigen Herren Abgeordneten wurde hierauf bemerkt: Sowohl der eben eingebrachte Antrag als der Vorschlag in Art. 400 b der Anlage zum 567. Protokoll gehe von der Ansicht aus, daß den Eisenbahnverwaltungen durch Art. 376 (Art. 395 der eben berührten Anlage) das Recht genommen werde, die fraglichen Vereinbarungen zu treffen. Diese Auffassung sei jedoch die richtige nicht. Es müsse wiederholt darauf hingewiesen werden, daß Art. 376 den Eisenbahnverwaltungen nur die Beschränkungen des materiellen Umfangs der Haftbarkeit des Frachtführers untersage, auf Beifügung von Bedingungen aber oder auf Festsetzung von Fristen, innerhalb deren die fraglichen Ansprüche geltend gemacht oder angezeigt werden müßten, sich nicht beziehe. Denn Art. 376 untersage nur eine Abschwächung der Verpflichtungen des Frachtführers, wie sie in den Art. 371—375 festgestellt seien, und in diesen Artikeln sei von der Zeit, während welcher die in Rede stehenden Verpflichtungen geltend gemacht oder angezeigt werden müßten, nicht die Rede. Es würde auch offenbar zu weit führen, wenn man die Festsetzung jeder Bedingung als eine Beschränkung der Verpflichtungen des Frachtführers im Sinne des Art. 376 ansehen wollte, denn alsdann würden die Eisenbahnverwaltungen nicht einmal im Stande sein, die allernotwendigsten Vorschriften über die Aufgabe, die Behandlung der Frachtgüter u. dgl. zu treffen. Da sich hiernach die in Rede stehenden Bestimmungen, von Chikanen zur Umgehung des Gesetzes abgesehen, von selbst verstanden, und deren ausdrückliche Aufnahme nur die richtige Auslegung des Art. 376 gefährde, werde beantragt, von Aufnahme derselben gänzlich Umgang zu nehmen.

Von anderen Herren Abgeordneten wurde dagegen die Meinung vertreten: Art. 376 würde den in Frage stehenden Vereinbarungen im Wege stehen, indem die in Art. 371—375 normirten Verpflichtungen allerdings eine Beschränkung erlitten, wenn die Eisenbahnverwaltungen sie an kürzere als die gesetzlichen Verjährungsfristen oder an die Bedingung der Anmeldung innerhalb einer kurzen Frist knüpfen würden; denn wenn das Gesetz sage, daß der Frachtführer diese und jene Verpflichtungen habe, so könne es nicht zweifelhaft sein, daß eine Verpflichtung, die zwar an und für sich denselben Umfang habe, als die gesetzliche Verpflichtung, aber an eine kürzere Zeit der Geltendmachung des An-

spruchs oder an die Bedingung der Anmeldung desselben binnen einer kurzen Frist gebunden sei, nur ein beschränkteres Recht gewähre, gerade so, wie dieß der Fall sein würde, wenn der Anspruch von einer sonstigen Bedingung abhängig gemacht sei.

Um indeß jeden Zweifel hierüber abzuschneiden, was bei der jetzt schon sich zeigenden Verschiedenheit in der Auslegung des Art. 376 doppelt wünschenswerth sei, wurde beantragt, den Art. 376, beziehungsweise den Art. 395 der Anlage zum 567. Protokolle dahin zu ergänzen, daß im Artikel ausdrücklich erklärt werde, es sei den Eisenbahnen auch nicht gestattet, Verträge zu schließen, durch welche der Eintritt oder die Geltendmachung (Art. 381) der vorstehenden Verpflichtungen beschränkt würden. Durch den Ausdruck: „Eintritt der Verpflichtungen“ glaubte man hierbei die Fristen von dem Charakter der in dem Antrage unter a besprochenen Art, mit dem Ausdrucke: „Geltendmachung“ die Verjährungsfristen zu treffen.

Hierauf wurde noch gegen den Antrag unter a eingewendet: Der Ausdruck: „angemessene Frist“ gebe zu einer großen Rechtsunsicherheit Anlaß, während es bei Festsetzung der fraglichen Fristen gerade auf Herstellung einer festen Rechtsunsicherheit von Ablauf einer gewissen Frist an abgesehen sei. Denn wenn man diesen Ausdruck beibehalte, so werde in jedem einzelnen Falle darüber ein Streit und eine richterliche Entscheidung statthast sein, ob die in den Reglements der Eisenbahnen festgesetzte Frist als eine angemessene betrachtet werden müsse oder nicht. Es sei deshalb vorzuziehen, daß man die Feststellung der betreffenden Fristen den Eisenbahnverwaltungen definitiv anheimgebe, und nur das Minimum der Zeit festsetze, unter welche dieselben nicht herabgehen dürften. In diesem Sinne wurde beantragt, im Antrage unter a statt: „eine angemessene“ „eine mindestens vier Wochen vom Tage der Entfahnahme an dauernde“ zu setzen, und diese Zeitbestimmung dadurch motivirt, daß dieselbe sich auch in dem neuesten in Hamburg vereinbarten Reglement finde.

Bei der Abstimmung wurde die vorhin beantragte Ergänzung des Art. 376, beziehungsweise Art. 395 der Anlage zum 567. Protokolle mit 9 gegen 4 Stimmen genehmigt. Sodann war man allseitig darüber einverstanden, daß kein Grund dazu vorhanden sei, den Eisenbahnverwaltungen die Befugniß zur Vereinbarung kürzerer Verjährungsfristen im Allgemeinen oder wegen eines gänzlichen Verlustes der Güter im Besonderen einzuräumen. Dagegen wurde bezüglich der in Art. 381 besprochenen Verluste und Beschädigungen der Antrag unter a mit der Modification, daß statt: „eine

angemessene“ zu setzen sei: „eine mindestens vier Wochen vom Tage der Empfangnahme des Guts an dauernde“ mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Hierauf wurde zu

#### Art. 401

der Anlage zum 567. Protokolle bemerkt: Es lasse sich nicht verkennen, daß durch eine Bestimmung, wie die des Art. 401, das Gesetz durchbrochen und für manche Fälle die Gelegenheit zur Umgehung desselben geboten werde. Gleichwohl werde sich deren Aufnahme nicht vermeiden lassen, da es außerordentliche Verhältnisse gebe, bei denen die in den Art. 396—400 a statuirten Befugnisse der Eisenbahnverwaltungen zur Beschränkung der gesetzlichen Haftbarkeit des Frachtführers weder in ihrem eigenen Interesse, noch im Interesse des mit ihnen verkehrenden Publikums zu reichen würden. Man möge nur den Fall setzen, daß in einem Lande eine große Getreidetheuerung sei, und beträchtliche Massen von Getreide von allen Seiten herbeiströmen, so daß die Bahnverwaltungen weder Räume genug für dessen Aufbewahrung, noch Wagen und Personal genug für dessen rechtzeitige Fortschaffung in regelrechter Weise haben könnten, oder daß in einem Kriegsfall die Eisenbahnverwaltung fast ausschließlich mit dem Transport von Truppen und Munition beschäftigt sei. In solchen Fällen würden die Eisenbahnverwaltungen, wenn sie die gesetzlichen Vorschriften des Frachtführers nicht weiter beschränken dürften, als ihnen in dem Entwurfe gestattet worden sei, zwar vielleicht für ihr eigenes Interesse durch Ablehnung der ihnen angetragenen Transporte sorgen können, würden aber damit dem Publikum großen Schaden zufügen, indem Manchem viel daran gelegen sein könne, daß sein Gut unverweilt mit fortgeschafft werde, wenn er auch die Gefahr des Verlustes oder der Beschädigung allein tragen müsse, statt daß es vorläufig ganz zurückbleibe. Die Beschränkung der Vertragsfreiheit sei unter allen Umständen eine sehr bedenkliche Sache, und könne nicht ohne die größte Gefahr Wagh greifen, wenn man die betreffenden Vorschriften nicht mit einiger Elastizität normire. Wolle man aber jede mißbräuchliche Anwendung des Art. 401 abschneiden, so werde es genügen, noch folgenden Satz zu dem Artikel hinzuzufügen:

„Eine solche Verabredung darf jedoch nur insoweit die gesetzliche Haftung beschränken, als nothwendig ist, damit unter jenen ungewöhnlichen Verhältnissen der Transport im Interesse des Absenders übernommen werden kann.“

Gegen Art. 401 wurde jedoch von anderen Seiten eingewendet: Nehme man diesen Artikel an, so hebe

man dadurch im Grunde den Art. 376 wieder auf. Denn es werde leicht gelingen, darzuthun, daß in diesem und jenem Falle, den man bei Art. 401 eigentlich nicht im Auge gehabt habe, außerordentliche Verhältnisse obgewaltet hätten. Außerordentliche Umstände seien z. B. schon dann vorhanden, wenn die Bahnverwaltung gerade wenig Wagen zur Verfügung habe, weil die anderen schon in Fahrt gesetzt seien, u. dgl. mehr. Für eine solche Bestimmung sei auch gar kein Bedürfnis vorhanden, da sich andere Mittel in hinreichender Anzahl finden würden, um allen Interessen zu genügen. Die Bahnverwaltungen könnten z. B. schon dadurch ihrem Interesse, wie demjenigen des Publikums genügen, daß sie erklärten, sie nähmen unter so außerordentlichen Verhältnissen nur dann Güter zum Transport an, wenn sie begleitet würden. Auch durch den beantragten Zusatz verliere Art. 401 nichts an seiner Gefährlichkeit, weil das Gesetz von den Gerichten der deutschen Staaten bei ihrer mannichfaltigen Organisation gewiß auf die verschiedenste Weise in Anwendung gebracht werden und dadurch die Einheit des Rechtes, sowie der beabsichtigte Zweck eines zulänglichen Schutzes des Publikums verloren gehen würde.

Bei der Abstimmung wurde Art. 401 sammt der oben aufgeführten Zusage mit 8 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Bei Diskussion des

#### Art. 402

der Anlage zum 567. Protokolle wurde hierauf von einem Herrn Abgeordneten bemerkt: Nachdem bei Berathung der Art. 374 und 375 beschlossen worden sei, daß von mehreren Frachtführern, welche sich an der Ausführung eines mit einem durchgehenden Frachtbriefe übernommenen Transportes theiligten, ein jeder solidarisches für den ganzen Transport hafte, erscheine der erste und zweite Absatz des Art. 402 als eine Ausnahme von dieser Regel zu Gunsten der Eisenbahnen, indem er bestimme, daß jede Bahnverwaltung, welche sich an einem solchen Transporte theilliche, abgesehen von den Bestimmungen des dritten Absatzes, nur für den auf ihrer Bahn auszuführenden Theil des Transportes die Verpflichtungen eines Frachtführers habe. Eine solche Ausnahme würde aber, wenn man dieselbe überhaupt zuzulassen Grund habe, nur für die später eintretenden Bahnen gerechtfertigt werden können. Für die erste Bahn dagegen, welche die Güter vom Absender annehme, würde sie jeder Begründung entbehren; denn diese Bahn übernehme einmal den ganzen Transport und sei auch wegen dieses ganzen Transportes als der direkte Gegenkontrahent des Absenders anzusehen;

es liege, wie schon früher ausgeführt und begründet worden sei, zwischen dieser Bahn und dem Absender nur ein einziger Kontrakt vor, und nicht etwa so viele Kontrakte, als in der Folge Zwischenfrachtführer einzutreten hätten; dies ergebe sich schon daraus, daß ein solcher Frachtvertrag in der Regel darüber nichts enthalte, an wen und wann die Zwischenfrachtführer das Gut abzuliefern hätten, welche Fracht ihnen hierfür gebühre u. dgl. Bezüglich der ersten Bahn werde es demnach bei den Bestimmungen der Art. 374 und 375 sein Bewenden behalten müssen.

Diesen Ausführungen wurde zunächst von einer Seite mit der Bemerkung entgegengetreten, der erste und zweite Absatz des Art. 402 seien in der eben ausgeführten Darlegung nicht richtig aufgefaßt worden. Sie enthielten keine Ausnahmebestimmung von Art. 374 und 375, sondern nur eine Interpretationsregel des Inhalts, daß, wenn eine Eisenbahnverwaltung einen über ihre Bahn hinausgehenden Transport auch mit einem durchgehenden Frachtbriefe annehme, sei es, daß der Bestimmungsort an einer anderen Bahn, sei es, daß er gar nicht an einer Eisenbahn liege, der Kontrakt doch nur dahin zu verstehen sei, daß die Eisenbahn nicht den ganzen Transport übernehmen, sondern nur für ihre Bahnstrecke die Verpflichtungen als Frachtführer haben solle, während für den späteren Transport Absatz 2 Platz greife, und dem Frachtbrief nach Zurücklegung der ersterwähnten Bahnstrecke für die erste Bahn im Grunde nur noch die Bedeutung einer Adresse zukomme.

Ein anderes Mitglied, welches gleichfalls der Ansicht war, die gegen Abs. 1 erhobenen Bedenken beruhten darauf, daß seine Absicht unrichtig aufgefaßt worden sei, glaubte den ersten und zweiten Absatz des Art. 402 im Gegensatz zu dem dritten Absätze dieses Artikels dahin auffassen zu müssen, daß in den beiden ersten Absätzen nur von dem Falle die Rede sei, wenn der Transport überhaupt nur auf einer Bahn ausgeführt werden solle, und der Bestimmungsort entweder an derselben Bahn liege, wie der Abgangsort, oder nur seitwärts von derselben, während im dritten Absätze der Fall seine Erledigung finde, wenn der in Rede stehende Transport über mehrere Bahnen gehe.

Gegen diese Ausführungen wurde jedoch wieder bemerkt: Es handle sich in Abs. 1 und 2 des oben erwähnten Art. 402 weder um eine bloße Interpretationsregel, noch auch bloß um den Fall, wenn der ganze Transport nur auf einer einzigen Bahn zur Ausführung komme, oder höchstens noch eine Strecke von der Bahn ab führe. Der erste und zweite Absatz des Art. 402



seien aus Art. 397 des Antrags unter Nr. 450 der Zusammenstellung der Erinnerungen entnommen, woselbst sie in der Voraussetzung Aufnahme gefunden hätten, daß auch jeder andere Frachtführer, der sich an einem mit einem durchgehenden Frachtbriefe auszuführenden Transporte theilnehme, nur für den von ihm auszuführenden Theil des Transportes die Verpflichtungen eines Frachtführers habe, daß die fraglichen Absätze demnach nichts Anderes, als eine Bestätigung der Regel für die Eisenbahnen enthielten, an welche sich die Bestimmung des dritten Absatzes als eine erschwerende Ausnahmegestaltung für den auf mehreren sich an einander anschließenden Eisenbahnen auszuführenden Transport im Interesse des Publikums habe anreihen sollen. Nachdem nunmehr zu Art. 375 der Beschluß gefaßt worden sei, daß in der Uebernahme eines durchgehenden Frachtbriefes und des darin bezeichneten Gutes im Zweifel die Uebernahme des ganzen Transportes zu finden sei, und jeder einzelne dabei theilnehmende Frachtführer, gleichviel, ob ihm das Gut vom Absender oder einem früheren Frachtführer übergeben werde, für den ganzen Transport solidarisch hafte und alle seine Vor- und Nachbarn vertreten müsse, ändere sich allerdings das Verhältniß des Art. 402. Der erste und zweite Absatz enthalte nunmehr eine Ausnahmegestaltung zu Gunsten der Eisenbahnen, und selbst bezüglich des dritten Absatzes sei dies der Fall. Dieser Ausnahmen könnten die Eisenbahnen aber bei der großen Ausdehnung, auf welche sich nunmehr die Transportgeschäfte bezögen, sowie bei der Unmöglichkeit einer genügenden Sicherung bei Auswahl der für den Weitertransport zu benützenden Transportmittel, endlich bei der Unausführbarkeit einer genügenden Controle der neuen Frachtführer, unmöglich entbehren. Es werde deshalb die Beibehaltung des ersten und zweiten Absatzes dringend befürwortet. Dem Bisherigen zufolge würden sich Absatz 1 und 2 auf alle Transportverträge beziehen, gleichviel, ob dieselben nur auf der ersten Bahn der Hauptsache nach zum Vollzuge kämen, um mit einem verhältnißmäßig geringen Transport abwärts von der Bahn ihre völlige Erledigung zu finden, oder ob das Gut auf Dampfschiffen, Flußschiffen, gewöhnlichen Lastwagen oder anderen, nicht unmittelbar an die erste Bahn sich anschließenden, Eisenbahnen noch weiter zu transportieren sei. Für alle diese Fälle würde bestimmt werden, daß die Eisenbahnverwaltung, die sich an einem zwar durch mehrere Frachtführer, aber mit einem gemeinschaftlichen Frachtbriefe zu vollziehenden Transport theilnehme, nur für ihre Strecke die Verpflichtungen eines Frachtführers und für den Weitertransport nur

die Verpflichtungen eines Spediteurs habe. Was diesen letzteren Punkt angehe, so verstehe es sich von selbst, daß es darauf ankomme, welcher Ort in jedem einzelnen Fall als Bestimmungsort anzusehen, beziehungsweise bis wohin der Transportvertrag geschlossen sei, ob also z. B. wirklich der von der Bahn abliegende Ort, weil die Fracht bis dahin berechnet worden u. dgl., als Bestimmungsort angesehen werden müsse, oder ob Grund vorhanden sei, anzunehmen, daß der Transportvertrag nur bis zu einer gewissen Eisenbahnstation geschlossen sei, der Angabe eines weiteren Ortes somit nur die Bedeutung einer Adresse zukomme (z. B. wenn der Frachtbrief dahin laute, daß das Gut an eine bestimmte Station „Bahnhof restant“ befördert werden solle, und auch nur bis dahin die Fracht berechnet sei). Es könne nicht zweifelhaft sein, daß in Fällen der letzteren Art Abs. 2 überhaupt keine Anwendung leide und die Eisenbahn über jenen Ort hinaus nicht einmal die Obliegenheiten eines Spediteurs, also nicht für Transportmittel zu sorgen habe u. dgl. Von den bisher besprochenen Bestimmungen mache nur Absatz 2 für den Fall eine Ausnahme, wenn und soweit der Transport auf mehreren sich unmittelbar an einander anschließenden Eisenbahnen zur Ausführung gelange.

Rücksichtlich des zuletzt erwähnten dritten Absatzes ward von der Mehrzahl der Herren Abgeordneten anerkannt, daß die darin enthaltene Bestimmung wesentlich vortheilhafter für das Publikum sei, als der Vorschlag in dem dritten Absätze des Art. 397 des Antrags unter Nr. 450 der Zusammenstellung, der auch in den Anträgen unter Nr. 451, 452 und 454 der Zusammenstellung Aufnahme gefunden habe, und daß dieselbe auch deshalb unbedenklich angenommen werden könne, weil sie schon bei den Verathungen der Eisenbahn-Verwaltungen selbst für ausführbar erachtet worden sei. Nur wurde die Streichung der Worte: „in Ermangelung einer anderweiten Abrede“ beantragt, weil die Aufnahme dieser Worte die ganze Bestimmung zu einer illusorischen machen würde. Dabei ward bemerkt, daß diese Worte zwar auch in dem Antrage unter Nr. 450 der Zusammenstellung enthalten seien, dort jedoch nur den Zweck haben sollten, etwaige dem Publikum günstigere Reglements-Bestimmungen vorzubehalten. Ferner wurde anheimgegeben, statt: „sämmliche — Bahnverwaltungen vertreten“ zu setzen: „für sämmliche — Bahnverwaltungen haften“, um keinem Zweifel über die eigentliche Meinung der Bestimmung Raum zu geben.

Von einigen Mitgliedern wurde beantragt, den Antrag in Art. 402 der Anlage zum 567. Protokolle mit dem Vorschlag in Art. 397 der Nr. 450 der Zusammen-

menstellung zu verbinden und den Betheiligten neben dem Rechte, sich an die erste oder letzte Bahnverwaltung zu halten, auch die Befugniß, jede der Zwischenbahnen zu belangen, welcher das Gut übergeben worden, mit der Wirkung einzuräumen, daß dieselbe für Verlust und Beschädigung des Frachtguts haften müsse, wenn sie nicht den Beweis liefere, daß sie das Gut unbeschädigt wieder abgeliefert habe, der Schaden also auf einer anderen Bahn entstanden sei. Für die Einräumung dieser zweiten Befugniß, nach deren Statuirung immer noch eine Abmilderung der gesetzlichen Haftbarkeit zu Gunsten der Eisenbahnen vorliege, da den Zwischenbahnen der Beweis offen gelassen würde, daß der Schaden sich auf einer anderen Bahn zugetragen habe, sei ein dringendes Bedürfnis vorhanden, namentlich wegen derjenigen Fälle, in welchen das im Inland aufgegebenes Gut nach dem Auslande bestimmt, die letzte Bahn also eine ausländische Bahn sei, und diese nicht füglich auf Grund des Art. 402 belangt werden könne, die erste Bahn aber, bei welcher das Gut aufgegeben worden, vielleicht weit entfernt sei. Während der Empfänger dann vielleicht diejenige Bahnverwaltung, welcher das Gut nachweisbar zuletzt in Deutschland übergeben worden, mit Leichtigkeit würde in Anspruch nehmen können, müßte er, wenn man dem vorliegenden Antrage nicht stattgebe, mit großer Beschwerne an einem weit entfernten Orte einen Prozeß gegen die erste Bahn führen. Man möge nicht einwenden, daß ihm dann der Absender helfend an die Hand gehen könne, denn wenn dieser wegen des Gutes bereits bezahlt sei, oder aus einem anderen Grunde kein Interesse mehr daran habe, werde der Empfänger an dem Absender nicht immer eine zureichende Unterstützung finden. Derselbe Mißstand könne auch dann eintreten, wenn zwar sowohl der Aufgabeort als der Bestimmungs-ort sich in Deutschland befänden, das Gut aber gar nicht an diejenige Bahnverwaltung gekommen, welche es hätte abliefern sollen, sondern schon früher verloren gegangen sei. In einem solchen Falle könne der Empfänger auch vielleicht nur die weit entfernte erste Bahnverwaltung belangen, weil er nicht wisse, welche Bahn das Gut zuletzt überliefert erhalten habe.

Eventuell werde beantragt, die Haftpflicht der Verwaltung der Zwischenbahn wenigstens in dem Fall zu gestatten, wenn bewiesen werde, daß auf ihrer Strecke der Schaden sich zugetragen habe.

Gegen den eben eingebrachten prinzipialen Antrag wurde hierauf bemerkt: Derselbe sei mit dem in Art. 402 befolgten Systeme unvereinbar. Nehme man neben diesem Artikel auch den Antrag in Art. 397 unter

Nr. 450 der Zusammenstellung an, so würden die Eisenbahnverwaltungen zum Vortheile des Publikums mit zweifacher Strenge behandelt. Man könne wohl im Interesse eines schnellen Transportverkehrs und damit einerseits bei Uebernahme und Wiederablieferung der von Bahn zu Bahn gehenden Güter Weiterungen möglichst vermieden würden, andererseits aber doch das Publikum die nöthige Sicherheit habe, wie im Art. 402 vorgeschlagen sei, bestimmen, daß die erste und letzte Bahn für alle Schäden unbedingt dem Absender oder Empfänger gegenüber haften müsse, weil eine und dieselbe Bahn heute Güter annehme oder abliefern und morgen Zwischenbahn sei, somit eine Ausgleichung der Folgen einer solchen Haftbarkeit der Bahnen schon durch den gewöhnlichen Lauf der Geschäfte eintrete, und überdies noch durch Verbände u. dgl. die nöthige Ausgleichung herbeigeführt werde. Aber dann könne man unmöglich zugleich bestimmen, daß nach Wahl der Betheiligten auch die Zwischenbahnen belangt werden könnten, denn damit würde die Voraussetzung wegfallen, unter welcher allein das System des mehrerwähnten Art. 402 haltbar erscheine, und dessen Zweck vereitelt werden. Durch gleichzeitige Annahme des Antrags in Nr. 450 der Zusammenstellung bewirke man, daß die Zwischenbahnen bei Uebernahme der Güter mit der größten Aengstlichkeit zu Werke gehen müßten, und mache man das bisherige Verfahren, wonach die Güter ohne Umladung und Untersuchung auf demselben Wagen von Bahn zu Bahn gingen, unmöglich.

Der in Rede stehende Antrag komme bei der Schwierigkeit des den einzelnen Bahnverwaltungen auferlegten Beweises darauf hinaus, daß es bei der Regel des Art. 375, der Solidarität aller Bahnen, sein Verbleiben behalte. Auch darin liege kein Grund für die Annahme des in Rede stehenden Antrags, daß gewisse Bahnen wegen ihrer Lage nur Anfangs- oder Endpunkte und niemals Zwischenbahnen sein würden, und wegen der Schwierigkeit des nöthigen Beweises nur selten Regreß nehmen könnten, denn durch Annahme dieses Antrags werde die Beschwerde, die für sie vermeintlich in Art. 402 liege, nicht beseitigt, sie bleibe vielmehr fortbestehen. Daß die Beschwerde aber nur eine vermeintliche sei, ergebe sich, wenn man erwäge, daß selbst dann, wenn jede Bahn nur für ihre Strecke hafte, die erste nur dann frei sein würde, wenn sie beweise, daß sie das Gut in unbeschädigtem Zustand rechtzeitig abgeliefert habe, und daß, wenn die Bahnverwaltung diesen Beweis liefern könne, ihr auch meistens die Begründung einer Regreßklage gelingen werde. Für den mehrerwähnten prinzipialen Antrag sei auch

kein Bedürfnis vorhanden, einmal, weil den Prozeß doch regelmäßig der Absender oder Empfänger führen werde, und Art. 402 selbst für die Bequemlichkeit dieser Personen genüge, sodann, weil in dem Fall, wenn die Güter vom Ausland nach dem Ausland gingen, nur selten Deutsche theilhaftig sein würden, und überdies der Frachtkontrakt als unter der Herrschaft fremder Gesetze geschlossen, doch nicht nach deutschem Recht beurtheilt werde, während dann, wenn die Güter vom Inland nach dem Ausland gingen, die erste Bahnverwaltung stets ohne Beschwerde vom Absender, ja es in eigenem Interesse, sei es in dem des Empfängers, belangt werden könne.

Der oben erwähnte eventuelle Antrag ward nicht beanstandet.

Ein Mitglied endlich beantragte, die in Rede stehenden Bestimmungen nicht dahin zu fassen, daß bezüglich der Eisenbahnen Art. 402 schon gesetzlich gelte, Art. 375 auf Eisenbahnen also überhaupt nicht anwendbar sei, sondern nur dahin, daß die Eisenbahnverwaltungen die Bestimmungen des Art. 402 vertragsmäßig für ihre Transportgeschäfte festsetzen könnten.

Bei der Abstimmung wurde der erste Absatz des Art. 402 der Anlage zum 567. Protokolle mit 10 gegen 3 Stimmen, der zweite Absatz mit 11 gegen 1 Stimmen, und der dritte Absatz mit der Modification, daß die Worte: „in Ermangelung einer anderweitigen Vereinbarung“ zu streichen seien, und statt: „vertreten“ gesetzt werde: „haften“, mit 11 gegen 2 Stimmen angenommen. Endlich wurde mit 9 gegen 4 Stimmen beschloffen, den Art. 402 dahin zu fassen, daß es auch für die Eisenbahnen an und für sich bei der Regel des Art. 375 verbleibe, die Eisenbahnverwaltungen aber die Bestimmungen des Art. 402 vertragsmäßig festsetzen könnten.

Der Antrag, den Theilhaftigen auch das Recht einzuräumen, daß sie sich an die Verwaltungen der Zwischenbahnen in der Weise halten könnten, wie dies in Art. 397 des Antrags unter Nr. 450 der Zusammenstellung vorgeschlagen ist, wurde mit 12 gegen 1 Stimme abgelehnt und beschloffen, zu Art. 402 der Anlage zum 567. Protokolle beizufügen, daß auch dann, wenn die Bestimmungen dieses Artikels vertragsmäßig für maßgebend erklärt seien, doch die Theilhaftigen sich nach ihrer Wahl auch an die Verwaltungen der Zwischenbahnen zu halten das Recht hätten, wenn sie beweisen könnten, daß auf der betreffenden Bahn der Schaden sich zugetragen habe.

Die Frage, ob eine Bestimmung im Sinne des letzten Absatzes des Antrags in Art. 397 unter Nr. 450 der

Zusammenstellung über den Regreß der Eisenbahnverwaltungen unter sich aufzunehmen sei, wurde nach kurzer Diskussion, in welcher namentlich geltend gemacht ward, daß die Frage, was bezüglich des Regreßes Rechtens sei, nur das innere Verhältniß der Eisenbahnen unter einander angehe und nicht hieher gehöre, mit 12 gegen 1 Stimme verneint.

## DLXXIX. Sitzung.

Nürnberg, am 29. Januar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher die in der 571. Sitzung zugegen gewesenen Herren Abgeordneten Antheil nahmen, wurde von einem Mitgliede folgende Zusatzbestimmung in Vorschlag gebracht:

„Eine Eisenbahn, welche dem Publikum zur Benutzung für den Gütertransport eröffnet ist, kann einen bei ihr nachgesuchten Transport von Gütern innerhalb ihres Bahnbezirks nicht verweigern, inso fern:

- 1) „die Güter an sich, oder vermöge ihrer Verpackung nach den Reglements, und im Falle die letzteren fehlen oder keinen Anhalt gewähren, nach den Einrichtungen und dem bisherigen Gebrauch der Bahn, zum Transport sich eignen;
- 2) „der Absender in Beziehung auf die Fracht, die Auslieferung der Güter und die sonstigen den Eisenbahnen freigestellten Transportbedingungen den allgemein geltenden Anordnungen der Bahnverwaltung sich unterwirft;
- 3) „die regelmäßigen Transportmittel der Bahn zur Ausführung des Transports genügen.

„Die Eisenbahn ist nicht verpflichtet, die Güter zum Transport eher anzunehmen, als bis die Beförderung derselben geschehen kann.

„In Ansehung der Zeit der Beförderung darf kein Absender vor dem anderen ohne einen in den Einrichtungen der Bahn und den Transportver-

„hältnissen liegenden Grund begünstigt werden.“

Zur Begründung dieses Antrags wurde geltend gemacht: Derselbe enthalte im Grunde gar keine neue Bestimmung, sondern nur eine entsprechende Reproposition des Art. 370 Abs. 2 des Entwurfs aus zweiter Lesung, auf welchen in den früheren Verhandlungen ein großer Werth gelegt worden sei. Bei der Verhandlung über diesen Absatz (vgl. Prot. S. 4680 und flg.) sei von vielen Seiten anerkannt worden, daß derselbe nur in seiner bisherigen Fassung unbedenklich erscheine, und daß es sich dabei in Wahrheit um den nur bei öffentlichen Transportanstalten anwendbaren, für diese aber auch allerdings wünschenswerthen Satz handle: es dürfe in Ansehung der Zeit der Beförderung der zum Transport aufgegebenen Güter kein Absender vor dem anderen ohne genügende Gründe begünstigt werden. Hauptsächlich die gesetzliche Sanktionierung dieses Satzes sei der Zweck des vorliegenden Antrags. Der betreffenden Bestimmung würde jedoch gar keine praktische Bedeutsamkeit zukommen, wenn nicht der andere Satz die Grundlage derselben bilden würde, daß eine Eisenbahn, welche dem Publikum zur Benutzung für den Gütertransport eröffnet worden, regelmäßig einen bei ihr nachgesuchten Transport von Gütern innerhalb ihres Bahnbezirks nicht verweigern dürfe, weil sonst in der willkürlichen Zurückweisung der Güter des einen oder des anderen Absenders ein indirektes Mittel zu Begünstigungen von der Art liege, wie sie durch die zuerst erwähnte Vorschrift vermieden werden sollten. Daß ein Bedürfnis für die Aufnahme einer solchen Bestimmung vorhanden sei, gehe schon zur Genüge aus den früheren Verhandlungen über Art. 370 Abs. 2 hervor, und sei von den kaufmännischen Mitgliedern der Konferenz bestätigt worden, auch sonst hinreichend bekannt, indem z. B. erfahrungsmäßig nicht selten bei großen Märkten, drohenden Änderungen der Konjunktur u. dgl. der eine Absender durch die Bediensteten der Eisenbahn vor dem anderen begünstigt werde. Es komme übrigens gar nicht darauf an, ob schon jetzt solche Begünstigungen häufiger vorgekommen, sondern es genüge, daß dieselben leicht möglich seien und, wenn sie einmal häufiger vorkämen, die großartigsten Interessen dadurch gefährdet erschienen. Die Administrativgewalt der Staatsregierungen reiche nicht hin, etwaigen Benachtheiligungen einzelner Absender abzuhelpen; denn wenn es einmal versäumt sei, in den Concessionsurkunden geeignete Bestimmungen hierüber aufzustellen, werde es nicht so leicht gelingen, sie nachträglich in Folge einzelner Vorkommnisse durchzusetzen, abgesehen davon, daß z. B. die Androhung

der Konzeptionsentziehung u. für den Fall nochmaliger widerrechtlicher Begünstigung eines Absenders vor dem anderen u. dem Betroffenen nicht zum Ersatz des bereits erlittenen Schadens verhelpe. Der vorliegende Antrag sei zudem ganz unbedenklich. Denn abgesehen davon, daß sich schon jetzt die Eisenbahnverwaltungen für verpflichtet hielten, alle reglementsmäßigen Güter zum Transporte anzunehmen, von wem sie auch übergeben werden möchten, wie dies aus den §§. 1 und 4 des neuesten Entwurfs eines Vereinsreglements hervorgehe, enthalte die vorgeschlagene Bestimmung ja gar keinen Zwang für die Eisenbahnen, auch diejenigen Arten von Gütern, deren Transport besonders gefährlich oder beschwerend für dieselben sei, zum Transport zu übernehmen. Es bleibe den Bahnverwaltungen vielmehr ganz unbenommen, nach freiem Ermessen in ihren Reglements festzusetzen, daß sie diese oder jene Arten von Gütern überhaupt nicht zum Transport übernehmen wollten; ja selbst wenn die Reglements keine entsprechenden Bestimmungen enthielten, seien die Eisenbahnverwaltungen durch die in Rede stehende Vorschrift nicht gefährdet, weil es bei Entscheidung der Frage, ob eine Eisenbahnverwaltung gewisse ihr angebotene Güter zu übernehmen schuldig gewesen wäre, immer noch darauf ankommen würde, ob die Güter nach dem bisherigen Gebrauch und den Einrichtungen der Bahn sich zum Transporte eigneten, weil ferner die Bahnverwaltung nur mit den regelmäßigen Transportmitteln die ihr angebotenen Güter zu befördern für verpflichtet erklärt werde, und, bevor die Möglichkeit der Ausführung des Transportes vorhanden sei, die Güter gar nicht anzunehmen und also auch nicht die Custodia derselben zu übernehmen gezwungen werden solle. Ungehöriges werde somit den Bahnverwaltungen durch den vorliegenden Antrag in keiner Weise zugemuthet, sondern es handle sich nur darum, daß den Eisenbahnverwaltungen das Recht nicht eingeräumt werde, einem einzelnen Absender einen Transport zu verweigern, den sie anderen Absendern unweigerlich bewilligten. Daß es nicht möglich sei, den Eisenbahnverwaltungen eine noch weiter gehende Befugniß, wie z. B. das Recht zur zeitweiligen Zurückweisung angelegener Transporte, zu ertheilen, sei von selbst klar, wenn man erwäge, daß eine zeitweilige Zurückweisung des Transportes für den Absender oft einer gänzlichen Verweigerung desselben gleichkomme, und auch hierin eine ausreichende Gelegenheit zur Begünstigung des einen Absenders vor dem anderen geboten würde.

Ein Herr Abgeordneter bemerkte hierauf: Er werde gleichfalls für den Eingang erwähnten Antrag stim-



men, jedoch nicht aus dem Grunde, weil von Seiten des Publikums Beschwerden wegen stattgehabter Begünstigungen einzelner Absender erhoben worden, denn von solchen Beschwerden habe er keine Kenntniß erlangt. Für ihn sei vielmehr die Erwägung entscheidend, daß es ganz inkonsequent erscheine, die gänzliche Ablehnung angetragener Transporte zu gestatten, wenn man die gegen seinen Wunsch beschlossene Beschränkung der aus der Uebernahme derselben entspringenden Haftbarkeit verbiete.

Gegen den eben besprochenen Antrag wurde von anderen Seiten geltend gemacht: Es müsse vor Allem bestritten werden, daß für die Aufnahme eines Satzes im Sinne des oben aufgeführten Antrags ein Bedürfniß vorhanden sei. Wegen Begünstigung einzelner Absender seien keinesweges so allgemeine Klagen geführt worden, daß sich deshalb die Aufnahme eines tief eingreifenden Satzes in das allgemeine Handelsgesetzbuch rechtfertigen könnte. Sollten aber auch solche Beschwerden vorgekommen sein und in der Folge noch vorkommen, so würden die administrativen Gewalten der Staatsregierungen ausreichen, Abhülfe zu schaffen. Bestimmungen wie die, welche jetzt in Frage stehe, gehörten unzweifelhaft dem öffentlichen Rechte an, und Konzeptionsentziehungen u. dgl., nicht aber Zivilrechtsätze seien das rechte Mittel, um den erwähnten Beschwerden gerecht zu werden. Sätze wie der in Rede stehende, welche noch dazu keine praktische Bedeutung hätten, wenn man nicht zugleich ausspreche, daß zu zumiderhandelnden Eisenbahnverwaltungen schadensersatzpflichtig seien, würden für ein Zivilgesetzbuch nur dann sich rechtfertigen lassen, wenn man von der Unterstellung ausgehe, als habe jede Eisenbahnverwaltung im Momente ihrer Etablierung mit Jedem aus dem Publikum einen Vorvertrag dahin abgeschlossen, daß sie mit ihm auf seinen Antrag hin Frachtverträge abschließen werde, und es sei gewiß mehr als zweifelhaft, ob eine solche Unterstellung haltbar sei. Dann komme noch, daß die vorgeschlagene Bestimmung von einer ganz unberechenbaren Tragweite sei. Nicht sei für den gewöhnlichen Verlauf der Geschäfte berechnet und möge bei ihm zutreffen. Welche Wirkungen der Satz aber bei außerordentlichen Verhältnissen haben, welche Wunden er dem Geschäftsbetriebe der Eisenbahnverwaltungen alsdann schlagen werde, wenn mit Rücksicht auf die obwaltenden Verhältnisse der bei dem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb ausreichende Maaßstab für die Beurtheilung der Beziehungen der Eisenbahnverwaltungen zum Publikum nicht mehr zureiche, lasse sich jetzt gar nicht ermessen. Für ein Mißtrauen gegen

die Eisenbahnverwaltungen, wie es in dem vorliegenden Antrage Ausdruck finde, seien keine genügenden Gründe vorhanden. Die vorgeschlagene Bestimmung werde ein Mittel und die Veranlassung sein zu Eklagen des Publikums gegen die Eisenbahnverwaltungen. Zum Transport der ungehörigsten Dinge würde das Publikum die letzteren auf Grund dieser Bestimmung zwingen können, wenn dieselben es versäumten, in ihren Reglements, statt wie bisher nur diejenigen Waaren zu verzeichnen, deren Transport sie ausgeschlossen wissen wollten, zu erklären, daß sie nur die im Tarif genannten Güter zu transportiren bereit seien, um desto sicherer alles Ungehörige auszuschließen. Verführen die Eisenbahnen aber in dieser Weise, so sei die vorgeschlagene Bestimmung fast ohne allen praktischen Werth.

Von dem Herrn Abgeordneten für Hannover wurde der vorliegende Antrag auch deshalb angefochten, weil derselbe nicht von einer der Regierungen vorgeschlagen worden sei und eine vollständige Neuerung enthalte, mithin für formell unstatthaft erachtet werden müsse.

Hiergegen wurde jedoch bemerkt, daß es sich hier um eine andere Fassung des Art. 370 Abs. 2 handle, dessen Erörterung durch den von mehreren Regierungen gestellten Streichungsantrag nothwendig geworden sei, und hierbei auch die ausdrückliche Hervorhebung des zum Grunde liegenden früher nicht ausgesprochenen Prinzips zulässig sei, zumal wenn man erwäge, daß der Art. 370 Abs. 2 die Beförderung der Frachtgüter nach der Reihenfolge ihrer Anmeldung zur Pflicht gemacht, die Verweigerung des Transportes im Sinne des neuen Vorschlages daher ohnehin für unzulässig erklärt habe.

Ein anderer Herr Abgeordneter war der Ansicht, der vorliegende Antrag habe in so lange keine civilrechtliche Bedeutung, als nicht ausgesprochen sei, daß diejenige Eisenbahnverwaltung, welche der Vorschrift zuwider handle, dem Betroffenen schadenersatzpflichtig sei, und beantragte deshalb, die Eingangs vorgeschlagene Bestimmung noch durch diesen Satz zu ergänzen.

Ein Mitglied endlich beanstandete den vorliegenden Antrag um deswillen, weil die Verpflichtung der Bahnverwaltung, einen angetragenen Transport zu übernehmen, davon abhängig sein solle, daß die Verpackung den Reglements entspreche, und hierin ein Mittel zur Umgehung der ganzen Vorschrift liege, indem in den Reglements die Beurtheilung der Verpackung in das Ermessen der übernehmenden Beamten gestellt werden könne, und diese die Güter beliebig wegen angeblich mangelhafter Verpackung zurückweisen könn-

ten. Der betreffende Herr Abgeordnete bezog sich für die Richtigkeit seiner Ansicht auch auf die der Konferenz mitgetheilten Verhandlungen der Handelskammer zu Breslau über den neuesten Entwurf eines Vereinsreglements S. 10 u. flg. Es wurde jedoch entgegnet: Das eben besprochene Bedenken sei nicht begründet. Die Angemessenheit oder Unangemessenheit der Verpackung müsse zunächst dem Urtheile der Bahnverwaltungen anheimgegeben werden, wenn nicht die größten Verwickelungen entstehen sollten. Man möge nur des Falls gedenken, daß der Bahnbeamte eine Kiste für zu dünn erkläre, als daß sie einen genügenden Schutz für die Waare böte, und die zugezogenen Sachverständigen anderer Ansicht seien, schließlich aber doch ein Schaden durch die Unzulänglichkeit der Kiste entstehe. Mißbrauch sei nicht zu befürchten, denn das verstehe sich von selbst, daß niemals bloße Laune der Bahnbeamten den Ausschlag geben könne, sondern äußerstenfalls der Richter zu entscheiden haben werde, ob nicht in der Beanstandung einer Verpackung eine ungerechtfertigte Zurückweisung des Guts zu finden sei u. dgl. Mit Rücksicht hierauf wurde das eben besprochene Bedenken nicht weiter verfolgt.

Bei der Abstimmung wurde die allgemeine Frage, ob eine Bestimmung im Sinne des Eingangs erwähnten Antrags aufzunehmen sei, mit 8 gegen 5 Stimmen (nämlich gegen die Stimmen der Herren Abgeordneten für Württemberg, Hannover, Baden, Mecklenburg und Hamburg) bejaht und, da sich der Herr Abgeordnete von Hannover fortan seiner Stimme über diese Frage enthielt, mit 7 gegen 5 Stimmen beschloffen, den Eingang erwähnten Antrag durch Einschaltung der Worte: „bei Vermeidung des Schadensersatzes“ zu ergänzen, und sodann mit dieser Modifikation der Antrag selbst mit 8 gegen 4 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Ein Mitglied beantragte hierauf in der Erwägung, daß es unmöglich sei, genau das ganze faktische Gebiet zu übersehen, auf welches sich der Art. 376 des Entwurfs und die statuirten Ausnahmen hiervon beziehen, und daß, selbst wenn dies jetzt der Fall wäre, das Leben fortwährend neue bis jetzt unbekannte Verhältnisse erzeuge, nach den Bestimmungen, welche bei Berathung der Art. 396—400 b der Anlage zum 567. Protokolle angenommen worden, folgenden neuen Artikel einzuschalten:

„Den einzelnen Staatsregierungen bleibt unbenommen, die vorstehenden Ausnahmeg Bestimmungen in Art. 396—400 b nach Bedürfnis näher zu präcisiren, zu beschränken oder zu erweitern.“

Eventuell schlug der Herr Antragsteller vor, diesen Antrag wenigstens mit der Beschränkung auf außerordentliche Verhältnisse anzunehmen.

Gegen diesen Antrag wurde jedoch auf die gegen Art. 401 der Anlage zum 567. Protokolle erhobenen Bedenken, sowie auf dasjenige Bezug genommen, was bei der Diskussion über den Art. 376 rücksichtlich des Umstandes vorgebracht worden, daß die Konferenzberatungen die einzige Möglichkeit zur Zustandebingung einer gemeinsamen Eisenbahngesetzgebung böten, während durch Annahme des vorliegenden Antrags jede Aussicht hierauf wieder verloren gehen würde, und sodann bei der Abstimmung der prinzipiale Antrag mit 9 gegen 4 Stimmen, und der eventuelle Antrag mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Ein Mitglied ging hiernächst auf die in den

Art. 374, 375 und 379

behandelte und zuletzt in der 571. und 572. Sitzung berathene Frage über, in wie weit der Frachtführer für seinen Nachmann über den von Ersterem übernommenen Transport hinaus haftbar sei, und bemerkte hiezu: Die in der 571. und 572. Sitzung angenommenen Bestimmungen beruhten auf einer formellen Behandlung der Verpflichtung des Frachtführers aus dem Frachtbriefe gegen den Empfänger. Diese Behandlungsweise stehe aber mit der sonstigen Tendenz des Titels vom Frachtgeschäfte in entschiedenem Widerspruch. Denn 1) sei zwar der Fadeschein eine Urkunde, durch welche der Frachtführer sich zur Ausbändigung des Guts verpflichte, weshalb denn auch sein Inhalt lediglich über die Rechtsverhältnisse zwischen Frachtführer und Empfänger entscheide. Dagegen sei der Frachtbrief eine Verweiskunde, auf deren Ausstellung der Frachtführer nur ein Recht habe. Der Frachtführer sei nach dem vollen Inhalt des Frachtvertrages berechtigt und verpflichtet, derselbe möge in den Frachtbrief aufgenommen sein oder nicht. So lange der Absender als dominus negotii gelte, könne er durch seine Verfügung oder durch Verständigung mit dem Frachtführer den Inhalt des Frachtvertrages erweitern oder beschränken. Der Frachtführer müsse der Ordre des Absenders, sei sie mündlich oder schriftlich, gehorchen und könne nur verlangen, daß die vom Absender angeordneten Abänderungen im Frachtbriefe nachträglich bemerkt würden. 2) Der Empfänger erlange erst Rechte aus dem Frachtvertrage, wenn der Frachtführer nach Ankunft der Waare am Bestimmungsorte ihm den Frachtbrief behändige und damit die Waare zu seiner Verfügung stelle. Zögere der Frachtführer mit dieser Behändigung, so sei dem Empfänger ein jus

occupandi eingeräumt. Dem Absender gegenüber, welcher an dem Frachtvertrage, Francofracht ausgenommen, nicht hängen bleiben wolle, sei der Frachtführer bei Verlust des Regresses verpflichtet, die Waare in Gemäßheit des vollen Inhalts des Frachtvertrags und mit allen bis zum letzten Augenblick eingetretenen Modificationen dem Empfänger zu offeriren, wobei ihm der Frachtbrief nur als Beweisurkunde diene. Umgekehrt dürfe sich auch der Empfänger auf etwaige, ihm vortheilhafte Nebenbestimmungen berufen, sie möchten im Frachtbrief enthalten sein oder nicht. Der wesentliche Unterschied des Frachtbriefs vom Ladeschein beruhe darin, daß alle aus dem Frachtvertrage zu entnehmenden Einreden, wenn sie gegen den Absender statthaft seien, auch gegen den Empfänger zugelassen würden. Wie könnte auch der Frachtführer der Ordre des Absenders unterworfen werden, wenn er sich darauf nicht sollte berufen können? 3) Sollte sich der Frachtführer auf Umstände, die nicht im Frachtbriefe enthalten seien, dem Empfänger gegenüber nicht berufen können, so würde dies nur ein Anlaß werden, die Ablieferung zu verzögern. Denn sein Pfandrecht gehe auf alle Forderungen aus dem Frachtvertrage, z. B. auch auf Ertrag von Strafen im Falle des neuen Art. 386: er müßte also bei eingetretenen Modificationen, welche der Empfänger nicht gelten lassen wolle, die Ablieferung auf Grund des unrichtigen Frachtbriefs verweigern und zunächst vom Absender die Ausstellung eines vollständigeren und correkteren Frachtbriefes verlangen können, weil mit der Ablieferung der Regreß gegen den Absender verloren gehe. Dies würde aber doch reiner Formalismus sein. Unmöglich könne der Frachtbrief halb Beweisurkunde, halb Konnossement sein. Um also diesen Punkt ins Klare zu stellen, werde beantragt:

a) den neuen Artikel 370 a zu löschen.

b) bei Art. 374 b den Nachsatz dahin zu fassen:

„so wird der Letztere durch Annahme des Guts  
„nebst dem Frachtbriefe auf den ihm mitgetheil-  
„ten Inhalt des Frachtvertrages dem im Fracht-  
„briefe bezeichneten Absender, jedoch nicht über  
„den von ihm übernommenen Transport hinaus,  
„unmittelbar verpflichtet.

„Bei vertragswidriger Ablieferung des Guts  
„Seitens seines Vormannes muß er dieselbe so-  
„fort genügend feststellen lassen, auch die Fracht  
„einbehalten, widrigenfalls er sich auf eine ver-  
„tragswidrige Ablieferung seines Vormannes nicht  
„berufen kann.“

c) Im Artikel 379 Abs. 1 zu löschen:

die Worte „aus eigenem Rechte“ und „nach Maafgabe des Frachtbriefs.“

Bei Berathung dieser Anträge wurde anerkannt, daß der Vorschlag unter a auf einer irrigen Auffassung der in der 571. Sitzung erfolgten Abstimmung beruhe, indem der damals vorgeschlagene Art. 370 a der Anlage C zu dem eben erwähnten Protokolle in der hier unterstellten Fassung nicht angenommen worden, der Antrag also gegenstandslos sei.

Sodann wurde mit 8 gegen 5 Stimmen beschloffen, auf die in dem Antrag unter b behandelte Frage nicht nochmals einzugehen.

Dagegen wurde mit 11 gegen 2 Stimmen beschloffen, den ersten Absatz des Artikel 379 dem Antrage unter lit. c entsprechend nochmals in Betracht zu ziehen, und sodann anerkannt, daß der Ausdruck: „aus eigenem Rechte“ insoferne zu einer irrigen Auffassung des Artikels 379 sowie der Bestimmungen des Entwurfs über den Frachtbrief überhaupt führen könne, als man in dem letzteren wenigstens für das Verhältniß des Frachtführers zum Empfänger eine Art von Verpflichtungschein würde finden können, welche auch den Rechten des Absenders präjudizirlich wäre, und daß dieser Ausdruck deshalb beseitigt werden müsse.

Von einigen Seiten wurde jedoch anheimgegeben, denselben nicht einfach zu beseitigen, sondern statt: „aus eigenem Rechte“ zu setzen: „in eigenem Namen“, um dadurch einerseits dem eben besprochenen Mißverständniß vorzubeugen und andererseits zu bewirken, daß dasjenige nicht verloren gehe, was dadurch habe ausgedrückt werden sollen, daß nämlich der Empfänger nicht bloß als Mandatar oder sonstiger Vertreter des Absenders anzusehen sei.

Bezüglich des Antrags auf Streichung der Worte: „nach Maafgabe des Frachtbriefs“ wurde von einigen Mitgliedern angeführt: Diese Worte müßten beibehalten werden, und es könne dies auch ohne allen Schaden geschehen. Der Annahme des Frachtbriefes sei ihrer juristischen Natur nach die Bedeutung beizulegen, daß der Frachtführer dadurch einestheils den Empfang der Waaren bekenne und anderntheils zugleich verspreche, das Empfangene abzuliefern. Die Frage, wie weit der Frachtführer für jenes Empfangsbekennniß zu haften habe, sei im Entwurfe ganz offen geblieben. Es sei, selbst wenn die in Rede stehenden Worte beibehalten würden, in Art. 379 gar nicht entschieden, wie weit der Frachtführer dem Empfänger gegenüber für die Richtigkeit der Angaben des Frachtbriefs aufzukommen habe, wenn z. B. in dem letzteren 20 Kisten erwähnt seien, der Frachtführer somit durch Annahme des Fracht-

briefs 20 Kisten empfangen zu haben bekenne, in Wirklichkeit aber nur 10 Kisten erhalten habe. Die Frage, ob sich der Frachtführer darauf berufen könne, daß er durch Annahme des Frachtbriefs ein irriges Empfangsbekentniß abgelegt habe, könne auch nicht mit einem einzigen Sage erledigt werden, und namentlich könne es unmöglich auf eine analoge Anwendung der Bestimmungen über den Ladeschein oder gar über das Konnossement hinauskommen, da die Verhältnisse hier wegen des fortwährenden Dispositionsrechtes des Absenders wesentlich anders als bei jenen Urkunden sein. Hätten Frachtführer und Absender arglistiger Weise mit einander kolludirt, so werde man dem Frachtführer eine Berufung auf den fraglichen Einwand allerdings nicht gestatten können. Sei dies aber nicht der Fall, so sei nicht abzusehen, weshalb einem solchen Einwand, vorausgesetzt natürlich, daß der Frachtführer den nöthigen Beweis liefere, nicht Raum gegeben werden sollte, weil sich die Sache, wenn von Anfang an nur irrthümlicher Weise 20 Kisten im Frachtbrief geschrieben worden, oder wenn der Absender seinen Willen nachher geändert und nur 10 Kisten dem Frachtführer zum Transporte übergeben habe, während er ihm früher 20 Kisten zu geben beabsichtigte, nicht anders verhalte, als wenn zuerst wirklich 20 Kisten verladen, aber nachträglich wieder zehn Kisten vom Absender mit einer rechtzeitig eingegangenen Gegenordre zurückgezogen worden seien. Daß dies aber die richtige Auffassung des Entwurfs sei, und daß die Worte: „nach Maßgabe des Frachtbriefs“ keinen anderen Sinn hätten, als den, daß der Empfänger gegen den Frachtführer die Rechte aus dem Frachtvertrage in der Weise geltend machen könne, wie sie durch den Frachtbrief bewiesen würden, also nicht, daß die Rechte aus dem Frachtbriefe so geltend zu machen seien, wie man wohl von Geltendmachung der Rechte aus einem Wechsel sprechen könne, sei sofort für Jedermann klar, weil sonst die Bestimmungen über die Befugniß des Absenders, Gegenordre zu ertheilen, keinen Sinn haben würden: das Gesetz könne dem Empfänger offenbar nicht an einer Stelle das Recht geben wollen, in dem oben angegebenen Fall die Auslieferung von 20 Kisten zu verlangen, wenn dem Absender an einer anderen Stelle desselben Gesetzes das Recht verliehen worden sei, 10 Kisten von jenen 20 zurückzuziehen. Die Beibehaltung der Worte: „nach Maßgabe des Frachtbriefs“ sei demnach offenbar unschädlich, aber auch nothwendig, theils, um auszudrücken, daß die Gegenleistungen des Empfängers sich nach dem Frachtbriefe zu bemessen hätten (z. B. die von ihm zu zahlende Summe für Fracht.

Nachnahmen u. dgl.), theils, um anzudeuten, daß der Empfänger kein Recht habe, sich auf die von den Kontrahenten bloß für das Verhältniß des Absenders zum Frachtführer berechneten Nebenberechnungen zum Frachtbrief zu berufen.

Von einem Herrn Abgeordneten wurde dagegen die Ansicht geltend gemacht, daß der letzte Punkt zu unerheblich sei, als daß er die Beibehaltung der bedenklichen Worte motiviren könne, und deshalb mit Rücksicht auf die bisherigen Ausführungen folgende Fassung vorgeschlagen:

„ — — in eigenem Namen gegen den Frachtführer die durch den Frachtvertrag begründeten Rechte gegen Erfüllung der aus dem Frachtbrief ersichtlichen Bedingungen sei es in eigenem, sei es in fremdem Interesse geltend zu machen.“

Diese Fassung wurde schließlich mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen.

Hierauf wurde die früher vorbehaltene Diskussion über den im Eingang des 574. Protokolls aufgeführten und daselbst näher begründeten Antrag fortgesetzt und hiebei zunächst von Seiten des Herrn Antragstellers bemerkt, daß es seine Absicht nicht sei, die in der Parenthese enthaltenen Worte: „stoppage in transitu, droit de suite“ in das Gesetz aufzunehmen, sondern daß dieselben nur vorläufig zur Verdeutlichung des Antrags selbst aufgenommen worden seien.

Bei der weitem Besprechung dieses Antrags wurde von einem Mitgliede die Meinung vertreten: Derselbe würde mit dem Art. 377 im Widerspruch stehen, dessen Absicht gerade dahin gehe, nach Ablieferung des Frachtbriefes die im Antrage bezeichneten Rechte des Absenders auszuschließen, wie dies bei Berathung des zu diesem Artikel gestellten Antrags unter Nr. 457 der Zusammenstellung der Erinnerungen, vgl. Prot. S. 4731 deutlich hervorgetreten sei. Durch Annahme des in Rede stehenden Antrags würde somit Art. 377 in einer sehr wesentlichen Beziehung wieder aufgehoben werden, und dies scheine, abgesehen von der formalen Frage, ob Art. 377 nochmals diskutirt werden solle, auch aus dem sachlichen Grunde nicht wünschenswerth, weil es nur zu Verwickelungen führen könne, wenn das Verhältniß des Frachtführers zum Empfänger anders geregelt werde, als das dem Transport zum Grunde liegende Rechtsverhältniß des Absenders zu dem Letzteren.

Andere Mitglieder widersprachen jedoch dieser Auffassung, indem sie ausführten: einerseits könne die Wichtigkeit des Vorbehalts in seiner Allgemeinheit nicht anerkannt werden, da allerdings das Rechtsverhältniß zwischen Absender und Empfänger sich in verschiedenen



Punkten dadurch ändern, daß das Aufhören der Dispositionsbefugniß des ersteren über den Frachtführer verschiedene Rechtsfolgen nach sich ziehe, wie denn z. B. der Kommissionär, welcher die Waaren versendet habe, sein Pfandrecht daran verliere, wenn der Frachtführer nach Uebergabe des Frachtbriefs für ihn zu befehen aufhöre; soviel sodann anderentheils diejenigen speziellen Rechte betreffe, welche in dem vorliegenden Antrage namhaft gemacht seien, (welche meistens als Konkursprivilegien in den verschiedenen Gesetzgebungen verschieden geregelt seien, weshalb auch keinesfalls die in dem Antrage proponirte enge Fassung für das Handelsgesetzbuch passen würde, da sie nur von einem nicht einmal allenthalben bekannten Recht auf Nichtauslieferung spreche,) so würden diese Rechte durch den lediglich die Rechte des Frachtführers gegen den Absender und Empfänger regelnden Art. 377 gar nicht berührt, dies sei aber auch ganz selbstverständlich und die Aufnahme des in Rede stehenden Antrags somit nicht erforderlich, wogegen aus der Aufnahme eines so unbestimmten Satzes leicht große Mißverständnisse erwachsen könnten.

Schließlich erkannte die Versammlung die zuletzt dargelegte Ansicht als die richtige an, worauf der Herr Antragsteller den Vorschlag, die im Eingang des 574. Protokolls formulirte ausdrückliche Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, zurückzog.

## DLXXX. Sitzung.

Nürnberg, am 31. Januar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Maule geleiteten Sitzung, an welcher auch Herr Appellationsgerichtsdirektor Dr. Seuffert wieder Antheil nahm, wurde zunächst in Betracht gezogen, ob den unter Nr. 483 — 485 der Zusammenstellung der Erinnerungen gestellten Anträgen entsprechend in Art. 394

des Entwurfs zu bestimmen sei, daß das Handelsgesetzbuch auf die Post keine Anwendung leide. Für diesen Antrag wurde, abgesehen von den schon in der Zusammenstellung angeführten Motiven unter Bezugnahme auf die über diesen Punkt veröffentlichten Den-

schriften geltend gemacht: Der hauptsächlichste Grund für die Aufnahme des Satzes, daß die Post den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs nicht unterworfen sei, bestehe darin, daß die Post als eine Staatsanstalt erscheine und nicht als ein Institut für Erzielung von Gewinn durch Betrieb eines Handelsgewerbes. Daß diese Auffassung die richtige sei, habe die Versammlung dadurch selbst anerkannt, daß sie in Art. 394 allen für die Post besonders erlassenen oder noch zu erlassenden Gesetzen und Verordnungen den Vorrang vor den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs eingeräumt habe. Diese Vorschrift sei nur dann denkbar und gerechtfertigt, wenn man davon ausgehe, daß der Post der Charakter einer Staatsanstalt zukomme, deren Zweck nicht in Ausbeutung eines Geschäftszweiges zu gewinnbringendem Erwerbe, sondern in der Förderung des gemeinen Wohles bestehe. Eine solche Anstalt aber den für den gewöhnlichen Handelsbetrieb erlassenen gesetzlichen Vorschriften zu unterwerfen, erscheine, wenn auch der Vorbehalt der besonderen Legislation noch so umfassend sei, doch unstatthaft, und führe zu ungeeigneten Resultaten, indem z. B. auch die Bestimmungen über die Kaufleute und deren Buchführung auf dieselbe angewendet und alle postalischen Streitigkeiten vor die Handelsgerichte gebracht werden könnten u. dgl. Ohnehin habe der Art. 394 in seiner bisherigen Fassung wenig praktischen Werth, indem es die Postanstalten in Folge des darin aufgenommenen weit umfassenden Vorbehaltes ihrer besonderen Normen in der Hand hätten, die Anwendbarkeit des Handelsgesetzbuchs fast ganz auszuschließen. Auch liege ein großer Uebelstand darin, daß, obgleich ebenso wohl die oberste Verwaltung der Posten als die der Eisenbahnen in den meisten Staaten einer und derselben Stelle anvertraut sei, diese Stelle, wenn Art. 394 in seiner jetzigen Fassung verbleibe, von demselben Gesetzbuch bald mit dem unbedingtesten Vertrauen, bald mit dem größten Mißtrauen angesehen würde, je nachdem sie als Postverwaltungsbehörde oder als Eisenbahnverwaltungsbehörde handle, und empfehle sich also die Annahme des in Rede stehenden Antrags auch schon aus dem Grunde, damit diese Disharmonie aus dem Gesetzbuch entfernt werde.

Ein Mitglied bemerkte hierauf: Die Postanstalten hätten, wie bereits angedeutet, namentlich aus dem Grund große Bedenken gegen die in Art. 394 enthaltene Bestimmung, weil sie die Besorgniß hegten, es möchte dadurch dem eigenthümlichen postalischen Gewohnheitsrechte seine Geltung genommen und nicht bloß der Titel vom Frachtgeschäfte, sondern auch der

übrige Inhalt des Handelsgesetzbuchs, namentlich so weit er sich über die Rechte und Pflichten der Kaufleute verbreite, auf die Post angewendet, und das Handelsgericht als das zuständige Gericht für Postsachen erklärt werden. Da es aber nur darauf ankommen könne, daß der Titel vom Frachtgeschäfte auf die Posten in dem Maaße anwendbar sei, wie es bisher das gewöhnliche bürgerliche Recht gewesen, werde eventuell folgende Fassung für Abs. 2 beantragt:

„Von dem Handelsgesetzbuche treten für die Postanstalten die Bestimmungen dieses Titels an die Stelle des Civilrechts, jedoch nur in so weit, als nicht durch besondere Gesetze oder Verordnungen ein Anderes bestimmt ist.“

Jedenfalls werde beantragt, in Abs. 2 auszusprechen, daß auch das besondere postalische Gewohnheitsrecht salvirt sei.

Gegen diese Ausführungen wurde von andrer Seite eingewendet: Daraus, daß die Postanstalt als eine Staatsanstalt erscheine, und der Postbetrieb den rechtlichen Charakter der Ausübung eines Regales an sich trage, folge gar nichts für die vorliegenden Anträge. Eine Verkenntung des Posthoheitsrechts liege keineswegs darin, wenn die privatrechtliche Seite des Postwesens privatrechtlich behandelt werde. Daß die Verwaltung der Staatsposten die Ausübung eines Staatshoheitsrechts in sich begreife und kein Gewerbe im engeren Sinne des Wortes sei, daß sie eine der Wohlfahrtspolizei des Staats angehörige Aufgabe löse, daß sie auf die Vermittlung des gesammten geistigen und materiellen Verkehrs gerichtet sei u. dgl. — dies Alles werde nicht angetastet, wenn eine Art von Rechtsgeschäften, welche die Postverwaltung bei Verfolgung ihrer Zwecke eingehe, nämlich die Uebernahme des Transports von Gütern, in privatrechtlicher Beziehung gewissen, dem Charakter, welcher diesen Rechtsgeschäften privatrechtlich zukomme, entsprechenden Normen untergeordnet werde. Den Begriff von Gewerbe in dem engen Sinne, welcher bei dem aufgestellten Gegensatz zum Grunde gelegt werde, habe der Entwurf nicht als Kriterium der Handelsgeschäfte adoptirt; er würde dafür bei weitem zu enge sein; unter gewerbsmäßigem Betrieb werde derjenige Betrieb verstanden, bei welchem gewisse Geschäfte in der Weise wiederholt und gegen Entgelt ausgeführt würden, wie es bei dem Betriebe eines Gewerbes der Fall sei. Das Frachtgeschäft, wenn es in dieser Weise gleichviel von wem betrieben werde, biete durchgreifende Veranlassung, in privatrechtlicher Beziehung zu den Handelsgeschäften gezählt zu werden. Daß die Geschäfte, welche die Posten in

Ansehung der Versendung von Gepäckstücken — also abgesehen von dem hier selbstverständlich gar nicht in Betracht kommenden Briefpostverkehr und Personen-transport — vornehmen, den Charakter von Frachtverträgen an sich trügen und an dieser Eigenschaft dadurch nichts verliören, daß der eine der Kontrahenten der Staat sei und dabei keine Konkurrenz zu besorgen habe, stehe längst eben so fest, wie der Grundsatz, daß der Staat in Betreff seiner unter das Civilgesetz fallenden, gleichviel ob auf Ausübung von Regalien gerichteten oder sonstigen Geschäfte dem Civilrecht unterworfen bleibe. Es sei auch schon in einigen Gesetzgebungen anerkannt, daß die Post als eine Anstalt von privatrechtlicher Bedeutung betrachtet werden müsse; so finde sich eine Andeutung hierüber im östr. bürgerlichen Gesetzbuch, und deutlicher noch spreche sich der östr. Entwurf eines Handelsgesetzbuchs aus. Eben so wenig wie die Regalität der Post ihre Frachtgeschäfte den Gesetzen des Privatrechts entziehe, eben so wenig könne auch die Erwerbung oder Verleihung des Postregals oder die Uebertragung des Besizes und Genußes der Posten dahin aufgefaßt werden, daß eine Garantie für das Fortbestehen des Zustandes der Gesetzgebung, wie sie zur Zeit der Erwerbung gewesen, geleistet werden müsse, so daß der Landesgesetzgebung für immer die Befugniß entzogen wäre, über die betreffenden Geschäfte Rechtsnormen und Gesetze zu erlassen oder zu ändern. Es müsse ferner bestritten werden, daß die Anwendung des Titels über das Frachtgeschäft auf die Post zu ungerechtfertigten Resultaten führe. Es würde sogar angehen, auch den Vorbehalt des Art. 394 fallen zu lassen und die Posten den Eisenbahnen gleichzustellen; von einem desfallsigen Versuche sei nur im Interesse der Gemeinsamkeit des Rechts und aus dem Grunde abgesehen, weil noch nicht überall dieselbe Ueberzeugung gewonnen sei. Der Art. 394 sei aber ungeachtet des darin enthaltenen weit gehenden Vorbehalts nicht bedeutungslos; denn es werde doch wenigstens die Gemeinsamkeit der allgemeinen Grundsätze erreicht und hiedurch der Grund zu einem einheitlichen postalischen Rechte gelegt. Wie wünschenswerth dies sei, ergebe sich zur Genüge, wenn man nur die Verhältnisse des gemeinen Rechts und das angebliche Gewohnheitsrecht der „Deutschen Post“ in's Auge fasse. Ueber die gewöhnlichsten und wichtigsten, den Posttransport betreffenden Fragen werde dort, wie die Literatur noch der neuesten Zeit beweise, bei den Schriftstellern wie bei den Gerichten in fortwährenden Kontroversen hin und her gestritten; die Rechte der Partheien hingen davon ab, ob der Richter zufällig das Prinzip der

locatio conductio, oder des Receptums, oder des Mandats, oder gar einer dem öffentlichen Recht angehörigen Verpflichtung oder irgend eine andere Theorie für maßgebend halte, und wie weit er sich in gelehrte und antiquarische Untersuchungen vertieft habe. Die von der einen Seite behauptete Gewohnheit und Praxis werde von der anderen Seite ebenso bestimmt gelängnet oder als auf irriger Rechtsanschauung beruhend für lebensunfähig erklärt. Eine so unsichere und dem Volke unzugängliche Rechtsgrundlage sei unzutraglich, und im Gegensatz zu ihr müßte die Erhebung der Bestimmungen des Entwurfs über das Frachtgeschäft zur subsidiären Geltung für den Gütertransport der Post als Fortschritt im gemeinsamen Interesse von Deutschland anerkannt werden. Dahin gehörten wichtige Bestimmungen des Titels über das Frachtgeschäft, welche auch theilweise den Postanstalten vortheilhaft seien, wie die Bestimmungen über Verjährung, Pfandrecht; was insbesondere die Haftbarkeit betreffe, sei es dringend nöthig, der Materie, wo sie so überaus kontrovers sei, eine bestimmte einheitliche Grundlage zu geben. Hierin liege auch eine bündige Widerlegung des dem Entwurf gemachten Vorwurfs, daß er den heilsamen Bestrebungen des Postvereins entgegentrete. Je mehr die Verschiedenheit der für die postalischen Verhältnisse maßgebenden bürgerlichen Gesetzgebungen verschwinde und der rechtliche Hintergrund der besonderen postalischen Gesetze und Verordnungen ein einheitlicher werde, desto leichter werde dem Postverein die Erreichung seiner Aufgabe sein und desto eher in allen deutschen Staaten eine übereinstimmende Auslegung seiner Bestimmungen Platz greifen. Der Mißstand, welcher sich angeblich aus Art. 394 für die Stellung der obersten Verwaltungsorgane der Verkehrsanstalten ergeben solle, falle mit Beseitigung des Art. 394 Abs. 2 nicht hinweg, sondern bleibe, wenn er überhaupt vorhanden wäre, trotzdem bestehen. Was sodann das Gewohnheitsrecht angehe, so belasse der Art. 394 den Postgesetzen, den Postordnungen und dem Gewohnheitsrecht nach wie vor denselben Spielraum; wenn aus dem Einfluß der spezifischen Handelselemente und aus Anwendung von Handelsübsanzen Nachtheil besorgt werde, so sei diese unbestimmte Besorgniß von keinem praktischen Gewicht und zwar um so weniger, als die Uebsanz das Dasein einer für die konkreten Verhältnisse ausgebildeten und anerkannten Rechtsüberzeugung voraussetze, die Anerkennung einer solchen aber nicht erwartet werden könne, wo das gewöhnliche Verhalten in dem konkreten Geschäftskreise dem Dasein der fraglichen Rechtsüberzeugung innerhalb dieses Kreises entgegenstehe oder daß-

selbe zweifelhaft lasse. Ein Gewohnheitsrechtsatz habe nur so weit Geltung, als er sein Dasein durch Uebung manifestire. Ein unangemessenes Eindringen von Handelsäuszen in den Postverkehr sei deshalb ebenso wenig zu besorgen, als man zu befürchten habe, daß die im Verkehr der Eisenbahnen sich bildenden Ueszenen unpassend auf den Verkehr der gewöhnlichen Fuhrleute übertragen werden könnten. Endlich würde die Annahme der vorliegenden Anträge zu einer ganz unmotivirten Disparität mit §. 18 des Seerechts führen.

Nachdem noch auf Anregung eines Herrn Abgeordneten anerkannt worden war, daß mit dem Ausdruck: „bestimmt ist“ nicht allein die bestehenden, sondern auch die unter den entsprechenden Formen noch in der Folge zu erlassenden besonderen Gesetze und Verordnungen gemeint seien, wurde der prinzipale Antrag, auszusprechen, daß das Handelsgesetzbuch auf die Post keine Anwendung leide, mit 10 gegen 4 Stimmen, der Antrag, auch das postalische Gewohnheitsrecht ausdrücklich für salvirt zu erklären, mit 11 gegen 3 Stimmen, und der oben formulirte eventuelle Antrag mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Hierauf wurde der zu

#### Art. 361

unter Nr. 420 der Zusammenstellung aufgeführte Antrag der Berathung unterstellt, und unter Bezugnahme auf die in der Zusammenstellung aufgeführten Motive sowie auf die früheren Verhandlungen über diesen Artikel noch geltend gemacht: Der Art. 361 statue ein inkonsequentes und unhaltbares Mißverhältniß, wenn er in seiner jetzigen Fassung beibehalten werde, indem er dem betreffenden Spediteur die Lasten aufbürde, welche das Gesetz dem Frachtführer auflege, ohne jedoch in diesem Punkte hinreichend deutlich zu sein, und demselben hinwieder die dem Spediteur zustehenden Vortheile einräume. Wolle man demnach dem prinzipalen Antrag auf Aenderung des Artikels nicht stattgeben, so werde sich doch eventuell dessen Streichung rechtfertigen, auf welche hiemit äußerstenfalls angetragen werde.

Von anderen Seiten wurde hiegegen eingewendet: Es erscheine weder thunlich, der beantragten Fassungsänderung stattzugeben, noch sei der Artikel überhaupt entbehrlich. Wie aus den früheren Verhandlungen hervorgehe, sei hauptsächlich im südwestlichen Deutschland — wahrscheinlich in Folge des Einflusses des französischen Rechtes — das Rechtsinstitut desjenigen Spediteurs, welches früherhin in Deutschland allgemeine Geltung gefunden habe, außer Gebrauch gekommen, und sei es dort allgemein hergebracht, daß der Spedi-

teur dem Absender gegenüber die Haftung für die den Transport ausführenden Frachtführer übernehme. Dieser Uebung werde der Handelsstand in den betreffenden Ländern auch für die Folge weder entbehren können noch wollen. Man müsse deshalb auf die Beibehaltung des Art. 361 einen großen Werth legen. Die vorgeschlagene Fassungsänderung sei aber um deswillen nicht annehmbar, weil ein Spediteur, welcher die Lieferung der Güter nach einem bestimmten Orte übernehme, nur noch dem Namen nach Spediteur, in Wahrheit aber ein Frachtführer sei, denn er thue gerade dasjenige, worin das Wesen des Frachtgeschäftes bestehe. Allerdings handle es sich in Art. 361 um gesetzliche Anerkennung eines Mischverhältnisses von Spediteur und Frachtführer, aber der Vorwurf der Unklarheit treffe dieses Verhältniß nicht. Der Spediteur im Sinne des Art. 361 werde nicht Frachtführer, sondern bleibe Spediteur, nur daß er das *Del credere* für die Frachtführer übernehme, und daß es seine Sache sei, wie immer die nöthigen Frachtführer aufzutreiben. Dieses Verhältniß werde in Art. 361 mit Recht nicht dann erst als vorhanden angenommen, wenn die Uebereinkunft der Parteien ausdrücklich darauf gerichtet sei, dasselbe einzugehen, sondern schon dann, wenn sich Spediteur und Absender mit einander dahin einigten, daß der Erstere die Spedition des Guts um diese oder jene festbestimmte Summe übernehmen solle; denn auch im zweiten Falle entspreche die Annahme des fraglichen Verhältnisses der Natur der Sache, weil der Spediteur sonst zum Schaden des Absenders der wohlfeilsten und darum zugleich unzuverlässigsten Frachtführer sich bedienen könnte. Von selbst verstehe es sich, daß der Artikel keine Anwendung finde, wenn eine solche Einigung nicht vorliege, sondern der Spediteur sich darauf beschränke, auf Verlangen eine vorläufige Rechnung darüber aufzustellen, wieviel der Transport voraussichtlich kosten werde u. s. w.

Um dem Einwande zu begegnen, daß die vorgeschlagene Fassung nichts anderes als das eigentliche Frachtgeschäft treffen würde, brachte der Herr Antragsteller den eventuellen Vorschlag ein, statt: „Lieferung“ „Versendung“ zu setzen, wogegen jedoch geltend gemacht ward, daß dadurch die Sache keine wesentliche Aenderung erleiden würde.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag unter Nr. 420 in der ursprünglich vorgeschlagenen Fassung mit 9 gegen 5 Stimmen, und derselbe Antrag mit der zuletzt erwähnten Modification gleichfalls mit 9 gegen 5 Stimmen, die Streichung des Artikels aber mit 13 gegen 1 Stimme abgelehnt.

Bei Berathung des unter Nr. 421 der Zusammenstellung zu demselben Artikel gestellten Antrags wurden die in den früheren Verhandlungen geltend gemachten Gründe und Gegengründe wiederholt in Betracht gezogen, und schließlich dem in Rede stehenden Antrage, für welchen hauptsächlich wieder geltend gemacht ward, daß er der Auffassung des Handelsstandes weit mehr als der Entwurf entspreche, mit 11 gegen 3 Stimmen stattzugeben beschloffen.

Hierauf wurden die nachträglich noch gestellten Anträge unter Nr. 90 und 94 der Zusammenstellung in Betracht gezogen, und zunächst für den zu

#### Art. 63

Ziff. 5 gestellten Antrag, hinter dem Wort: „Prinzipal“ einzuschalten: „die Familienglieder desselben oder den Prokuristen“ geltend gemacht: Man werde die Bedeutung des Art. 63 darin finden müssen, daß in demselben eine Reihe von Fällen festgesetzt werden solle, in welchen das Gesetz die Frage, ob wichtige Gründe für Aufhebung des Dienstverhältnisses vorhanden seien, ein für alle Male selbst entscheide, jeder Richter also gerechtfertigt sei, wenn er auch ohne eingehendere Kognition über die sonstigen Verhältnisse der Kontrahenten zu einander die Auflösung des Dienstvertrages ausspreche. Verstehe man den Art. 63 in diesem Sinne, so erscheine die vorgeschlagene Ergänzung der Ziff. 5 um so mehr gerechtfertiget.

Es wurde jedoch unter Widerspruch gegen die eben dargelegte Ansicht über die Bedeutung des Art. 63 entgegnet, die Aufnahme weiterer Einzelheiten sei nicht wünschenswerth und keinesfalls nothwendig, weil an sich schon Art. 61 genüge, und die in Art. 63 enthaltene Exemplifikation dem Richter Anhaltspunkte genug dafür gebe, in welchem Sinne Art. 61 gehandhabt werden solle, und sodann der in Rede stehende Antrag mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Bezüglich des zu

#### Art. 68

Ziff. 6 gestellten eventuellen Antrags unter Nr. 94 der Zusammenstellung ward angeführt: Der zweite Satz der in Rede stehenden Ziff. 6 des Art. 68: „es ist den Mätlern weder erlaubt“ u. u. stehe mit der Praxis in Widerspruch. Die Schiffsmäkler halte man an allen Seeplätzen für berechtigt, Aufträge von Abwesenden anzunehmen, und ohne, daß sie dies thun dürften, sei es denselben auch gar nicht möglich, ihr Geschäft zu betreiben. Deshalb, und da das Bedürfnis, wegen der Schiffsmäkler eine Ausnahme von der im zweiten Satze der Ziff. 6 aufgestellten Regel zu machen, allen Staaten gemeinsam sei, in denen es



Schiffsmäkler gebe, werde es sich rechtfertigen, diese Ausnahme im Handelsgesetzbuche selbst zu statuiren.

Es wurde jedoch von anderen Seiten eingewendet: Die vorgeschlagene Ausnahme sei ungenügend, denn abgesehen davon, daß auch wegen anderer Mäkler eine Ausnahme nothwendig sein könne, müßten die Schiffsmäkler nicht bloß Aufträge von abwesenden Schiffen und Rhebern annehmen, sondern auch Frachtverträge für dieselben in deren Abwesenheit abschließen können, wenn man mit der übereinstimmenden Praxis aller Seeplätze in Einklang bleiben und dem Bedürfnisse genügen wolle. Gebe man also auch dem vorliegenden Antrag statt, so werde es doch nicht zu umgehen sein, daß in den einzelnen Staaten noch ein weiterer Gebrauch von dem in Art. 83 aufgestellten Vorbehalt in Bezug auf die Vorschrift unter Ziff. 6 des Art. 68 gemacht werde.

Von anderer Seite wurde der Vorschlag mit der Behauptung bekämpft, es könne nicht als richtig zugegeben werden, daß an allen Seeplätzen die Schiffsmäkler für befugt erachtet würden, Aufträge von Abwesenden anzunehmen, und daß die Beilegung einer solchen oder gar noch einer weiter gehenden Befugniß im Allgemeinen nothwendig sei; das gemeinsame Bedürfniß aller Seeplätze erfordere hinsichtlich der Schiffsmäkler keine weitere Ausnahmebestimmung, als diejenige, welche im Art. 69 enthalten sei.

Der Antrag wurde hierauf mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Sodann wurde unter Bezugnahme auf das Monitum unter Nr. 260 der Zusammenstellung der Antrag gestellt, zu

Art. 254 Nr. 3

hinzuzufügen:

„so wie die Versicherungen auf Gegenseitigkeit.

„Die Geschäfte der öffentlichen Versicherungsan-

„stalten werden hievon nicht berührt.“

Zur Begründung des Antrags bezog sich der Herr Antragsteller auf die in der Beilage zu diesem Protokoll enthaltenen Auseinandersetzungen.

Gegen diesen Antrag wurde geltend gemacht: Nach den bisherigen Bestimmungen des Entwurfs sei es als ein wesentliches Erforderniß eines jeden Geschäftes, welchem die Eigenschaft eines Handelsgeschäftes zugestanden werden solle, angesehen worden, daß es in der Absicht, Gewinn zu machen und dadurch zu erwerben, vorgenommen werde. Dieses Erforderniß liege wohl bei Demjenigen vor, der einen Anderen gegen Prämie versichere, denn der Erstere wolle dadurch erwerben, daß der von dem Zweiten gefürchtete Schaden nicht eintrete,

und ihm die Prämie ohne die Verpflichtung, Ersatz für irgend einen Schaden leisten zu müssen, als reiner Gewinn verbleibe. Dagegen fehle es an diesem Erforderniß gänzlich auf Seiten des gegen Zahlung einer Prämie Versicherten, welcher deshalb auch seinerseits durch Eingehung des Versicherungsvertrags kein Handelsgeschäft mache, und ebenso bei den gegenseitigen Versicherungen. Bei den letzteren könne von einem Gewinne gar nicht die Rede sein, sondern im besten Falle, wenn nämlich keinen der Versicherten ein Schaden treffe, nur davon, daß keiner derselben einen Schaden erlitten habe. Gleichwohl würde durch den vorliegenden Antrag bestimmt werden, daß der Eintritt in ein gegenseitiges Rechtsverhältniß der zuletzt erwähnten Art, bei welchem es sich nur darum handle, daß der einen einzelnen Betheiligten treffende Schaden von allen gemeinschaftlich getragen werde — und nur der Eintritt in ein solches Rechtsverhältniß, nicht aber ein einzelnes Spekulationsgeschäft komme hier in Frage — als Handelsgeschäft aufzufassen sei. Dies würde aber gänzlich von der Grundlage und den Prinzipien des Entwurfs über das Wesen der Handelsgeschäfte abweichen und offenbar zu weit führen, zumal dadurch Rechtsverhältnisse getroffen würden, welche außer aller Beziehung zum Handel ständen. Man würde mit der beantragten Bestimmung sogar die auf vielen Dörfern vorkommenden gegenseitigen Viehversicherungs-gesellschaften, die Krankenkassen u. dgl. mehr treffen, und dies würde sich um so weniger vermeiden lassen, als es unmöglich sei, zwischen großen und kleinen Versicherungsanstalten dieser Art im Geseze eine sichere Grenze zu ziehen.

Von Selten eines Herrn Abgeordneten wurde bemerkt: Das eben Vorgetragene möge im Allgemeinen und namentlich bei kleineren zwischen einer bestimmten Zahl von Betheiligten geschlossenen Vereinen zu gegenseitiger Versicherung gegen Schäden von einer gewissen Art zutreffen. Bei einzelnen großen Gesellschaften für gegenseitige Versicherungen verhalte sich die Sache dagegen anders. Bei Gesellschaften dieser Art werde regelmäßig eine im Voraus bestimmte jährliche Prämie bezahlt, ohne Rücksicht darauf, ob es derselben alsbald zur Deckung der in dem betreffenden Jahre zu bezahlenden Beträge wirklich bedürfe, und finde sich in den Statuten meistens die Bestimmung, daß keiner der Betheiligten jemals mehr als das Drei- oder Vierfache der Jahresprämie zur Deckung der gemeinschaftlich zu tragenden Schäden zu bezahlen haben solle u. dgl. Bei solchen Gesellschaften sei der Gesichtspunkt der Spekulation unverkennbar vorhanden. Sie stellten sich

als Aktiengesellschaften dar, welche öffentlich Jedem aus dem Publikum zum Kontrahiren einluden; die Gesamtzahl der Aktionäre sei bei jedem neuen Eintritt eines Mitglieds als Spekulant anzusehen, und jeder Einzelne beabsichtige an einem höchst möglichen Gewinn Antheil zu nehmen. Solche Gesellschaften würden auch wenn keine Bestimmung im Sinne der Anlage aufgenommen werde, unter das Handelsgesetzbuch fallen, denn der Umstand, daß die Gesellschaft nur solche Aktionäre aufnehme, welche zugleich Versicherte seien, vermöge nichts an ihrer handelsrechtlichen Natur zu ändern.

Bei der Abstimmung wurde der in der Anlage zu diesem Protokoll aufgeführte Antrag mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag unter Nr. 259 der Zusammenstellung, in Art. 254 nur der Seever Versicherungen Erwähnung zu thun, welcher auf der Erwägung beruhte, daß, falls keine besonderen Bestimmungen über die Versicherungsgeschäfte im Allgemeinen in das Handelsgesetzbuch aufgenommen würden, auch kein Grund dafür vorhanden sei, dieselben unter den Handelsgeschäften aufzuzählen, wurde nach kurzer Besprechung, in welcher namentlich geltend gemacht ward, die aufgeführte Erwägung könne als richtig nicht anerkannt werden, weil das Handelsgesetzbuch nicht alle einzelnen Geschäfte, welche nach Handelsrecht zu beurtheilen seien, speziell behandle und auf diese Geschäfte namentlich die allgemeinen Bestimmungen des vierten Buchs Anwendung fänden, gleichfalls mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Endlich wurde noch, dem Vorbehalt auf Seite 450<sup>7</sup> der Protokolle entsprechend, in Betracht gezogen, ob in die vier ersten Bücher eine Bestimmung darüber aufzunehmen sei, was als Handelsfache anzusehen, und gegen die Aufnahme einer solchen Bestimmung hauptsächlich geltend gemacht, daß einerseits kein Bedürfnis hiefür vorhanden sei, weil sich schon zur Genüge aus dem Handelsgesetzbuche ergebe, auf welche Verhältnisse dasselbe Anwendung finde, und was demnach als Handelsfache anzusehen, daß andererseits eine etwaige Aufzählung jedenfalls in den vier ersten Büchern keine erschöpfende, sondern nur eine exemplificirende würde sein dürfen, weil aus dem Uebersehen eines einzigen hieher gehörenden Rechtsverhältnisses die größten Nachtheile entstehen könnten, daß somit doch wieder von jedem einzelnen Richter zu prüfen sein würde, ob nicht auch dieses oder jenes Rechtsverhältniß als Handelsfache anzusehen sei, und endlich, daß die Bestimmung weniger hieher, als zu den Bestimmungen über die Competenz der Handelsgerichte gehören würde. Hierauf

wurde die oben erwähnte Frage mit 11 gegen 3 Stimmen verneint.

Sodann erklärte der Herr Abgeordnete für Lübeck unter Bezugnahme auf seine Aeußerung vom 19. November v. J.: Er sei zum Anschlusse an das für die dritte Lesung damals eingeschlagene Verfahren nur unter dem Vorbehalte instruiert worden, daß er, falls im Fortgange der Berathungen eine Verhandlung über die eine oder andere ausgeschiedene Erinnerung zugelassen werden sollte, auch die wesentlichen Erinnerungen seiner Regierung geltend zu machen habe. Nun seien aber inzwischen allerdings neue Verhandlungen zugelassen, namentlich in den Sitzungen vom 18. bis 20. Dezember v. J. — in denen er selbst übrigens nicht habe anwesend sein können — zu Art. 54 wenigstens theilweise die ausgeschiedene Erinnerung Nr. 82 zur Verhandlung gekommen, auch ein Zusatz zu Art. 113 beschlossen und im Art. 115, sowie zu den Art. 160, 245 und 247 sachliche Aenderungen vorgenommen. Er halte sich daher theils nach dem ausdrücklich in seine Instruktion aufgenommenen Vorbehalte, theils im Hinblick darauf, daß durch das Eingehen auf nicht monirte sachliche Aenderungen von dem beabsichtigten Verfahren abgewichen sei, verpflichtet, seinerseits auf die wesentlichen der ausgeschiedenen Lübeck'schen Erinnerungen zurückzukommen und, indem er zu deren thunlichster Beschränkung gerne bereit sei, eine Verhandlung über dieselben zu beantragen.

Der Herr Präsident erklärte jedoch im Hinblick auf die Verhandlungen in der 548. Sitzung hierauf nicht weiter eingehen zu können, worauf der Herr Abgeordnete für Lübeck erklärte, er müsse seiner Regierung das Weitere vorbehalten.

### Zu Monitum 260.

Der Handelsgesetzbuch-Entwurf hat in Uebereinstimmung mit dem preuß. Entwurf sämtliche Versicherungen gegen Prämie als Handelsgeschäfte erklärt. Es ist aber keineswegs anzunehmen, daß dies aus dem Grunde geschehen, weil in der Uebnahme einer Versicherung gegen Prämie eine Spekulation liegt, denn wollte man dieses Moment als Kriterium des Handelsgeschäfts aufstellen, so würde die Zahl der Handelsgeschäfte sehr vermehrt werden müssen. Der Grund liegt vielmehr sicherlich darin, daß die Affekuranz sich im Dienste des Handels entwickelt hat, und daß noch jetzt die hauptsächlichste Bedeutung der wesentlichen Zweige der Affekuranz in der Unterstützung des Handels besteht. Unter den Objekten der Feuer- und Transporthversicherung nehmen, sowohl was Zahl als Werth betrifft, Waaren die erste Stelle ein. Da nun aber die besondere Qualifikation des Objekts, sowie die Beziehung des einzelnen Affekuranzgeschäftes zu andern Geschäften für die Affekuranz selbst völlig indifferent ist, so erscheint es zweckmäßig, nicht etwa die Eigenschaft des versicherten Objekts als Waare oder des Versicherten als Kaufmann für die Charakterisirung des einzelnen Affekuranzgeschäftes als Handelsgeschäft maßgebend sein zu lassen, sondern das gesamte Institut der Affekuranz in das Handelsrecht zu übernehmen.

Dieselben Gründe aber, welche dafür sprechen, jede Versicherung gegen Prämie als Handelsgeschäft zu erklären, müssen hiernach auch für die gegenseitigen Versicherungen geltend gemacht werden. Auch die gegenseitigen Versicherungen werden zum großen Theil im Interesse des Handels abgeschlossen. Die gegenseitigen Seeverversicherungsvereine bieten einen Beleg dafür, ferner die Feuerversicherungsbank für Deutschland in Gotha u. s. w. Diese Anstalt war ursprünglich lediglich zu dem Zweck gegründet, Kaufleuten die leichte Möglichkeit zu gewähren, ihre Waaren gegenseitig zu versichern, und noch heute sind mehr als zwei Drittel der versicherten Summen von Kaufleuten versichert, und die Leitung der Geschäfte liegt noch immer in den Händen der versicherten Kaufleute der drei Städte Gotha, Erfurt, Arnstadt.

Aus der rechtlichen Natur der gegenseitigen Versicherungen kann ein Grund gegen die Gleichstellung mit

den Versicherungen gegen Prämie nicht abgeleitet werden. Ein gegenseitiger Versicherungsvertrag ist allerdings nicht ein Versicherungsvertrag in der historischen Bedeutung des Wortes. Es wird durch denselben nicht die Tragung einer den einen Kontrahenten treffenden Gefahr vom andern Kontrahenten gegen Empfang einer bestimmten Summe übernommen, sondern es vereinigen sich zwei oder mehrere Personen zu dem Ende, um gewisse Gefahren gemeinsam zu tragen. Es tritt also jeder Kontrahent dem andern zugleich als Versicherer und Versicherter gegenüber, und statt Zahlung der Prämie, zu welcher der Einzelne als Versicherter verpflichtet wäre, verpflichtet er sich, als Versicherer die Gefahr des oder der andern Kontrahenten eventuell zu tragen. (Man kann das Verhältniß auch so auffassen, daß die Prämienforderungen aus den einander gegenüberstehenden Versicherungen sich kompensiren.) Abgesehen hiervon sind nun aber die rechtlichen Beziehungen der Kontrahenten bei beiden Arten von Versicherungen völlig die gleichen, und sie müssen es sein, da ja, wenn man das einzelne versicherte Interesse ins Auge faßt, es für alle Rechtsfragen, welche sich auf dasselbe beziehen, völlig gleichgültig ist, ob für die Uebernahme der Gefahr eine Summe bezahlt oder eine andere Gefahr übernommen wurde. Uebernommen ist eine fremde Gefahr, mag gegen Prämie oder auf Gegenseitigkeit versichert sein. Es folgt daraus, daß die für die Versicherung gegen Prämie geltenden Rechtsätze über Anzeigepflicht, Umfang, Beginn der Gefahr, Schadensberechnung u. s. w. auch auf gegenseitige Versicherungen Anwendung leiden, daß daher nach dieser Richtung hin beide Institute völlig gleicher Natur sind.

Auch die Gesellschaftslehre wird nicht, wie behauptet wurde, durch die beantragte Gleichstellung modifizirt. Ein gegenseitiger Versicherungsvertrag fällt unter den Begriff der Societät, dieselbe hat jedoch eine völlig andere Natur als die Handelsgesellschaft. Letztere wird begriffsmäßig lediglich zu dem Zwecke abgeschlossen, um gemeinsam Handelsgeschäfte mit Dritten abzuschließen. Die Vereinigung hat daher ohne Bezugnahme auf diesen Zweck keinen Inhalt, und die Organisation der Gesellschaft bezieht sich nur auf das Verhältniß zu Dritten. Die Abschließung des Handelsgesellschaftsvertrags ist kein Handelsgeschäft. Bei gegenseitigen Versicherungen hingegen betrifft der Gesellschaftsvertrag lediglich die Rechtsverhältnisse der Kontrahenten unter einander. Allerdings bringt es der Betrieb der Gesellschaftsgeschäfte oft mit sich, daß im Interesse der Gesellschafter Geschäfte mit Dritten abgeschlossen werden, z. B. Aus-

leihen vorrätiger Gelder, Indossiren von Wechseln. Diese Geschäfte berühren aber den Zweck der Gesellschaft nicht direkt, und es ist an sich eine Zufälligkeit, wenn dieselben im Namen der Gesellschafter abgeschlossen werden; der Geschäftsführer kann diese Geschäfte auch im eigenen Namen für Rechnung der Gesellschafter eingehen. Wird aber im Namen der Gesellschaft mit Dritten contrahirt, so wird dieses Rechtsverhältniß nach allgemeinen Grundsätzen zu beurtheilen sein. Von einer Organisation kann man bei der gegenseitigen Versicherungsgesellschaft nur in einem ganz anderen Sinn sprechen, als bei der Handelsgesellschaft, die Organe dienen nicht (jedenfalls nicht wesentlich) zur Thätigkeit der Gesellschaft nach außen, sondern sind geschaffen, um dem Einzelnen die leichte Möglichkeit des Abschlusses von Verträgen zu gewähren und die aus denselben hervorgegangenen Rechtsverhältnisse zu regeln. Die für Handelsgesellschaften geltenden Sätze finden daher auf gegenseitige Versicherungsgesellschaften auch dann keine Anwendung, wenn der gegenseitige Versicherungsvertrag als Handelsgeschäft erklärt wird.

Die preussischen Motive, sowie der Herr Referent in der „Darstellung“ erklären sich deswegen gegen die Aufnahme der gegenseitigen Versicherungen unter die Handelsgeschäfte, weil ihnen eine Speculation nicht zu Grunde liege. Abgesehen davon, was oben über die Irrelevanz dieses Umstandes gesagt wurde, muß die Abschließung einer gegenseitigen Versicherung mit demselben Recht als Speculation bezeichnet werden, wie die Uebernahme einer Versicherung gegen Prämie. Es ergibt sich dies aus folgender Betrachtung:

1) Speculation bei Versicherung gegen feste Prämie.

a) Der Versicherer speculirt. Er hofft zur Zeit des Endes der Gefahr die ganze Prämie verdient zu haben, riskirt aber, die Versicherungssumme zahlen zu müssen. Bei gewerblichem Betrieb hofft er, daß die Summe der lucrirten Prämien den Betrag der auszahlenden Versicherungssummen übersteigen werde.

b) Der Versicherte speculirt nicht durch Eingehung der Versicherung (er kann nur dem Erfolg einer andern Speculation eine größere Sicherheit geben). Er kauft die Sicherheit gegen Verlust. Hat er die Prämie bezahlt, so kann er, mag die Gefahr eintreten oder nicht, begrifflich nicht schlechter gestellt werden.

2) Speculation bei der gegenseitigen Versicherung.

Versicherer und Versicherter sind eine Person. Der Accent ruht zwar zunächst auf letzterer Eigenschaft, denn der Einzelne geht das Geschäft nur ein, um gegen Schaden gedeckt zu sein. Mittel, dies vortheilhaft

zu erreichen, ist aber die Uebernahme von Versicherungen, und diese Uebernahme ist Spekulationsgeschäft. Der Einzelne übernimmt die Tragung fremder Gefahr wie der Versicherer gegen feste Prämie, er hofft wie dieser, daß die fremde Gefahr nur in geringem Umfange eintreten werde. Je geringer dieser Umfang ist, desto geringerer Verlust trifft ihn, je größer er ist, desto größeren Verlust hat er zu tragen. Daß er den fremden Verlust nicht allein trägt, ist nichts Charakteristisches, denn auch der Versicherer gegen feste Prämie ist sehr häufig nicht eine einzelne Person, sondern eine gesellschaftliche Vereinigung Mehrerer. Ebenso wenig ist es charakteristisch, daß er nicht mit seinem ganzen Vermögen haftet, sondern nur mit einer bestimmten Summe, dasselbe ist ja der Fall bei Aktiengesellschaften, welche gegen feste Prämien versichern. Charakteristisch ist nur, daß er, wenn die Verluste, welche er zu tragen hat, gering sind, nicht den Ueberschuß der von den anderen eingezahlten Prämien lucrirt, sondern daß er seine eigene Sicherheit gegen Schaden mit einer geringeren Summe erkaufte, bez. daß die als Kaufpreis gegebene Summe sich mindert. In dem Erwerben eines Guts von bestimmtem Werth (Sicherheit gegen eine bestimmte Gefahr) gegen ein Äquivalent, dessen Höhe von zukünftigen Ereignissen abhängig ist, liegt eine offenebare Spekulation. Es wird die Verpflichtung zu einer Leistung von hohem Betrag riskirt in der Hoffnung, eine solche von geringem Betrag zahlen zu müssen.

Der Spekulationscharakter tritt deutlich hervor, wenn man die thatsächliche Gestaltung der Verhältnisse ins Auge faßt. Die Beiträge, welche der Theilnehmer einer gegenseitigen Versicherungsgesellschaft zahlt, oder zu deren Zahlung er sich verpflichtet, sind regelmäßig höher, als die festen Prämien, welche er einer Versicherungsgesellschaft zu zahlen hätte. Er zahlt sie aber doch, bez. verpflichtet sich zum Nachschuß in der Hoffnung, soviel zurück zu erhalten (als s. g. Dividende), daß sein Beitrag sich schließlich niedriger stellt, als die feste Prämie, welche er hätte zahlen müssen. Beispiel: Wenn sich bei der Feuerversicherungsbank in Gotha der vorläufige Beitrag zu 3 pro mille stellen würde, betrüge unter gleichen Verhältnissen bei einer Versicherungsgesellschaft die feste Prämie ungefähr 2 pro m. Außerdem besteht für das Mitglied der Gotha'schen Bank die Verpflichtung zum Nachschuß bis zum vierfachen Betrag der Prämie. Der Einzelne, statt 2 pro m. fest zu zahlen, riskirt also 12 pro m. und hofft dafür, daß sein Beitrag schließlich weniger als 2 pro m. betragen werde.

Der zweite Einwand besteht darin, daß die Ge-



schäfte der auf dem Princip der Gegenseitigkeit beruhenden Versicherungsanstalten, welche vom Staat oder Korporationen gegründet sind oder unter deren Autorität betrieben werden, nicht als Handelsgeschäfte betrachtet werden könnten. Diesem Bedenken würde dadurch einfach abgeholfen, daß man diese Anstalten in die Ausnahme stellte.

Es wird daher vorgeschlagen, zu Art. 254 Nr. 3 hinzuzufügen:

„sowie die Versicherungen auf Gegenseitigkeit.“

„Die Geschäfte der öffentlichen Versicherungsanstalten werden hiervon nicht berührt.“

## DLXXXI. Sitzung.

Nürnberg, am 4. Februar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher die in dem 548. Protokolle aufgeführten Herren Abgeordneten Antheil nahmen, wurde mit Feststellung der Redaktion des vierten Buches begonnen, wobei sich Anlaß zu folgenden Bemerkungen ergab:

Auf das Monitum unter Nr. 261 der Zusammenstellung, den

Art. 255

betreffend, wurde dem Vorschlag der Redaktionskommission gemäß beschlossen, es bei der beanstandeten früheren Fassung zu belassen.

Für die Ziff. 4 desselben Artikels hatte die Redaktionskommission im Hinblick auf den bei Beratung des Antrags unter Nr. 262 der Zusammenstellung gefaßten Beschluß (Prot. S. 4560) folgende Fassung vorgeschlagen:

Ziff. 4. „Die Vermittelung oder Abschließung von  
„Handelsgeschäften für andere Personen; die  
„amtlichen Geschäfte der Handelsmänner sind  
„jedoch hierin nicht einbegriffen.

Von einem Mitgliede wurde nun der Ausdruck:  
„amtliche Geschäfte“ beanstandet, weil derselbe zwei-

deutig sei, und jedenfalls bei Pfuschmählern oder bei solchen Mählern, welche nicht amtlich bestellt seien, nicht von amtlichen Geschäften gesprochen werden könne; von dieser Seite wurde deshalb folgende Fassung für Ziff. 4 beantragt:

„ — — Personen; die Vermittlung von Handelsgeschäften durch Mäkler ist hierin nicht „inbegriffen.“

- Hiegegen wurde mit Beziehung auf frühere Erörterungen eingewendet: Der Satz, daß die Geschäfte der Handelsmäkler nicht als Handelsgeschäfte angesehen werden sollten, sei durch den Charakter der Berufsgeschäfte der Handelsmäkler als solcher begründet, auch dadurch gerechtfertigt, daß die auf Handelsbetrieb berechneten Bestimmungen, z. B. die Vorschriften in Betreff der Zinsen u. dgl., für die Mäklergeschäfte nicht passen würden, daß ferner das im Art. 68 Ziff. 1 für die Mäkler enthaltene Verbot, für eigene Rechnung Handelsgeschäfte zu machen, den beanstandeten Satz motivire. Alles dies komme bei denjenigen Personen nicht in Frage, welche sonst aus der Vermittlung von Handelsgeschäften ein Spekulationsgewerbe machten; die von diesen betriebenen Geschäfte müßten unter Art. 255 Ziff. 4 fallen, ohne Rücksicht darauf, ob sie als Mäklergeschäfte sich darstellten oder nicht. Von anderer Seite wurde hinzugefügt, daß die Geschäfte der Pfuschmäkler im Entwürfe überhaupt keine Berücksichtigung gefunden hätten und eine Anerkennung derselben nach mehreren Landesgesetzen unzulässig sei.

Mit Rücksicht hierauf wurde der zuletzt erwähnte Antrag abgelehnt, und die von der Redaktionskommission vorgeschlagene Fassung angenommen.

Sodann wurde genehmigt, daß es der Anträge unter Nr. 266 und 267 der Zusammenstellung unerachtet bei der früheren Fassung des

Art. 258

zu belassen sei.

Ferner wurde anerkannt, daß der Antrag unter Nr. 268 der Zusammenstellung zu

Art. 259

schon durch Art. 10 seine Erledigung gefunden habe. Im Hinblick auf den Antrag unter Nr. 269 der Zusammenstellung hatte die Redaktionskommission zwar anheimgegeben, den Artikel 259 wie folgt zu fassen:

„Die Eigenschaft — — ausgeschlossen, daß einem „Kontrahenten wegen seines Amtes oder Standes oder — — Gründen untersagt ist, Handel zu treiben oder Handelsgeschäfte zu „schließen.“

Es wurde jedoch von einem Mitgliede bemerkt, der

Ausdruck: „einem Kontrahenten“ sei zu eng, und deshalb auch mit 9 gegen 5 Stimmen beschlossen, den im Entwurfe sich findenden Ausdruck: „einer Person“ beizubehalten. Die Beifügung der Worte: „oder Handelsgeschäfte zu schließen“, ward von keiner Seite beanstandet.

Mit Rücksicht auf das zu

Art. 264

unter Nr. 273 der Erinnerungen gestellte Monitum wurde für diesen Artikel auf den Vorschlag der Redaktionskommission folgende Fassung genehmigt:

Abf. 1. „Bei Handelsgeschäften, ingleichen in „allen Fällen, in welchen in diesem Gesetzbuch „eine solidarische Verpflichtung auferlegt wird, „steht einem Solidarschuldner die Einrede der „Theilung oder der Vorausklagung nicht zu.“

Abf. 2. „Dasselbe gilt von Bürgen, „wenn die Schuld“ n. s. w. wie im Entwurfe.

Abf. 3 fällt weg.

Zu

Art. 265

wurde ungeachtet des Monitums Nr. 275 die Beibehaltung der früheren Fassung beschlossen.

Im Hinblick auf die bei Berathung der Anträge unter Nr. 289, 290, 291 und 291 a gefassten Beschlüsse, die

Art. 284 — 287

betreffend, hatte die Redaktionskommission für diese Artikel folgende Fassung in Vorschlag gebracht:

Art. 284. „Anweisungen und Verpflichtungsscheine, welche von Kaufleuten über Leistungen „von Geld oder einer Quantität vertretbarer „Sachen ausgestellt sind, ohne daß darin die „Verpflichtung zur Leistung von einer Gegenleistung abhängig gemacht ist, können durch „Indossament übertragen werden, wenn sie an „Ordre lauten.“

Abf. 2 und 3 wie im Entwurfe.

Art. 284 a. „Ingleichen können Konnossemente „der Seeschiffer und Ladescheine der Frachtführer, „Auslieferungsscheine (Lagerscheine, Warrants) „über Waaren oder andere bewegliche Sachen, „welche von einer zur Aufbewahrung solcher „Sachen staatlich ermächtigten Anstalt ausgestellt sind, ferner Bodmereibriefe und Seeassuranzpolizen durch Indossament übertragen werden, wenn sie an Ordre lauten.“

Art. 285. „Durch das Indossament der in den „beiden vorhergehenden Artikeln bezeichneten „Urkunden gehen alle Rechte aus dem Indossament

„Papiere auf den Indossatar über.

„Der Verpflichtete kann sich nur solcher Einreden bedienen, welche ihm nach Maafgabe der Urkunde selbst oder unmittelbar gegen den jedesmaligen Kläger zustehen.

„Der Schuldner ist nur gegen Aushändigung des quittirten Papiers zu erfüllen verpflichtet.“

Art. 286. „Ob außer den in diesem Gesetzbuch bezeichneten noch andere an Ordre lautende Anweisungen, Verpflichtungsscheine oder sonstige Urkunden mit der in Art. 285 erwähnten Wirkung durch Indossament übertragen werden können, ist nach den Landesgesetzen zu beurtheilen.“

Art. 287. „Für Papiere, welche an Ordre lauten und durch Indossament übertragen werden können (Art. 284—286), gelten in Betreff der Form des Indossaments, in Betreff der Legitimation des Inhabers und der Prüfung dieser Legitimation, sowie in Betreff der Verpflichtung des Besitzers zur Herausgabe dieselben Bestimmungen, welche die Art. 11 bis 13, 36 und 74 der allgemeinen deutschen Wechselordnung in Betreff des Wechsels enthalten.“

„Sind die in Art. 284 bezeichneten Papiere abhanden gekommen, so finden in Bezug auf die Amortisation die in Art. 73 der allgemeinen deutschen Wechselordnung gegebenen Bestimmungen Anwendung.“

Hierzu wurde zunächst von einem Herrn Abgeordneten beantragt, in Art. 284 Abs. 1 hinter den Worten: „vertretbarer Sachen“ einzuschalten: „und für den Handelsverkehr bestimmter Werthpapiere“, und hierfür geltend gemacht: Nach Inhalt der bisherigen Diskussionen über Art. 284 müsse man annehmen, daß auch diejenigen Anweisungen und Verpflichtungsscheine, die von Kaufleuten über Leistungen von solchen Werthpapieren, welche für den Handelsverkehr bestimmt seien, ausgestellt würden, durch Indossament übertragen werden könnten, da diese Art von Papieren den vertretbaren Sachen völlig gleichstehe. Es könnten aber darüber, ob dies wirklich der Fall sei, und ob mit dem Ausdruck: „vertretbare Sachen“ auch die berührten Handelspapiere gemeint sein sollten, erhebliche Zweifel entstehen, weshalb es sich empfehle, das Gesetz durch die beantragte Einschaltung zu verdeutlichen. Dabei verstehe es sich von selbst, daß der vorliegende Antrag nur vertretbare Papiere im Auge habe, da nur bei diesen von einer Quantität gesprochen werden könne, während bei

nicht vertretbaren nur von einem Quantum die Rede sein könnte.

Es wurde jedoch hierauf bemerkt: Die beantragte Einschaltung führe zu weit. Zwar könne zugegeben werden, daß von den zum Handelsverkehr bestimmten Papieren diejenigen, welche nach Gestalt der Umstände als vertretbare angesehen werden könnten, gleich vertretbaren Sachen anderer Art zu beurtheilen, also die von Kaufleuten über solche Papiere ausgestellten Anweisungen und Verpflichtungsscheine unter den im Art. 284 angegebenen Voraussetzungen auch als indossabel zu erachten seien; dagegen könne man nicht zugeben, daß dies bei allen zum Handelsverkehr bestimmten Papieren der Fall sei. Da indeß nicht zweifelhaft erscheine, daß Handelspapiere auch zu den Sachen gehörten, bedürfe es einer Ergänzung des Art. 284 nicht.

Von anderen Mitgliedern wurde im Hinblick auf diese Ausführungen der Antrag gestellt, statt: „und für den Handelsverkehr bestimmter Werthpapiere“ „oder vertretbarer Werthpapiere“ einzuschalten, von einer anderen Seite endlich ward beantragt, zu setzen: „Quantität vertretbarer Sachen oder Werthpapiere“.

Bei der Abstimmung wurde der zuerst gestellte Antrag mit 9 gegen 5 Stimmen, und der Antrag auf Einschaltung der Worte: „und vertretbarer Werthpapiere“ durch die entscheidende Stimme des Herrn Präsidenten abgelehnt, dagegen mit 9 gegen 5 Stimmen: „vertretbarer Sachen oder Werthpapiere“ zu setzen beschlossen.

Zu Art. 286 stellte ein Mitglied den Antrag, am Schlusse statt: „nach den Landesgesetzen“ zu setzen: „nach dem sonst geltenden Rechte“, weil für die in Rede stehende Frage nicht allein das geschriebene Recht eines Staates, sondern auch dessen Gewohnheitsrecht entscheidend sein müsse.

Hierauf ward bemerkt: Was der eben eingebrachte Antrag bezwecke, sei unverkennbar richtig; gleichwohl empfehle sich die Annahme des Antrags nicht, weil überall im Gesetzbuch, wo das ganze übrige Recht eines Staates einschließlich seines Gewohnheitsrechts für maßgebend habe erklärt werden sollen, der Ausdruck: „Landesgesetze“ dafür als ein technischer gebraucht worden sei, somit durch die Annahme des vorliegenden Antrags der Sinn jener anderen Bestimmungen des Gesetzbuchs verdunkelt würde.

Mit Rücksicht hierauf wurde der oben besprochene Antrag zurückgezogen.

Zu Art. 287 wurde der Antrag gestellt, die Worte: „an Ordre lauten und“ sowie das Citat: „(Art. 284—286)“ wegzulassen, somit insofern die

frühere Fassung des Entwurfs wieder herzustellen, eventuell folgenden Zusatz aufzunehmen :

- a. „daß Nämliche gilt von Aktien, welche auf Namen lauten, jedoch unbeschadet der Bestimmungen der Art. 170, 171 und 207.“

Zur Begründung dieses Antrags wurde angeführt : Nach der oben aufgeführten Vorlage der Redaktionskommission würden Handelspapiere und sonstige bewegliche Sachen in jeder Hinsicht verschieden behandelt, und wieder unter den Papieren indoffable Papiere anders als Inhaber-Papiere, denn abgesehen von der Verschiedenheit, je nachdem der Veräußerer ein Kaufmann oder Nichtkaufmann gewesen, werde

1) an Waaren und anderen beweglichen Sachen nach dem neu beschlossenen Art. 288 Eigenthum erworben, desgleichen an Inhaber-Papieren nach Art. 288 a, da für sie Art. 288 gelten solle ; dagegen seien nach Art. 287 und dem dort allegirten Art. 74 der allgemeinen deutschen Wechselordnung indoffable Papiere nur nicht vindicabel, wenigstens spreche Art. 74 der W.-O. den Eigenthums-Erwerb nicht ausdrücklich aus ; Art. 285 werde aber durch Art. 287 ergänzt. 2) Nach Art. 288 schließe Diebstahl und Verlust den Eigenthums-Erwerb an den Sachen (Art. 288) aus : gestohlene und verlorene Waaren und Sachen könnten also vindicirt werden. Dagegen könnten Inhaberpapiere, selbst wenn sie gestohlen oder verloren seien, nach Art. 288 a nicht vindicirt werden. Ebenso wenig aber könnten gestohlene oder verlorene indoffable Papiere vindicirt werden ; denn da für diese nach Art. 287 Abs. 1 in dieser Hinsicht der Art. 74 der W.-O. gelten solle, Art. 74 aber die Nichtvindicabilität des Wechsels von Demjenigen, der ihn ohne dolus und culpa lata erworben habe, unbedingt ausspreche, und gestohlene oder verlorene Wechsel nicht ausnehme, so würden auch gestohlene oder verlorene indoffable Papiere künftig nicht vindicirt werden können. 3) Nach den neu beschlossenen Art. 288 und 288 a schütze den redlichen Erwerber bei beweglichen Sachen und Inhaber-Papieren schon der redliche Erwerb, nach Art. 287 und dem dort citirten Art. 74 der W.-O. werde auch Derjenige nicht geschützt, welchem bei Erwerbung von indoffablen Papieren eine grobe Fahrlässigkeit zur Last falle. Ob nun in dieser Hinsicht culpa lata dem dolus gleichgestellt werden könne, ob dieses namentlich nach allen Partikularrechten der Fall sei, erscheine mindestens zweifelhaft ; überdies sei in Art. 288 von dolus oder bösem Glauben gar nicht die Rede, sondern nur von „redlichem Erwerbe“, also von bona fides, und dabei möchte es mehr als bedenklich sein, ohne Weiteres anzunehmen, daß die bona fides

durch bloße Fahrlässigkeit und selbst durch grobe Fahrlässigkeit beim Erwerb ausgeschlossen werde; jedenfalls dürften bei der Verschiedenartigkeit der Ausdrucksweise des Zusatzes über die eigentliche Meinung die größten Zweifel und daher auch viele Streitigkeiten hierüber entstehen. Hiernach ergäben sich folgende Verschiedenheiten zwischen der Behandlung von Papieren und sonstigen beweglichen Sachen in den betreffenden Fällen:

1) an Waaren und anderen beweglichen Sachen, sowie an Inhaber-Papieren werde Eigenthum erworben, an indoffablen Papieren nicht;

2) Inhaber-Papiere und indoffable Papiere könnten selbst dann nicht vindicirt werden, wenn sie gestohlen oder verloren gewesen; Waaren und sonstige bewegliche Sachen seien in solchem Falle vindicabel.

3) Bei Waaren, andern beweglichen Sachen und Inhaber-Papieren schütze schon der redliche Erwerb; bei indoffablen Papieren genüge für die Klage auf Herausgabe, wenn dem Erwerber bei deren Erwerbung eine grobe Fahrlässigkeit zur Last falle, (mindestens bleibe sehr zweifelhaft, ob schon culpa lata den redlichen Erwerb ausschliesse).

Ob diese verschiedenartige Behandlung gewollt sei, trete nicht deutlich hervor, Klarheit sei aber sehr zu wünschen, namentlich in Betreff der culpa lata. Es übrigens für Aktien auf Namen, welche nach Art. 170 indoffabel seien, auch wenn sie nicht an Ordre lauten, ergänzende Bestimmungen sehr zu wünschen seien, sei schon in den Erinnerungen bemerkt, und daher der beantragte Zusatz gerechtfertiget.

Hierauf wurde von anderen Seiten bemerkt: Die Verschiedenheit in der Behandlung der Waaren und sonstigen Sachen, auf welche so eben aufmerksam gemacht worden, sei in der Versammlung in den betreffenden Verhandlungen (Prot. S. 4605 flg.) beschlossen worden und allerdings beabsichtigt; auch entspreche sie der Natur der Sache; eine durchgreifende gleichmäßige Behandlung dieser Dinge würde im Gegentheil der Natur der Verhältnisse Gewalt anthun. Die Behandlung der indoffablen Papiere an Ordre sei angeknüpft an die bestehenden Vorschriften der Deut. Wech.-Ord. anzuschließen gewesen. Diese Rücksicht greife in Bezug auf bewegliche Sachen nicht Platz, für welche andere Rechtsnormen die analogen seien, und eben so wenig bei Inhaber-Papieren, in Bezug auf welche auch die anderweite Geltung von Landesgesetzen und die in diesen durchgängig befolgte Richtung leitend gewesen sei. Hiernach habe das angeregte Verlangen einer Nivelirung keine Berechtigung. Dies wurde noch durch näheres Eingehen in die sachliche Verschiedenheit der zur Sprache

gebrachten Gegenstände nachzuweisen gesucht und sodann bemerkt: Hier könne nur Dasjenige Beachtung finden, was rücksichtlich der auf Namen lautenden Aktien bemerkt worden sei. In dieser Beziehung enthalte der oben aufgeführte Vorschlag der Redaktionskommission allerdings eine sachliche Aenderung gegenüber dem Entwurfe, denn früher sei der Art. 287 auf alle durch Indossament übertragbaren Papiere, also auch auf die auf Namen lautenden Aktien anwendbar gewesen, weil diese zu den Papieren gehörten, welche laut ausdrücklicher Bestimmung des Entwurfes durch Indossament übertragen werden könnten (Art. 170 Abs. 4), während Art. 287 jetzt nur noch auf die nach den ausdrücklichen Bestimmungen des Gesetzbuches in den Art. 284 und 284 a oder nach den Landesgesetzen mit der in Art. 285 bezeichneten Wirkung übertragenen Urkunden Anwendung finde. Diese Aenderung des Art. 287 erscheine jedoch vollständig angemessen. Es stimme gewiß nur mit dem Geiste des Gesetzbuches überein, wenn dasselbe, nachdem es über Urkunden keine Bestimmungen enthalte, bei denen das Indossament nichts weiter bedeuten solle, als daß es eine leichte und bequeme Form der Cession bilde, sich auch damit gar nicht befasse, in welcher Form Indossamente der zuletzt erwähnten Art vorzunehmen und sonst zu behandeln seien, sondern die Formfrage eben so wie die Entscheidung darüber, ob und bei welchen Urkunden ein solches Indossament zulässig sei und welche Wirkungen es im Einzelnen habe, dem etwaigen Handelsgebrauch anheimgebe. Nun sei zwar allerdings das in Art. 170 Abs. 4 bezüglich der auf den Namen lautenden Aktien für zulässig erklärte Indossament keinesweges bloß eine einfachere Form einer Cession der dem früheren Inhaber des Papiers zustehenden Rechte an den neuen Erwerber, und man würde gewiß einen Fehlgriff thun, wollte man gegen den Letzteren alle Einreden zulassen, welche gegen den Ersteren begründet gewesen, sobald einmal der Vorschrift des Art. 171 Genüge geschehen sei. Auf der andern Seite liege theils in der Vorschrift eben dieses Artikels, theils in dem Umstande, daß es sich bei der Indossirung solcher Aktien nicht etwa bloß um Uebertragung eines ganzen gesellschaftlichen Verhältnisses mit allen daran hängenden Rechten und Pflichten und um Substituierung eines neuen Gesellschafters an Stelle des früheren handle, sowie in der Erwägung, daß die Vorschrift des Art. 285 des Entwurfes aus zweiter Lesung, in welcher die materiellen Wirkungen des nicht bloß als eine Form der Cession erscheinenden Indossamentes festgesetzt seien, sich auch früher nicht auf die in Rede stehenden Aktien bezogen, sondern nur auf die in Art. 284 aufgeführten



Papiere Anwendung gefunden habe, daß also auch in dem früheren Entwurfe keine Bestimmung enthalten gewesen sei, durch welche dem in Art. 170 erwähnten Indossament die in Art. 285 besprochenen Wirkungen beigelegt worden wären, Grund genug, daß in Art. 170 statuirte Indossament der auf Namen lautenden Aktien mit dem in den Art. 284—286 besprochenen Indossamente im Gesetze nicht zusammenzustellen. Halte man es aber für wünschenswerth, auch über die Form der Indossirung von Aktien auf Namen etwas in das Gesetz aufzunehmen, so scheint es rathsam, dies durch Annahme eines besonderen Zusatzes zu Art. 170 zu thun, dabei würden aber die Bestimmungen in den Art. 36 und 74 der allgemeinen deutschen Wechselordnung auf diese Aktien wenigstens nicht durchweg als anwendbar erscheinen. Dieses Verfahren erscheine um so notwendiger, als durch den Zusatz unter a, abgesehen von Art. 36 und 74 der W.-O., abermals bloß die Bestimmungen über die Formen der Indossirung auf die Aktien auf Namen übertragen würden, und nicht auch die Bestimmungen des Art. 285 über die materielle Bedeutung des Indossaments. Es werde deshalb eventuell beantragt, zu Art. 170 folgenden Zusatz annehmen:

- b. „In Betreff der Form des Indossaments kommen die Art. 11—13 der allgemeinen deutschen Wechselordnung zur Anwendung.“

Von anderen Mitgliedern wurde bemerkt: Es scheint zwar allerdings nicht unangemessen, die wegen der Aktien auf Namen für erforderlich erachtete Bestimmung zu Art. 170 zu versetzen, dagegen fehle es an genügenden Gründen dafür, die Anwendung der Art. 36 und 74 der allgemeinen deutschen Wechselordnung hierbei auszuschließen. Die Anwendung dieser Artikel auf die fraglichen Aktien sei im Allgemeinen recht wohl statthaft und die Anführung derselben auch unschädlich; denn da das Gesetzbuch als ein Ganzes aufzufassen und die Interpretation und Tragweite der einen Bestimmung desselben durch die andere bedingt und begrenzt werde, verstehe es sich von selbst, daß hier in so weit, als die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches mit den Bestimmungen der W.-O. in Widerspruch ständen, erstere den Vorrang hätten. Es wurde deshalb von dieser Seite beantragt, in dem Zusatz unter b auch die Art. 36 und 74 der allgemeinen deutschen Wechselordnung zu citiren.

Ein anderer Herr Abgeordneter trug vor: Art. 286 enthalte in seiner jetzigen Fassung, wie sie von der Redaktionskommission vorgeschlagen worden sei, eine wesentliche sachliche Aenderung gegenüber dem entsprechen-

den Beschlüsse dadurch, daß die Worte: „an Ordre lautende“ aufgenommen worden seien. Obschon in der Praxis die Ueberzeugung feststehe, daß manche Urkunden schon an und für sich indossabel seien, auch wenn sie nicht an Ordre lauteten, gehe Art. 286 jezt davon aus, daß die Indossabilität der nach den Landesgesetzen als indossabel erscheinenden Urkunden, wenigstens dann, wenn das Indossament die in Art. 285 erwähnten Wirkungen haben solle, nur unter der Voraussetzung anzuerkennen sei, daß die Urkunden an Ordre ausgestellt seien. So sehr nun das letztere legislatorisch gerechtfertigt sein würde, wenn es sich noch darum handelte, zu bestimmen, ob dieser oder jener Urkunde die Eigenschaft der Indossabilität beigelegt werden solle oder nicht, so wenig scheine diese, jedenfalls bis jezt nicht beschlossene, Beschränkung nunmehr gerechtfertigt zu sein, da es sich nur um einen Vorbehalt anderweitiger, auf anderen Rechtsquellen beruhender Normen handle. Es werde deshalb beantragt, aus Art. 286 die Worte: „an Ordre lautende“ und folgeweise auch aus Art. 287 die Worte: „an Ordre lauten und“ zu streichen.

Es wurde jedoch eingewendet: Nachdem die Versammlung im Entwurfe davon ausgegangen sei, daß jedes Papier, dessen der Entwurf speziell als einer mit der in Art. 285 festgesetzten Wirkung indossablen Urkunde Erwähnung thue, nur dann als indossabel anerkannt werden könne, wenn es an Ordre laute, obschon mehrere dieser Urkunden an großen Handelsplätzen bisher auch ohne Beifügung dieser Worte für indossabel erachtet worden seien, wie z. B. bei den Konnossementen, erscheine es nicht angemessen, bezüglich der im Entwurfe nicht besonders besprochenen Urkunden von einer anderen Auffassung auszugehen und von dem Erforderniß der Ausstellung an Ordre Umgang zu nehmen.

Bei der Abstimmung wurde der zuletzt erwähnte Antrag mit 13 gegen 1 Stimme abgelehnt, und der Zusatz unter b mit 8 gegen 6 Stimmen, vorbehaltlich wiederholter Abstimmung über dessen Streichung, angenommen; dagegen wurde der Antrag, in diesem Zusatz auch den Art. 16 der allgemeinen deutschen Wechselordnung zu citiren, mit 10 gegen 4 Stimmen, derselbe Antrag wegen des Art. 74 der W.-D. mit 9 gegen 5 Stimmen und der Antrag auf Streichung des Zusatzes unter b mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Zum zweiten Absätze des Art. 287 stellte ein Mitglied den Antrag, nach „Art. 284“ einzuschalten: „und 284 a“, da die Bestimmung in Art. 73 der allg. d. W.-D. unbedenklich auch auf die in Art. 284 a erwähnten Urkunden angewendet werden könne.

Es wurde jedoch entgegnet: Letzteres sei um deswillen nicht thunlich, weil für die Amortisation eines großen Theils der betreffenden Urkunden die Bestimmung der Wechselordnung nicht passen würde, unter Anderm nicht das Gericht des Zahlungsortes, beziehungsweise Erfüllungsortes das zuständige sein könne, z. B. bei Konnossementen und Bodmereibriefen. Es genüge, wenn das Gesetz eine Andeutung darüber enthalte, daß dasselbe die Amortisation solcher Urkunden für zulässig erachte, und werde deshalb nur folgender Zusatz in Vorschlag gebracht:

- c. „Die Amortisation der im Art. 284 a bezeichneten Papiere richtet sich nach den Landesgesetzen.“

Schließlich wurde der Antrag auf Einschaltung von: „und Art. 284 a“ mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt und mit demselben Stimmenverhältniß der Antrag unter lit. c angenommen.

Für die Bestimmungen des

#### Art. 294

brachte die Redaktionskommission folgende Fassung in Vorschlag:

Art. 294. „Ein Kaufmann hat wegen der fälligen Forderungen, welche — — darüber zu verfügen.“

„Dieses Recht tritt jedoch nicht ein, wenn die Zurückbehaltung der Gegenstände der von dem Schuldner vor oder bei der Uebergabe erteilten Vorschrift oder der von dem Gläubiger übernommenen Verpflichtung, in einer bestimmten Weise mit den Gegenständen zu verfahren, widerstreiten würde.“

Art. 294 a. „Das in dem vorhergehenden Artikel bezeichnete Zurückbehaltungsrecht besteht unter den dort angegebenen Voraussetzungen selbst wegen der nicht fälligen Forderungen.

1) „wenn über das Vermögen des Schuldners der Konkurs eröffnet worden ist, oder der Schuldner auch nur seine Zahlungen eingestellt hat,

2) „wenn eine Exekution in das Vermögen des Schuldners fruchtlos vollstreckt oder wider denselben wegen Nichterfüllung einer Zahlungsverbindlichkeit die Vollstreckung des Personalarrestes erwirkt worden ist.

„In diesen Fällen steht auch die Vorschrift des Schuldners oder die Uebernahme der Verpflichtung; in einer bestimmten Weise mit den Gegenständen zu verfahren, dem Zurückbehaltungsrecht nicht entgegen, sofern die vorstehend

„unter 1 und 2 bezeichneten Umstände erst nach  
„Uebergabe der Gegenstände oder nach Ueber-  
„nahme der Verpflichtung eingetreten oder dem  
„Gläubiger bekannt geworden sind.“

Art. 295. „Der Gläubiger, welchem das Zurück-  
„behaltungsrecht nach den Art. 294 und 294 a  
„zusteht, ist verpflichtet, von der Ausübung des-  
„selben“ u. s. w. wie im Entwurfe.

Art. 295 a. „Die in den Art. 294—295 dem  
„Gläubiger gegebenen Rechte treten nicht ein,  
„so weit die Parteien dies besonders verein-  
„bart haben.“

Ein Mitglied beantragte nun, in dem oben formulirten Art. 294 Abs. 2 die Worte: „vor oder“ als nicht beschloffen zu streichen. Es wurde jedoch entgegnet: Wenn bloß die Worte: „bei der Uebergabe“ stehen blieben, so könne dies leicht dahin verstanden werden, daß die fragliche Weisung in demselben Augenblick erteilt worden sein müsse, in welchem die Ablieferung statthabe, während es sich doch darum handle, auf die Bedingungen zu verweisen, unter welchen die Güter dem Gläubiger angeboten worden seien, und anzudeuten, daß in der Uebernahme der Güter, obgleich sie nur unter gewissen Bedingungen offerirt worden, auch die Genehmigung jener Bedingungen liege. Die Auslegung, daß jede, wenn auch noch so lange vorher erteilte Weisung genüge, wenn sie auch gar nicht mit der Uebergabe der Güter im Zusammenhang stehe, sei nicht zu befürchten, die von der Redaktionskommission vorgeschlagene Einschaltung somit jedenfalls unschädlich.

Sodann wurde die Streichung der Worte: „vor oder“ mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Ein anderes Mitglied bemerkte: Die Fassung des Art. 294 Abs. 2 und des letzten Absatzes von Art. 294 a gebe zu der Auffassung Anlaß, als sollten mit der Ertheilung einer Weisung des Schuldners und der Uebernahme einer Verpflichtung von Seiten des Gläubigers zwei einander gegenüberstehende Alternativen bezeichnet werden; und doch liege, wie so eben dargethan worden, in der Thatfache der Ertheilung einer bestimmten Weisung durch den Schuldner vor oder bei der Uebernahme der Güter durch den Gläubiger, wenn diese ungeachtet dieser Weisung dennoch erfolge, nichts anderes als eine stillschweigende Uebernahme der Verpflichtung durch den Gläubiger, jener Weisung gemäß zu verfahren. Dadurch werde aber die eigentliche Absicht des Gesetzes verdunkelt und das richtige Verständniß desselben verhindert. Es werde deshalb beantragt, für den zweiten Absatz des Art. 294, dem

Seite 4577 fgl. der Prot. entsprechend, folgende Fassung anzunehmen :

„Dieses Recht tritt jedoch nicht ein, wenn die  
 „Zurückbehaltung der Gegenstände der von dem  
 „Schuldner bei der Uebergabe der Güter er-  
 „theilten Vorschrift oder von dem Gläubiger  
 „nach derselben übernommenen Verpflichtung“ u.  
 und im letzten Absätze des Art. 294 a die Worte:  
 „Vorschrift des Schuldners oder“ und am Schlusse  
 dieses Absatzes die Worte : „Uebergabe“ sowie „Gegen-  
 stände oder nach“ zu streichen.

Diesen Anträgen traten andere Mitglieder und  
 namentlich auch der Herr Abgeordnete für Hamburg  
 bei, welcher Letztere namentlich erklärte, in der Fassung  
 der Redaktionskommission einen entsprechenden Ausdruck  
 seines Antrags nicht erkennen zu können.

Es wurde jedoch entgegnet : Die von der Redak-  
 tionskommission vorgeschlagene Fassung gebe zu keinem  
 Mißverständniß Anlaß und sei weit konkreter und dar-  
 um dem allgemeinen Verständniß leichter zugänglich,  
 als die vorliegenden Anträge. Schließlich ward der  
 Antrag zu Abs. 2 des Art. 294 mit 8 gegen 6 Stim-  
 men, ein von einem andern Mitgliede im Laufe der  
 Diskussion eingebrachter Antrag, statt : „oder der von  
 dem Gläubiger übernommenen“ zu setzen : „oder von  
 dem Gläubiger sonst übernommenen“, durch die ent-  
 scheidende Stimme des Herrn Präsidenten, endlich der  
 zum letzten Absatz des Art. 294 a gestellte Antrag mit  
 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Zu

#### Art. 296

wurde, des Monitums unter No. 309 der Zusammen-  
 stellung unerachtet, mit 11 gegen 3 Stimmen beschlos-  
 sen, es bei der früheren Fassung zu belassen.

Sodann wurde, ungeachtet des Antrags unter  
 No. 334 der Zusammenstellung, und um in einer,  
 den in diesem Antrag angedeuteten Anschein eines  
 Widerspruches entfernenden Fassung auszudrücken, bei  
 in den Fällen, in welchen die Zahlung des Kaufpreises  
 nicht Zug um Zug bei der Uebergabe geschieht, die  
 Uebermittlung desselben nach Vorschrift des Art. 303  
 erfolgen müsse, die frühere Fassung des

#### Art. 315

beizubehalten beschlossen. Zu

#### Art. 319

wurde, im Hinblick auf den Antrag unter No. 334  
 der Zusammenstellung, der Beschluß gefaßt, in Abs. 1  
 nach : „des Art. 302“ einzuschalten : „Abs. 1“, und für  
 den dritten Absatz dieses Artikels folgende Fassung ge-  
 nehmigt :

„Der Kaufpreis ist bei der Uebergabe zu entrichten, sofern — bestimmt ist. Im Uebrigen kommt die Bestimmung des Art. 303 auch in Bezug auf diese Zahlung zur Anwendung.“  
Bei Berathung der Fassung des

Art. 320

wurde ein Antrag, statt: „Empfangnahme“ in Abs. 1 und 2 „Abnahme“ zu setzen, da es sich hier um den Akt der Hinwegnahme der Güter handle, unter „Empfangnahme“ aber an mehreren großen Handelsplätzen der kaufmännische Empfang der Güter, d. i. deren Zuzugung, Zumessung u. dgl. und die Genehmigung derselben verstanden werde, durch die Erwägung bekämpft, daß die Rücksicht auf einen solchen besonderen Sprachgebrauch für die Diktion des Gesetzes nicht maßgebend und bindend sein könne, und es nicht gerechtfertigt sei, wenn eine engere Bedeutung des Wortes: „Empfang“ oder „empfangbar“ den nicht füglich zu umgehenden Ausdruck: „Empfangnahme“ im allgemeinen und überall gangbaren Sinne verdrängen sollte. Der Antrag wurde hierauf durch die entscheidende Stimme des Herrn Präsidenten abgelehnt.

Ferner hatte die Redaktionskommission vorgeschlagen, es ungeachtet des Monitums unter Nr. 337 der Zusammenstellung bei der bisherigen Fassung zu belassen.

Hiegegen wurde jedoch von einer Seite der Antrag gestellt, aus dem ersten Absätze die Worte: „eines ordentlichen Geschäftsmannes“ zu streichen, weil die verschiedene Ausdrucksweise in den Art. 265, 320, 321 und 325 zu der Ansicht verleite, als wolle die Versammlung verschiedene Grade der zu prästirenden Sorgfalt aufstellen, dies aber, abgesehen von der gänzlichen Unbestimmbarkeit dieser Grade, und abgesehen davon, daß zwischen Kaufmann und Geschäftsmann in der hier in Rede stehenden Beziehung kein Unterschied gefunden werden könne, wohl nicht beabsichtigt sei, und wäre es beabsichtigt, jedenfalls ein deutlicherer Ausdruck nöthig würde. Da hinsichtlich der Kaufleute der Art. 265, hinsichtlich anderer Personen das sonst geltende Recht Anwendung finden müsse, so werde es genügen, hier nur davon zu sprechen, daß der Verkäufer Sorgfalt zu prästiren habe, indem sich deren Maaß nach Art. 265, beziehungsweise nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen bestimme.

Ein anderes Mitglied beantragte aus demselben Grunde, statt: „Geschäftsmannes“ „Kaufmannes“ zu setzen.

Es wurde jedoch bemerkt: Nach Art. 265 habe nur Derjenige die Sorgfalt eines ordentlichen Kauf-

manns zu prästiren, welcher ein Geschäft mache, daß auf seiner Seite ein Handelsgeschäft sei. Da nun nicht alle Verkäufer Kaufleute und nicht alle von ihnen geschlossenen Verkäufe auf ihrer Seite Handelsgeschäfte seien, z. B. die Verkäufe Seitens der Produzenten, könne man dem Verkäufer auch keineswegs die Prästation der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes zur Pflicht machen; von einem solchen Produzenten könne man nicht immer verlangen, daß er rücksichtlich der Aufbewahrung und der Affekurirung des Kaufobjektes u. dgl. dieselbe Umsicht übe, wie ein geschäftstuniger Kaufmann. Der Satz, daß der Verkäufer die Sorgfalt des *bonus pater familias* üben müsse, könne demnach hier nur dahin ausgedrückt werden, daß der Verkäufer die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes zu prästiren habe.

Hierauf wurde der Antrag auf Streichung der Worte: „eines ordentlichen Geschäftsmannes“ mit 10 gegen 4 Stimmen, und der Antrag, statt: „Geschäftsmannes“ „Kaufmannes“ zu setzen, durch die entcheidende Stimme des Herrn Präsidenten abgelehnt.

Zu

#### Art. 321

wurde nach der Erörterung eines Mitgliedes, daß in dem besondern Falle dieses Art. es gerechtfertigt ist, einem jeden Verkäufer die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes in der fraglichen Beziehung zur Pflicht zu machen, der erste der eben erwähnten Anträge gleichfalls mit 10 gegen 4 Stimmen verworfen.

Zu

#### Art. 322

wurde beschlossen, statt: „so ist er für den daraus“ zu setzen: „so ist dieser für den daraus“ zc.

Schließlich wurden die Protokolle der DLX. Sitzung vom 14. Januar, der DLXXI. Sitzung vom 16. Januar und der DLXXII. Sitzung vom 18. Januar 1861 verlesen und genehmigt.

## DLXXXII. Sitzung.

Nürnberg, am 6. Februar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher die im 548. Protokolle aufgeführten Herren Abgeordneten Antheil nahmen, wurde in der Feststellung der Redaktion des vierten Buches fortgefahren und hiebei für den letzten Absatz des

Art. 324

folgende Fassung genehmigt:

„— — oder nach Probe Anwendung, insoweit  
„es sich um Mängel der übersendeten Waare han-  
„delt, welche bei ordnungsmäßigem Besicht oder  
„ordnungsmäßiger Prüfung nicht erkennbar waren.“

Der Zweck dieser Redaktionsveränderung bestand darin, deutlicher als bisher auszudrücken, daß sich der Art. 324 nur auf übersendete Waare und nicht auf Plaggeschäfte beziehe.

Zu den

Art. 325 und 328—330

wurde, der Erinnerungen unter Nr. 351 und 355 unerachtet, die Beibehaltung der früheren Fassung genehmigt. Sodann wurde zu

Art. 329

im Hinblick auf den Vorschlag unter Nr. 358 der Zusammenstellung und in der Erwägung, daß das Gutgewicht keinesweges unter allen Umständen als Ersatz für etwaigen Gewichtsverlust erscheine, sondern öfter auch in anderer Weise vorkomme, folgende Fassung angenommen:

„Ist der Kaufpreis nach dem Gewicht der Waare  
„zu berechnen, so kommt das Gewicht der Ver-  
„packung (Taragewicht) in Abzug, wenn nicht  
„durch besondere Abrede oder durch den Handels-  
„gebrauch am Ort der Uebergabe ein Anderes be-  
„stimmt ist. Ob und in welcher Höhe das Tara-  
„gewicht nach einem bestimmten Ansätze oder Ver-  
„hältnisse statt nach genauer Ausmittlung abzu-  
„ziehen ist, ingleichen ob und wieviel als Gutge-  
„wicht zu Gunsten des Käufers zu berechnen ist,  
„oder als Vergütung für schadhafte und unbrauch-  
„bare Theile (Defektie) gefordert werden kann,



„ist nach dem Vertrage oder dem Handelsgebrauche  
„am Orte der Uebergabe zu beurtheilen.“

Hierauf wurde mit Rücksicht auf die Erinnerung  
unter Nr. 359 der Zusammenstellung der Beschluß  
gefaßt, den

Art. 331

unmittelbar nach Art. 315 folgen zu lassen.

Für die

Art. 332—335

wurde von der Redaktionskommission folgende Fassung  
vorgeschlagen:

Art. 332.

„Wenn der Käufer mit der Zahlung des Kauf-  
„preises im Verzuge und die Waare noch nicht  
„übergeben ist, so hat der Verkäufer die Wahl,  
„ob er die Erfüllung des Vertrags und Schadens-  
„ersatz wegen verspäteter Erfüllung verlangen  
„oder ob er statt der Erfüllung die Waare unter  
„Beobachtung der Bestimmungen des Art. 320  
„für Rechnung des Käufers verkaufen und Scha-  
„densersatz fordern, oder ob er von dem Ver-  
„trage abgehen will, gleich als ob derselbe nicht  
„geschlossen wäre.“

Art. 333.

„Wenn der Verkäufer mit der Uebergabe der  
„Waare im Verzuge ist, so hat der Käufer die  
„Wahl, ob er die Erfüllung nebst Schadensersatz  
„wegen verspäteter Erfüllung verlangen, oder ob  
„er statt der Erfüllung Schadensersatz wegen  
„Nichterfüllung fordern oder ob er von dem Ver-  
„trage abgehen will, gleich als ob derselbe nicht  
„geschlossen wäre.“

Art. 334.

„Will ein Kontrahent auf Grund der Be-  
„stimmungen der vorigen Artikel statt der Er-  
„füllung Schadensersatz wegen Nichterfüllung for-  
„dern oder von dem Vertrage abgehen, so muß  
„er dies dem andern Kontrahenten anzeigen und  
„ihm dabei, wenn die Natur des Geschäfts dies  
„zuläßt, noch eine den Umständen angemessene  
„Frist zur Nachholung des Versäumten gewähren.“

Art. 335.

„Ist bedungen, daß die Waare genau zu einer  
„festbestimmten Zeit oder binnen einer festbestimm-  
„ten Frist geliefert werden soll, so kommt der  
„Art. 334 nicht zur Anwendung. Der Käufer  
„sowie der Verkäufer kann die Rechte, welche ihm  
„gemäß Art. 332 oder 333 zustehen, nach seiner  
„Wahl ausüben. Es muß jedoch derjenige, wel-  
„cher auf der Erfüllung bestehen will, dies unver-

„zügig nach Ablauf des Tages oder der Frist  
 „dem andern Kontrahenten anzeigen; unterläßt  
 „er dies, so kann er später nicht auf der Er-  
 „füllung bestehen.

„Will der Verkäufer statt der Erfüllung für  
 „Rechnung des säumigen Käufers verkaufen, so  
 „muß er, im Fall die Waare einen Markt- oder  
 „Börsenpreis hat, den Verkauf unverzüglich nach  
 „Ablauf des Tages oder der Frist vornehmen.  
 „Ein späterer Verkauf gilt nicht als für Rech-  
 „nung des Käufers geschehen. Eine vorgängige  
 „Androhung ist nicht erforderlich, dagegen hat  
 „der Verkäufer auch in diesem Falle den bewirk-  
 „ten Verkauf dem Käufer ungesäumt anzuzeigen.

„Wenn der Käufer statt der Erfüllung Scha-  
 „densersatz wegen Nichterfüllung fordert, so be-  
 „steht, im Falle die Waare einen Markt- oder  
 „Börsenpreis hat, der Betrag des von dem Ver-  
 „käufer zu leistenden Schadensersatzes in der Diffe-  
 „renz zwischen dem Kaufpreise und dem Markt-  
 „oder Börsenpreise zur Zeit und am Orte der  
 „geschuldeten Lieferung, unbeschadet des Rechts  
 „des Käufers, einen erweislich höheren Schaden  
 „geltend zu machen.“

#### Art. 335 a.

„In den Fällen des Art. 335 ist jeder Kon-  
 „trahent berechtigt, den Verzug des andern Kon-  
 „trahenten auf dessen Kosten durch eine öffent-  
 „liche Urkunde (Protest) feststellen zu lassen.“

Ferner stellte die Redaktionskommission den Antrag,  
 folgenden neuen Artikel anzunehmen:

#### Art. 335 c.

„Durch die Bestimmungen der Art. 335 und  
 „335 a ist die Geltung von Handelsgebräuchen  
 „nicht ausgeschlossen, durch welche in Bezug auf  
 „die dort bezeichneten Geschäfte die Rechte oder  
 „das Verhalten der Kontrahenten in anderer  
 „Weise geregelt werden.“

Die für die Art. 332—334 vorgeschlagene Fas-  
 sung wurde von keiner Seite beanstandet.

Rücksichtlich der Vorschläge unter Art. 335 und  
 335 a wurde von einem Herrn Abgeordneten bemerkt:  
 Da im Eingange des Artikels 335 von denjenigen Ge-  
 schäften die Rede sei, in welchen bedungen worden, daß  
 die Waare genau zu einer festbestimmten Zeit zu ge-  
 liefert werden solle, erscheine es unstatthaft, am Schlusse  
 des ersten Absatzes und im zweiten Absatz zu setzen:  
 „nach Ablauf des Tages oder der Frist“, und werde  
 vielmehr beantragt, statt dessen zu setzen: „nach Ablauf  
 der Zeit oder der Frist“. Es dürfe nämlich nicht über-

sehen werden, daß bei den in Rede stehenden Geschäften die Lieferzeit oftmals nicht bloß nach Tagen, sondern auch nach Tageszeiten, Stunden u. dgl. normirt werde. In solchen Fällen würde es ungerechtfertigt sein, demjenigen Kontrahenten, welcher auf der reellen Erfüllung des Kaufgeschäftes bestehen wolle, beziehungsweise dem Verkäufer, welcher für Rechnung des Käufers verkaufen wolle, zur Abgabe der betreffenden Erklärung beziehungsweise zur Vornahme des Verkaufs immer bis zum nächstfolgenden Tage Zeit zu lassen. Unter Umständen werde dies zwar allerdings geschehen müssen, wie z. B. dann, wenn der Verkäufer nach der Börsenordnung vor der Börsenzeit des nächsten Tages gar keine Gelegenheit zur Vornahme des Verkaufs haben würde. Oft würde aber auch die Befugniß, bis zum nächsten Tage zu warten, viel zu weit führen, z. B. wenn für das Kaufsobjekt an der betreffenden Börse täglich mehrmals zu bestimmten Stunden Kursnotirungen vorgenommen würden, und zur Zeit der ersten Kursbildung hätte geliefert und empfangen werden müssen. In Fällen der zuletzt erwähnten Art könne der betreffende Kontrahent nicht füglich verlangen, daß ihm zur Abgabe der Erklärung beziehungsweise zur Vornahme des Verkaufs bis zum anderen Tage Zeit gelassen werde. Es müsse deshalb statt: „Tage“ „Zeit“ gesetzt werden. Dadurch werde auch keinem der Betheiligten zu nahe getreten, es genüge vielmehr der Ausdruck: „unverzüglich“, um den beiderseitigen Interessen gerecht zu werden, denn es werde in jedem einzelnen Falle Sache des Richters sein, zu entscheiden, was unter: „unverzüglich“ zu verstehen sei.

Mit Rücksicht auf diesen Antrag wurde mit 8 gegen 6 Stimmen beschlossen, in Absatz 1 und 2 des Art. 335 statt: „nach Ablauf des Tages“ zu setzen: „nach Ablauf der Zeit“.

Von anderer Seite wurde der zweite Absatz des Art. 335 beanstandet, und für dessen Beseitigung geltend gemacht: dieser Absatz sei bei der früheren Berathung des Art. 335 nicht beschlossen worden und auch sachlich in hohem Grade bedenklich. Der Verkäufer sei an und für sich schon in einer minder günstigeren Lage als der Käufer, nachdem ihm die Pflicht, für Rechnung des Letzteren zu verkaufen, wenn er die Differenz verlangen wolle, auferlegt worden sei, während man dem Käufer eine entsprechende Verpflichtung nicht auferlegt habe. Nöthige man den Verkäufer nun gar noch, den Verkauf so schnell vorzunehmen, wie dies in Abs. 2 vorgeschrieben werden solle, so werde derselbe allzusehr beengt. Und für eine so strenge Vorschrift sei nicht einmal ein praktisches Bedürfnis

vorhanden. Der Grund dieser Vorschrift liege darin, daß man dem Verkäufer das Mittel nehmen wolle, zum Nachtheil und auf Gefahr des Käufers mit der betreffenden Waare zu spekuliren und erst dann zum Verkaufe für dessen Rechnung zu schreiten, wenn der Preis der betreffenden Waare noch unter den Preis am Erfüllungstage gesunken und die vom Käufer zu zahlende Differenz noch größer als an diesem Tage geworden sei. Eine solche Spekulation habe man aber nicht zu befürchten, denn da der Verkäufer für seine Person keine größeren Ansprüche erlange und wegen der einmal bedungenen Kaufsumme seine volle Befriedigung bekomme, wenn er alsbald verkaufe und den Käufer wegen der Differenz in Anspruch nehme, und da er wegen des Kaufgeldes um so mehr gesichert sei, je mehr er davon durch den Erlös aus der Waare zu decken vermöge, so sei nicht abzusehen, weshalb ein Verkäufer bloß, um den Käufer in Schaden zu bringen, auf ein weiteres Sinken des Preises spekuliren sollte. Abgesehen davon genügten schon die allgemeinen Grundsätze des Rechtes, so namentlich der Satz, daß Jedermann den Schaden tragen müsse, den er durch eigenes Verschulden erleide, um den Käufer gegen ungerechtfertigte Ansprüche des Verkäufers zu schützen.

Giegegen wurde jedoch eingewendet: Wenn der Zweck, den die Versammlung bei der früheren Beratung des Art. 335 und namentlich bei der Abstimmung auf S. 4603 der Protokolle im Auge gehabt habe, erreicht werden solle, wenn man nämlich verhindern wolle, daß der nicht säumige Kontrahent auf Kosten des Säumigen spekulire, werde man einer Bestimmung im Sinne des zweiten Absatzes nicht entbehren können. Daß der Verkäufer ein Interesse daran haben könne, eine solche Spekulation vorzunehmen, ergebe sich, wenn man nur des Falls gedenke, daß derselbe außer der bereits verkauften Quantität der betreffenden Waare noch andere bedeutende Vorräthe von derselben Waare habe, die er gleichfalls zu verkaufen wünsche, sei es, daß sie sein Eigenthum oder ihm nur in Konsignation gegeben seien. In einem solchen Fall könne der Verkauf, den der Verkäufer für Rechnung des Käufers vorzunehmen habe, um das nach Art. 335 eingegangene Geschäft abzuwickeln, entweder für sich allein schon die Preise der Waare drücken, so daß für die übrigen Vorräthe nur noch ein geringerer Preis erlöst werden könnte, oder doch dazu beitragen, daß dies geschehe; der Verkäufer sei also dabei interessiert, daß er die Möglichkeit habe, zuerst seine übrigen Vorräthe zu verkaufen, um für diese noch den höheren Preis zu erzielen, und dann für die gedrückten Preise

die bereits verkaufte Quantität loszuschlagen und den Schaden auf den säumigen Käufer zu wälzen. Außerdem sei auch überhaupt nicht zu verkennen, wie es schon an sich nicht zu rechtfertigen sei, daß der Käufer bei Cours habenden Waaren dem reinen Belieben des Verkäufers, welchen Cours er benutzen wolle und auf welchen er speculiren wolle, hingegeben werde. Die allegirten allgemeinen Rechtsgrundsätze böten dem Käufer keinen Schutz hiegegen, wenn das Gesetz dem Verkäufer die Wahl lasse, wann er verkaufen wolle, und ihm die Pflicht, in einer gewissen Frist zu verkaufen, nicht auferlege.

Bei der Abstimmung wurde die Fassung der Redaktionskommission in den Art. 335 und 335 a, abgesehen von der oben erwähnten Modification mit 12 gegen 2 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Bezüglich des von der Redaktionskommission neu vorgeschlagenen

#### Art. 335 c

wurde von einigen Mitgliedern bemerkt: der fragliche Antrag sei einmal formell unstatthaft, da von keiner Regierung der Vorschlag gemacht worden sei, eine Bestimmung im Sinne dieses Antrags aufzunehmen, und auch die bisherigen Beschlüsse zu Art. 335 keinen Grund für die formelle Rechtfertigung des neuen Antrags abgäben, denn diese enthielten keine so einschneidende Aenderung des Entwurfs, daß sich erst jetzt die Nothwendigkeit eines solchen Antrags ergeben würde. Namentlich könne man nicht einwenden, daß erst in Folge der jetzigen Umgestaltung des Art. 335 dieser letztere auf die im Antrag Art. 335 c im Auge gehaltenen Geschäfte Anwendung leide, denn, wenn dies nun auch etwas deutlicher hervortreten möge, so sei es doch schon früher beabsichtigt gewesen. Auch erscheine der Antrag nicht als ein Amendement zu dem übrigens längst abgelehnten Antrag auf Streichung des Art. 335, da letzterer habe, abgesehen von allem Anderen, nicht die Beseitigung des materiellen Inhalts von Art. 335 bezweckt, sondern auf der Erwägung beruhe, daß Alles, was in Art. 335 bestimmt werde, in den vorhergehenden Artikeln bei richtigem Verständniß derselben schon enthalten sei. Für die Aufnahme des Antrags unter Art. 335 c sei aber auch kein Bedürfnis vorhanden, was man zweifelsohne daraus zu schließen berechtigt sei, daß von keiner der Regierungen die Aufnahme eines entsprechenden Satzes als erforderlich bezeichnet worden sei. Abgesehen davon, bedürfe man eines solchen Satzes um deswillen nicht, weil durch die Art. 335 und 335 a die Vertragsfreiheit nicht beschränkt werde, sondern den Parteien unbenommen bleibe, den

Kontrakt dahin zu schließen, daß das unter ihnen vereinbarte Geschäft nach dem am Orte bestehenden Börsengebrauch beurtheilt werden solle. Und um dies zu thun, würden die Kontrahenten keinesweges nöthig haben, alle einzelnen dem betreffenden Börsengebrauch entsprechenden, mit dem Handelsgesetzbuch aber nicht in Einklang stehenden Bestimmungen in die Schlußnoten aufzunehmen; es werde vielmehr genügen, wenn an geeigneter Stelle der Schlußnote die Worte: „nach Börsengebrauch“ eingeschaltet würden. Der Art. 335 c zielt auf eine Salvirung der eigentlichen Differenzgeschäfte ab. Der rechtlichen Existenz dieser Geschäfte, insofern dieselben nach den Landesgesetzen zulässig seien, werde aber ohnehin schon durch die Art. 335 und 335 a in keiner Weise präjudicirt. Dagegen würden diese Geschäfte wenigstens indirekt durch Aufnahme des Art. 335 a gesetzlich sanktionirt, und insofern sei der in Rede stehende Artikel auch sachlich in hohem Grade bedenklich. Es werde deshalb der Antrag gestellt, auf eine Berathung des Artikels 335 c nicht einzugehen.

Von Seiten des Herrn Referenten wurde zu Gunsten des fraglichen Antrags geltend gemacht: Er lege auf diesen Antrag ein großes Gewicht, da nach seiner Ansicht die Anwendung des Art. 335 auf die fixen Lieferungsgeschäfte, wie solche in vielen Gegenden und Handelsplätzen vorkämen, nicht angemessen und den dort ausgebildeten Rechtsanschauungen nicht entsprechend sei. Die formellen Bedenken, welche gegen den Antrag erhoben worden seien, erschienen nicht als begründet. Früher sei der Artikel 335 nicht so gefaßt gewesen, daß er auch die Geschäfte betroffen habe, auf deren Salvirung der neu vorgeschlagene Artikel abziele. Erst durch die jetzige Fassung desselben schwinde jeder Zweifel darüber, daß er auch auf die Zeitgeschäfte Anwendung leide, und jetzt erst entstehe das Bedenken, ob er den in Art. 335 c besprochenen Handelsgebräuchen nicht mehr in den Weg trete, als dies mit unbezweifelt begründeten Interessen des Verkehrs verträglich sei; es könne also auch jetzt erst ein Anlaß zur Einbringung des fraglichen Antrags als vorhanden anerkannt werden. Früher habe es der Einbringung dieses Antrags auch um deswillen nicht bedurft, weil in der Erinnerung von Hamburg der Antrag auf Streichung des Art. 335 gestellt gewesen, und durch Annahme dieses Antrags alles dasjenige erreicht worden wäre, was nunmehr durch Art. 335 c erreicht werden solle. Dieser Artikel zielt aber, was die Sache selbst angehe, keinesweges auf die reinen Differenzgeschäfte in dem Sinne ab, daß er eine Salvirung der von Anfang an nur auf Bezahlung der Differenz gericht-

teten Spiel- und Wettgeschäfte erreichen wolle, sondern habe nur diejenigen Geschäfte im Auge, bei welchen die ursprüngliche Intention der Kontrahenten allerdings auf reelle Erfüllung gerichtet sei. Sehe der Richter bloße Differenzgeschäfte für unverbindliche Spiele oder Wetten an und erkläre er, daß ein von ihm zu beurtheilendes Geschäft ein bloßes Differenzgeschäft sei, so negire er dadurch die Eigenschaft desselben als eines wirklichen Kauf- und Lieferungs-Geschäftes, worauf der Art. 355 Anwendung finde. Bei den reellen <sup>nur</sup> Lieferungs-Geschäften sei nun unzweifelhaft der Umstand, daß der eine Kaufmann diejenigen Waaren, welche er einem anderen auf Zeit verkaufe, nicht immer schon zur Zeit des Kaufabschlusses habe, sondern oft erst selbst noch erwerben müsse und zu derselben Zeit geliefert erhalten solle, zu welchem er selbst zur Lieferung verpflichtet sei, und auch der Käufer oftmals bereits wieder weiter verkauft habe, wenn der Lieferungstag komme, daß also sehr häufig eine ganze Reihe von Verkäufen der in Rede stehenden Art in einander greife, von unverkennbarem Einfluß und dürfe nicht unbeachtet bleiben. Dieser Umstand mache es erklärlich, wenn es an verschiedenen Handelsplätzen zur Ausbildung eines wirklichen, von Publikum und Gerichten als rechtswirksam anerkannten, wenn auch bald in dieser bald in jener Weise modificirten Handelsgebrauches gekommen sei, wonach bei Nichterfüllung des Kontrakts von Seiten des einen Kontrahenten sofort eine schließliche Liquidation eintrete, in dem Sinne, daß der zumige Kontrahent dem Nichtsäumigen zur Abfindung aller seiner Ansprüche die Differenz zwischen dem Tageskurse und dem Kaufpreise zu vergüten habe. Dieser Handelsgebrauch sei auch ganz unentbehrlich, wenn die Nachtheile vermieden werden sollten, welche sonst entstehen könnten, wenn mehrere solcher Zeitgeschäfte in einander griffen, und die jetzt beschlossenen Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs angewendet werden sollten. Man möge nur erwägen, welche Verlegenheiten in diesem Fall daraus entstehen könnten, daß nach Maßgabe des Art. 335 eine Reihe von Entschädigungsforderungen, welche sich in einer sehr bedauernden Weise auf den ersten Verkäufer, der nicht geliefert habe, aufthürmen würden, erlebigt werden müßten, sowie daß für jeden späteren Käufer und beziehungsweise Verkäufer der Ausdruck: „ungesäumt“ eine andere Bedeutung haben würde, und die einzelnen Kontrahenten sich sehr häufig in der nachtheiligsten Lage befinden würden, weil sie im entscheidenden Augenblick ungewiß seien, wie sie ihrem Verkäufer gegenüber sich zu erklären hätten, da ihnen gegenüber der weitere Käufer sich noch nicht

erklärt habe. Man wisse gar nicht, was der Ausdruck „ungesäumt“ für den einzelnen Contrahenten bei einer Reihenfolge von Lieferungsgeschäften bedeute, und in wie fern der eine Contrahent in einer solchen Reihenfolge auf den andern zu warten habe, ohne durch das Abwarten seinem Verkäufer gegenüber präjudicirt zu werden. Sodann möge man auch erwägen, daß, wenn es der Vorschrift des Art. 335 gemäß zum Verkaufe kommen müsse, oft eine große Menge von Gütern derselben Art an demselben Tage auf den Markt gebracht und dadurch in schädlicher Weise der Preis der Waare gedrückt und in den gewöhnlichen Gang des Handels störend eingegriffen werde. Es fehle an genügenden Gründen dafür, dem oben erwähnten Handelsgebrauch in den Bestimmungen der Art. 335 und 335 a entgegenzutreten. Dies würde aber durch Verwerfung des vorgeschlagenen Art. 335 a geschehen, da das Gesetz nach Art. 1 dem Handelsgebrauch vorgehe. Sollte man wirklich die Absicht haben, die in Rede stehenden Handelsgebräuche zu unterdrücken, so führe der Art. 335 doch nicht zum Ziele. Denn die Contrahenten wären nicht gehindert, den Handelsgebrauch vertraglich für maßgebend zu erklären. Dieses Recht würde aber, wenn man Art. 335 c nicht annehme, ohne genügende Gründe für eine solche Beschränkung nur in der schwerfälligen Weise geübt werden können, daß die Contrahenten in die Schlußzettel eine große Anzahl von Vertragsbedingungen aufnehmen ließen, was nicht wünschenswerth sei. Es sei legislatorisch nicht angemessen, und sogar im Leben kaum durchführbar, wenn man die Kaufleute zu schriftlichen Stipulationen zwingen wolle, wo so vielfach und so entschieden wie in der fraglichen Materie, Handelsgebräuche je nach den Bedürfnissen und Einrichtungen der großen Handelsplätze beständen. Bei der Abstimmung wurde indeß mit 12 gegen 2 Stimmen beschlossen, den Art. 335 c nicht aufzunehmen.

Zu

#### Art. 339

wurde genehmigt, daß die Schlußworte: „er kann aber die Waare von dem dritten redlichen Besizer nicht zurückerfordern“ als durch den neuen Art. 288 überflüssig wegfielen.

Für die Bestimmungen über die Bindbarkeit der im Handelsverkehr veräußerten Sachen und Werthpapiere hatte die Redaktionskommission folgende Fassung in Vorschlag gebracht:

#### Art. 288.

„Wenn Waaren oder andere bewegliche Sachen  
von einem Kaufmann in dessen Handelsbetriebe



„veräußert und übergeben worden sind, so erlangt  
 „der redliche Erwerber das Eigenthum, auch wenn  
 „der Veräußerer nicht Eigenthümer war. Das  
 „früher begründete Eigenthum so wie jedes früher  
 „begründete Pfandrecht oder sonstige dingliche  
 „Recht erlischt, wenn dasselbe dem Erwerber bei  
 „der Veräußerung unbekannt war.

„Sind Waaren oder andere bewegliche Sachen  
 „von einem Kaufmann in dessen Handelsbetrieb  
 „verpfändet (oder mit einem dinglichen Rechte  
 „beschwert) und übergeben worden, so kann ein  
 „früher begründetes Eigenthum, Pfandrecht oder  
 „sonstiges dingliches Recht an den Gegenständen  
 „zum Nachtheil des redlichen Pfandnehmers oder  
 „dessen Rechtsnachfolger (oder Erwerbers des  
 „dinglichen Rechts oder Rechtsnachfolger) nicht  
 „geltend gemacht werden.

„Das gesetzliche Pfandrecht des Kommissionärs,  
 „Spediteurs und Frachtführers steht einem durch  
 „Vertrag erworbenen Pfandrechte gleich.

„Dieser Artikel findet keine Anwendung, wenn  
 „die Gegenstände gestohlen oder verloren waren.“

Art. 288 a.

„Die Bestimmungen des vorigen Artikels fin-  
 „den bei Papieren auf Inhaber auch dann An-  
 „wendung, wenn die Veräußerung oder Verpfän-  
 „dung nicht von einem Kaufmann in dessen Han-  
 „delsbetrieb geschehen ist und wenn die Papiere  
 „gestohlen oder verloren waren.“

Art. 288 b.

„Durch die beiden vorhergehenden Artikel wer-  
 „den die Landesgesetze nicht berührt, welche für  
 „den Besitzer noch günstigere Bestimmungen  
 „enthalten.“

Zum ersten Absätze des Art. 288 wurde von einem  
 Mitgliede der Antrag gestellt, den zweiten Satz des-  
 selben wie folgt zu fassen:

„Das früher begründete Eigenthum erlischt. Je-  
 „des früher begründete Pfandrecht oder sonstige  
 „dingliche Recht erlischt, wenn auch in dieser  
 „Beziehung der Erwerb ein redlicher war.“

Zur Motivirung dieses Antrags ward bemerkt:  
 Die jetzige Fassung des Artikels 288 Abs. 1 gebe zu  
 der Auffassung Anlaß, als solle die Erlöschung des  
 Eigenthums an andere Bedingungen gebunden sein als  
 der Erwerb desselben, indem im ersten Satze für den  
 Erwerb des Eigenthums Redlichkeit des Erwerbers, im  
 zweiten für die Erlöschung des früheren Eigenthums-  
 rechts die Unbekanntheit des Erwerbers mit der Gri-  
 ftenz desselben gefordert werde. Für die Bestimmung,

daß das frühere Eigenthum erlösche, genüge es, daß die entsprechende Voraussetzung im ersten Satze schon angegeben sei. Diese Bestimmung ergebe sich übrigens nicht, wie von einigen Seiten geltend gemacht ward, aus dem ersten Satze mit solcher Selbstverständlichkeit, daß es ihrer Aufnahme gar nicht bedürfe; letztere erscheine vielmehr um deswillen wünschenswerth, weil sonst Argumentationen wie die, daß der neue Erwerber auf Grund des ersten Satzes vielleicht nur publicianisches Eigenthum erlange u. dgl., nicht genügend ausgeschlossen seien. Sodann sei nicht abzusehen, weshalb im zweiten Satze bezüglich der fraglichen Pfandrechte u. eine andere Voraussetzung als im ersten Satze aufgestellt werden solle, indem es sowohl bezüglich der Pfandrechte als des Eigenthums einfach auf den guten Glauben des Erwerbers ankomme, die Wissenschaft von einem Pfandrechte u. aber noch nicht immer den guten Glauben ausschließe, z. B. wenn der Pfandbesteller in glaubhafter Weise behaupte, daß das betreffende frühere Pfandrecht getilgt sei u. dgl. Würde aber die Intention der Redaktionskommission dahin gehen, daß es sich wirklich in beiden Sätzen nur um dieselbe Sache handle, so sei nicht abzusehen, weshalb ein und derselbe Gedanke durch verschiedene Worte ausgedrückt werden solle.

Von anderen Seiten wurde der Satz: „Das früher begründete Eigenthum erlischt“ als völlig selbstverständlich und deshalb für überflüssig erklärt, und sodann weiter noch bemerkt: Es handle sich im zweiten Satze allerdings gleichfalls nur um die bona fides des Erwerbers; die von der Redaktionskommission vorgeschlagene Fassung verdiene aber um deswillen den Vorzug, weil dadurch deutlich ausgedrückt werde, daß die bona fides des Erwerbers nicht bloß im Allgemeinen, sondern auch gerade bezüglich des im konkreten Falle in Rede stehenden Pfandrechts vorhanden gewesen sein müsse. Dabei sei nicht ausgeschlossen, daß der Erwerber den glaubhaften Versicherungen des Pfandbestellers traue; wenn er dies unter den geeigneten Voraussetzungen thue, könne er mit Recht behaupten, daß ihm die Existenz des Pfandrechts nicht bekannt gewesen.

Bei der Abstimmung wurde mit 8 gegen 6 Stimmen genehmigt, daß der Satz: „Das früher begründete Eigenthum erlischt“ in einem besonderen Satze aufgenommen werde, im Uebrigen aber wurde der oben aufgeführte Antrag abgelehnt.

Zum zweiten Absatze wurde von einer Seite in der Absicht, die nöthige Konformität mit dem ersten Absatze herzustellen, folgende Fassung beantragt:

- a) „— so erlangt der redliche Pfandnehmer (oder „redliche Erwerber) das Pfandrecht (oder das

„dingliche Recht). Ein früher begründetes Eigenthum, Pfandrecht oder sonstiges dingliches Recht an den Gegenständen kann zum Nachtheil des Pfandrechts (oder des dinglichen Rechts) nicht geltend gemacht werden.“

Ein anderes Mitglied schlug aus demselben Grunde vor, am Schlusse vor den Worten: „nicht geltend gemacht werden“ einzuschalten:

b) „welchem dasselbe bei dem Erwerbe seines Pfand- (oder dinglichen) Rechtes unbekannt war“

und führte zur Begründung dieses Antrages an: So wie im ersten Absatz das Erforderniß des guten Glaubens aufgestellt sei, sowohl für den Erwerb des Eigenthums an sich, als auch für den Erwerb der Freiheit von Pfand- und dinglichen Rechten, so sei es auch hier begründet, für nothwendig zu erklären, daß der Pfandnehmer sich bei der Pfandbestellung in Beziehung auf den Erwerb eines Pfandrechts an sich, und daß er sich, wenn bereits bestehende Pfand- und dingliche Rechte gegen ihn nicht wirksam sein sollen, auch in dieser Beziehung in gutem Glauben befunden haben müsse. Wenn man auch dies vielleicht in den Worten „des redlichen Pfandnehmers“ an sich ausgedrückt finden könnte, so würde eine solche Auslegung bei Vergleichung des ersten Absatzes zweifelhaft erscheinen müssen, und sei es daher wohl angemessen, eine recht deutlichere Fassung zu wählen.

Es wurde jedoch entgegnet, eine völlige Gleichstellung der Fassung des ersten und zweiten Absatzes und namentlich die ausdrückliche Hinweisung darauf, daß derjenige, dem das Pfandrecht bestellt werde, das Pfandrecht wirklich erwerbe, sei nicht nöthig, weil, wenn die Pfandbestellung überhaupt eine rechtliche Wirksamkeit haben solle, der betreffende Gläubiger eben nichts Anderes als Pfandrecht erwerben könne, während sich die Sache im ersten Absätze anders verhalte: denn dort würde der neue Erwerber möglicher Weise nicht gerade das umfassendste Recht, nämlich das Eigenthum, erwerben müssen, sondern könnte vom Gläubiger vielleicht auch bloß publicianisches Eigenthum u. i. w. beigelegt erhalten.

Schließlich wurde der erste Theil des Antrags unter a durch die entscheidende Stimme des Herrn Präsidenten und die für den Schluß des Absatzes vorgeschlagene Fassung mit 12 gegen 2 Stimmen, der Antrag unter b aber mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Da man dafür hielt, daß für den Handelsverkeftr kein Bedürfnis dafür vorhanden sei, etwaiger anderer dinglicher Rechte Erwähnung zu thun, wurde mit 9 gegen 5 Stimmen die Streichung der, übrigens auch

nicht beschlossenen und von der Redaktionskommission nur zu allenfalliger Aufnahme anheimgegebenen Worte: „(oder mit einem dinglichen Rechte beschwert)“ und: „(oder Erwerbers des dinglichen Rechtes oder deren Rechtsnachfolger)“ genehmigt.

Zum vierten Absätze des Art. 288 brachte endlich ein Mitglied in der Erwägung, daß es mindestens zweifelhaft sei, ob durch grobes Verschulden des Erwerbers dessen bona fides verloren gehe, indem man davon ausgehen könnte, daß da, wo eine Erkundigungspflicht nicht bestehe, auch aus der Unterlassung einer Erkundigung, selbst wenn sie als culpa lata erscheine, wenigstens regelmäßig nichts Nachtheiliges für den Erwerber gefolgert werden dürfe, und der Satz, daß lata culpa dem dolus gleichstehe, hier nicht zutrefte, es aber sehr wünschenswerth erscheine, daß diese Frage im Gesezte Erledigung finde, folgenden Zusatz in Vorschlag:

„oder (wenn der Erwerber die Sache in bösem „Glauben erworben oder) dem Erwerber bei der „Erwerbung (der Sache) auch nur eine grobe „Fahrlässigkeit zur Last fällt.“

Man hielt jedoch dafür, daß die eben berührte Frage von allgemeinerer Bedeutung sei und somit nicht füglich für den hier in Rede stehenden speziellen Fall allein entschieden werden könne, daß die beantragte Entscheidung sodann aber auch sachlich nicht unbedenklich erscheine. Es wurde deshalb die Annahme des in Rede stehenden Zusatzes mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Für Art. 340

wurde von Seiten der Redaktionskommission folgende Fassung vorgeschlagen:

„Hat der Kommissionär unter dem gesetzten Preise „verkauft, so muß er dem Kommittenten den Unterschied im Preise vergüten, sofern er nicht beweist, daß ein Verkauf zu dem gesetzten Preise „nicht ausgeführt werden konnte und die „Annahme des Verkaufs von dem Kommittenten „Schaden abgewendet habe.“

Diese Fassung wurde genehmigt, nachdem der Antrag eines Mitglieds, folgende Redaktion anzunehmen:

„ — vergüten. Diese Bestimmung leidet keine „Anwendung, wenn er beweist ic.“

mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt worden war.

Zu Art. 342

wurde der Antrag unter Nr. 378 der Zusammenstellung wiederholt, obschon sich die Redaktionskommission gegen denselben entschieden hatte. Nachdem jedoch allseitig anerkannt worden war, daß unter: „wahren“ hier nicht bloß die Einlegung einer Protestation zu

verstehen sei, und ein begründeter Zweifel daran nicht bestehen könne, daß mit diesem Ausdrücke dem Kommissionär die Verpflichtung auferlegt werde, alles zu thun, was zur Sicherstellung und unter Umständen selbst zur Geltendmachung der Rechte des Kommittenten erforderlich sei, die jetzige Fassung also noch umfassender sei, als die unter Nr. 378 vorgeschlagene, wurde der Antrag zurückgezogen.

Zu Art. 343  
wurde der Monita unter Nr. 381 und 382 unerachtet, die Fassung der Redaktions-Kommission nicht beanstandet.

Für Art. 346  
Abs. 3 wurde im Hinblick auf den Antrag unter Nr. 389 der Zusammenstellung folgende Fassung angenommen:  
„— so hat er nur diesen Preis und wenn derselbe geringer ist, als der auftragsgemäße Preis, auch den Unterschied gemäß Art. 340 zu vergüten.“

Zu Art. 347  
wurde mit Rücksicht auf den Antrag unter Nr. 390 beschlossen, aus dem ersten Absatz die Worte: „del credere“ zu streichen, und mit Rücksicht auf den Antrag unter Nr. 391 der Beschluß gefaßt, im letzten Absatz zu setzen: „zu einer Vergütung (del credere-Provision) berechtigt“.

## DLXXXIII. Sitzung.

Nürnberg, am 8. Februar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher die in dem 548. Protokolle aufgeführten Herren Abgeordneten Antheil nahmen, wurde mit Feststellung der Redaktion des vierten Buches fortgefahren und zu den

Art. 367, 368 und 369, den bei Berathung der Erinnerungen unter No. 427 bis 429, 430 und 431 gefaßten Beschlüssen entsprechend, die Beibehaltung der früheren Fassung genehmigt. Für die Ziff. 6 des zuletzt erwähnten Artikels wurde folgende Fassung angenommen:

„die Bestimmung in Ansehung der Fracht“, für welche angeführt wurde, daß der Ausdruck:

„Fracht“ gleichbedeutend mit „Frachtlohn“, aber gebräuchlicher und im Allgemeinen passender sei.

Die bei Verathung des Antrags unter No. 455 der Zusammenstellung angenommene Bestimmung hatte die Redaktionskommission in folgender Weise zu fassen und als Art. 369 a einzuschalten vorgeschlagen:

„Der Absender ist verpflichtet, bei Gütern, welche vor der Ablieferung an den Empfänger einer zoll- oder steueramtlichen Behandlung unterliegen, den Frachtführer in den Besitz der deshalb erforderlichen Begleitpapiere zu setzen. Er haftet dem Frachtführer, sofern nicht diesem selbst ein Verschulden zur Last fällt, für alle Strafen und Schäden, welche denselben wegen Unrichtigkeit oder Unzulänglichkeit der Begleitpapiere treffen.“

Ein Mitglied beantragte nun, im zweiten Satz statt: „sofern“ „soweit“ zu setzen, weil der Frachtführer für den entstandenen Schaden nur so weit haften solle, als er eine Folge seines Verschuldens sei, nicht aber auch zugleich für den Theil des Schadens, der als eine Folge der Handlung des Absenders erscheine.

Es wurde jedoch von einer Seite entgegnet: Nach einem im Handelsgesetzbuche, insbesondere im Seerecht, in der Regel durchgeführten Sprachgebrauch sei, wo man vielleicht bei einer noch ängstlicheren Ausdrucksweise die Worte: „wenn und so weit“ gebrauchen würde, der Ausdruck: „sofern“ angewendet worden; es werde somit schon durch die jetzige Fassung erreicht, was der Herr Antragsteller bezwecke. Von einer andern Seite ward geltend gemacht: Der Ausdruck: „so weit“ würde nur in denjenigen Fällen richtig sein, in welchen quantitativ unterschieden werden könne, wie weit der Schaden eine Folge des Verschuldens des Frachtführers und wie weit er eine Folge des Verschuldens des Absenders sei. Wo dagegen eine solche quantitative Unterscheidung unausführbar sei, würde auch der betreffende Ausdruck nicht an seinem Place sein, denn in einem solchen Falle komme es nur darauf an, ob den Frachtführer eben sowohl wie den Absender ein Verschulden treffe, und könne von dem Ersteren, wenn er sich in gleichem Verschulden befinde, ein Regressanspruch nicht geltend gemacht werden.

Hierauf zog der Herr Antragsteller seinen Vorschlag zurück.

Für den

#### Art. 370

wurde folgende Fassung genehmigt:

„Ist über die Zeit, binnen welcher der Frachtführer den Transport bewirken soll, im Fracht-

„vertrag nichts bedungen, so wird die Frist,  
 „innerhalb deren er die Reise antreten muß,  
 „durch den Ortsgebrauch bestimmt; besteht ein  
 „Ortsgebrauch nicht, so ist die Reise binnen einer  
 „den Umständen des Falles angemessenen Frist  
 „anzutreten.

„Wird der Antritt oder die Fortsetzung der  
 „Reise durch Naturereignisse oder sonstige Zu-  
 „fälle zeitweilig verhindert, so braucht der Ab-  
 „sender die Aufhebung des Hindernisses nicht ab-  
 „zuwarten, er kann vielmehr von dem Betrage  
 „zurücktreten, muß aber den Frachtführer, sofern  
 „demselben kein Verschulden zur Last fällt, wegen  
 „der Kosten zur Vorbereitung der Reise, der Kosten  
 „der Wiederausladung und der Ansprüche in Be-  
 „ziehung auf die bereits zurückgelegte Reise ent-  
 „schädigen. Ueber die Höhe der Entschädigung  
 „entscheidet der Ortsgebrauch und in dessen Er-  
 „mangelung das richterliche Ermessen.“

Für

#### Art. 371

wurde folgende Fassung ohne Beanstandung genehmigt:

„Der Frachtführer haftet für den Schaden, welcher  
 „durch Verlust oder Beschädigung des Frachtguts  
 „seit der Empfangnahme bis zur Ablieferung ent-  
 „standen ist, sofern er nicht beweist, daß der Ver-  
 „lust oder die Beschädigung durch höhere Gewalt  
 „(vis major) oder durch die natürliche Beschaffen-  
 „heit des Gutes, namentlich durch inneren Ver-  
 „derb, Schwinden, gewöhnliche Fäulnis u. dgl.  
 „oder durch äußerlich nicht erkennbare Mängel der  
 „Verpackung entstanden ist.

„Für Kostbarkeiten, Gelder und Werthpapiere  
 „haftet der Frachtführer nur dann, wenn ihm  
 „diese Beschaffenheit oder der Werth des Gutes  
 „angegeben ist.“

Für die bei Verathung des Antrags unter No.  
 442 angenommenen Bestimmungen hatte die Redaktions-  
 kommission folgende Fassung vorgeschlagen:

„Wenn auf Grund des vorhergehenden Artikels  
 „von dem Frachtführer für Verlust oder Beschä-  
 „digung des Gutes Ersatz geleistet werden muß,  
 „so ist der Berechnung des Schadens nur der  
 „gemeine Handelswerth des Gutes zu Grunde  
 „zu legen.

„Im Falle des Verlustes ist der gemeine Han-  
 „delswerth zu ersetzen, welchen Gut derselben  
 „Art und Beschaffenheit am Ort der Ablieferung  
 „zu der Zeit hatte, in welcher das Gut abge-  
 „liefern war; davon kommt in Abzug, was in

„Folge des Verlustes an Zöllen und Unkosten  
„erspart ist.

„Im Falle der Beschädigung ist der Unterschied  
„zwischen dem Verkaufswerthe des Gutes im be-  
„schädigten Zustande und dem gemeinen Handels-  
„werth zu ersetzen, welchen das Gut ohne diese  
„Beschädigung am Ort und zur Zeit der Ablie-  
„ferung gehabt haben würde, nach Abzug der  
„Zölle und Unkosten, so weit sie in Folge der  
„Beschädigung erspart sind.“

Hiezu wurde zunächst beantragt, aus Absatz 1  
das Wort: „nur“ zu streichen und dasselbe in Absatz  
2 und 3 aufzunehmen, so daß letztere lauten würden:  
„Im Falle des Verlustes ist nur der“ 1c. und: „Im  
Falle der Beschädigung ist nur der“ 1c. Dieser An-  
trag wurde jedoch mit allen gegen eine Stimme ab-  
gelehnt.

Sodann wurde vorgeschlagen, statt des Ausdrucks:  
„gemeine Handelswerth“ zu setzen: „Marktpreis“, da  
unter dem gemeinen Handelswerth nichts anderes als  
der Marktpreis verstanden werden könne. Dieser An-  
trag wurde jedoch um deswillen für unannehmbar be-  
zeichnet, weil nicht jede Waare einen Marktpreis habe,  
und es somit, wenn man den vorliegenden Antrag  
annehmen wollte, an einer entsprechenden Bestimmung  
für diejenigen Güter fehlen würde, von denen man  
überhaupt nicht sagen könne, daß sie einen Marktpreis  
hätten, oder für welche wenigstens an den betreffenden  
Orten kein Marktpreis bestehe. Ferner wurde bemerkt,  
man könne sich für den Antrag nicht auf die Bestim-  
mung in § 181 des Seerechtes berufen, weil dort zu-  
gleich eine Vorschrift für den Fall aufgenommen sei,  
daß die betreffende Waare keinen Marktpreis habe u. s. w.,  
und schließlich der Antrag mit 12 gegen 2 Stim-  
men abgelehnt.

Von anderer Seite wurde bemerkt: Von einem  
gemeinen Handelswerth könne man nur bei denjenigen  
Gütern sprechen, welche im Handelsverkehr regelmäßig  
vorkämen, und bei denen deshalb feststehe oder festge-  
stellt werden könne, um welchen Preis man sie im  
Handel zu kaufen und zu verkaufen pflege. Nun gebe  
es aber auch Sachen, welche gewöhnlich nicht im Han-  
del vorkämen, und bei welchen der oben formulierte  
Artikel doch auch in Frage kommen könne. Mit Rück-  
sicht auf diese Güter werde folgender Zusatz zum Ar-  
tikel in Vorschlag gebracht:

„Hat das Gut keinen Handelswerth, so ist der Be-  
„rechnung des Schadens der gemeine Werth des  
„Gutes zu Grunde zu legen.“

Dieser Zusatz ward mit 12 gegen 2 Stimmen an-



genommen und im Uebrigen der Vorschlag der Redaktionskommission genehmigt.

Für den

Art. 373

wurde von der Redaktionskommission folgende Fassung proponirt:

Art. 373.

„Ist für den Fall verspäteter Ablieferung ein Abzug an der Fracht, oder der Verlust der Fracht, oder sonst eine Conventionalstrafe bedungen, so kann im Zweifel außerdem auch der Ersatz des diesen Betrag übersteigenden Schadens gefordert werden, welcher durch die verspätete Ablieferung entstanden ist.“

Art. 373 a.

„Beweist der Frachtführer, daß er die Verspätung durch die Sorgfalt eines ordentlichen Frachtführers nicht habe abwenden können, so kann die bedungene gänzliche oder theilweise Einbehaltung der Fracht, oder die Conventionalstrafe wegen verspäteter Ablieferung nicht in Anspruch genommen werden, es sei denn, daß sich aus dem Vertrage eine entgegenstehende Absicht ergibt.“

Der mit Art. 373 bezeichnete Vorschlag blieb beanstandet.

Zu Art. 373 a wurde von einer Seite der Antrag gestellt, vor dem Worte: „Conventionalstrafe“ einzuschalten: „sonstige“, um anzudeuten, daß die Einbehaltung der Fracht gleichfalls den Charakter einer Conventionalstrafe an sich trage. Dieser Antrag wurde jedoch mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt, weil man dafür hielt, daß die Absicht desselben schon zur Genüge durch die Fassung des Art. 373 erreicht sei.

Ein anderer Herr Abgeordneter war der Ansicht, der Hauptzweck des Art. 373 gehe dahin, die Controversen zu entscheiden, ob die bedungene gänzliche oder theilweise Einbehaltung der Fracht schon dann eintrete, wenn die Thatsache der verspäteten Ablieferung vorliege, ohne Rücksicht darauf, ob den Frachtführer ein Verschulden treffe oder nicht, oder ob dies erst dann der Fall sei, wenn dem Frachtführer ein Verschulden zur Last falle; dies gehe aber nicht deutlich genug aus obiger Fassung hervor, indem dieselbe auch die Auslegung zulasse, als handle es sich blos darum, ob den Frachtführer die Beweislast treffe oder nicht. Der betreffende Herr Abgeordnete empfahl deshalb folgende Fassung:

„Die bedungene gänzliche oder theilweise Einbehaltung der Fracht oder die sonstige Conventionalstrafe wegen verspäteter Ablieferung kann

„nicht in Anspruch genommen werden, wenn dem  
 „Frachtführer kein Verschulden zur Last fällt, es  
 „sei denn, daß sich aus dem Vertrage eine ent-  
 „gegenstehende Absicht ergibt.

„Dem Frachtführer liegt der Beweis ob, daß  
 „er die Verspätung durch die Sorgfalt eines  
 „ordentlichen Frachtführers nicht habe abwenden  
 „können.“

Diesem Antrag wurde jedoch entgegengesetzt, daß  
 die jetzige Fassung den angeregten Zweifel nicht auf-  
 kommen lasse, und derselbe mit 8 gegen 6 Stimmen  
 abgelehnt.

Für

#### Art. 374

wurde ohne Beanstandung folgende Fassung ange-  
 nommen :

„Der Frachtführer haftet für seine Leute, und  
 „andere Personen, deren er sich bei Ausführung  
 „des von ihm übernommenen Transportes bedient.“

Für

#### Art. 375

schlug die Redaktionskommission folgende Fassung vor :

„Wenn der Frachtführer zur gänzlichen oder theil-  
 „weisen Ausführung des von ihm übernommenen  
 „Transportes das Gut einem andern Frachtführer  
 „übergibt, so haftet er für diesen und die etwa  
 „folgenden Frachtführer bis zur Ablieferung.

„Jeder Frachtführer, welcher auf einen andern  
 „Frachtführer folgt, tritt dadurch, daß er das  
 „Gut mit dem ursprünglichen Frachtbrief an-  
 „nimmt, in den Frachtvertrag gemäß dem Fracht-  
 „brief ein, übernimmt eine selbstständige Verpflich-  
 „tung, den Transport nach Inhalt des Fracht-  
 „briefes auszuführen, und hat auch in Bezug auf  
 „den von den früheren Frachtführern bereits aus-  
 „geführten Transport für die Verbindlichkeiten  
 „derselben einzustehen.“

Einer der Herren Abgeordneten hielt nun dafür,  
 daß die in der Anlage C zum 571. Protokolle vorge-  
 schlagenen Fassungen den Vorzug vor der eben aufge-  
 führten Redaktion verdienen, und empfahl deshalb die  
 Annahme der ersteren.

Ein anderer Herr Abgeordneter war dagegen der  
 Ansicht, daß zwar die eben vorgeschlagene Fassung im  
 Allgemeinen beizubehalten sei, daß aber aus dem zwei-  
 ten Absatz die Worte : „tritt“ und „in den Frachtver-  
 trag gemäß dem Frachtbrief ein“ zu streichen seien, so  
 daß der betreffende Satz lauten würde :

„Jeder Frachtführer, welcher auf einen anderen folgt,  
 „übernimmt durch Annahme des Gutes nebst dem

„ursprünglichen Frachtbrief eine selbstständige Verpflichtung“ 1c.

Der Herr Antragsteller bemerkte nämlich, die Worte: „tritt in den Frachtvertrag gemäß dem Frachtbrief ein“ seien jedenfalls überflüssig, wenn nicht sogar unrichtig, und könnten jedenfalls als nicht geeignet erachtet werden, einen juristischen Gedanken klar auszudrücken, sondern bedürften jedenfalls erst noch einer Interpretation, und könnten dann doch nicht anders interpretiert werden, als daß sie die Uebernahme einer selbstständigen Verpflichtung bezeichnen sollten.

Es wurde jedoch eingewendet: Die Worte, deren Streichung beantragt sei, dienten hauptsächlich zu einer Erläuterung des Ausdrucks: „selbstständige Verpflichtung“ und seien insofern unentbehrlich. Es werde dadurch ausgedrückt, daß der nachfolgende Frachtführer dem Absender, und nicht etwa bloß dem vorhergehenden Frachtführer gegenüber sich verpflichte, und daß er so anzusehen sei, als wenn er den Kontrakt von Anfang an geschlossen hätte.

Nachdem hiegegen noch eingewendet war, daß der Ausdruck: „selbstständig“ keine andere Bedeutung als die eben dargelegte haben könne, und somit keiner Erläuterung bedürfe, wurde der zuletzt erwähnte Antrag mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt und mit demselben Stimmenverhältniß der Vorschlag der Redaktionskommission angenommen.

Sodann wurde auf den Vorschlag der Redaktionskommission genehmigt, daß Art. 376 an seiner hiebrigen Stelle ausfalle, um zu den besonderen Bestimmungen über den Frachtverkehr auf den Eisenbahnen versezt zu werden.

Die

#### Art. 377 und 378

angehend, so wurde auf den Vorschlag der Redaktionskommission genehmigt, daß im ersteren nach den Worten: „Zurückgabe des Gutes oder“ eingeschaltet werde: „wegen“, daß im ersten Absatz statt: „der Waare am Bestimmungsort“ gesetzt werde: „des Gutes am Ort der Ablieferung“ und im zweiten Absatz statt: „die Ladung“ „das Gut“, endlich in dem Art. 378 statt: „Bestimmungsort“ „Ort der Ablieferung“.

Für die bei Verathung des

#### Art. 379

gefaßten Beschlüsse wurde von Seiten der Redaktionskommission folgende Fassung vorgeschlagen:

#### Art. 379.

„Der im Frachtbrief bezeichnete Empfänger ist vor  
„Ankunft des Gutes am Ort der Ablieferung  
„dem Frachtführer gegenüber berechtigt, alle zur

„Sicherstellung des Gutes erforderlichen Maaßregeln zu ergreifen und dem Frachtführer die zu diesem Zweck nothwendigen Anweisungen zu ertheilen; die Auslieferung des Gutes kann er vor dessen Ankunft am Orte der Ablieferung nur dann fordern, wenn der Absender den Frachtführer zu derselben ermächtigt hat.“

Art. 379 a.

„Nach Ankunft des Gutes am Ort der Ablieferung ist der im Frachtbrief bezeichnete Empfänger berechtigt, die durch den Frachtvertrag begründeten Rechte gegen Erfüllung der Verpflichtungen, wie sie der Frachtbrief ergibt, in eigenem Namen, sei es in eigenem oder fremdem Interesse, gegen den Frachtführer geltend zu machen; er ist insbesondere berechtigt, den Frachtführer auf Uebergabe des Frachtbriefes und Auslieferung des Gutes zu belangen, sofern nicht der Absender demselben vor Anstellung der Klage eine nach Maaßgabe des Art. 377 noch zulässige entgegenstehende Anweisung gegeben hat.“

Absatz 2 fällt weg.

Art. 379 b.

„Durch Annahme des Gutes und des Frachtbriefes wird der Empfänger verpflichtet, dem Frachtführer nach Maaßgabe des Frachtbriefes Zahlung zu leisten.“

Der mit Art. 379 bezeichnete Vorschlag blieb unbeanstandet.

Zu Art. 379 a wurde zunächst in der Erwägung, daß es scheinen könnte, als müsse der Empfänger erklären, ob er die fraglichen Rechte in eigenem oder ob er sie im Interesse eines Anderen geltend mache, während der Artikel gerade aussprechen wolle, daß das eigene Interesse nicht Voraussetzung der Geltendmachung in eigenem Namen sei, statt: „in eigenem Namen, sei es — geltend zu machen“ zu setzen beschlossen: „in eigenem Namen gegen den Frachtführer geltend zu machen, sei es, daß er hiebei in eigenem oder fremdem Interesse handle“.

Von einem Herrn Abgeordneten wurde beantragt, statt des Satzes: „sofern nicht der Absender — — Anweisung gegeben hat“ einen besonderen Absatz in folgender Redaktion beizufügen:

„Auf eine entgegenstehende Anweisung des Absenders kann sich der Frachtführer berufen, wenn sie vor Anstellung der Klage erfolgt ist, unbeschadet der Bestimmung des Art. 377.“

Dieser Antrag wurde jedoch mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Derfelbe Herr Abgeordnete stellte hierauf den Antrag, die Worte: „nach Ankunft des Gutes am Ort der Ablieferung“ aus dem Eingange des Artikels zu streichen, weil, wenn diese Worte beibehalten würden, der Empfänger ohne Rechte sein würde, wenn das Gut zur Lieferungszeit fehle, ja selbst wenn es nach Ablauf der Frist fehle, nach welcher es vertragsmäßig (z. B. nach den Eisenbahnreglements) als verloren behandelt werden dürfe. Ein solches Resultat würde der Absicht der Versammlung nicht entsprechen, und sei auch in der früheren Berathung des Artikels nicht näher ins Auge gefaßt worden.

Es wurde jedoch entgegnet: Die fraglichen Worte könnten keinesfalls wegbleiben, ohne durch andere ersetzt zu werden, weil sonst der Gedanke verloren gehen würde, auf dessen Ausdruck es hier im Gegensatz zu dem Inhalte des Art. 379 hauptsächlich ankomme, daß nämlich der Empfänger ein Auslieferungsrecht nicht eher habe, als bis der Frachtführer mit dem Gut am Ort der Ablieferung angekommen, beziehungsweise bis der Transport beendet sei. Da sich indeß nicht erkennen lasse, daß die von der Redaktionskommission vorgeschlagene Fassung für den Fall bedenklich sei, wenn der Frachtführer zwar mit dem Güterwagen am Ort der Ablieferung angekommen, aber ein einzelnes Stück ganz verloren gegangen und nicht mit angekommen sei, möge nun der betreffende Empfänger nur dies eine Frachtstück zu erhalten gehabt, oder noch andere wirklich erhalten haben, weil ihm in diesem Fall allerdings ein Klagerecht auf Ersatz des verloren gegangenen Frachtstückes zugestanden werden müsse, empfehle es sich zu setzen: „nach Ankunft des Frachtführers“, wodurch der fragliche Gedanke, wenn auch bei Festhaltung am Wortlaute nicht vollkommen richtig, so doch sachlich zutreffend und richtiger als durch den Ausdruck: „Ankunft des Gutes“ wiedergegeben werde. Der vorgeschlagene Ausdruck passe auch auf periodisch dieselben Fahrten wiederholenden Frachtführer, da es sich bei diesen eben um die Ankunft mit dem entsprechenden Zug u. dgl. handeln werde.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Streichung der Worte: „nach Ankunft des Gutes am Ort der Ablieferung“ mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt und mit 9 gegen 5 Stimmen statt: „nach Ankunft des Gutes“ „nach Ankunft des Frachtführers“ zu setzen beschlossen.

Zu Art. 379 b proponirte ein Herr Abgeordneter folgende Fassung:

„durch Annahme des Gutes wird der Empfänger verpflichtet, nach Maßgabe des Frachtvertrages

„oder Frachtbriefes, auf deren Grund die Empfangnahme geschieht, die Fracht nebst allen Nebengebühren, sowie das etwaige Liegegeld zu bezahlen, die ausgelegten Zölle und übrigen Auslagen zu erstatten und die ihm sonst obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen“

oder:

„durch Annahme des Gutes auf Grund des Frachtbriefes wird der Empfänger verpflichtet“ etc.

Zur Unterstützung dieses Vorschlags, der nur als redaktionell bezeichnet warb, nahm der Herr Antragsteller Bezug auf die Bemerkung unter No. 426 der Zusammenstellung und die Vorschläge des Eisenbahnvereins, dann Prot. S. 876 unter d 2, 819 und 822 und fügte noch hinzu: Die Bestimmung dieses Artikels interessire nicht für den Fall, daß Leistung und Gegenleistung Zug um Zug ausgetauscht würden, vielmehr sichere sie dem Frachtführer ein Klagerecht, wenn er mit seiner Leistung vorangegangen sei. Es solle dadurch der Gedanke ausgesprochen werden: Der Empfänger, welcher das Frachtgut unter derjenigen Bedingung angenommen, unter welcher der Absender ihm das Gut zur Empfangnahme vorstelle, acceptire dem Frachtführer gegenüber die in dem Frachtbrief enthaltene Anweisung zur Zahlung der Fracht. Daraus ergebe sich schon, daß nach der Natur der Sache die Anweisung, hier der Frachtbrief, dem Empfänger nur vorgelegt oder präsentirt werden müsse, daß aber der als Anweisung dienende Frachtbrief in den Händen des Gläubigers bis zur Zahlung verbleibe und erst nach der Zahlung dem Schuldner i. e. dem Empfänger ausgeliefert werden könne. Ueber diesen Punkt seien alle Sachverständigen einverstanden. Die Denkschrift der Eisenbahnverwaltungen hebe hervor, daß die Herausgabe des Frachtbriefes nach kaufmännischer Ansicht als Quittung über die Zahlung der Fracht gelte. Die Dresdener Gegenschrift bestätige dies (p. 23 u. 24) aufs Entschiedenste, indem sie die Zustellung des Frachtbriefes vor der Zahlung als Hingabe loco depositi auffasse. Unter Uebergabe des Frachtbriefes vor der Zahlung sei nur die Präsentation des Frachtbriefes gemeint. Dies sei auch der Sinn dieses Artikels und der Antrag beschränke sich darauf, eine bessere Redaction zu veranlassen. Wolle man die jetzige Fassung pressen, so müßte die Klage eines Frachtführers, der seiner Klage einen Frachtbrief beilege, unter welchem der Empfänger die Ablieferung des Gutes bescheinigt habe, angebrachtermaßen zurückgewiesen werden, weil aus der Klage selber hervorgehe, daß der Frachtführer noch im Besitze des Frachtbriefes sich befinde.

Es wurde jedoch entgegnet: Da die zuletzt erwähnte Folgerung sich, wie der Herr Antragsteller selbst zugebe, unzweifelhaft als unhaltbar darstelle, sei nicht zu befürchten, daß man in der Praxis die Worte des Art. 379 b pressen und, indem man von der Unterstellung ausgehe, daß unter der Annahme des Frachtbriefes die bloße Thatsache der Einnahme desselben und nur diese zu verstehen sei, zu der fraglichen Folgerung gelangen werde. Ohne Zweifel sei dasjenige, was der Herr Antragsteller mit Recht als die Absicht des Artikels bezeichne, auch durch die von der Redaktionskommission vorgeschlagene Fassung genugsam ausgedrückt. Die oben proponirte Fassung könne mindestens ebenso, wie die der Redaktionskommission, wenn man die Worte presse, zu unrichtigen Resultaten führen, indem man z. B. aus derselben folgern könnte, daß immer erst der Frachtbrief an den Empfänger ausgeliefert werden müsse, und eine Annahme der Güter, welche vorher erfolge, eine Verpflichtung des Empfängers zur Frachtzahlung überhaupt nicht zur Folge habe, während diese Verpflichtung doch auch dann eintreten müsse, wenn z. B. der Empfänger zwar zuerst die Güter, und erst darnach den Frachtbrief ausgeliefert erhalte, aber die ersteren bis nach Ablauf einer geschäftsmäßigen Prüfung des Frachtbriefes und in Ueberlegung der Sache geeigneten Frist dem Frachtführer nicht wieder zur Verfügung stelle.

Schließlich wurden die oben proponirten Fassungsverschlüsse mit 9 gegen 5 Stimmen abgelehnt und der Vorschlag der Redaktionskommission angenommen.

Für die

Art. 381 und 382

schlug die Redaktionskommission folgende Fassung vor:

Art. 381.

Abs. 1 unverändert.

Abs. 2. „Nur wegen Verlustes oder Beschädigung, welche bei der Ablieferung äußerlich nicht erkennbar waren, kann der Frachtführer selbst nach der Annahme und nach Bezahlung der Fracht in Anspruch genommen werden, wenn die Feststellung des Verlustes oder der Beschädigung ohne Verzug nach der Entdeckung nachgesucht worden ist, und bewiesen wird, daß der Verlust oder die Beschädigung während der Zeit seit der Empfangnahme bis zur Ablieferung entstanden ist.“

Abs. 3 unverändert.

Art. 382.

„Der Frachtführer hat wegen aller durch den Frachtvertrag begründeten Forderungen, insbe-

„sondere der Fracht- und Liegegelder, sowie wegen der Zollgelder und anderer Auslagen ein Pfandrecht an dem Frachtgut. Dieses Pfandrecht besteht, so lange das Gut zurückbehalten oder niedergelegt ist; es dauert auch nach der Ablieferung noch fort, insofern der Frachtführer es binnen 3 Tagen nach der Ablieferung gerichtlich geltend macht, und das Gut noch bei dem Empfänger oder bei einem Dritten sich befindet, welcher es für den Empfänger besitzt“.

Abf. 2 } unverändert.  
Abf. 3 }

Ein Antrag: aus Art. 382 vor den Worten: „der Zollgelder“ das Wort: „wegen“ zu streichen, weil der Anspruch auf Ersatz der Zollgelder auch eine von den Forderungen sei, welche durch den Frachtvertrag resp. durch Ausführung des Frachtvertrages begründet würden, wurde nach kurzer Berathung und unter Widerspruch gegen die eben dargelegte jeder erkennbaren Begrenzung entbehrende Auffassung der Worte: „durch den Frachtvertrag begründeten“ mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt, und sodann die von der Redaktionskommission vorgeschlagene Fassung angenommen.

Zu Art. 383

wurde die Beibehaltung der früheren Fassung genehmigt.

Für die Bestimmung bezüglich des Rangverhältnisses der Pfandrechte des Frachtführers, Kommissionärs und Spediteurs hatte die Redaktionskommission folgende Fassung empfohlen:

Art. 383 a.

„Wenn auf demselben Gute zwei oder mehrere gemäß den Art. 351, 359 und 382 begründete Pfandrechte bestehen, so geht unter denjenigen Pfandrechten, welche durch die Versendung oder durch den Transport des Gutes entstanden sind, das später entstandene dem früher entstandenen vor; diese Pfandrechte haben sämmtlich den Vorrang vor dem Pfandrecht des Kommissionärs und vor dem Pfandrecht des Spediteurs für Vorschüsse; unter den letzteren Pfandrechten geht das früher entstandene dem später entstandenen vor.“

Hiezu stellte ein Mitglied den Antrag, am Schlusse zu setzen:

„Der Vorzug der letzteren unter einander richtet sich nach allgemeinen Grundsätzen.“

Der Herr Antragsteller hielt nämlich die von der Redaktionskommission vorgeschlagene Bestimmung nicht für allgemein zutreffend, und namentlich dann nicht, wenn in einem konkreten Falle noch besondere persönliche Beziehungen der Betheiligten zu einander zu beach-



ten seien. Der Herr Antragsteller verwies namentlich auf den Fall, wenn der Kommissionär, nachdem er wegen einer Forderung ein Pfandrecht an der betreffenden Waare erworben habe, mit Zustimmung des Eigentümers vom Spediteur einen Vorschuß auf dieselbe Waare für sich entnehme, und machte dabei die Ansicht geltend, daß in einem solchen Falle das Pfandrecht des Speditors dem des Kommissionärs vorgehen müsse. Sodann hielt der Herr Antragsteller auch dafür, daß in Konsequenz der bezüglich der Bindbarkeit der im Handelsverkehr verkauften und verpfändeten Waaren angenommenen Bestimmungen bei Entscheidung der vorliegenden Frage darauf zu achten sei, ob der Spediteur und Frachtführer u. von der Existenz eines bereits früher begründeten Pfandrechts des Kommissionärs Kenntniß gehabt habe, und war demzufolge der Ansicht, daß sich die Aufnahme einer durchgreifenden und allgemein gültigen Bestimmung nicht empfehle.

Es wurde jedoch entgegnet: Die vorgeschlagene Bestimmung solle selbstverständlich nur so weit Geltung haben, als nicht durch neue hinzukommende tatsächliche Verhältnisse etwas Anderes bedingt sei. In Frage, in wie fern in dem eben angeführten Falle dem zwischen dem Kommissionär und Spediteur bestehenden Gläubigerverhältnis ein Einfluß auf das Verhältnis ihrer Pfandrechte zu einander zukomme, werde durch die in Rede stehende Bestimmung nicht präjudiziert. Zu einer Ausdehnung der rücksichtlich der Bindbarkeit der im Handelsverkehr verkauften und verpfändeten Sachen geltenden Bestimmungen auf das Verhältnis zwischen Kommissionär, Spediteur und Frachtführer unter sich sei dagegen kein Anlaß vorhanden.

Bei der Abstimmung wurde der Vorschlag der Redaktionskommission mit 9 gegen 5 Stimmen angenommen.

Für den letzten Satz des

Art. 384

wurde folgende Fassung genehmigt: „der Anspruch gegen den Empfänger bleibt in Kraft“.

Zu

Art. 385,

dessen zweiter Absatz gestrichen ist, wurde für den dritten Absatz folgende Fassung angenommen:

„der Ladeschein ist eine Urkunde, durch welche  
„der Frachtführer sich zur Ausbändigung des  
„Gutes verpflichtet“.

Für

Art. 386

Ziff. 6 ward folgende Fassung angenommen:

„Die Bestimmung in Ansehung der Fracht“.

Zu

Art. 387, 389, 392, 393

ward die Beibehaltung der früheren Fassung genehmigt.

Zu

Art. 390

wurde genehmigt, daß nach den Worten: „oder auf welchen der Ladeschein“ eingeschaltet werde: „wenn er an Ordre lautet.“

Zu

Art. 391

wurde statt: „bescheinigt ist“ „zu bescheinigen ist“ gesetzt, und endlich für

Art. 394

folgende Fassung genehmigt:

„Die Bestimmungen dieses Abschnittes finden  
„auch Anwendung auf Frachtgeschäfte von Eisen-  
„bahnen und anderen öffentlichen Transportan-  
„stalten.

„Sie gelten jedoch für die Postanstalten nur  
„in soweit, als nicht durch besondere Gesetze oder  
„Verordnungen für dieselben ein Anderes be-  
„stimmt ist.

„Für die Eisenbahnen kommen ferner die Be-  
„stimmungen des folgenden Abschnittes zur An-  
„wendung.“

## DLXXXIV. Sitzung.

Nürnberg, 9. Februar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher die im 548. Protokolle zugegen gewesenen Herren Abgeordneten Antheil nahmen, wurde mit Feststellung der Redaktion des vierten Buches fortgefahren und bei Berathung der in der Anlage A zu diesem Protokolle aufgeführten Artikel 56—348 den von der Redaktionskommission gestellten Anträgen beizutreten beschloffen, nachdem zuvor der Herr Abgeordnete für Bremen folgende Erklärung abgegeben hatte: Wie sich aus den in den Erinnerungen hervorgehobenen Artikeln 56, 60 u. s. w. ergebe, leide der Entwurf an dem Mangel, daß nicht ersichtlich sei, was unter den Ausdrücken:

Handelsgebrauch am Orte der Lieferung u. s. w., Ortsgebrauch u. s. w. zu verstehen sei, ob damit eine Gewohnheit im eigentlichen Sinn, *consuetudo*, oder nur das gewöhnlich befolgte Verfahren ohne rechtlichen Charakter, die bloße Übung bezeichnet werden solle, und dann, daß selbst wenn man jedem dieser Ausdrücke eine technische Bedeutung beilegen könnte, es an konsequenter Durchführung fehle, so daß in der Praxis die erheblichsten Zweifel über die eigentliche Bedeutung des in jedem einzelnen Artikel gebrauchten Ausdrucks und daraus wieder große Weiterungen entstehen müßten. Auch dadurch, daß nach S. 3849 des Protokolls im Seerechte dem Worte „Ortsgebrauch“ eine bestimmte Bedeutung beigelegt worden, werde diese Sachlage nicht verbessert, da diese Bedeutung für die vier ersten Bücher weder adoptirt noch abgelehnt, hier auch keinesfalls consequent durchgeführt worden sei, dessenungeachtet aber dem Gebrauche nicht bloß Einfluß auf die Auslegung der Willensmeinung, sondern auch die Kraft der Veränderung positiver gesetzlicher Bestimmungen beigelegt werde, ohne daß erhelle, ob dazu schon die bloße Übung genügen oder eine förmliche *consuetudo* erforderlich sein solle.

Unter diesen Umständen erscheine ihm die Feststellung des Begriffs der in den ersten vier Büchern gebrauchten verschiedenen Ausdrücke und dann zum Zwecke der Wahl des richtigen Ausdrucks eine genaue Prüfung der einzelnen betreffenden Artikel, mithin eine materielle Berathung erforderlich; da eine solche aber nach dem 648. Protokolle nicht zulässig sei, so habe er an der jetzt beantragten alleinigen Aenderung einiger weniger Artikel kein erhebliches Interesse.

Für die besonderen Bestimmungen, welche rücksichtlich des Frachtverkehrs auf den Eisenbahnen angenommen worden waren, hatte die Redaktionskommission die in der Anlage B vorgeschlagenen Fassungen in Vorschlag gebracht, bei deren Berathung zunächst von einem Herrn Abgeordneten der Antrag gestellt wurde, im Eingange des Art. 395, sowie an allen entsprechenden Stellen der nachfolgenden Artikel statt: „die Eisenbahnen“ zu setzen „die Eisenbahnverwaltungen,“ da man nur uneigentlich würde sagen können, daß die Eisenbahnen diese oder jene Verpflichtung hätten u. dgl. Es wurde jedoch entgegnet, in der Redaktionskommission sei bereits der Versuch gemacht worden, dasjenige durchzuführen, was der vorliegende Antrag bezwecke, dieser Versuch habe aber namentlich wegen der Unbestimmtheit des Ausdrucks: „Eisenbahnverwaltung“ zu anderen Uebelständen geführt. Hierauf wurde der Antrag, da er ohne Unterstützung blieb, zurückgezogen.

Ein anderer Herr Abgeordneter machte in der Erwägung, daß die von der Redaktionskommission in Vorschlag gebrachte Fassung in sofern, als bei ihr von Eingehung eines Frachtvertrages die Rede sei, während früher nur von Ausführung eines ihr angetragenen Transportes gesprochen worden, eine erhebliche sachliche Aenderung enthalten und z. B. die Bestimmung ausschließen würde, daß die Eisenbahnen gewisse Güter nur als sogenanntes Fahrgut und nicht als Frachtgut annehmen wollten, den Vorschlag, den Eingang des Artikels wie folgt zu fassen:

„Eine Eisenbahn — eröffnet ist, kann einen bei  
„ihr nachgesuchten Transport von Gütern für  
„ihre Bahnstrecke nicht verweigern.“

Dieser Antrag wurde jedoch nach kurzer Berathung, in welcher die Richtigkeit der eben dargelegten Erwägungen von mehreren Seiten bestritten wurde, mit 9 gegen 5 Stimmen abgelehnt und der von der Redaktionskommission vorgeschlagene Eingang des Artikels angenommen.

Zu Ziff. 1 wurde beantragt, statt: „oder vermöge“ zu setzen: „und vermöge,“ weil dazu, daß die Eisenbahn einen ihr angetragenen Transport nicht verweigern dürfe, nicht bloß dies gehöre, daß es sich um solche Güter handle, deren Transport überhaupt zulässig und nicht ein für alle Mal ausgeschlossen sei, sondern zugleich auch, daß die Güter rücksichtlich der Verpackung den Reglements oder der bisherigen Uebung etc. entsprächen.

Es wurde jedoch entgegnet: der Vorschlag der Redaktionskommission sei richtig; der Sinn desselben sei nämlich unverkennbar der, daß die Eisenbahn den ihr angetragenen Transport nicht verweigern dürfe, wenn die Güter entweder an sich d. i. auch ohne Verpackung zum Transport sich eigneten oder durch die Verpackung zum Transport geeignet gemacht seien.

Hierauf wurde der Antrag, statt: „oder vermöge“ zu setzen: „und vermöge“ mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt, aber vor und nach den Worten: „an sich oder vermöge ihrer Verpackung“ ein Komma zu setzen beschlossen.

Ein Antrag, statt: „der Benutzungsweise“ zu setzen: „dem bisherigen Gebrauche“ wurde mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Zu Ziff. 2 wurde statt: „der Frachtlohn“ „die Fracht“ zu setzen beschlossen.

Der Antrag der Redaktionskommission, im vorletzten Absätze auch der Rücksichten des öffentlichen Interesse Erwähnung zu thun, blieb ohne Beanstandung.

Zu

## Art. 396

wurde der Antrag gestellt, die Worte: „dem Frachtführer obliegende“ zu streichen, einmal weil dieselben nicht beschlossen seien, sodann, weil sie zu einem unrichtigen Resultate führen würden, indem sie den Eisenbahnverwaltungen das Recht gäben, wenigstens in gewissen Beziehungen die dem Absender obliegende Beweislast zu ändern, und zwar in einer Weise, daß derselbe den Beweis nur selten würde liefern können. Dieser Antrag wurde mit 10 gegen 4 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Von anderer Seite wurde die Streichung der Worte: „mittelfst Reglements oder durch besondere Uebereinkunft“ beantragt, weil dieselben, abgesehen davon, daß sie nicht beschlossen worden, zu der Meinung Anlaß gäben, als sollten alle Bestimmungen der Reglements, sobald den Eisenbahnen ein Transport angetragen und von denselben übernommen worden, unter allen Umständen als vertragsmäßige Stipulationen zwischen der Eisenbahnverwaltung und dem betreffenden Absender angesehen werden.

Es wurde jedoch hierauf erwidert: durch Aufnahme der fraglichen Worte habe keinesweges dasjenige angedrückt werden sollen, was aus denselben gefolgt werde. Die Frage, ob und wann auf Grund des Umstandes, daß die Eisenbahnen in ihren Reglements sich nur unter gewissen Bedingungen zum Transport von Gütern erböten, eine vertragsmäßige Uebereinkunft hinsichtlich der Reglementsbestimmungen anzunehmen sei, solle in diesem Artikel nicht entschieden werden. Es handle sich nur darum, anzudeuten, daß ein solcher Vertrag unter den gewöhnlichen Umständen und regelmäßig sich werde annehmen lassen, wodurch das Gegentheil für gewisse Fälle nicht ausgeschlossen sei, z. B. wenn eine Aenderung im Betriebsreglement noch nicht gehörig bekannt gemacht gewesen sei. Um diese Absicht deutlicher auszudrücken, seien die Worte: „mittelfst Reglements“ gebraucht und werde vorgeschlagen, die fraglichen Worte in Klammern zu setzen.

Dem zuletzt erwähnten Vorschlag wurde mit 9 gegen 5 Stimmen stattzugeben beschlossen.

Zu

## Art. 397

wurde beantragt, vor: „unbedeckt“ einzuschalten: „offenen oder“, da die Ausdrücke „offen“ und „unbedeckt“ nicht gleichbedeutend seien, auch ein offener Wagen bedeckt sein könne und beide Transportarten vorkämen. Es wurde jedoch bemerkt: der Ausdruck: „unbedeckt“ sei der entsprechende technische Ausdruck, und demgemäß der vorliegende Antrag nicht weiter verfolgt.

Sodann wurde mit Rückblick auf den Vorbehalt im Protokolle vom 23. Januar dem Vorschlag der Redaktionskommission entsprechend genehmigt, daß des Diebstahls als eines aus der Versendung der Güter auf unbedeckten Wagen möglicherweise entspringenden und wenigstens unter Umständen von der Eisenbahn nicht zu ersetzenden Unfalls nicht ausdrücklich Erwähnung zu thun sei.

Fernerhin wurde beantragt, aus dem zweiten Absätze der Ziffer 1, 2, 4, 5 und 6 das Wort „besondere“ vor „Gefahr“ zu streichen, weil dadurch die betreffende Bestimmung zu sehr beengt und zu einer allzu strikten Interpretation Anlaß gegeben werde, oder weil, wie von einer anderen Seite hinzugefügt wurde, dasjenige, was durch das Wort ausgedrückt werden sollte, nach der ganzen Fassung selbstverständlich sei.

Gegen die Streichung des Wortes: „besonderen“ in den Ziffern 1, 2, 4 und 6 erhob sich kein Anstand, dagegen wurde von mehreren Seiten die Beibehaltung dieses Wortes in Ziff. 5 befürwortet, weil sonst die betreffende Ziffer keinen anderen Sinn haben würde, als den, daß die Eisenbahnen alle und jede Haftung für die zum Transport übergebenen lebenden Thiere ablehnen könnten.

Schließlich wurde mit 13 gegen 1 Stimme beschlossen, daß das Wort: „besonderen“ vor „Gefahr“ in den Ziffern 1, 2, 4 und 6 zu streichen sei, dagegen wurde mit demselben Stimmenverhältnis in Ziffer 5 für dessen Beibehaltung entschieden.

Ein Mitglied schlug hierauf vor, aus Ziffer 5 die Worte: „für dieselben“ zu streichen, weil es nicht darauf ankomme, daß den Thieren selbst ein Schaden zugehe, sondern daß deren Eigenthümer u. beschädigt werde, wie sich bei Erwägung des Falls ergebe, wenn die Thiere so schlecht verwahrt seien, daß sie entkämen. Dieser Antrag wurde jedoch nach kurzer Diskussion mit 9 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag eines andern Herrn Abgeordneten, im vorletzten Absätze des Artikels und in den Ziffern 2—5 statt: „entstanden ist“ zu setzen: „entsteht“ oder „entstehen kann“, wurde durch die entscheidende Stimme des Herrn Präsidenten abgelehnt.

Zu Ziff. 4 brachte ein Herr Abgeordneter den Antrag ein, den Eingang derselben wie folgt zu fassen:

„In Ansehung ätzender, leicht explosirender  
„(und anderer besonders gefährlicher) Gegenstände  
„(z. B. Zündhütchen) sowie“ u. wie im Entwurfe.

Es wurde jedoch entgegnet, schon die jetzige Fassung der Ziffer 4 genüge, um auszudrücken, daß sie auch auf die zuvor näher bezeichneten Waaren anwendbar sei.

und es bedürfe deshalb einer weiteren Exemplifikation gar nicht, und wurde sodann der in Frage stehende Antrag mit 11 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag eines Mitglieds, für die Ziff. 6 folgende Fassung anzunehmen:

„In Ansehung solcher Güter, welche vom Absender oder einer von ihm beauftragten Person begleitet werden“, 1c.

welcher auf dem Bestreben beruhte, zu erläutern, was unter „begleiteter Güter“ zu verstehen sei, wurde nicht weiter verfolgt, nachdem dagegen eingewendet worden war, daß der Ausdruck: „begleitete Güter“ als ein technischer hinreichend verständlich sei und keiner Erläuterung bedürfe.

Von einem Mitgliede wurde folgender Zusatz zum Artikel in Vorschlag gebracht:

„ferner kann in Ansehung solcher Güter, welche vermöge ihrer natürlichen Beschaffenheit der Gefahr des inneren Verderbs ausgesetzt sind, bedungen werden, daß bis zum Nachweis des Gegentheils vermuthet werden soll, daß ein Schaden, welcher durch inneren Verderb entsteht, daraus entstanden sei.“

Der Herr Antragsteller hielt diesen Zusatz um so willen für unentbehrlich, weil den Eisenbahnen nach Art. 371 die Pflicht obliege, den Beweis zu führen, daß ein vorhandener Schaden Folge des inneren Verderbs des Gutes sei, und wenn hier nicht eine ausdrückliche anderweite Bestimmung aufgenommen werde, den Eisenbahnen in Gemäßheit des Art. 396 der Anlage nicht einmal das Recht zustünde, sich Freiheit von dieser Beweislast zu bedingen, obschon dies bei der sachlichen Berathung der in Rede stehenden Bestimmungen beabsichtigt gewesen sei.

Von anderen Seiten wurde jedoch geltend gemacht: Dasjenige, was der vorliegende Antrag bezwecke, sei schon durch die Fassung der Ziffer 4 erreicht, indem diese Fassung auch diejenigen Waaren in sich begreife, welche leicht der Gefahr des inneren Verderbs ausgesetzt seien. Halte man aber dafür, daß es einer noch größeren Deutlichkeit bedürfe, so werde anheim gegeben, in Ziffer 4 nach dem Worte: „Rost“ einzuschalten: „inneren Verderb“. Es bedürfe zwar eigentlich keiner ausdrücklichen Bestimmung des Inhaltes mehr, daß sich die Eisenbahnen Freiheit von der Haftung für den inneren Verderb bedingen könnten, sondern handle sich nur um eine Erleichterung der Eisenbahnen hinsichtlich der Beweislast, also um vertragsmäßige Festsetzung der im vorletzten Absätze des Artikels 397 statuirten Vermuthung, weil schon in Art. 371 aus-

gesprochen sei, daß der Frachtführer für den durch inneren Verderb entstandenen Schaden nicht zu haften habe. Indessen lasse sich nicht verkennen, daß es Fälle gebe, in welchen die Vorschrift, daß der Frachtführer nicht für inneren Verderb hafte, die Eisenbahnen nicht zur Genüge schütze, z. B. wenn der innere Verderb durch einen Umstand verursacht sei, welcher als ein zufälliges, jedoch nicht auf höherer Gewalt beruhendes Ereigniß sich darstelle, und jedenfalls würden die Bestimmungen des Art. 397 dann, wenn dem zuletzt gestellten Antrage stattgegeben werde, übersichtlicher sein, als wenn in Abweichung von dem bei der Redaktion des Art. 397 eingehaltenen Systeme der beantragte besondere Zusatz Aufnahme finde.

Bei der Abstimmung wurde mit 8 gegen 6 Stimmen beschlossen, in Ziff. 4 nach: „Kost“ einzuschalten: „inneren Verderb“.

Dem Antrag eines Mitglieds, in derselben Ziffer nach dem Worte: „entstanden“ einzuschalten: „oder veranlaßt worden“, weil der erst erwähnte Ausdruck nur die nächste Ursache des Schadens treffen würde, ward keine weitere Folge gegeben, nachdem dagegen geltend gemacht worden war, daß „entstanden“ keineswegs bloß auf die nächste Ursache des Schadens sich beziehen solle, der Ausdruck „veranlaßt worden“ aber zu weit führen könne.

Zu

#### Art. 398

wurde ein Antrag, zu Ziff. 2 auch für nicht angemeldete Beschädigungen ein Gleiches zu bestimmen, da die Vorschrift des Art. 401 hiefür kaum ausreichen dürfte, nicht weiter verfolgt, nachdem dagegen geltend gemacht worden war, daß die ratio der hier in Rede stehenden Bestimmung auf den Fall einer bloßen Beschädigung des Reisegepäckes nicht passe.

Anlangend den von der Redaktionskommission neu vorgeschlagenen und darum eingeklammerten Satz: „die Frist darf nicht kürzer als drei Tage sein“, ergab sich darüber, daß ein solcher Satz überhaupt aufzunehmen sei, von keiner Seite ein Bedenken; dagegen waren mehrere Mitglieder der Ansicht, daß die Frist auf 24 Stunden herabzusetzen sei, weil außerdem der Zweck der Vorschrift vereitelt werden könnte, indem es den Eisenbahnen oft schon nach 24 Stunden nicht mehr möglich sei, deroutirte Gepäckstücke mit Aussicht auf Wiedererlangung zu verfolgen. Der Antrag, eine 24 stündige Frist anzunehmen, wurde jedoch mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt und der Vorschlag der Redaktionskommission mit 9 gegen 5 Stimmen zum Beschlusse erhoben.



wurde Seitens der Redaktionskommission zunächst bemerkt, daß der letzte Absatz ebenso wie der Zusatz zu Art. 371 a behufs der Erledigung der in der 574. Sitzung bei Berathung des Art. 396 der Anlage zum 567. Protokolle und am Schluß der 577. Sitzung gemachten Vorbehalte in Vorschlag gebracht werde, und dabei der Ausdruck: „böbliche Handlungsweise“ dahin erläutert, daß er, ähnlich wie im § 179 des Strafrechtsentwurfes, nicht nur die Fälle des eigentlichen dolus, sondern auch die schwersten Fälle von Nachlässigkeit umfasse.

Von einigen Seiten wurde nun der Antrag gestellt, statt: „einer böblischen Handlungsweise“ zu setzen: „eines Verschuldens“ und hiez zu bemerkt: die Verpflichtung, für den Schaden im vollen Umfange Ersatz zu leisten, müsse dem Frachtführer und beziehungsweise den Eisenbahnen ungeachtet der Bestimmungen des Art. 371 a und etwaiger Vereinbarungen im Sinne der ersten Absätze des Art. 400 nicht bloß dann auferlegt werden, wenn dolus oder ein grobes Verschulden vorhanden sei, sondern auch dann, wenn ihnen ein leichtes Verschulden zur Last falle. Für die Auffassung der Redaktionskommission fehle es an genügenden Gründen, sie beruhe vielmehr auf einem willkürlichen Zu- und Abwägen von Haftungsverbindlichkeiten. Nehme man den Vorschlag der Redaktionskommission an, so werde der Frachtführer auf der einen Seite, nämlich in so weit, als es sich um die Voraussetzungen handle, unter welchen die Haftbarkeit desselben überhaupt eintreten solle, mit äußerster Strenge behandelt, indem er nur dann von der Haftung frei sei, wenn er vis major u. dgl. nachweise, unter Umständen also in der That für Zufall hafien müsse; auf der andern Seite werte ihm, was den Betrag des von ihm zu leistenden Schadenersatzes angehe, selbst in den Fällen, in welchen ihm ein Verschulden zur Last falle, eine ganz unmeritorische Milde bewiesen, indem man ihm bis zu einem gewissen Grade, auch ohne eine darauf gerichtete besondere Vereinbarung, für deren Ausschließung allerdings keine zureichenden Gründe vorhanden sein würden, deren Ausschließung aber deshalb gar nicht beabsichtigt sei, die Verpflichtung, Schadenersatz zu leisten, erlasse. Durch den Vorschlag der Redaktionskommission entstehe auch eine große Disharmonie mit der Bestimmung des Art. 373 über die Verpflichtung des Frachtführers zum Schadenersatz wegen verspäteter Ablieferung, indem daselbst kein Unterschied zwischen den verschiedenen Graden des Verschuldens gemacht worden sei. Die

Rücksicht auf die Verschiedenheit der bürgerlichen Gesetzgebungen über culpa u. dgl. könne nicht entscheiden, denn, habe man einmal von Aufstellung gemeinschaftlicher Rechtsätze über die culpa für das ganze Gebiet des Handelsrechts Umgang genommen, so sei nicht abzusehen, weshalb diese Frage bloß für das hier in Rede stehende Rechtsverhältniß eine gemeinsame Regelung erfahren solle.

Von anderen Seiten wurde hiegegen geltend gemacht: die Regelung der Frage, welchen Einfluß das Verschulden des Frachtführers auf die Anwendbarkeit der Bestimmungen des Art. 371 a und 400 habe, sei unerläßlich, einmal weil kein Zweifel darüber gelassen werden könne, daß diese Artikel nicht ohne alle Rücksicht auf dolus oder Verschulden des Frachtführers in Anwendung kommen dürften, und sodann, weil die Bestimmungen der einzelnen bürgerlichen Gesetzgebungen über die Frage, wie das Verschulden eines Kontrahenten auf seine Verpflichtung, wegen Nichterfüllung seiner vertragsmäßigen Obliegenheiten Schadensersatz zu leisten, einwirke, zu sehr auseinander gingen, also die größte Rechtsverschiedenheit eine Folge der Unterdrückung der in Rede stehenden Bestimmungen wäre. Nehme man aber eine Bestimmung über die in den beantragten Zusätzen behandelte Frage auf, so fehle es keineswegs an genügenden Gründen dafür, diese Zusätze auch dann für anwendbar zu erklären, wenn dem Frachtführer ein leichtes Verschulden zur Last liege, selbst wenn dies nicht ausdrücklich bedungen worden, einmal weil man durch eine solche Bestimmung mehr als sonst in Uebereinstimmung mit der Auffassung der neueren bürgerlichen Gesetzgebungen bleibe, nach welchen im Allgemeinen beim Vorhandensein eines geringeren Grades von Verschulden nur der vorhersehbare Betrag des Schadens zu ersetzen sei, welcher regelmäßig über den Werth der Sache nicht hinausgehen werde, sodann weil der Frachtführer an und für sich nur zur ordnungsmäßigen Ausführung des Transportes verpflichtet sei und eigentlich auch nur hiefür seine Bezahlung erhalte, während die custodia der ihm anvertrauten Güter nur als eine accessorische Verpflichtung erscheine, für welche man somit auch nicht füglich das äußerste Maaß von Haftbarkeit fordern könne. Daß bei Art. 373 nicht eine ähnliche Bestimmung für den Fall verspäteter Ablieferung des Guts aufgenommen worden sei, erkläre sich dadurch, daß der durch Verspätung der Ablieferung entstehende Schaden nicht in derselben Weise objectiv fixirt werden könne, wie dies bei dem durch Verlust des Frachtguts entstehenden Schaden durch Fixirung desselben auf den Werth des Guts geschehen sei.

Andere Mitglieder, welche damit einverstanden waren, daß der Frachtführer nur im Falle eines dolosen Verfahrens oder groben Verschuldens des Rechtes verlustig erklärt werden dürfe, sich auf die Bestimmungen der Art. 371 a und 400 zu berufen, hielten dafür, daß die von der Redaktionskommission vorgeschlagene Fassung nicht die entsprechende sei, indem man unter „bösllicher Handlungsweise“ nur den dolus verstehen könne und werde. Von dieser Seite wurde deshalb vorgeschlagen, zu setzen: „Im Falle der Arglist oder des groben Verschuldens“.

Giegegen wurde jedoch von mehreren Mitgliedern eingewendet, der Ausdruck: „grobe Fahrlässigkeit“ müsse vermieden werden, weil derselbe einigen Partikularangelegenheiten fremd sei, in anderen aber in einer sehr weiten Ausdehnung gebraucht werde. Der Ausdruck: „böslliche Handlungsweise“ sei aber keineswegs gleich: „dolose Handlungsweise“, sondern umfasse, wie bemerkt, auch den höchsten Grad der Nachlässigkeit, nur in diesem Sinne würden sie gegen den eben besprochenen Antrag und für den Vorschlag der Redaktionskommission stimmen.

Andere Mitglieder, die von derselben Auffassung ausgingen, sprachen sich, wie folgt, aus: In der Sache selbst könnten sie einen Unterschied zwischen dem Vorschlag der Redaktionskommission und dem zuletzt aufgeführten Antrag nicht anerkennen und nähmen sie nur auf den Umstand Rücksicht, daß der Ausdruck: „grobes Verschulden“ in den verschiedenen Rechtsgebieten Deutschlands verschieden aufgefaßt werden könne. Dieses Bedenken falle weg, wenn man sich der Bezeichnung: „böslliche Handlungsweise“ bediene. Dieser Ausdruck treffe auch die Fälle der luxuria. Der Begriff des dolus sei nach der Verschiedenheit der Rechtsverhältnisse, bei denen er rechtliche Folgen habe, ein sehr dehnbarer. Hier handle es sich um Erfüllung kontraktlich übernommener Verpflichtungen, in einem solchen Falle liege nicht bloß dann eine böslliche Handlungsweise vor, wenn der Schaden der bestimmten Absicht des Thäters entspreche, (dolus im eminenten Sinn) sondern auch dann, wenn der Schuldner durch sein pflichtwidriges Handeln zwar die Beschädigung nicht zunächst bezweckte, er sich aber bei seinem Verfahren der damit verbundenen Gefahr bewußt war. Eine solche frevelhafte Handlungsweise werde gewiß nach allen Rechten als eine böslliche gelten müssen, denn bösllich sei immer die Pflichtwidrigkeit im Bewußtsein der damit verbundenen dringenden Gefahr (fraude non caret), ohne Rücksicht darauf, ob auch der Eintritt des Schadens beabsichtigt war, wie es denn auch in L. 226 D. de

Verb. sign. heiße: „Magna negligentia culpa est, magna culpa dolus est.“

Hiegegen wurde zwar noch bemerkt, nicht bloß in der deutschen Wechselordnung Art. 74 finde sich schon der Ausdruck „grobe Fahrlässigkeit“, sondern er sei auch durch Bezugnahme auf diesen Art. im Art. 287 im vorliegenden Entwurfe wiederholt, und könne es daher kein Bedenken haben, ihn hier aufzunehmen; bei der Abstimmung wurde jedoch der Antrag, allgemein „Verschulden“ zu sagen, mit 11 gegen 3 Stimmen, der Antrag: „grobes Verschulden“ zu setzen, durch die entscheidende Stimme des Herrn Präsidenten abgelehnt und der Vorschlag der Redaktionskommission mit 9 gegen 5 Stimmen angenommen.

Zu

#### Art. 402

wurde in der Erwägung, daß aus dem Gesetze nicht ersichtlich sei, was man unter „anschließend“ zu verstehen habe, und wie groß der Zwischenraum zwischen zwei Eisenbahnen sein dürfe, damit nicht ausgeschlossen werde, daß man sie als anschließende ansehe, indem es sich hier doch nicht bloß darum handeln könne, das Verhältniß zweier Bahnen zu regeln, deren Schienengeleise mit einander verbunden seien, und in der ferneren Erwägung, daß es auch an genügenden Gründen dafür fehle, die Anwendbarkeit des Artikels dann auszuschließen, wenn das Gut zwischen zwei Eisenbahnen eine Strecke weit auf eine andere Art, z. B. auf Ebern über einen Strom transportirt werden müsse, von dem Herrn Abgeordneten von Hannover folgende Fassung für den Eingang des Artikels beantragt:

„Wenn eine Eisenbahn das Gut mit einem Frachtbrief übernimmt, nach welchem der Transport auf mehreren Eisenbahnen auszuführen ist, gleichviel, ob sich diese aneinander anschließen oder nicht, so“ u.

Hiegegen wurde jedoch eingewendet: Es könne nicht zweifelhaft sein, was man unter anschließenden Eisenbahnen zu verstehen habe. Es komme weder darauf an, daß die Schienengeleise beider Bahnen in einander liefen, noch darauf, ob der Zwischenraum zwischen beiden ein wenig größer oder kleiner sei, sondern darauf, ob die Weiterbeförderung des Guts bis zur unmittelbaren Uebergabe an die nächste Eisenbahn in einem und demselben Eisenbahnbetrieb statthabe, gleichviel, welcher Mittel sich die Bahnverwaltung bediene, um das Gut von ihren Schienen auf die der anderen Bahn zu bringen; der Ausdruck: „anschließend“ habe eine juristische Bedeutung und beziehe sich auf die aneinander anschließende Haftbarkeit der Bahnverwaltungen. Die

Ausdehnung des Art. 402 auf den Gütertransport auch nicht aneinander anschließender Bahnen würde aber mit den früher gefaßten Beschlüssen in Widerspruch und praktisch unausführbar sein.

Von Seiten des Herrn Antragstellers wurde erklärt: er könne die Richtigkeit der eben dargelegten Auffassung nicht anerkennen. Diese Auslegung des Ausdrucks: „anschießen“ widerstreite dem Zusammenhange des Gesetzes und sei auch nicht in dem Sinne der Regierungserinnerungen, aus welchen der Ausdruck entnommen sei.

Die letztere Bemerkung fand mehrfachen Widerspruch.

Bei der Abstimmung wurde die oben vorgeschlagene Fassung mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt und die von der Redaktionskommission vorgeschlagene Fassung mit 9 gegen 5 Stimmen angenommen.

Im Uebrigen wurden die Vorschläge in der Anlage B ohne Beanstandung genehmigt.

Hierauf schlug die Redaktions-Kommission vor, den in den früheren Lesungen gemachten Vorbehalt bezüglich der Feststellung des

#### Art. 254 Ziff. 4

dahin zu erledigen, daß diese Ziffer wie folgt gefaßt werde: „die Verfrachtung eines Seeschiffs zur Beförderung von Gütern oder Reisenden und das Darleihen gegen Verbodmung.“

Zur Erläuterung dieses Vorschlags wurde folgendes bemerkt: die im Entwurfe aus zweiter Lesung befindliche Fassung der Ziff. 4 bedürfe nothwendig einer Abänderung. Unter „Rhederei“ habe man früher den Geschäftsbetrieb des Rheders verstanden. Diese Ausdrucksweise könne aber in keinem Falle beibehalten werden, da nach dem Seerecht mit dem Worte: „Rhederei“ das Verhältniß bezeichnet werde, welches dann vorliege, wenn mehrere Personen ein ihnen gemeinschaftlich gehörendes Schiff zum Erwerb durch die Seefahrt verwendeten (§. 25). Ferner sei der Ausdruck: „sich beziehen“ viel zu unbestimmt (vgl. Art. 256 Abs. 1) und seine Beibehaltung ziehe die Gefahr herbei, daß eine Menge von Geschäften unter die Handelsgeschäfte eingereiht würden, bei denen es nicht gewagt sein würde, so weit zu gehen. Es sei unbedenklich, alle in das Seerecht einschlagenden Geschäfte für Handelsfachen im Sinne des Art. 1 zu erklären (vgl. den neuen preuß. Entwurf bezüglich der Handelsgerichtsbarkeit Art. 48 Nr. 6 bis 9); allein hierüber bedürfe es bei der Vollständigkeit des Seerechts keiner besonderen Bestimmung mehr, nachdem die Versammlung die Meinung ausgesprochen habe, daß alle Geschäfte, worüber das Handelsgesetzbuch Be-

stimmungen treffe, ohne Zweifel auch als Handelsfachen anzusehen seien, und deshalb von der früher beantragten Ergänzung des Art. 1 Umgang genommen worden sei. Dagegen könne man wegen der Konsequenzen, welche die Eigenschaft eines Geschäftes als Handelsgeschäft nach sich ziehe, (Qualität des Kaufmanns Art. 3., Solidarhaft Art. 263, 264, Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns Art. 265, Zinsberechtigung Art. 270 u. a. m.) diese Eigenschaft einzelnen Geschäften nur mit größter Vorsicht beilegen. Zwar werde man das Frachtgeschäft in seinen verschiedenen Formen und Arten, da auf ihm der ganze Seehandel beruhe und dieses Geschäft den Hauptgegenstand des Seerechts ausmache, ferner die Geschäfte, welche wie der Ankauf der Ausrüstungsgegenstände u. zum Geschäftsbetrieb des Rhebers gehörten, und zwar in Konsequenz des Art. 256 Abs. 1, und endlich in Konsequenz des Umstandes, daß die Uebnahme einer Versicherung gegen Prämie zu den Handelsgeschäften gezählt worden, die Bodmerei auf Seiten des Bodmereigebers unbedenklich für Handelsgeschäfte erklären können. Dabei brauche man aber der zum Geschäftsbetrieb des Rhebers gehörenden Geschäfte nicht einmal besondere Erwähnung zu thun, da jeder Rheber wegen des gewerbmäßigen Abschlusses von Frachtgeschäften u. als Kaufmann anzusehen sei und somit Art. 256 Abs. 1 genüge. Dagegen erscheine es nicht angemessen, noch weiter zu gehen. Der Dienstvertrag des Schiffers und der Feuervertrag seien nicht als Handelsgeschäfte anzusehen, wenn man nicht Schiffer und Mannschaft zu Kaufleuten machen wolle; die Geschäfte des Schiffers als solchen könne man sodann um deswillen nicht als Handelsgeschäfte ansehen, weil der Schiffer dabei nicht für eigene Rechnung, sondern im Namen der Betheiligten abschliesse, und demnach für die Entscheidung der Frage, ob ein Handelsgeschäft vorliege oder nicht, der Inhalt des Vertrags und die Eigenschaft desjenigen, für welchen das Geschäft abgeschlossen worden, maßgebend sei. Bei Verträgen über Vergütung und Hülfeleistung liege keines von denjenigen Momenten vor, durch welche sonst die Eigenschaft eines Geschäftes als Handelsgeschäft bedingt sei, man könne deshalb ebenso wenig diese, als den Rhedereivertrag, den Anstellungsvertrag des Korrespondentrheders u. dgl. für Handelsgeschäfte erklären. Bezüglich des Rhedereivertrags u. würde dies um so weniger thunlich sein, als bei der Rhederei in einer großen Zahl von Fällen geschäftsunerfahrene und dem Handelsverkehr ganz ferne stehende Personen in Frage kämen. Ebenso verhalte es sich mit der Veräußerung des Schiffs, sofern sie nicht unter den Geschäftsbetrieb eines Kaufmanns

oder Rhebers als solchen falle, oder der Ankauf zum Zweck der Wiederveräußerung geschehe; man könne z. B. gewiß kein Handelsgeschäft annehmen, wenn die dem Handelsstande nicht angehörenden Erben eines Rhebers das Schiff einem Dritten verkauften, der es zerschlagen wollte, um das Material zu einem Hausbau zu verwenden u. dgl. Das holländische Recht, welches mit der eben befürworteten Auffassung nicht übereinzustimmen scheine, dehne den Begriff des Handelsgeschäftes nur scheinbar weiter aus, denn es mache unter einem Handelsgeschäfte nichts weiter als ein Geschäft, welches als Handels Sache zu betrachten sei, während in dem deutschen Handelsgesetzbuch die als Handelsgeschäfte ausgehiebenen Geschäfte einer eigenthümlichen allgemeinen Theorie unterworfen und mit gewissen besonderen Wirkungen bekleidet seien.

Der Herr Abgeordnete für Bremen bemerkte hierauf: bei der großen Bedeutung des Begriffs des Handelsgeschäfts und des damit zusammenhängenden Begriffs des Kaufmanns und den mannichfachen gegen die desfalligen Bestimmungen des Entwurfs erhobenen Bedenken sei eine nochmalige Berathung der Art. 254 flg. beantragt, aber nicht zugelassen worden. Unter diesen Umständen müsse er den schon früher (Ber. S. 4498 und 4499) gemachten Vorbehalt wiederholen, namentlich in Betreff der etwa gebotenen Ergänzungen und Feststellungen in Betreff des Handelsgeschäfts, wie es das Interesse und unabweisliche Bedürfnis eines Handelsstaats erheische, was insbesondere von den auf den Seehandel und die damit zusammenhängenden Institute sich beziehenden Geschäften gelte.

Sodann beantragte der eben erwähnte Herr Abgeordnete, zunächst die Fassung des Art. 254 Ziff. 1 in der Weise zu ändern, daß auch die Frachtgeschäfte, welche derjenige abschließe, der das Schiff für sich im Ganzen gechartert habe, und dasselbe auf Stückgut anlege, oder zum Passagiertransport (Auswanderertransport) verwende oder in anderer Weise weiter verfrachte, als Handelsgeschäfte erschienen, weil diese Geschäfte nicht als Verfrachtung eines Seeschiffs angesehen werden könnten und somit durch die jetzt vorgeschlagene Fassung nicht gedeckt würden, und schlug zu diesem Behufe vor, nach „Verfrachtung“ einzuschalten: „und Befrachtung“. Sodann beantragte derselbe Herr Abgeordnete, auch die Rhebereigeschäfte d. h. diejenigen, welche der Rheber als solcher mit Dritten schließt, ausdrücklich für Handelsgeschäfte zu erklären.

Um einerseits dem ersten dieser Anträge entgegen zu kommen, andererseits aber zu verhindern, daß auch schon die Befrachtung eines Seeschiffs als solche als

Handelsgeschäft angesehen werde, wurde mit Stimmeinhelligkeit statt: „die Verfrachtung — Reisenden“ zu setzen beschlossen: „die Uebernahme der Beförderung von Gütern oder Reisenden zur See.“ Gegen den zweiten Antrag wurde auf die obigen Ausführungen Bezug genommen und derselbe mit Rücksicht hierauf mit 13 gegen 1 Stimme abgelehnt.

Sodann wurde statt: „das Darleihen gegen Verbodmung“ „Bodmereiverträge“ zu setzen beantragt, um auch das Nehmen auf Bodmerei als Handelsgeschäft zu bezeichnen, da dies um so unbedenklicher sei, als der Bodmereinehmer weit seltener als der Bodmereigeber dem Handelsstande nicht angehören werde. Man hielt dies jedoch auf mehreren Seiten wegen der Konsequenz der bei den übrigen Ziffern des Art. 254 beobachteten Prinzipien für unthunlich.

Schließlich wurde der oben besprochene Antrag mit 10 gegen 4 Stimmen abgelehnt und der Vorschlag der Redaktionskommission rücksichtlich der Bodmerei mit 9 gegen 5 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Endlich ward noch genehmigt, daß Art. 237 in einem besonderen Abschnitte mit der Ueberschrift: „Fünfter Abschnitt, Schlußbestimmungen“ aufgeführt werde.

## Anlage A.

### Redaktions-Entwurf.

|                 |         |                                               |                                            |
|-----------------|---------|-----------------------------------------------|--------------------------------------------|
| Gr. II. Nr. 87. | Art. 56 | }                                             | unverändert.                               |
| II. Nr. 88.     | " 60    |                                               |                                            |
| 104.            | " 79    |                                               |                                            |
| 105.            | " 81    |                                               |                                            |
| 106.            | " 82    |                                               |                                            |
| 319.            | " 304   |                                               |                                            |
| 320.            | " 305   |                                               |                                            |
| 322.            | " 312   | }                                             | ortsgebräuchlichen<br>statt: ortsüblichen. |
| 328.            | " 316   |                                               |                                            |
| 334.            | " 319   | }                                             | unverändert.                               |
| 343.            | " 323   |                                               |                                            |
| 356.            | " 329   |                                               |                                            |
| 357.            | " 329   | S. frühern Redaktions-<br>Entwurf.            |                                            |
| 388.            | " 346   | }                                             | unverändert.                               |
| 392.            | " 347   |                                               |                                            |
| 394.            | " 348   | — sofern eine solche orts-<br>gebräuchlich. — |                                            |



**Anlage B.****Redaktions - Entwurf.****Zweiter Abschnitt.****Von dem Frachtgeschäft der Eisenbahnen  
insbesondere.****Art. 395.**

Eine Eisenbahn, welche dem Publikum zur Benutzung für den Gütertransport eröffnet ist, kann die bei ihr nachgesuchte Eingehung eines Frachtgeschäftes für ihre Bahnstrecke nicht verweigern, insofern:

- 1) die Güter an sich oder vermöge ihrer Verpackung nach den Reglements, und im Falle die letzteren fehlen oder keinen Anhalt gewähren, nach den Einrichtungen und der Benutzungsweise der Bahn zum Transport sich eignen,
- 2) der Absender in Bezug auf den Frachtlohn, die Auslieferung der Güter und die sonstigen den Eisenbahnen freigestellten Transportbedingungen sich den allgemein geltenden Anordnungen der Bahnverwaltung unterwirft,
- 3) die regelmäßigen Transportmittel der Bahn zur Ausführung des Transports genügen.

Die Eisenbahnen sind nicht verpflichtet, die Güter zum Transport eher anzunehmen, als bis die Beförderung derselben geschehen kann.

In Ansehung der Zeit der Beförderung darf kein Absender vor dem andern ohne einen in den Einrichtungen der Bahn, in den Transportverhältnissen, oder im öffentlichen Interesse liegenden Grund begünstigt werden.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Artikels begründen den Anspruch auf Ersatz des dadurch entstandenen Schadens.

**Art. 396.**

Die in Art. 395 bezeichneten Eisenbahnen sind nicht befugt, die Anwendung der in den Art. 371, 371 a, 372, 374, 375, 381 enthaltenen Bestimmungen über die Verpflichtung des Frachtführers zum Schadensersatz, sei es in Bezug auf den Eintritt, den Umfang oder die Dauer der Verpflichtung oder in Bezug auf die dem Frachtführer obliegende Beweislast, zu ihrem Vortheil durch Verträge mittelst Reglements oder durch besondere Uebereinkunft im Voraus ganz oder theilweise auszuschließen oder zu beschränken, außer, soweit solches durch die nachfolgenden Artikel zugelassen ist.

Vertragsbestimmungen, welche dieser Vorschrift entgegenstehen, haben keine rechtliche Wirkung.

Art. 397.

Es kann bedungen werden:

- 1) in Ansehung der Güter, welche nach Vereinbarung mit dem Absender in unbedeckten Wagen transportirt werden,  
daß für den Schaden nicht gehaftet werde, welcher aus der mit dieser Transportart verbundenen besondern Gefahr entstanden ist,
- 2) in Ansehung der Güter, welche, ungeachtet ihre Natur eine Verpackung zum Schuß gegen Verlust oder Beschädigung auf dem Transport erfordert, nach Erklärung des Absenders auf dem Frachtbrief unverpackt oder mit mangelhafter Verpackung aufgegeben sind,  
daß für den Schaden nicht gehaftet werde, welcher aus der mit dem Mangel der Verpackung oder mit der mangelhaften Beschaffenheit der Verpackung verbundenen besondern Gefahr entstanden ist,
- 3) in Ansehung der Güter, deren Auf- und Abladen nach Vereinbarung mit dem Absender von diesem besorgt wird,  
daß für den Schaden nicht gehaftet werde, der aus der mit dem Auf- und Abladen oder mit mangelhafter Verladung verbundenen Gefahr entstanden ist,
- 4) in Ansehung der Güter, welche vermöge ihrer eigenthümlichen natürlichen Beschaffenheit der besondern Gefahr ausgesetzt sind, gänzlichen oder theilweisen Verlust oder Beschädigung, namentlich Bruch, Rost, außergewöhnliche Leckage u. s. w. zu erleiden,  
daß für den Schaden nicht gehaftet werde, welcher aus dieser besondern Gefahr entstanden ist,
- 5) in Ansehung lebender Thiere,  
daß für den Schaden nicht gehaftet werde, welcher aus der mit dem Transport dieser Thiere für dieselben verbundenen besondern Gefahr entstanden ist,
- 6) in Ansehung begleiteter Güter,  
daß für den Schaden nicht gehaftet werde, welcher aus der besondern Gefahr entstanden ist, deren Abwendung durch die Begleitung bezweckt wird.

Ist eine der in diesem Artikel zugelassenen Bestimmungen bedungen, so gilt zugleich als bedungen, daß bis zum Nachweis des Gegentheils vermuthet werden soll, daß ein eingetretener Schaden, wenn er aus der

nicht übernommenen Gefahr entstehen konnte, aus derselben wirklich entstanden ist.

Eine nach diesem Artikel bedungene Befreiung von der Haftpflicht kann nicht geltend gemacht werden, wenn nachgewiesen wird, daß der Schaden durch Verschulden der Bahnverwaltung oder ihrer Leute entstanden ist.

#### Art. 398.

In Ansehung des Reisegepäcks kann bedungen werden:

- 1) daß für Verlust oder Beschädigung von Reisegepäck, welches nicht zum Transport aufgegeben ist, nur gehaftet werde, wenn ein Verschulden der Bahnverwaltung oder ihrer Leute nachgewiesen wird. Dasselbe kann in Ansehung von Gegenständen bedungen werden, welche sich in Reiseequipagen befinden;
- 2) daß für Verlust von Reisegepäck, welches zum Transport aufgegeben ist, nur gehaftet werde, wenn das Gepäck binnen einer bestimmten Frist nach der Ablieferungszeit abgefordert wird.  
(Die Frist darf nicht kürzer als drei Tage sein.)

#### Art. 399.

In Ansehung der Güter, welche nach ihrer natürlichen Beschaffenheit bei dem Transport regelmäßig einen Verlust an Gewicht oder an Maaß erleiden, kann bedungen werden, daß bis zu einem im Voraus bestimmten Normalsatz für Verlust an Gewicht oder Maaß nicht gehaftet werde. Der Normalsatz muß, im Falle mehrere Stücke zusammen transportirt worden sind, für jedes einzelne Stück besonders berechnet werden, wenn das Gewicht oder Maaß der einzelnen Stücke im Frachtbrief verzeichnet oder sonst erweislich ist.

Die hier bezeichnete Bestimmung kann nicht geltend gemacht werden, wenn nachgewiesen wird, daß der Verlust nach den Umständen des Falls nicht in Folge der natürlichen Beschaffenheit des Guts entstanden ist, oder daß der bestimmte Normalsatz dieser Beschaffenheit oder den sonstigen Umständen des Falls nicht entspricht.

#### Art. 400.

Es kann bedungen werden:

- 1) daß der nach Art. 371 a der Schadensberechnung zu Grunde zu legende Werth den im Frachtbrief als Werth des Guts angegebenen Betrag und in Ermangelung einer solchen Angabe einen im Voraus bestimmten Normalsatz nicht übersteigen soll;
- 2) daß die Höhe des nach Art. 372 wegen verletzter Lieferung zu leistenden Schadensersatzes den im Frachtbrief als die Höhe des Interesses an

der rechtzeitigen Lieferung angegebenen Betrag und in Ermangelung einer solchen Angabe einen im Voraus bestimmten Normalsatz, welcher auch in dem Verlust der Fracht oder eines Theils derselben bestehen kann, nicht übersteigen soll.

Im Falle einer bösslichen Handlungsweise der Eisenbahnverwaltung oder ihrer Leute kann die Beschränkung der Haftpflicht auf den Normalsatz oder den angegebenen Werth des Guts nicht geltend gemacht werden.

Zusatz zu Art. 371 a.

Wenn dem Frachtführer eine bössliche Handlungsweise nachgewiesen wird, so hat er den vollen Schaden zu ersetzen.

Art. 401.

Es kann bedungen werden, daß nach erfolgter Empfangnahme des Guts und Bezahlung der Fracht jeder Anspruch wegen Verlustes an dem Gut oder wegen Beschädigung desselben auch dann, wenn dieselben bei der Ablieferung nicht erkennbar waren und erst später entdeckt worden sind, (Art. 381 Abs. 2) erlischt, wenn der Anspruch nicht binnen einer bestimmten Frist nach der Ablieferung bei der Eisenbahnverwaltung angemeldet worden ist.

Die Frist darf nicht kürzer als 4 Wochen sein.

Art. 402.

Wenn eine Eisenbahn das Gut mit einem Frachtbrief übernimmt, nach welchem der Transport durch mehrere sich einander anschließende Eisenbahnen zu bewirken ist, so kann bedungen werden, daß nicht sämtliche Eisenbahnen, welche das Gut mit dem Frachtbrief übernommen haben, nach Maassgabe des Art. 375 als Frachtführer für den ganzen Transport haften, sondern daß nur die erste Bahn und diejenige Bahn, welche das Gut mit dem Frachtbrief zuletzt übernommen hat, dieser Haftpflicht für den ganzen Transport unterliegt, vorbehaltlich des Rückgriffs der Eisenbahnen gegeneinander, daß dagegen eine der übrigen, in der Mitte liegenden, Eisenbahnen nur dann als Frachtführer in Anspruch genommen werden kann, wenn ihr nachgewiesen wird, daß der Schaden auf ihrer Bahn sich ereignet hat.

Art. 403.

Wenn eine Eisenbahn das Gut mit einem Frachtbrief zum Transport übernimmt, in welchem als Ort der Ablieferung ein weder an ihrer Bahn noch an einer der sich an sie anschließenden Bahnen liegender Ort bezeichnet ist, so kann bedungen werden, daß die Haftpflicht der Eisenbahn oder der Eisenbahnen als Frachtführer nicht für den ganzen Transport bis zum Ort der Ablieferung, sondern nur für den Transport

bis zu dem Orte bestehe, wo der Transport mittelst Eisenbahn enden soll; ist dies bedungen, so treten in Bezug auf die Weiterbeförderung nur die Verpflichtungen des Spediteurs ein.

Art. 404.

Ist von dem Absender auf dem Frachtbrief bestimmt, daß das Gut an einem an der Eisenbahn liegenden Ort abgegeben werden oder liegen bleiben soll, so gilt, ungeachtet im Frachtbrief ein anderweitiger Bestimmungsort angegeben ist, der Transport als nur bis zu jenem an der Bahn liegenden Ort übernommen, und die Bahn ist nur bis zur Ablieferung an diesem Ort verantwortlich.

## DLXXXV. Sitzung.

Nürnberg, am 11. Februar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher die in dem 548. Protokolle aufgeführten Herren Abgeordneten Antheil nahmen, gab der Herr Abgeordnete für Hamburg zunächst die in der Anlage beigebrachte Erklärung des hohen Senates der freien und Hansestadt Hamburg ab.

Sodann wurden die in den Anlagen B und C beigebrachten, den Mitgliedern der Konferenz schon seit längerer Zeit vorliegenden Anträge der Berathung unterstellt.

Was zunächst den Antrag in der Anlage B betrifft, so wurde zur Unterstützung desselben rücksichtlich seiner formellen Zulässigkeit bemerkt: Daß es jetzt noch zweifelhaft sei, den in Rede stehenden Antrag einzuführen und in Berathung zu nehmen, könne keinem Zweifel unterliegen, wenn auch beschlossen worden, in der ersten Lesung nur noch auf die von den einzelnen Regierungen gestellten Anträge einzugehen, denn jener Beschluß habe sich nur auf die früher schon in erster und zweiter Lesung behandelten Rechts-Materien bezogen, und könne auf solche Rechtsverhältnisse, bezüglich deren bisher die erste Lesung vorbehalten worden sei, nicht angewendet werden. Rücksichtlich des materiellen Inhalts des Antrags und der Frage, ob es wünschenswerth sei, in

das Handelsgesetzbuch auch über andere Versicherungsgeschäfte als die Seeassuranzbestimmungen aufzunehmen, wurde auf die in den früheren Verhandlungen hiefür geltend gemachten Gründe und auf den Umstand, daß die Nothwendigkeit der Vervollständigung des Handelsgesetzbuches durch Aufstellung allgemeiner leitender Grundsätze über das Versicherungsgeschäft und durch spezielle Regelung der wichtigsten Arten von Versicherungsgeschäften früher schon von vielen Seiten anerkannt worden sei, Bezug genommen und auch ein großes Gewicht darauf gelegt, daß im Handelsgesetzbuch alle Versicherungen gegen Prämie auf Seiten des Versicherers als Handelsgeschäfte erklärt und dadurch alle Einwendungen gegen die handelsrechtliche Natur jener Geschäfte beseitigt worden seien, daß es aber auch hie mit gar nicht in Einklang stehen würde, wenn das Handelsgesetzbuch trotzdem über die fraglichen Geschäfte, abgesehen von den Seeassuranzbestimmungen, gänzlich schweigen und nicht einmal die wesentlichsten Grundsätze, nach denen sie zu beurtheilen seien, aufstellen würde. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß jedenfalls der eventuelle Antrag in den früheren Verhandlungen als sachlich begründet anerkannt worden, und mindestens für die Aufnahme der in diesem Antrag erwähnten Bestimmungen ein dringendes Bedürfnis vorhanden sei, weil den betreffenden Geschäften eine große praktische Wichtigkeit zukomme, und auch nicht davon die Rede sein könne, daß eine analoge Anwendung der Grundsätze über die Seeassuranzbestimmungen genüge, denn eine Reihe Fragen, welche theils das Prinzip, theils Einzelheiten betreffen, würden hier anders als bei den Seeassuranzbestimmungen entschieden werden müssen, und auch die Bestimmungen der Polizen könnten nicht für ausreichend erachtet werden.

Gegen die Anträge in der Anlage B wurde zunächst auf diejenigen Gründe Bezug genommen, welche in der früheren Berathung schon gegen die Aufnahme der in denselben bezeichneten Materien in das Handelsgesetzbuch angeführt worden waren und von mehreren Mitgliedern hinzugefügt: Sie hätten früher zwar für die Aufnahme der in Rede stehenden Bestimmungen in das Handelsgesetzbuch gestimmt; dies sei aber nur in der Voraussetzung geschehen, daß diese Bestimmungen mit dem übrigen Inhalte des Handelsgesetzbuchs zugleich in erster Lesung berathen würden und die Diskussion derselben mit den übrigen Berathungen in zweiter und dritter Lesung gleichen Schritt halte. Nachdem dies nicht geschehen sei, hielten sie ein Eingehen auf die vorliegenden Anträge um so weniger für möglich, als legislatorische Eingriffe in die unter den ver-

schiedenen Verhältnissen und Einrichtungen theils bei Privatgesellschaften, theils bei öffentlichen Anstalten bestehenden Affekuranzbestimmungen und Statuten an sich sehr bedenklich, jedenfalls nicht ohne vorgängige sorgfältige und umfassende Sammlung des Materials ausführbar seien, dermalen auch, was doch unumgänglich nothwendig sein würde, die technischen Mitglieder der Konferenz nicht zugegen seien.

Bei der Abstimmung wurde der prinzipale Antrag in der Anlage B mit 13 gegen 1 Stimme, und der eventuelle Antrag mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Bezüglich des Antrags in der Anlage C wurde auf die dem Antrage vorangeschickten Motive verwiesen und gleichfalls darauf Bezug genommen, daß die Nothwendigkeit der Aufnahme von Bestimmungen im Sinne des Antrags früher allgemein anerkannt worden sei. Auch wurde geltend gemacht, daß für die Berathung dieses Antrags die jetzige Lage der Sache kein Hinderniß biete, weil es sich nur um Uebertragung weniger, im Uebrigen bereits festgestellter, Bestimmungen des Seerechts auf die Fluß- und Binnenschifffahrt handle.

Gegen diesen Antrag wurde aber eingewendet: Schon bei der ursprünglichen Feststellung des preussischen Entwurfs hätten sich mehrere Stimmen dafür erhoben, daß Vorschriften im Sinne der Anlage C in das Handelsgesetzbuch aufgenommen werden müßten, und nicht fehlen dürften, wenn es nicht eine wesentliche Lücke enthalten solle. Bei dem Versuche, die entsprechenden Normen zu entwerfen, habe es sich als sehr schwierig herausgestellt, auch nur für die Flußschifffahrt Preußens gemeinschaftliche Bestimmungen über die in der Anlage C berührten Fragen aufzustellen; es erscheine dieß also um so weniger für ganz Deutschland thunlich. Der Grund hievon liege in der großen Verschiedenheit der faktischen Verhältnisse, welche dabei nicht unberücksichtigt gelassen werden könnten. Deshalb enthalte der preussische Entwurf nichts über die hier angeregte Rechtsmaterie. Auch andere Gesetzgebungen enthielten darüber nichts, mit Ausnahme der holländischen; allein dabei dürfe man nicht außer Augen lassen, daß die Frage für Holland bei der Beschaffenheit des Landes und dem vielfachen Zueinandergreifen der Fluß- und Seeschifffahrt einestheils eine viel größere praktische Bedeutung habe, als für Deutschland, und andernteils dort viel leichter erledigt werden könne. Von dem Antrage in der Anlage C gelte auch in erhöhtem Maaße Dasjenige, was oben darüber bemerkt worden sei, daß es der Versammlung jetzt an dem Beirathe technischer Mitglieder fehle, und daß die betreffenden Bestimmungen gleich den andern Bestim-

mungen des Handelsgesetzbuchs einer wiederholten Durchsicht in mehreren Lesungen bedürfen würden. Dazu komme noch, daß in Wirklichkeit die in dem Antrage in der Anlage C besprochenen Fragen keineswegs eine ganz besonders hervorragende praktische Bedeutung hätten, sondern nur die Regulirung einiger weniger Verhältnisse in Frage stehe, die man in keinem Falle ohne die vorsichtigste Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse würde vornehmen können, und daß man dabei sich jedenfalls dennoch gezwungen sehen würde, in den meisten Fällen wieder dem Ortsgebrauche seine Geltung vor den im Handelsgesetzbuch aufzustellenden Bestimmungen vorzubehalten. Es scheine deshalb zweckmäßiger, von Aufnahme solcher Bestimmungen in das Handelsgesetzbuch gänzlich Umgang zu nehmen.

Bei der Abstimmung wurde der in der Anlage C gestellte Antrag mit allen gegen eine Stimme abgelehnt.

Hierauf wurden die Protokolle der DLXXIII. Sitzung vom 19. Januar, der DLXXIV. Sitzung vom 21. Januar und der DLXXV. Sitzung vom 23. Januar 1861 verlesen und genehmigt.

## Anlage A.

Nachdem dem Senate von Hamburg nunmehr das Protokoll der Sitzung der Handelsrechts-Konferenz zu Nürnberg d. d. 19. Nov. 1860, zugegangen ist, woraus sich in Uebereinstimmung mit der Berichterstattung des hamburgischen Bevollmächtigten ergibt, daß auf Antrag der Kaiserlich Oesterreichischen, Königlich Preussischen und Königlich Bayerischen Regierung eine bedeutende Anzahl der von den einzelnen Regierungen zur erneuerten Berathung bei der dritten Lesung der vier ersten Bücher des Entwurfes eines allgemeinen deutschen Handelsrechtes empfohlenen Punkte von denselben ausgeschlossen worden sind, ohne daß der Konferenz gestattet worden, selbst über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit der einzelnen Punkte zu beschließen: so sieht sich der Senat von Hamburg zu seinem aufrichtigen Bedauern genöthigt, gegen diese mit den Intentionen der Bundesversammlung ebensowenig, als mit dem bisher in der Konferenz selbst beobachteten Verfahren in Einklang stehende Behandlungsweise Verwahrung einzulegen. Zugleich glaubt der Senat schon jetzt darüber keinen Zweifel lassen zu dürfen, daß er, wenn gleich er im Interesse der Sache seinen Bevollmächtigten nicht von den ferneren Verhandlungen zurückberufen hat, den aus solchen Berathungen hervorgehenden



Entwurf nicht als das Ergebniß einer gemeinsamen Vereinbarung anzusehen vermag, und sich um so mehr die freieste Entschließung darüber vorbehalten muß, ob er denselben überall oder mit welchen Aenderungen er ihn eventuell nur wird zur Einführung gelangen lassen können.

## Anlage B.

### Antrag.

In Bezug auf den Beschluß vom 26. Juni 1857 (S. 867 d. P.) und den dort ausgesprochenen Vorbehalt wird beantragt:

„Die hohe Versammlung wolle entweder sogleich  
„oder nach Beendigung der dritten Lesung des  
„fünften Titels im vierten Buche des Entwurfs  
„II. Lesung zur Berathung des sechsten und sie-  
„benten Titels im dritten Buche des preußi-  
„schen Entwurfs übergehen und davon sämt-  
„liche Bestimmungen

eventuell

„jene des sechsten, und die unter Ziff. I. und III.  
„enthaltenen des siebenten Titels der Berathung  
„und Beschlußfassung unterziehen.“

## Anlage C.

### Antrag.

In der Konferenzsitzung vom 1. Mai 1857 S. 515 der Prot. wurde mit 10 gegen 6 Stimmen beschlossen, die Lootsen = Haverei und Berge = Sachen sowie die Hilfeleistung in Seenoth nicht ausdrücklich als Handelsgeschäfte zu nennen, und, was die Flußschiffahrt angeht, einstweilen vorbehalten, in einem besonderen Abschnitte des Seerechts zu verordnen, daß und welche Bestimmungen des Seerechts auch auf die Flußschiffahrt Anwendung zu finden hätten, so daß dann auch rückichtlich der letzteren die erwähnten Geschäfte als Handelsgeschäfte erscheinen würden. Auf wiederholte Anregung dieses Gegenstandes wurde jedoch in der 547. Sitzung zu Hamburg am 22. Mai 1860 S. 4490 d. Prot. die Berathung desselben bis zur dritten Lesung der vier ersten Bücher des Entwurfs vertagt.

Gestützt auf diese Thatfachen, sowie auf die besondere praktische Wichtigkeit, welche der Gegenstand überhaupt und namentlich für diejenigen Staaten haben dürfte, in denen lebhafteste Schifffahrt auf Flüssen und Binnengewässern betrieben wird, sowie in der ferneren Erwägung, daß die hierüber aufzunehmenden Bestimmungen eine Abänderung der bereits gefaßten Beschlüsse in keiner Weise zur Folge haben, daher ohne den Abschluß und die Vorlage der fünf ersten Bücher hiedurch aufzuhalten, als ein selbstständiger Anhang zum fünften Buche auch nachträglich berathen und vorgelegt werden könnten, erlaube ich mir nun den erneuten Antrag zu stellen:

„Es wolle die Frage: „ob und welche Bestimmungen des Seerechts auf die Flußschifffahrt „Anwendung zu finden haben“ nach Abschluß „der dritten Lesung der vier ersten Bücher in „Erwägung gezogen, und hierüber in einem besonderen Abschnitte als Anhang zum fünften „Buche des Entwurfs eines allgemeinen deutschen „Handelsgesetzbuchs Bestimmung getroffen werden.“

Damit jedoch dieser Antrag nicht an formellen Hindernissen, namentlich an dem Mangel einer bis jetzt noch fehlenden formulirten Vorlage scheitere, welche für den Fall der Bejahung der Vorfrage als vorläufige Grundlage der Berathungen erscheinen könnte, hat Antragsteller nachstehenden Entwurf auf Grund des Holländischen Handelsgesetzbuchs Art. 748—763 hier beigelegt, und bringt denselben vorläufig, und bis ein anderer eingebracht sein wird, als Grundlage für die sachliche Berathung des angeregten Gegenstandes in Vorschlag.

## Von den Schiffen,

welche Flüsse und Binnengewässer befahren.

### Erster Abschnitt.

#### Allgemeine Bestimmungen.

##### §. 1.

Auf Schiffe, welche Flüsse und Binnengewässer befahren, so wie auf die durch die Fahrt derselben begründeten Rechtsverhältnisse finden, vorbehaltlich der Bestimmungen des fünften Titels des vierten Buches, die nachstehenden Vorschriften Anwendung.

## §. 2.

In so weit hiebei auf die Bestimmungen des fünften Buches Bezug genommen ist, sind diejenigen, in welchen von Seeschiffen, Seefahrt, Seeunfällen, Seenoth u. dgl. die Rede ist, von Schiffen, von der Schifffahrt, von den Gefahren und Unfällen, überhaupt von den analogen Verhältnissen und Ereignissen zu verstehen, welche auf Flüssen und Binnengewässern stattfinden.

## §. 3.

Die allgemeinen Vorschriften der §§. 10, 11, 12, 14, 15 Abs. 1 und 3 gelten auch für Schiffe und Schifffahrt auf Flüssen und Binnengewässern.

---

## Zweiter Abschnitt.

### Von dem Schiffs-Eigenthümer.

## §. 4.

Der Eigenthümer eines ihm zum Erwerbe durch die Schifffahrt auf Flüssen und Binnengewässern dienenden Schiffes, es mag derselbe eine einzelne Person oder eine Gemeinschaft mehrerer Personen oder eine Handelsgesellschaft sein, gilt als Frachtführer im Sinne des fünften Titels des vierten Buches. Seine Rechte und Verbindlichkeiten, insbesondere der Umfang seiner Haftung dritten Personen gegenüber werden durch die Vorschriften jenes Titels bestimmt.

## §. 5.

Der Schiffseigenthümer haftet gemäß Art. 374 für den Schiffer, wenn er sich eines solchen zur Ausführung des Transportes bedient.

Er wird dritten Personen aus Rechtsgeschäften verpflichtet, welche der Schiffer kraft seiner Vollmacht oder kraft seiner gesetzlichen Befugnisse (Art. 46, 50, 58) abgeschlossen hat.

## §. 6.

Wer ein ihm nicht gehöriges Schiff zum Erwerbe durch die Schifffahrt auf Flüssen und Binnengewässern verwendet, und es entweder selbst führt, oder die Führung einem Schiffer anvertraut, wird im Verhältniß zu dritten als Frachtführer angesehen.

Der Eigenthümer kann denjenigen, welcher in Folge der Verwendung ein Pfandrecht an dem Schiffe erworben hat, an der Durchführung seines Rechtes nicht hindern, sofern er nicht beweist, daß die Verwendung ihm gegenüber eine widerrechtliche und der Gläubiger nicht in gutem Glauben war.

### **Dritter Abschnitt.**

#### **Von dem Schiffer.**

##### **§. 7.**

Hier finden Anwendung aus dem dritten Titel des fünften Buches die §§. 47, 48 Abs. 1 bis zu dem Worte: „Schiffsbesatzung“, Abs. 2, die §§. 49, 50, 51, 52, 82, 83, 84, 85, wobei stets unter dem Ausdrucke „Jeder“ der Schiffs-Eigenthümer, beziehungsweise Frachtführer zu verstehen ist.

##### **§. 8.**

Ist der Schiffer von dem Frachtführer zur Leitung und Führung des ganzen Transportunternehmens oder einzelner Transporte bestellt, so erstreckt sich seine Vollmacht auf alle Geschäfte und Rechtshandlungen, welche der Betrieb dieser Unternehmung oder die Ausführung dieser Transporte mit sich bringt (Art. 46, 50).

Außer diesem Falle ist er zum Abschlusse von Rechtsgeschäften und zur Eingehung von Verbindlichkeiten auf den Kredit des Frachtführers, sowie zur Verpfändung des Schiffes nur auf Grund einer ihn hiezu ermächtigenden Vollmacht befugt.

##### **§. 9.**

Im Uebrigen werden die Rechte und Pflichten des Schiffers nach dem Anstellungsvertrage, nach den sonstigen Bestimmungen dieses Gesetzbuches und nach dem bürgerlichen Rechte bemessen.

### **Vierter Abschnitt.**

#### **Von dem Frachtgeschäfte.**

##### **§. 10.**

Der Frachtführer haftet dem Absender für jeden Schaden, welcher aus dem mangelhaften Zustande des Schiffes entsteht, dessen er sich zum Transporte bedient, es sei denn, daß die Mängel, aller Sorgfalt ungeachtet, nicht zu entdecken waren.

##### **§. 11.**

Der Frachtführer muß statt der vertragsmäßigen Güter andere von dem Absender zur Verschiffung nach demselben Bestimmungsorte angebotene Güter annehmen, wenn dadurch seine Lage nicht erschwert wird.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn die Güter nicht bloß nach Art oder Gattung, sondern speziell bezeichnet sind.

##### **§. 12.**

Ist das Schiff im Ganzen verfrachtet, so hat der

Absender auf vorgängige Aufforderung des Frachtführers die Abladung innerhalb der durch Vertrag, Ortsgebrauch, oder in Ermangelung beider nach den Umständen bestimmten Ladezeit zu bewirken.

Versäumt er diese Frist und unterläßt er es auf wiederholte Aufforderung des Frachtführers, das Versäumte binnen 3 Tagen, vom Tage der Aufforderung an, nachzuholen, so ist der Frachtführer an seine Verpflichtungen aus dem Vertrage nicht länger gebunden und befugt, von dem Absender die Hälfte der bedungenen Fracht zu verlangen.

#### §. 13.

Ist vereinbart, daß der Frachtführer auch über die Ladezeit hinaus auf die Abladung zu warten habe, (Ueberliegezeit) so gebührt ihm hiefür Vergütung. Die Ueberliegezeit beginnt mit dem Ablaufe der Ladezeit, wenn diese durch Vertrag oder Ortsgebrauch fest bestimmt ist, außerdem mit der wiederholten Aufforderung des Frachtführers (§. 10 Abs. 2). Ist die Dauer der Ueberliegezeit nicht bestimmt, so beträgt sie acht Tage.

Nach fruchtlosem Ablaufe der Ueberliegezeit kommen die Bestimmungen des §. 10 Abs. 2 in Anwendung, und der Frachtführer hat außerdem Anspruch auf das angefallene Liegegeld.

#### §. 14.

Dem Frachtführer gebührt die volle Fracht nebst etwaigem Liegegeld, dann Sicherheitsleistung für die volle Fracht, soweit ihm die Sicherheit hiefür durch die Unvollständigkeit der Ladung entgeht, endlich Entschädigung für die Mehrkosten, welche ihm in Folge der Unvollständigkeit der Ladung etwa erwachsen, wenn der Absender bis zum Ablauf der Zeit, während welcher der Frachtführer auf die Abladung zu warten verpflichtet ist, die Abladung nicht vollständig bewirkt, und die Reise vom Frachtführer freiwillig oder auch vor Ablauf jener Zeit auf Verlangen des Absenders mit unvollständiger Ladung angetreten wird.

#### §. 15.

Der Absender ist befugt, bis zum Ablaufe der Lade- und Ueberliegezeit von dem Vertrage unter der Verpflichtung zurückzutreten, die Hälfte der bedungenen Fracht zu zahlen. Macht der Absender von diesem Rechte Gebrauch, nachdem Ladung geliefert ist, so muß er auch die Kosten der Einladung und Wiederausladung tragen, und für die Zeit der Wiederausladung, so weit sie nicht in Ladezeit fällt, Liegegeld zahlen.

#### §. 16.

Hat der Vertrag Stückgüter zum Gegenstande, so muß der Absender auf die Aufforderung des Frachtführers

führers ohne Verzug die Abladung bewirken. Ist der Absender säumig, so ist der Frachtführer nicht verpflichtet, auf die Lieferung der Güter zu warten; der Absender muß, wenn ohne sie die Reise angetreten wird, die volle Fracht entrichten. Es kommt jedoch von der letzteren die Fracht für diejenigen Güter in Abzug, welche der Verfrachter an Stelle der nicht gelieferten angenommen hat.

#### §. 17.

Bei der Verfrachtung des Schiffes im Ganzen hat der Empfänger auf vorgängige Aufforderung des Frachtführers die Abnahme innerhalb der Löschzeit zu bewirken.

Ueber die Löschzeit hinaus hat der Frachtführer nur dann auf die Abnahme der Ladung noch länger zu warten, wenn es vereinbart ist (Ueberliegezeit). Für die Ueberliegezeit gebührt ihm das Liegegeld.

Bezüglich des Anfangs, der Dauer und des Ablaufs der Löschzeit und Ueberliegezeit gilt dasjenige, was über den Anfang, die Dauer und den Ablauf der Lade- und zugehörigen Ueberliegezeit bestimmt wurde.

#### §. 18.

Wenn nach fruchtlosem Ablaufe der Löschzeit so wie der Ueberliegezeit, sofern eine solche stattfindet, die Abnahme der Güter innerhalb dreier Tage von der letzten Aufforderung an gerechnet, nicht erfolgt ist, so hat der Frachtführer gemäß Art. 380 zu verfahren. In so weit hiedurch die Löschzeit überschritten wird, hat der Frachtführer Anspruch auf Liegegeld.

#### §. 19.

Der Empfänger von Stückgütern hat dieselben auf die Aufforderung des Frachtführers ohne Verzug abzunehmen. Ist er hierin säumig, so hat der Frachtführer ebenfalls nach Art. 380 zu verfahren und kann Liegegeld in Anspruch nehmen, wenn hiedurch die Entlösung des Schiffes erheblich verzögert wurde.

#### §. 20.

Außerdem kommen bezüglich der Berechnung der Lade- und Löschzeit, der Ueberliegezeit und des Liegegeldes die §§. 142, 143, 145, 146, 164 Abs. 6, 167, 169, 170 des fünften Buches in Anwendung. Ferner kommen noch in Anwendung die §§. 135, 176, 177, 190, 194, 197, 198 Abs. 1 desselben Buches.

#### §. 21.

Was in den §§. 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 232 bezüglich der von dem Seeschiffer gezeichneten Konossemente verordnet ist, gilt auch von den vom Frachtführer in Gemäßheit des Art. 385 und folgende ausgestellten Ladescheinen.

## Fünfter Abschnitt.

### Von der Haverei.

#### §. 22.

Wenn zur Errettung des Schiffs und der Ladung aus einer gemeinsamen Gefahr

- 1) Waaren, Schiffstheile oder Schiffsgeräthschaften über Bord geworfen, Masten gekappt, Lane und Segel weggeschnitten, Anker, Ankertau oder Ankertetten geschluppt oder gekappt worden sind,
- 2) die Ladung ganz oder theilweise in leichtere Fahrzeuge übergeladen worden ist,

so wird der hiedurch entstandene Schaden nach den in den §§. 271, 273, 274, 275, 276, 277 Ziff. 1 und 2, 279 Ziff. 3, 282, 283, 284, 286 incl. — 291, 292 Ziff. 1 und 2, 293, 294 Abs. 1, Ziff. 2 und 3, Abs. 2. u. 3, 295 des fünften Buches ausgesprochenen Grundsätzen vertheilt.

#### §. 23.

Den Vergütungsberechtigten steht an dem Schiffe, der Fracht und den einzelnen beitragspflichtigen Gütern wegen der von diesen zu entrichtenden Beiträge ein Pfandrecht zu. Das Pfandrecht kann jedoch nach der Auslieferung der Güter nicht zum Nachtheile des dritten Erwerbers, welcher den Besitz in gutem Glau- ben erlangt hat, geltend gemacht werden.

#### §. 24.

Außerdem kommen zur Anwendung die Bestimmungen der §§. 297, 298, 299, 301, 302 des fünften Buches.

Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, über die Personen, welche zur Aufmachung der Dispahe befugt sind, über das Verfahren bei Aufmachung der Dispahe und der Ausführung derselben nähere Bestimmungen zu erlassen.

#### §. 25.

Die Vorschriften des fünften Buches über den Schaden durch Zusammenstoß von Schiffen §§. 305 bis 310 finden auch Anwendung, wenn ein Zusammenstoß von Schiffen auf Flüssen und Binnengewässern stattfindet.

## Sechster Abschnitt.

### Von der Bergung und Hilfeleistung.

#### §. 26.

Die Bestimmungen des neunten Titels des fünften Buches kommen, mit Ausnahme des §. 317, auch bei der binnenländischen Schifffahrt in Anwendung. (Vergleiche §. 2 dieser Vorlage.)

## DLXXXVI. Sitzung.

Nürnberg, am 15. Februar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Raule geleiteten Sitzung, an welcher, mit Ausnahme des Herrn Hofrathes Dr. Thöl, an dessen Stelle Herr Oberjustizrath Dr. Leonhardt als königl. hannover'scher Abgeordneter bevollmächtigt worden und anwesend war, die in der 548. Sitzung zugegen gewesenen Herren Abgeordneten Antheil nahmen, wurde die Frage zur Erörterung gestellt, ob auf die Verathung des von der königl. preussischen Regierung vorgelegten abgekürzten Entwurfes des V. und VI. Buches: „von dem Falliment“ und „von der Gerichtsbarkeit in Handelsachen“ einzugehen sei.

Zunächst legte der Herr Referent die Grundgedanken dar, auf welchen der ursprünglich der Konferenz vorgelegte preussische Entwurf des V. und VI. Buches: „Von dem kaufmännischen Konkurse“ und „Von der Gerichtsbarkeit in Handelsachen“ beruhte, und fügte hinzu: Nachdem sich im Laufe der Verathung über die vier ersten Bücher des preussischen Entwurfes ergeben gehabt habe, daß keine Aussicht dafür vorhanden sei, ohne gleichzeitige Vereinbarung eines gemeinschaftlichen Prozeßverfahrens und einer einheitlichen Organisation der Handelsgerichte auf Grund des ursprünglich vorgelegten Entwurfes zu einer Einigung über den umfassenderen Inhalt desselben zu gelangen, habe die königl. preussische Regierung es für angemessen erachtet, diesen Entwurf zurückzuziehen, sei aber dabei von der Ansicht geleitet worden, daß derselbe gleichwohl nicht in allen Punkten ohne eine völlige Uebereinstimmung des Prozeßverfahrens unausführbar sein würde, sondern eine nicht unerhebliche Anzahl von Gesichtspunkten enthalte, welche trotz der Mannichfaltigkeit der Prozeßgesetzgebungen in allen Staaten annehmbar sein würden und wichtig genug seien, um besonders als gemeinsames Recht aufgestellt zu werden. Auf diese Gesichtspunkte beziehe sich der jetzt vorliegende abgekürzte Entwurf.

Hierauf wurde zu Gunsten einer Verathung des in



Rebe stehenden Entwurfes geltend gemacht: Was zunächst die Frage angehe, ob überhaupt Bestimmungen über den kaufmännischen Konkurs und die Gerichtbarkeit in Handelsfachen in das Handelsgesetzbuch aufnehmen seien, so komme in Betracht, daß auch alle anderen neueren Handelsgesetzbücher Bestimmungen über den kaufmännischen Konkurs enthielten. Dies sei leicht erklärlich, wenn man in Erwägung ziehe, daß die Eröffnung des Konkurses über einen Kaufmann tief in die kaufmännischen Verhältnisse eingreife, und daß eine Reihe von materiellen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches aufhöre oder erst ihre wesentliche Bedeutung erhalte, sobald der Konkurs eintrete.

Mit Rücksicht hierauf würde es eine fühlbare Lücke sein, wenn das Handelsgesetzbuch sich gar nicht mit dem kaufmännischen Konkursrechte befassen sollte. Daß es gerade ganz vorzugsweise gemeinschaftliche Bestimmungen über den kaufmännischen Konkurs seien, welche dem deutschen Handelsstande Noth thäten, ergebe sich aus den übereinstimmenden Erklärungen einer großen Anzahl hierüber vernommener Kaufmannschaften, welche sich ohne Ausnahme für eine Verathung des in Rede stehenden Entwurfes und für dessen Aufnahme in das Handelsgesetzbuch ausgesprochen hätten. Zwar habe der Kaufmannsstand eine umfassendere Normirung des kaufmännischen Konkurses von Seiten der Konferenz erwartet, als sie auf der Grundlage des jetzt vorliegenden abgefürzten Entwurfes würde geboten werden. Nachdem aber einmal der ursprüngliche preussische Entwurf zurückgezogen worden und die Hoffnung geschwunden sei, daß eine Einigung über die sämmtlichen darin behandelten Materien jetzt schon erzielt werde, sei wenigstens die Annahme des jetzt vorliegenden Entwurfes wünschenswerth und hierin für einen großen Theil Deutschlands ein wesentlicher Fortschritt der Gesetzgebung zu erkennen; denn die Unmöglichkeit, mehr zu erlangen, biete keinen Grund, das wünschenswerthe und erreichbare Mindermaaß von einheitlichem Recht auszuscheiden. Wie begründet die Ansicht der kgl. preuss. Regierung sei, daß die in dem abgefürzten Entwurfe behandelten Gesichtspunkte bedeutsam genug erschienen, um wenigstens eine theilweise Rechtsgemeinschaft in Deutschland zu begründen, ergebe sich, wenn man nur in Betracht ziehe, welche Kontroversen und Verwicklungen in einzelnen Gesetzgebungen rücksichtlich der actio Pauliana, der Compensation im Konkurs u. dgl. beständen. Die Aufstellung von Bestimmungen über die Gerichtbarkeit in Handelsfachen endlich sei höchst wünschenswerth, um den Vorschriften der fünf ersten Bücher des Handelsgesetzbuchs wenigstens soweit thun-

lich eine konforme und ihrer wahren Absicht entsprechende Anwendung in allen Staaten zu sichern. Daß es nicht unthunlich sei, einzelne Bestimmungen zu diesem Zwecke in das Gesetz aufzunehmen, ergebe sich schon daraus, daß auch schon in die fünf ersten Bücher prozeßualische Bestimmungen ohne Bedenken aufgenommen worden seien, wie z. B. die Bestimmung über die Beweisraft der Handelsbücher. Die Vorschriften des nunmehr vorgeschlagenen sechsten Buches würden mit nicht größerer Schwierigkeit in die einzelnen Prozeßgesetzgebungen eingefügt werden können, als die so eben angeführte Bestimmung. Ohnehin enthalte das sechste Buch fast nur ganz unentbehrliche Ergänzungen der ersten Bücher, was namentlich von den Bestimmungen über Handelsfachen und über die Zuständigkeit der Handelsgerichte für dieselben, deren Aufnahme nur in so weit abgelehnt worden sei, als es sich darum gehandelt habe, ob sie bei Art. 1 ihre Stelle finden sollten, und von den Vorschriften über die Beweisführung in Handelsfachen u. dgl. gelte. Anlangend aber die Frage, ob die in das Handelsgesetzbuch aufzunehmenden Bestimmungen über den kaufmännischen Konkurs und die Gerichtsbarkeit in Handelsfachen gerade im Sinne des vorliegenden Entwurfs aufzustellen seien und deshalb auf Grund desselben — vorbehaltlich der etwa zu beschließenden Modifikationen im Einzelnen — berathen werden könnten, oder ob es unthunlich sei, die Grundgedanken des Entwurfs zu adoptiren, so daß eine Berathung gar nicht auf Grund desselben vorgenommen werden könnte, sondern die Ausarbeitung eines anderen Entwurfs und damit zugleich die Vertagung der Berathung über den Konkurs geboten würde, so scheine es, daß die Grundprinzipien des vorgelegten Entwurfs als empfehlenswerth erachtet werden müßten. Die Bestimmungen desselben würden sich ohne erhebliche Schwierigkeiten und ohne daß es großer Aenderungen der Partikulargesetze bedürfe, in alle Prozeßgesetzgebungen einfügen lassen. Ohnehin seien schon in den ersten Büchern des Handelsgesetzbuchs mehrere der wichtigsten Grundbestimmungen des Entwurfs aufgenommen, und dadurch nicht unerhebliche Eingriffe in die bestehenden Gesetzgebungen der einzelnen Länder statuiert worden. Man möge nur der Bestimmungen über den Gesellschaftskonkurs und die Rechte der Gesellschaftsgläubiger, über die verschiedenen Pfandrechte, das Recht des Pfandgläubigers, zum Pfandverkaufe ohne Mitwirkung des Schuldners und des Gerichts zu schreiten, u. dgl. gedenken. Und was seien die Bestimmungen über die Zahlungseinstellung anders als eine genauere und dem praktischen Bedürfnis eben

so sehr als der Anschauung des Kaufmannsstandes entsprechende Feststellung des fast allen Konkursgesetzgebungen gemeinsamen vagen Begriffs der Zahlungsunfähigkeit? Es werde deshalb der Antrag gestellt, nunmehr in die Berathung des vorliegenden abgefügten Entwurfs des fünften und sechsten Buches einzugehen.

Ein Herr Abgeordneter trug hierauf vor:

Er sei von seiner hohen Regierung instruiert, auf die Berathung des 5. Buchs: „von dem Falliment“ und des 6. Buchs: „von der Gerichtsbarkeit in Handelsachen“ einzugehen. Er habe demzufolge diese Vorlagen einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Diese Prüfung habe indeß die Ueberzeugung in ihm hervorgerufen, daß eine Berathung der einzelnen Artikel aus materiellen Gründen zu keinem günstigen Resultate führen könne, weil seines Erachtens eine Ablehnung der wesentlichsten Bestimmungen eine Folge dieser Berathung sein würde, und sonach eine Berathung der einzelnen Artikel in der Materie des Falliments und der Gerichtsbarkeit in Handelsachen keine irgend erheblichen Vortheile gewähren würde. Die Bestimmungen des Entwurfs des 5. Buches, welche die Grundlage der ganzen Vorlage bildeten, beträfen nämlich im Wesentlichen:

- 1) die Zahlungseinstellung,
- 2) die damit zusammenhängende Fiktion der Zahlungseinstellung durch das Gericht,
- 3) die sich hieran genau anschließenden Vorschriften über die actio Pauliana und die Vorschriften über die Compensation, welche, insoweit sie von Erheblichkeit seien, sich gleichfalls hieran anschließen,
- 4) das Societäts-Vermögen.

Die wichtigsten dieser Bestimmungen, nämlich die über das Societätsvermögen, seien inzwischen durch Beschluß der Versammlung in das Handelsgesetzbuch übergegangen, somit sei die Hauptsache im Sinne der Vorlage erledigt. Der Gegenstand der übrigen principiellen Bestimmungen sei aber im Entwurfe in einer Weise erledigt, wie dies für die meisten deutschen Staaten nicht wohl annehmbar sei. Dahin würden besonders die Bestimmung des Tages der Zahlungseinstellung, die Festsetzung dieses Tages durch das Gericht und die damit zusammenhängenden Bestimmungen über die Anfechtung von Veräußerungen, Compensationen u. zu rechnen sein. Diese Bestimmungen paßten nicht in die Prozeßgesetzgebungen vieler Staaten und namentlich auch nicht in die Gesetzgebung des von ihm vertretenen Staates und sie würden, wenn sie An-

nahme finden sollten, eine sehr erhebliche Abänderung dieser Prozeßgesetzgebungen nach sich ziehen müssen, und zwar bloß für die Handelsfachen, während der sonstige Prozeß unverändert bleiben würde. Er habe auch weitere materielle Bedenken gegen einen großen Theil dieser Bestimmungen, die er aber vor der Hand nicht weiter ausführen wolle, indem entscheidend zu sein scheine, daß schon die Anwendung der bezeichneten Sätze die eingreifendsten Abänderungen in der Gesetzgebung der einzelnen Länder nach sich ziehen müßte, eine Arbeit, welche mit dem dadurch erzielten Gewinne nur in großem Mißverhältniß stehen könnte. Dazu komme, daß es sehr wünschenswerth sei, eine vollständige Civilprozeßordnung einschließlich der beiden hier in Frage stehenden Bücher für ganz Deutschland einzuführen, und daß Hoffnung vorhanden sei, diesen Wunsch halb erfüllt zu sehen, indem nach öffentlichen Blättern hierüber Verhandlungen beständen, welche einen günstigen Ausgang versprechen dürften. Endlich glaube er darauf aufmerksam machen zu müssen, daß der Handelsstand von der Konferenz eine ganz andere Arbeit über Konkurs erwarte, als man ihm auf die jetzige Vorlage hin zu bieten im Stande sein würde, daß es daher leicht der Fall sein könne, daß die Arbeit der Konferenz in der Handelswelt nur als ein Schein dessen angesehen würde, was man mit Recht erwarten zu können glaube. Aus allen diesen Gründen sei er veranlaßt, an die Versammlung den Antrag zu richten, auf die spezielle Berathung des in Frage stehenden 5. Buchs „vom Falliment“ nicht einzugehen, vielmehr den hohen Regierungen anheimzugeben, sich über die Vorlage einer anderweitigen erschöpfenden Prozeß- oder Fallimentsordnung zu verständigen, und bis dahin die Commission zu vertragen.

Was das 6. Buch anbelangt, so beständen dessen wesentliche Grundlagen

- 1) in der näheren Bestimmung der Handelsfachen,
- 2) in den Vorschriften über die Beweisführung.

Der erste Gegenstand sei schon bei wiederholter Berathung des Art. 1 des Handelsgesetzbuchs einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden, und die Versammlung habe sich mit großer Mehrheit für die Ansicht erklärt, daß eine nähere Bestimmung darüber, was Handelsfachen seien, nicht nothwendig, ja nicht einmal wünschenswerth sei; dieser Punkt habe sonach seine Erledigung bereits gefunden. Was dagegen die Beweisführung anbelange, so habe die Berathung der betreffenden Artikel im Handelsgesetzbuch über die Beweiskraft der Handelsbücher und der Mäklerbücher

gezeigt, daß nur durch ein allseitiges Compromiß und mit großer Mühe eine Vereinbarung habe erzielt werden können, welche keineswegs überall befriedige. Hieraus folge zur Genüge, daß über diese Frage bei der Verschiedenheit der Prozeßgesetzgebungen in den einzelnen Staaten eine befriedigende Verständigung ohne eine gleichzeitige Verständigung über den Prozeß überhaupt nicht wohl zu erreichen sein möchte. Er glaube daher auch hinsichtlich dieser Vorlage den vorigen Antrag stellen zu dürfen.

Zunächst wurde von dem Herrn Referenten anerkannt, daß man von der Berathung des Entwurfes in seinen einzelnen §§ abzustehen habe, wenn sich bei der Besprechung dieses Antrages ergeben sollte, daß die in der vorgetragenen Ausführung als die hauptsächlichsten hervorgehobenen Sätze nicht angenommen werden würden; und in gleichem Sinne sprachen sich weiter mehrere Herren Abgeordneten aus, welche erklärten, daß zwar ihre hohen Regierungen das Eingehen auf die beiden in Rede stehenden Bücher zugeeignet hätten, und sie danach instruiert seien, daß sie aber keineswegs angewiesen seien, für alle einzelnen §§ zu stimmen, und daß sie daher bei eintretender allgemeiner Erörterung der Hauptsätze des Entwurfes in der Lage seien, sich gegen diese, und folgerweise gegen den Entwurf selbst auszusprechen zu können.

Im weiteren Verlaufe der Diskussion wurden theils äußere theils innere Gründe gegen eine Berathung des fünften und sechsten Buches geltend gemacht, und was die ersteren betrifft, namentlich hervorgehoben: Es scheine dringend geboten, jetzt einen Abschluß in den Arbeiten der Konferenz zu machen und alle Kräfte aufzubieten, damit das Resultat ihrer bisherigen Bemühungen in den einzelnen Staaten praktische Geltung erlange und ins Leben trete. Geschehe dies nicht, so werde selbst dieses Resultat in Frage gestellt. Denn wenn die Konferenz, ausgehend von der Ansicht, daß es der vorgeschlagenen Bestimmungen über den kaufmännischen Konkurs und über die Gerichtsbarkeit in Handelsjachen zur Vervollständigung des Handelsgesetzbuchs bedürfe, in eine Berathung des vorgelegten fünften und sechsten Buchs eingehe, so sei zu befürchten, daß in diesem oder jenem Staate die Entscheidung über Annahme oder Nichtannahme der ersten Bücher des Handelsgesetzbuchs und die Einführung derselben bis nach gänzlicher Vollendung der Konferenzarbeiten verschoben werde, und daß sodann die nunmehrigen fünf ersten Bücher des Handelsgesetzbuchs mit dem fünften und sechsten Buche des preuß. Entwurfs stehen und fallen würden. Nun habe aber dasjenige Resultat, welches man von

einer Berathung des letzteren auf Grundlage des jetzigen Entwurfes zu erwarten berechtigt sei, wenig Aussicht auf Genehmigung in den einzelnen Staaten, da es nur als ein für einzelne Staaten ganz unannehmbares Fragment erscheinen würde, wegen dessen man nicht füglich die Aufopferung der einzelnen Gesetzgebungen verlangen könne. Man sichere also den ersten Büchern des Handelsgesetzbuchs ihre Geltung und Existenz, wenn man unter Vertagung der Berathung über den jetzt in Rede stehenden Entwurf auf die einstweilige Einführung des bisher Erlangten Bedacht nehme. Es scheine dies um so wünschenswerther, als einerseits die Berathung des jetzt vorliegenden Entwurfes nicht, wie Seitens einiger hohen Regierungen vorausgesetzt zu werden scheine, in kurzer Zeit und in einer einzigen Lesung zum Ziele führen werde, sondern mehrere Lesungen unentbehrlich sein würden, und als andererseits durch einen jetzt erfolgenden Abschluß in den Arbeiten der Konferenz einer demnächst erfolgenden Berathung über kaufmännisches Konkursrecht und Handelsgerichtsbarkeit nicht präjudicirt werde, zumal das Handelsgesetzbuch nicht als ein für alle Zeit abgeschlossenes Ganzes, sondern als ein der Fortbildung und Vervollständigung fähiges Werk angesehen werden müsse.

Von inneren Gründen wurden folgende angeführt: Man könne nicht behaupten, daß Bestimmungen über Konkurs und Handelsgerichtsbarkeit als wesentliche Bestandtheile eines Handelsgesetzbuchs erschienen. Die Aufgabe eines Gesetzbuchs dieser Art könne man weiter oder enger auffassen und für jede Auffassung die triftigsten Gründe vorbringen. Die Erwägung, daß die Konkursöffnung über das Vermögen eines Kaufmanns mit den Beziehungen des Handelsverkehrs in innigem Zusammenhang stehe, und auf die Anwendung oder Nichtanwendung einzelner Bestimmungen des Handelsrechts vielfachen Einfluß übe, sei gar nicht entscheidend für die Berathung des vorliegenden fünften und sechsten Buches. Würde diese Erwägung für maßgebend erachtet werden können, so würde man gezwungen sein, noch eine Reihe von anderen Bestimmungen aufzunehmen, so namentlich umfassendere Normen über die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten u. s. w. Für lückenhaft könne demnach das Handelsgesetzbuch nicht erachtet werden, wenn es auch ohne die Vorschriften des fünften und sechsten Buches ins Leben trete. Daraus, daß die neueren Handelsgesetzbücher (der code de commerce und die ihm nachfolgenden Legislationen) Normen über den kaufmännischen Konkurs enthielten, folge nichts für die Berathung des

Konkursrechts, weil dem französischen Recht überhaupt nur ein Konkurs von Kaufleuten bekannt und Konkurs von Nichtkaufleuten ganz fremd sei, während in den Ländern, in welchen das französische Recht keine Geltung habe, auch für Nichtkaufleute ein Konkurs anerkannt werde. Allerdings sei die Vereinbarung eines gemeinschaftlichen Konkursrechtes ein dringendes Bedürfnis und sei letzteres wohl von den meisten Regierungen der deutschen Staaten ebenso sehr als von dem Handelsstande empfunden worden. Diesem Bedürfnisse werde aber nicht entfernt durch Annahme des vorliegenden Entwurfs genügt; denn was man Seitens des kaufmännischen Publikums wünsche, seien nicht einzelne aphoristische Sätze über den kaufmännischen Konkurs, sondern die Normirung eines vollständigen abgefügten Konkursverfahrens. Mit den jetzt vorgeschlagenen aphoristischen Sätzen werde dem Handelsstande nicht gedient sein, und zwar um so weniger, als dadurch doch in keiner Weise eine Gemeinsamkeit des Rechts begründet würde. Denn die Einführung dieser Sätze würde nicht geschehen können, ohne daß sie in den einzelnen Staaten im Einzelnen weiter ausgeführt und den betreffenden Konkursgesetzgebungen angepaßt würden. Dies müsse aber nothwendig da und dort in der verschiedensten Weise geschehen und so wieder die größte Rechtsverschiedenheit herbeiführen. Die Einführung der fraglichen einzelnen Sätze in die Prozeßgesetzgebungen der einzelnen Staaten würde aber, wie eine eingehende Prüfung der letzteren mit Nothwendigkeit ergebe, auch nur in Preußen, mit dessen neuer Konkursordnung der Entwurf im Wesentlichen in Uebereinstimmung bleibe, ohne gleichzeitige Umgestaltung der ganzen Konkursgesetzgebung und ihrer wesentlichen Grundlagen möglich sein. Es leuchte ein, daß ein und derselbe Satz nicht für Gesetzgebungen anwendbar sei, von denen eine auf der Verhandlungs- und auf der Eventualmaxime, die andere auf der Instruktionsmaxime u. s. w. aufgebaut sei. Dies erscheine aber als doppelt bedenklich um deswillen, weil der vorliegende Entwurf gar Vieles enthalte, was dem kaufmännischen Konkurs nicht ausschließlich eigenthümlich wäre, sondern, vorausgesetzt, daß es überhaupt als das richtige anerkannt werden müßte, eine viel allgemeinere Bedeutung hätte, und in denjenigen Staaten, in welchen auch ein Konkurs von Nichtkaufleuten anerkannt sei, für das Konkursrecht im Allgemeinen für maßgebend erachtet werden müßte. Es würde demnach als eine ungerechtfertigte Willkür in der Legislation erscheinen und das allgemeine Rechtsgefühl in der bedenklichsten Weise erschüttern, wenn man durch Adoption dieser Prinzipien eine Rechtsver-

chiedenheit zwischen dem allgemeinen und dem kaufmännischen Konkurse begründen wollte. Man möge auch nicht einwenden, daß die vorliegenden aphoristischen Sätze in dem Maße dem Bedürfnisse des kaufmännischen Verkehrs zusagten, daß ihre Aufnahme in die Gesetzgebung als ein Fortschritt angesehen werden müsse, denn es fehle auch nicht an Äußerungen von Kaufmannschaften, Kommissionen und Gerichtshöfen in dem Sinne, daß die Prinzipien des vorliegenden Entwurfes für bedenklich und unannehmbar zu erachten seien. So sehr man auch das Bedürfnis für Vereinbarung einer allgemeinen deutschen Konkursordnung anerkennen müsse, so wenig sei es möglich, überall die Prinzipien des Entwurfes zu adoptiren. Da es sich nun nicht bloß darum handle, zu beschließen, ob überhaupt auf die Verathung eines gemeinschaftlichen Konkursrechtes einzugehen sei, sondern auch darum, ob bei dieser Verathung in der Hauptsache die Grundsätze des vorliegenden Entwurfes angenommen werden sollten, indem selbstverständlich die Verathung des Konkursrechtes auf Grundlage des jetzigen Entwurfes nicht möglich sei, wenn dessen Hauptgrundsätze nicht angenommen würden, so müsse man sich für jetzt und bis die Grundprinzipien des Konkursrechtes unter den Regierungen vereinbart und ein neuer, dieser Vereinbarung entsprechender Entwurf ausgearbeitet sei, gegen ein Eingehen auf den Inhalt des fünften und sechsten Buches aussprechen.

Ein anderer Herr Abgeordneter sprach sich gleichfalls in dem oben erwähnten Sinne aus und führte hiefür an: Bei Verathung des Konkursrechtes werde man die prozessualischen Bestimmungen von den Normen darüber, was zur Konkursmasse gehöre und welche Theile des Vermögens des Gemeinschuldners aus der Konkursmasse auszuscheiden seien, und diese Normen wieder von der Frage unterscheiden, wie das Vermögen unter die Gläubiger zu vertheilen sei. Auf erstere einzugehen, erscheine unmöglich, so lange es sich bloß um aphoristische Sätze und nicht um Regelung eines vollständigen Konkurs-Verfahrens handle, weil die vereinbarten Sätze sich nur äußerst schwer in die einzelnen Landesgesetze einreihen lassen würden, und über den letzten Punkt sei eine Vereinigung nicht denkbar, bevor man zu einem einheitlichen Pfandrechts-system gelangt sei. Was aber den zweiten Punkt angehe, so lasse sich nicht verkennen, daß in dieser Beziehung schon mit Aufnahme einzelner Sätze ein erheblicher Nutzen gestiftet werden könnte, wie z. B. durch die Bestimmungen des Entwurfes über Rückforderung der Zahlung für die von dem Falliten ausgestellten



Wechsel u. dgl., aber selbst in solchen einzelnen Fragen erscheine eine Einigung unter allen deutschen Staaten nicht früher möglich, als bis ein einheitliches Recht über Eigenthum, Uebertragung des Eigenthums, Bindbarkeit, Pfandrecht, Erwerb von Forderungen u. dgl. vorhanden sei.

Bei der Abstimmung wurde die Frage, ob auf die Verathung des vorliegenden Entwurfs über das Falliment und die Gerichtsbarkeit in Handelsfachen einzugehen sei, mit Rücksicht auf den S. 3 bis 5 enthaltenen Antrag und die in der Verhandlung entwickelten Gründe, mit 12 gegen 2 Stimmen verneint.

## DLXXXVII. Sitzung.

Nürnberg, am 27. Februar 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Maule geleiteten Sitzung, an welcher die in dem vorigen Protokolle genannten Herren Abgeordneten Theil nahmen, wurden auf den Antrag des Herrn Referenten noch folgende Aenderungen in der Redaction der vier ersten Bücher des Entwurfs genehmigt.

Zundst wurde beschlossen, die

Art. 116 und 118

des Entwurfs aus II. Lesung umzustellen, somit den letzteren vorangehen und den ersteren folgen zu lassen, weil diese Anordnung der logischen Gedankenfolge besser als die bisherige entspreche.

Für den

Art. 126 a

(vgl. Prot. S. 4639) wurde sodann in der Absicht, anzudeuten, daß auf den ausgeschlossenen Gesellschafter, soviel dessen Verhältniß zu dritten Personen, also z. B. die Verjährung der gegen ihn aus Gesellschaftsschulden begründeten Klagen angehe, dieselben Bestimmungen wie auf einen ausgeschiedenen Gesellschafter anwendbar seien, folgende Fassung angenommen:

„Macht ein Privatgläubiger eines Gesellschafters  
 „von dem — Auslieferung des Theils des  
 „Schuldners nach den Bestimmungen der vorher-  
 „gehenden Artikel vornehmen; der letztere ist dann

„als aus der Gesellschaft ausgeschieden zu betrachten.“

Ein Vorschlag, welcher die Ergänzung der Fassung des Art. 144 a Abs. 2

(vgl. Prot. S. 4655) durch eine Hinweisung darauf bezweckte, daß auch die Schlußbestimmung des Art. 143 hier Anwendung leide, wurde abgelehnt, weil man allseitig der Ansicht war, es sei selbstverständlich, daß auch auf die in diesem Artikel besprochenen Eintragungen und Bekanntmachungen die im letzten Absätze des Art. 143 des Entw. aus II. Lesung enthaltenen Vorschriften anwendbar seien. Dagegen wurde allseitig genehmigt, daß in

Art. 144 c

(vgl. Prot. S. 4655) auch der Art. 143 citirt werde, um die Ordnungsmaafregel, welche der erstere Artikel bestimmt, auch auf die in Art. 143 besprochenen Eintragungsvorschriften für anwendbar zu erklären, so- dann aber zugleich für

Art. 167 a

(vgl. Prot. S. 4656) in der Erwägung, daß bei Kommanditgesellschaften auf Aktien das Verhältniß ein anderes sei, indem dieselben erst durch Erfüllung der Vorschriften der Art. 165 1c. 1c. und erst durch die Eintragung in das Handelsregister ein rechtliches Dasein erhielten, hiermit aber ein von Amtswegen eintretender Zwang zur Eintragung nicht zu vereinigen sei, die folgende Fassung angenommen:

„Die Vorschriften der Art. 144 a und 144 b sind  
„auch bei der Kommanditgesellschaft auf Aktien  
„zu befolgen; die Anmeldung muß die im Art.  
„165 Ziff. 1—5 enthaltenen Angaben enthalten.  
„Das Handelsgericht hat die persönlich haftenden  
„Gesellschafter zur Befolgung dieser Vorschriften  
„von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzu-  
„halten.“

Ferner wurde zur Vermeidung von Mißdeutungen beschlossen, auch den zweiten Absatz des Art. 118 des Entwurfs aus II. Lesung bei den

Art. 157 und 184

zu wiederholen.

Hierauf wurde für den ersten Absatz des

Art. 243

in der Absicht, den Irrthum, welcher aus den Worten: „die Einlage — zu fordern“ für den Nichtjuristen leicht entstehen könne, auszuschließen, als solle der stille Gesellschafter im Konkurse des Inhabers des Handelsgewerbes als Massegläubiger betrachtet werden, folgende Fassung angenommen:

„Wenn der Inhaber des Handelsgewerbes in Kon-

„kurs verfällt, so ist der stille Gesellschafter be-  
 „fugt, wegen seiner Einlage, soweit dieselbe den  
 „Betrag des auf ihn fallenden Anthells am Ver-  
 „lust übersteigt, seine Forderung als Konkursgläu-  
 „biger geltend zu machen.“

Endlich wurde zu

#### Art. 400

der Beschluß gefaßt, in Ziff. 1 und 2 hinter dem Worte:  
 „im Frachtbrief“ einzuschalten: „im Ladeschein oder im  
 Gepäckschein“, da die betreffende Bestimmung auch auf  
 Werths-Deklarationen bei dem Reisegepäck u. anwend-  
 bar sein müsse.

Ein Herr Abgeordneter ging hiernächst auf den am  
 Schlusse der 586. Sitzung gefaßten Beschluß zurück,  
 und stellte den Antrag, die Versammlung möge sich  
 in Vervollständigung dieses Beschlusses darüber erklären:

„durch wen und in welchem Zeitraum ein neuer  
 „Entwurf einer kaufmännischen Konkursordnung  
 „bearbeitet und in wessen Hand der Auftrag, den  
 „Wiederzusammentritt der Konferenz rechtzeitig  
 „herbeizuführen, vorzugsweise niedergelegt wer-  
 „den solle.“

Der Herr Antragsteller ersuchte zunächst den Herrn  
 Präsidenten und den Herrn Referenten, ihre Ansicht  
 über den eben eingebrachten Antrag zu äußern, worauf  
 der Erstere hervorhob: Er habe der von ihm vertre-  
 tenen hohen Regierung über den Gegenstand der in der  
 vorigen Sitzung stattgehabten Berathung umständlichen  
 Bericht erstattet, und in demselben alle Gründe darge-  
 legt, aus welchen die Konferenz, so sehr sie auch über-  
 zeugt sei, daß eine gleichmäßige Regelung des Konkurs-  
 und Prozeßverfahrens in den deutschen Staaten insbeson-  
 dere dem Handelsstande wünschenswerth sei, sich außer  
 Stande sehe, auf diesen Gegenstand derzeit einzugehen.

Ohne vorherige Einigung unter den hohen Regier-  
 ungen über die gleichen einer Konkurs-Ordnung und  
 einem Prozeßverfahren zum Grunde zu legenden Grund-  
 sätze sei die Abfassung solcher Gesetze unmöglich, und  
 jede Kommission, die dies unternähme, würde sich nur  
 in völlig fruchtlosen Versuchen ohne Resultat abmühen.  
 Erst wenn eine solche Einigung erzielt, allenfalls Ent-  
 würfe, insbesondere auch von Seite der Hansestädte,  
 namentlich Hamburgs vorgelegt wären, könne von Ab-  
 fassung eines Entwurfes als Grundlage comissioneller  
 Berathungen die Rede sein.

Er zweifle nicht, daß seine hohe Regierung die-  
 sen Gegenstand fortan im Auge behalten und eifrig  
 fördern werde.

Er müsse diese Sache um so mehr seiner hohen  
 Regierung anheimstellen, als dieselbe nach seiner Mei-

nung die Befugnisse einer zur Ausarbeitung eines Handels-Gesetzbuches niedergesetzten Kommission überschreite.

Der Herr Referent sprach sich in demselben Sinne aus, und bemerkte, daß der jetzt gestellte Antrag mit den Gründen des von der Versammlung gefaßten Beschlusses nicht füglich zu vereinigen sei, wornach das Bedürfnis zu einem kaufmännischen Konkurse und Handelsproceß sich nur im Zusammenhange mit allgemeineren Aenderungen im Konkurs- und Proceß-Recht überhaupt befriedigen lasse; in Vorbereitungen hierzu und Verhandlungen hierüber einzugehen, überschreite aber die Grenzen der Handelsrechts-Konferenz, dagegen glaube er versichern zu können, daß die von ihm vertretene hohe Regierung sich angelegentlich mit der Förderung des so wünschenswerthen Zwecks befassen werde.

Der Großherzoglich Hessische Bevollmächtigte bemerkte, daß der von ihm in der 586. Sitzung gestellte Antrag keineswegs in der Absicht gestellt sei, dem so wünschenswerthen Zweck entgegenzutreten, vielmehr nur auf der Ueberzeugung beruhe, daß dieser Zweck auf den Grund der Vorlagen nicht zu erreichen sei, weshalb eine anderweite entsprechende Vorlage erwartet werden müsse. Diese Vorlage sei, darin sei er mit den Vorrednern einverstanden, auf die beantragte Weise nicht zu erzielen.

Hierauf machte der Herr Antragsteller den Vorschlag, eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission zu wählen und zu beauftragen, daß sie einen neuen Entwurf des Konkursrechts ausarbeite und seiner Zeit den Wiederzusammentritt der Konferenz veranlasse.

Da sich für diese Vorschläge jedoch nur ein Mitglied, nämlich der Herr Abgeordnete für Bayern, aussprach, die übrigen Herren Abgeordneten dagegen sich dahin äußerten, theils daß sie sich ein praktisches Resultat von den beantragten Kommissionsverhandlungen nur dann versprechen könnten, wenn zuvor die Grundlagen der neu zu entwerfenden Vorlage über den Konkurs unter den Regierungen festgestellt sein würden, theils daß sie sich zu einer Wahl, wie die beantragte, nicht für ermächtigt hielten, erklärte der Herr Antragsteller, seine Anträge nicht weiter verfolgen zu wollen.

Hierauf wurden die Protokolle der DLXXVI. Sitzung vom 25. Januar, der DLXXVII. Sitzung vom 26. Januar, der DLXXVIII. Sitzung vom 28. Januar, der DLXXIX. Sitzung vom 29. Januar, der DLXXX. Sitzung vom 31. Januar, der DLXXXI. Sitzung vom 4. Februar, der DLXXXII. Sitzung vom 6. Februar und der DLXXXIII. Sitzung vom 8. Febr. 1861 verlesen und genehmigt.

## DLXXXVIII. Sitzung.

Nürnberg, am 11. März 1861.

In der heutigen von dem Herrn Präsidenten Dr. Ritter von Maule geleiteten Sitzung, an welcher die in der vorigen Sitzung zugegen gewesenen Herren Abgeordneten Antheil nahmen, wurden die Protokolle der DLXXXIV. Sitzung vom 9. Februar, der DLXXXV. Sitzung vom 11. Februar, der DLXXXVI. Sitzung vom 15. Februar, und der DLXXXVII. Sitzung vom 27. Februar 1861 verlesen und genehmigt.

Hierauf brachte der Herr Präsident die Frage in Anregung, in welcher Weise der nunmehr zum Abschluß gebrachte Entwurf eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs, ferner der Gesetzentwurf, die in den deutschen Bundesstaaten in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gegenseitig zu gewährende Rechtshülfe betreffend, und endlich die neuerlichen Verhandlungen der Handelsgesetzgebungs-Konferenz bezüglich einiger zur allgemeinen deutschen Wechselordnung in Anregung gekommenen Fragen, der hohen Bundesversammlung in Vorlage zu bringen seien, und schlug vor, unter Beibehaltung des bei der Vorlage der vier ersten Bücher des Entwurfs eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs aus zweiter Lesung (vgl. Prot. S. 1465) und des Entwurfs des fünften Buchs aus zweiter Lesung (S. 4491 der Prot.) eingehaltenen Verfahrens die Vorlegung der oben erwähnten Entwürfe ihm, dem Herrn Präsidenten, den betreffenden Referenten, Herrn Geheimen Oberjustizrath und Senatspräsidenten am Appellationsgericht zu Köln Dr. Heimsöth, Herrn Geheimen Justizrath Pape beziehungsweise Herrn Appellationsgerichtsrath Dr. Tauchnitz und dem ersten Sekretär der Versammlung Herrn Bezirksgerichtsrath J. Luz zu übertragen.

Diesem Vorschlag trat die Versammlung bei. Die Herren Abgeordneten für Hannover, Bremen und Hamburg bezogen sich jedoch auf die zu den Protokollen Nr. 548. 549. 555. 584 und 585 von ihnen, beziehungsweise Namens der von ihnen vertretenen hohen Regierungen abgegebenen Erklärungen, die Herren Ab-

geordneten für Hamburg und Hannover aber kündigten noch insbesondere an, daß sie dem Präsidium der Konferenz eine separate Erklärung zur Vorlage an die hohe Bundesversammlung überreichen würden.

## DLXXXIX. Sitzung.

Nürnberg, am 12. März 1861.

An der heutigen Sitzung, zu welcher sich auch der Herr Ehrenpräsident der Versammlung, Se. Excellenz der kgl. bayrische Staatsminister der Justiz, Freiherr von Mülzer, eingefunden hatte, nahmen die in der Sitzung vom 15. Februar zugegen gewesenen Konferenzmitglieder Antheil.

Zunächst ergriff Se. Excellenz der Herr Staatsminister das Wort und bemerkte: Es sei am 15. Januar 1857 gewesen, als in Folge des Beschlusses der hohen Bundesversammlung vom 18. Dezember 1856 die Kommission zur Berathung eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches dahier zusammengetreten. Wohl von mancher Seite, von der man die Schwierigkeiten der Aufgabe dieser Kommission zu ermessen vermocht habe, sei damals der Zweifel erhoben worden, ob das Gelingen des Werkes überhaupt im Bereiche der Möglichkeit liege; denn es seien nicht bloß diejenigen Schwierigkeiten zu überwinden gewesen, welche dem Zustandekommen einer größeren legislatorischen Arbeit in einer vielgegliederten Versammlung zumeist entgegenständen, sondern auch jene großen und zahlreichen besonderen Schwierigkeiten, welche sich in dem vorliegenden Fall aus der großen Verschiedenheit der in Deutschland bestehenden Rechtsinstitute, aus der Verschiedenheit der daselbst herrschenden Rechtsanschauungen und der maassgebenden Interessen der einzelnen Staaten nothwendig ergäben. Damals habe es nur eine einzige Gewähr für das Gelingen des beabsichtigten Gesetzgebungswerkes gegeben — die Persönlichkeit der Männer, welche berufen gewesen, dasselbe in ihre Hand zu nehmen; deren Name, Befähigung und Hingebung für ihre Aufgabe sei als die beste Bürgschaft für die glückliche Lösung derselben erschienen. Indem er die Erinnerung der Versammlung an jene Tage wach rufe, werde dieselbe mit ihm das Gefühl der Trauer darüber theilen,

daß es mehreren der damals anwesenden Herren Abgeordneten nicht beschieden gewesen, die Vollendung des Entwurfes zu schauen, unter ihnen dem vortrefflichen Geheimen Oberjustizrath Bischoff, der nach der Auffassung Aller sein Leben an das Zustandekommen des Entwurfes gesetzt habe und dessen sterbliche Reste die bayrische Erde decke. Die erlittenen Verluste aber seien nicht im Stande gewesen, das Fortschreiten und die Vollendung des Entwurfes zu hindern. Gleich vortreffliche Kräfte seien an die Stelle der ausgeschiedenen getreten und hätten das Werk mit nicht genug zu lobender Ausdauer zu Ende gebracht. Zwar sei es nicht der ganze ursprünglich beabsichtigte Entwurf, wie er aus den Händen der Versammlung hervorgehe, denn das fünfte und sechste Buch des preussischen Entwurfes sei nicht zur Berathung gelangt, und er könne nicht verhehlen, daß es der Wunsch mehrerer hohen deutschen Regierungen und insbesondere auch der bayrischen gewesen wäre, daß auch diese Bücher hätten berathen werden können. Letztere habe deshalb auch gethan, was in ihren Kräften gestanden, um eine Berathung derselben zu ermöglichen und zu sichern. Es lasse sich aber nicht verkennen, daß die Gründe, welche gegen eine Berathung des fünften und sechsten Buches auf Grund des vorliegenden Entwurfes angeführt würden, ihre volle Berechtigung hätten, und bleibe somit nichts übrig, als der Wunsch, daß auch die in diesen Büchern behandelten handelsrechtlichen Materien — vielleicht mit Heranziehung des ganzen Konfursrechtes — einer endlichen Vereinbarung unter den deutschen Staaten bald entgegengeführt würden. Aber auch in seiner jetzigen Gestalt sei der zum Abschluß gebrachte Entwurf vom höchsten Werth und von großer Bedeutung. Er halte sich zu der Ueberzeugung berechtigt, daß dieser Entwurf allseitig Anerkennung finden und bald mit praktischer Geltung versehen sein werde. Und hierin werde die Versammlung den schönsten Lohn für ihre Mühen finden. Beauftragt von Sr. Majestät dem Könige, der heutigen Schlußsitzung beizuwohnen, spreche er der Kommission den Dank Bayerns und der bayrischen Regierung aus. Die bayrische Regierung habe sich bisher nach Kräften an der Förderung des gemeinsamen Gesetzgebungswerkes betheiligt, und von demselben Geiste würden ihre künftigen Bemühungen in dieser Beziehung beseelt sein. Wenn es zum Schluß gestattet sei, von sich zu sprechen, so füge er den Dank hinzu für die freundliche Aufnahme, die er in der Versammlung gefunden, und für die Uebertragung des Ehrenpräsidiums. Gerne würde er sich auch an den Berathungen der Konferenz betheiligt haben, seine

gegenwärtigen amtlichen Geschäfte hätten dieß nicht zugelassen. Er schließe mit dem Wunsche, daß die Herren Abgeordneten ihre Familien, deren Umgang sie so lange entbehrt, in glücklichem Wohlbefinden wiedersehen möchten, und rufe ihnen im Namen Bayerns und der bayrischen Regierung ein herzliches Lebewohl zu.

Hierauf entgegnete der Präsident der Versammlung Herr Dr. Ritter von Raule: Er spreche der königl. bayrischen Regierung im Namen der ganzen Versammlung den innigsten Dank aus für die Aufnahme, welche die Versammlung in Bayern gefunden, und für die Hülfsmittel für die Lösung ihrer schwierigen Aufgabe, mit welchen sie von Seiten der kgl. bayrischen Regierung in so reichem Maaße versehen worden sei. Ebenso danke er Namens der ganzen Versammlung Sr. Excellenz dem Herrn Staatsminister, daß er sich dahier eingefunden habe, um der Versammlung Lebewohl zu sagen. Indem er nun auch der zum Abschluß gebrachten Arbeiten der Konferenz gedenke, sei er der Zustimmung der Versammlung gewiß, wenn er rühmend und dankend anerkenne die außerordentlich großen Mühen und Beschwerden, welche Herr Geheimer Oberjustizrath Dr. Heimsöth als Referent über die vier ersten Bücher des Handelsgesetzbuchs, Herr Geheimer Justizrath Pape als Referent über das fünfte Buch und Herr Dr. Tauchnitz als Referent über den Gesetzentwurf, die in den deutschen Bundesstaaten in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gegenseitig zu gewährende Rechtshülfe betr., im Verein mit Herrn Dr. Heimsöth, sowie als Referent über die von der Versammlung berathenen, zur allgemeinen deutschen Wechselordnung in Anregung gekommenen Fragen über sich genommen hätten, wenn er ferner der Arbeiten der Redaktionskommission und der Mitglieder der Kommission für Feststellung der Protokolle und der Bestrebungen des Protokollführers, des k. b. Bezirksgerichtsraths Luz dankend gedenke, dessen sich die Konferenz durch die Gnade der bayrischen Regierung während ihres vierjährigen Bestehens habe bedienen können und der sich ausgezeichnete Verdienste um die Versammlung erworben habe. Dem füge er hinzu den Dank für die Freundlichkeit und Güte, mit welcher die Mitglieder der Konferenz seinen eigenen Bestrebungen für die Aufgabe derselben entgegengekommen seien, und bitte sie, die unter den Herren Abgeordneten seit vierjährigem Zusammensein erwachsenen und sorgsam gehegten freundschaftlichen Gefinnungen auch ihm für alle Folgezeit zu bewahren.

Der Herr Geheime Oberjustizrath und Senatspräsident Dr. Heimsöth hob sodann hervor: Was von dem Herrn Präsidenten so eben ausgesprochen worden,



finde in Aller Herzen freudigen Anklang. Dem Dank aber, der ihm geworden, setze er entgegen den lebhaftesten Dank für die Ausdauer, Ruhe und Hingebung und für die unbedingte Unparteilichkeit, mit welcher der Herr Präsident die Verhandlungen geleitet habe. Er bitte, ihm und allen Mitgliedern der Konferenz ein freundliches Andenken zu bewahren.

Hierauf erklärte Se. Excellenz der Herr Ehrenpräsident die Verathungen der Konferenz für geschlossen.

Er W. B. F.  
8/25/05







